



# Deutschland und die USA 1871–2021

Detlef Junker



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
HEIDELBERG



**Deutschland und die USA  
1871-2021**



# Deutschland und die USA 1871–2021

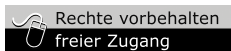
Detlef Junker



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
HEIDELBERG

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk als Ganzes ist durch das Urheberrecht und bzw. oder verwandte Schutzrechte geschützt, aber kostenfrei zugänglich. Die Nutzung, insbesondere die Vervielfältigung, ist nur im Rahmen der gesetzlichen Schranken des Urheberrechts oder aufgrund einer Einwilligung des Rechteinhabers erlaubt.



**UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK**  
HEIDELBERG

Publiziert bei heiBOOKS,  
Universitätsbibliothek Heidelberg 2021.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf heiBOOKS,  
der E-Book-Plattform der Universitätsbibliothek Heidelberg,  
<https://books.ub.uni-heidelberg.de/heibooks>, dauerhaft  
frei verfügbar (Open Access).

urn: urn:nbn:de:bsz:16-heibooks-book-756-6

doi: <https://doi.org/10.11588/heibooks.756>

Text © 2021. Die Zweitveröffentlichungen erfolgen mit Zustimmung des jeweiligen Rechteinhabers. Im Übrigen liegt das Copyright beim Verfasser.

Umschlagabbildung: Bundeskanzlerin Angela Merkel (M.) bei Beratungen am Rande der offiziellen Tagesordnung während des G7-Gipfels im Ort La Malbaie in Kanada im Hotel »Fairmont Le Manoir Richelieu« (1. Reihe, ab 2. v. l. Theresa May, Premierministerin Großbritanniens; Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs; Shinzo Abe, Ministerpräsident Japans; John Bolton, US-Sicherheitsberater, Donald Trump, Präsident der USA).

© Jesco Denzel. G7-Gipfel in Kanada 2018, B 145 Bild-00406492, 9. Juni 2018.

Quelle: Bundesbildstelle der Bundesregierung

ISBN 978-3-948083-29-8 (Softcover)

ISBN 978-3-948083-31-1 (Hardcover)

ISBN 978-3-948083-30-4 (PDF)

# INHALT

<b>Vorwort</b>	vii
<b>Dank</b>	xi
<b>1. Europa und die USA in historischer Perspektive (1776 – 2009)</b>	1
<b>2. Die manichäische Falle. Das Deutsche Reich im Urteil der USA (1871 – 1945)</b>	17
<b>3. Die USA und die Weimarer Republik (1919 – 1933)</b>	35
<b>4. Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen (1878 – 1945)</b>	43
<b>5. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das politische System der USA (1933 – 1945)</b>	75
<b>6. Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten (1933 – 1945)</b>	91
<b>7. Die Kontinuität der Ambivalenz. Deutsche Bilder von Amerika (1933 – 1945)</b>	105
<b>8. Roosevelt und Hitler. Kampf um die Weltmacht (1940 – 1941)</b>	121
<b>9. Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen im Kalten Krieg (1945 – 1990)</b>	129
<b>10. Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges? (1945 – 1990)</b>	167

<b>11. Das Ende der doppelten Eindämmung. Die Revolution der deutschen Außenpolitik in historischer Perspektive (1990)</b>	<b>181</b>
<b>12. Deutschland in der internationalen Politik (1990 – 2006)</b>	<b>189</b>
<b>13. Die Amerikanisierung des Holocaust. Über die Möglichkeit, das Böse zu externalisieren und die eigene Mission fortwährend zu erneuern</b>	<b>203</b>
<b>14. Auf dem Weg zur imperialen Hypermacht? Die manichäische Falle ist besetzt. US-Außenpolitik nach dem 11. September 2001</b>	<b>213</b>
<b>15. Sind die USA eine imperiale Macht?</b>	<b>229</b>
<b>16. Obama, Trump, der Niedergang einer imperialen Demokratie und die amerikanisch-deutschen Beziehungen 2009 – 2021 – ein Essay</b>	<b>243</b>
<b>Verzeichnis der Erstveröffentlichungen</b>	<b>321</b>
<b>Sachregister</b>	<b>323</b>
<b>Personenregister</b>	<b>329</b>



# Vorwort

In der Einsamkeit und Freiheit der Corona-Krise ging dem Autor dieses Bandes ein Licht auf. Angeregt durch die öffentliche Erinnerung im Jahre 2021 an den 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 stellte ich mit Erstaunen fest, dass es zu den 150 Jahren transatlantischer Beziehungen zwischen dem deutschen Nationalstaat und dem US-amerikanischen Bundesstaat, der erst mit dem Ende des Bürgerkrieges 1865 zu sich kam, keine Gesamtdarstellung gibt. Dieses Erstaunen speist sich aus der einfachen Tatsache, dass kein Land der Welt die deutsche Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert stärker geprägt hat als die globale Macht auf der anderen Seite des Atlantiks, die Vereinigten Staaten von Amerika.<sup>1</sup>

Umgekehrt hat kein Land der Welt so viel zum Aufstieg der USA zur Supermacht und zur Globalisierung ihrer Interessen beigetragen wie Deutschland, Europas Zentralmacht. Während die USA im 19. Jahrhundert militärisch und bündnispolitisch Distanz zu Europa (und Asien) gehalten hatten, war es vor allem die dreifache deutsche Herausforderung im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg, die dazu führte, dass die USA sich als militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht auf dem eurasischen Doppelkontinent etablierten.

Die unerwartete und friedliche Lösung der deutschen Frage durch die Wiedervereinigung, die ohne die strategische Unterstützung der Regierung von George H. W. Bush an den Westeuropäern gescheitert wäre, hat paradoxerweise zu einem Bedeutungsverlust Deutschlands in der globalen Politik der USA geführt. Die vielzitierte Formel von Bush dem Älteren, dass beide Länder in Zukunft als „Partners in Leadership“ miteinander umgehen würden, ist freundliche Rhetorik.

---

1 Es gibt allerdings zwei vorzügliche, deutschsprachige Gesamtdarstellungen der US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Stefan Bierling, *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zu Gegenwart*. München 1. Aufl. 2003, 3. Aufl. 2007; Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn, 1. Aufl., 2006, XIV, 560 S., 3. Aufl. 2011.

Während es für die Jahre des Kalten Krieges eine in deutscher und englischer Sprache erschienene Forschungssumme zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen gibt, verfasst von 132 Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen auf beiden Seiten des Atlantiks, fehlt ein vergleichbares Kompendium zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Diese Bände sind ohne Vorbild. Nie zuvor ist der Versuch gemacht worden, das Verhältnis zweier Staaten, Wirtschaften, Gesellschaften und Kulturen so detailliert zu beschreiben und zu erklären. Es ist eine zentrale Aufgabe der Forschung, ein entsprechendes Folgeprojekt in Angriff zu nehmen. Vgl. *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch. Band I, 1945–1968*, 977 S., Band II, 1968–1990, 874 S., hrsg. von Detlef Junker in Verbindung mit Philipp Gassert, Wilfried Mausbach und David B. Morris, DVA, Stuttgart/München 2001. Die englische Ausgabe erschien 2004. *The United States and Germany in the Era of the Cold War. A Handbook. Volume I: 1945–1968*, 664 p., Volume II: 1968–1990, 590 p., edited by Detlef Junker, Associate Editors Philipp Gassert, Wilfried Mausbach, and David B. Morris, Cambridge University Press, New York 2004.

Teilaspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen finden sich in unterschiedlicher Dichte in Gesamtdarstellungen zur USA: Udo Sautter, *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Hamburg 2020 (überarbeitete Fassung einer Ausgabe bei Kröner); Jill Lepore, *Diese Wahrheiten. Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, München 2020 (aus dem Amerikanischen); Philipp Gassert, Mark Häberlein und Michael Wala, *Geschichte der USA*, Reclam, Stuttgart 2018; Bernd Stöver, *Geschichte der USA. Von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart*, C. H. Beck, München 2018.

Auf der anderen Seite des Atlantiks hat dagegen der Terrorangriff am 11. September 2001 zu einer „halben“ Revolution der US-Außenpolitik geführt. Der Angriff auf die territoriale Integrität der USA in der westlichen Hemisphäre, auf das Symbol des Kapitalismus und des Welthandels, das World Trade Center, und auf das Symbol der globalen US-Militärmacht, das Pentagon, führte unter der Präsidentschaft von George W. Bush zu einer Neudefinition der US-Rolle in der Welt. Aus der Weltführungsmacht des Kalten Krieges sollte eine „Weltvorherrschaft“ (primacy) werden, die von ihren Verbündeten Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus erwartete.

Aus diesen gegenläufigen Trends auf beiden Seiten des Atlantiks entwickelte sich ein Konflikt unterschiedlicher Erwartungen (clash of expectations), der die deutsch-amerikanischen Beziehungen bis heute prägt.

Die Corona-Krise war allerdings zu kurz, um diese Lücke durch eine klassische Monographie über 150 Jahre bilateraler Beziehungen zu schließen. Deshalb bot sich eine bescheidener Lösung an, nämlich Aufsätze, Artikel und Vorträge zusammenzufassen, die der Autor in der Vergangenheit zu diesen 150 Jahren bilateraler Beziehungen veröffentlicht hat: zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen im Kaiserreich und Ersten Weltkrieg, zur Weimarer Republik, zum Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg, zum Kalten Krieg und zur Wiedervereinigung, schließlich zu der zunehmend multipolaren Welt der Gegenwart, besonders nach 9/11. Abgeschlossen wird der Band mit einem neuen Beitrag, der bis an die unmittelbare Gegenwart und das Ende der Präsidentschaft Donald Trumps führt.

Für die Zeit- und Arbeitsökonomie des Lesers hat diese Form von Beiträgen allerdings auch Vorteile. Jeder Beitrag kann einzeln gelesen und aus sich heraus verstanden werden. Außerdem werden Leit motive der Gesamtinterpretation immer wieder aufgenommen.

Nur, wer sich die Tradition von anderthalb Jahrhunderten nationalstaatlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den USA in Erinnerung ruft, kann auch den revolutionären Bruch durch die Politik des 45. Präsidenten der USA perspektivisch einordnen. Trump gefährdete zugleich die demokratische Ordnung im eigenen Land und die außenpolitische Position der USA als globale Ordnungsmacht des Westens.

Für den letzten Beitrag wurde aus zwei Gründen die Form eines „Essays“ gewählt: Die dramatische weltgeschichtliche Lage, die der Beitrag zu verstehen und zu erklären versucht, ist noch nicht abgeschlossen. Dem Historiker fehlt der zeitliche Abstand zu seinem Gegenstand. Es ist nicht zufällig, dass die „Gegenwartsgeschichte“ in erster Linie von Journalisten, Public Intellectuals und Politikwissenschaftlern geschrieben wird. Der Essay dagegen ist eine vorläufige Deutungs- und Darstellungsweise, die den Leser mit größerer stilistischer Leichtigkeit an der Interpretation der Gegenwart teilnehmen lässt.

Ein weiteres Strukturprinzip ergibt sich aus der Sache selbst. Man könnte sogar bezweifeln, dass es amerikanisch-deutsche Beziehungen im engeren Sinne gegeben hat, vergleichbar etwa den deutsch-französischen Beziehungen. Denn die amerikanische Deutschlandpolitik war immer eingebettet in den größeren Rahmen der Europa- und Weltpolitik. Spätestens seit 1941 war Deutschland Teil des übergeordneten Zieles, ein pro-amerikanisches Gleichgewicht auf dem eurasischen Doppelkontinent

zu schaffen. Deshalb beginnt der Band auch mit einem weiteren Blickwinkel: „Europa und die USA in historischer Perspektive.“ Die europäische Dimension der amerikanischen Deutschlandpolitik ist in vielen Beiträgen präsent.

Schließlich hat der Autor versucht, die beiden Augen des Historikers zu aktivieren. Die meisten Beiträge sind strukturelle Analysen eines längeren Zeitraums, dessen Ausgang bekannt ist. In zwei Beiträgen, der Rekonstruktion der Entscheidungssituation 1940–41 (Kapitel 8) oder des 11. September 2001 (Kapitel 14), wird das zweite Auge des Historikers benutzt, um eine offene Entscheidungssituation zu rekonstruieren, den Zeitgenossen gleichsam ihre offene Zukunft wiederzugeben. Mit dem zweiten Auge sieht man nicht besser, aber anders.



## DANK

Es war für mich eine lehrreiche Erfahrung, mit der Universitätsbibliothek Heidelberg zusammenzuarbeiten, um diese Summe über 150 Jahre deutsch-amerikanischer Beziehungen zugleich als E-Book im Open Access und als Soft- und Hardcover zu publizieren. Ich bin außerdem sehr dankbar für das sorgfältige und sachverständige Lektorat dieses Bandes.

Dafür seien besonders Dr. Veit Probst, dem Direktor der Universitätsbibliothek sowie Verlagsleiter von Heidelberg University Publishing (heiUP), Frau Dr. Maria Effinger, der Geschäftsführerin von Heidelberg University Publishing, sowie Frau Daniela Jakob und Herrn Frank Krabbes, Herstellung, Satz und Covergestaltung, gedankt. Besonders beeindruckt war ich von der stilsicheren Kompetenz von Frau Anja Konopka, die den neuen Beitrag 16 lektorierte.

Am Heidelberg Center for American Studies (HCA) konnte ich auf den Rat und Sachverstand mehrerer seiner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen vertrauen: Mein ausdrücklicher Dank gilt Prof. Welf Werner, Dr. Wilfried Mausbach, Dr. Anja Schüler und Dr. Martin Thunert. Zwei junge Studentinnen der „American Studies“ am HCA, Frau Vivien Reinhardt und Frau Hannah Drees, machten mir deutlich, dass ich es als „Octogenarian“ nie mehr mit „digital natives“ werde aufnehmen können. Auch Frau Dr. Eva Mayer vom Lektorat Textvergoldung bin ich zu großem Dank verpflichtet.

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner niederländischen Frau Anja van der Schrieck-Junker, die seit fast vier Jahrzehnten mein Leben als Wissenschaftler und Institutionsgründer auf beiden Seiten des Atlantiks unendlich bereichert hat. Sie war von der ersten bis zur letzten Zeile „present at the creation“.

Detlef Junker

Heidelberg, im Sommer 2021



# 1. Europa und die USA in historischer Perspektive (1776–2009)

Weltgeschichtliche Umbrüche zwingen zur geistigen Konzentration, zu dem schwierigen Versuch, vor einem ungewissen Zukunftshorizont eine Ortsbestimmung der jeweiligen Gegenwart zu wagen. Jeder weiß, dass das Verhältnis der Supermacht USA zu einem sich erweiternden und vertiefenden Europa großen Spannungen unterworfen ist. Der Graben über dem Atlantik ist seit dem 11. September 2001 breiter geworden. Das liegt einerseits an der, auch in weltgeschichtlicher Perspektive, katastrophalen US-Außenpolitik in der Amtszeit von Präsident George W. Bush und dem fast freien Fall des Ansehens der USA in der Welt, andererseits aber auch an der notorischen Unfähigkeit Europas, eine einheitliche, kraftvolle und zielgerichtete Politik in irgendeinem Teil der Welt zu formulieren und durchzuhalten. Obwohl seit dem sichtbaren Scheitern der Weltpolitik von George W. Bush die Rhetorik auf beiden Seiten des Atlantiks freundlicher geworden ist, gilt weiter, dass in der Substanz die Arroganz amerikanischer Macht der Arroganz europäischer Ohnmacht gegenübersteht.

Gegenwärtig stehen wir im amerikanisch-europäischen Verhältnis vor der Frage, ob diese Differenzen nur die Folge von Kommunikationsstörungen über dem Atlantik sind, diese also durch eine Verbesserung der Kommunikation behoben werden könnten, oder ob diese Probleme ihre Ursachen in strukturellen Veränderungen des amerikanisch-europäischen Verhältnisses haben.

Es gibt, wie immer in der Vorwegnahme der Zukunft, Optimisten und Pessimisten. Die Pessimisten halten diese strukturellen Differenzen für so schwerwiegend, dass sie das tatsächliche Ende der transatlantischen Allianz prognostizieren. Dann gäbe es für Amerika und Europa, die zusammen 12 % der Weltbevölkerung ausmachen, keine gemeinsame Strategie mehr, der gelingen könnte, ein Minimum an Stabilität und Ordnung für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Welt zu schaffen, die überhaupt fähig wäre, den immer weiter wachsenden Moloch »Vorsorgestaat« zu finanzieren. Oder anders ausgedrückt: Wie seit Beginn des 20. Jahrhunderts, hängt das Schicksal Europas weiter an den transatlantischen Beziehungen.

Wie Sie wissen, bin ich Berufshistoriker, das heißt, ich handle gleichsam von Berufs wegen mit langfristigen Perspektiven. Ich werde daher versuchen, eine Ortsbestimmung des gegenwärtigen Verhältnisses der USA zu Europa auf historischer Grundlage zu leisten. Denn nur im Rahmen langfristiger Analysen können wir, so meine feste Überzeugung, in der uns täglich überschwemmenden Informationsflut Wichtiges von Unwichtigem, Bleibendes vom Tagespolitischen unterscheiden.

*Erstveröffentlichung:* Europa und die USA in historischer Perspektive (18. Jahrhundert bis zur Gegenwart), in: Stefan Krimm/Martin Sachse (Hg.): Die alte und die neue Welt – Wege des Kulturtransfers. Acta Ising 2008. München 2009, S. 195–221.

Keine Angst, ich werde nicht bei Adam und Eva beginnen, sondern nur im 18. Jahrhundert. Ich werde allerdings Chronologie und Systematik verbinden und Ihnen vier Leit motive vortragen:

- I. Die Europäisierung der USA (1776–1914)
- II. Die Amerikanisierung Europas (1917–2001)
- III. Die Hybris der Macht und die transatlantische Entfremdung (2002–2008)
- IV. Prognose: Eine Krise enttäuschter Erwartungen

## **I. Die Europäisierung der USA (1776–1914)**

Die Gründung der Vereinigten Staaten im Jahre 1776, die Expansion nach Westen und der Aufstieg zur Weltmacht waren, so meine erste Hypothese, in einem hohen Maße das Ergebnis einer Europäisierung der USA. Damit können wir vielleicht die größte Paradoxie der britischen Kolonien und der USA vom 17. bis 19. Jahrhundert formulieren. Einerseits waren die USA eine Schöpfung Europas, seiner Menschen, seines Kapitals, seiner Ideen und Institutionen, vor allem auch seiner Politik. Andererseits gelang es den Amerikanern, selbständig zu werden, eine eigene Identität gerade in Abgrenzung zu Europa zu entwickeln und die alten Kolonialmächte Frankreich, England und Spanien vom nordamerikanischen Kontinent zu vertreiben. Die amerikanische Identität wurde auch aus einem Anti-Europäismus geboren. Nur so wurden aus Europäern Amerikaner.

### **1) Eine Schöpfung der Menschen Europas**

Nach Schätzungen lebten 1770 im anglo-amerikanischen Nordamerika 1.660.000 Weiße europäischer Herkunft und 450.000 Schwarze aus Afrika, die Sklaven der Gesellschaft, die durch die europäischen Sklavenhändler in die Neue Welt transportiert worden waren, vorausgesetzt natürlich, sie überlebten die Passage. Von 1820 – in diesem Jahr begann die offizielle Zählung – bis 1910 waren über 27 Millionen immigriert, davon aus Europa über 25 Millionen. Heute haben die USA über 300 Millionen Einwohner, wegen der gerade in den letzten Jahren sprunghaft angestiegenen illegalen Einwanderung kann die genaue Zahl niemand angeben.

### **2) Eine Schöpfung des europäischen Kapitals**

Die Anlage europäischen Kapitals im großen Stil begann in den 1860er Jahren, als für die Erschließung des Kontinents durch die Eisenbahn Summen benötigt wurden, die in den USA selbst nicht aufgebracht werden konnten. Daneben trug im 19. Jahrhundert europäisches Kapital nicht unerheblich zur Bildung und zum Wachstum der amerikanischen Konzerne bei.



Auch die Königreiche der Viehzüchter, die »cattle kingdoms« in den Hochebenen des Westens und den Staaten der Rocky Mountains, waren in erster Linie auf europäischem und Ostküstenkapital aufgebaut. Der unabhängige Cowboy, der von irgendwo erscheint, in einen Ausbruch heroischer Gewalt verwickelt wird und einsam in den Sonnenuntergang davonreitet, ist ein gewinnbringender Mythos. Die Kuhjungen hingen am Tropf des europäischen und des Ostküstenkapitals, waren in der Regel straff, fast militärisch in Gruppen organisiert. Nur so konnten sie die riesigen Viehherden über große Distanzen zu den Verladebahnhöfen der Eisenbahnen treiben, die das Vieh in die Schlachthöfe Chicagos und anderer Städte transportierten. Von dort wurde das Fleisch auch nach Europa exportiert. Im deutsch-französischen Krieg von 1870–1871 lebten die Armeen beider Seiten vom Fleisch aus Wyoming. Vor 1914 war Großbritannien der größte Anleger von Kapital, gefolgt von Deutschland, den Niederlanden und Frankreich.

### 3) Eine Schöpfung der europäischen Ideen

Auch die politische Kultur der Nordamerikaner, ihr Selbstverständnis, ihre Institutionen, besonders ihr Recht und ihre Verfassungen, die technisch-industrielle Revolution und kapitalistische Wirtschaftsform des Landes sind zutiefst von Europa geprägt worden, ganz besonders durch Großbritannien. Diese Aussage gilt unbeschadet des homerischen Streites darüber, wie dieses europäische Erbe durch die amerikanische Natur, die Konflikte mit den indigenen Stämmen und die eigene geschichtliche Erfahrung eingeschmolzen und ein »neuer Mensch«, eine »neue Gesellschaft«, eine »neue Welt« geschaffen wurden. Diese berühmte Frontier-These des Historikers Frederick Jackson Turner war, sozialpsychologisch und identitätspolitisch gesehen, eine zweite Unabhängigkeitserklärung von Europa.

Wenn es auch falsch wäre, die USA im 18. und 19. Jahrhundert für ein Anhängsel, eine Provinz Europas zu halten, so wird andererseits aus einer Außenperspektive, etwa aus einem asiatischen, nahöstlichen oder afrikanischen Blickwinkel, sofort deutlich, wie sehr die USA Teil des europäisch-nordamerikanischen Westens sind. Antikes Vorbild und christliche Religion, protestantisches Arbeitsethos, Aufklärung und Rationalisierung, die Trennung von Staat und Kirche, Industrialisierung und Kapitalismus, die Amerika bestimmenden politischen Ideen wie Liberalismus und Demokratie, Individualismus, Konstitutionalismus und Föderalismus, Grundrechte und Gewaltenteilung – alles das ist ohne Zweifel Bestandteil einer gemeinsamen westlichen und atlantischen Tradition.

Auch die zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit, deren letzte Inkarnation uns in Präsident George W. Bush entgegentritt, ist seit der Amerikanischen Revolution ein selbstverständlicher Teil der amerikanischen Identität, und sie ist ohne Zweifel europäischen Ursprungs. Denn diese Sendungsidee ist eine Verschmelzung von Christentum und Aufklärung, von Christentum und demokratischer Mission, die die besondere Zivilreligion Amerikas hervorgebracht hat: eine unverwechselbare Mischung aus christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben. Die

USA seien, so hat man gesagt, eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die geistigen Wurzeln George W. Bushs liegen in »Old Europe«, wenn auch die besondere Mischung sehr amerikanisch ist.

#### **4) Die USA als Schöpfung der europäischen Politik**

Die Expansion der von Europa geprägten Nation entwickelte sich nicht in einem Vakuum der internationalen Machtpolitik, nicht in einer »splendid isolation«, sondern in einem von Europa dominierten Weltsystem. Der Weg der USA zur Großmacht musste deshalb gegen die Interessen und gegen die Politik der drei alten europäischen Kolonialmächte in der westlichen Hemisphäre durchgesetzt werden, gegen Frankreich, Spanien und vor allem gegen Großbritannien, seit dem Ende der Napoleonischen Kriege unbezweifelbar die Weltmacht Nummer eins, weil es die Weltmeere beherrschte und zugleich das Gleichgewicht der Kräfte in Europa aufrechterhalten konnte.

In diesen Konflikten mit den Europäern machten die Amerikaner eine Grund- erfahrung, die ihre Politik gegenüber den einzelnen europäischen Nationalstaaten bis heute prägt. Sie konnten ihre eigenen Interessen immer dann am besten durchsetzen, wenn die Europäer untereinander zerstritten waren. Das bewusste oder glückhafte Ausnutzen der Rivalitäten der europäischen Großmächte untereinander zum Nutzen der USA ist deshalb ein zentraler Aspekt des Aufstiegs der USA schon vor 1917. Wie es ein Historiker einmal formulierte: »European distresses spelt American successes.« Die USA lagen im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Rande des europazentrischen Weltsystems. Die europäischen Nationen hielten die Kriege und Konflikte untereinander in der Regel für wichtiger als die Eindämmung der aufsteigenden Großmacht in der westlichen Hemisphäre. Wenn es denn historische Gerechtigkeit gäbe, müssten die öffentlichen Plätze der USA übersät sein mit Denkmälern Ludwigs XVI. und Napoleons I. Ohne den Bündnisvertrag von 1778, ohne den Louisiana Purchase von 1803 und den französisch-englischen Weltgegensatz im Zeitalter Napoleons hätten sich die Kolonisten in den beiden Unabhängigkeitskriegen gegen Großbritannien von 1776–1783 und von 1812–1814 nicht behaupten können.

Erst nach dem Bürgerkrieg waren die USA für die nächsten hundert Jahre, bis zur Erfindung der Interkontinentalraketen, in einer sicherheitspolitischen Lage, die schon die Bewunderung und den Neid Bismarcks hervorrief: Im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische. Bismarck, der, wie Sie als Geschichtslehrer alle wissen, seit 1871 vom Alptraum der gegen das neue Deutsche Reich gerichteten Koalitionen anderer Mächte beherrscht wurde (le cauchemar des coalitions), konnte deshalb sagen: »Betrunkene, Kinder und Amerikaner haben einen Schutzengel.«

Was war bis 1914 das weltgeschichtliche Ergebnis dieser Europäisierung der USA? Zusammenfassend lässt sich das besondere Gewicht der USA in der Weltpolitik und Weltwirtschaft vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs so bestimmen: Jenseits des nordamerikanischen Kontinents, den die Nation ohnehin dominierte, besaßen die

USA ein Imperium in der Karibik und im östlichen Pazifik, darüber hinaus die im Konfliktfall nicht zu haltenden Philippinen. In ganz Lateinamerika konkurrierten die USA besonders mit Großbritannien, dem Deutschen Reich und Frankreich um wirtschaftlichen Einfluss. Zum eurasischen Doppelkontinent hingegen hielten die Amerikaner vor 1914 militärisch und politisch Distanz.

Noch galten die Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 – eine gegenseitige, amerikanisch-europäische hands-off-Erklärung – und die Überzeugung der Gründungsväter, zwar mit der ganzen Welt Handel zu treiben, aber auf keinen Fall verstrickende Bündnisse (entangling alliances) einzugehen, die den USA die freie Hand nehmen könnten. In Asien waren die USA den Prinzipien der offenen Tür verpflichtet, aber nicht gewillt, dort militärisch einzugreifen. Dafür benötigte das Land, so der Friedensnobelpreisträger Theodore Roosevelt, eine Flotte so groß wie die englische und ein Heer so groß wie das deutsche. Beides hatte das Land damals nicht.

Auf der anderen Seite waren die USA schon vor dem Ersten Weltkrieg die führende Wirtschaftsmacht der Erde. 1913 hatte das Land einen Anteil an der Weltindustrieproduktion von 35,8%. Allerdings hatten die USA die führende Rolle Großbritanniens als Zentrum des Welthandels noch nicht erschüttert, das war erst ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges.

## II. Die Amerikanisierung Europas (1917–2001)

Zunächst einige Bemerkungen zum Begriff »Amerikanisierung«. Nicht nur Bücher, sondern auch Begriffe haben ihre Schicksale. Letztere treten zu einer bestimmten Zeit in das öffentliche Bewusstsein, ihr gemeintener Sinn verändert sich, ihr Gebrauch kann regional begrenzt sein oder sich, wie beim Terminus »Amerikanisierung«, globalisieren. Denn der Aufstieg der USA zur einzig verbliebenen Supermacht der Welt im 20. Jahrhundert wurde begleitet von einer ebenfalls globalen Perzeptionsgeschichte durch die von amerikanischem Vorbild und Einfluss, von amerikanischer Hegemonie und Herrschaft betroffenen Nationen, Regionen, Gesellschaften und politischen Systeme der Welt; und zwar in Europa, Asien, Lateinamerika, Australien und Afrika. Die »Amerikanisierung« Europas ist also Teil der Amerikanisierung der Welt.

Es ist deshalb nicht zufällig, sondern entspricht der Logik der Sache, dass für die Popularisierung des Begriffs »Amerikanisierung« immer wieder auf den britischen Journalisten William T. Stead verwiesen wird. Er publizierte 1901 ein Buch mit dem Titel: »The Americanization of the World«. In prophetischer Vorwegnahme der Zukunft gab er seinem Buch den Untertitel: »The Trend of the Twentieth Century.« Es wurde umgehend in die deutsche und französische Sprache übersetzt.

Jeder weiß, dass lokale, regionale und nationale Identitäten sich an Freund- und Feindbildern schärfen. Den Bayern muss man diesen Tatbestand nicht lange erläutern. Deshalb stehen der Begriff »Amerikanisierung« und die damit gemeinten Sachverhalte in allen Regionen der Welt im Zentrum von Identitätsdebatten. Ganz Lateinamerika zum Beispiel bespiegelt sich selbst in der Auseinandersetzung mit dem Koloss aus dem Norden; große Teile des Islam, nicht nur die islamischen

Fundamentalisten, finden ohne die Externalisierung des Bösen, ohne die Projektion des Bösen auf das Symbol der westlichen Moderne, eben die USA, nicht zu sich selbst. In vielen Ländern Asiens sind die USA Vorbild und Schreckbild zugleich. Wer die in Umfragen dokumentierte öffentliche Meinung in Europa und die veröffentlichte Meinung der Gegenwart verfolgt, besonders zu der Regierung Bush, könnte zu dem Schluss kommen, dass Europa ohne einen begrenzten Konflikt mit den USA nicht zu einer militärischen, politischen und kulturellen Identität finden kann; Europa also den umgekehrten Prozess durchlaufen müsse, wie die USA im 18. und 19. Jahrhundert, als die USA ohne das Feindbild »Europa« nicht zu sich selbst kamen.

Weil also der Begriff »Amerikanisierung« überall in der Welt untrennbar in die Identitätsdebatten der von der Amerikanisierung betroffenen Regionen und Völker verwoben ist, ist er für die meisten Menschen ein politischer Kampfbegriff. Deshalb haben Wissenschaftler auch Mühe, die beschreibenden und erklärenden Elemente dieses Terminus von seinen normativ-vorschreibenden Bestandteilen zu trennen. Oder anders ausgedrückt: Der Begriff »Amerikanisierung« ist in der Realgeschichte sehr oft pro- oder antiamerikanisch aufgeladen.

Ich selbst möchte diesen Begriff heute nur in beschreibender und erklärender Absicht benutzen. Unter der Amerikanisierung Europas sei ganz einfach der politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Einfluss verstanden, den die USA im 20. Jahrhundert auf Europa ausgeübt haben. Genauso hatte ich in meinem ersten Teil den Begriff »Europäisierung Amerikas« benutzt. Bei allen wechselseitigen Einflüssen und Interdependenzen, bei allen zirkulären Prozessen, die es im amerikanisch-europäischen Verhältnis auch immer gegeben hat, will diese Unterscheidung doch andeuten, dass vom 17. bis 19. Jahrhundert der dominierende Einfluss von der Alten in die Neue Welt, im 20. und 21. Jahrhundert von der Neuen in die Alte Welt gegangen ist.

Da man die gesamte Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts unter dem Leitmotiv der Amerikanisierung analysieren könnte, ist es selbstverständlich, dass ich dazu nur einige Bemerkungen machen kann.

Ich beginne mit jenem Bereich der Amerikanisierung Europas, der im allgemeinen Bewusstsein der Gegenwart vermutlich am stärksten mit diesem Begriff assoziiert wird und der Generationen anti-amerikanischer Kritiker auf den Plan gerufen hat: nämlich den Einfluss amerikanischer Ideale, Kulturgüter und Produktionsformen im Allgemeinen, der amerikanischen Unterhaltungsindustrie und Populärkultur im Besonderen. Nicht zufällig sprachen die französischen Intellektuellen anlässlich der Eröffnung des Euro-Disneyland in der Nähe von Paris von einem »kulturellen Tschernobyl«. Das hindert das gemeine Volk Frankreichs aber nicht daran, diesen Park nach erstem Zögern fleißig zu besuchen. Der Filmproduzent Wim Wenders ließ schon 1976 in einem Film verkünden: »Die Amis haben unser Unbewusstes kolonisiert.«

In keinem Bereich der europäischen Amerika-Diskussion toben sich so viele anti-amerikanische Vorurteile aus, gibt es so viel Anti-Amerikanismus von links und von rechts, werden von europäischen Intellektuellen und von Teilen des europäischen Bürgertums so viele Güter des Abendlandes verteidigt, wird seit 200 Jahren so inbrünstig zwischen amerikanischer Zivilisation und europäischer Kultur geschieden, wie

in der leidenschaftlichen Debatte um den kulturellen Einfluss der USA auf Europa. Ungeachtet der Kritik scheint offenbar gegen die »globale, massenkulturelle Ökumene amerikanischer Prägung« kein Kraut gewachsen zu sein, gegen die, wie es ein Historiker formulierte, »final banal idiocy of the reversed baseball cap.« Die mit der US-Populärkultur transportierten Botschaften – Freiheit, Unabhängigkeit, Weite, Konsum und Sexualität – scheinen globale Wunschträume zugleich zu repräsentieren und zu begründen.

Auch im Bereich der so genannten Hochkultur ist der Export amerikanischer Ideen nach Europa nicht zu unterschätzen. Das gilt im Bereich der Wissenschaft und Technik ebenso wie in der Literatur und in den Künsten. Im globalen Wettbewerb der besten Hochschulen der Welt um die besten Forscher und Studierenden, im »global brains business«, liegen die USA weit vorn. Nach einem Report des »Economist« gehören zu den besten zwanzig Universitäten der Welt siebzehn amerikanische, zwei britische und eine japanische. To be sure, at Heidelberg and Munich we are catching up.

Der Erste Weltkrieg war die Ursünde Europas und der Vater vieler Dinge. Er war auch, das ist mein nächster Aspekt, der Beginn der wirtschaftlichen Amerikanisierung Europas. Die USA wurden durch den Ersten Weltkrieg zur stärksten Wirtschaftsmacht der Erde mit weltweiten Handelsinteressen und einer globalen Außen- und Wirtschaftspolitik. In den zwanziger Jahren vergrößerten sie ihren Vorsprung als Produzent, sie wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs auf durchschnittlich 45 % in den Jahren von 1925 bis 1929. Das Nationaleinkommen der USA war, in Dollar gemessen, ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizentrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Der für den Welthandel und für das amerikanisch-europäische Verhältnis vielleicht folgenreichste Faktor war der abrupte Wechsel der USA von einer Schuldner- zu einer Gläubigernation.

Nach Weltwirtschaftskrise, New Deal und Zweitem Weltkrieg begannen die Amerikaner, bewaffnet mit den Lehren aus der Geschichte, ein liberales Weltwirtschaftssystem aufzubauen, von dessen Funktionieren bis heute der Wohlstand der Nationen und der Wohlstand Europas abhängt. Nur ein auf liberalen Grundsätzen beruhendes und institutionell verankertes Weltwirtschaftssystem konnte aus Sicht der USA eine Wiederholung des europäischen Erzübels verhindern, nämlich einen neuen Rückfall in Autarkie, Protektionismus und bilateralen Tauschhandel. Nur die restlose Beseitigung der Formen und Ursachen solcher Politik konnte Europa insgesamt wieder zu einem produktiven Faktor einer neuen Weltwirtschaftsordnung machen. Nur die neue Supermacht des Westens, die als einzige Großmacht auch im Zweiten Weltkrieg reicher geworden war, hatte das Vermögen, ein neues Weltwirtschaftssystem zu begründen. Folgerichtig dominierten die Amerikaner die Konferenz von Bretton Woods vom Juli 1944, auf der 1500 Delegierte aus 44 Ländern den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank als Grundpfeiler einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ins Leben riefen. Die Verpflichtung auf Multilateralität und offene Märkte war denn auch der Preis, den die Europäer für die Marshallplan-Hilfe zu zahlen hatten.

Seither kann eine Geschichte der Weltwirtschaft nach 1945 nicht ohne den Einfluss der USA auf Europa geschrieben werden, ohne die weltwirtschaftliche Verflechtung im atlantischen Raum und ohne den phänomenalen Anstieg des Handels zwischen den entwickelten Industriestaaten auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Zufuhr von Rohstoffen nach Europa, insbesondere von Öl, wurde durch den amerikanischen Einfluss in anderen Regionen der Welt sichergestellt.

Diese wirtschaftliche Amerikanisierung Europas im Rahmen einer liberalen Weltwirtschaft führte nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen Europas zum größten Wachstum und zur größten Wohlstandsentwicklung in der gesamten bisherigen Geschichte. Und heute kann das Europa der 27 nur in wirtschaftlicher Hinsicht den USA auf ungefähr gleicher Augenhöhe entgegentreten. Das Bruttosozialprodukt beläuft sich auf beiden Seiten des Atlantiks auf geschätzte 11 Billionen (für Amerikaner: Trillions); über 300 Millionen Amerikaner stehen 484 Millionen »Europäern« in der neuen EU gegenüber. Die USA und die EU bestreiten zusammen ungefähr 40 % des Welthandels. Der Bestand europäischer Direktinvestitionen in den USA beläuft sich auf 900 Milliarden Euro, der der USA in Europa auf 700 Milliarden Euro, insgesamt also auf eine Größenordnung von 1,6 Billionen Euro (im Jahre 2009). Der Euro hat überdies die Tendenz, zu einer zweiten Reservewährung zu werden.

Es hängt auch mit dieser gleichen Augenhöhe zusammen, dass die strategischen, politischen und kulturellen Differenzen zwischen den USA und Teilen Europas seit dem Januar 2002 kaum auf den wirtschaftlichen Bereich durchgeschlagen haben und die ordnungs- und handelspolitischen Konflikte begrenzt blieben. Beide Seiten hätten bei einem »Wirtschaftskrieg« zu viel zu verlieren.

Damit komme ich zur politischen Amerikanisierung Europas im 20. Jahrhundert, die immer auf zwei Pfeilern ruhte, auf dem amerikanischen Machtanspruch und der amerikanischen Sendungsidee, auf »power and mission«<sup>1</sup>. Die große Zäsur scheint mir auch in diesem Fall der Erste Weltkrieg zu sein, als die beiden großen Revolutionäre des 20. Jahrhunderts, der Kommunist Lenin und der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, antagonistische Modelle für die ganze Welt verkündeten, das heißt universalistische Doktrinen. Wilson verstand sich als Werkzeug Gottes, er wollte die Welt für die Demokratie sicherer machen, Europa vom alten Machtspiel der »balance of power« befreien und den Weltfrieden auf einen neuen »covenant«, den Völkerbund, gründen. Seitdem hat sich Europa mit der politischen Macht und der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit auseinanderzusetzen.

Ohne den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson hätten die Sieger des Ersten Weltkrieges die Satzung des Völkerbundes nicht verabschiedet – die Weigerung des Senats, den Völkerbundsvertrag zu ratifizieren, hat Wilson buchstäblich das Leben gekostet. Ohne den politischen Einfluss der USA hätten die Sieger des Zweiten Weltkrieges nicht die Gründung der Vereinten Nationen ins Werk gesetzt.

Mit diesem Missionar aus der Neuen Welt umzugehen, fiel selbst den europäischen Alliierten der USA schon 1919 auf der Konferenz von Versailles nicht leicht, weil sie den Besiegten lieber einen reinen Machtfrieden auferlegt hätten. Wilsons härtester

1 Vgl. Detlef Junker: Power and Mission. Was Amerika antreibt Freiburg: Herder<sup>2</sup> 2003.

Widersacher, der französische Ministerpräsident Clemenceau, mokierte sich über diesen sendungsbewussten Repräsentanten der Neuen Welt: Während Moses nur mit zehn Geboten vom Berge gekommen sei, wolle Wilson die Welt mit vierzehn Punkten verändern.

Es spricht vieles für die amerikanische Interpretation des 20. Jahrhunderts: Sie haben aus ihrer Sicht Europas Freiheit gerettet, die Alte Welt im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg von den Übeln des Wilhelminismus, Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus befreit.

An dem Untergang der europäischen Kolonialreiche oder expansiver Imperien in Europa waren sie direkt oder indirekt beteiligt. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wird von vielen Strategen als Endpunkt einer weltgeschichtlichen Entwicklung angesehen, die mit der Zerschlagung des Habsburger und Osmanischen Reiches begann, mit der Zerschlagung des Dritten Reiches und des italienischen Kolonialreiches fortgeführt wurde und die mit der für Großbritannien und Frankreich so schmerzlichen Auflösung ihrer Kolonialreiche endete. Auch die Niederlande, Spanien und Portugal trennten sich von den Resten ihrer Imperien.

Man darf also die These wagen: Nur weil die klassischen europäischen Nationen – mit kräftiger amerikanischer Unterstützung – von totalitären Systemen befreit und auf ihre Kernländer zurückgestutzt wurden, waren die Europäer überhaupt fähig, das Projekt der Europäischen Union nach 1990/91 nach Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa voranzutreiben, eben die gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. Der ewige Kampf der europäischen Nationen um Einfluss Status und Prestige spielt sich nun mit friedlichen Mitteln innerhalb der Europäischen Union ab. Wenn wir von der Amerikanisierung Europas sprechen, sollten wir eine fundamentale Tatsache nie vergessen: Die USA waren die Hebamme Europas.

Was uns Deutsche betrifft, so darf ich daran erinnern, dass die USA zwei Weltkriege gegen Europas Zentralmacht führten, aber, anders als die europäischen Nachbarn, rechtlich und rhetorisch immer an Deutschlands Einheit in Freiheit festhielten; in Versailles 1919, in Potsdam 1945 und im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Außerdem gehörten nach 1945 die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, der Kampf um die Seele von Faust, zu den zentralen Zielen amerikanischer Außenpolitik.

Als 1989/90 die Stunde der Wahrheit kam, waren es nicht die Westeuropäer, sondern die USA unter Führung von George Bush dem Älteren, die die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit und die Westbindung unterstützten.

### **III. Die Hybris der Macht und die transatlantische Entfremdung (2002–2008)**

Wenn es in Westeuropa nach 1945, in Mittel- und Osteuropa auch nach 1989/90, immer eine leidenschaftliche Debatte über alle Aspekte dieser Amerikanisierung Europas gegeben hat und bis heute gibt, so sind doch laut Umfragen die USA während des Kalten Krieges mehrheitlich als Verbündeter und Garant der Freiheit angesehen

worden. Das lag auch daran, dass die USA während des Kalten Krieges überwiegend als ein wohlwollender Hegemon erfahren wurde, der versuchte, im Rahmen seiner Führungsrolle die Interessen der abhängigen Bündnispartner mit zu berücksichtigen, im Dialog Interessenunterschiede durch pragmatische Kompromisse einzuebnen und auf dieser Grundlage in Europa freiwillige Gefolgschaft zu gewinnen. Nicht umsonst konnte während des Kalten Krieges die US-Außenpolitik gegenüber Westeuropa als »Imperium auf Einladung« (empire by invitation) oder »Imperium durch Integration« (empire by integration) beschrieben werden. Diese Geschäftsgrundlage der europäisch-amerikanischen Beziehungen wurde während der Amtszeit von Bush dem Jüngeren zerstört, weil dieser nach dem 11. September den Entwurf einer Weltvorherrschaft, nicht Weltherrschaft, durchzusetzen versuchte. Dieser Versuch einer Weltvorherrschaft ist heute, sieben Jahre später, weitgehend gescheitert (Stand 2008). Heute kreist die strategische Debatte in den USA auch um die Frage, ob die Hybris der Macht aus den Anfangsjahren der Amtszeit Bush dazu geführt hat, dass die USA inzwischen ihre Position als dominierende Supermacht verspielt haben.

Erinnern wir uns in aller gebotenen Kürze an diesen Entwurf einer Weltvorherrschaft, der schon wieder Geschichte geworden zu sein scheint. Der sendungsbewusste Präsident, ein wiedergeborener Christ, der sich auf die Christliche Rechte und die vierte Erweckungsbewegung seines Landes stützte, glaubte zutiefst an seine historische Mission, der Welt im Allgemeinen, dem Nahen Osten im Besonderen, die Freiheit zu bringen. Das hat er unzählige Male gesagt, George W. Bush war und ist ein Ideologe und Überzeugungstäter.

Nur die USA können, davon war Bush überzeugt, die Welt wirklich führen. Denn aus seiner Perspektive war die Welt endgültig unipolar und amerikazentrisch geworden, in geistiger und in militärisch-strategischer Hinsicht. Das Pentagon hat die Welt in fünf Kommandobereiche aufgeteilt. Die USA verfügen über 860 Basen unterschiedlicher Größe in der ganzen Welt, die Militärmacht wächst täglich. Mit ihrer Zerstörungskraft können die US-Streitkräfte jeden Punkt der Erde in 15 Minuten pulverisieren. Da es keine Weltarmee unter dem Kommando der UNO gibt, die NATO fast irrelevant geworden ist, könnten, so Bush, im Konfliktfall nur die USA die Welt im pro-amerikanischen und prowestlichen Sinne stabilisieren. De facto seien die US-Streitkräfte die Weltarmee. Bündnispartner müsse man sich bei Bedarf suchen, je nach Lage der eigenen Interessen. Das Angebot der NATO zur Zusammenarbeit nach dem 11. September wurde kühl zurückgewiesen.

Von diesen Bündnispartnern wurde – und damit begannen schon bald die Probleme – fast selbstverständlich erwartet, dass sie die amerikanische Gefahren- und Feindperzeption teilen, nur dann galten sie als Freunde. Diese einzig verbliebene Hypermacht weigerte sich strikt, die nationale Souveränität durch internationale Verträge zu beschränken. Gulliver könne sich nicht durch die Fesseln der vielen Zwerge binden lassen. Die UNO war und ist für die konservativen Republikaner ein einziges Ärgernis, sie taten viel, um die Weltorganisation und ihren Generalsekretär Kofi Annan zu diskreditieren. Was die Präsidenten Wilson und Roosevelt der Welt als Vision angeboten hatten, war für Bush den Jüngeren ein Ärgernis, spätestens seit Außenminister Powell zur Rechtfertigung des Irak-Krieges, wie wir



ja jetzt wissen, eine Serie von Falschaussagen vor der Vollversammlung der UNO präsentieren musste.

Was war das Ziel dieser globalen Militärmacht? Es war genau das, was die sogenannten Neokonservativen in den neunziger Jahren in ihren Publikationen und Denkschriften vorgedacht hatten: die Begründung einer konkurrenzlosen Pax Americana für das 21. Jahrhundert. Diese Gruppe wollte, genauer gesagt, nicht eine amerikanische Weltherrschaft, aber eine Weltvorherrschaft (primacy) errichten, die es den USA auf unbestimmte Zukunft erlaubt hätte, die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne zu bestimmen. Das galt auch für die Strukturen Europas.

Im Kern lief dieser Versuch einer Weltvorherrschaft, einer grandiosen Pax Americana, darauf hinaus, nach dem Ende des Kalten Weltkrieges das zu erreichen, was weder nach dem Ersten, noch nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen war: das amerikanische Modell von Demokratie und marktwirtschaftlichem Kapitalismus möglichst weltweit auszubreiten, liberty and property zu globalisieren. Damit wäre, um einen berühmten Autor, Francis Fukuyama, zu zitieren, das »Ende der Geschichte gekommen«. Fukuyama meinte natürlich nicht, dass die Geschichte plötzlich stillstehen würde, er meinte aber, dass es in der Zukunft keine Alternative mehr zum amerikanischen Modell geben könne, weil alle alternativen Visionen abgewirtschaftet hätten.

Eingelagert in die amerikanische Missionsidee der Freiheit war also unter Präsident Bush dem Jüngeren der harte, machtpolitische Entwurf der US-Weltvorherrschaft, die Zukunft eines Staates, der notfalls allein, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und »vorbeugend« (preventive and preemptive) handelt.

Im Zusammenhang und im Gefolge der europäischen Kritik an diesem amerikanischen Unilateralismus wurden nun auch verstärkt strukturelle Differenzen zwischen den USA und Europa thematisiert, die die Kommunikationsstörungen über dem Atlantik weniger als Folge der Weltpolitik denn als Konsequenz unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme und Werte interpretieren. Ich möchte deshalb, in idealtypischer Verknappung, besonders drei Differenzen zwischen der Alten und der Neuen Welt in der Gegenwart analysieren:

1. Die Marktlücke (market gap)
2. Die Kriegslücke (war gap)
3. Die Gotteslücke (God gap)

Zur Marktlücke: Hier beziehe ich mich besonders auf Forschungsergebnisse meines Heidelberger politikwissenschaftlichen Kollegen Manfred G. Schmidt, der – bei allen Gemeinsamkeiten – auf tiefgreifende Unterschiede der politischen Systeme aufmerksam gemacht hat. Besonders in einer Fundamentalfrage, die alle westlichen Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks tief bewegt, gibt es nach Schmidt eine strategische Differenz. Was soll vom Staat, was soll vom Markt geleistet werden? Diese Arbeitsteilung zwischen Markt und Staat kann besonders gut an der Staatsquote abgelesen werden, an dem Anteil aller öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Obwohl im Zuge von Industrialisierung und Demokratisierung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts diese Staatsquote in allen westlichen Staaten erheblich angestiegen

ist, bleibt bis heute eine erhebliche Differenz. Noch immer ist in der amerikanischen Kultur die alte Überzeugung tief verankert: »The best government is no government«. Es gibt bis heute Amerikaner, die höhere Steuern mehr fürchten als den Satan. Im Jahre 2005 lag die Staatsquote in den USA bei 36,4 %, in Deutschland bei 46,7 % und in Schweden bei 56,6 %. Die großen Unterschiede lagen, so Manfred Schmidt, nicht im sozial-investiven Bereich, sondern in der Sozialpolitik. Die soziale Leistungsquote in den USA belaufe sich nur auf 50–60 % der Sozialleistungsquoten der führenden europäischen Wohlfahrtsstaaten. Außerdem geben die USA sehr viel mehr Geld für Militär und Rüstung aus.

Das liegt einerseits am Zusammenwirken der politischen Akteure und den politischen Institutionen der USA, andererseits an der amerikanischen Vision, dass jeder für sein Glück allein verantwortlich sei, am wettbewerbsorientierten Individualismus, der von dem Einzelnen Mut und Risikobereitschaft verlange. Ein freier Mann, heute auch eine freie Frau, auf eigenem Grund – und einem Gewehr im Schrank – das ist der uralte amerikanische Traum, der besonders im konservativen Lager noch Prägestärke entfaltet. Deshalb halten fast alle Amerikaner alle Spielarten des europäischen Sozialismus, ja Kommunismus für nichts als Verelendungstheorien und ihre Ideologen für Sklavenseelen. Unsere beiden sozialdemokratischen Volksparteien, die CDU und die SPD, auch die sozialdemokratische CSU, liegen weit links vom amerikanischen Traum und vom amerikanischen »mainstream«.

Zur Kriegslücke: Meine Damen und Herren, ein Kollege von mir von der Stanford University, der Europahistoriker James J. Sheehan, hat vor kurzem ein viel beachtetes Buch mit dem Titel geschrieben: »Where Have All the Soldiers Gone? The Transformation of Modern Europe.«

Sheehan nimmt ein Leitmotiv wieder auf, mit dem ein anderer Amerikaner vor einigen Jahren Schlagzeilen gemacht hatte, Robert Kagan, der behauptete, das kriegerische Amerika sei vom Mars, das friedfertige Europa von der Venus. Das Leitmotiv beider Bücher ist die Entmilitarisierung der europäischen, insbesondere der deutschen Gesellschaft. Sheehan erinnert uns daran, dass am 22. August 1914 an einem Tag 27.000 französische Soldaten, am 1. Juli 1916 20.000 britische Soldaten und in den Kämpfen vor Verdun in wenigen Wochen hunderttausende französische und deutsche Soldaten gefallen sind. Heute haben die Europäer größte Mühe, einige Tausend Soldaten für einen Einsatz in Afghanistan aufzubringen. Es gibt amerikanische Generalstäbler, die sich heimlich wünschen, Deutschland könnte in Afghanistan eine Division von der Kampfkraft und Todesbereitschaft der Wehrmacht im Dritten Reich zur Verfügung stellen. Dann wäre der Taliban-Spuk bald zu Ende. Es geht also in einer zentralen Frage der gesamten uns bekannten Geschichte, nämlich nach der Legitimität und Notwendigkeit von Kriegen, um mehr als Kommunikationsstörungen über dem Atlantik, sondern um eine strukturelle Differenz.

Zur Gotteslücke: Damit komme ich zu meiner letzten Lücke, der Gotteslücke über dem Atlantik. In den sieben Jahren der Amtszeit von George W. Bush hat sich die veröffentlichte Meinung in Europa verstärkt mit der Religion in den USA beschäftigt,

insbesondere mit der christlichen Rechten, den christlichen Zionisten, den so genannten Fundamentalisten und den evangelikalen Bewegungen, die besonders in Afrika, Lateinamerika und Asien, aber auch schon in Europa eine enorme Missionstätigkeit entfalten. Wir werden daran erinnert, dass die USA von Beginn an ein außerordentlich religiöses Land gewesen sind, weil zwei europäische Importe das Land geprägt haben, nämlich Christentum und Aufklärung. Sein Weg in die Moderne hat nicht, wie in vielen europäischen Ländern, zu einer starken Säkularisierung der Gesellschaft geführt. Nach letzten Umfragen glauben 90% der Amerikaner an einen Gott. Über 70%, d. h. über 200 Millionen, beten mindestens einmal pro Woche. Fast die Hälfte, d. h. 150 Millionen, gehen mindestens einmal pro Monat in eine Kirche, Moschee, Synagoge oder einen Tempel. Gott, oder empirisch genauer gesagt, die Gottesvorstellungen der Amerikaner haben ihre Gesellschaft seit der Gründung der Union immer in zwei Funktionen geprägt:

- Einerseits Gott als integraler Bestandteil der fast alle Amerikaner verbindenden »zivilen Religion«, einer nationalen Religion, aus der sie einen erheblichen Teil ihrer Identität und Dynamik, besonders aber ihre Sendungsidee der Freiheit schöpfen. Diese zivile Religion steht im Zentrum der amerikanischen Trinität von Gott, Vaterland und Freiheit.
- Andererseits Gott, oder empirisch genauer gesagt, die Vielfalt der Gottesvorstellungen als Zentrum der über tausend Religionsgemeinschaften (denominations). Diese Gemeinschaften können sich seit 1791 unter dem Schutz des ersten Zusatzes zur Verfassung entfalten, unter dem Rechtsschutz der Trennung von Staat und Kirche und der freien Religionsausübung.

Diese Trennung von Staat und Kirche hat auch zur Folge, dass Religionsgemeinschaften und die freie Religionsausübung in den USA in weit höherem Maße Marktphänomene sind als in Europa. In Fragen der Religion gibt es neben der Gotteslücke über dem Atlantik auch eine Marktlücke über dem Atlantik. In den Kirchen, aber auch in den Medien, konkurrieren Religionsgemeinschaften und charismatische Prediger um Anhänger und zahlungskräftige Kunden. Neben dem bezahlten Fernsehen gibt es das bebetete Fernsehen, neben »pay-tv« eben »pray-tv«. Insgesamt ist Amerika religiös so geprägt, dass man sich heute zwar eine Frau oder einen Farbigen als Präsidentschaftskandidaten vorstellen kann, auf keinen Fall aber einen Atheisten. In diesem Punkt gibt es vermutlich große Ähnlichkeiten mit Bayern.

Damit komme ich zum Schluss, zu meinem letzten Punkt, zum Versuch einer Prognose. Dieses letzte Argument ist schon deshalb kürzer, weil die Historiker ja grundsätzlich rückwärtsgewandte Propheten sind, also nur hinterher allemal klüger. Davon allerdings sollten sie einen kraftvollen, öffentlichen Gebrauch machen.

#### IV. Prognose: Eine Krise enttäuschter Erwartungen

Leider bin ich, was die unmittelbare Zukunft nach den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr angeht, kein Überbringer guter Nachrichten. Deshalb möchte ich Sie an die älteste diplomatische Tradition erinnern, wonach Überbringer schlechter Nachrichten weder geköpft noch aufgehängt werden sollten. Ich hoffe also, dass ich diesen Raum lebend verlassen kann.

Ich sehe im amerikanisch-europäischen Verhältnis eine Krise enttäuschter Erwartungen voraus. Die Europäer erhoffen sich von einer neuen US-Regierung, möglichst unter einem Demokraten oder einer Demokratin, erneut einen wohlwollenden Hegemon, der multilateral vorgeht, verstärkt auf Diplomatie, Kompromiss und die Problemlösungskapazität internationaler Organisationen setzt, die Europäer vor Entscheidungen konsultiert, nicht andauernd vor vollendete Tatsachen stellt und dennoch Gefolgschaft erwartet.

Die USA ihrerseits werden auch unter einer demokratischen Administration von Europa erwarten, dass weniger verhandelt und mehr gehandelt wird; dass Europa in der Welt mehr Verantwortung übernimmt, viel mehr Geld in das Militär investiert, die Türkei in die EU aufnimmt, vor allem höhere Risiken eingeht, um Probleme zu lösen.

Die Europäer sind überdies zur Zeit aus amerikanischer Sicht keine Macht, die die Weltpolitik entscheidend mitgestalten kann, kein »major global player«. Und in der Tat, Europa ist nicht fähig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren, geschweige denn durchzuhalten. Das aber wäre die erste Voraussetzung, um in Washington überhaupt gehört zu werden; selbst in einer Situation, in der den Amerikanern bewusst ist, dass sie Verbündete brauchen. Sonst gilt weiter das alte Bonmot Henry Kissingers: »Immer wenn ich in Europa anrufe, ist keiner am Telefon.«

Die Amerikaner werden zumindest in internen Beratungen die Europäer weiter beschuldigen, ein Trittbrettfahrer der Weltgeschichte geworden zu sein. Für die strategische Sicherheit der westlichen Welt, die Sicherung von offenen Seewegen und von Rohstoffen, insbesondere des Öls, täten die Europäer zu wenig. Deshalb könnte es wie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Debatte über eine gerechte Lastenverteilung zur Aufrechterhaltung einer möglichst stabilen, möglichst freien und möglichst marktwirtschaftlichen, auf Freihandel setzenden Welt geben.

Vor allem werden die Amerikaner von den Europäern erwarten, in Kriegsgebiete der Welt gut ausgebildete und gut ausgerüstete Soldaten zu senden, die tatsächlich bereit sind, zu kämpfen und zu sterben. Genau darüber wird ja schon zur Zeit im Rahmen des NATO-Einsatzes in Afghanistan eine harte Debatte geführt.

Die Amerikaner werden besonders die Deutschen beim Wort nehmen. Wenn Eure, so werden sie sagen, nationalen Interessen nicht in Hindelang, sondern am Hindukusch verteidigt werden, müssten die deutsche Bevölkerung, das deutsche Parlament – wir haben ja eine Parlamentsarmee – und die deutsche politische Klasse von Illusionen Abschied nehmen. Die von mir beschriebene Kriegslücke ist ein Sprengsatz für die NATO und die transatlantische Allianz.

Ein Standardargument der Europäer macht in Washington angesichts des Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und des immer härter werdenden Kampfes um Rohstoffe nur wenig Eindruck; nämlich die Behauptung, dass die sich erweiternde und vertiefende europäische Gemeinschaft gleichsam als Friedensmodell für die ganze Welt dienen könne.

Die Europäer würden, auf sich allein gestellt, nicht einmal mit den Problemen auf dem Balkan fertig werden, geschweige denn mit einem neuen russischen Imperialismus.

Was bedeutet meine Prognose? Sie bedeutet, dass das amerikanisch-europäische Verhältnis auf absehbare Zeit in einer zutiefst ambivalenten Situation festgefahren sein wird. Amerikaner und Europäer können einander in vielerlei Hinsicht nicht leiden, aber aus strategischen Gründen auch nicht voneinander lassen. Außerdem teilen sie die westlichen Werte, weil, wie ich im ersten Teil dieses Vortrages erläuterte, Amerikas Werte ein Import aus Europa sind. Außerdem kann Europa die Grundlagen seiner Sicherheit und Wohlfahrt nicht allein garantieren.

Deshalb sei es mir gestattet, mit einigen Überlegungen zu schließen, die eigentlich für einen wissenschaftlichen Historiker nicht statthaft sind, weil sich in ihnen Wahrscheinliches und Wünschenswertes mischen.

Der unilaterale Entwurf einer Pax Americana ist dabei, aus außen- und innenpolitischen Gründen zu scheitern. Die Regierung Bush hat sich überhoben. Das würde die Chance einer verbesserten amerikanisch-europäischen Kooperation unter zwei Bedingungen eröffnen: Wenn die USA die Europäer zumindest rhetorisch von Gleich zu Gleich behandelten und ein starkes Europa nicht fürchteten; und wenn Europa tatsächlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik konzipierte und in Grundzügen durchhielte. Die Amerikaner müssen von der Arroganz der Macht, die Europäer von der Arroganz der Ohnmacht lassen. Denn wenn sich die beiden demokratischen Wohlstandsregionen auf beiden Seiten des Atlantiks weiter auseinanderdividierten, wäre aus meiner Sicht kaum ein gegenwärtiges Weltproblem lösbar. Genau deshalb müssen aus meiner Perspektive die Institutionen der Gesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks einen realistischen und informierten Dialog aufrechterhalten. Nur so kann verhindert werden, dass sich ein Anti-Europäismus in den Seelen der Amerikaner, ein Anti-Amerikanismus in den Seelen der Europäer einnistet.

Wenn das gelänge, könnte das erreicht werden, wovon viele Transatlantiker träumen: eine Zusammenarbeit, die wirklich auf zwei Pfeilern, einem europäischen und einem amerikanischen, ruht.



## 2. Die manichäische Falle. Das Deutsche Reich im Urteil der USA (1871–1945)

Als sich 1989 die Mauer öffnete, die sowjetischen Panzer in der Kaserne blieben, die berühmte amerikanische Strategie der doppelten Eindämmung der Sowjetunion und Deutschlands – to keep the Soviets out, the Americans in, the Germans down, and the Europeans happy – zusammenzubereiten begann und die Einheit Deutschlands erneut auf der Tagesordnung der Weltgeschichte stand, reagierte die amerikanische Regierung genau so, wie es nach der Geschichte der amerikanisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert zu erwarten war.

Die Amerikaner begrüßten wie 1848 oder 1871 die Aussicht auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen. In den USA war der Jubel über den Fall der Mauer ehrlich und spontan. Von allen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges unterstützten die USA die sich abzeichnende Wiedervereinigung am frühesten und entschlossensten. Die bisher publizierten Dokumente, aber auch die Tagebücher des Kanzlerberaters Horst Teltschik, zeigen mit eindringlicher Klarheit die ausschlaggebende Rolle der USA seit Dezember 1989, als Mitterrand und Margaret Thatcher den Zug aufzuhalten suchten und Gorbatschow noch nicht bereit war, die deutsche NATO-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Im Februar, Mai und Juni 1990 war Bundeskanzler Kohl in den USA. Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard-Universität rief man ihm zu: »Herr Bundeskanzler, wir sind alle Deutsche.«<sup>1</sup> Gemeint war: Wir alle freuen uns über den Sieg der Freiheit. Nachdem Kohl im Januar 1990 den sowjetischen Vorschlag einer Viermächtekonferenz der ehemaligen Siegermächte über Deutschland kategorisch mit der Bemerkung abgelehnt hatte: »Wir brauchen keine vier Hebammen«<sup>2</sup>, wurde Anfang Februar besonders in deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit die Idee der »Zwei-plus-Vier-Konferenz« geboren. Auf den vielen internationalen Konferenzen dieses Jahres, sei es in Ottawa, Malta, Houston, Dublin, Paris oder London, taten die USA das Ihre, um den Vereinigungsprozess zu unterstützen. Außenminister Baker konnte einen Tag nach dem berühmten Treffen von Kohl und Gorbatschow auf einer Pressekonferenz in Paris am 17. Juli 1990 zu Recht erklären: »The terms of the agreement that were reached between Chancellor Kohl and President Gorbachev are terms that the United States have supported since as early at least as last December when we called for a unified Germany as a member of the NATO alliance.«<sup>3</sup>

1 Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung (Berlin 1991) 264.

2 Ebd. 105.

3 Adam Daniel Rotfeld, Walter Stütze (Hrsg.), Germany and Europe in Transition (Oxford 1991) 179. Zur frühen amerikanischen Unterstützung vgl. Teltschik, Innenansichten, 48, 77, 123, 129, 137.

*Erstveröffentlichung:* Die manichäische Falle. Das Deutsche Reich im Urteil der USA, in: Klaus Hildebrand (Hg.): Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn. Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 33. Oldenburg Verlag München 1995, S. 141–158.

Die andere, komplementäre und ebenfalls aus der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu erwartende Seite der US-Deutschlandpolitik war eine Fortsetzung der Eindämmungspolitik unter neuen Bedingungen. Das wiedervereinigte Deutschland musste ein Teil der NATO und einer europäisch-atlantischen Gesamtarchitektur bleiben, eine Neutralisierung und Isolierung des Landes auf jeden Fall vermieden, den Europäern die neu entfachten Ängste vor Deutschland genommen und der amerikanische Einfluss in Europa gesichert werden.

Am Ende waren die Amerikaner zufrieden. Als Ergebnis des Zwei-plus-Vier-Vertrages entstand ein Deutschland, wie sie es sich im gewissen Sinne seit 1848 immer gewünscht hatten: Es hat mit den Grenzen seine Geographie gefunden. Zum ersten Male in ihrer Geschichte genießen die Deutschen Einigkeit und Recht und Freiheit, die Wohlfahrt im Osten, so hofften nicht nur die Amerikaner im Jahre 1990, würde bald folgen. Deutschland kann seine Nachbarn militärisch nicht gefährden. Auf sich allein gestellt, ist es nach den Bestimmungen des Vertrages weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Es bleibt über die NATO, die EG und zahlreiche andere Organisationen in den Westen integriert, die deutsche Wirtschaft auf den offenen Weltmarkt angewiesen. Trotz des außenpolitischen Dauerspargats der Deutschen zwischen den USA und Frankreich würden die Amerikaner die wichtigsten Verbündeten bleiben. Deutschland garantiert als Rechtsstaat die liberalen Grundfreiheiten, besitzt eine föderale Struktur und hält am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft fest.

Das wiedervereinigte Deutschland als Demokratie westlicher Prägung, als Klein-Amerika in Europa – diese Hoffnung des Jahres 1990 erinnert an die Hoffnung von 1871 und die ersten Urteile über den deutschen Nationalstaat. Denn drei Wochen nach der Proklamation eines zweiten Deutschen Reiches in Versailles erklärte Präsident Ulysses S. Grant am 7. Februar 1871 gegenüber dem Kongress, dass Deutschlands Einigung in einer Regierungsform, die in vielen Hinsichten der Amerikanischen Union gleiche, auf tiefe Sympathie beim amerikanischen Volk treffe: »The adoption in Europe of the American system of union under the control and the direction of a free people, educated to self-restraint, can not fail to extend popular institutions and to enlarge the peaceful influence of American ideas.«<sup>4</sup>

In diesen und anderen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten, die vermutlich die Meinung der Mehrheit des amerikanischen Volkes repräsentierten<sup>5</sup>, kristallisierte sich die amerikanische Hoffnung auf das beste aller möglichen Deutschlande:

4 Zitiert in: Manfred Jonas, *The United States and Germany. A Diplomatic History* (Ithaca, London 1984) 15; im Folgenden zitiert: Jonas, *United States. Der amerikanische Gesandte und Historiker George Bancroft hatte den Präsidenten zu einer solchen Stellungnahme angeregt*, vgl. Peter Krüger, *Die Beurteilung der Reichsgründung und Reichsverfassung von 1871 in den USA*, in: *Liberalitas. Festschrift für Erich Angermann zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Norbert Finzsch u. a. (Stuttgart 1992) 263–283.

5 Zur amerikanischen Reaktion auf die Reichsgründung vgl. neben Krüger (Anm. 4) Jonas, *United States*, 15–34; Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode, *Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter Bismarcks* (Berlin, Leipzig 1933) 98–146; John Gerow Gazley, *American Opinion of German Unification* (New York 1926); Christine Totten, *Deutschland – Soll und Haben. Amerikas Deutschlandbild* (München 1964) 76–82; Hans L. Trefousse, *Die deutsch-amerikanischen Einwanderer und das neugegründete Reich*, in: Frank Trommler (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300-jährigen Geschichte* (Opladen 1986) 177–191, im Folgenden zitiert: Trommler, *Amerika und die Deutschen*.



ein weit entferntes Land der Alten Welt, freiheitlich, friedlich, föderal und protestantisch, von Größe und Gewicht, aber ohne expansive Ambitionen in Europa oder gar in anderen Teilen der Welt; in seiner inneren Struktur in erster Linie geprägt von Gelehrten, Künstlern, Musikern und Dichtern, von Bauern, Handwerkern, Technikern, Ingenieuren, Kaufleuten und Unternehmern, nicht von Soldaten, Priestern und Junkern; ohne ernsthafte Interessengegensätze zu den USA, berufen, als freiheitlicher Staat in Europa der welthistorischen Mission der USA zu folgen, nämlich die Geschichte als Entfaltungsprozess der Freiheit voranzutreiben. Wie andere nationale und liberale Freiheitsbewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts, etwa in Griechenland, Ungarn, Italien und im republikanischen Frankreich, interpretierten die Amerikaner auch die deutsche Einheit aus dieser providentiellen Perspektive.

Das Urteil der USA über das Deutsche Reich von 1871 bis 1945 hing, das ist die erste These dieses Vortrages, davon ab, wie weit sich das Deutsche Reich diesem hoffnungsvollen Ideal annäherte oder sich von ihm entfernte. Die verschiedenen Deutschlandbilder der Amerikaner, ihre Urteile, Vorurteile, Klischees, Stereotypen, Feind- und Hassbilder, sind im Großen und Ganzen der Politik, d. h. den wechselnden politischen Lagen und politischen Urteilen über das Deutsche Reich gefolgt.

Aus dem Baukasten des schon früh entwickelten Satzes typischer amerikanischer Preußen- und Deutschlandbilder wurden je nach politischer Lage bestimmte Stereotypen herausgenommen und dominant, andere blieben latent. Es gab und gibt das romantische und gemütliche Deutschland mit seinen zauberhaften Landschaften, Burgen und Schlössern – als Heidelberger kann ich davon ein beredtes Zeugnis ablegen –, das denkende, dichterische und künstlerische, das fleißige, tüchtige, zuverlässige, produktive und technisch erstklassige Deutschland, das arrogante, zynische, anmaßende, obrigkeitshörige, freiheitsunfähige, aggressive, militärische, notorisch kriegslüsterne, antisemitische und rassistische, nach Weltmacht, ja Weltherrschaft strebende Deutschland. Am Ende der beiden Weltkriege, das ist die zweite These, war das Urteil über die Deutschen so negativ, dass das Kaiserreich 1918, das Dritte Reich 1945 aufgelöst werden mussten.

Die dritte These liegt in der Einsicht, dass selbst das negativste Urteil, das Amerika während der beiden Weltkriege gewann, nicht dazu führte, dass amerikanische Regierungen und das amerikanische Volk die Legitimität der Existenz eines geeinten und selbstbestimmten Deutschlands in der Mitte Europas in Frage stellten, von dem kurzen und folgenlosen Zwischenspiel der Teilungspläne und des Morgenthau-Planes im Zweiten Weltkrieg einmal abgesehen. Um das zu tun, hätten die Amerikaner sich selbst aufgeben müssen.

Die vierte These lautet: Das Urteil über die Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches war immer zugleich ein Urteil über die Gegenwart und Zukunft Europas, weil die amerikanische Deutschlandpolitik immer ein integraler Bestandteil ihrer Europapolitik war. Es war immer eingebunden in ein vergleichendes Urteil über andere europäische Staaten, besonders über England, Frankreich und Russland bzw. die Sowjetunion. Man könnte sogar fragen, ob es so etwas wie eine amerikanische Deutschlandpolitik, eine bilaterale Beziehung, je gegeben hat.

Wenn das neu gegründete, real existierende Deutsche Reich selbstverständlich vom besten aller möglichen Deutschlande um einiges entfernt war, wenn auch der jungen französischen Republik nach dem Sturz Napoleons III. viel Sympathie entgegenströmte, die Abtretung Elsass-Lothringens und die Höhe der Reparationen in Teilen der öffentlichen Meinung auf harsche Kritik stießen, so bleibt doch bestehen, dass die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten im ersten Jahrzehnt des Deutschen Reiches zwar zweitrangig, aber vorzüglich blieben. Der Interessenschwerpunkt der USA lag in Nordamerika, der des Deutschen Reiches in Europa. Bedeutende Konflikte gab es nicht.

Die Rekonstruktion des Südens, die Industrialisierung des Landes und die Landnahme des Kontinents absorbierten fast alle Energien der USA. Die tatsächliche Außenpolitik konzentrierte sich im Wesentlichen auf die westliche Hemisphäre, auf Kanada, den Erwerb Alaskas und auf den Versuch, die eigene Position in der Karibik auszubauen. Die ersten Ansätze einer Ostasienpolitik waren noch ziemlich konfus und wenig zielstrebig. Gegenüber Europa galt unangefochten das Erbe George Washingtons, sich auf keinen Fall in die Händel und Bündnisse der Alten Welt verstricken zu lassen.

Bismarcks Politik hingegen blieb, wie bekannt, nach 1870/71 europazentrisch, die USA waren eine cura posterior. Dennoch lag es für ihn nach wie vor im wohlverstandenen Interesse deutscher Staatsräson, das Wohlwollen der USA zu behalten. Bismarck behandelte die USA weiter mit bemerkenswertem Scharfsinn und Augenmaß. Insbesondere nahm er Rücksicht auf die Monroe-Doktrin und die Empfindlichkeiten der Amerikaner in der westlichen Hemisphäre, wenn es darum ging, die Interessen deutscher Staatsbürger, etwa in Venezuela, Peru, Brasilien, Nicaragua oder Hawaii zu schützen. Mit der Doktrin des 5. US-Präsidenten James Monroe von 1823 verfolgte die junge USA das strategische Ziel, den Einfluss der raumfremden europäischen Mächte in der gesamten westlichen Hemisphäre möglichst weitgehend auszuschalten. Den deutschen Botschafter von Schlözer wies er am 18.12.1871 an, dem amerikanischen Außenminister Folgendes mitzuteilen: »Es liegt uns ganz fern, irgendwo in Amerika Fuß fassen zu wollen, und wir erkennen in Betreff des ganzen Kontinents den vorwiegenden Einfluss der Vereinigten Staaten als in der Natur der Dinge begründet und unseren Interessen am meisten zusagend unumwunden an.«<sup>6</sup> Eine solche Note war zu dieser Zeit von keiner der alten europäischen Kolonialmächte zu haben, die die USA nacheinander aus der westlichen Hemisphäre herausdrängten: weder von Großbritannien noch Frankreich oder Spanien. Es war deshalb kein Zufall, dass die USA Kaiser Wilhelm I. dazu ausersahen, einen Grenzkonflikt zwischen Britisch-Kolumbien und dem Washington-Territorium an der Nord-Ost-Küste der USA zu schlichten. Das tat Wilhelm, indem er die amerikanischen Ansprüche für legitim erklärte. Die Amerikaner konnten sich über das Deutsche Reich nicht beklagen.

Innenpolitische Faktoren, die nur benannt seien, trugen dazu bei, ein insgesamt wohlwollendes Bild eines respektierten, teilweise sogar bewunderten Deutschen Reiches in den USA zu schaffen, obwohl kritische Untertöne in Teilen der amerikanischen

<sup>6</sup> Abgedruckt in: Stolberg-Wernigerode, a.a.O., 321.

Gesellschaft auch im ersten Jahrzehnt nicht fehlten. Zu diesen Faktoren zählten die deutschen Einwanderer, deren Selbstwertgefühl durch den Sieg im deutsch-französischen Krieg erheblich gestiegen war, und das durch Humboldt reformierte deutsche Hochschulsystem, das gerade im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung zum Vorbild genommen wurde, um die amerikanischen Hochschulen nach deutschem Muster zu reformieren. Weder der Kulturkampf noch die Sozialistengesetze haben dem Ansehen Bismarcks und des Deutschen Reiches bei der Mehrheit der Amerikaner geschadet. Im Jahre 1876, aus Anlass der 100-Jahr-Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, tauschten Bismarck und Kaiser Wilhelm I. freundliche Botschaften mit Präsident Grant aus. Bismarck konnte mit einigem Recht an die hundertjährige Freundschaft seit den Tagen Friedrichs des Großen erinnern<sup>7</sup>.

Doch diese Kontinuität löste sich in einem langen Prozess auf. Ab Anfang der achtziger Jahre, verstärkt nach dem Sturz Bismarcks, begann eine tiefgreifende Veränderung, die »great transformation« der deutsch-amerikanischen Beziehungen, die bis 1914 zu einem solchen Wandel des amerikanischen Deutschlandbildes führte, dass bei Ausbruch des europäischen Krieges 1914 die Mehrheit der anglo- und frankophilen Elite der USA – im Gegensatz zu 1870 – mit den Alliierten sympathisierte. Dieser Imagewechsel des Deutschen Reiches war eine wichtige Teilursache für die Politik der parteiischen Neutralität der USA von 1914 bis 1916 und für die Rechtfertigung des Kriegseintrittes der USA gegen Deutschland im April 1917<sup>8</sup>. Obwohl bis 1916 alle Konflikte zwischen den beiden Staaten in Europa, Ostasien, im Atlantik und Pazifik sowie in Lateinamerika friedlich beigelegt wurden und das diplomatische Verhältnis auf der Ebene der Ereignisgeschichte insgesamt durch eine Mischung aus begrenztem Konflikt und Kooperation gekennzeichnet war, wurde das Wilhelminische Reich ein integraler Bestandteil des amerikanischen Feindbildes. Es nahm die Stelle ein, die vorher von den Indianern, von Frankreich, England, Mexiko und Spanien besetzt war<sup>9</sup>.

7 Jonas, *United States*, 33.

8 Zum Imagewechsel vgl. Clara Eve Schieber, *The Transformation of American Sentiment Toward Germany 1870–1914* (New York, Boston 1923); Melvin Small, *The American Image of Germany 1906–1914* (Unveröffentl. Diss., University of Michigan 1965); Jörg Nagler, *From Culture to Kultur: Changing American Perceptions of Imperial Germany 1870–1914*. Paper presented at the conference »Mutual Images and Multiple Implications: American Views of Germany and German Views of America from 18th to the 20th Centuries (Kalamazoo College, April 15–17, 1993); zum amerikanischen Deutschlandbild Konrad H. Jarausch, *Das amerikanische Deutschlandbild in drei Jahrhunderten*, in: Klaus Weigert (Hrsg.), *Das Deutschland- und Amerikabild. Beiträge zum gegenseitigen Verständnis beider Völker* (St. Augustin 1986) 10–20; ders., *Huns, Krauts or Good Germans? The German Image in America, 1800–1980*, in: James F. Harris (Hrsg.), *German-American Interrelations. Heritage and Challenge* (Tübingen 1983) 145–159.

9 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen bis 1917 vgl. besonders Jonas, *United States*, 35–124; Hans W. Gatzke, *Germany and the United States. A Special Relationship?* (Cambridge/MA 1980) 27–51; Alfred Vagts, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik* (New York 1935); Reiner Pommerin, *Der Kaiser und Amerika* (Köln, Wien 1986); Ragnhild Fiebig von Hase, *Lateinamerika als Konflikttherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1890–1903* (Göttingen 1986); dies., *The United States and Germany in the World Arena, 1900–1917*, in: Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924* (Oxford 1993) 33–68; Raimund Lammersdorf, *Anfänge einer Weltmacht. Transatlantische Beziehungen während der Präsidentschaft Theodore Roosevelts, 1901–1909* (Diss. Freie Universität Berlin 1991); Reinhard R. Doerries, *Imperial Challenge: Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations* (Chapel Hill, London 1989); ders., *Kaiserreich und Republik*.

Dieser qualitative Wandel hing mit den veränderten relativen Positionen beider Staaten in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik im Zeitalter des Imperialismus zusammen, als beide Staaten ihren bisher regionalen Interessensradius entgrenzten, Weltmacht wurden oder zumindest werden wollten, sich am konkurrierenden Wettlauf aller Großmächte um die vermutete Endverteilung der Welt beteiligten, sich als Rivalen im Pazifik, in Ostasien und Lateinamerika wiederfanden und sich überdies in handelspolitische Kontroversen – Stichwort Schweinekrieg – verwickelten. Es versteht sich von selbst, dass diese intensiv erforschte Entwicklung auf beiden Seiten des Atlantiks nicht zum Gegenstand dieses Vortrages gemacht werden kann. Es sei lediglich theseartig die Vermutung begründet, dass der Imagewechsel des Deutschen Reiches nicht nur mit den Gegensätzen zwischen den beiden Staaten zusammenhing, sondern ebenso sehr damit, dass diese beiden »Neureichen« der Weltpolitik in der Substanz ihrer Außenpolitik sehr viele Ähnlichkeiten und Parallelen aufwiesen.

Das gewaltige Wirtschaftswachstum in beiden Staaten machte Deutschland und die USA verstärkt zu Handelspartnern und Konkurrenten zugleich. In beiden Staaten entwickelten Parteien und mächtige Interessengruppen erfolgreichen Druck auf die Regierungen, um protektionistische Maßnahmen durchzusetzen. Während die USA Menschen und Kapital aus Europa unbeschränkt aufsogen, vollzog sich seit 1861 die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft hinter einer wachsenden Mauer von Schutzzöllen, die besonders den Import von Industrieprodukten behinderte. Die Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches hingegen war in erster Linie ein Agrarprotektionismus. Dadurch war das Grundmuster des gegenseitigen Schuldvorwurfs in den sich lange hinziehenden Zollkonflikten vorgegeben: Die USA beschwerten sich regelmäßig über den Agrarprotektionismus der Deutschen, das Deutsche Reich über den Industrieprotektionismus der Amerikaner.

Beide Staaten wurden, wie gesagt, imperialistische Staaten. Die USA legten sich vor 1914 ein formelles und informelles Imperium in der Karibik und im Pazifik zu. Sie verstärkten ihre Position in Ostasien, wo sie trotz des eigenen Protektionismus versuchten, die Politik der »offenen Tür« durchzusetzen, teilweise mit deutscher Unterstützung.

Beide Staaten strotzten vor Selbstwertgefühl. Ein aggressiver Nationalismus verband sich in beiden Staaten mit zeitspezifischen Ideologien: mit Navalismus, Rassismus und Weltreichslehren. Wilhelms Kraftspruch »Weltpolitik als Aufgabe, Weltmacht als Ziel, Flottenbau als Instrument« war dem Sinne nach ein Kernelement aller Expansionisten und Flottenstrategen in den USA. Alfred Thayer Mahans Bestseller »The Influence of Sea Power upon History« aus dem Jahre 1890 wurde bei allen Marinen der Welt zur Pflichtlektüre.

In beiden Staaten gab es die Marine als »pressure group«, die von lautstarken Flottenvereinen unterstützt wurde. In konkreten deutsch-amerikanischen Konflikten, etwa über Samoa, die Philippinen oder Venezuela, konnte die amerikanische »yellow press« es spielend mit der deutschen oder englischen Presse aufnehmen. Die veröffentlichte Meinung in beiden Staaten pflegte einen selbstgerechten Nationalismus,

---

Deutsch-amerikanische Beziehungen vor 1917, in: Trommler, Amerika und die Deutschen, 353–366; Holger H. Herwig, The United States in German Naval Planning, 1889–1941 (Boston, Toronto 1976).

sie intensivierete die Feindbilder. In den USA entwickelte sich die Stereotype von der deutschen, in Deutschland die Stereotype von der amerikanischen Gefahr.

Beide Staaten hatten als aufsteigende Weltmächte ein gemeinsames Problem: die alte, etablierte Weltmacht Großbritannien. Für den Imagewechsel des Deutschen Reiches wurde von entscheidender Bedeutung, dass England den Wettlauf um die Gunst der USA gewann, weil Englands Brautgeschenk erheblich großzügiger ausfiel als das Angebot des geizigen deutschen Freiers. Der wertvollste Teil des britischen Brautgeschenkes war der strategische Rückzug aus der Karibik und die ausdrückliche Anerkennung der Monroe-Doktrin, während das Wilhelminische Deutschland auch auf diesem Gebiet hinter die Einsichten Bismarcks zurückfiel.

Diese Transformation im Zeitalter des Imperialismus hatte zur Folge, dass das Deutsche Reich 1914 seinen Platz als Klein-Amerika in Europa verloren hatte. Auch die Bewunderung für die deutsche Kultur hatte erheblich nachgelassen, während umgekehrt seit den 90er Jahren der kulturelle Einfluss Frankreichs und Englands in den USA gewachsen war. Die ungeschickten Versuche des deutschen Kaiserreiches und Wilhelms II., dieser mit Sorge beobachteten Tendenz durch verstärkten Kulturaustausch und deplatzierte Gastgeschenke entgegenzuwirken, änderten daran nichts. Eine Statue Friedrichs des Großen konnte eben mit dem genialen französischen Geschenk, der Freiheitsstatue, nicht konkurrieren<sup>10</sup>.

Auf der anderen Seite war die Kritik am autokratischen, militaristischen, anmaßenden, rüden, ja zivilisationsfeindlichen Deutschland auch deshalb stärker geworden, weil »Bill the Kaiser« für viele Amerikaner das Wilhelminische Deutschland repräsentierte. Seine Besessenheit für Uniformen, seine Vorliebe für alles Militärische und seine martialischen Reden verstärkten den Eindruck von Deutschland als Militärstaat. Besonders seine berühmte »Hunnen-Rede« bei Ausschiffung deutscher Soldaten zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in China hinterließ einen verheerenden Eindruck in den USA. Sie wurde während des Ersten Weltkrieges von der englischen und amerikanischen Kriegspropaganda ausgebeutet, um die Welt mit der Gleichsetzung von Deutschen und »Hunnen« zu beeinflussen.

Ohne diese Transformation ist auch der wichtigste Sachverhalt für die Entwicklung des amerikanischen Urteils über das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg nicht zu erklären: die Tatsache nämlich, dass es in die, wie ich es nennen möchte, manichäische Falle des amerikanischen Sendungsbewusstseins geriet. Diese Behauptung sei mit einigen Sätzen erläutert.

Individuen und Nationen können die Idee der Gleichheit offensichtlich schwer ertragen, wenn sie eine eigene Identität gewinnen wollen. Sie versuchen, sich eine besondere Bedeutung zuzulegen, die sie vor anderen Individuen oder Nationen auszeichnet, sie anders, ja einzig machen soll – unter Berufung auf Vorstellungen von erhabener Allgemeinheit: Gott, die Geschichte, die Vorsehung, der Fortschritt, die Erlösung der Menschheit. Auch die Amerikaner verstehen sich, wie viele Völker vor und neben ihnen, als ein auserwähltes Volk. Die Idee einer besonderen Sendung Amerikas gehört seit der Gründung der Nation zum selbstverständlichen Bestandteil

<sup>10</sup> Nagler, *From Culture to Kultur*, 15; Gatzke, *Germany and the United States*, 45.

der politischen Kultur der USA. Die in erster Linie vom Geist der Aufklärung geprägten Gründungsväter der Union integrierten christlich-puritanische Sendungsvorstellungen der neuenglischen Siedler wie »the chosen people«, »the covenant people«, »God's new Israel«, »God's last American Israel« in die Idee einer säkularen Mission Amerikas. Diese Verschmelzung von Christentum und Aufklärung hat die besondere Zivilreligion Amerikas hervorgebracht, eine unverwechselbare Mischung von christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben, eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die amerikanische Nation hat keine Ideologien, sie ist eine.

Die Sendungsziele Amerikas haben oszilliert, sich mit den jeweiligen Tendenzen des Zeitgeistes verbunden, z. B. mit dem Rassismus im Zeitalter des Imperialismus, und sich wieder von ihnen gelöst. Sie haben sich gewandelt, von der puritanischen Sendung, die Reformation zu vollenden, bis zur Mission, der Welt Freiheit und Demokratie zu bringen, in den Worten des Präsidenten Woodrow Wilson in seiner Kriegserklärung an Deutschland im Jahre 1917: »to make the world safe for democracy«; von der passiven Idee, Amerika in ein neues Jerusalem zu verwandeln und durch eigenes Beispiel ein Leuchtturm für die Welt zu sein, bis zur aktiven Missionspflicht, »zurückgelebene«, weniger zivilisierte Völker auf amerikanisches Niveau zu heben, eine neue Weltordnung zu schaffen, die Welt zu erlösen, das Millennium herbeizuführen.

Jedes geschichtsteleologisch begründete Sendungsbewusstsein braucht zu seiner historischen Realisierung die jeweils konkrete Negation, das Anti-Prinzip, das Reich des Bösen, das im Krieg bekämpft werden muss, um Fortschritt zu ermöglichen und die Sendung zu erfüllen. Deshalb kann eine Nation mit der Seele einer Kirche einen tatsächlichen Kriegseintritt nur ideologisch rechtfertigen. Sie kann sich nicht auf materielle Interessen, die Staatsräson oder – *horribile dictu* – das verletzte Gleichgewicht der Kräfte berufen, allenfalls auf verletzte Rechte, weil Legalität und Moralität für ein solches Bewusstsein austauschbar sind. Aus diesem Grunde sitzt, wer immer mit den USA in Krieg und Konflikt gerät, automatisch in der manichäischen Falle. Das ist dem Deutschen Reich im Ersten und Zweiten Weltkrieg passiert.

Erst die Verwandlung des deutschen Kaiserreiches in das Reich des Bösen, so meine These, hat es dem amerikanischen Volk und ganz besonders seinem Präsidenten Woodrow Wilson ermöglicht, die zutiefst ambivalente und auf Dauer nicht durchzuhaltende Europapolitik der USA von 1914 bis 1916 zu beenden, den Kampf um die keineswegs kriegsbereite Seele des amerikanischen Volkes zu gewinnen – Wilson hat den Wahlkampf 1916 tatsächlich wegen seines Verdienstes gewonnen, Amerika aus dem Krieg herausgehalten zu haben –, die »threat perception« des amerikanischen Volkes zu revolutionieren, den Rubikon zu überschreiten und Deutschland den Krieg zu erklären; schließlich nach dem Kriegseintritt eine Propagandamaschinerie in Gang zu setzen, die groteske Bedrohungsszenarien über die Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der USA durch Deutschland in der westlichen Hemisphäre produzierte. Mit Ausnahme der Hexenjagd gegen die Deutsch-Amerikaner, deren Identität im Ersten Weltkrieg zerstört wurde<sup>11</sup>, wiederholte sich dieser Vorgang in großen

11 Vgl. Frederick C Luebke, *German-Americans and World War I. Bonds of Loyalty* (De Kalb, Illinois 1974).

Zügen von 1939–1941; mit dem einen Unterschied, wenn Sie mir dieses Werturteil gestatten, dass es sich im zweiten Falle tatsächlich um ein Reich des Bösen handelte.

Die tiefe Ambivalenz Wilsons hatte darin gelegen, dass er Europa weder leiden noch von dem Kontinent lassen konnte; die moralisch bessere Neue Welt von der verrotteten Alten Welt isolieren und zugleich die Menschheit und das System der internationalen Beziehungen von den alten Übeln erlösen wollte.

Einerseits appellierte er am 19. August 1914 an die Amerikaner, nicht nur in ihren Taten, sondern auch in ihren Gedanken neutral zu bleiben, und erklärte, dass die Wirkung des europäischen Krieges auf die USA allein davon abhängen würde, wie die Amerikaner selbst handelten und dächten, eine Aussage, die er noch am 7. Dezember 1915 wiederholte<sup>12</sup>. Während der zutiefst parteiische und anglophile US-Botschafter in London, Walter Hines Page, Wilson bereits im August 1914 erklärte, das preußische Militärsystem müsse wie ein Tumor entfernt werden, behauptete Wilson gegenüber seinem ebenfalls englandfreundlichen Intimus Edward Mandell House im November 1914, dass Deutschland keine Gefahr für Amerika darstelle und die USA selbst im Falle eines Sieges in Europa nicht angreifen könne<sup>13</sup>. Immer wieder versicherte er seinen Landsleuten im Wahljahr 1916, dass Amerika nichts mit den Ursachen und Zielen des europäischen Krieges zu tun habe, ein Urteil über die deutsche Kriegsschuld kam zu diesem Zeitpunkt nicht über seine Lippen. Noch im November 1916 hielt er den deutschen Militarismus und den britischen Navalismus für die beiden großen Übel der Menschheit<sup>14</sup>.

Andererseits war die amerikanische Neutralität für Wilson kein Selbstzweck, sondern bis zum Januar 1917 die Voraussetzung dafür, selbst eine welthistorische Mission zu erfüllen, nämlich dem ausgebluteten und erschöpften Europa einen amerikanischen Frieden zu bringen und als Werkzeug Gottes, als »servus servorum Dei«, in die Geschichte einzugehen. Seine berühmte Rede vor dem amerikanischen Senat am 22. Januar 1917, in der er Prinzipien für einen »Frieden ohne Sieg« und eine Revolution der internationalen Politik ankündigte, endete mit zivilreligiösen Sätzen, die die Essenz der Wilson'schen Missionsidee zusammenfassten: Wilson und das amerikanische Volk als Stellvertreter der Menschheit. »These are American principles, American policies. We could stand for no others. And they are also the principles and policies of forward-looking men and women everywhere, of every modern nation, of every enlightened community. They are the principles of mankind and must prevail.«<sup>15</sup>

12 Neutralitätserklärung in: Henry Steele Commager (Hrsg.), *Documents of American History*, Vol. II. since 1898 (Englewood Cliffs 1973) 96 f.; im Folgenden zitiert Commager, *Documents*. Vgl. Wilsons »Annual Message on the State of Union« vom 7. Dezember 1915, besonders die folgende Aussage: »We are at peace with all the nations of the world, and there is reason to hope that no question in controversy between this and other Governments will lead to any serious breach of amicable relations, grave as some differences of attitude and policy have been and may yet turn out to be. I am sorry to say that the gravest threats against our national peace and safety have been uttered within our own borders.« Arthur S. Link (Hrsg.), *The Papers of Woodrow Wilson*, Vol. 35 (Princeton 1980) 306.

13 Jan Willem Schulte Nordholt, *Woodrow Wilson. A Life for World Peace* (Berkeley, Los Angeles, Oxford 1991) 142; im Folgenden zitiert Nordholt, *Wilson*.

14 Nordholt, *Wilson*, 201.

15 Commager, *Documents*, 128.

Der tiefe Hass gegen und die Verachtung für das Deutsche Reich wurden für Wilson erst begründet, als die Ankündigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und das Zimmermann-Telegramm nicht nur die Interessen und das Prestige der USA gefährdeten, sondern ihm diese weltgeschichtliche Rolle zu entziehen drohten. Jetzt sah sich der schwer ringende Wilson vor die Alternative gestellt, auf seine Mission zu verzichten oder sie auf eine radikal andere als die gerade verkündete Weise zu verwirklichen, nämlich durch »Krieg und Sieg«. Gegenüber dieser Entscheidungslage waren, soweit es den Präsidenten selbst anging, alle anderen Gründe für den US-Kriegseintritt zweitrangig, den möglichen Verlust des Gleichgewichts in Europa durch einen deutschen Sieg oder die »goldenen Ketten« eingeschlossen, durch die sich die amerikanische Wirtschaft an die Ökonomie der Alliierten gebunden hatte.

Wilson befreite sich aus seinem Dilemma, indem er in der von ihm selbst verfassten Botschaft an den Kongress vom 2. April 1917 den bevorstehenden Krieg gegen Deutschland aus der amerikanischen Sendungsidee legitimierte und auf eine universale Ebene hob: Der deutsche U-Boot-Krieg sei ein Krieg gegen alle Nationen, gegen die Menschheit. Die Gefahr für Frieden und Freiheit der Welt liege in der Existenz autokratischer Regierungen, deren organisierte Gewalt nur durch sie selbst, nicht durch den Willen ihrer Völker kontrolliert werde. Die preußische Autokratie habe überdies durch Spione und kriminelle Intrigen den Frieden in den USA gefährdet, sie sei der natürliche Feind der Freiheit. Die USA selbst hätten keine eigensüchtigen Interessen. Sie kämpften für einen endgültigen Frieden und die Befreiung der Völker, das deutsche Volk eingeschlossen, gegenüber dem man nur Sympathie und Freundschaft empfinde. »The world must be safe for democracy.«

Wilson beendete seine Kriegsbotschaft mit den Worten: »To such a task we can dedicate our lives and our fortunes, everything that we are and everything that we have, with the pride of those who know that the day has come when America is privileged to spend her blood and her might for the principles that gave her birth and happiness and the peace she has treasured.« Er schloss lutherisch: »God helping her, she can do no other.«<sup>16</sup>

Die letzte und zwingende Konsequenz der manichäischen Falle war, dass Wilson mit dem Reich des Bösen keinen Waffenstillstand und keinen Frieden schließen konnte; umso mehr, als das »autokratische« Kaiserreich und sein Krebsgeschwür, der preußische Militarismus, in der Kriegspropaganda zum »Outlaw« wurden, die

16 Ebd. 132. Aus der reichen Literatur zu Wilson in der Weltpolitik vgl. Lloyd E. Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective* (Cambridge 1987); ders., *Wilsonian Statecraft. Theory and Practice of Liberal Internationalism during World War I* (Wilmington, Delaware 1991); John Milton Cooper, *The Warrior and the Priest: Woodrow Wilson and Theodore Roosevelt* (Cambridge 1983); Patrick Devlin, *Too Proud to Fight: Woodrow Wilson's Neutrality* (Oxford 1975); Robert H. Ferrell, *Woodrow Wilson and World War I, 1917–1921* (New York 1985); Lloyd C. Gardner, *Safe for Democracy: The Anglo American Response to Revolution* (New York 1984); N. Gordon Levin, *Woodrow Wilson and World Politics: America's Response to War and Revolution* (New York 1968); Arthur S. Link, *The Higher Realism of Woodrow Wilson and other Essays* (Nashville 1971); ders., *Wilson, Vol. 3, 4, S* (Princeton 1960–1965); ders., *Woodrow Wilson and a Revolutionary World, 1913–1921* (Chapel Hill 1982); Ernest R. May, *Imperial Democracy: The Emergence of America as a Great Power* (New York 1961); ders., *The World War and American Isolation, 1914–1917* (Cambridge 1959); Arno J. Mayer; *Political Origins of the New Diplomacy, 1917–1918* (New Haven 1959); Nordholt, *Wilson*.



Situation durch den Slogan »Hang the Kaiser« einem »shoot out at high noon« immer ähnlicher wurde, die nationalistischen Republikaner eine bedingungslose Kapitulation forderten und Wilsons Demokraten schwere Einbußen bei den Kongresswahlen befürchteten. Deshalb musste Wilson das Waffenstillstandsgesuch der Regierung Max von Baden vom 4. Oktober 1918 mit der Forderung nach dem Ende des Deutschen Reiches in seiner bisher verfassten Form, nach einem Regimewechsel und einer demokratischen Legitimität des Verhandlungspartners verbinden. Es ist bekannt, dass die vom Staatssekretär des Äußeren, Paul von Hintze, von Hindenburg und Ludendorff inszenierte »Revolution von oben«, nämlich der Wechsel von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie, erfolgte, weil die deutsche Reichsleitung diesen Wunsch Wilsons antizipierte; und es ist weiter bekannt, dass ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit aus den bewusst unklar verfassten Noten Wilsons den Schluss zog, dass der amerikanische Präsident tatsächlich auch die Abdankung des Kaisers und einen Übergang zur Republik meinte, sich deshalb der Druck auf Wilhelm von allen Seiten erhöhte, weil man durch ein Kaiseropfer bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erhoffte<sup>17</sup>.

Allerdings änderten weder das Ende des Kaiserreiches noch die Umwälzungen in Deutschland noch die Strategie der Deutschen, sich auf die 14 Punkte und das Selbstbestimmungsrecht als Basis des Friedensvertrages zu berufen, etwas an den harten Friedensbedingungen für Deutschland. Im Gegenteil, mehrere Faktoren verstärkten die Tendenz Wilsons zu einem Straffrieden: seine neu erworbene Einsicht, dass Deutschland am Ausbruch des europäischen Krieges schuldig gewesen sei – nach Ansicht Clemenceaus die Ansicht der gesamten zivilisierten Welt –, seine im Laufe der Versailler Konferenz wachsende Überzeugung, dass das neue Deutschland nur das alte in neuer Verkleidung repräsentiere, die Rücksichtnahme auf die Strategien und Interessen der Verbündeten, vor allem die mögliche Gefährdung des Völkerbundes und seiner Rolle als »arbiter mundi«.

Auf der anderen Seite sollte der Straf- und Rachefriede nicht zu einem Karthago am Rhein führen. Das Selbstbestimmungsrecht und Überlegungen zur zukünftigen Gesamtarchitektur Europas, auch die Furcht vor der bolschewistischen Gefahr, hielten ihn davon ab, die Einheit eines deutschen Nationalstaates in Frage zu stellen, die Bismarck'sche Reichsgründung rückgängig zu machen und Frankreich zu erlauben, die linksrheinischen Gebiete auf Dauer von Deutschland abzutrennen. Während der Versailler Konferenz musste er praktizieren, was er selbst als das Erzübel des europäischen Mächtesystems angeprangert hatte und durch den Völkerbund überwinden wollte: das Prinzip des Gleichgewichtes der Mächte. Genau besehen, könnte man schon Wilsons Europapolitik als Politik einer dreifachen Eindämmung charakterisieren, nämlich als Eindämmung der sowjetischen und deutschen Gefahr in Europa,

17 Zu Wilson und Deutschland 1918/19 vgl. besonders Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden: Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19* (Düsseldorf 1971); ders., *Woodrow Wilson, Revolutionary Germany and Peacemaking, 1918–1919: Missionary Diplomacy and the Realities of Power* (Chapel Hill 1985).

verbunden mit dem Wunsch, Frankreichs Sicherheitsängsten entgegenzukommen, ohne das Land zur Hegemonialmacht in Europa aufsteigen zu lassen<sup>18</sup>.

Obwohl die Weimarer Verfassung durch den ersten Satz des ersten Artikels »Das Deutsche Reich ist eine Republik« eine gesamtstaatliche Kontinuität mit dem 1871 gegründeten Nationalstaat postulierte, war für die Amerikaner das »Reich« mit der Konstituierung der Weimarer Republik de facto untergegangen. Die manichäische Falle war leer. Deutschland sollte aus amerikanischer Sicht die Chance erhalten, nach einer Phase der Reue, Buße und Besserung als geachtete Macht in den Kreis der Nationen zurückzukehren und sich als liberal-kapitalistische Demokratie, als Klein-Amerika in Europa zu bewähren.

Unter solchen Voraussetzungen waren Revisionen des Versailler Vertrages, den der Senat ohnehin nicht ratifiziert hatte, aus amerikanischer Sicht durchaus denkbar. Im Gegensatz zu Frankreich war es nie das Ziel der USA, den Status quo von 1919 zu zementieren, friedlicher Wandel (peaceful change) gehörte methodisch zum Kernbestand der amerikanischen Europapolitik. Es lag im aufgeklärten Selbstinteresse der USA, einen solchen Wandel zu unterstützen, der letztlich dem Ziel diente, Deutschland politisch in Europa und ökonomisch in die Weltwirtschaft zu reintegrieren.

Wie jeder Historiker der Weimarer Republik weiß, bewegten sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen besonders von 1923 bis 1929 in diese Richtung. Der Dawes-Plan von 1924, das konkrete Ergebnis der amerikanischen Stabilisierungspolitik in Europa, markierte die entscheidende Zäsur. Die wirtschaftliche Sicherung durch den Dawes-Plan machte den politischen Sicherheitsvertrag von Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Räumung des Rheinlandes erst möglich. Diese wirtschaftliche Intervention von Amerikanern war der Anfang vom Ende der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde mit amerikanischer Hilfe aus der hilflosen Objektrolle des Jahres 1919 befreit. Und durch den massiven Zufluss amerikanischen Kapitals ging, wie ein Zeitgenosse ironisch bemerkte, die »Dollar-Sonne« über Deutschland auf; eine wichtige Grundlage für die Stabilitätsphase der Republik bis zum Ausbruch der größten Weltwirtschaftskrise seit Beginn der industriellen Revolution<sup>19</sup>.

18 Zu Wilson in Versailles vgl. neben den in Anmerkung 16 und 17 genannten Arbeiten: Lawrence E. Gelfand, *The Inquiry: American Preparations for Peace, 1917–1919* (New Haven 1963); Lord Maurice Hankey, *The Supreme Control of the Paris Peace Conference, 1919* (London 1963); Michael Hogan, *The United States and the Problem of International Economic Control: American Attitudes toward European Reconstruction, 1918–1920*, in: *Pacific Historical Review* 46 (1975), 84–103; Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest: America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933* (Chapel Hill 1979); Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking: Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919* (London 1968); Keith L. Nelson, *Victors Divided: America and the Allies in Germany 1918–1923* (Berkeley 1975); Carl P. Parrini, *Heir to Empire: United States Economic Diplomacy, 1916–1923* (Pittsburgh 1969); Jan Willem Schulte Nordholt, *Wilson in Versailles*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 80 (1967) 177–199; David F. Trask, *The United States in the Supreme War Council, 1917–1918* (Middletown/Conn. 1961); Arthur C. Walworth, *America's Moment: 1918* (New York 1977).

19 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Weimarer Republik und dem Deutschlandbild der Amerikaner in dieser Zeit vgl. Peter Berg, *Deutschland und Amerika 1918–1929. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre* (Lübeck, Hamburg 1963); Manfred Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929* (Baden-Baden 1990); ders., *Gustav Stresemann. Eine politische Karriere*

Wie nach 1945, als die Amerikaner unter den Deutschen in Konrad Adenauer eine politische Potenz für ihre Politik der Westintegration der Bundesrepublik fanden, so gab es in der mittleren Phase der Weimarer Außenpolitik in Gustav Stresemann einen kongenialen Politiker, der die Ziele der US-Außenpolitik richtig perzipierte: bündnispolitische Abwesenheit, wirtschaftliche Anwesenheit, Revisionismus durch friedlichen Wandel, multilaterale Methode.

Der nationalistischen Rechten in Deutschland, die die Souveränitätsverluste und Kontrollen der deutschen Wirtschaft durch den Dawes-Plan beklagte, erklärte der deutsche Außenminister: Je größer die wirtschaftlichen Interessen der USA in Deutschland, je mehr amerikanische Kredite nach Deutschland fließen, desto größer sei das Interesse der USA an einem friedlichen Wandel, dessen letztes Ziel aus Stresemanns Sicht die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung einer gleichberechtigten deutschen Großmachtposition in Europa war.

Die USA waren durch den Ersten Weltkrieg zur führenden Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt geworden, sie bauten diese Position in den zwanziger Jahren weiter aus. Sie vergrößerten ihren Vorsprung als führender Produzent, wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs von 35,8% im Jahre 1913 auf 46% im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929. Gemessen in Dollar, war das Nationaleinkommen der USA ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen – Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Kanada eingeschlossen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizenitrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Auch der kulturelle Einfluss der USA verstärkte sich, die US-Filmindustrie z. B. eroberte den europäischen Markt. Unter dem Stichwort »Amerikanismus« begann in Deutschland und in anderen europäischen Ländern eine intensive Auseinandersetzung mit den zugleich bewunderten und gefürchteten USA.

Das gewaltige Machtgefälle zum geschlagenen Deutschland hatte zur Folge, dass die Weimarer Republik aus dem öffentlichen Bewusstsein der USA weithin verschwand und nur eine kleine, informierte Öffentlichkeit sich mit den Entwicklungen in Deutschland beschäftigte. Bis 1923 gab es in dieser Gruppe erhebliche Zweifel daran, ob die Republik Bestand haben und nicht einer Diktatur weichen würde. Stresemann begegnete man zunächst mit Skepsis, seine Metamorphose zum Vernunftrepublikaner und Verständigungspolitiker musste sich erst bewähren. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 rief blankes Entsetzen hervor. Der Verband amerikanischer Weltkriegsveteranen verlangte von Präsident

---

zwischen Reich und Republik (Göttingen 1992); Frank C. Costigliola, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933* (Ithaca, London 1984); Peter Bruno Gescher, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924* (Bonn 1956); Robert Gottwald, *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann* (Berlin 1965); Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (Darmstadt 1985); Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest*, a.a.O.; Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932* (Düsseldorf 1970); William c. McNeill, *American Money and the Weimarer Republik. Economics and Politics in the Era of the Great Depression* (New York 1986); Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan* (Chapel Hill 1976); Eckhard Wandel, *Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–1929* (Tübingen 1971).

Coolidge die Verhaftung Hindenburgs und eine Wiederholung der Reichspräsidentenwahl<sup>20</sup>. Erst die Locarnopolitik, die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Kellogg-Briand-Kriegsächtungspaktes und der Friedensnobelpreis für Stresemann hatten zur Folge, dass die Überlebenschancen der ersten deutschen Demokratie von der politischen Klasse der USA verhalten optimistisch eingeschätzt wurden. Nichts symbolisiert vielleicht die neue Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen und das spannungsgeladene Verhältnis zu Frankreich besser als der 5. Mai 1928 in Heidelberg, ein »dies academicus« und ein »dies politicus« zugleich. Stresemann und dem US-Botschafter Jacob Gould Schurman wurde von meiner Universität die Ehrendoktorwürde verliehen. Stresemann fasste bei diesem Anlass die Ziele und Methoden seiner Außenpolitik zusammen, Schurman sagte sogar, er sei während der letzten drei Jahre in steigendem Maße von der Ähnlichkeit der grundlegenden Ideale der Regierungen und Völker beider Länder durchdrungen worden. »Deutschland und die Vereinigten Staaten marschieren vorwärts in einem großen und edlen Abenteuer für die Sache der menschlichen Kultur.« Diese Äußerung des amerikanischen Botschafters stieß auf scharfe Kritik in Frankreich. Außenminister Kellogg, der die prekäre Balance innerhalb der amerikanischen Europapolitik gefährdet sah, ließ daraufhin erklären, dass die Rede vor der Veröffentlichung dem State Department nicht vorgelegt worden sei<sup>21</sup>.

Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 und die Errichtung einer Diktatur führten zu einem dramatischen Ansehensverfall Deutschlands und des Dritten Reiches in den USA, der seit Mitte der dreißiger Jahre – dank der neuen Umfragetechniken von Gallup und Roper – auch quantitativ genauer zu bestimmen ist. Auf die Frage, welches europäische Land sie am meisten mögen, antworteten im Januar 1937 55 % England, 11 % Frankreich und 8 % Deutschland. Auf die Frage, welche Seite sie in einem Krieg zwischen Deutschland und Russland gewinnen sehen wollten, antworteten im November 1938 83 % Russland und 17 % Deutschland. Auf die Frage, wer für den gegenwärtigen Krieg verantwortlich sei, antworteten in einer Umfrage vom 1. bis 6. September 1939 82 % Deutschland, 3 % England und Frankreich, 3 % der »Versailler Vertrag« und 1 % Polen. Auf die Frage, welche Seite sie im gegenwärtigen Krieg gewinnen sehen wollten, antworteten Anfang März 1940 84 % England und Frankreich, 1 % Deutschland. Auf die Frage, welche Seite sie im gegenwärtigen Krieg zwischen Deutschland und Russland siegen sehen wollten, antworteten in einer Umfrage vom 26. Juni bis 1. Juli 1941 72 % Russland, 4 % Deutschland<sup>22</sup>.

20 Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten, 231–173; zur Reaktion auf die Wahl Hindenburgs, 248 ff.

21 Detlef Junker, Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: *Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986. Festschrift in sechs Bänden, Bd. III* (Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1986); ders., *Die USA und die Weimarer Republik*, in: *Heidelberger Jahrbücher XXXV* (Berlin, Heidelberg 1991) 27–34.

22 Abgedruckt in: Detlef Junker, *Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945* (Düsseldorf 1988) 70–78. Eine Bibliographie zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen dieser Zeit, ebd. 173–179. Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf eigene Forschungen, vgl. Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941* (Stuttgart 1975); ders., *Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in*

In den dreißiger Jahren wuchs in den USA die Furcht, dass das vermeintliche »trajanische Pferd« der NSDAP in den USA, der »Bund der Freunde des neuen Deutschlands« möglicherweise die innere Sicherheit der USA gefährde; zugleich wuchs die Furcht, dass die Außenpolitik des Dritten Reiches eine Bedrohung für den Weltfrieden darstelle. Diese doppelte Furcht führte nun nicht zu einer präventiven Interventionspolitik in Europa, sondern im Gegenteil zu einer Verstärkung der isolationistischen Grundstimmung des amerikanischen Volkes, sich angesichts dieser Gefahrensignale noch entschiedener von Europa zu isolieren. Diese Grundstimmung und die in ihr enthaltenen Sachurteile über die nationalen Interessen der USA sind die wichtigste Determinante der amerikanischen Außenpolitik bis zum Ausbruch des europäischen Krieges im Jahre 1939. Was Hitler 1940 mit dem Drei-Mächte-Pakt, 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion und mit der Bundesgenossenschaft Japans vergeblich versucht hatte, nämlich Amerika aus Europa herauszuhalten und in die westliche Hemisphäre zurückzuschrecken, das tat der amerikanische Kongress durch Verabschiedung der Neutralitätsgesetze zunächst selbst. Die weltpolitische Situation war gegenläufig. Während in Europa und Asien Aggression und Expansion zunahmen, vervollständigte der Kongress durch die Neutralitätsgesetze von 1935–1937 den Index der für die Regierung Roosevelt in Kriegs- und Krisenzeiten verbotenen außenpolitischen Maßnahmen. Auf der Ebene der offiziellen, von Kongress, Gesetzgebung und öffentlicher Meinung unterstützten Außenpolitik war Roosevelt bei Ausbruch des europäischen Krieges ein unbewaffneter Prophet, eine *quantité négligeable*, und als solche wurde er auch von Hitler behandelt.

Roosevelt nun wusste nur zu genau, dass er seine Handlungsfreiheit und seine Einwirkungsmöglichkeiten in der Weltpolitik nur in dem Maße wiedergewinnen würde, wie es ihm gelang, die »threat perception«, die Vorstellungen des amerikanischen Volkes über das Bedrohungspotential des nationalsozialistischen Deutschlands für die Vereinigten Staaten, zu verändern. Er musste dem amerikanischen Volk erklären und demonstrieren, dass es für die USA eine gefährliche Illusion sei, das nationale Interesse auf die westliche Hemisphäre zu beschränken, sich in der »Fortress America«, der Festung Amerika, einzuigeln und die Veränderungen in Eurasien ihren Lauf nehmen zu lassen. »Preparedness« – die industrielle, wirtschaftliche und geistige Vorbereitung auf einen möglichen Krieg war bis 1941 das überragende Ziel seiner Außenpolitik. In diesem Sinne war Außenpolitik in einem erheblichen Maße Innenpolitik. Seinen »Public Papers and Addresses« für das Jahr 1941 hatte er selbst den Titel gegeben: »The Call to Battle Stations«. Roosevelt wusste, wie alle

---

Krisenzeiten (Göttingen 21989); ders., Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten 1933–1945, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg (München 1989) 57–73; ders., The Impact of Foreign Politics on the U.S. Domestic Scene, 1939 to 1941, in: Maurizio Vaudagna (Hrsg.), The United States in the Late Thirties, Special Issue of *Storia Nordamericana*, vol. 6, nos 1–2 (Torino 1989) 17–34; ders., Hitler's Perception of Franklin D. Roosevelt and the United States of America, in: Cornelis A. van Minnen, John F. Sears (Hrsg.), *FDR and His Contemporaries. Foreign Perceptions of an American President* (New York 1992) 145–156; ders., *The Continuity of Ambivalence: German Views of America, 1933–1945* (erscheint voraussichtlich 1994 in einem Sammelband, Cambridge University Press).

Zeitgenossen des Ersten Weltkrieges, dass nur eine verunsicherte Nation bereit sein würde, sich auf einen Krieg vorzubereiten oder gar zu kämpfen.

In dieser Erziehungskampagne, in diesem öffentlichen Dialog mit der isolationistischen Mehrheit, entwickelte Roosevelt die Dialektik des US-Globalismus im 20. Jahrhundert in seinen beiden Komponenten: die Warnung vor der Weltherrschaft des Feindes, in diesem Fall des Dritten Reiches, und die globale Definition des nationalen Interesses der USA, und zwar global im Hinblick auf den Inhalt und die Reichweite des nationalen Interesses. Man kann sogar behaupten, dass erst die harte innenpolitische Auseinandersetzung um das Bedrohungspotential des Dritten Reiches und der Überfall auf Pearl Harbor die Mehrheit der Amerikaner dahin gebracht haben, ihr Land als globale Macht mit Interessen in allen Kontinenten und auf allen Meeren zu begreifen – zumindest bis zum Ende des Kalten Krieges.

Arthur M. Schlesinger Jr. hat jüngst, ich meine zu Recht, an die Tradition erinnert, die Roosevelts Internationalismus und Globalismus geprägt hat<sup>23</sup>. Mit Thomas Jefferson, mit Theodore Roosevelt und mit dem Seestrategen Alfred Thayer Mahan teilte er die Auffassung, dass ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent von vitalem Interesse für die USA sei. Mit Woodrow Wilson glaubte er an das Ideal einer Welt, in der die freie Selbstbestimmung der Nationen und das Prinzip kollektiver Sicherheit den Frieden garantieren sollten. Mit seinem Außenminister Cordell Hull teilte er die Überzeugung, dass allein eine freie Weltwirtschaft die Güter und Dienstleistungen erzeuge, die notwendig seien, um den Weltfrieden langfristig zu erhalten. Hitler bedrohte offensichtlich alles zugleich: das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, den Weltfrieden und die freie Weltwirtschaft. Deshalb hat Roosevelt seine Warnungen, seinen Globalismus als dreifache Vorwegnahme der Zukunft artikuliert. Das ist die Hauptthese meiner Habilitationsschrift, die ich abschließend in wenigen Worten zusammenfasse<sup>24</sup>.

Mit jedem militärischen Erfolg rückte eine mögliche ökonomische Zukunft näher, deren Verwirklichung in den Augen Roosevelts und der Internationalisten die Katastrophe für die amerikanische Wirtschaft schlechthin bedeutet hätte. Ihre Grundstruktur sei mit wenigen Sätzen nachgezeichnet: Ein Sieg Hitlers und Italiens in Europa, Japans im Fernen Osten würde beide Regionen in ein System fast autarker Planwirtschaft zwingen. Die USA würden ihre Investitionen verlieren, das Handelsvolumen würde drastisch fallen und Außenhandel, wenn überhaupt, zu den Bedingungen der Achsenmächte stattfinden. Südamerika, der natürliche Lieferant Europas, würde zusehends unter den Einfluss von Hitlers Europa geraten. Durch das Schrumpfen der Import- und Exportindustrie der USA und der damit verbundenen sekundären Effekte auf die gesamte Volkswirtschaft würde das vom New Deal unge löste Arbeitslosenproblem sich radikal zuspitzen und soziale Spannungen erzeugen, die im Rahmen des bestehenden Systems nicht gelöst werden könnten. Mit anderen Worten: Für die Internationalisten war der offene, unteilbare Weltmarkt eine der Grundbedingungen für das Überleben des amerikanischen Systems.

<sup>23</sup> Arthur M. Schlesinger Jr., Franklin D. Roosevelt's Internationalism, in: Cornelis A. van Minnen, John F. Sears (Hrsg.), *FDR and His Contemporaries*, 1–16.

<sup>24</sup> Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*.

Nun zum militärischen Aspekt: Zu Beginn der Präsidentschaft Roosevelts umfasste die amerikanische Sicherheitszone die westliche Hemisphäre und den halben Pazifik, insgesamt ein Drittel des Erdballs. Seit München und der fast zeitgleichen Verkündigung einer »Neuen Ordnung« in Ostasien durch Japan schob Roosevelt die Grenzen der Sicherheit der USA immer weiter hinaus, bis sie spätestens 1941 mit dem Pacht- und Leihprogramm globale Dimensionen im wörtlichen Sinne angenommen hatten. Einer der Eckpfeiler in dieser Neuorientierung war eben eine neue Bestimmung der Grenzen der Sicherheit der USA: Eine Beschränkung auf die Verteidigung der westlichen Hemisphäre sei selbstmörderisch; ohne die Kontrolle der Weltmeere glichen diese »highways« – so ein oft gebrauchter Vergleich Roosevelts –, die die Achsenmächte jederzeit zum Angriff auf die USA nutzen könnten. Eine Kontrolle der Meere könne aber nicht von der US-Flotte allein geleistet werden; sie sei nur möglich, wenn Europa und Asien nicht von den Achsenmächten beherrscht würden und ihnen die Schiffbaukapazitäten zweier Kontinente zur Verfügung stünden. Frankreich, England und China, seit der Mitte 1941 auch die Sowjetunion, müssten unterstützt werden, weil sie stellvertretend die USA mitverteidigten. Auch im militärischen Sinne hätten die USA ein vitales Interesse an der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa und Asien.

Die dritte globale Komponente in der Bestimmung des nationalen Interesses der USA vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg war die ideelle. In fast ermüdender Wiederholung hat Roosevelt immer wieder erklärt: Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung und die Pflicht der Staaten, sich in der internationalen Politik den Grundsätzen des Völkerrechts zu unterstellen, seien unteilbar. Diese Prinzipien müssten für alle Staaten überall auf der Welt uneingeschränkt gelten. Gewalt und Aggression als Mittel zur Veränderung des Status quo seien illegitim. Die Regierung Roosevelt hatte sich die Stimson-Doktrin aus dem Jahre 1932 uneingeschränkt zu eigen gemacht, nach der die USA gewaltsame territoriale Veränderungen nicht anerkennen würden.

Im Selbstverständnis Roosevelts war die heraufziehende Auseinandersetzung mit den Achsenmächten nie nur ein Konflikt zwischen den »Habenden« und den »Habenichtsen«. Er deutete ihn als einen epochalen Kampf um die zukünftige Gestalt der Welt zwischen Aggressoren und friedlichen Nationen, zwischen liberaler Demokratie und Faschismus, zwischen westlicher, christlich-humanistischer Zivilisation und Barbarei, zwischen Bürgern und Verbrechern, zwischen Gut und Böse. Wie Wilson entfaltete Roosevelt ein manichäisches Weltbild, das Dritte Reich saß, wie einst das Kaiserreich, in der manichäischen Falle.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in Roosevelts Denken der ideelle und wirtschaftliche Globalismus der Freiheit (Wilson's liberal globalism) mit einem neuen, durch die Entwicklung der Waffentechnik und die angenommenen Weltherrschaftspläne Hitlers bedingten militärischen Globalismus verband. Deshalb müssten die USA selbst in den Krieg eintreten, um sowohl die »Neuen Ordnungen« in Europa und Asien zu zerstören, als auch die eigene Position als zukünftige Weltmacht zu sichern, den »novus ordo seclorum«, wie auf jedem Dollarschein zu lesen ist.





### 3. Die USA und die Weimarer Republik (1919 – 1933)

Durch den Zwang, Komplexität zu reduzieren, könnten zukünftige Historiker versucht sein, unser Saeculum das »amerikanische Jahrhundert« zu nennen. Das liberale, kapitalistische und marktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell der USA, so könnte es im 21. Jahrhundert heißen, habe sich durch zwei gewonnene Weltkriege und einen gewonnenen Kalten Krieg in der industrialisierten Welt durchgesetzt. Der ungeheuren Dynamik dieses Modells seien weder Nationalsozialismus noch Faschismus noch Kommunismus gewachsen gewesen. Der teils manifeste, teils latente Weltbürgerkrieg dieses Jahrhunderts, der im Jahre 1917 begann, als Lenin und Wilson antagonistische Modelle für die ganze Welt verkündeten, und den man ab 1945 den Kalten Krieg zu nennen pflegte, sei Ende der achtziger Jahre durch den geistigen und materiellen Zusammenbruch einer Seite beendet worden. Die Zeitgenossen hätten das Unerwartete, nicht Vorhergesehene kaum fassen können: Der radikale Neuerer, geniale Konkursverwalter und Zauberlehrling Gorbatschow habe versucht, die Marktwirtschaft einzuführen, amerikanische Berater hätten sein Präsidentenamt nach Vorbild des Weißen Hauses reorganisiert und neben dem Roten Platz habe eine Hamburger-Kette marktwirtschaftliche Effizienz demonstriert.

In den USA sei zu dieser Zeit eine Debatte über das Ende der Geschichte ausgebrochen. Die USA hätten, so sei behauptet worden, nun ihre historische Mission erfüllt, die Geschichte als Entfaltungsprozess der Freiheit an ihr Ziel zu führen – *to make the world safe for democracy*. Die Revolutionen der Freiheit gegen kommunistische Diktaturen seien eine neue, vielleicht letzte Etappe auf der Stufenleiter des Fortschritts gewesen, im Selbstverständnis der amerikanischen Zivilreligion nur vergleichbar mit Moses, der mit den Geboten vom Berge kam, mit der Magna Charta, der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der amerikanischen Verfassung.

Allerdings sei, so könnten die Historiker des 21. Jahrhunderts hinzufügen, auf dem Höhepunkt der amerikanischen Macht zugleich der weltgeschichtliche Umschlag erfolgt. Die USA habe die gleiche Krankheit befallen wie zuvor die Reiche der Spanier, der Niederländer, Franzosen und Engländer – imperiale Überanstrengung. Die wirtschaftliche Verfassung des Landes habe die globale militärische Machtprojektion nicht länger verkraften können. Die Welt sei deshalb im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wieder multipolar geworden. Das mittlere und westliche Europa habe seine Chance genutzt, während die Sowjetunion nicht aufgehört habe, in Anarchie und Bürgerkrieg zu versinken.

Selbstverständlich ist es unmöglich, die Totalität eines Jahrhunderts am Leitfaden eines einzigen Wirkungszusammenhangs zu interpretieren. Empirische historische

*Erstveröffentlichung:* Die USA und die Weimarer Republik, in: Heidelberger Jahrbücher 35 (1991), S. 27–34.

Erkenntnis ist immer partiell und perspektivisch. Dennoch ist die Hypothese vom »amerikanischen Jahrhundert« von erkenntnisfördernder Produktivität. Sie gestattet nicht nur, unser Jahrhundert am Leitfaden seiner vermutlich stärksten Potenz zu interpretieren, sondern auch die europäische Geschichte, die deutsche Geschichte und die deutsch-amerikanischen Beziehungen – über deren besondere Ausprägung während der Weimarer Republik ich sprechen werde – besser zu verstehen und zu erklären. Besonders die Deutschen tun gut daran, diese Perspektive unseres Jahrhunderts zu würdigen. Denn die Fehleinschätzung der Macht, Werte und Interessenlagen der angelsächsischen Seemächte, besonders der USA, durch große Teile der außenpolitischen Entscheidungselite des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 hat erheblich zu den Katastrophen der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts beigetragen – es sei nur an 1917 und 1941 erinnert.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit der Reichsgründung bis zur Gegenwart waren der Form nach ein dramatischer Wechsel von Krieg und Kooperation<sup>1</sup>. Ihr wesentlicher Inhalt war der strategische, wirtschaftliche und ideell-moralische Widerstreit zwischen dem zweifachen Versuch des Deutschen Reiches nach Bismarck, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden; und der zweifachen Antwort der USA, dies zu verhindern und Deutschland in der Position eines demokratischen, nicht aggressiven, in eine liberale Wirtschaft integrierten, möglichst mit den USA verbundenen Mittelstaates zu halten. Deshalb haben die Amerikaner auch von allen westlichen Alliierten die wenigsten Probleme mit dem neu vereinten Deutschland. Es ist in vieler Hinsicht das Deutschland, das sich die Amerikaner seit 1848 immer gewünscht haben: Es hat sich allein gestellt, ist es weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Es hat mit den Grenzen seine Geographie gefunden. Zum ersten Male in ihrer Geschichte genießen die Deutschen Freiheit, Demokratie und Einheit. Deutschland garantiert als Rechtsstaat die liberalen Grundfreiheiten, besitzt eine föderale Struktur und hält am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft fest.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Weimarer Republik, die im Zentrum der preisgekrönten Dissertation von Manfred Berg<sup>2</sup> stehen, sind ein besonders komplexer Abschnitt in der Geschichte dieses bilateralen Verhältnisses.

1 Es gibt nur zwei, von Amerikanern verfasste Gesamtdarstellungen zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen von der Reichsgründung bis in die 70er Jahre dieses Jahrhunderts: Hans W. Gatzke, *Germany and the United States. A Special Relationship?* Cambridge und London 1980; Manfred Jonas, *The United States and Germany. A Diplomatic History*, Ithaca und London 1984. Anstelle der fehlenden deutschen Gesamtdarstellung können drei Sammelbände zu Rate gezogen werden; Manfred Knapp/Werner Link/Hans-Jürgen Schröder/Klaus Schwabe, *Die USA und Deutschland 1918–1975*, München 1978; Frank Trommler (Hg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte*, Opladen 1986, darin besonders die Beiträge über Außenpolitik von Doerries, Schwabe, Junker, Weinberg, Maier, Hermand, Hanrieder, Sommer und Stern; eine Serie von acht in Heidelberg 1984/85 gehaltenen Vorträgen über die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1890 bis 1985; Detlef Junker (Guest Editor), *Deutschland und die USA 1890–1985*, mit Beiträgen von Ambrosius, Czempel, Görtemaker, Hillgruber, Jonas, Junker, Knapp, Link (Heidelberg American Studies Background Paper, No. 2, Bonn 1986). Die beste Analyse für die Zeit nach 1945 ist Wolfram F. Hanrieder, *Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy*, New Haven u. a. 1989.

2 Manfred Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929*, Baden-Baden 1990 (Nomos).

Der überragende Einfluss der USA auf die Weimarer Republik ist von Historikern in den fünfziger und sechziger Jahren zunächst unterschätzt worden und erst in den siebziger und achtziger Jahren von einer breiten internationalen Forschung, an der sich besonders Amerikaner, Franzosen und Deutsche beteiligt haben, angemessen herausgearbeitet worden. Es ist kein Zufall, sondern entspricht der inneren Dynamik dieses Erkenntnisfortschrittes, dass die schon seit dreißig Jahren angeforderte Monographie über die Stresemann'sche Amerikapolitik erst mit der Arbeit von Herrn Berg vorgelegt wurde<sup>3</sup>.

Die folgenden Ausführungen sollen sich in gebotener Kürze auf zwei Aspekte konzentrieren. Zunächst seien strukturelle Voraussetzungen und Elemente der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Weimarer Republik skizziert, dann die Hauptthese der Dissertation von Herrn Berg vorgestellt, dass die Vereinigten Staaten – nicht etwa Frankreich oder England – der Dreh- und Angelpunkt der erfolgreichen Revisionspolitik Stresemanns während seiner Amtszeit als deutscher Außenminister von 1923 bis 1929 waren.

Wie so oft in der amerikanischen Geschichte, führte 1919/1920 ein innenpolitischer Stimmungswandel zu tiefgreifenden Veränderungen in der US-Außenpolitik, in diesem Fall mit weitreichenden Konsequenzen für die internationale Politik der Zwischenweltkriegszeit<sup>4</sup>. Der amerikanische Senat lehnte es ab, die von Präsident

3 Zu Stresemanns England-, Frankreich- und Rußlandpolitik vgl.: Werner Weidenfeld, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns, Mainz 1972; Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1914–1929, Düsseldorf 1972; Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971. Wichtige Arbeiten zum Verhältnis von Deutschland und Amerika während der Weimarer Republik sind: Dieter Bruno Gescher, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924, Bonn 1956; Robert Gottwald, Die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann, Berlin 1965; Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation, 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1980; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970; Karl-Heinrich Pohl, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1979; Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Düsseldorf 1971; Eckhard Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–9, Tübingen 1971; Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931, Frankfurt/M 1984; Gerd Bardach, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976; Zur angelsächsischen Literatur vgl. Derek H. Aldcroft, Die Zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street, 1919–1929, München 1978 (aus dem Engl.); Lloyd E. Ambrosius, The United States and the Weimar Republic: America's Response to the German Problem, in: Jules Davids (Ed.), Perspectives in American Diplomacy, New York 1976, Arno Press; John Braeman, American Foreign Policy in the Age of Normalcy, in: Amerikastudien/American Studies 26 (1981) 2, S. 125–158; Frank C. Costigliola, Awkward Dominion. American Political Economic and Cultural Relations with Europe, 1919–1933, Ithaca and London 1984, Cornell University Press; Jon Jacobsen, Locarno Diplomacy. Germany and the West, Princeton 1972; Melvyn P. Leffler, The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security 1919–1933, Chapel Hill 1979; Sally Marks, The Illusion of Peace. International Relations in Europe 1918–1933, London 1981; William C. McNeil, American Money and the Weimar Republic. Economics and Politics in the Era of the Great Depression, New York 1986, Columbia Univ. Press; Stephen A. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976; Marc Trachtenberg, Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923, New York 1980.

4 Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf: Detlef Junker, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941, Stuttgart 1975; ders., Die Außenpolitik der

Wilson in Versailles ausgehandelte Völkerbundssatzung und damit den Versailler Vertrag insgesamt zu ratifizieren. An die Stelle des zusammengebrochenen Gleichgewichtssystems der europäischen Mächte trat damit nicht, wie es Wilson gewollt hatte, ein neues und besseres System der kollektiven Sicherheit, sondern ein amputierter Völkerbund, in dem die Sowjetunion, Deutschland und die USA fehlten. Ebenso folgenreich für Deutschland, Frankreich und Europa insgesamt war die gleichzeitige Weigerung des amerikanischen Senats, einen amerikanisch-französischen Bündnisvertrag überhaupt zu diskutieren, womit auch die britische Zusage an Frankreich hinfällig wurde. Der Kalte Krieg zwischen Frankreich und Deutschland von 1919 bis 1922, der 1923 zum Ruhreinmarsch führte, resultierte nicht zuletzt aus dieser Schwäche des französischen Sicherheitssystems. Die Franzosen fühlten sich von den Deutschen trotz des Versailler Vertrages langfristig bedroht und von den Amerikanern betrogen. Denn in Versailles hatte sich der französische Ministerpräsident Clemenceau, der »Tiger«, seine Forderung nach dem Rhein als französische Ostgrenze nur durch Wilsons Bündnisversprechen abhandeln lassen. Nun hatten die Franzosen weder das amerikanische Bündnis noch die Rheingrenze.

Diese Entscheidungen des amerikanischen Senats bildeten den Auftakt und die Grundlage für den vielzitierten Isolationismus der USA zwischen den beiden Weltkriegen: Die USA weigerten sich von 1919 bis 1941, präventive, dem Land die freie Hand nehmende Bündnisse zu schließen, kollektive Sanktionen im Rahmen des Völkerbundes zu stützen, geschweige denn militärisch in Europa oder Asien zu intervenieren. Dank der strategisch ungefährdeten Lage des Landes zwischen Atlantik und Pazifik konnten sich die USA weiter eine Politik der »freien Hand« leisten. Die USA fühlten sich bis in die zweite Hälfte der 30er Jahre weder aus Europa noch aus Asien bedroht; ihr Sicherheitsproblem war einfach: Im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische.

Diese bündnispolitische und militärische Abwesenheit der USA hat Zeitgenossen und dann Historiker lange dazu verleitet, das wirkliche Gewicht der USA für das Schicksal Europas und Deutschlands nach 1919 zu unterschätzen. Denn der Einfluss der USA kam nicht aus den Gewehren, sondern resultierte aus der dominierenden Stellung des Landes in der Weltwirtschaft. Wer amerikanische Europapolitik dieser Zeit verstehen will, muss sein Augenmerk auf die Weltwirtschaft, auf Weltmärkte, Zahlungsbilanzen und Devisenbestände richten. Der militärische und bündnispolitische Isolationismus stand im krassen Gegensatz zum weltwirtschaftlichen Gewicht des Landes und zu der aktiven Außenwirtschaftspolitik, mit der die Amerikaner in Europa und Deutschland massiv anwesend waren.

Die USA waren durch den Ersten Weltkrieg zur führenden Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt geworden und bauten diese Position in den zwanziger Jahren weiter aus. Sie vergrößerten ihren Vorsprung als führender Produzent, wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs von 35,8% im Jahre 1913

---

USA 1920–1941, in: Otmar Franz (Hg.), *Am Wendepunkt der europäischen Geschichte*, Göttingen 1981, S. 200–217; ders., *Kampf um die Weltmacht: Die USA und das Dritte Reich 1933–1945*, Düsseldorf 1988.

auf 46 % im Durchschnitt der Jahre von 1925 bis 1929. Gemessen in Dollar, war das Nationaleinkommen der USA ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen – Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Japan und Kanada eingeschlossen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizentrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Der für den Welthandel und für das amerikanisch-europäische Verhältnis vielleicht folgenreichste Faktor war der abrupte Wechsel der USA von einer Schuldner- zu einer Gläubigernation. Durch die Exportüberschüsse der USA und die Kriegsanleihen war das Ausland, besonders England, Frankreich und Italien, im Jahre 1919 an die USA verschuldet, und diese Verschuldung wuchs dank der amerikanischen Außenhandelspolitik in den zwanziger Jahren weiter an. Die Folge war die oft beschriebene latente Dollarknappheit der zwanziger Jahre, die durch die lang- und kurzfristigen Kredite der USA im Grunde künstlich überbrückt wurde.

Oberstes Ziel der stark von »big business« und »big finance« beeinflussten republikanischen Administrationen der zwanziger Jahre war der Versuch, mit dieser wirtschaftlichen Position des Landes zugleich den offenen Weltmarkt für Exporte, Kredite und Rohstoffe im Rahmen einer stabilen, liberalen und kapitalistischen Weltfriedensordnung zu erhalten. Ein bezeichnender Grundsatz der Administration während der Präsidentschaft Hardings lautete: »Less government in business, more business in government.« Als geeignete Mittel galten eine Erneuerung des amerikanischen Handelsvertragssystems auf der Grundlage der unbedingten, multilateralen Meistbegünstigung, die Ermutigung amerikanischer Banken zur Kreditgewährung und Währungsstabilisierung, generell die Forderung nach rechtlicher Gleichbehandlung der USA auf den Auslandsmärkten, auch Politik der offenen Tür genannt.

Im Rahmen dieser Definition des nationalen Interesses der USA war der europäische Markt zu wichtig, um ihn allein den Europäern zu überlassen. Die USA wollten nicht zusehen, wie ein ungebremster französisch-deutscher Konflikt um die deutschen Reparationszahlungen Europa in ein wirtschaftliches Chaos stürzte. Spätestens der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet im Jahre 1923 machte den Amerikanern klar, dass wichtige Interessen der USA auf dem Spiel standen und die Europäer ohne die USA weder das Reparationsproblem lösen noch zur wirtschaftlichen Stabilität zurückfinden würden. Allerdings konnten die Amerikaner solange warten, bis der vermeintliche Sieger des Ruhrkampfes, der französische Ministerpräsident Poincaré, keine Wahl hatte, als eine Lösung zu weitgehend amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren. Diese wurden nicht von der US-Regierung direkt, sondern durch von ihr vorgeschlagene Geschäftsleute und Bankiers wie Charles G. Dawes und Owen D. Young formuliert und durchgesetzt.

Diese nur informelle, gleichwohl effektive wirtschaftliche Einflussnahme hatte hochbrisante, über die Wirtschaft hinausgehende Auswirkungen. Das konkrete Ergebnis dieser amerikanischen Stabilisierungspolitik in Deutschland war der bekannte Dawes-Plan aus dem Jahre 1924, der das Reparationsproblem mit Hilfe einer großen amerikanischen Anleihe, das heißt durch amerikanische Kredite, für eine Übergangszeit löste. Damit ging, wie ein Zeitgenosse ironisch bemerkte, die Dollarsonne über Deutschland auf – eine wichtige Grundlage für die Stabilitätsphase der Republik bis 1929.

Der Dawes-Plan unterstellte Deutschland einerseits währungs- und finanzpolitisch ausländischer Kontrolle, andererseits sicherte er Deutschland vor stabilitätsgefährdenden Reparationszahlungen und zukünftigen militärischen Sanktionen Frankreichs. Die wirtschaftliche Sicherung durch den Dawes-Plan machte den politischen Sicherheitsvertrag von Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Räumung des Rheinlandes erst möglich. Die wirtschaftliche amerikanische Intervention durch den Dawes-Plan war der Anfang vom Ende der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde mit amerikanischer Hilfe aus der hilflosen Objektrolle des Jahres 1919 befreit.

Wie nach 1945, als die Amerikaner unter den Deutschen in Konrad Adenauer eine politische Potenz für ihre Politik der Westintegration der Bundesrepublik fanden, so gab es in der mittleren Phase der Weimarer Republik einen Außenpolitiker von Format, ohne den diese außenpolitischen Erfolge mit Sicherheit nicht erreicht worden wären, Gustav Stresemann. Es ist das große Verdienst der Arbeit von Herrn Berg, zum ersten Male detailliert und quellengesättigt gezeigt zu haben, in welchem Maße der Weltmarkt, die in gegenseitiger Abhängigkeit verflochtene Weltwirtschaft und die überragende ökonomische Bedeutung der USA im Zentrum des Stresemann'schen Denkens standen, und zwar seit dem Beginn seiner politischen Karriere im Jahre 1907. Der promovierte Nationalökonom, Interessenvertreter der Wirtschaft und national-liberale Reichstagsabgeordnete erklärte schon 1910 im Reichstag »Politik und Völkerpolitik sind heute in erster Linie Weltwirtschaftspolitik«<sup>5</sup>. Von der wirtschaftlichen Kraft der USA konnte er sich im Herbst 1912 auf einer Amerikareise selbst überzeugen. Über den Ersten Weltkrieg und den Umbruch von 1918 hinaus blieben diese Einsichten zentrale Elemente seines außenpolitischen Koordinatensystems. Genau deshalb besaß Stresemann beim Amtsantritt 1923 eine Strategie, ein Konzept zur außenpolitischen Revision zum Nutzen Deutschlands, das auf weltwirtschaftliche Verflechtung und die überragende Bedeutung der USA setzte. Weil alle kapitalistischen Staaten in einem Boot saßen, so sein Kalkül, lag die wirtschaftliche Genesung Deutschlands im wohlverstandenen Interesse der Feinde von gestern, besonders im Interesse der USA, die ihre Außenpolitik in erster Linie als Weltwirtschaftspolitik definierten.

Diese ökonomische Rationalität würde sich aber, so Stresemann, nur durchsetzen, wenn Deutschland sich dem Prinzip des friedlichen Wandels verpflichtete, strikt an der multilateralen und kooperativen Methode festhielt, die Interessen *anderer Staaten* hinlänglich berücksichtigte, zum Beispiel die Sicherheitsinteressen Frankreichs, und innenpolitisch die nationalistische Rechte im Zaum hielt, der jeder Sinn für Maß und Möglichkeit fehlte.

Dieses Revisionskonzept konnte mit entscheidender Hilfe Stresemanns in dem dramatischen nationalen und internationalen Krisenmanagement der Jahre 1923 und 1924 durchgesetzt werden. Innenpolitischen Gegnern, die die deutschen Souveränitätsverluste beklagten, erklärte Stresemann: Je größer die wirtschaftlichen Interessen der USA in Deutschland, je mehr amerikanische Kredite nach Deutschland fließen, desto größer sei das Interesse der USA an einem friedlichen Wandel, dessen letztes

5 Berg, Stresemann, S. 19.

Ziel aus Stresemanns Sicht die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung einer gleichberechtigten deutschen Großmachtposition in Europa war. Diese Strategie des Schuldners erläuterte Stresemann einmal in einer Rede von Dezember 1925 recht publikumswirksam:

»Aber das Entscheidende ist für mich ... die Stellung Deutschlands als Schuldner. Meine Herren, man kann sehr stark sein als Gläubiger, man kann aber auch stark sein als Schuldner, man muß nur genug Schulden haben, man muß soviel Schulden haben, daß der Gläubiger seine eigene Existenz mitgefährdet sieht, wenn der Schuldner zusammenbricht. Ich habe einmal einen Herrn in Dresden gekannt, einen Privatmann, der nahm eine hohe Stellung ein und war bis an den Hals verschuldet. Mir sagte jemand einmal: Das ist der gesündeste Mensch in Dresden, wenn der am Telephon hustet, schickt ihm schon jeder Gläubiger einen Spezialarzt, damit ihm nur nichts passiert.«<sup>6</sup>

Stresemanns Werk hat seinen Tod im Jahre 1929 nicht lange überdauert. Die Große Depression von 1929 bis 1933, die schwerste Weltwirtschaftskrise seit dem Beginn der Industriellen Revolution, zehrte die Substanz der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf. Die Krise zerstörte mit dem offenen Weltmarkt auch die sachliche Grundlage der Zusammenarbeit. Der Rückzug des amerikanischen Kapitals, der Zusammenbruch des Weltwährungssystems im Sommer 1931, das Schrumpfen des Welthandels, der krisenverschärfende Protektionismus aller Staaten, schließlich das tatsächliche Ende des Problems der deutschen Reparationen und der Kriegsschulden der Alliierten vernichteten die Parallele der wirtschaftlichen Interessen. Der nationalsozialistische Versuch, eine rassistisch begründete Herrschaft über Europa zu errichten, führte dann Deutsche und Amerikaner zum zweiten Male in diesem Jahrhundert in einen Weltkrieg.

Wenn Stresemanns Werk auch nicht von Dauer war, so hat er doch ein Erbe hinterlassen. Wenn die vereinigten Deutschen ihre Sicherheit in kooperativen Strukturen und ihre Wohlfahrt im Rahmen einer möglichst offenen Weltwirtschaft bewahren wollen, empfiehlt es sich für sie, Stresemann erneut zu studieren.

6 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918–1945, Serie B, Bd. I, 1, Göttingen 1966, S. 733.





## 4. Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen (1878–1945)

Die sensationelle Meldung überraschte Rektor Martin Dibelius. »Es ist am 4. Januar 1928. Der Rektor der Heidelberger Universität ist während der Mittagspause allein im Sekretariat zurückgeblieben. Ein Ferngespräch. »Hier Berlin Achtuhrabendblatt, wir wünschen den Rektor zu sprechen.« »Er ist selbst am Apparat.« »Was sagen Sie zu der amerikanischen Stiftung?« »Ich weiß nichts davon.« »Wir haben hier eine Wolffmeldung bekommen.« »Lesen Sie vor.« Er hört und notiert die ersten Zahlen: Botschafter Schurman teilt bei einem Essen der Steubengesellschaft [in New York] mit, daß er zugunsten eines Hörsaalgebäudes der Universität Heidelberg eine auf 400.000 Dollar berechnete Sammlung begonnen habe ... Kaum schweigt die Stimme aus Berlin, so meldet sich das Telefon wieder, aus der Stadt, von Behörden, Zeitungen, Kollegen – der Rundfunk hat die Neuigkeit bereits herumgesprochen.«<sup>1</sup>

Die Sensation aus Berlin war der Auftakt des Jahres 1928, das man ohne Übertreibung das »Schurman-Jahr« in der Geschichte der Universität Heidelberg nennen kann. Ende Januar reisten eine vom Rektor angeführte Abordnung der Universität und Heidelbergs Oberbürgermeister Walz nach Berlin, um dem amerikanischen Botschafter in Deutschland, Jacob Gould Schurman, ihren Dank abzustatten. Der Vorstand der Heidelberger Studentenschaft dankte dem ehemaligen Kommilitonen schriftlich. Am 5. Mai versammelte sich die Universität im großen Saal des Neuen Kollegiengebäudes [heute an dieser Stelle: Neue Universität] am Ludwigsplatz [heute: Universitätsplatz], um in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Stadt, Land und Reich zugleich Schurman und Außenminister Stresemann die Ehrendoktordiplome zu überreichen. Titel und Würde eines Doktors der Philosophie ehrenhalber hatte die Philosophische Fakultät Schurman schon am 28. Juli 1927 verliehen. Am 17. Dezember überreichte Schurman während eines gemeinsamen Festaktes von Stadt und Universität im großen Saal der Stadthalle die noch angewachsene Stiftung der Universität: »mehr als eine halbe Million Dollar zur Errichtung eines neuen Vorlesungsgebäudes.« Oberbürgermeister Walz verlieh dem Amerikaner das Ehrenbürgerrecht der Stadt, Kultus- und Unterrichtsminister Leers dankte für das Land Baden mit einer

1 Schilderung von Dibelius in »Neue Badische-Landeszeitung« vom 9. Juni 1931. Universitätsarchiv Heidelberg (im Folgenden zitiert U.A.), B-5135/7 (X, 2, Nr. 49). Für freundliche Hilfe danke ich Frau Elisabeth Hunerlach und Herrn Dr. Hermann Weisert.

*Erstveröffentlichung:* Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986. Festschrift in sechs Bänden. Im Auftrag des Rector magnificus Prof. Dr. Gisbert Freiherr zu Putlitz, bearbeitet von Wilhelm Doerr. Band III. Das Zwanzigste Jahrhundert, 1918–1985. Herausgegeben von Wilhelm Doerr in Zusammenarbeit mit Otto Haxel, Karlheinz Misera, Hans Querner, Heinrich Schipperges, Gottfried Seebaß, Eike Wolgast. Springer Verlag. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1986, S. 328–359.

Faksimile-Ausgabe der Manessischen Handschrift. Professor Voll aus Karlsruhe, der mit der Anfertigung einer Büste Schurmans beauftragt worden war, hatte man einen geeigneten Platz im Saal zugewiesen, »zwecks Betrachtung des Mienenspiels des Herrn Botschafters bei seiner Rede«. <sup>2</sup>Die Gesamtstudentenschaft veranstaltete am Abend einen Fackelzug zu Ehren Schurmans.

Der damals 73-jährige Schurman genoss alle Ehrungen in erstaunlicher Frische, mit gelassener Würde und in dem Bewusstsein, mit der durch ihn an der Wall Street veranlassten Geldsammlung den Grundstein für ein repräsentatives Gebäude im Zentrum der Heidelberger Altstadt gelegt zu haben, das »die Jahrhunderte überdauern wird«. <sup>3</sup>In seinen Heidelberger Reden und Ansprachen dieses Jahres betonte er immer wieder in Dankbarkeit, dass sein einjähriger Studienaufenthalt in Heidelberg im Jahre 1878 den Grund für eine lebenslange Beschäftigung mit der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte gelegt habe. Heidelberg sei die erste deutsche Universität gewesen, die er besucht habe, und auch seine erste Liebe geblieben. <sup>4</sup>

Wer war dieser Jacob Gould Schurman, der nach Ansicht der Frankfurter Zeitung den erfreuten Herren der Universität unerwartet Geld aus dem heiteren Himmel Amerikas beschert hatte? <sup>5</sup>Welche Motive bewegten ihn zu dieser Stiftung? Was dachte er über Heidelberg, Deutschland und die Deutschen, was über die deutsch-amerikanischen Beziehungen?

Im Rückblick auf sein Leben konnte Schurman von sich sagen, er habe den amerikanischen Traum – den gesellschaftlichen Aufstieg von unten nach ganz oben, den Weg aus Armut und Unbildung zu Wohlstand, Bildung, Ansehen und öffentlichem Einfluss – für sich selbst und aus eigener Kraft verwirklicht. Er musste sogar erst werden, was seine Vorfahren holländischer Herkunft nicht hatten werden wollen: Amerikaner. <sup>6</sup>

Schurman wurde 1854 als drittes von acht Kindern auf der kanadischen Prinz-Eduard-Insel geboren. Seine Vorfahren waren während der amerikanischen Revolution wegen ihrer Loyalität gegenüber der britischen Krone nach Kanada ausgewandert. Seine Eltern bewirtschafteten unter Mühen eine Farm, der Sohn besuchte die Volksschule und wurde nach elterlichem Vorbild ein Mitglied der baptistischen Gemeinde. Die harte körperliche Arbeit auf der Farm bewegte den 13-jährigen Jungen

2 Zu Voll vgl. U. A., B-5133/2 (IX, 13, Nr. 191) und Meinhold Lurz, *Der plastische Schmuck der Neuen Universität, Heidelberg 1975*, S. 4 (Kunsthistorisches Institut der Universität Heidelberg, Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt, hg. von Peter Anselm Riedl, Heft 12).

3 Den Satz »which will last for centuries« gebrauchte Schurman in einem Brief aus Bedford Hills, New York, den er am 10. Oktober 1930 im Zusammenhang mit der geplanten Stiftertafel an die Universität richtete. U.A., B-5133/2 (IX, 13, Nr. 191).

4 Vgl. Rede vom 5. Mai 1928. U.A., B- 1523/2b (Heidelberger Tageblatt vom 5.5.1928).

5 U.A., B-5130 (IX, 13, Nr. 177), Morgenblatt vom 2.2.1928, Nr. 87.

6 Die folgende biographische Skizze ist die erste wissenschaftliche Veröffentlichung über Schurman in deutscher Sprache. Sie verdankt viel der Dissertation von Maynard Moser, *Jacob Gould Schurman: Scholar, Political Activist, and Ambassador of Good Will, 1892–1942* (University of California, Santa Barbara, Ph.D. 1976), Xerox University Microfilms, Ann Arbor. Vgl. den Nachruf in »New York Times« vom 13.8.1942, S. 19; *Dictionary of American Biography, Supplement Three 1941–1945*, New York 1973, S. 696–699. Eine Monographie über Schurman als Botschafter in Deutschland von 1925–1930 im Allgemeinen, über sein Verhältnis zu Heidelberg im Besonderen, die sich auf die deutschen und amerikanischen Quellen stützt, ist ein Desiderat der Forschung. Schurmans zugänglicher Nachlass wird von der Cornell Universität verwaltet.

dazu, sein Elternhaus zu verlassen, um für drei Jahre als Handlungsgehilfe in einem ländlichen Laden sein Geld zu verdienen. Mit sechzehn Jahren hatte er so viele Dollars auf der hohen Kante, dass er einen einjährigen Aufenthalt auf einer Oberschule aus eigener Tasche finanzieren konnte. Ein Jahr später gewann der herausragende Schüler ein staatliches Stipendium, das ihm in den nächsten Jahren die Weiterbildung auf zwei Colleges seiner näheren Heimat ermöglichte.

Dieses erste Stipendium war, so Schurman in der Rückschau, von entscheidender Bedeutung für sein Leben. Es war die Grundlage für weitere, im harten Wettbewerb errungene Stipendien und Preise, die ihm ein fünfjähriges Studium in Europa, in England und in Deutschland, ermöglichten. Als 21-jähriger verließ er Neuschottland, um zunächst für drei Jahre eine Art *studium generale* in den Geistes- und Sozialwissenschaften seiner Zeit in London und Edinburgh zu absolvieren. Diese Wander- und Bildungsjahre waren für Schurman geprägt durch das Leitmotiv seiner Studien, für sich selbst Klarheit über das Verhältnis von Wissenschaft und Religion zu gewinnen. Sein baptistischer Glaube war durch Darwins Evolutionstheorie, durch Spencers Philosophie, durch Empirismus, Materialismus und Agnostizismus Anfechtungen ausgesetzt. Schurman suchte nach Wahrheit, nach Antwort auf die drei klassischen Grundfragen moderner Philosophie: Was kann ich wissen? Was darf ich glauben? Was soll ich tun? Die Selbstvergewisserung über die Grundlagen seiner eigenen Existenz gefährdete allerdings nicht den zielsicheren und erfolgreichen Abschluss seines Studiums in England. In Edinburgh schloss er seine Studien über Metaphysik, Logik und Ethik mit dem Titel eines »Doctor of Science, (D.Sc.) ab, seine Londoner Arbeiten über Ethik, politische Philosophie und politische Ökonomie beendete er mit dem Magister-Titel. Anstatt in seine Heimat zurückzukehren, nutzte der junge Doktor ein weiteres Stipendium, um für zwei Jahre nach Deutschland zu gehen, die deutsche Sprache zu lernen, sich mit der deutschen Kultur vertraut zu machen und das deutsche Universitätssystem kennenzulernen, das weltweites Ansehen genoss und am Ende des 19. Jahrhunderts beispielgebend für die Organisation des Aufbaustudiums (*graduate studies*) an amerikanischen Elite-Universitäten wurde. 1878/79 studierte er ein Jahr in Heidelberg, 1879/80 folgten je ein Semester an der Berliner Universität, die er damals für »die beste und berühmteste der Welt«<sup>7</sup> hielt, und in Göttingen.

Das Heidelberger Jahr hat bei Schurman nachhaltige Eindrücke hinterlassen. Noch nach fünfzig Jahren sprach er dankbar und voller Enthusiasmus von der besonderen Symbiose intellektueller und ästhetischer Reize, von der Attraktivität der Universität, der einzigartigen Verbindung von Stadt, Fluss und Landschaft. Er wurde, wie viele Amerikaner vor und nach ihm, ein begeisterter Wanderer. Zwei akademische Lehrer beeindruckten ihn besonders, der Archäologe Karl Bernhard Stark und der Philosoph Kuno Fischer. Stark lehrte ihn, Dürer zu würdigen. Seine Vorträge über europäische Kunst mit ihrem ausgebreiteten Anschauungsmaterial ordneten und erweiterten Schurmans Kenntnisse. Fischer, in dessen Haus er häufiger Gast war, würdigte der Botschafter in der Rückschau so: »Kuno Fischer war kein schöpferischer Geist, aber seine Fähigkeit des einführenden Verständnisses und der Würdigung und

7 Moser, op.c., S. 6.

seine Gabe der Reproduktion waren erstaunlich. Er war der Geschichtsschreiber der Philosophie, der Interpret der Systeme anderer Männer ... Er war der logischste, der größte akademische Redner. Sein Gebiet umfaßte die höhere Dichtkunst ebenso wie die Philosophie. Ich hatte den Vorzug, während zweier Semester seine Vorträge über moderne Philosophie, einschließlich Kant und Fichte, sowie seine Vorträge über Goethes Faust und das Leben und Werk Schillers zu hören. Natürlich studierte ich zu gleicher Zeit intensiv die Schriften dieser Meister.«<sup>8</sup>

In Berlin unterwies ihn Eduard Zeller in griechischer Philosophie und Theodor Mommsen in römischer Geschichte; in Göttingen begann er, an einem Buch über »Kantian Ethics and the Ethics of Evolutions« zu schreiben, das er in den USA vollendete und als sein erstes wissenschaftliches Werk veröffentlichte.

Schon während seines Studiums in England und in Deutschland besaß Schurman die Gabe, Männer von Einfluss, Ansehen und Reichtum für sich einzunehmen. Mit diesem Talent wucherte er nach seiner Rückkehr in die Neue Welt, es war eine wichtige Voraussetzung für seine steile akademische Karriere. 1882 stiftete George Munro, ein reicher New Yorker Verleger, an der Dalhousie Universität in Halifax einen Lehrstuhl für englische Literatur und Rhetorik und ließ ihn mit dem 28-jährigen Schurman besetzen. Zwei Jahre später übernahm Schurman einen neu eingerichteten »George-Munro-Lehrstuhl für Metaphysik« an derselben Universität. Fast aus actu heiratete Schurman die Tochter des Verlegers, Barbara Forrest Munro. Aus dieser Ehe, die 46 Jahre bis zum Tode der Frau im Jahre 1930 dauerte, gingen sieben Kinder hervor. Die Heirat mit der Verlegerstochter machte Schurman wohlhabend und finanziell unabhängig.

1886 wechselte Schurman zur renommierten Cornell Universität über, zunächst als Professor für christliche Ethik und Philosophie des Geistes, dann auf einen Lehrstuhl für Philosophie. Mit dem Präsidenten der Universität, Andrew D. White, der in diesem Verfahren eine entscheidende Rolle spielte, hatte sich Schurman schon in Berlin angefreundet, als dieser als amerikanischer Botschafter in Deutschland akkreditiert war. Schurman erwarb sich umgehend den Ruf des besten Redners in Cornell, seine attraktiven Vorlesungen zogen neben Studenten und Kollegen auch viele Bürger an.

Von seinen Vorlesungen in Philosophie besonders beeindruckt war der Vorsitzende des Kuratoriums der Universität (Board of Trustees) und Besitzer eines Bauholz-Imperiums, Henry W. Sage. 1890 stiftete Sage eine kleine Fakultät, die »Linn Sage School of Philosophy«. Schurman wurde ihr Dekan. 1892 schließlich machte Sage im machtpolitischen Alleingang den 38-jährigen Schurman zum Präsidenten der Cornell Universität. Diese Position hatte Schurman für 28 Jahre inne, bis zu seinem frei gewählten Rücktritt 1920. Im Jahre seiner Ernennung zum Präsidenten wurde Schurman auch amerikanischer Staatsbürger; Sage sagte als Leumund für ihn aus.

Diese einflussreiche, angesehene und kostspielige Präsidentschaft – nach eigenen Angaben setzte Schurman im Laufe seiner Amtszeit mehr als 100.000 Dollar für

<sup>8</sup> Vgl. Anm.4 und die Rede Schurmans bei der Einweihung der »Neuen Universität«. Neue Mannheimer Zeitung v. 9.6.1931, U.A., B-5135/7 (X, 2, Nr. 49).

Repräsentationspflichten aus eigener Tasche zu – wurde die institutionelle Grundlage für ein aktives Leben, das er erst 50 Jahre später, als 88-Jähriger beschloss. Schurman wurde ein schulebildender Philosoph, Erzieher und Bildungsplaner (educator), meinungsfreudiges Mitglied der Republikanischen Partei, Berater mehrerer Präsidenten, gesuchter Redner, Gesandter und Botschafter seines Landes in Griechenland, Montenegro, China und Deutschland, im letzten Jahrzehnt Weltreisender und »älterer Staatsmann«, dessen Rat von dem Demokraten Franklin D. Roosevelt allerdings nicht gesucht wurde.

Knapp zwei Jahrzehnte seines Lebens veröffentlichte er philosophische Aufsätze und Bücher, in denen er die aristotelische Ethik gegen Kants »Formalismus« einerseits, Darwins und Spencers »Materialismus« andererseits verteidigte<sup>9</sup> und an der Wissbarkeit Gottes und der Unsterblichkeit der Seele gegen einen verbreiteten Agnostizismus festhielt.<sup>10</sup> Ab 1898 schied er als Philosoph, seine Veröffentlichungen wurden konkreter und politischer. Er begründete in Amerika eine philosophische Schule, die sogenannte Schule des »objektiven Idealismus«. Diese hatte an der Cornell Universität ihr Hauptquartier, ihren Gründer, ihre philosophischen Interpreten und eine Generation von mehr oder weniger glaubenstreuern Jüngern.<sup>11</sup> Außerdem wurde Schurman 1892 der erste Herausgeber der ersten wissenschaftlichen Fachzeitschrift für Philosophie in den USA (Philosophical Review).

Nach dem Tode von Sage im Jahre 1897 dominierte Schurman die Universität. Es gelang ihm, durch eine geglückte Verbindung von Liberalität und eigenem Durchsetzungswillen das Vertrauen des Lehrkörpers zu gewinnen. Gegen die Gewohnheiten seiner Zeit setzte er durch, dass die Fakultäten ihre eigenen Dekane vorschlagen durften und in dem entscheidenden Organ der Universität, dem Kuratorium, vertreten waren, wenn auch ohne Stimmrecht. Studenten, die dagegen protestierten, dass schwarze Kommilitonen auf dem Campus lebten, wies er scharf zurück. Die Ernennung einer Frau in den Lehrkörper konnte er allerdings im Kuratorium nicht durchsetzen.

Während Schurmans Präsidentschaft stieg die Zahl eingeschriebener Studenten von 1538 auf 5765, das Universitätsgelände vergrößerte sich von 200 auf 1400 Morgen. Mehrere Colleges wurden gegründet, die ursprünglich ganz von privaten Mitteln abhängige Universität wandelte sich zu einer Institution, die auf einer privaten und öffentlichen Mischfinanzierung ruhte. Der Verwaltungschef Schurman bewies eine

<sup>9</sup> Kantian Ethics and the Ethics of Evolution (1881); The Ethical Import of Darwinism (1898).

<sup>10</sup> Belief in God. Its Origins, Nature and Basis (1890); Agnosticism and Religion (1896).

<sup>11</sup> Vgl. die Charakteristik von Herbert W. Schneider, Geschichte der amerikanischen Philosophie, Hamburg 1957 (aus dem Amerikanischen), S. 272: »Die Antithese zum Personalismus ist der objektive Idealismus, wie er an der Cornell Universität herrschte. Dort hat eine Philosophie des Geistes geblüht, die der Psychologie indifferent gegenüberstand und die nur denjenigen Empirismus für vollständig hielt, der die menschliche Erfahrung in ihrem historischen Lauf und in ihren institutionellen Formen versteht. Das Studium des »objektiven Geistes«, wie es an der Sage School of Philosophy of Cornell betrieben wurde, bildete den amerikanischen Zweig jener idealistischen Bewegung, die in England wie in Deutschland eine kritische Analyse der Kategorien (das Kantische Erbe) mit einer historischen Auffassung des menschlichen Geistes (das Hegelsche Erbe) verband. Die kritische Logik und die Philosophie der Geschichte wurden so vereinigt, um eine Theorie der Erfahrung zu formen, für die die Erfahrung im Individuum ein organisches Ganzes ist. Der erste Leiter der Sage School, später Präsident der Universität, war Jacob Gould Schurman.«

erstaunliche Zähigkeit und Durchsetzungskraft, er beeindruckte durch seine geistige und physische Vitalität. Gelegentlich »überrollte« er seine Kollegen und Mitarbeiter durch die Geschwindigkeit und Gründlichkeit, mit der er die großen und kleinen Probleme seines Amtes anpackte. Einer von ihnen schrieb voller Bewunderung: »If, as Plato tells us, philosophers are the ideal rulers, the condition of Cornell University is blessed in having for its king a philosopher of highest repute.«<sup>12</sup>

Zu jener Zeit hatten sich die Konturen der politischen Philosophie Schurmans längst verfestigt. Im Zentrum seines politischen Weltbildes standen unübersehbar jene Werte und Normen, die seine eigene Erfolgsgeschichte möglich gemacht hatten: individuelle Selbstvervollkommnung in Freiheit, rastlose Berufsarbeit, Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft. In Europa hätte man ihn einen Liberalen genannt, in den USA wurde die eher konservative Republikanische Partei seine politische Wahlheimat. Als »self-made man« war er zutiefst von den schöpferischen Möglichkeiten des Individuums überzeugt. Diesem Individuum habe das Gemeinwesen durch eine freiheitliche Verfassung einen möglichst uneingeschränkten Raum zur Verfügung zu stellen. Die liberalen Grundfreiheiten, einschließlich der freien Religionsausübung und der freien Verfügungsgewalt über das private Eigentum, bildeten den Kern seiner politischen Philosophie. Zwar müsse, so Schurman, die gleiche Chance für jedes Individuum gewahrt bleiben, aber wegen der ungleichen Anlagen der Individuen führe die gleiche Chance zu ungleichen Resultaten. Erfolg und Reichtum seien die gerechten und gerechtfertigten Resultate harter Arbeit.

Schurmans Liberalismus war auf eine sehr amerikanische Weise mit der Berufsethik und den sittlichen Maximen des »asketischen Protestantismus« (Max Weber) verbunden. Während er durch seine philosophische Ausbildung die dogmatische Enge seiner baptistischen Erziehung überwand, wurden sein Tagesablauf und sein Verhalten weiter durch die Ansprüche geprägt, die dieser Protestantismus an ein sittliches und Gott wohlgefälliges Leben stellt. Schurman führte ein rastloses und methodisch diszipliniertes Berufsleben. Nichts war ihm mehr verhasst als Menschen, die sich einem untätigen und »schmarotzenden« Leben hingaben. In abgeschwächter Form galt für Schurman, was Max Weber über die Berufsethik jener puritanischen Kaufleute geschrieben hat, die auf ein kirchlich-sakramentales Heil verzichten müssen: »Die Mahnung des Apostels zum ›Festmachen‹ der eigenen Berufung wird also hier als Pflicht, im täglichen Kampf sich die subjektive Gewißheit der eigenen Erwählbarkeit und Rechtfertigung zu erringen, gedeutet. An Stelle der demütigen Sünder, denen Luther, wenn sie in reuigem Glauben sich Gott anvertrauen, die Gnade verheißt, werden so jene selbstgewissen ›Heiligen‹ gezüchtet, die wir in den stahlharten puritanischen Kaufleuten jenes heroischen Zeitalters des Kapitalismus und in einzelnen Exemplaren bis in die Gegenwart wiederfinden. Und andererseits wurde, um jene Selbstgewißheit zu erlangen, als hervorragendstes Mittel *rastlose Berufsarbeit* eingeschärft. Sie und sie allein verscheuche den religiösen Zweifel und gebe die Sicherheit des Gnadenstandes.«<sup>13</sup>

12 Moser, op.c., S. 15.

13 Max Weber, Die protestantische Ethik. Eine Aufsatzsammlung, hg. von Johannes Winkelmann, Gütersloh 1981, S. 128f. (GTB Siebenstern).

Freiheit, Eigentum, Gesetzlichkeit, Ordnung und Gerechtigkeit (liberty, property, law and order, justice) standen an der Spitze der Schurman'schen Werteskala; alle Varianten des Staatsinterventionismus, des Sozialismus, erst recht den Kommunismus hielt er für Ideologien, die der menschlichen Natur zuwiderlaufen. Der Staat solle sich möglichst wenig in die Gesellschaft einmischen, die beste Regierung sei die Selbstregierung durch das Volk. Schurman war ein überzeugter Anhänger des repräsentativen Regierungssystems und ein Verächter der plebiszitären Demokratie. Als »Tory Democrat« hatte er eine natürliche Verwandtschaft zu den Werten der amerikanischen Geschäftswelt. Obwohl er sich mit dem großen Konservativen Edmund Burke als Bewahrer und Reformers zugleich verstand – »a disposition to preserve, and an ability to improve taken together, would be my standard of a statesman« – hat er der großen Reformbewegung seiner Zeit, dem »progressive movement«, immer distanziert gegenübergestanden. Er kritisierte alle staatsinterventionistischen Reformprogramme, Wilsons »New Freedom« und Franklin D. Roosevelts »New Deal« ebenso wie den »New Nationalism« des Republikaners Theodore Roosevelt. Reformen hatten für Schurman beim Individuum und bei den gesellschaftlichen Gruppen, nicht bei der Regierung und in der Bürokratie anzusetzen.

Die Herstellung des Gemeinwohls sei, so Schurman, ein moralisches Problem. Reichtum verpflichte, er sei ein »Treuhandvermögen zum Wohle der Menschheit«. Gemeinnützigkeit und Philanthropie seien die Stützen des Gemeinwesens, ohne sie entarte die Gesellschaft zu einer »Herde von Tieren«.<sup>14</sup>

Auch mit dieser Überzeugung stand Schurman in der Tradition des asketischen Protestantismus, wonach nicht Erwerb und Besitz von Reichtum, sondern das faule Ausruhen auf demselben und sein unbefangenes, im schlimmsten Falle lasterhaftes Genießen sündhaft seien. Der Reiche, so Schurman, sei im Gewissen verpflichtet, den ihm (von Gott) anvertrauten Besitz für sittlich einwandfreie Zwecke zu verausgaben, ja zu verschenken. Diesem Geist, dem ursprünglichen Fundament des ausgebreiteten amerikanischen Stiftungswesens (vor Erfindung der Steuerabzugsfähigkeit von Spenden), verdankt auch Heidelberg in nicht unerheblichem Maße seine »Neue Universität«.

Neben Ehrgeiz und Ruhmsucht, den meist uneingestandenen, aber klassischen Motiven von Politikern, war es vor allem diese tief empfundene Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen, die Schurman antrieb, ab 1898 als Mitglied des konservativen Flügels der Republikanischen Partei aktiv zu werden. Sowohl in seinem Heimatstaat New York als auch auf Bundesebene versuchte er, die Richtung der Partei zu beeinflussen. Dafür standen ihm besonders drei Mittel zur Verfügung: sein Ansehen als Präsident von Cornell, die öffentliche, auf einen hohen moralischen und idealistischen Ton gestimmte Rede und sein bewährtes Talent, Männer von Einfluss auf sich aufmerksam zu machen.

In den Präsidentschaftswahlen von 1896 und 1900 unterstützte er den siegreichen Republikaner McKinley, ab 1906 mehrfach den Juristen Charles E. Hughes, zunächst in dessen erfolgreichen Versuchen, Gouverneur des Staates New York zu werden

<sup>14</sup> Moser, op.c., S. 21.

(1908, 1910), dann bei dessen erfolglosem Wahlkampf gegen Präsident Wilson im Jahre 1916. Schurman hatte Hughes als Kollegen an der Cornell Universität schätzen gelernt, Schurmans Bruder wurde Sozius in der New Yorker Anwaltskanzlei von Hughes. In den Präsidentschaftswahlen von 1908 und in der scharfen, zur Spaltung der Republikanischen Partei führenden Auseinandersetzung vor den Wahlen von 1912 unterstützte Schurman vehement Präsident Taft gegen seinen Rivalen Theodore Roosevelt. Die Politiker ihrerseits zeigten sich erkenntlich, indem sie Schurman mit politischen Aufgaben und Ämtern betrauten. McKinley machte ihn 1898 zum Vorsitzenden der ersten amerikanischen Regierungskommission zur Untersuchung der Verhältnisse auf den Philippinen, obwohl Schurman auf dem Höhepunkt des spanisch-amerikanischen Krieges 1898 eindeutig zu den Gegnern einer Annexion der Philippinen, zu den Anti-Imperialisten, gehört hatte. Nach einigen parteitaktisch motivierten Meinungsschwankungen trat Schurman ab 1902 öffentlich und kontinuierlich für die Unabhängigkeit der Philippinen in absehbarer Zukunft ein. Er etablierte sich in der amerikanischen Öffentlichkeit als respektierte Autorität für die Philippinen, die in dieser Frage eine unabhängige Position behauptete.<sup>15</sup>

Im Sommer 1912 berief Präsident Taft, mit dem Schurman auch privat enge Verbindungen pflegte, den Präsidenten von Cornell zum amerikanischen Gesandten in Griechenland und in Montenegro. Schurman, der das Angebot nur annahm, um nach eigener Aussage an der Wiege der abendländischen Zivilisation einen einjährigen Bildungsurlaub als »sabbatical statesman« zu nehmen, musste entgegen seinen Wünschen die ganze Kraft der Politik zuwenden, weil kurz nach seiner Ankunft der erste Balkankrieg ausbrach, der zur Auflösung fast der gesamten europäischen Türkei führte. Mit gewohnter Energie arbeitete er sich in die Problematik des Balkans ein, konferierte mit den politischen Führern in Athen, Konstantinopel, Bukarest, Belgrad und Sofia und hielt nach seiner Rückkehr im August 1913 in Princeton eine Vortragsserie über den Balkan, die in Buchform drei Auflagen erlebte.<sup>16</sup> Mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten, einem ihm aus der Heidelberger Zeit bekannten Kommilitonen, hatte er auf Deutsch gesprochen.

Hughes musste bis zum Ende der Ära des demokratischen Präsidenten Wilson warten, um gegenüber Schurman seine Dankesschuld abzustatten. Als er 1920 vom Präsidenten Harding zum Außenminister ernannt wurde, empfahl Hughes, Schurman zum Gesandten in China zu ernennen. Die Jahre in China von Juni 1921 bis Mai 1925 waren für Schurman eine große Herausforderung, weil er versuchen musste, inmitten bürgerkriegsähnlicher Zustände amerikanische Rechte und Interessen im Rahmen der traditionellen Politik der »Offenen Tür« zu vertreten und zugleich gebührende Rücksicht auf den chinesischen Nationalismus zu nehmen. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung erfüllte er seine Aufgaben insgesamt so gut, dass er im Sommer 1925 nach damaligen Maßstäben diplomatisch »befördert« wurde, nämlich zum amerikanischen Botschafter in Berlin. Diese Position war freigeworden, als der US-Botschafter in Großbritannien, Frank B. Kellogg, die Nachfolge von Hughes als Außenminister antrat und der langjährige Freund der Familie Schurman aus

15 Vgl. Jacob Gould Schurman, *Philippine Affairs. A Retrospect and Outlook*, New York 1902 (Scribner's).

16 Vgl. Jacob Gould Schurman, *The Balkan Wars*, Princeton University Press 1913.



»upstate« New York, Alanson B. Houghton, als Botschafter von Berlin nach London wechselte.

Schurman wünschte so sehr, nach Berlin zu kommen, dass er Kellogg versicherte, die ungewöhnlich hohen Repräsentationskosten in Berlin selbst tragen zu wollen. Für ihn hatte diese Ernennung eine besondere Bedeutung: Er würde mit seinem letzten politischen Amt in ein Land zurückkehren, dessen Sprache er kannte und dessen Kultur er sehr schätzte. Er wolle, so schrieb er an Kellogg, mit ganzer Kraft das Seine dazu beitragen, »um die alten Beziehungen herzlicher Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk wiederherzustellen.«<sup>17</sup> Vermutlich wollte er auch persönlich sein Verhältnis zu Deutschland wieder in Ordnung bringen, das im Ersten Weltkrieg schwer gestört worden war, als auch Schurman sich vom Kriegsfieber in seinem Land fortreißen ließ und ein hasserfülltes Bild von Deutschland, allerdings dem »anderen«, dem »militaristischen« Deutschland zeichnete.

Schurmans Verhältnis zum europäischen Krieg und seine Einschätzung Deutschlands unterschieden sich von 1914 bis 1918 nur in Nuancen von der jeweiligen Position des demokratischen Präsidenten Wilson.<sup>18</sup> Das geschah nicht von ungefähr, denn für den Presbyterianer Wilson und den Baptisten Schurman ging es in der internationalen Politik, besonders in der Frage von Krieg und Frieden, um mehr als eine nüchterne und machtkluge Vertretung der nationalen Interessen der USA. Für beide war Außenpolitik auch eine Sache von Recht und Moral. Beide überzeugten sich seit der Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch das Deutsche Reich vom 31. Januar 1917 davon, dass universal gültige Normen durch Deutschland verletzt seien. Beide entwickelten sich zu Kreuzzüglern, für die das nationale Interesse der USA mit der weltgeschichtlichen Mission Amerikas zusammenfiel, den Kampf für Demokratie, Moral und Gerechtigkeit gegen das »geächtete« Deutschland zu führen, das sich selbst aus dem Kreis der zivilisierten Nationen ausgeschlossen habe. Während Schurman von 1914 bis 1916 sowohl Großbritannien als auch Deutschland für die Verletzung amerikanischer Rechte und des Prinzips der Freiheit der Meere verantwortlich machte und wie Wilson bis zu den Präsidentschaftswahlen von 1916 eine Politik »partiischer Neutralität« zugunsten Großbritanniens tolerierte, verteidigte er seit April 1917 die Notwendigkeit des amerikanischen Krieges gegen Deutschland und seine Verbündeten mit fanatischem Nationalismus. Deutschland wurde auch in seinen Reden zum Gangster, zum »Outlaw«, der die Welt erobern wolle. Die eigentümliche Dialektik amerikanischer Weltmachtpolitik im 20. Jahrhundert, nämlich die globale Definition des eigenen Interesses in Verbindung mit

17 Moser, op.c., S. 149.

18 Zu Schurman vgl. Moser, op.c., S. 102f.; zu Wilson besonders: Arthur S. Link, Woodrow Wilson: Revolution, War and Peace, Arlington Heights, Ill. 1983; Norman G. Levin, Woodrow Wilson and World Politics: America's Response to War and Revolution, New York 1968; Arno J. Mayer, Political Origins of the New Diplomacy, 1917–18, New Haven/Conn. 1959; Ernest R. May, World War and American Isolation, 1914–1917, Cambridge 1959; Arthur Walworth, America's Moment: 1918. American Diplomacy at the End of World War I, New York 1977; Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Düsseldorf 1971. Weitere Literatur in Richard Dean Burns (Ed.), Guide to American Foreign Relations Since 1700, Santa Barbara/Oxford 1983, Kap. 19.

dem behaupteten Weltherrschaftswillen des Feindes, trat auch in den Kriegsreden Schurmans zutage.

Deutschland, so Schurman, habe die moderne Kultur verraten und die hohe Zivilisationsstufe des Landes von Kant, Goethe und Schiller aufgegeben. Die Amok laufende Nation müsse in den Gehorsam gepeitscht werden, die »Hunnen« verstünden nur die Sprache der Gewalt. Sie müssten eindeutig geschlagen werden und nach dem Kriege Reparationen zahlen.

Wilsons 14 Punkte vom Januar 1918 charakterisierte Schurman als die »Magna Charta« der Rechte der Nationen in der Welt. Von Juni bis September 1918 hielt er sich auf Einladung der britischen und französischen Regierung in Europa auf, um Reden vor amerikanischen Frontsoldaten zu halten. Er wurde vom französischen Premier Clemenceau empfangen und später mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet.

Nach Sieg, Waffenstillstand und den für die öffentliche Meinung der USA enttäuschenden Ergebnissen der Friedensverhandlungen in Paris setzte in den Vereinigten Staaten ein tiefgreifender Stimmungswandel ein. Fast über Nacht hatte die Nation genug von der jahrelangen Kriegspropaganda, den missionarischen Reden Wilsons, von Weltpolitik, Europa und möglicherweise verstrickenden Bündnissen (entangling alliances), dem Anathema amerikanischer Außenpolitik seit dem Ende des ersten und einzigen Bündnisses mit Frankreich im Jahre 1798. Der Wahlslogan des 1920 in den Präsidentschaftswahlen siegreichen Republikaners Warren G. Harding »Zurück zur Normalität« traf genau die neue Grundstimmung.

Auch bei Schurman setzte eine schnelle Ernüchterung über die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges ein. Die Millionen Toten beschleunigten die Rückkehr zu seiner alten Grundüberzeugung, dass der Weltfrieden weder durch Gewalt noch durch das Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte, sondern nur durch diplomatischen Kompromiss, durch Vertrag, Vereinbarung, Schiedsgerichtsbarkeit und einen internationalen Gerichtshof gesichert werden könne. Deshalb warb er in der leidenschaftlichen innenpolitischen Auseinandersetzung um die Ratifizierung der in den Versailler Vertrag inkorporierten Völkerbundssatzung für einen Beitritt der USA. Er knüpfte daran allerdings als »mild reservationist« Bedingungen, die einer Quadratur des Kreises gleichkamen. Die USA sollten einem wirkungsvollen Völkerbund beitreten, aber keine Souveränitätsrechte abgeben. Schurman empfahl, die umstrittene Sanktionsklausel im Artikel X der Satzung zu streichen und im Konfliktfall auf Recht, Gesetz und die aufgeklärte öffentliche Meinung der Welt zu vertrauen.<sup>19</sup>

Doch Schurmans öffentlicher Einsatz und seine Unterredungen mit Harding waren erfolglos. Der amerikanische Senat lehnte es am 19. März 1920 ab, die Völkerbundssatzung und damit auch den Versailler Vertrag in der von Wilson in Paris ausgehandelten Form zu ratifizieren. Harding erklärte nach seinem Amtsantritt, kategorisch, seine Regierung werde auf keinen Fall einen Beitritt zum Völkerbund vorschlagen.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Moser, op. c., S. 112–130.

<sup>20</sup> Zu Wilsons Niederlage im Senat und zum Stimmungsumschwung in den USA vgl. die farbige Skizze von Thomas A. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, <sup>10</sup>Englewood Cliffs,

Diese Entscheidung von welthistorischer Bedeutung war die allgemeine Voraussetzung für den Inhalt und die Grenzen der diplomatischen Aktivitäten Schurmans in China und in Deutschland.<sup>21</sup> Die durch den Ersten Weltkrieg endgültig zur Weltmacht – allerdings noch nicht zur Weltführungsmacht – gewordenen Vereinigten Staaten weigerten sich, die neue Ordnung von Versailles und den Völkerbund durch kollektives Handeln zu stützen, obwohl sie als Sieger den neuen Status quo des internationalen Systems prinzipiell anerkannten. An die Stelle des zusammengebrochenen Gleichgewichtssystems der europäischen Mächte trat damit nicht, wie Wilson es gewollt hatte, ein neues und besseres System kollektiver Sicherheit, sondern ein amputierter Völkerbund, in dem die Sowjetunion, Deutschland und die USA fehlten und der zumindest bis 1925/26 in erster Linie ein Instrument französisch-britischer Politik wurde. Ebenso folgenreich für Deutschland, Frankreich und Europa war die gleichzeitige Weigerung des amerikanischen Senats, einem amerikanisch-französischen Bündnisvertrag, den Clemenceau Präsident Wilson in Paris gegen den Verzicht auf das linke Rheinufer abgerungen hatte, seine Zustimmung zu geben. Damit war auch die britische Zusage an Frankreich hinfällig geworden. Der Kalte Krieg zwischen Frankreich und Deutschland von 1919 bis 1922, die unerbittliche Härte der französischen Deutschlandpolitik, die kompromisslos auf der sogenannten integralen Erfüllung des Versailler Vertrages bestand, notfalls Sanktionen ergriff und im Ruhreinmarsch des Jahres 1923 gipfelte, resultierte nicht zuletzt aus dieser Schwäche des französischen Sicherheitssystems. Die Franzosen fühlten sich von den Deutschen trotz Versailles langfristig bedroht und von den Angelsachsen, besonders den Amerikanern, betrogen.

Die beiden Entscheidungen des Senats waren der Auftakt zu der von den Regierungen Harding, Coolidge, Hoover und Franklin D. Roosevelt durchgehaltenen Politik des »non-alignment« gegenüber Europa und Asien in der Zwischenweltkriegszeit. Das bedeutete: bündnispolitischer Isolationismus; keine präventiven, den Vereinigten Staaten die freie Hand nehmenden Bündnisse; keine kollektiven Sanktionen im Rahmen des Völkerbundes; keine militärischen Interventionen in Eurasien. Konsequenz zogen die USA deshalb im Januar 1923, zu Beginn des französischen Ruhreinmarsches, ihre letzten Besatzungstruppen aus dem Rheinland ab, beteiligten sich nicht an dem regionalen Paktsystem der Locarno-Verträge von 1925 – wenn sie es auch sehr begrüßten –, unterschrieben dagegen den Kellogg-Briand-Kriegsächtungspakt von 1928, weil er keine bindenden Verpflichtungen und Sanktionsklauseln enthielt. Ähnliches galt für die amerikanische Unterschrift unter die Washingtoner Verträge von 1922, in denen die pazifischen Hauptmächte versuchten, das maritime Wettrüsten in diesem Raume zu stoppen, den politisch-militärischen Status quo im Pazifik einzufrieren

---

New Jersey, S. 614–623; ders., *Woodrow Wilson and the Great Betrayal*, New York 1945; John C. Vinson, *Defeat of Article Ten of the League of Nations Covenant*, Athens, Ga., 1961.

21 Die folgende Deutung der amerikanischen Außenpolitik in der Zwischenweltkriegszeit stützt sich auf Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA*, Stuttgart 1975, besonders S. 16–42; ders., *Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten*, Göttingen 1979, S. 97–124; ders., *Die Außenpolitik der USA 1920–1941*, in: Otmar Franz (Hg.), *Am Wendepunkt der europäischen Geschichte*, Göttingen 1981, S. 200–217.

und dem amerikanischen Grundsatz der »Offenen Tür« in China völkerrechtliche Verbindlichkeit zu geben.

Diese militärische und bündnispolitische Abwesenheit der USA stand im kras- sen Gegensatz zu ihrer wirtschaftlichen Anwesenheit, zum weltwirtschaftlichen Gewicht des Landes und seiner globalen Außenwirtschaftspolitik, mit der Amerika in Europa und in Deutschland massiv präsent war. Die USA waren durch den Ersten Weltkrieg zur dominanten Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt geworden, und sie bauten diese Position in den zwanziger Jahren weiter aus. Sie vergrößerten ihren Vorsprung als führender Produzent, wurden zum größten Exporteur, zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs von 35,8 % im Jahre 1913 auf 46 % im Durchschnitt der Jahre von 1925 bis 1929. Gemessen in Dollar war das Nationaleinkommen der USA ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan und Kanada eingeschlossen. New York wurde neben London zum zweiten Finanz- zentrum der Welt, das Weltwirtschaftszentrum wurde bizentrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Der für den Welthandel und für das amerikanisch-europäische Verhältnis vielleicht folgenreichste Faktor war der abrupte Wandel der USA von einer Schuldner- zu einer Gläubignation. Durch die Exportüberschüsse der USA und die Krieganleihen war das Ausland, besonders England, Frankreich und Italien, im Jahre 1919 mit 12,5 Milliarden Dollar verschuldet, und diese Verschuldung wuchs dank der amerikanischen Außenhandelspolitik in den zwanziger Jahren weiter. Die Folge war die oft beschriebene latente Dollarknappheit der zwanziger Jahre, die durch die lang- und kurzfristigen Kredite der USA im Grunde künstlich überbrückt wurde.

Oberstes Ziel der stark von »big business« und »big finance« beeinflussten republikanischen Administrationen der zwanziger Jahre war der Versuch, mit dieser wirtschaftlichen Position des Landes zugleich den offenen Weltmarkt für Exporte, Kredite und Rohstoffe im Rahmen einer stabilen, liberalen und kapitalistischen Welt- friedensordnung zu erhalten. Ein bezeichnender Grundsatz der Regierung Harding, der mit Schurmans Vorstellungen voll übereinstimmte, lautete »Less government in business, more business in government.« Als geeignete Mittel galten eine Erneuerung des amerikanischen Handelsvertragssystems auf der Grundlage der unbedingten, multilateralen Meistbegünstigung, die Ermutigung amerikanischer Banken zur Kreditgewährung und Währungsstabilisierung, generell die Forderung nach recht- licher Gleichbehandlung der USA auf den Auslandsmärkten, auch die Politik der offenen Tür genannt. Schon im Separatfrieden mit Deutschland vom August 1921 hatten sich die USA die unbedingte Meistbegünstigung indirekt gewähren lassen, in dem Ende 1923 unterzeichneten, aber erst im Februar 1925 durch den Kongress gebilligten Handelsvertrag zwischen den USA und Deutschland war diese Klausel ein zentraler Bestandteil.

Es ist eine Ironie der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Weimarer Republik, dass das wirtschaftliche Interesse der USA an Europa und Deutschland die amerikanischen Politiker schließlich zwang, wichtige Folgen der bündnispolitischen Abwesenheit mit wirtschaftlichen Mitteln zu korrigieren. Spätestens die verhee- renden Wirkungen des Ruhrkampfes für Deutschland und Frankreich, ja für ganz

Europa, führten der Regierung Harding, seit August 1923 der Regierung Coolidge, besonders ihren beiden bedeutendsten Köpfen, Außenminister Hughes und Handelsminister Hoover, drastisch vor Augen, dass vitale Interessen der USA auf dem Spiel standen: Man könne das Reparationsproblem, die Ursache des Ruhreinzugs, nicht länger den Europäern allein überlassen. Man müsse notfalls wirtschaftlichen Druck auf Frankreich ausüben, um das Land zu zwingen, die Reparationsforderung zu entpolitisieren, das heißt an die überprüfbare und international kontrollierte Zahlungsfähigkeit Deutschlands anzupassen. Dennoch blieb die amerikanische Berührung Angst vor Europa so groß, dass die US-Regierung nicht direkt, sondern durch von ihr vorgeschlagene Sachverständige wie den Bankier und General Charles G. Dawes und den Chairman of the Board of General Electric, Owen D. Young, aktiv wurde. Diese nur informelle, gleichwohl effektive Einflussnahme hing auch mit der strikten Weigerung der USA zusammen, eine Verbindung der Reparationen mit der Rückzahlung der alliierten Schulden an die USA anzuerkennen.

Das konkrete Ergebnis dieser amerikanischen Stabilisierungspolitik in Deutschland war der bekannte Dawes-Plan von 1924, im gewissen Sinne der Marshall-Plan der zwanziger Jahre, der 1929 durch den Young-Plan modifiziert wurde. Mit Hilfe einer großen Anleihe, deren Zeichnung primär vom amerikanischen Kapitalmarkt abhing, brachte der Dawes-Plan eine Übergangsregelung für allmählich steigende Jahreszahlungen. Er unterstellte Deutschland einerseits währungs- und finanzpolitisch ausländischer Kontrolle – der für den Transferschutz zuständige amerikanische Generalagent für Reparationszahlungen, Seymour Parker Gilbert, wurde eine Schlüsselfigur der deutschen Wirtschaft –, andererseits sicherte er Deutschland vor zukünftigen militärischen Sanktionen Frankreichs und vor stabilitätsgefährdenden Reparationszahlungen.

Die wirtschaftliche Sicherung durch den Dawes-Plan machte den politischen Sicherheitsvertrag von Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Räumung des Rheinlandes erst möglich. Die wirtschaftliche amerikanische Intervention war der Anfang vom Ende der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde mit amerikanischer Hilfe aus der hilflosen Objektrolle des Jahres 1919 befreit.<sup>22</sup>

22 Zur europäischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg und zum Verhältnis USA – Europa von 1919 bis 1924 vgl.: Keith Nelson, *Victors Divided. America and the Allies in Germany. 1918–1923*, Berkeley 1975; Walter A. McDougall, *France's Rhineland Diplomacy 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978; Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976; Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security*, Chapel Hill 1979; Marc Trachtenberg, *Reparation in World Politics: France and European Diplomacy, 1916–1923*, New York 1980; Lloyd E. Ambrosius, *Wilson, the Republicans, and French Security after World War I*, in: *Journal of American History* 59 (1972/73), S. 341–352; Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade After World War I*, Princeton 1975; Jacques Bariety, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*, Paris 1977; Ludwig Zimmermann, *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan*, Göttingen 1971; Helmuth Rößler (Hg.), *Die Folgen von Versailles 1919–1924*, Göttingen 1969; Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932*, Düsseldorf 1970; ders., *Die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und den USA*, in: Manfred Knapp u. a., *Die USA und Deutschland, 1918–1975*, München 1978, S. 62–106; Carl-Ludwig Holtfrerich, *Amerikanischer Kapitalexport und Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft 1919–1923 im Vergleich zu 1924–1929*,

Niemand in Deutschland hat dieses Ergebnis klarer gesehen und eindeutiger gewollt als Gustav Stresemann, verantwortlich für die deutsche Außenpolitik von 1923 bis 1929 und einziger deutscher Außenpolitiker von Format in der Weimarer Republik. Erst im Rahmen des Stresemann'schen Gesamtkonzepts hatten die deutschen Versuche Erfolg, die USA wieder in Europa und in Deutschland zu engagieren. Seit der Ablehnung des Versailler Vertrages durch den Senat war die deutsche Amerikapolitik immer ein Teil der deutschen Revisionspolitik gewesen, des einzigen Themas deutscher Außenpolitik nach 1919. Sie hatte immer eine antifranzösische Spitze und war von Anfang an von der Hoffnung begleitet, dass die USA aus eigenem wirtschaftlichen Interesse der von England nur widerwillig geduldeten, aber nicht verhinderten Sanktionspolitik Frankreichs entgegenzutreten würden.

Die vergeblichen Versuche Deutschlands hatten in den spannungsreichen Wochen vor dem Londoner Ultimatum begonnen, als Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Simons im Einverständnis mit Reichspräsident Ebert am 20. April 1921 den amerikanischen Präsidenten Harding um Vermittlung in der Reparationsfrage baten und versicherten, Deutschland werde sich seiner Entscheidung »ohne Einschränkung oder Vorbehalt« unterwerfen.<sup>23</sup> Dieser verzweifelte Schritt erfolgte zu einer Zeit, als Deutschland und die USA sich völkerrechtlich noch im Kriegszustand befanden – der Separatfrieden wurde erst im August 1921 abgeschlossen – und die amtliche Außenpolitik der USA weiter von der deutschen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges als moralischer und juristischer Grundlage der Reparationen ausging. Die deutsche Rechte warf der Regierung in Presse und Parlament nationale Würdelosigkeit vor. Sie habe Deutschland, an Händen und Füßen gebunden, dem amerikanischen Wohlwollen ausgeliefert. Und natürlich waren der »Verrat« Wilsons an seinen eigenen Prinzipien und die enttäuschten Hoffnungen auf Amerika in Versailles unvergessen. Auch in den Kabinetten Wirth und Cuno gingen auf allen diplomatischen Kanälen vergebliche Bitten um Hilfe nach Washington heraus. Erst der Ruhrkampf brachte die Wende.

Stresemann erkannte die Chancen, die sich daraus für die deutsche Revisionspolitik eröffneten. Er hat bis zu seinem Tode im Jahre 1929 immer versucht, die wirtschaftliche Interessenparallelität zwischen den USA und Deutschland zugleich zu fördern und für die deutsche Revisionspolitik zu nutzen. Wenn er auch wie die Amerikaner von den Vorzügen eines freien und offenen Weltwirtschaftssystems überzeugt war, so galt für ihn doch immer der Primat der Revisionspolitik. Je größer die wirtschaftlichen Interessen der USA in Deutschland, so Stresemann, desto größer das Interesse der USA an einem friedlichen Wandel, dessen letztes Ziel aus seiner

---

in: VSWG, Bd. 64 (1977), S. 497–529; Dieter Bruno Gescher, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924*, Bonn 1956; Eckhard Wandel, *Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem, 1924–1929*, Tübingen 1971.

<sup>23</sup> Vgl. Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, Boppard am Rhein 1972, S. 651; *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1921*, vol. II S. 40–45; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1921, I, S. 121–122; II, S. 297: »Dabei erklären wir feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte.«.

Sicht die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung einer deutschen Großmachtposition in Europa war. Dieser Sachverhalt ist treffend beschrieben worden: »Die USA betrieben Weltpolitik als Weltwirtschaftspolitik, und Deutschland wollte über die Weltwirtschaft in die Weltpolitik zurückkehren.«<sup>24</sup>

In einer Rede vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am 22. November 1925 in Berlin erläuterte Stresemann die Bedeutung der wirtschaftlichen Komponente für die gegenwärtige Phase deutscher Außenpolitik: »Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte.« Über die Außenpolitik der USA hatte er zuvor bemerkt: »... und im Hintergrund [der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und England] steht die große Macht der Vereinigten Staaten, die ihrer ganzen Ideologie nach pazifistisch eingestellt ist und bei der das Wunderbare sich immer gebigt, daß ihr Idealismus mit den materiellen Interessen des Landes sich vereinigt, so daß sich daraus eine wunderbare Staatsreligion formen läßt.«<sup>25</sup>

Die ökonomische Interessenparallelität, die sich aus der wirtschaftlichen Präsenz der USA in Deutschland ergebenden Probleme und der gemeinsame Wille zu einer friedlichen, nichtkriegerischen Außenpolitik bildeten die Grundlage für die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann. Sie waren der engere Rahmen der diplomatischen Aktivitäten Schurmans in Berlin. Schurman war in erster Linie mit den Konsequenzen des Dawes-Plans für Deutschland, insbesondere mit den Modalitäten und Gefahren der amerikanischen Anleihepolitik beschäftigt. Er empfahl Direktinvestitionen für produktive Zwecke in Deutschland; warnte aber vor den Gefahren, die sich aus dem Wettlauf der öffentlichen Hände in Deutschland, besonders der Gemeinden und Länder, um amerikanische Gelder entwickeln könnten; leistete sich eine öffentliche Kontroverse mit dem amerikanischen Generalagenten Gilbert; zog sich durch selbständige Meinungsäußerungen, die nicht mit dem State Department abgestimmt waren, mehrfach Rügen seines Außenministers Kellogg zu; versuchte, die Klagen der amerikanischen Filmindustrie und anderer US-Firmen über eine Diskriminierung auf dem deutschen Markt diplomatisch zu relativieren; hatte Verständnis für die 1928 laut werdende deutsche Forderung nach einer Revision des Dawes-Plans; schätzte die Überlebenschancen der ersten deutschen Demokratie bis

24 Link, Die Beziehungen, S. 65. Der nützlichen Arbeit von Robert Gottwald, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann, Berlin 1965, fehlt es an synthetischer Kraft.

25 Henry A. Turner jr. (Hg.), Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik, in: VfZG 15 (1967), S. 434, 433. Vgl. auch eine Rede Stresemanns im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages am 7. Oktober 1926: »Die ganze Frage des Wiederaufbaus Europas ist ja ohne Amerika nicht zu lösen, seitdem sich die ganze Goldbasis der großen kapitalistischen Länder nach den Vereinigten Staaten orientiert und sich ihnen untergeordnet hat.« In: Arnold Harttung (Hg.), Gustav Stresemann. Schriften, Berlin 1976, S. 367. Zum Stand der Forschung über Stresemanns Außenpolitik vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege (Gebhardt = Handbuch der deutschen Geschichte), Bd. 4, 9 Stuttgart 1976, S. 258–270; Wolfgang Michalka, Marshall M. Lee (Hg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982; Eberhard Kalb, Die Weimarer Republik, München/Wien 1984, S. 194–198; ders., Probleme einer modernen Stresemann-Biographie, in: Franz, Am Wendepunkt, S. 107–134. Eine Monographie über Stresemann und die USA ist ebenfalls ein Desiderat der Forschung.

1928/29 verhalten optimistisch ein und arbeitete eng mit Stresemann zusammen, um die deutsche Unterstützung für den Kellogg-Briand-Kriegsächtungspakt zu sichern.<sup>26</sup>

Den größten Enthusiasmus und den größten Ehrgeiz entwickelte Schurman aber nicht für seine Pflicht, die Interessen seines Landes in Berlin zu vertreten. Sein Herz hing an der zweiten Aufgabe seines Amtes, das Verständnis, die Freundschaft und den guten Willen zwischen den beiden Völkern zu fördern. Dafür gäbe es, so Schurman, keine besseren Mittel als persönliche Kontakte und soziale Aktivitäten. Dieses Verständnis seiner diplomatischen Rolle gestattete es Schurman, seine in Jahrzehnten bewährte Fähigkeit, andere Menschen für sich einzunehmen, auch in Berlin voll zu entfalten. Frau Stresemann, zu der Schurman auch nach dem Tod des deutschen Außenministers ein persönliches Verhältnis bewahrte, schrieb später, Schurman habe Berlin im Sturm genommen. Sie erinnere sich an keinen Botschafter, der in so kurzer Zeit so viele freundschaftliche Kontakte geknüpft habe.

Die amerikanische Botschaft in der Wilhelmstraße wurde ein soziales Zentrum in Berlin. In dem gastfreundlichen Haus – Schurman setzte für Repräsentationsausgaben im Jahr 50.000 Dollar aus eigener Tasche zu – traf sich Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Die Berliner Presse pries sein Verständnis der deutschen Kultur und Sprache. Eine Zeitung beschrieb ihn als »100 Prozent Ausgeglichenheit, 200 Prozent Energie, 300 Prozent Enthusiasmus und 500 Prozent Charme«. Schurman gelang es sehr schnell, ein vertrauensvolles Verhältnis zu Reichspräsident Hindenburg, Reichskanzler Luther, Reichsbankpräsident Schacht und Reichsaußenminister Stresemann herzustellen.

Besonders enge und freundschaftliche Beziehungen entwickelten sich zwischen Stresemann und Schurman. Selbst wenn man berücksichtigt, dass Freundschaften zwischen aktiven Politikern fast niemals auf zweckfreier Sympathie allein beruhen, darf man vermuten, dass sich zwei kongeniale Charaktere und verwandte Seelen trafen. Beide waren überzeugte Liberale, die den sozialen Aufstieg weitgehend aus eigener Kraft geschafft hatten. Beide besaßen neben der Leidenschaft für Macht und Politik ausgebreitete geistige und kulturelle Interessen. Beide verehrten Goethe und die deutsche Klassik. Beide waren eindrucksvolle Redner. Stresemann und Schurman hatten den aggressiven Chauvinismus des Ersten Weltkriegs überwunden und sich zu der Überzeugung bekehrt, dass der Krieg als Mittel nationaler Außenpolitik ausgeschlossen werden müsse. Stresemann *und* Schurman wollten zwischen Nationalismus und Internationalismus keine unüberbrückbaren Gegensätze mehr sehen. Diese Gemeinsamkeiten könnten erklären, warum der deutsche Außenminister Schurman als seinen »wärmsten persönlichen Freund« unter den Diplomaten einschätzte und stolz darauf war, als einziger außerhalb des Familienkreises zur Hochzeit von dessen Tochter eingeladen worden zu sein.<sup>27</sup> Diese persönliche Beziehung wurde zweifellos durch die weitgehende Interessenparallelität zwischen den USA und Deutschland gefördert.

<sup>26</sup> Moser, op. c., S. 159–206.

<sup>27</sup> Vgl. Felix Hirsch, Stresemann. Ein Lebensbild, Göttingen 1978, S. 232; Wolfgang Stresemann, Mein Vater Gustav Stresemann, München 1979, S. 506; Moser, op. c., S. 148–153. Gustav Stresemann, Vermächtnis, hg. von H. Bernhard, Bd. 3, Berlin 1933, enthält ein Foto von Schurman.



Ein besonderes Gewicht legte Schurman auf die Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. In der geistigen und akademischen Elite Deutschlands warb er unermüdlich um Verständnis für Amerika. Einem Berliner Professor erklärte er: »We members of universities all speak the same language and have substantially the same ideals. It devolves on us to work together for the realization of the highest ideals of human life and international intercourse.«<sup>28</sup> Schurman wurde Mitglied der Kant-Gesellschaft und Ehrenmitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Eine ganz besondere Auszeichnung erfuhr er, als ihn die Preußische Akademie der Wissenschaften zum Ehrenmitglied wählte. Dort begegnete er Albert Einstein, der 1932 in einer gehaltvollen Rede das Lebenswerk Schurmans würdigte.<sup>29</sup> Schurmans spektakulärste Aktion im universitären Bereich allerdings, die ihm Schlagzeilen in der deutschen und internationalen Presse einbrachte, war seine Initiative zum Bau eines neuen Hörsaalgebäudes in Heidelberg.

Seit seiner Ernennung zum Botschafter in Berlin besuchte Schurman Heidelberg in jedem Jahr einmal, im Jahre 1927 sogar zweimal, wobei er zu dem Anglisten Professor Johannes Hoops besondere Kontakte pflegte. 1927 erfuhr er von den schon länger andauernden und erfolglosen Bemühungen der Universität, neue Hörsäle für die Geisteswissenschaften zu schaffen. Alle Pläne und Vorschläge der Heidelberger Universität und des badischen Kultusministeriums waren an der schlechten Finanzlage des Landes Baden gescheitert.<sup>30</sup>

Schurman erkannte seine Handlungschance, die er diplomatisch geschickt absicherte. Er erinnerte sich an die Hunderte von amerikanischen Studenten, die seit dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts in Heidelberg ausgebildet worden waren. Seine Landsleute, so Schurmans Überlegung, wären vielleicht froh, als Zeichen amerikanischer Dankbarkeit gegenüber der Universität das Geld für ein neues Hörsaalgebäude aufzubringen. Die ihm in Heidelberg genannten Kosten von 1,2 Millionen Reichsmark (ca. 300.000 Dollar) revidierte er aufgrund seiner eigenen Erfahrungen als Universitätspräsident mit Voranschlägen für Neubauten nach oben, nämlich auf 400.000 Dollar. Während seines Urlaubs in den USA Ende 1927 warb Schurman bei New Yorker Freunden und Bekannten mit Energie und Umsicht für eine solche Stiftung. Am 24. Dezember 1927 erhielt er die Zusage eines der größten Mäzene Amerikas, nämlich von John D. Rockefeller Jr., 200.000 Dollar unter der Bedingung beizutragen, dass die andere Hälfte in nächster Zeit aufgebracht werden würde. Am gleichen Tage spendete der New Yorker Bankier George F. Baker 50.000 Dollar. Als Schurman Anfang 1928 nach Berlin zurückkehrte, waren schon 280.000 Dollar zusammen. Der Exekutivausschuss der Steubengesellschaft in New York übernahm mit Erfolg die Aufgabe, die verbliebenen 120.000 Dollar bis zum 1. Juli 1928 zu sammeln.

<sup>28</sup> Moser, op. c., S. 155.

<sup>29</sup> Ebd., S. 156, 242.

<sup>30</sup> Vgl. die gut dokumentierte Arbeit von Dieter Griesbach, Annette Krämer, Mechthild Maisant, *Die Neue Universität in Heidelberg*, Heidelberg 1984, S. 7–10 (Kunsthistorisches Institut der Universität Heidelberg, Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt, hg. von Peter Anselm Riedl, Heft 19).

Als sich im Laufe des Jahres 1928 aufgrund der Heidelberger Planungen herauszustellen schien, dass auch diese Summe nicht ausreichen würde, wurde die Stiftung auf 500.000 Dollar erhöht.<sup>31</sup>

Mit sicherem Gespür für mögliche Gefährdungen des Projekts durch nationalistische Kritik auf beiden Seiten des Atlantiks sorgte Schurman einerseits dafür, dass die Spendenaktion in New York von Amerikanern begonnen wurde, die ausdrücklich *nicht* von deutscher Abstammung oder Geburt waren. Erst in der Schlussphase der Sammlung beteiligten sich auch Amerikaner deutscher Abstammung. Schurman nahm Rücksicht auf die Nachwehen der Hexenjagd auf die Deutsch-Amerikaner im Ersten Weltkrieg, die zum Verlust der Identität dieser Gruppe von »Bindestrich-Amerikanern« (German-Americans) geführt hatte. Noch immer konnte es für sie gefährlich sein, auch nur in den Geruch der Illoyalität gegenüber ihrer neuen Heimat zu geraten. Schurmans öffentliche Charakterisierung der drei »großzügigen amerikanischen« Bürger, die die letzten 100.000 Dollar gegeben hatten, war von bezeichnender Vorsicht: »Sie haben die Bekanntgabe ihrer Namen untersagt, aber es wird Sie interessieren zu erfahren, dass, obwohl sie gute amerikanische Bürger sind, ihre Wiegen am Rhein gestanden haben.« Auf der anderen Seite wirkte Schurman mit Rücksicht auf die nationalen Gefühle der Deutschen möglichen politischen Ausdeutungen der Stiftung entgegen. Nur nebenbei ließ er anklingen, dass sich das geplante Hörsaalgebäude als »ein neues Band zur Vereinigung der Studenten und Lehrer beider Länder sowie beider Völker« erweisen möge. Das Leitmotiv aller Reden Schurmans in Heidelberg von 1928 bis 1931 war die Dankbarkeit amerikanischer Bürger für die Ausbildung amerikanischer Studenten in einer Zeit, als die USA selbst noch keine »Universitäten« besessen hatten.<sup>32</sup>

Schurmans Vorsicht war ebenso klug wie berechtigt, denn in den Beratungen der Heidelberger Universitätsgremien über die Spendenankündigung zeigten sich deutliche nationale Ressentiments. In einem von Rektor Dibelius unterzeichneten Bericht des Engeren Senats vom 22. Februar 1928 an das badische Kultusministerium hieß es: »Wir heben dabei ausdrücklich hervor, daß die Stiftung dem Wunsch entspringt, die Dankbarkeit der Amerikaner für die von Heidelberg ausgegangenen wissenschaftlichen Anregungen zu bezeugen; jede unser nationales Empfinden verletzende Geste, Äußerung oder Ausdrucksweise ist dabei sorgfältig vermieden worden. Auch wünscht man seitens der Stifter die Freiheit der Entschließung der Universität hinsichtlich der Ausführung des Bauplanes nicht im geringsten zu beeinträchtigen.« Auch in der Sitzung des erweiterten Engeren Senats vom 27. Februar wurden Bedenken laut, den »Amerikabau« nach einem Abbruch des Neuen Kollegiengebäudes an so prominenter Stelle in Heidelbergs Altstadt zu errichten. Professor von Schubert hielt das für eine »nationale Einbuße«. Lieber, so sein der Situation wenig angemessener Vorschlag, solle sich die Universität an das Reich um Hilfe wenden. Professor Heinsheimer teilte solche Bedenken. Da aber die Gelder freiwillig

31 Schurman an Dibelius v. 4.2.1928. U.A., B-5130 (IX, 13, Nr. 173); Ansprache Schurmans v. 17.12.1928, ebd. (X, 2, Nr. 50a).

32 Ebd. und Heidelberger Tageblatt v. 25.02.1928. U.A., B-5130 (IX, 13, Nr. 173). Frederick C. Luebecke, *Bonds of Loyalty: German-Americans and World War I*. DeKalb, Northern Illinois Press 1974.

als »Ehrendank« angeboten worden seien, stellte er diese zurück. Man hätte sonst sofort ablehnen müssen.<sup>33</sup>

Das Schreiben des Rektors an das badische Kultusministerium war im Übrigen nicht korrekt. Seit Februar 1928 hatte Schurman klargestellt, dass die Freiheit der Universität in einem Punkt durch den Stifterwillen eingeschränkt sei. Mit dem Geld müsse, so schrieb er seinem Vertrauten Professor Hoops am 10.2.1928, eine »Universitätshalle« errichtet werden, die vollständig aus amerikanischen Mitteln bezahlt werden solle. »... one thing is to me perfectly clear, namely, that the construction of the new Hall must be completed with the fund raised in America. It would produce a very bad impression upon our friends over there if the Hall were left unfinished and the Government of Baden or other parties had to be asked to supply funds for its completion.«<sup>34</sup> Die Botschaft war klar: Die Geldgeber wollten ihren Stifterwillen in einem vollständig aus amerikanischen Geldern bezahlten Hörsaalgebäude repräsentiert sehen.

Die Universitätsspitze scheint diese Auflage zunächst entweder nicht erkannt oder gehofft zu haben, doch andere Vorstellungen verwirklichen zu können. Vielleicht verkannte sie auch Schurmans Durchsetzungswillen, der sich hinter seinen freundlichen Umgangsformen verbarg. Denn weder in den am 12. Juli verschickten Wettbewerbsbedingungen noch in dem von Professor Karl Gruber aus Danzig eingereichten Entwurf, dem das Preisgericht im November 1928 den ersten Preis zuerkannte, wurde ein solcher Stifterwille berücksichtigt. Als Schurman daher Anfang Dezember den Entwurf Grubers zu Gesicht bekam, erzwang er umgehend eine neue Grundlage für die Planung. Einen Tag vor der Bekanntgabe der Stiftung am 17. Dezember während des großen Festaktes in der Stadthalle teilte Schurman dem Kultusministerium, der Stadt und der Universität offiziell seine Bedenken mit. Diese richteten sich besonders gegen den Grundgedanken des Gruberschen Entwurfes, durch die Integration von bestehenden Bauten (Kollegiengebäude, Alte Post, Seminarienhaus) und »Auffüllbauten« ein neues Viereck zu schaffen. Schurman dagegen band die Übergabe der Spende an die Errichtung eines einzigen, repräsentativen Neubaus.<sup>35</sup>

In seiner Ansprache am nächsten Tag stellte der Botschafter dann in der Form verbindlich, aber in der Sache unmissverständlich den Stifterwillen und die Zweckbindung der Gelder klar: »Der Zweck aller dieser Spenden ist die Schaffung eines neuen Vorlesungsgebäudes für die Universität. Das Geschenk ist mit keinen Bedingungen irgendwelcher Art behaftet. Es steht der Universität frei, das Gebäude an irgendeiner Stelle, die ihr passend erscheint, zu errichten, sowie die architektonische Gestaltung und die innere Anordnung zu bestimmen. Die einzige Einschränkung ist die, die sich aus der Beschreibung des Projektes den Spendern gegenüber ergab, das heißt, daß der Zweck der Spende die Schaffung eines neuen Lehrgebäudes für die Universität Heidelberg sei.«<sup>36</sup>

33 U.A., B-5132 (IX, 13, Nr. 183).

34 U.A., B-5130 (IX, 13, Nr. 173).

35 Vgl. Griesbach, Krämer, Maisant, Die Neue Universität, S. 13–19. In einem Bericht des badischen Kultusministeriums an den Präsidenten des Badischen Landtages vom 9. Juli 1929 über diese Vorgänge heißt es irrtümlich, dass Schurman den Bedingungen des Wettbewerbs vom Sommer 1928 zugestimmt habe. Generallandesarchiv Karlsruhe, 235/3086.

36 U.A., B-5130 (X, 2, Nr. 50a).

Um die Stiftung möglichst aus politischen Zusammenhängen herauszuhalten, wurde dieses Thema auf Wunsch Schurmans am 5. Mai ausgeklammert, als die Staatswissenschaftliche Kommission der juristischen und philosophischen Fakultät Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die philosophische Fakultät Botschafter Dr. Schurman die Ehrendoktordiplome verliehen. Rektor Dibelius sagte dazu in seiner Begrüßungsansprache nur: »Es entspricht Ihrem Wunsch, Exzellenz, wenn ich in dieser Stunde es nur andeute und nicht ausführe, mit welcher freudiger, auf die Zukunft unserer Universität gerichteten Erwartung Ihnen die Herzen aller Heidelberger entgegenschlagen. Aller Heidelberger, und zumal der akademischen Jugend!«<sup>37</sup>

Der 5. Mai 1928 wurde in Heidelberg ein dies academicus und ein dies politicus zugleich. So ist er von allen Beteiligten, auch von der deutschen und internationalen Presse verstanden und kommentiert worden. Das Leitmotiv aller Reden war die von den Zeitgenossen tief empfundene Spannung zwischen Nationalismus und Internationalismus, zwischen der Verantwortung der Politik (und Wissenschaft) für Volk, Reich und vaterländische Geschichte einerseits, für die Verständigung zwischen den Völkern und übernational bindende Rechtsideale andererseits. Sowohl Rektor Dibelius als auch der Historiker Willy Andreas, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Staatswissenschaftlichen Kommission die Ehrenpromotion von Stresemann, in seiner Eigenschaft als Dekan der philosophischen Fakultät die Ehrenpromotion von Schurman begründete, stellten dieses Verhältnis in den Mittelpunkt ihrer Reden. Laut Text der Ehrenurkunde wurde Stresemann überdies Titel und Würde eines Doktors der Staatswissenschaften verliehen, »weil er, hochverdient um die Festigung von Staat und Wirtschaft, durchdrungen von Deutschlands Recht auf Leben und Freiheit, mutig und trotz aller Widerstände und Rückschläge als Bahnbrecher einer Politik der geistigen Annäherung und friedlichen Verständigung der Völker sich eingesetzt und weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus Achtung und Ansehen errungen hat.« Stresemann sei, so Andreas, der erste Minister des Reiches, den die Universität Heidelberg auf diese Weise ehre. Er sei damit fortan einer Universität verbunden, die »stets den Gedanken des Reiches über alles Sonderdasein gestellt und ihn in glanzvollen Gelehrtenpersönlichkeiten bahnbrechend vertreten hat.«

Diese Bemerkung war überaus bezeichnend für den Grundtenor der Reden an diesem Tag. Es ging um die Methode der Selbstbehauptung von Reich, Volk, Nation und Vaterland in der internationalen Politik, nicht um Republik und Demokratie. Diese Begriffe wurden in den Reden von Dibelius und Andreas nicht einmal erwähnt. Sie buchstabierten an diesem Heidelberger dies politicus gleichsam nur den ersten Teil von Satz 1, Artikel 1, Abschnitt 1 der Weimarer Verfassung: »Das Deutsche Reich ist eine Republik.«

Das spannungsvolle Verhältnis von Nationalismus und Internationalismus war auch das Thema der großen Rede Stresemanns, in der der Außenminister das Ziel seiner Politik – die Revision von Versailles unter der wirkungsvollen Formel von Deutschlands »Gleichberechtigung« im Rahmen eines Konzeptes des friedlichen Wandels – in weit ausholenden, historischen und systematischen Reflexionen

37 Heidelberg Tageblatt v. 5.5.1928. U. A., B-1523/2b, S. 1. Die folgenden Zitate ebd.

begründete. Diese Rede ist für die Nachgeborenen deshalb aufschlussreich, weil sie den Stand der historischen Forschung über die Ziele und Methoden der Stresemann'schen Außenpolitik spiegelt, den man prägnant so zusammengefasst hat: »Stresemanns Gesamtkonzeption orientierte sich *inhaltlich* am Machtanspruch des Deutschen Reiches vor 1914, seine Strategie *methodisch* an den Machtverhältnissen nach 1918.«<sup>38</sup> Stresemann betrieb keine europäische Integrationspolitik, sondern nationale Machtpolitik mit friedlichen Mitteln.

In seiner Heidelberger Rede warb Stresemann nicht für das Ziel seiner Politik, »die Sicherung eines freien, gleichberechtigten Deutschlands« – dafür war ihm die Zustimmung gewiss –, sondern für seine Methode, dieses Ziel im Rahmen einer friedlichen Verständigungspolitik zu verwirklichen. An die Adresse der nationalistischen deutschen Rechten und die Kritiker in seiner eigenen Partei gerichtet, warnte er vor dem unseligen Missverständnis, Nationales und Internationales als Gegensatz hinzustellen und den Begriff des Internationalen mit dem Vorwurf des Nichtnationalen [sprich: des Vaterlandsverrates] zu verbinden. Auf der anderen Seite hielt Stresemann es für einen schwerwiegenden Irrtum, das Nationale nur als vorläufige Form anzusehen: »Die größte Denker und Dichter, die allen Völkern Großes und Mächtiges zu sagen hatten, haben das Höchste ihrer Kraft nur da gegeben, wo sie im nationalen Boden wurzelten. Shakespeare ist ohne England, Goethe ohne Deutschland, Dante ohne Italien und alle ohne die Zeit, in der sie lebten, nicht zu verstehen. Ebenso wird niemals eine Weltorganisation aufzubauen sein ohne die feste natürliche Grundlage, die in den zu nationalen Staaten zusammengeschlossenen einzelnen Völkern besteht. ... Wer die Vereinigten Staaten von Europa aufbauen will auf irgendeinen Menschheitstypus, der seinem theoretischen Denken vorschwebt, der verkennt die realpolitische Entwicklung der Dinge und stößt diejenigen zurück, die in der wirtschaftlichen und politischen Verbundenheit einen Fortschritt zu sehen vermögen.« Stresemann rechtfertigte Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und begrüßte die amerikanische Initiative für einen Kriegsächtungspakt, ließ aber keinen Zweifel daran aufkommen, dass diese Instrumente friedlichen Wandels Deutschland die Gleichberechtigung bringen müssten. Das bedeutete in der damaligen Situation konkret: Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen, Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage.

Schurman sprach in seinem Dank für die Ehrung zunächst von der Bedeutung seines Studienaufenthaltes in Heidelberg im Jahre 1878, machte der Universität eine Liebeserklärung, zitierte Jean Paul – »Heidelberg, göttlich in Umgebung und schön im Innern« –, erinnerte an Scheffels Lied »Alt-Heidelberg« und überraschte seine Zuhörer dann mit der Ankündigung: »Indem ich den Geist des Verfassers und die Geister aller großen Dichter, Goethe einbegriffen, die Heidelberg geliebt und seine Schönheiten in Vers und Prosa besungen haben, um Verzeihung bitte, werde ich Ihnen jetzt meine Übersetzung vorlesen:

<sup>38</sup> Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1914–1929, Düsseldorf 1972, S. 297; Kolb, Die Weimarer Republik, S. 195 f.; Michalka, Stresemann, S. XV.

Old-Heidelberg, dear city,  
With honors crowned, and rare,  
O'er Rhine and Neckar rising,  
None can with thee compare.

City of merry fellows,  
With wisdom lad'n and wine;  
Clear flow the river wavelets,  
Where blue eyes flash and shine.

When spring from Southlands milder  
Comes over field and down,  
She weaves for thee of blossoms  
A shimmering bridal gown.

On my heart too thy image  
Is graven like a bride,  
In thy dear name the accents  
Of youthful love abide.

And if with thorns I'm pierced  
And all the world seems stale  
I'll give my horse the spurs then  
And ride to Neckar vale.<sup>39</sup>

Alt-Heidelberg, du feine,  
Du Stadt an Ehren reich,  
Am Neckar und am Rheine,  
Kein' andre kommt dir gleich.

Stadt fröhlicher Gesellen,  
An Weisheit schwer und Wein,  
Klar ziehn des Stromes Wellen,  
Blauäuglein blitzen drein.

Und kommt aus lindem Süden  
Der Frühling übers Land,  
So webt er dir aus Blüten  
Ein schimmernd Brautgewand

Auch mir stehst du geschrieben  
Ins Herz gleich einer Braut,  
Es klingt wie junges Lieben  
Dein Name mir so vertraut.

Und stechen mich die Dornen  
Und wird mirs drauß zu kahl,  
Geb ich dem Ross die Spornen  
Und reit ins Neckartal.

---

<sup>39</sup> Die Originalfassung vom Autor hinzugefügt.

Im politischen Teil seiner Rede erinnerte Schurman an die Schrecken des Ersten Weltkrieges, warnte angesichts der fortschreitenden Technik vor den furchtbaren Verwüstungen eines neuen Krieges und dankte Stresemann für die Unterstützung der Initiative seines Außenministers Kellogg, einen allgemeinen Kriegsächtungspakt abzuschließen. Während der letzten drei Jahre, so fuhr Schurman fort, sei er in immer steigendem Maße von der Ähnlichkeit der grundlegenden Ideale der Regierungen und Völker beider Länder durchdrungen worden: »Und jetzt ist die Identität ihrer Stellungnahme zu der großen Frage der Ächtung des Krieges ein weiteres Beispiel und eine weitere Bestätigung dieser internationalen Kameradschaft. Deutschland und die Vereinigten Staaten marschieren vorwärts in einem großen und edlen Abenteuer für die Sache der menschlichen Kultur.«

Diese Worte des Botschafters standen im Mittelpunkt des kontroversen Echos, das die Heidelberger Feier in der deutschen und internationalen Presse auslöste.<sup>40</sup> Während die deutschen Zeitungen die Ehrenpromotionen und Reden als einen bedeutenden Ausdruck der erneuerten deutsch-amerikanischen Freundschaft priesen, die angelsächsischen Zeitungen, etwa die Londoner »Times« oder die »New York Times« wertneutral ihre Chronistenpflicht erfüllten, reagierte ein Teil der französischen Presse ausgesprochen feindselig. Stresemanns Behauptung in seiner Rede, Bismarck sei ein Vorläufer der Politik der friedlichen Zusammenarbeit gewesen, lehnten sie als Geschichtsklitterung ab. Die Pariser Presse hielt Schurman vor, das amerikanische Volk hätte Deutschlands Schuld am Kriege und die Versenkung der »Lusitania« nicht vergessen. Diesen Widerhall in Frankreich nahm die »Neue Mannheimer Zeitung« ihrerseits am 7. Mai zum Anlass für einen frankreichfeindlichen Kommentar. Sie erinnerte an den geschichtlichen Anschauungsunterricht, den alle Teilnehmer der Heidelberger Ehrenpromotion an Ort und Stelle ständig vor Augen gehabt hätten. »Die Ruinen des Heidelberger Schlosses sprechen eine unmißverständliche Sprache. Nicht deutsche Barbaren haben dieses herrliche Meisterwerk der Renaissance so grausam zerstört, sondern die Mordbrennerhände der Generäle der »großen und Kulturnation«.<sup>41</sup>

Schurman hatte sich nach Ansicht von Außenminister Kellogg und des State Department in der Tat zu weit exponiert. Seine Worte waren geeignet, die prekäre Balance innerhalb der amerikanischen Europapolitik zu gefährden, die immer zugleich mit Frankreich und Deutschland rechnen musste. Kellogg war irritiert über die scharfe Reaktion aus Frankreich, schließlich war der später so genannte Kellogg-Briand-Kriegsächtungspakt noch nicht unter Dach und Fach. Auf Anfragen ausländischer Diplomaten in Washington, ob Schurman die amerikanische Position korrekt wiedergegeben hätte, antwortete er, dessen Rede sei dem State Department vor der Veröffentlichung nicht vorgelegt worden.<sup>42</sup>

Die diplomatischen Querelen in Washington änderten nichts an der Popularität Schurmans in Heidelberg, die vermutlich am 17. Dezember 1928 ihren Höhepunkt

40 Das Presseecho ist gut dokumentiert in: U.A., B-1523/2b-e.

41 U.A., B-1523/2c.

42 Moser, op. c., S. 166 f. Vgl. Manfred Jonas, *The United States and Germany. A Diplomatic History*, Ithaca/London 1984, S. 189 f.

erreichte, als der Botschafter die Stiftung überreichte. Der fünfspaltige Aufmacher des Heidelberger Tageblatts verkündete »Heidelbergs Schurman-Tag«.<sup>43</sup> Vorlesungen und Übungen der Universität fielen an diesem Tage aus, die Ruperto-Carola hatte geflaggt. Um 11 Uhr begann der Festakt von Universität und Stadt im großen Saal der Stadthalle. Während Oberbürgermeister Prof. Dr. Walz, der neue Rektor, Prof. Dr. jur. Karl Heinsheimer, Professor Hoops und der Asta-Vorsitzende Schurman und seine Familie – Frau, Tochter und Söhne – im Hotel »Europäischer Hof« abholten, versammelten sich die Stadträte, das Dozentenkollegium und die Chargierten der Studentenverbindungen mit den Ehrengästen zum Einzug in den Saal. Zu diesen zählten Reichspräsident Löbe, der badische Staatspräsident und Finanzminister Schmitt, der badische Gesandte in Berlin, Honold, und der badische Minister für Kultus und Unterricht, Leers. Dann begaben sich die Gäste unter Fanfarenklängen in den festlich geschmückten Saal. Von dem Balkon der Orgel zeigte sich das Banner der Universität, das 1886 zum 500-jährigen Gründungsfest gestiftet worden war, flankiert von der amerikanischen und deutschen Fahne. Vor die Rednertribüne postierten die »Oberpedelle« die akademischen Zepter.

Nach der Begrüßung durch den Rektor hielt Schurman eine Rede, dessen Höhe- und Schlusspunkt die Verlesung der Stiftungsurkunde, »spontanen, brausenden Beifall« hervorrief. Der Text lautete: »Der Universität Heidelberg, seit einem Jahrhundert besucht und stets geliebt von amerikanischen Studenten, die sie immer mit freundlichem Willkommen empfangen und freigiebig zu Gelehrsamkeit und Forschungsarbeit erzogen, wird von einer Anzahl ihrer wohlwollenden amerikanischen Freunde in dankbarer Anerkennung jener hohen und hilfreichen Dienste durch Herrn Dr. Jacob Gould Schurman, den amerikanischen Botschafter in Deutschland, dieser Fond von mehr als einer halben Million Dollar zur Errichtung eines neuen Vorlesungsgebäudes überreicht. Weihnachten 1928.«

Rektor Heinsheimer konnte in seiner Dankrede den Beschluss des Senats verkünden, das neue Vorlesungsgebäude am »Universitätsplatz«<sup>44</sup> an Stelle des Kollegienhauses gegenüber der Alten Universität zu errichten und »Neue Universität« zu nennen. Sie solle den »Jüngern der Wissenschaft auf der ganzen Welt« weit geöffnet sein und auf lange Jahrhunderte den Ruhm der Universität mehren. Innerhalb des Gebäudes würden der Gedanke der Stiftung und die Namen der Stifter auf einer Ehrentafel aufgezeichnet werden, neben einer Büste Schurmans, durch die sein Bild für die nachkommenden Studierenden und Lehrer der Ruperto Carola »verewigt« werden solle.

Im Übrigen war auch die Rede Heinsheimers geprägt durch die Spannung zwischen einem durch den Ersten Weltkrieg und den Versailler Vertrag zutiefst verletzten Nationalgefühl und Hoffnungen auf eine neue internationale Verständigung und Anerkennung Deutschlands. Nicht von ungefähr widmete er die Neue Universität

43 U.A., B-5130 (IX, 8, Nr. 234). Die folgenden Zitate ebd.

44 Im November 1928 hatte der Heidelberger Stadtrat beschlossen, den »Ludwigsplatz« in »Universitätsplatz« umzubenennen. Griesbach, Krämer, Maisant, Die Neue Universität, S. 118 f.



einer doppelten Aufgabe: »Sie sei für alle Zeiten durchwaltet vom deutschen Geiste und überstrahlt von der Seele der Menschheit!«<sup>45</sup>

Während Kultus- und Unterrichtsminister Leers im Namen der Badischen Regierung und des deutschen Volkes eine Wiedergabe der manessischen Liederhandschrift mittelhochdeutscher Minnesänger überreichte, gab der Vertreter des Asta, Rieß, der Stiftung ungeniert jene politische Deutung, die Schurman vermeiden wollte. Der Student sprach mit nationaler Emphase von dem großen Unrecht, das dem deutschen Volke durch den Ersten Weltkrieg zugefügt worden sei und von den drückenden Lasten des »Diktats von Versailles«. Schurmans Initiative, die der Asta-Vertreter wärmstens begrüßte, erschien als eine Art Wiedergutmachung von Versailles. Wenn Schurman bei diesen Worten an seine eigene Rolle im Ersten Weltkrieg dachte, muss er von höchst gemischten Gefühlen bewegt gewesen sein.

Als Dank brachte die Heidelberger Studentenschaft ihrem »hundertsten Semester« einen »recht kräftigen donnernden Salamander« dar. Schließlich stimmte die Versammlung noch einmal in begeisterte »Hoch«-Rufe ein und bereitete dem Botschafter lebhaftere Ovationen, als Oberbürgermeister Walz Schurman das Ehrenbürgerrecht der Stadt Heidelberg verlieh.

Von der Übergabe der Stiftung bis zur Einweihung der »Neuen Universität« am 9. Juni 1931 – die Grundsteinlegung erfolgte am 16. Januar 1930 – lag die Realisierung des Vorlesungsgebäudes in den Händen von Architekt Professor Karl Gruber (Danzig), den zuständigen Behörden und einer aufmerksamen Öffentlichkeit, die den von Gruber vorgelegten Entwurf – wie konnte es in Heidelberg anders sein – höchst kontrovers beurteilte. Gruber selbst begrüßte die entscheidende Konsequenz des verdeutlichten Stifterwillens nach einem einheitlichen, ganz aus amerikanischen Mitteln finanzierten Gebäude, nämlich den Abbruch des »Neuen Kollegiengebäudes« an der Südseite des Universitätsplatzes und einen Neubau an dieser Stelle. Er war froh, den einzig »unerfreulichen Baukörper« der Gebäudegruppe in seinem neuen Entwurf »unschädlich gemacht« zu haben.<sup>46</sup>

Die Heidelberger Universität sicherte sich die Zustimmung Schurmans für ihre neuen Pläne. Ende März 1929 reiste Gruber mit seinem Entwurf nach Berlin. Schurman hielt diesen für »sehr erfolgreich«, gab allerdings zu bedenken, ob das oberste Geschoss des Hauptgebäudes mit der Aula nicht zu viel Wand zeige, »out of proportion to the number and size of the windows which breaks its continuity.« Der Entwurf erschien ihm von jedem Blickpunkt aus gelungen – Licht, Raumaufteilung und Zugangsmöglichkeiten.<sup>47</sup> Am 16. Juli 1929 legte dann Prorektor Dibelius dem Botschafter in Heidelberg den von allen Behörden und Instanzen genehmigten Bauplan

45 In einem Antwortschreiben vom 15.12.1928 an einen verbitterten Assistenten der Chirurgischen Universitätsklinik, Dr. Gerhard Rose, der sich im Namen vieler Kollegen weigerte, an der Feier teilzunehmen, weil er den Bau für ein »Denkmal der Ehrvergessenheit« hielt, hatte Heinsheimer erklärt, dass die Feier einen unpolitischen Sinn habe. U.A., B-5130 (IX, 8, Nr. 234). Vgl. Meinhold Lurz, Der Bau der Neuen Universität im Brennpunkt gegensätzlicher Interessen, in: Ruperto Carola 55/56 (1975), S. 39–45.

46 Gruber an das Kultusministerium vom 18.1.1929. U.A., B-1533/1 (IX, 13, Nr. 184). Zur Diskussion in Heidelberg vgl. Griesbach, Krämer, Maisant, Die Neue Universität, S. 120–134.

47 Schurman an Heinsheimer v. 3.4.1929. U.A., B-5130 (IX, 13, Nr. 171).

der »Neuen Universität« vor. Schurman zeigte sich über die klare und praktische Gestaltung des Grundrisses sehr erfreut, lobte viele praktische Einzelheiten und äußerte über die Fassade, dass sie ein klares Bild von der Innengestaltung gäbe und nichts vortäusche.<sup>48</sup>

Während sich Schurman an der ausgedehnten Heidelberger Diskussion um den Fassadenschmuck über dem Haupteingang (Vorschläge: Reichsadler, Badischer Greif, Pfälzer Löwe, Pallas Athene) und die Inschrift (Vorschläge z.B.: Wahrheit und Licht, Durch Wissen zur Freiheit, Der deutschen Wissenschaft, Dem lebendigen Geist) nicht beteiligte<sup>49</sup>, bat er am 10. Oktober 1930 aus Redford Hills um Korrekturen an dem ihm zugesandten Textentwurf für die Stiftertafel im Inneren des Gebäudes. Er machte den Rektor der Universität Heidelberg darauf aufmerksam, dass sein Land »Die Vereinigten Staaten von Amerika«, nicht »Nord-Amerika« heiße. Die Inschrift, die Jahrhunderte überdauern werde, solle keine Geldsumme nennen. Hinter seinem Namen wünschte er die Zeit seiner Studien in Heidelberg – Oktober 1878 bis August 1879 – eingefügt zu sehen.<sup>50</sup>

Diese Wünsche Schurmans wurden erfüllt, und damit endete sein konkreter Einfluss auf die Baugeschichte der »Neuen Universität«. Er machte durch seine Initiative den Bau möglich, bestimmte durch die Verdeutlichung des Stifterwillens den Rahmen und billigte schließlich die neuen Pläne. Er war allerdings nicht verantwortlich für die Lage, architektonische Gestalt und innere Anordnung der Neuen Universität. Das war die Aufgabe des Architekten Gruber, des Preisgerichts und der deutschen Instanzen. Mehrfach hat er deutlich gemacht, er akzeptiere jede Lösung, die den Stifterwillen angemessen berücksichtigte.

Als Schurman Mitte 1931 aus den USA nach Heidelberg zurückkehrte, um an der Feier zur Einweihung des Hauptgebäudes und des Westbaus am 9. Juni teilzunehmen – der Südflügel wurde 1933 fertiggestellt –, hatte sich die wirtschaftliche, politische und geistige Situation in Deutschland dramatisch verändert. Im Oktober 1929 war durch den Initialschock des New Yorker Börsenkrachs die größte Krise der Weltwirtschaft seit Beginn der industriellen Revolution ausgelöst worden. Seitdem hatte sich die Spirale der Depression in einem weltweiten Interaktionsprozess nach unten gedreht, mit auch für Deutschland verheerenden Folgen: Drastisch reduzierter Handel, Preisstürze, Kreditkrisen, gesunkene Produktion, geschrumpftes National-einkommen, Massenarbeitslosigkeit, Not, Hunger, Hoffnungslosigkeit, wachsende politische Radikalisierung und Gewalttätigkeit. Zeitlich parallel und sachlich im kausalen Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise entwickelte sich in Deutschland zunächst eine Regierungs-, dann eine Verfassungs- und schließlich eine Staatskrise. Die wirtschaftliche und die politische Krise trieben sich gegenseitig voran: Die Wirtschaftskrise führte zum Auseinanderfallen der letzten parlamentarisch getragenen Regierung der »Großen Koalition« von der SPD bis zur Deutschen Volkspartei Stresemanns im März 1930 – sein Tod im Oktober 1929 war ein Verhängnis für die deutsche Politik –, zur Einsetzung der Präsidialregierung Brüning durch den

48 Aktennotiz Dibelius. U.A., B-5133/3 (IX, 13, Nr. 170a), auch in B-5130 (IX, 13, Nr. 171).

49 Vgl. Lurz, *Der plastische Schmuck*, S. 2–4.

50 U.A., B-5133/2 (IX, 13, Nr. 191).

Reichspräsidenten Hindenburg, vor allem aber zum sensationellen Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im September 1930. Dieser wiederum führte zu einer Vertrauenskrise im Ausland und zur ersten großen Welle der Geldabzüge. Die zweite große Welle der Kapitalkündigungen in Deutschland, besonders von amerikanischen Anlegern, lief gerade in den Tagen der Einweihungsfeier. Die Welt befand sich im Sommer 1931 inmitten einer internationalen Finanzkrise, die zum Ende des einheitlichen Weltwährungssystems führte.

In Mitteleuropa hatte sich die Lage durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt am 11. Mai 1931 dramatisch zugespitzt. Es wurde befürchtet, dass auch deutsche Banken bald ihre Zahlungsunfähigkeit erklären müssten (am 14. und 15. Juli wurden dann tatsächlich die Schalter aller deutschen Kreditinstitute für zwei Tage geschlossen). Vier Tage vor der Feier hatte Reichspräsident von Hindenburg überdies eine neue Notverordnung erlassen, die buchstäblich Not verordnete. Zur Sanierung des Reichshaushaltes wurden Gehälter gekürzt und die bescheidenen Leistungen der Arbeitslosenhilfe, der Wohlfahrtsunterstützung und der Sozialversicherung weiter herabgesetzt. Der Verlust des Vertrauens in die Regierung und die verfassungsloyalen Parteien, ja in die Republik, war so offensichtlich wie die wachsende Attraktivität der NSDAP, die von der allgemeinen Proteststimmung am meisten profitierte. Hatte Hitler nicht schon immer gesagt, dass das ganze »System« verrotten und Deutschlands Unglück vom »Schanddiktat von Versailles« ausgegangen sei? Gerade die Instrumentalisierung eines verletzten Nationalgefühls, die Sehnsucht nach der verlorenen Größe von Reich und Vaterland wurde einer der wichtigsten Hebel der nationalsozialistischen Propaganda, um Einbrüche im konservativen, nationalen und bürgerlichen Lager zu erzielen.

Der gewandelte Zeitgeist wehte auch in Heidelberg und bedrohte den würdigen Rahmen der Einweihungsfeier. Über die Hälfte der Korporationen und der Hauptanteil der farbentragenden Studentenschaft boykottierten den Akt demonstrativ, obwohl Rektor Meister lange mit ihnen verhandelt hatte. Als sich der feierliche Festzug von der alten Aula zur Aula der Neuen Universität bewegte, erschollen Rufe »Deutschland erwache«, auf dem Rückweg war es ebenso. Außerdem wurden den Gästen Stinkbomben zwischen die Beine geworfen.<sup>51</sup> Die Fraktion der NSDAP im Heidelberger Stadtrat hatte unter der Überschrift »Die Juden bringen den lebendigen Geist« eine eigene »Festschrift« zur Einweihung der Neuen Universität herausgebracht. Die Karikatur auf der Titelseite zeigte einen Juden, dessen eine Hand in einem Sack mit der Aufschrift »Reparationen« steckte und der mit der anderen Hand Geld auf das Dach der Neuen Universität regnen ließ. Die Schrift war ein antisemitisches und anti-amerikanisches Pamphlet. Nur Schurman persönlich wurde von der Kritik ausgenommen. Ihm attestierte man lautere Motive und Anhänglichkeit als alter Heidelberger Student. Nachdem der deutsche Geist der Universität, so die NSDAP-Stadtratsfraktion, systematisch unterwühlt worden sei, gehe man jetzt daran, auch ihrem Gesicht fremdrassige Züge einzumeißeln. Der geschmacklose weiße Kasten, ein jüdisches »Zwing-Uri« mitten im Herzen der Altstadt, werde ein dauerndes Schandmal sein,

51 U.A., B-5135/7 (X, 2, Nr. 49), Reportage der »Volkszeitung« vom 10. Juni 1931.

eine Erinnerung an die Zeiten, als in Deutschland fremder Geist dominierte, wo fremdes Gold herrschte, an die Zeiten der tiefsten deutschen Erniedrigung.<sup>52</sup>

Zwar wurde diese Schrift 1931 noch von der Polizei beschlagnahmt, sie war aber ein Vorbote dessen, was da kommen sollte.

Von den genannten Erscheinungen abgesehen, lief die Feier störungsfrei und unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit ab. Zu den vielen Ehrengästen, die das Hauptportal unter der sitzenden Pallas Athene und der Inschrift »Dem lebendigen Geist« betraten, gehörte auch Reichsinnenminister Wirth. Rektor Meister, der Architekt Gruber, der badische Staatspräsident Wittemann und Heidelbergs Oberbürgermeister Neinhaus hielten Ansprachen, Wolfgang Fortner hatte zur Feier des Tages eine Kantate über Goethes »Grenzen der Menschheit« geschrieben. Wittemann verlieh Schurman die Badische Staatsmedaille in Gold, Neinhaus gab den Beschluss des Stadtrates bekannt, eine in Heidelberg von der Friedrihsbrücke das Tal entlangführende Straße mit »Schurman-Straße« zu benennen.

Schurman selbst muss etwas von der gegenüber 1928 gewandelten Atmosphäre gespürt haben. Es scheint kein Zufall zu sein, dass das einzig neue Element in seiner Rede an diesem Tage darauf berechnet war, die nationalen Gefühle der Deutschen zu pflegen. Neben seiner erneuten Versicherung, dass die Neue Universität ein »Denkmal amerikanischer Dankbarkeit« sei, um eine »Dankesschuld« Amerikas gegenüber der Universität Heidelberg abzustatten, gab er nun die Namen jener drei im Rheinland geborenen Amerikaner preis, die die letzten 100.000 Dollar gespendet hatten: Ferdinand Thun, Henry Janssen und Gustav Oberländer; alle wohnhaft in Reading, Pennsylvania. Diese drei Männer hätten außerdem eine »Carl-Schurz-Stiftung zur Förderung der Kulturbeziehungen zwischen dem deutschen und amerikanischen Volk« errichtet, Gustav Oberländer überdies einen Fonds von einer Million Dollar gestiftet, um Aufenthalte führender Amerikaner aus allen Lebenskreisen in Deutschland zu ermöglichen. Schurman schloss seine Ansprache mit einem Appell an die Studenten: »Wir nennen dies eine Einweihungsfeier. Aber im höchsten Sinne des Wortes können wir dies Gebäude nicht widmen und nicht weihen; es wird gewidmet und geweiht durch seinen Gebrauch. Die heute angekündigte Weihe dieses Hauses wird die Aufgabe dieser und künftiger Generationen von Studenten sein. Kommilitonen! Wir übergeben es in vollstem Vertrauen Euren Händen!«<sup>53</sup>

Der Tag klang aus mit einem Gartenfest im Heidelberger Schlossgarten und einer technischen Premiere. Zum ersten Male in der Geschichte des Rundfunks wurde Heidelberg direkt mit Amerika, mit New York, verbunden. Ein halbstündiges Programm aus Anlass der Einweihung wurde durch Kabel nach Berlin gegeben, von dort über den Kurzwellensender Königswusterhausen nach New York. Es sprachen neben Schurman und dem Anglisten Hoops eine deutsche Studentin, Johanna Hanser, im Namen der Studentenschaft Heidelbergs und ein amerikanischer Student, Royce West, für die amerikanischen Studenten in Heidelberg. Schurman war von der Ansprache der jungen Studentin begeistert. Gegenüber Journalisten sagte er: »Sehen

52 Ein Exemplar der Schrift in: U.A., 513517 (X, 2, Nr. 49).

53 U.A., B-5135/7 (X, 2, Nr. 49), »Neue Mannheimer Zeitung« vom 9. Juni 1931.

Sie, diese junge Studentin, mit ihren wenigen, kurzen, klaren Sätzen, sie hat man in Amerika verstanden. Das ist die Art, wie man zu Amerika, zu unseren Menschen drüben sprechen muß, um wirklichen Kontakt mit uns zu gewinnen. Ich müßte meine Landsleute sehr schlecht kennen, wenn die deutsche Studentin nicht sehr rasch nach Amerika eingeladen würde.« Schurman kannte seine Landsleute. Fräulein Hanser erhielt einen ganzen Stoß von Einladungen.<sup>54</sup>

Die Zukunft ist selbst für Hochbetagte offen und kaum vorhersehbar. Im Jahre 1931 hätte der 76-jährige Schurman vermutlich jeden für verrückt erklärt, der ihm prophezeit hätte, er werde zu seinen Lebzeiten noch den Beginn eines zweiten Weltkrieges und eines zweiten Krieges zwischen Deutschland und den USA miterleben. Er selbst hat das bis in die Mitte der 30er Jahre für unwahrscheinlich halten.

Nach seiner Rückkehr in die USA galt Schurman als Fachmann für die deutschen Verhältnisse und wohlwollender Interpret der deutschen Außenpolitik – selbst über Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und den Prozess der nationalsozialistischen Machtbefestigung hinaus. Das hing auch mit einem für Schurman entscheidenden Sinneswandel zusammen. Er wurde Anfang der 30er Jahre ein »Revisionist«, der unter dem Eindruck neuer Dokumente und neuer Forschungsergebnisse von Historikern sein Urteil über Deutschlands Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs revidierte.<sup>55</sup> Zugleich sah er den Versailler Vertrag in einem immer negativeren Licht. Er begann, von den »Pariser Diktatoren« zu sprechen und den Vertrag für viele politische und wirtschaftliche Übel in Europa und den USA verantwortlich zu machen. Er war deshalb wie die Mehrzahl der Deutschen und zahllose prominente westliche Politiker dazu prädestiniert, sich zunächst von Hitlers »Strategie grandioser Selbstverharmlosung«<sup>56</sup> täuschen zu lassen und seine bis 1938 immer wiederholten Beteuerungen für bare Münze zu nehmen, er wolle nur die Schmach von Versailles revidieren. Schurman wurde selbstverständlich kein Bewunderer der nationalsozialistischen Diktatur, zeigte aber Verständnis für Hitlers vermeintliche Politik der Revision von Versailles. Schurman begrüßte zum Beispiel ausdrücklich Hitlers Entscheidung vom 16. März 1935, die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags aufzuheben und die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland wieder einzuführen. Er billigte auch Hitlers Coup vom 7. März 1936, die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes wiederzubesetzen.

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft machte der Weltreisende Schurman des Öfteren auch in Deutschland Station. Im August 1936 wurde er von Hitler empfangen. Bei dieser Gelegenheit spielte Hitler geschickt auf der Klaviatur von Schurmans Vorurteilen. Der Führer erklärte gegenüber dem Amerikaner, was er zu dieser Zeit der Olympischen Spiele allen westlichen Besuchern sagte: Das Ziel

54 Vgl. den amüsanten Artikel in der »Süddeutschen Sonntagspost« vom 28. Juni 1931 unter der Überschrift: »Was Herr Curtius [der deutsche Außenminister] von Fräulein Hanser lernen kann. Eine Heidelberger Studentin als deutscher Botschafter«. U.A., B-5135/7 (X, 2, Nr. 49).

55 Zur Schule der revisionistischen Historiker nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Warren I. Cohen, *The American Revisionists: The Lessons of Intervention in World War I*, Chicago 1967.

56 Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt/Main 1968, S. 328.

seiner Außenpolitik in den letzten drei Jahren sei es gewesen, Deutschlands Gleichberechtigung mit den anderen Nationen zu erreichen.<sup>57</sup>

Bei seinen Reisen in Deutschland hielt Schurman Distanz zur nationalsozialistischen Partei. Eine Einladung zum Reichsparteitag in Nürnberg nahm er 1936 nicht an. Ebenso lehnte er es ab, in diesem Jahr als Ehrengast auf der stark nationalsozialistisch geprägten 550-Jahr-Feier der Universität Heidelberg mitzuwirken – eine Entscheidung, die von der amerikanischen Presse als Boykott dieses Ereignisses interpretiert und von der deutschen Presse totgeschwiegen wurde.<sup>58</sup>

Erst das Jahr 1938 brachte auch für Schurman die Wende. Das Münchener Abkommen und der fast zeitgleich geäußerte Anspruch Japans auf eine »Neue Ordnung« in Ostasien überzeugten Schurman, dass von den Achsenmächten und Japan eine Bedrohung für den Weltfrieden und die zukünftige Sicherheit der USA ausgingen. Im Juli 1941, im Jahr vor seinem Tode, bezeichnete der 87-Jährige als Zeuge vor dem Senatsausschuss für Militärfragen Hitler als den größten Apostel der Gewalt in der Welt. Er zitierte Hitlers Satz aus »Mein Kampf«: »Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein«, und erklärte, der 1940 zwischen Deutschland, Japan und Italien abgeschlossene Dreimächtepakt sei ein Beweis dafür, dass Hitlers Traum von der Weltoberoberung auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika ziele.<sup>59</sup>

Zu dieser Zeit war der ehemalige Botschafter und einst umjubelte Stifter von der Universität Heidelberg gleichsam zur persona non grata erklärt worden. Während Schurman vermutlich davon Kenntnis erhielt, dass an der Neuen Universität die Inschrift »Dem lebendigen Geist« durch »Dem deutschen Geist« und die Pallas Athene durch einen Reichsadler ersetzt wurde, ist bisher nicht bekannt, ob Schurman noch vor seinem Tode erfahren musste, dass »seine« geliebte Universität die Stifertafel und seine Bronzestatue entfernte und durch eine Hitler-Büste ersetzte. Am 21. Oktober 1938 schrieb Prorektor Stein – unter dem Briefkopf »Der Rektor der Universität« – an den Minister des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe: »Im neuen Universitätsgebäude befindet sich eine Tafel, auf der die Namen amerikanischer Stifter aufgeführt sind. Unter diesen befinden sich eine Reihe von Juden, die zweifellos heute zu den Hetzern gegen Deutschland gehören. Auch der Name Schurman ist heute des besonderen Gedenkens nicht mehr wert. Ich bitte daher dringend, die Erlaubnis zur Entfernung der Stifertafel zu erteilen und das Bezirksbauamt mit der Entfernung zu beauftragen. Über einen Ersatz der genannten Tafel werde ich später Vorschläge unterbreiten.« Am 9. November stimmte das Ministerium zu und beschied in reinstem Bürokraten-Deutsch: »Die Kosten von 145,- RM sind der Universitätskasse zu Lasten der restlichen Neubaumittel in Ausgabe zu weisen.«<sup>60</sup> Am 4. Juli 1939 dankte Rektor Schmitthenner einer Ehrenbürgerin der Universität, Frau Geheimrat Hoffman, für die Stiftung einer von Arno Breker in Berlin angefertigten Hitler-Büste, die anstelle der bisherigen Stifertafel aufgestellt werden solle. Diese

57 Moser, op.c., S. 214–217.

58 Moser, op.c., S. 218; vgl. Meinhold Lurz, Die 550-Jahrfeier der Universität als nationalsozialistische Selbstdarstellung von Reich und Universität, in: 57 (1976), S. 35–41; Peter Wolgast, Kleine Geschichte der Universität Heidelberg, Heidelberg 1983, S. 103 f.

59 Moser, op.c., S. 222.

60 U.A., B-5138/1.

Breker-Büste fand schließlich seit dem 22.11.1940 ihren Platz in der Aula der Neuen Universität. Sie ersetzte dort eine kleinere Hitler-Büste, die ihrerseits im Vorraum der Neuen Universität vor dem Dozentenzimmer postiert wurde.<sup>61</sup>

Tempora mutantur. Als amerikanische Truppen am 30. März 1945 in das unzerstörte Heidelberg einzogen und die Stadt von der nationalsozialistischen Herrschaft befreiten, war Schurman wieder des besonderen Gedenkens wert. Sein alter Vertrauter in Heidelberg, der nun fast 80-jährige Hoops, repräsentierte die Universität als stellvertretender Rektor bis Anfang August 1945. Am 17. August 1945 beschloss der Senat der Universität, die Stifertafel wieder anzubringen.<sup>62</sup> Auch Architekt Gruber meldete sich wieder und erkundigte sich nach dem Schicksal der Stifertafel, mit der er sich seinerzeit so große Mühe gegeben hatte. Sie sei aus Veroneser Marmor gewesen und hoffentlich nicht zerschlagen worden.<sup>63</sup> Schurmans Name und Tat eigneten sich außerdem als argumentative Waffe der Heidelberger Universitätsspitze in der langjährigen Auseinandersetzung um die schubweise Rückgabe der von den Amerikanern für Besatzungszwecke beschlagnahmten Neuen Universität. Rektor von Campenhausen und der Senat wiesen in einer Denkschrift an die Militärverwaltung vom 7. Februar 1947 darauf hin, dass der Bau ein »Geschenk namhafter und hochangesehener Freunde und Gönner ... aus den Vereinigten Staaten« sei, »zur freien Verfügung der Universität erstellt« und nach dem Wunsch der Stifter der Lehre junger Menschen gewidmet.<sup>64</sup>

Seither scheint die Wertschätzung für Schurman in Heidelberg ungebrochen zu sein – wenn man von einem Intermezzo Anfang der 70er Jahre absieht, als Schurmans Büste von ihrem Sockel gerissen wurde. Das Deutsch-Amerikanische Institut in Heidelberg wird seit 1962 von der »Schurman-Gesellschaft« getragen. Die letzte große Feier zu seinen Ehren fand am 29. November 1978 aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Überreichung der Ehrendoktorwürde im großen Rathaus-Saal des Heidelberger Rathauses statt. Der amerikanische Botschafter Walter J. Stoessel, Oberbürgermeister Reinhold Zundel, Rektor Hubert Niederländer und der Verfasser dieses Beitrages würdigten die Bedeutung Jacob Gould Schurmans für die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Ob damit seine Wirkungsgeschichte in Heidelberg beendet ist, vermag niemand zu sagen. Denn die Zukunft ist, wie gesagt, immer offen und kaum vorhersehbar.

Die tiefen Brüche und Wandlungen im Verhältnis zwischen Schurman und der Universität Heidelberg spiegeln ziemlich genau das wechselvolle Schicksal der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit der Reichsgründung wider. Schurman studierte zu einer Zeit in Heidelberg, als das Deutsche Reich im allgemeinen, die deutschen Universitäten im besonderen großes Ansehen in den USA genossen. Er war Zeitgenosse der sich verschlechternden Beziehungen zwischen den beiden dynamischen »Neureichen« des internationalen Systems am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Er erlebte, wie sich Deutschland und die Vereinigten Staaten in den beiden

61 U.A., B-5139/3.

62 U.A., B-5138/2.

63 Ebd., Schreiben vom 29.11.1945.

64 U.A., B-5139/3.

Weltkriegen dieses Jahrhunderts als Feinde bekämpften und wie in beiden Ländern staatlich geförderte Feindbilder von ungezügelm Hass entstanden. Ab 1925 war er aktiv an dem amerikanischen Versuch beteiligt, die erste bürgerlich-demokratische Republik auf deutschem Boden zu stabilisieren und in eine liberal-kapitalistische Friedensordnung für Europa und die Welt zu integrieren. Als Bewunderer des »anderen«, des »geistigen« Deutschland bemühte er sich aus Überzeugung, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen, sondern besonders die kulturellen Bande zwischen den beiden Ländern wieder fester zu knüpfen. Heidelbergs Neue Universität ist ein Zeichen dieser Gesinnung.



# 5. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das politische System der USA (1933–1945)

## I. Einleitung

Im Wahlkampf des Jahres 1932, inmitten der schwersten Weltwirtschaftskrise seit Beginn der industriellen Revolution, kam es zwischen dem republikanischen Präsidenten Herbert Hoover und dem demokratischen Herausforderer Franklin D. Roosevelt zu einer leidenschaftlichen Auseinandersetzung über die Frage, die das Leitmotiv der folgenden Ausführungen darstellt: ob und in welchem Maße die Bundesregierung in Washington, an ihrer Spitze der Präsident, das Recht und die Pflicht habe, regulierend und ordnend in Wirtschaft und Gesellschaft der USA einzugreifen, um die Krise und das Elend zu bekämpfen.<sup>1</sup>

Hoover hat sich nie als Vorläufer des *New Deal* verstanden, alle krisenbekämpfenden Maßnahmen seiner Amtszeit, die, institutionell betrachtet, als zaghafte Vorläufer des *New Deal* eingeordnet werden können, entsprachen einem anderen Geist. Bis zur völligen physischen Erschöpfung versuchte Hoover, die amerikanischen Wähler von der Richtigkeit seiner Regierungsphilosophie zu überzeugen und zugleich vor Roosevelts Antwort auf die Krise zu warnen: Die »revolutionären Änderungen«, die Roosevelt und die Demokraten dem amerikanischen Volk in seiner Furcht und Not anböten, würden die Grundlagen des amerikanischen Systems zerstören, das

1 Zu den folgenden Ausführungen vgl. besonders D. Junker, Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision. Präsident in Krisenzeiten, Göttingen 1989, S. 60–96; S. I. Rosenmann (Hg.), *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Vol. I, *The Genesis of the New Deal 1928–1932*, New York 1938; E. A. Rosen, *Hoover, Roosevelt and the Brain Trust. From Depression to New Deal*, New York 1977; H. Hoover, *American Individualism*, Garden City/New York 1922; H. Hoover, *American Ideals versus the New Deal*, New York 1936; H. Hoover, *The Memoirs of Herbert Hoover*, 3 Vols., 1951–52; eine Übersicht über Hoovers Wahlreden im Jahre 1932 in: K. Tracy (Hg.), *Herbert Hoover – A Bibliography. His Writings and Addresses*, Stanford 1977.

Die Literatur über Roosevelt und den New Deal ist selbst für Spezialisten kaum noch zu überblicken. Nach der jüngsten Bibliographie wurden bis 1987 1300 Bücher, 800 Dissertationen und 2500 wissenschaftliche Aufsätze in englischer Sprache identifiziert: K. D. Kyvig/M. A. Blasio (Hg.), *New Deal/New Deal: A Bibliography of the Great American Depression, 1929–1941*, Westport 1988. Zu den Klassikern zählen: W. E. Leuchtenberg, *Franklin D. Roosevelt and the New Deal, 1932–1940*, New York 1963; E. W. Hawley, *The New Deal and the Problem of Monopoly: A Study in Economic Ambivalence*, Princeton 1966; A. M. Schlesinger Jr., *The Age of Roosevelt*, 3 Vols., Boston 1956–60; J. Braeman/R. H. Bremner/D. Brody (Hg.), *The New Deal*, Vol. 1, *The National Level*, Columbus 1975; H. A. Winkler (Hg.), *Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte*, Göttingen 1973; F. Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, Vol. 4, *Launching the New Deal*, Boston 1973; J. M. Burns, *Roosevelt: The Lion and the Fox*, New York 1956; eine neue Synthese, die die Ergebnis- und Publikationsflut der achtziger Jahre integriert, ist ein ebenso dringliches wie schwer einzulösendes Desiderat der Forschung.

*Erstveröffentlichung:* Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das politische System der USA, in: Wolfgang Reinhard/Peter Waldmann (Hg.): *Nord und Süd in Amerika*. Rombach Verlag. Freiburg 1992, S. 792–808.

die Nation in hundertfünfzig Jahren zu beispiellosen Höhen geführt habe. Die Folge werde, so Hoover, ein anderes Amerika sein, grundverschieden von dem bisher bekannten und den besten Traditionen des Landes entfremdet.

Dieses amerikanische System sei aufgebaut auf dem Prinzip der individuellen Freiheit und der Chancengleichheit, das dem tüchtigen und strebsamen Einzelnen Raum für Initiative, Wagemut und Aufstieg in der sozialen Pyramide gebe. Diese Freiheit des Individuums schaffe aus sich heraus die Notwendigkeit und die freudige Bereitschaft, sich mit anderen Individuen in tausendfacher Weise zusammenzuschließen. Individuelle Freiheit und freiwillige gesellschaftliche Kooperation zur Verbesserung der sozialen Organisation, des Wohlstandes, des Wissens, der Forschung und der Erziehung hätten das amerikanische Volk groß gemacht. »Das ist Selbstregierung durch das Volk außerhalb der Regierung.« Nur wenn in Zeiten der Krise die Ereignisse der Kontrolle des Einzelnen und der freiwilligen Zusammenschlüsse, der lokalen Organisationen und der Einzelstaaten entglitten, nur dann, so Hoover, dürfe die Washingtoner Zentrale als »Reservemacht« vorübergehend in Aktion treten, um sich so schnell wie möglich wieder überflüssig zu machen.

Wenn aber die Regierung beginne, sich dauernd in Wirtschaft und Gesellschaft der USA einzumischen, werde sie mit der Reglementierung des täglichen Lebens auch bald die Seelen und die Gedanken der Amerikaner reglementieren. Die freie Rede könne nicht überleben, wenn die freie Industrie und der freie Handel gestorben seien. Für Hoover drohte die Gefahr einer Pervertierung des amerikanischen Systems, wenn die bekanntgewordenen Vorschläge Roosevelts und anderer Demokraten Wirklichkeit würden: Eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, so Hoover, werde freie Männer zur Sklavenarbeit für die öffentliche Kasse verdammen. Eine bewusste Inflationierung, gar die Ausgabe von Zahlungsmitteln ohne Golddeckung, würden das amerikanische System ebenso ruinieren wie dauernde Eingriffe des Staates in das Bankwesen. Die Übernahme von Energieversorgungsunternehmen durch die Regierung führe zur Tyrannei des Staates, der Einsatz von Arbeitslosen in öffentlichen Projekten und ihre Bezahlung durch den Staat bedeuteten die völlige Aufgabe des amerikanischen Systems.

Hoovers klassisches liberales Glaubensbekenntnis, nach dem die Summe der Energien der von Staatseinfluss möglichst freien Individuen das größte Glück der größten Zahl garantiere – was ihn in der politischen Terminologie der USA zu einem »Konservativen« stempelte –, hatte 1928 im Einklang mit dem überschäumenden Fortschrittsoptimismus der Zeit gestanden, war aber angesichts der tiefen Krise des Jahres 1932 unfähig, den von der Depression schwer getroffenen Menschen Zuversicht und Hoffnung zu geben.

Roosevelt dagegen bot ihnen, trotz aller Taktik, Rhetorik und einem krassen Widerspruch in seinen Aussagen<sup>2</sup>, eine Alternative in der Sache. Hoovers Wirtschaftsphilosophie des *Laissez-faire* liege, so Roosevelt, ein falsches Menschenbild zugrunde, nach dem der Mensch unfähig sei, in die angeblich unwandelbaren Gesetze des Marktes einzugreifen und periodisch auftretende Depressionen eben hinnehmen müsse. »Aber

2 Während der propagierte New Deal höhere Staatsausgaben zur Folge haben musste, versprach Roosevelt gleichzeitig, Hoovers bescheidene defizitäre Ausgabenpolitik zu beenden und wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren.

während sie von ökonomischen Gesetzen schwätzen, sterben Frauen und Männer.« Eine solche unschöpferische Regierungsphilosophie verbreite nur Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Furcht, sei zutiefst unamerikanisch, begünstige eine Minderheit von Selbstsüchtigen (*the selfish few*) an der Spitze der sozialen Pyramide und vergesse die Millionen von Menschen, die ohne Geld, Macht und sozialen Status an ihrer Basis hausten (*the forgotten man*). Man dürfe nicht erlauben, dass das ökonomische Leben von einer kleinen Gruppe von Männern beherrscht werde, deren Ansichten über soziale Wohlfahrt durch die Tatsache gefärbt sei, dass sie durch das Verleihen von Geld und Vermarkten von Wertpapieren riesige Profite machen könnten. Hoover und die Republikaner hätten vergessen, dass die Nation eine Interessengemeinschaft (*community of interest*) sei, in der alle wechselseitig voneinander abhingen (*interdependent*). Der Präsident, für Roosevelt zugleich Führer, Sprecher und vor allem Erzieher der Nation, dürfe sich daher nicht als Sachverwalter einer privilegierten Minderheit begreifen, sondern habe das Wohl auch des gemeinen Mannes (*common man*) zu fördern.

Diese Grundüberzeugung war für Roosevelt nicht nur eine situationsangemessene Antwort auf die Große Depression, sondern auch das Ergebnis einer Ortsbestimmung seiner Gegenwart, die er aus seiner Interpretation der amerikanischen Geschichte ableitete. »Ich werde Hoover nicht erlauben, mein Amerikanertum in Zweifel zu stellen«, erklärte er ärgerlich nach einer Attacke Hoovers. Ein Angelpunkt seiner Interpretation der amerikanischen Geschichte war die Überzeugung, dass durch den Sieg Jeffersons im Wahlkampf von 1800 gegen die »aristokratischen« Föderalisten die Freiheit und Wohlfahrt aller Amerikaner zum Ausgangs- und Endpunkt des US-Regierungssystems in einer im Wesentlichen gleichen, agrarisch strukturierten und durch die offene Grenze im Westen als Sicherheitsventil begünstigten Gesellschaft gewesen sei.

Diesem System sei aber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gleichsam die ökonomische Basis entzogen worden, und zwar durch die industrielle Revolution, die zu einer beispiellosen Konzentration von Macht, Kapital und Einfluss in der Hand von wenigen »Titanen«, von Konzernbildnern und Finanzmagnaten, geführt habe. Im Jahre 1932 werde das ökonomische Leben der Nation von ungefähr 600 Konzernen bestimmt, die zwei Drittel der US-Industrie beherrschten. Das letzte Drittel teilten sich zehn Millionen kleine Geschäftsleute. Lange habe man, so Roosevelt, die Gefahren nicht sehen wollen, die aus dieser Entwicklung erwachsen: den Gebrauch ökonomischer Macht ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl, den Verlust der Freiheit und der Chancengleichheit für den kleinen Mann, der umso schwerer wiege, weil diejenigen, die durch die »großen ökonomischen Maschinen« im Osten arbeitslos geworden seien, im Westen schon längst keine offene Grenze mehr fänden; schließlich Überproduktion, Unterkonsumtion und Arbeitslosigkeit.

Angesichts dieser Analyse sah sich Roosevelt in einer ähnlichen Situation wie einst Jefferson. So wie dieser die Gefahren einer zu starken Regierungsgewalt gebannt habe, ohne das Prinzip der nationalen Regierung aufzugeben, so müsse nun die Regierung die neuen wirtschaftlichen Gefahren meistern, ohne das Prinzip starker ökonomischer Einheiten in Frage zu stellen. Die neue Aufgabe sei eine wirtschaftliche Menschenrechtserklärung, ein neuer Sozialkontrakt, der jedem Amerikaner das Recht auf Eigentum und ein anständiges Leben ohne Furcht und Hunger garantiere.

Angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der USA warb Roosevelt in nichtrevolutionärer Absicht für das radikalste staatsinterventionistische Planungsprogramm, das bisher in Friedenszeiten von einem Präsidentschaftskandidaten formuliert wurde. Schon im Frühjahr 1930 hatte er geschrieben: »Es steht für mich außer Frage, daß das Land für mindestens eine Generation ziemlich radikal werden muß. Die Geschichte lehrt, daß Nationen, in denen das gelegentlich passiert, Revolutionen erspart bleiben.« Er verstand sich als Bewahrer und Veränderer, als Traditionalist und Progressiver zugleich. Er dachte nie daran, die Grundlagen des amerikanischen Systems wie das Privateigentum, das Profitmotiv, die regionale und funktionale Gewaltenteilung, die freie Presse und die freie Religionsausübung in Frage zu stellen. Trotz scharfer Angriffe gegen die wenigen Selbstsüchtigen an der Spitze der sozialen Pyramide war er kein Ideologe des Klassenkampfes. Das hätte seiner Grundüberzeugung vom Präsidentenamt als Sachverwalter der *community of interests* zutiefst widersprochen. Mit Unternehmern und Bankiers, die sich ihrer sozialen Verantwortung für das Ganze bewusst blieben, pflegte er gute Kontakte, er behandelte sie nicht als Charaktermasken. Er war selbstverständlich kein Marxist oder Sozialist, wie Hoover in der Endphase des Wahlkampfes behauptete. Ebenso wenig wollte er sich aber als Kapitalist eingeordnet wissen. Nach seinen politischen Grundüberzeugungen gefragt, konnte er mit entwaffnender Schlichtheit sagen, er sei Christ und Demokrat. Falls das amerikanische System aber nicht leiste, was es nach Roosevelts Auffassung leisten musste, nämlich dem Gemeinwohl zu dienen und jedem Amerikaner einen anständigen Lebensunterhalt zu ermöglichen, dann müsse allerdings die Regierung reformierend, planend und mit unorthodoxen Mitteln eingreifen. Das geböten schon der gesunde Menschenverstand und der mitmenschliche Anstand.

In diesem Kampf zwischen Hoover und Roosevelt über die Grundlagen des amerikanischen Systems kündigte sich fast die ganze Wirkungsgeschichte der Großen Depression von den dreißiger Jahren bis zur Gegenwart an. Der geläufige Begriff »Wirkungsgeschichte« sei benutzt, obwohl er lediglich auf sprachlich elegante Weise das geschichtstheoretisch ungelöste Problem kausaler Zurechnung in historischen Prozessen – in Ereignisfolgen und Strukturzusammenhängen – verdeckt.

Zu diesen Wirkungen gehört auch die Tatsache, dass die Debatte um die Grundlagen des amerikanischen Systems bis heute nicht zum Abschluss gekommen ist. Zwar verlor Hoover den Wahlkampf des Jahres 1932, aber seine Grundüberzeugungen sind in den Herzen und Gehirnen eines großen Teils des amerikanischen Volkes weiter lebendig. Denn selbst die Weltwirtschaftskrise hat das liberale Wertesystem des überwiegenden Teiles der amerikanischen Ober- und Mittelklasse – Individualismus, Eigeninitiative, Konkurrenz, wenig Staat und wenig Steuern – nicht revolutionieren können. Man kann sogar die Vermutung wagen, dass nach dem Ende der Ära Reagan, der sich ironischerweise ständig mit seinem Übervater Roosevelt identifizierte und zugleich Hoovers Überzeugungen predigte<sup>3</sup>, im Jahre 1992 eine Neuauflage des Wahlkampfes von 1932 bevorstünde, wenn die führungslose Demokratische Partei

3 Vgl. das überaus lesenswerte und quellengesättigte Werk von W. E. Leuchtenburg, *In the Shadow of FDR. From Harry Truman to Ronald Reagan*, revised edition, Ithaca/London 1985, S. 209–35.

gegen Präsident Bush einen Kandidaten von Rooseveltischem Format präsentieren könnte. Das Land ist reif für einen zweiten *New Deal*. Dieser Kandidat hätte eine Chance, wenn er sich erstens eine Ausgabe von Roosevelts »Public Papers« besorgte und die besten Texte, leicht modifiziert, zur Grundlage des Wahlkampfes machte; und wenn zweitens der Kongress per Gesetz den durch den Markt und das Medium Bild heruntergekommenen öffentlichen Diskurs dadurch wiederherstellte, dass alle Fernsehsender gezwungen wären, beiden Präsidentschaftskandidaten zur besten Sendezeit unentgeltlich ungefähr sechsmal eine halbe Stunde Zeit zur Darlegung ihrer Position einzuräumen.<sup>4</sup>

Zwei Wirkungen der Weltwirtschaftskrise, die die Lebenswirklichkeit der Amerikaner, ihr politisches System eingeschlossen, bis zur Gegenwart nachdrücklich geprägt haben, sollen im Folgenden besonders hervorgehoben werden: der Bedeutungszuwachs der bundesstaatlichen Regierung im Allgemeinen, des Präsidentenamtes im Besonderen; die Begründung des US-amerikanischen Interventionsstaates im Allgemeinen, des sozialpolitischen Eintritts der USA in das 20. Jahrhundert im Besonderen.

## II. Der Bedeutungszuwachs der bundesstaatlichen Regierung im Allgemeinen, des Präsidentenamtes im Besonderen

In seltener Einmütigkeit teilen Historiker und Politikwissenschaftler die Ansicht, dass Roosevelt der Begründer der modernen amerikanischen Präsidentschaft sei.<sup>5</sup>

In der langen Entwicklung des Präsidentenamtes seit 1789 habe es unter Roosevelt einen qualitativen und quantitativen Sprung gegeben. In weitaus stärkerem Maße als

4 Zum Verfall des öffentlichen Diskurses vgl. N. Postman, *Amusing Ourselves to Death. Public Discourse in the Age of Show Business*, New York 1985. Während die Wahlkämpfer Lincoln und Stephen A. Douglas ihren Wählern im Jahr 1854 insgesamt sieben Stunden an Argumenten und Gegenargumenten zumuteten, fiel der Durchschnitt der nicht unterbrochenen Rede für Präsidentschaftskandidaten in den drei großen Fernsehanstalten ABC, CBS und NBC von 42,3 Sekunden im Wahlkampf des Jahres 1968 auf 9,8 Sekunden im Wahlkampf des Jahres 1988. Vgl. K. Adatto, *Sound Bite Democracy: Network Evening News Presidential Campaign Coverage, 1968 and 1988*. Research Paper R-2. The Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics and Public Policy. John F. Kennedy School of Government, Harvard University, June 1990, S. 4 ff.

5 Aus der Überfülle der Literatur zur »modernen« amerikanischen Präsidentschaft seit Roosevelt waren für das Thema dieses Beitrages besonders wichtig: A. M. Schlesinger Jr., *The Imperial Presidency*, Boston 1973; R. E. Neustadt, *Presidential Power. The Politics of Leadership from FDR to Carter*, New York 1980; M. Shaw (Hg.), *Roosevelt to Reagan. The Development of the Modern Presidency*, London 1987; H. D. Rosenbaum/ E. Barthelme (Hg.), *Franklin D. Roosevelt. The Man, The Myth, The Era, 1882–1945*, New York/London 1987; darin besonders die Beiträge von M. J. Frisch, *Franklin D. Roosevelt and the Modern American Presidency*, S. 231–38; A. J. Wann, *Franklin D. Roosevelt's Administrative Contributions to the Presidency*, S. 239–53; F. I. Greenstein (Hg.), *Leadership in the Modern Presidency*, Cambridge/London 1988; darin besonders W. E. Leuchtenburg, *Franklin D. Roosevelt. The First Modern President*, S. 7–40; und F. I. Greenstein, *In Search of a Modern Presidency*, S. 296–418.

Aus der deutschsprachigen Literatur vgl. die Ausführungen in E. Hübner, *Das politische System der USA. Eine Einführung*, München 1991; P. Lösche, *Amerika in Perspektive. Politik und Gesellschaft der Vereinigten Staaten*, Darmstadt 1989; H. Mewes, *Einführung in das politische System der USA*, Stuttgart 1975; und die Beiträge in K. L. Shell und A. Falke in: W. P. Adams/E.-O. Czempel/B. Ostendorf/K. L. Shell/P. B. Spahn/ M. Zöllner (Hg.), *Länderbericht USA*, 2 Bde. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe 293/I-II, Bonn 1990, Bd. 1), S. 303–53.

selbst unter Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson wurde das Weiße Haus zum Energiezentrum des gesamten amerikanischen Regierungssystems, zur Quelle neuer Ideen, zur Antriebskraft des Handels, zum Motor sozialen Wandels, und damit in der Vorstellung Roosevelts zur Verkörperung des Gemeinwohls. »No modern president has been more nearly master in the White House«.<sup>6</sup>

Für die Masse der amerikanischen Bevölkerung wurden Bundesregierung und Präsident – und das ist vielleicht der wichtigste Aspekt dieses qualitativen Wandels – zum ersten Male ein erfahrbarer Bestandteil ihres Alltagslebens, zum Mittel- und Fluchtpunkt ihrer Erwartungen und Hoffnungen; für kritische Interpreten sogar in einem Ausmaß, das notwendigerweise zur Enttäuschung und Desillusionierung führen muss. Der moderne Präsident könne grundsätzlich nicht leisten, was alle vier Jahre aufs Neue von ihm erwartet werde.<sup>7</sup>

Die Herausbildung der modernen amerikanischen Präsidentschaft unter Roosevelt ist insgesamt ohne Zweifel darauf zurückzuführen, dass der 32. Präsident der USA sein Land nacheinander aus der Weltwirtschaftskrise heraus- und in den größten Krieg der Geschichte hineinführte. In einem gewissen Sinne befanden sich die USA während dieser zwölf Jahre immer im Krieg, erst gegen die wirtschaftliche Not, dann gegen den deutschen Nationalsozialismus, japanischen Imperialismus und italienischen Faschismus. Der doppelte Ausnahmezustand wurde auch in diesem Fall zur Stunde der Exekutive, allerdings im Rahmen des amerikanischen Verfassungssystems. Es ist bezeichnend, dass auch bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Not die Metapher vom »Krieg« eine überragende Rolle spielte.<sup>8</sup>

Dennoch gehört der Verfasser zu jenen Historikern, die den qualitativen Sprung zur modernen Präsidentschaft in hohem Maß auf den *New Deal* zurückführen, weil die von Roosevelt angetriebene Bundesregierung zum ersten Male in Friedenszeiten massiv in die Wirtschaft eingriff und damit eine neue Normalität begründete. Trotz des wechselnden Schicksals bundesstaatlicher Gesetzgebung in den verschiedensten Bereichen gehört der Interventionsstaat seit der Weltwirtschaftskrise zum *American Way of Life*. Der in allen westlichen Demokratien feststellbare Wandel vom liberalen Nachtwächterstaat des 19. Jahrhunderts zum Vorsorge- und Maßnahmestaat des 20. Jahrhunderts ist in den USA durch die Weltwirtschaftskrise und den *New Deal* erheblich beschleunigt worden.

»Roosevelt ran the show« bis an die Grenzen der Möglichkeit, die auch einem führungsstarken Präsidenten durch das amerikanische Verfassungssystem gezogen sind.<sup>9</sup> Wie kein Präsident vor ihm entriß er dem Kongress die Gesetzgebungsinitiative und weitete in diesem Sinne die legislative Funktion des Präsidentenamtes aus. Roosevelt brach alle Rekorde im Gebrauch seiner Veto-Macht, insgesamt legte er sein

6 Neustadt, *Presidential Power* 1980, S. 119.

7 G. Hodgson, *All Things to All Men: The False Promise of the Modern American Presidency*, New York 1980.

8 W. E. Leuchtenburg, *The New Deal and the Analogue of War*, in: I. Braeman/R. H. Bremner/E. Walters (Hg.), *Change and Continuity in Twentieth-Century America*, ohne Ortsangabe 1964, S. 81–144.

9 Zum Folgenden vgl. Junker, *Roosevelt* 1989, S. 60 ff.

Veto 635-mal ein.<sup>10</sup> Er umwarb die entscheidenden Abgeordneten und Senatoren im persönlichen Gespräch, nutzte seine Möglichkeiten zur Ämterpatronage und setzte, wenn nötig, den Kongress durch die öffentliche Meinung unter Druck. Roosevelt konzentrierte die öffentliche Aufmerksamkeit und die Erwartungen auch deshalb auf das Präsidentenamt, weil er es verstand, die beiden Massenmedien seiner Zeit, die Presse und das Radio, in unvergleichlicher Weise als Instrument seiner Politik zu nutzen. Roosevelt war der erste Medien-Präsident. Er beherrschte die Schlagzeilen wie kein Präsident vor ihm, nicht zuletzt aufgrund seiner souveränen Politik der »Offenen Tür« gegenüber den in Washington tätigen Journalisten. Jahrein, jahraus gruppierte der von der Hüfte an abwärts gelähmte Präsident bis zu 200 Journalisten zweimal wöchentlich um seinen Schreibtisch. Sie durften ihm ohne schriftliche Voranmeldung jede Frage stellen, die sie wollten. Diese Konferenzen waren Kabinettsstücke im Umgang mit der freien Presse. Man hat sie in ihrer Bedeutung mit der Fragestunde im britischen Unterhaus verglichen.<sup>11</sup> Das Geheimnis des Erfolges seiner Kaminplaudereien (*firesight chats*) über das Radio, die ein Millionenpublikum gewannen, lag darin, dass dieser Dialog mit dem Volk für Roosevelt keine manipulative Masche war, sondern den Kern seines Demokratieverständnisses berührte.

Die Scherpunktverlagerung der Politik auf den Präsidenten und die Washingtoner Exekutive zeigte sich auch personell und institutionell. Besonders zwischen 1933 und 1935, dann wieder ab 1939<sup>12</sup> schossen immer neue Behörden, Ämter, Ausschüsse und Kommissionen wie Pilze aus der Erde, die sich in ständiger Verwandlung, Auflösung und Neuordnung befanden, sich nicht selten überlappten und die Anhänger klar abgegrenzter Kompetenzen und eines geordneten Instanzenweges zur Verzweiflung treiben konnten. Während Roosevelts Amtszeit verdoppelte bis verdreifachte sich das Personal der Exekutive: 1933 beschäftigte die Bundesregierung knapp 600.000 Personen, 1939, vor Ausbruch des europäischen Krieges, ca. 920.000. Als die Japaner Pearl Harbor angriffen, war die Zahl auf über 1,5 Millionen gestiegen, um dann, kriegsbedingt, noch einmal rasant anzusteigen. Unter keinem seiner Nachfolger sank die Zahl jemals wieder unter zwei Millionen.<sup>13</sup> Auch Reagans Kampf gegen »big government« hat sich, wenn man auf die Zahlen blickt, als eine Scheinkonterrevolution erwiesen.

Schließlich gehörten die Reorganisation und die personelle Ausweitung des Präsidentenamtes selbst zu den vermutlich folgenreichsten Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das politische System der USA. Roosevelt erkannte nach 1933 schnell, dass sein Büro den enormen Aufgaben und Ansprüchen institutionell nicht gewachsen war. Er setzte einen Ausschuss ein, das berühmte *Brownlow Committee*. Dieser Ausschuss kam 1937 zu dem Schluss: »The president needs help.«<sup>14</sup> Er schlug

10 R. J. Spitzner, *The Presidential Veto. Touchstone of the American Presidency*, Albany 1988, S. 72.

11 F. I. Greenstein, *Leadership* 1988, S. 18.

12 Vgl. D. Junker, *Zur Struktur und Organisation der amerikanischen Rüstungswirtschaft 1939–1945*, in F. Forstmeier/H.-E. Volkmann (Hg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf 1977, S. 314–32; D. Junker, *The Impact of Foreign Policy on the United States Domestic Scene*, in: M. Vaudagna (Hg.), *The United States in the Late Thirties. Special Issue of »Storia Nordamericana«*, Vol. 6, nos. 1–2, Torino 1989, S. 17–34.

13 Wann, *Administrative Contributions* 1987, S. 16 ff.

14 Greenstein, *In Search* 1988, S. 301.

die Schaffung eines *Executive Office of the President* vor, unter dessen Dach auch ein *White House Office* mit kompetenten, energischen Mitarbeitern eingerichtet werden sollte, die sich vor allem durch eines auszeichnen sollten: »durch eine Leidenschaft für Anonymität«. Nach heftigem politischen Tauziehen verabschiedete der Kongress, der verfassungsrechtlich die Organisationsgewalt hat, 1939 ein Gesetz zur Reorganisation des Präsidentenamtes, das Roosevelt durch die präsidentiale Verordnung (*executive order*) Nr. 8248 in die Tat umsetzte.<sup>15</sup>

Als Roosevelt diesen Plan dem Kongress und dem amerikanischen Volk vorlegte, argumentierte er außerordentlich geschickt. Am Vorabend des Ausbruches des europäischen Krieges, am 25. April 1939, erinnerte er daran, dass auch eine Demokratie die nötigen Mittel für eine effiziente Regierung brauche. Die vorgeschlagene Reform habe nur ein Ziel: »... to make democracy work – to strengthen the arms of democracy in peace or war and to ensure the solid blessings of free Government to our people in increasing measure.« Und dann folgte ein Schlüsselsatz zum Verständnis Roosevelts: »We are not free if our administration is weak.«<sup>16</sup> Er erklärte den Amerikanern, dass die vorgeschlagene Reorganisation die Regierung effektiver und billiger machen werde, und versicherte ihnen, dass seine persönlichen Mitarbeiter im Weißen Haus sich auf keinen Fall zu »Assistant Presidents« entwickeln würden, keine Autorität über irgendjemanden in irgendeinem Ministerium hätten und sich auf keinen Fall zwischen den Präsidenten und die Spitzen von Ministerien und Ämtern stellen sollten.<sup>17</sup>

Von den fünf besonderen Verwaltungseinheiten, die 1939 in das *Executive Office* eingelagert wurden, waren das *White House Office* und das *Bureau of the Budget* die mit Abstand wichtigsten. Sie haben auch, bei aller inneren Entwicklung, bis heute überlebt, wobei das Büro für Haushaltsfragen seit 1970 *Office of Management and Budget* (OMB) heißt.

Man hat gezählt, dass es von 1939 bis 1981 unter dem Schirm des *Executive Office* insgesamt 44 verschiedene Organisationseinheiten gegeben hat. Heute haben zehn Abteilungen mit jeweils vielen Unterabteilungen eine besondere Bedeutung. Neben den beiden genannten gehören dazu seit 1946 der *Council of Economic Advisers*, seit 1949 der *National Security Council* (NSC), seit 1963 das *Office of the Special Representative for Trade Negotiations*, seit 1969 der *Council on Environmental Quality*, seit 1970 bzw. 1978 der *Domestic Council* bzw. *Domestic Policy Staff*, seit 1976 der *Intelligence Oversight Board* und das *Office of Science and Technology* und seit 1977 das *Office of Administration*.<sup>18</sup> Von besonderer politischer Bedeutung war die Verlagerung des *Bureau of the Budget* aus dem Finanzministerium, wo es eine Art Buchhalterfunktion innehatte, in das

15 Rosenman (Hg.), *Public Papers* (1939 Vol.) 1941, S. 490–96; der von Roosevelt autorisierte Kommentar ebd., S. 496–506.

Zur Reorganisation vgl. K. Barry, *Executive Reorganization and Reform in the New Deal: The Genesis of Administrative Management, 1909–1939*, Cambridge 1963; R. Polenberg, *Reorganizing Roosevelt's Government: The Controversy over Executive Reorganization, 1936–1939*, Cambridge 1966.

16 Rosenman (Hg.), *Public Papers* (1939 Vol.) 1941, S. 246.

17 ebd., S. 247, 492.

18 Wann, *Administrative Contributions* 1987, S. 244.



Zentrum der Macht. Erst seitdem kann der Präsident eine überragende politische Rolle bei der Aufstellung des Budgets spielen.

Durch die Rooseveltsche Reform erhielt die verfassungsrechtlich festgelegte Exekutivgewalt des Präsidenten eine eigenständige Bürokratie, die dem Präsidentenamt im Rahmen des gewaltenverschränkenden Systems der USA sein Gewicht beileiß und ihm heute die Möglichkeit gibt, mit den Bürokratien der Ministerien und dem ebenfalls erheblich angewachsenen bürokratischen Apparat des Kongresses zu konkurrieren. Zugleich liegt in dieser Ausweitung immer die Möglichkeit des Missbrauchs beschlossen, die Versuchung, eine vom Kongress und der Öffentlichkeit nur unzureichend kontrollierte Machtelite im Weißen Haus zu versammeln, damit das konstituierende Prinzip der Gewaltenverschränkung aus den Angeln zu heben und eine »imperiale Präsidentschaft« zu begründen.

Nur mit dieser eigenständigen Verwaltung kann der Präsident, wenn überhaupt, seinen vielfältigen Aufgaben und den Erwartungen der Bevölkerung gerecht werden: als Chef der Exekutive, in der Gesetzgebung, in der Außen- und Sicherheitspolitik, als oberster Befehlshaber und als Programmpolitiker, der seine Wahlversprechen einlösen muss und dabei immer stärker unter dem Diktat mediengerechter Präsentation steht. Die »Entourage« des Präsidenten ist ständig gewachsen. Die Zahl der persönlichen Mitarbeiter im *White House Office* – die Zahl derjenigen mit der angeblichen Leidenschaft für Anonymität, die in ihrer Ernennung nicht der Zustimmung des Senats bedürfen – wuchs von 37 im Jahre 1939 auf mehr als 900 im Jahre 1988, die Zahl der Mitarbeiter in den anderen Abteilungen, in der sogenannten institutionalisierten Präsidentschaft, ist von null auf mehrere Tausend gewachsen. Es gehört zur wichtigsten Aufgabe eines Präsidenten, nach seiner Wahl diese Stellen mit eigenen Leuten zu besetzen. Die oft kritisierte Kehrseite dieses »Beutesystems« liegt auf der Hand: Im Falle der Neuwahl eines Präsidenten verliert die Regierungszentrale mit ihrem Gedächtnis einen Teil ihrer politischen Kontinuität.

Innerhalb dieser präsidentiellen Bürokratie herrscht ein ständiger, erbittert geführter Kampf um das knappste Gut der amerikanischen Demokratie – um das Auge und Ohr des Präsidenten. Es war leichter für einen Günstling am Hof Ludwig XIV., an das Bett seines Königs zu gelangen, als für einen einfachen Mitarbeiter im Weißen Haus, das *Oval Office* zu einem persönlichen Gespräch mit seinem Präsidenten zu betreten.

### **III. Der Beginn des Interventionsstaates im Allgemeinen, der sozialpolitische Eintritt der USA in das 20. Jahrhundert im Besonderen**

Die Große Depression und Roosevelts Grundüberzeugung von der Verantwortlichkeit des Staates begründeten den amerikanischen Interventionsstaat und führten zum sozialpolitischen Eintritt der USA in das 20. Jahrhundert. Zwar intervenierte die Bundesregierung auch schon im 19. Jahrhundert fallweise in die Friedenswirtschaft der USA, zum Beispiel beim Ausbau eines Transportsystems zu Wasser und zu Lande,

aber auch in diesem Bereich kam es durch die Weltwirtschaftskrise zu einem qualitativen und quantitativen Wandel, zur Herausbildung einer »mixed economy«, in die der Staat regulierend, steuernd, planend und verwaltend eingreift. Unter Roosevelts Nachfolgern Truman (*Fair Deal*), Eisenhower, Kennedy, Johnson (*The Great Society*), Nixon, Ford und Carter führten zwar die jeweiligen Herausforderungen der Zeit immer aufs Neue zu einem politischen und programmatischen Kampf über die Weisheit und Wünschbarkeit bestimmter staatlicher Interventionen, aber keine dieser Administrationen – ob demokratisch oder republikanisch – stellte die Legitimität staatlicher Interventionspolitik grundsätzlich in Frage. Selbst Reagans Plädoyer für die Rückkehr zu der liberalen (in amerikanischer Terminologie: konservativen) Tradition des Landes, für Steuersenkung, eine Deregulierung vieler Wirtschaftsbereiche und die Einschränkung der Staatsausgaben für Wohlfahrtsprogramme, hat an der Realität des Interventionsstaates und der »mixed economy« nichts Wesentliches verändert. Zurzeit (Dezember 1991) deuten viele Anzeichen darauf hin, dass das katastrophale Erbe der »Reaganomics« und der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (*supply side economics*) die Strukturschwächen der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie die drastisch gesunkene internationale Konkurrenzfähigkeit vieler Teile der amerikanischen Wirtschaft einen neuen staatsinterventionistischen Zyklus der amerikanischen Geschichte, einen zweiten *New Deal*, erzwingen werden.

Um den qualitativen Wandel während der Amtszeit von Präsident Roosevelt zu veranschaulichen und zu begründen, seien die wichtigsten Interventionsbereiche des *New Deal* knapp zusammengefasst, die die drei von Roosevelt im Wahlkampf 1932 versprochenen Ziele in unterschiedlicher Mischung widerspiegeln: kurzfristige Hilfe (*relief*), eine Erholung der Wirtschaft (*recovery*) und langfristige Reformen (*reform*).<sup>19</sup>

Eines der Gebiete, in das die Regierung Roosevelt sofort nach Amtsantritt durch die Verkündung von viertägigen »Bankferien« eingriff, war das Geld- und Kreditwesen der USA. Alle Maßnahmen in diesem Bereich dienten drei Zwecken: einer durchgreifenden Reform des ziemlich chaotischen Bankwesens, einer Überwachung und Kontrolle des Handels mit Wertpapieren und, was besonders in der Anfangsphase wichtig war, der Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für eine Inflationspolitik des Staates, um durch Geldschöpfung die Deflation zu bekämpfen.

Nach den Bankengesetzen konnten staatliche Konservatoren die Liquidität und realisierbare Substanz der Banken prüfen. Eine schon unter Hoover ins Leben gerufene Wiederaufbaufinanzierungsgesellschaft begann im großen Stil Vorzugsaktien der privaten Banken zu kaufen, um so deren Kapitaldecke zu stärken und über die damit verbundenen Aktionärsrechte Einfluss auf die Geschäftspolitik und das Management zu nehmen; die Befugnisse der Bundesreservebanken (*Federal Reserve System*), auch der Einfluss der Regierung auf diese Institution, wurden entscheidend erweitert, erst jetzt wurde so etwas wie eine nationale Geldmengenpolitik möglich; die bisherige Universalbank wurde geteilt, fortab durften normale Handelsbanken nicht mehr im Wertpapiergeschäft tätig sein. Die für den Durchschnittsbürger

19 Vgl. Anm. 1, besonders Junker, Roosevelt 1989, S. 77 f.; D. Junker, Die unteilbare Weltmacht. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA, Stuttgart 1975, S. 43 ff.

psychologisch wichtigste Bestimmung war eine begrenzte Garantie- und Versicherungsspflicht für alle privaten Einlagen, ab 1. Juli 1937 wurde die Depositenversicherung für alle Banken des Landes verpflichtend. Auch die Börse spürte die regulierende Hand des Staates, die Ausgabe von Aktien unterlag fortan einem von der Regierung kontrollierten Meldeverfahren, um einer zu hohen Dotierung von Aktien oder gar Spekulationen mit Scheinfirmen – trüben Erfahrungen aus der Krise – vorzubeugen.

Neben der Wiedereröffnung der Banken musste Roosevelt, wenn er das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung zurückgewinnen wollte, sofort handeln, um das dringendste soziale Problem anzupacken und das Los zumindest eines Teiles der über zwölf Millionen Arbeitslosen und ihrer Angehörigen zu verbessern. Man konnte und durfte nicht warten bis die Reformgesetzgebung die erhofften wirtschaftlichen Früchte trage würde. Die Mittel vorläufiger Besserung waren direkte Fürsorgezahlungen des Bundes an die Einzelstaaten und Gemeinden, vor allem aber ein großangelegtes öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das im März 1933 als befristete Notmaßnahme begann und entgegen der ursprünglichen Absicht erst mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg auslief, weil der *New Deal* das Arbeitslosenproblem in Friedenszeiten zwar erheblich lindern, aber nicht beseitigen konnte. So verwirrend das äußere Bild der sich ablösenden und ergänzenden Programme und Organisationen (CCC, FERA, PWA, CWA, WPA) auch erschien, wie sehr auch kapitalintensive (Innenminister Ickes) und arbeitsintensive (Harry Hopkins) Projekte miteinander rivalisierten, die Grundidee war einfach: Man wollte diejenigen erwerbsfähigen Arbeitslosen von der Straße bringen, die in der privaten Wirtschaft keinen Arbeitsplatz fanden, sie vor Verelendung und Verzweiflung bewahren und ihnen das Selbstwertgefühl durch die Gewissheit zurückgeben, nicht von der Fürsorge zu leben, sondern den Lebensunterhalt durch sinnvollen Einsatz in öffentlichen Arbeiten zu verdienen.

Die Unterstützungszahlungen des Bundes erreichten in den Jahren von 1933 bis 1935 zeitweise bis zu vier Millionen Familien. Das größte Beschaffungsprogramm unter Leitung des ehemaligen New Yorker Sozialarbeiters Harry Hopkins – nach dem Tode von Louis Howe im Jahre 1936 wurde er zu einem der engsten Vertrauten Roosevelts – beschäftigte von 1935 bis 1941 insgesamt acht Millionen Menschen, ab August 1935 im Monatsdurchschnitt über zwei Millionen. Rechnet man deren Angehörige hinzu, dann profitierten 25 bis 30 Millionen Menschen von den, allerdings bescheidenen, Löhnen aus öffentlicher Arbeit. Die *Works Progress Administration* (WPA) unter Hopkins errichtete 122.000 öffentliche Gebäude, baute 664.000 Meilen neuer Straßen, 77.000 Brücken und 285 Flugplätze. Doch auch Lehrer, Wissenschaftler, bildende Künstler und Schriftsteller erhielten Arbeit, womit Roosevelt eine wichtige meinungsbildende Schicht für den *New Deal* gewann. Es gab fast kein Programm von »öffentlichem Interesse«, das nicht ausgeführt wurde.

Zu den tiefsten Eingriffen des Staates in die amerikanische Marktwirtschaft gehörten die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, die mit Abstand der am schwersten betroffene Wirtschaftszweig war. Gestützt auf vom Kongress in aller Eile erlassene Gesetze, unternahm die Regierung Roosevelt den großangelegten Versuch, in diesem Sektor der amerikanischen Wirtschaft Produktion und Preise zu

regulieren. Die Quintessenz des *Agricultural Adjustment Act* (AAA) lag darin, durch freiwillige – in späteren Jahren auch gesetzliche – Anbaubeschränkungen die Preise in die Höhe zu treiben. Für das, was der Farmer nicht anbaute oder aufzuchtete, erhielt er überdies Ausgleichsprämien. Baumwolle, Weizen, Mais, Tabak, Schweine- und Rindfleisch, Milchvieh, Roggen, Gerste und Zuckerrüben zum Beispiel wurden in dieses Programm zur Verknappung des Angebots einbezogen. Als Sofortmaßnahmen pflügte man im August 1933 zehn Millionen Morgen Baumwolle unter und schlachtete sechs Millionen Ferkel.

Neben dieser Politik, deren erklärtes Ziel es war, die Einkommen der Farmer im Verhältnis zu anderen Sektoren der Wirtschaft wieder auf ein Niveau zu bringen, wie es die Farmer in den Jahren von 1909 bis 1914 besessen hatten, wurde eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, um die Kreditmöglichkeiten der Farmer zu vergrößern, ihre Schulden zu senken und den Schutz vor Hypothekenkündigungen zu verstärken. Umsiedlungsprojekte und Strukturhilfen, wie das Bodenerhaltungsgesetz und die Elektrifizierung der Landwirtschaft, ergänzten diese Maßnahmen. 1938 schließlich wurde per Gesetz eine staatliche Aufkaufstelle geschaffen, um zur Stützung des Preisniveaus Überschüsse aus dem Markt zu nehmen.

Der Fluch der Überproduktion trieb auch zu Eingriffen auf dem industriellen Sektor. Mit dem Bundesgesetz über den industriellen Wiederaufbau (*National Industrial Recovery Act* = NIRA) verband man die Hoffnung, durch eine Art korporativer Selbstregulierung unter lockerer Aufsicht und Mitwirkung der Regierung den »ruinösen Wettbewerb« und seine Folgen für Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterbinden und durch Regeln für einen »fairen Wettbewerb« zu ersetzen. Regierung, Unternehmer und Arbeiterschaft sollten freiwillig zusammenarbeiten, um Produktion, Preise und Löhne zu stabilisieren. Das bedeutete für Industrie und Handel die Ermächtigung zu Produktions- und Preisabsprachen und damit *de facto* das Unterlaufen der Anti-Trust-Gesetze, die allerdings schon bisher ziemlich wirkungslos geblieben waren.

Die Arbeiterschaft erhielt in dieser konzertierten Aktion als Gegenleistung zum ersten Mal in der Geschichte der USA das Recht zu freier überbetrieblicher Organisation und zu kollektiven Tarifverhandlungen. Ferner wurden Höchstarbeitszeit und Mindestlöhne versprochen, Kinderarbeit unter 16 Jahren wurde verboten. In sämtlichen Betrieben sollten Arbeitszeit- und Normenbestimmungen (*codes*) getroffen werden, die durch eine neue Behörde, die *National Recovery Administration* (NRA), überwacht, vorangetrieben und im Konfliktfall durch Schiedsspruch entschieden werden sollten. Der Präsident selbst erließ eine Rahmenbestimmung, in der zum Beispiel Mindestlöhne festgelegt und die Arbeitswoche für Industriearbeiter auf 35, für Angestellte auf 40 Wochenstunden begrenzt wurden.

Die ersten *New Deal*-Maßnahmen fanden in der Anfangsphase allgemeine Zustimmung und große propagandistische Unterstützung, stießen aber in der Folgezeit auf zunehmende Kritik in der Geschäftswelt wie auch bei der Arbeiterschaft, die sich bei der Durchführung von den Unternehmern hintergangen, benachteiligt und unter schweren Druck gesetzt fühlte. Überdies erklärte der Oberste Gerichtshof im Mai 1935 die Gesetzgebung im Wesentlichen aus folgenden Gründen für verfassungswidrig: Der

Kongress habe zu große Befugnisse an die Exekutive delegiert, und außerdem sei er nicht befugt, lokales und regionales Wirtschaftsleben durch nationale Gesetze zu regeln.

Damit war das Konzept einer umfassenden und freiwilligen Zusammenarbeit zwischen der Regierung Roosevelt, der Industrie und der Arbeiterschaft gescheitert. Von 1935 bis 1938 veränderte sich das Verhältnis dieser drei Faktoren zueinander erheblich. Während es der Regierung ab 1935 mit Hilfe des Kongresses gelang (*Wagner Act*), die Errungenschaften der organisierten Arbeiter durch eine Serie neuer Gesetze zu sichern, kam es besonders 1938 zu einer zumindest verbal scharfen Konfrontation zwischen Regierung und Geschäftswelt, als ein Untersuchungsausschuss die durch die NIRA-Politik noch verstärkte Monopolbildung durchleuchtete. Die Botschaft Roosevelts an den Kongress vom 29. April 1938, in der er einen solchen Ausschuss forderte, ist vielleicht die härteste Anklage gegen die Macht der Monopole und Kartelle sowie gegen die ungleiche Vermögensverteilung in den USA, die je von einem amerikanischen Präsidenten öffentlich erhoben wurde. Doch diese Anklage blieb Rhetorik. Je mehr sich die Vereinigten Staaten dem Zweiten Weltkrieg näherten, desto näher kamen sich auch wieder Regierung und Geschäftswelt, obwohl Roosevelt für einen Teil der Unternehmer der meistgehasste Mann im Lande blieb.

Neben den Gesetzen zur Stärkung der organisierten Arbeiterschaft, die gegen den heftigen Widerstand der Unternehmer und über schwere, mit Gewalttätigkeiten verbundene Streiks zur Konsolidierung der beiden großen Gewerkschaften *American Federation of Labor* (AFL) und *Congress of Industrial Organisations* (CIO) führten, dienten besonders zwei andere Initiativen des *New Deal* der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer: das schon genannte, als befristete Notmaßnahme ins Leben gerufene Arbeitsbeschaffungsprogramm und die auf Dauer gedachten, allerdings noch sehr unzulänglichen Gesetze zur Arbeitslosenversicherung und Altersversorgung.

Der erste Schritt der USA auf dem Weg zum Sozialstaat wurde durch das Gesetz über die soziale Sicherheit von 1935 getan, durch das eine Arbeitslosenversicherung und eine Altersrente eingeführt wurden. Das Gesetz bedeutete nicht nur eine Abkehr vom liberalen Nachwächterstaat, sondern auch einen Bruch mit dem tiefverwurzelten Pioniergeist Amerikas, der auf Individualismus, Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative vertraut und den Schutz vor sozialer Not in privater Mildtätigkeit sieht. Diese Anfänge der sozialen Sicherheit waren allerdings außerordentlich bescheiden. Vom Genuss der ohnehin geringen Zahlungen blieb fast die Hälfte der Amerikaner ausgeschlossen. Eine Krankenpflichtversicherung wurde nicht eingeführt.

Der vielleicht erfolgreichste Versuch des Staates, im großen Stil planend in die Wirtschaft einzugreifen, war die Sanierung eines alten Notstandsgebietes, des Tennessee-Stromtales. Durch die im Rahmen des *New Deal* geschaffene Bundesbehörde, die *Tennessee Valley Authority* (TVA), wurden Wasserkraftwerke gebaut, billige Energie bereitgestellt, Flüsse reguliert, Bodenerosion gehemmt, die Malaria ausgerottet, die Landwirtschaft modernisiert, Industrie angesiedelt, die Schifffahrt aktiviert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Erfolg dieser Regionalplanung blieb aber ein Beispiel ohne Nachahmung. Roosevelt appellierte 1937 in einer Sonderbotschaft an den Kongress vergeblich, sechs weitere regionale Planungsprojekte zu bewilligen, die den größten Teil der USA umfasst hätten.

Es ist im Rahmen dieses Beitrages unmöglich, die wechselvolle Geschichte des US-Interventionsstaates in diesen verschiedenen Politikbereichen seit den dreißiger Jahren bis zur Gegenwart zu verfolgen; auch nicht die Geschichte der Gewerkschaften oder der landwirtschaftlichen Interessenorganisationen, die sich in der Amtszeit Roosevelts und als Folge der Großen Depression als Gegengewalten zur Geschäftswelt etablierten. Es seien lediglich einige Anmerkungen zur Wirkungsgeschichte des Sozialstaates vorgetragen.<sup>20</sup>

Es ist des Öfteren und zu Recht gesagt worden, dass der »große Knall«, der »big bang« für den amerikanischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat 1935 mit der Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes erfolgt sei.<sup>21</sup> Im Vergleich zu anderen industrialisierten Staaten – etwa Deutschland, England, Frankreich, den Niederlanden und Schweden – waren die USA auf dem Felde der Sozialpolitik ein »Johnny-come-lately«, und bis heute ist das soziale Netz in den USA sehr viel weitmaschiger, ja löchriger als in den west- und nordeuropäischen Staaten. Obwohl seit der Jahrhundertwende durch die politisch-soziale Reformbewegung des *Progressive Movement* auch sozialpolitische Programme vorgedacht wurden, hat der Bundesstaat vor der Weltwirtschaftskrise nur ein einziges Mal sozialpolitische Verantwortung übernommen, und zwar durch Zahlungen an die Veteranen des Bürgerkrieges und ihre Angehörigen, die für diesen Personenkreis praktisch auf eine Altersrente hinausliefen.<sup>22</sup> Es ist bezeichnend, dass die Reformen diese Kriegsrente nicht zum Vorbild für eine Sozialpolitik in Friedenszeiten nahmen, die im Übrigen im Kongress nicht allein aus sozialpolitischer Verantwortung durchgesetzt wurde, sondern weil die Patronage-Parteien mit diesen Zahlungen Stimmen kauften. Es bedurfte der Not der Weltwirtschaftskrise, der Führungskraft und des taktischen Geschicks des Präsidenten sowie des sozialpolitischen Ethos von Intellektuellen und Bürokraten, die Roosevelt in seinen Bannkreis zog, um die starken Widerstände der amerikanischen Tradition gegen den interventionistischen Sozialstaat zu überwinden; zugleich begrenzte das traditionelle Wertesystem – besonders der südstaatlichen Demokraten, auf deren Stimmen Roosevelt bei der Verabschiedung des Gesetzes im Kongress angewiesen war – die Qualität und die Quantität der Intervention.

Während die Konservativen die Verabschiedung des Gesetzes von 1935 kritisierten, wollte Roosevelt mit diesem Schritt auch populistischen Massenbewegungen den Wind aus den Segeln nehmen, deren Hoffnungen durch den *New Deal* zwar geweckt,

20 Vgl. A. Murswieck, Sozialpolitik in den USA, Opladen 1988; A. Murswieck, Sozialpolitik, in: Adams et al., Länderbericht USA 1990, Bd. II, S. 160–82; A. Murswieck, Sozialversicherung und Sozialfürsorge, in: C.-L. Holtfrerich (Hg.), Wirtschaft USA: Strukturen, Institutionen und Prozesse, München/Wien 1991, S. 105–30 (mit weiterführenden Literaturhinweisen); A. Windhoff-Heritier, Sozialpolitik unter der Reagan-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament B44/88 (1988), S. 25–35; G. D. Nash/N. H. Pugach/R. T. Tomasson (Hg.), Social Security. The First Half-Century, Albuquerque 1988; M. Weir/ A. S. Orloff/T. Skocpol (Hg.), The Politics of Social Policy in the United States, Princeton 1988; J. T. Patterson, America's Struggle Against Poverty 1900–1985, enlarged edition, Cambridge 1986; A. Gutman (Hg.), Democracy and the Welfare State, Princeton 1988.

21 Murswieck, Sozialpolitik 1990, S. 160; Weir/Orloff/Skocpol (Hg.), The Politics 1988, S. 6.

22 A. Orloff, The Political Origins of America's Belated Welfare States, in: Weir/Orloff/Skocpol (Hg.), The Politics 1988, S. 37 ff.

aber nicht erfüllt worden waren. Der für Roosevelt politisch gefährlichste Mann war Senator Huey P. Long aus Louisiana, der die Politik dieses Staates beherrschte und auf nationaler Ebene mit seiner radikalen Parole »Teilt den Reichtum« Massengefolschaft gewann, indem er jedem Bürger ein Heim im Werte von 6000 Dollar und ein garantiertes jährliches Einkommen von 2500 Dollar versprach. Die Demokratische Partei traute ihm zu, dass er mit seiner beabsichtigten Präsidentschaftskandidatur drei bis vier Millionen Stimmen auf sich vereinigen könnte. Doch das blieben Mutmaßungen, denn im Sommer 1935 wurde Long Opfer eines Attentats, und seine Bewegung zerfiel.

Für Roosevelt zwar weniger bedrohlich, aber für die soziale Unruhe im Lande ebenso bezeichnend war die Bewegung des kalifornischen Arztes Dr. Townsend, der das Problem der Altersarmut mit dem Versprechen lösen wollte, jedem Bürger über 60 Jahre 200 Dollar monatlich aus der Staatskasse unter der Bedingung zu zahlen, dass das Geld bis zum Monatsende ausgegeben werden müsse. Die von ihm gegründeten 4500 Clubs brachten es fertig, an einem Tage 500.000 Menschen in dreißig Städten der USA zu versammeln.

Die Gesetzgebung des *New Deal* hat die doppelte Struktur der bundesstaatlichen Sozialpolitik bis heute geprägt. Beide Grundprinzipien des Sozialstaates, die beitragsfinanzierte Sozialversicherung (*social security*) und die steuerfinanzierte Sozialhilfe oder Sozialfürsorge (*welfare*) gehen auf die dreißiger Jahre zurück. Heute sind auch in den USA die Sozialausgaben der größte Einzelposten im Etat des Bundeshaushaltes, 1989 betrug er 41%.<sup>23</sup> Die beitragsfinanzierten Sozialversicherungen werden heute von den Amerikanern als Ergebnis eigener, individuell verdienter Arbeit akzeptiert. Der *New Deal* stand am Anfang einer mentalen Revolution. Das gilt besonders für die 1935 eingeführte, durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanzierte Altersrentenversicherung, die 1939 auf Hinterbliebene und 1956 auf Erwerbsunfähige ausgedehnt wurde; aber auch für die Bundeszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung (1935), für die seit 1948 in allen Einzelstaaten eingeführte Unfallversicherung und für die seit 1965 geltende Krankenversicherung für Rentenbezieher (*Medicare*). Die sozialpolitische, von der Mehrheit der Amerikaner akzeptierte Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass in der amerikanischen Gesellschaft nicht die Ärmsten, sondern die Alten die vergleichsweise am besten geschützte Gruppe sind. Sie dürfen im Alter genießen, was sie mit eigener Arbeit verdient haben. Während der Präsidentschaft Eisenhowers hat besonders Nelson D. Rockefeller dafür gesorgt, dass dieses System erhalten blieb; als Reagan 1981 den Versuch machen wollte, die »heilige Kuh« der amerikanischen Sozialpolitik, die Altersrente, anzutasten, wurde er von seinen republikanischen Parteifreunden umgehend eines Besseren belehrt.<sup>24</sup>

Auch die steuerfinanzierten Sozialhilfeleistungen des Bundes (*welfare*) gehen auf den *New Deal* zurück, die 1935 mit Einkommensbeihilfen für bedürftige Alte, Blinde und bedürftige Familien mit minderjährigen Kindern begannen, 1950 durch Beihilfe für Behinderte, im Rahmen des »Krieges gegen die Armut« unter Präsident Johnson

23 Holtfrerich (Hg.), *Wirtschaft USA 1991*, S. 264.

24 Nash et al., *Social Security 1988*, S. 77 ff.; eine vorzügliche Übersicht über die amerikanischen Sozialgesetze in: Murswieck, *Sozialpolitik 1990*, S. 162–66.

durch Ernährungsbeihilfen (*Food Stamp Program*), 1965 durch die Kostenübernahme für die medizinische Versorgung Bedürftiger (*Medicaid*), schließlich 1974 um eine Einkommenssicherungshilfe ergänzt wurden. Heute gibt es im Bereich der Sozialhilfe über 70 Einzelprogramme, deren Inanspruchnahme von einer individuellen Prüfung des Einkommens und der Bedürftigkeit abhängig ist.

Reagans Attacken gegen die – aus seiner Sicht – Übertreibungen des Sozialstaates und seine Vorschläge zur Einsparung richteten sich in erster Linie gegen diesen Bereich. In seinem Kampf gegen die Auswüchse des Sozialstaates konnte er sich auf ein verbreitetes Meinungsmuster stützen, wonach diese Programme an Korruption und bürokratischer Inkompetenz litten und vor allem die »wahrhaft Bedürftigen« nicht von den Schmarotzern und Faulenzern schieden. Heute oszilliert die öffentliche Debatte zwischen dem Bedürfnis der Bürger, sich gegen die Risiken von Alter, Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit zu schützen sowie die Not des unteren Drittels der amerikanischen Bevölkerung zu lindern, und dem Ruf nach weniger Staat, weniger Steuern, mehr Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortlichkeit und der Rückkehr zu den traditionellen amerikanischen Werten. Im Prinzip liegt den gegensätzlichen Positionen, wie 1932, ein unterschiedliches Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde. Der Wahlkampf zwischen Hoover und Roosevelt ist nicht beendet.



## 6. Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten (1933–1945)

Der wesentliche Inhalt der deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1890 bis 1945 war der strategische und wirtschaftliche Widerstreit zwischen dem zweifachen Versuch des Deutschen Reiches nach Bismarck, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden, und der zweifachen Antwort der USA, dies zu verhindern und Deutschland in der Position eines demokratischen Mittelstaates in Europa zu halten. Der geistige, moralische und politische Widerstreit zwischen Demokratie und Nationalsozialismus war ein integraler Bestandteil dieses Konfliktes. Der Aufstieg Amerikas zur welthegeemonialen Macht des Jahres 1945 und die Begründung einer Pax Americana in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren eine Folge der doppelten deutschen Herausforderung.

Wechsel und Diskontinuität sind das besondere äußere Merkmal der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den USA. Das gilt für die Zeit von 1890–1945 im Allgemeinen, für die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft im Besonderen. Höhe- und Umschlagpunkt dieses Kampfes waren die Jahre 1939–1941, als das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das imperiale Japan »Neue Ordnungen« auf dem eurasischen Doppelkontinent zu errichten drohten, die die weltweiten Interessen der USA und das *eine amerikanische Modell* für die ganze Welt zu zerstören drohten, den »novus ordo seclorum«, wie auf jeder Dollarnote zu lesen ist. Spätestens seit Herbst 1940 sah Hitler in dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt den eigentlichen Feind und weltpolitischen Gegner seines Versuches, Europa unter die nationalsozialistische Rasseherrschaft zu zwingen. Genauso sah Roosevelt sich selbst, und so hat damals die westliche Welt Roosevelt gesehen. In den Jahren 1940/41, als die Zukunft der westlichen, d. h. der christlich-jüdischen, liberalen und kapitalistischen Zivilisation auf dem Spiel stand, war Roosevelt die letzte Hoffnung der Demokratien und die eigentliche Alternative zu Hitler; nicht der sowjetische Diktator Stalin, auch nicht der konservative Tory und Empire-Politiker Churchill.

Im Mittelpunkt der folgenden zusammenfassenden und problemzentrierten Überlegungen soll der »Faktor« Deutschland im außenpolitischen Kalkül der USA von 1933 bis 1945 stehen. Sie werden versuchen, auf zwei Fragen eine Antwort zu geben. Erstens: Warum hatten der amerikanische Präsident Roosevelt und die sogenannten Interventionisten eine widerstreitende, im bündnispolitischen Isolationismus befangene Nation schon vor dem Überfall auf Pearl Harbor und vor der deutschen Kriegserklärung an die USA vom 11. Dezember 1941 an einen Punkt geführt, an dem nicht mehr fraglich war, *ob*, sondern nur *wann* und *wie* die USA in den Zweiten

*Erstveröffentlichung:* Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Piper. München/Zürich 1989, S. 57–73.

Weltkrieg eintreten würden? Oder anders formuliert: Was waren die Ursachen für den amerikanischen Kriegseintritt gegen Deutschland? Zweitens: Was sollte aus der Sicht der USA nach der absehbaren Niederlage des Nationalsozialismus mit dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk in der Mitte Europas geschehen? Oder anders formuliert: Wie sah die amerikanische Deutschlandplanung im Kriege aus?

## I.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, entbehrten die deutsch-amerikanischen Beziehungen fast jeder Substanz. Deutschland und Amerika waren »Oceans apart«. Deutschland spielte in der tatsächlichen Außenpolitik der USA des Jahres 1933 nur eine marginale Rolle. Dieser Substanzverlust war in zwei Etappen erfolgt. Im strategisch-bündnispolitischen Sinne hatte der Rückzug der USA aus Europa mit den beiden Weigerungen des amerikanischen Senats im Jahre 1920 begonnen, einerseits die Völkerbundsatzung und dadurch den Versailler Vertrag in der von Präsident Wilson 1919 in Paris ausgehandelten Form zu ratifizieren, und andererseits einem amerikanisch-französischen Bündnisvertrag die Zustimmung zu geben, die die französischen Politiker Wilson gegen den Verzicht auf das linke Rheinufer abgerungen hatten. Gemäß dem Wahlslogan von Präsident Harding »Zurück zur Normalität« kehrte der Senat zur Normalität amerikanischer Außenpolitik seit dem Ende des ersten und einzigen Bündnisses mit Frankreich im Jahre 1798 zurück, sich nicht durch Bündnisse die freie Hand nehmen zu lassen und in die Händel des alten, aus amerikanischer Sicht ohnehin korrupten Europa zu verstricken (»no entangling alliances«). Dieses Anathema amerikanischer Außenpolitik galt für 150 Jahre, von 1798 bis zur Gründung der NATO im Jahre 1949.

Deshalb gab allein der außerordentliche wirtschaftliche Einfluss der USA in Europa und Deutschland den deutsch-amerikanischen Beziehungen in den zwanziger Jahren Rückhalt und Substanz (Dawes-Plan, Young-Plan, US-Investitionen in Deutschland etc.). Bündnispolitische Beziehungen gab es nicht, die zeitweilige Gemeinsamkeit in der Abrüstungsrhetorik blieb verbal, weil sich dahinter tiefgreifende nationale Interessengegensätze und unterschiedliche geographische Ausgangslagen verbargen. Die Große Depression von 1929–1933, die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Beginn der industriellen Revolution, zehrte auch die verbliebene wirtschaftliche Grundlage der deutsch-amerikanischen Beziehung auf. Die Krise zerstörte mit dem offenen Weltmarkt auch die sachliche Grundlage der Zusammenarbeit. Der Rückzug amerikanischen Kapitals, der Zusammenbruch des Weltwährungssystems im Sommer 1931, das Schrumpfen des Welthandels, der krisenverschärfende, aus innenpolitischen Zwängen den Regierungen aller Staaten aufgenötigte Protektionismus, schließlich das tatsächliche Ende des Problems der deutschen Reparationen und der Kriegsschulden der Alliierten an die USA vernichteten die Parallele der wirtschaftlichen Interessen.

Objektiv und in Hitlers Augen führte die Weltwirtschaftskrise zum Einflussverlust der USA. Hitler hielt deshalb Amerikas Wohlwollen zwar für nützlich, aber für vergleichsweise belanglos. Kurz- und mittelfristig konnte er davon ausgehen, seine

außenpolitischen Ziele in Europa ohne Rücksicht auf die USA zu verfolgen. Deshalb hat er in seiner tatsächlichen Außenpolitik die USA bis zum Münchner Abkommen von 1938 ganz, bis zum Überfall auf Polen weitgehend ignoriert. Roosevelt seinerseits besaß, als er am 4. März 1933 sein Amt antrat, nicht einmal mehr die wirtschaftlichen Mittel, um die NS-Außenpolitik zu beeinflussen – wenn er es überhaupt gewollt und angesichts des dominanten isolationistischen Zeitgeistes in den USA gekonnt hätte. Beide Politiker setzten 1933 Prioritäten, ohne auf das jeweils andere Land Rücksicht zu nehmen, mit der Konsequenz, dass sich im Jahre 1933 hinter der offiziellen Fassade diplomatischer Normalität das Beziehungsgeflecht weiter auflöste. Für Roosevelt hatte die innenpolitische Reformstrategie zur Überwindung der schweren Wirtschaftskrise in den USA, der »New Deal«, absoluten Vorrang. Am 3. Juli 1933 ließ Roosevelt durch seine »bomb-shell-message« die Londoner Weltwirtschaftskonferenz aufliegen. Der Präsident machte damit klar, dass die USA zunächst nicht zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten zur Überwindung der Großen Depression bereit waren. Auch Hitler setzte 1933 Prioritäten. Deutschland verließ am 14. Oktober 1933 die Genfer Abrüstungskonferenz und kündigte zugleich Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund an. Während Europa und die USA schockiert waren, versuchte Roosevelt den innenpolitischen Schaden taktisch zu begrenzen. Er tat das durch eine Bekräftigung des Glaubensbekenntnisses der isolationistischen Mehrheit (das er nicht teilte), wonach die »Neue Welt« mit der »Alten Welt« politisch nichts gemein habe. Die europäischen Staaten müssten selbst wissen, ob sie nach Hitlers Entscheidung die Abrüstungsgespräche fortsetzen wollten.

Auf die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur reagierte das amerikanische Volk zunächst innenpolitisch. Schon im ersten halben Jahr der NS-Herrschaft setzte ein dramatischer Verfall des deutschen Ansehens in den USA ein, schon 1933 kam ein Teil der öffentlichen Meinung in den USA zu dem Schluss, dass die neue Diktatur eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle und die Wirkungen der nationalsozialistischen Revolution nicht auf Deutschland beschränkt blieben. 1933 formierte sich eine Bewegung für einen Boykott deutscher Waren in Amerika, am 7. März 1934 kam es im Madison Square Garden in New York zu einem »Schauprozess«, als 20 Zeugen gegen Hitler und den Nationalsozialismus aussagten und 20 000 Menschen daraufhin die deutsche Regierung wegen Verbrechens gegen die Zivilisation verurteilten. Zugleich richtete die amerikanische Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit in wachsender Unruhe auf das vermeintliche »Trojanische Pferd« der NSDAP in den USA, den im Juli 1933 mit finanzieller Hilfe der NSDAP und Unterstützung deutscher Konsulate entstandenen »Bund der Freunde des Neuen Deutschland«.

Die Furcht, dass das nationalsozialistische Deutschland den Weltfrieden und möglicherweise die innere Sicherheit der USA gefährde, führte nun nicht zu einer präventiven Interventionspolitik der USA in Europa, sondern im Gegenteil zu einer Verstärkung der isolationistischen Grundstimmung des amerikanischen Volkes, sich angesichts dieser Gefahrensignale noch entschiedener von Europa zu isolieren. Diese Grundstimmung ist die wichtigste Determinante amerikanischer Außenpolitik bis zum Ausbruch des europäischen Krieges im Jahre 1939. Was Hitler, Mussolini und Japan 1940 mit dem Drei-Mächte-Pakt später vergeblich versuchten, nämlich

Amerika aus Europa und Asien herauszuhalten und in die westliche Hemisphäre zurückzuschrecken, das tat der amerikanische Kongress durch Verabschiedung von Neutralitätsgesetzen zunächst selbst.

Die weltpolitische Situation war paradox. Als ab 1935 in Europa und im Fernen Osten einer jener beschleunigten Prozesse einsetzte, der Jacob Burckhardt globales Anschauungsmaterial für seine Betrachtung geschichtlicher Krisen zur Verfügung gestellt hätte, führte der Kongress unter dem Druck der öffentlichen Meinung den nach Versailles begonnenen Prozess der politischen Isolierung von Europa zu seinem logischen und radikalen Ende. Durch die Neutralitätsgesetze von 1935 bis 1937 vervollständigte der Kongress den Index der für die Regierung Roosevelt in Kriegs- und Krisenzeiten verbotenen außenpolitischen Maßnahmen. Das rigorose dritte Neutralitätsgesetz vom 1. Mai 1937 enthielt ein *unparteiisches* Ausfuhrverbot für Waffen, Munition und Kriegsgerät; das Verbot von Anleihen an kriegführende Staaten; das Verbot für amerikanische Bürger, auf Schiffen kriegführender Nationen zu reisen; das Verbot für amerikanische Handelsschiffe, Waren an kriegführende Staaten zu transportieren; das Verbot, amerikanische Handelsschiffe zu bewaffnen, die den nicht verbotenen Handel mit kriegführenden Staaten betrieben. Diese Verbote traten automatisch in Kraft, wenn der Präsident »fand«, dass ein Kriegszustand zwischen Nationen bestand. War diese Feststellung einmal getroffen, beschränkte sich das Ermessen des Präsidenten auf die »Cash-and-Carry-Klausel«. Nach dieser Klausel war es den kriegführenden Staaten gestattet, mit Ausnahme »tödlicher Waffen« alle Waren in den USA zu kaufen, wenn diese vor dem Verlassen amerikanischer Häfen durch Barzahlung in das Eigentum der Ausländer übergegangen waren (Cash) und von ihnen auf eigenen Schiffen abtransportiert wurden (Carry). Da diese Klausel auf zwei Jahre begrenzt war, stand Roosevelt beim Ausbruch des europäischen Krieges im September 1939 dieses Mittel nicht mehr zur Verfügung.

Obwohl Roosevelt und Außenminister Cordell Hull dieses Gesetz nicht gewollt hatten und, wie zu zeigen sein wird, die Grundüberzeugung der Isolationisten nicht teilten, wonach das nationale Interesse der USA auf die westliche Hemisphäre zu begrenzen sei, ließen sie diese Gesetze passieren, um die Gesetzgebungsmehrheit für die innenpolitischen Reformmaßnahmen des New Deal nicht zu gefährden. Diese innenpolitische Rücksichtnahme bedeutete aber auf der anderen Seite eine Verstärkung von Roosevelts außenpolitischer Einflusslosigkeit in Europa und Asien.

Erst wenn man die Roosevelt verbliebenen Mittel mit der amerikanischen Europapolitik von 1917 bis 1929 oder ab 1941 bis zur Gegenwart vergleicht, wird der durch den Kongress und die öffentliche Meinung außerordentlich begrenzte Handlungsspielraum des Präsidenten von 1933 bis 1940 hinreichend deutlich. Er konnte als unbewaffneter Prophet nur Botschaften an Hitler und Mussolini verfassen, z. B. während der Sudetenkrise, nach dem deutschen Einmarsch in Prag oder nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes. Der handelspolitische Nadelstich, Deutschland beim Abschluss außenhandelspolitischer Verträge mit Drittstaaten ausdrücklich von der unbedingten Meistbegünstigungsklausel auszunehmen, beeindruckte Hitler offenbar ebenso wenig wie die gegenseitige Rückberufung der Botschafter nach der Reichskristallnacht. Angesichts der Neutralitätsgesetze und der isolationistischen

Mehrheitsmeinung – Anfang September 1939 antworteten laut Gallup-Umfrage 84 % der Interviewten auf die Frage, ob die USA ihre Armee und Flotte gegen Deutschland einsetzen sollten, mit »Nein«<sup>1</sup> – konnte die Regierung Roosevelt erst dann hoffen, eine aktive Europa- und Asienpolitik betreiben zu können, wenn sie die Mehrheit der Amerikaner davon überzeugt hatten, dass die vitalen Interessen der USA durch die Achsenmächte und Japan gefährdet seien. Genau das war seit 1937 die zentrale Aussage des Präsidenten im innenpolitischen Kampf mit den Isolationisten, der erst durch Pearl Harbor beendet wurde.

Der Kern dieses innenpolitischen Konfliktes war nun nicht das moralische und demokratische Problem, ob Roosevelt das amerikanische Volk in der Frage von Krieg und Frieden taktisch behandelte, ihm Teile der Wahrheit verschwieg oder es gar belog (alles das tat er), auch nicht das Problem, ob die Isolationisten Roosevelts Motive verzeichneten und ihn zum Kriegstreiber mit Diktator-Neigungen abstempelten (alles das taten sie), sondern der nicht überbrückbare Gegensatz zwischen beiden Lagern über die aktuelle und zukünftige Stellung der USA in der Welt. Zwischen 1937 und 1941 wurde die vierte große innenpolitische Debatte über die außenpolitische Frage geführt, ob die USA eine Weltmacht im wörtlichen Sinne sein oder sich mit der Rolle einer regionalen Großmacht in der westlichen Hemisphäre bescheiden sollten – die vierte Debatte nach 1898, 1914–1917 und 1920. In dieser Debatte nahm die Einschätzung der nationalsozialistischen, weniger der japanischen Gefahr für die USA einen zentralen Platz ein. *Der Konflikt drehte sich um das Bedrohungspotential Hitlers und des nationalsozialistischen Deutschlands für die Vereinigten Staaten.* Wer nach den Umständen und Ursachen des amerikanischen Kriegseintritts gegen Deutschland fragt, ist deshalb gut beraten, wenn er die Hauptargumente dieses Konfliktes rekonstruiert. Denn der Grund für den US-Kriegseintritt lag nicht in der Herausforderung durch Deutschland, Italien und Japan als solcher, sondern in der Weise, wie die Internationalisten, mit Roosevelt an ihrer Spitze, diese Herausforderung interpretierten. Deshalb sollen im Folgenden die Positionen beider Lager in idealtypischer Verknappung vorgestellt werden.

Die Isolationisten hatten sich eine sehr effektive Organisation, das »America First Committee« geschaffen, dessen prominentestes Mitglied der Flieger, Atlantiküberquerer und Volksheld Charles Lindbergh wurde. Auf jeden Fall war Lindbergh bis 1941 der populärste innenpolitische Gegner Roosevelts. Die vier Prinzipien des »America First Committee«, die in millionenfacher Auflage verbreitet und über das Radio propagiert wurden, beschränkten das vitale, d. h. notfalls mit Waffengewalt zu verteidigende Interesse der USA auf die westliche Hemisphäre, den östlichen Pazifik und den westlichen Atlantik, im geographischen Sinne auf knapp die Hälfte des Erdballs. Diese vier Prinzipien hatten folgenden Wortlaut:

---

1 The Gallup Poll. Public Opinion 1935–1957, Vol. I, 1935–1948, New York 1972, S. 180.

1. Die Vereinigten Staaten müssen ein uneinnehmbares Verteidigungssystem für Amerika aufbauen.
2. Keine auswärtige Macht, auch keine Gruppe von auswärtigen Mächten, kann ein aufgerüstetes Amerika erfolgreich angreifen.
3. Die Demokratie in Amerika kann nur bewahrt werden, wenn wir uns aus dem europäischen Krieg heraushalten.
4. Hilfe bis an den Rand des Kriegseintrittes schwächt die nationale Verteidigung bei uns und droht, Amerika in Übersee in den Krieg hineinzuziehen.

Als Konsequenz dieser Prinzipien traten die Isolationisten entschieden dafür ein, dass die USA nicht in den europäischen Krieg eingriffen. Solange die USA selbst nicht angegriffen würden, war nach Ansicht der Isolationisten ein Kriegseintritt der USA nicht zu rechtfertigen – was auch immer in Europa und Asien geschehe. Die Übel, die für die USA daraus erwachsen würden, seien größer als die Konsequenzen eines Sieges der Achsenmächte.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen waren für viele Isolationisten ein schlagendes Beispiel für die völlige Nutzlosigkeit, das Geschehen im alten, moralisch verrotteten und immer wieder von Kriegen erschütterten Europa mitbestimmen zu wollen. Hatte die Entwicklung seit 1919 nicht überzeugend bewiesen, wie richtig die traditionelle »splendid isolation« der USA im 19. Jahrhundert gewesen war? Hatte nicht der Untersuchungsausschuss unter Vorsitz des Senators Gerald P. Nye in den Jahren 1934/35 vor aller Öffentlichkeit demonstriert, dass die amerikanische Nation von den internationalen Bankiers und der Rüstungsindustrie, den »Kaufleuten des Todes«, in den Ersten Weltkrieg hineingezogen worden war? Anstatt noch einmal die Rolle des Weltpolizisten zu spielen, anstatt noch einmal für das Britische Empire die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sollten sich die USA weiter an die kluge Abschiedsbotschaft George Washingtons erinnern, in der er der Nation geraten hatte, sich aus Europas Kriegen herauszuhalten.

Die Sicherheit der USA sei, so die Isolationisten, durch Hitler nicht gefährdet, ein in defensiver Absicht bis an die Zähne bewaffnetes Amerika, eine »Festung Amerika« im Besitz einer Zwei-Ozeane-Flotte, sei für jeden Angreifer uneinnehmbar. Durch die Reden des Präsidenten und durch die Sprecher der Regierung werde eine hysterische Furcht vor einer Invasion der Nazis geschürt. Aussagen wie die des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Frankreich, William C. Bullitt, Hitler werde nach einem Fall Englands in die Unabhängigkeitshalle von Philadelphia einmarschieren, seien nichts als Kriegstreiberei. Auch wirtschaftlich könnten die USA, so argumentierten die Isolationisten, den Verlust der Märkte in Eurasien verkraften. Selbst nach einem Sieg in Europa könne Hitler keineswegs die Handelsbedingungen diktieren. Handel sei nie eine Einbahnstraße. Außerdem bringe eine Steigerung des Binnenhandels um fünf Prozent mehr Dollars ein als ein Anwachsen des Außenhandels um 100 Prozent. Alles in allem: für das Überleben der USA gebe es »no clear and present danger«.

Die Internationalisten dagegen, an ihrer Spitze Roosevelt, reduzierten das nationale Interesse der USA nicht auf die westliche Hemisphäre, sondern bestimmten es im globalen Maßstab, und zwar wirtschaftlich, militärisch und ideell, ohne der isolationistischen Mehrheit bis Pearl Harbor zu sagen, dass ein Kriegseintritt der USA die notwendige Folge dieser Bestimmung des nationalen Interesses sein musste.

Schon seit ungefähr 1934, seit der Verkündung des neuen Außenhandelsgesetzes der USA, hatte sich ein handelspolitischer Gegensatz zwischen den USA und den späteren Aggressorstaaten entwickelt, der durch die militärischen Erfolge dieser Mächte eine qualitativ neue, nämlich den Kriegseintritt der USA mitentscheidende Funktion gewann. Mit jedem militärischen Erfolg rückte eine mögliche ökonomische Zukunft näher, deren Verwirklichung in den Augen Roosevelts und der Internationalisten die Katastrophe für die amerikanische Wirtschaft schlechthin bedeutet hätte. Ihre Grundstruktur sei mit wenigen Sätzen nachgezeichnet: Ein Sieg Hitlers und Italiens in Europa, Japans im Fernen Osten würde beide Regionen in ein System fast autarker Planwirtschaft zwingen. Die USA würden ihre Investitionen verlieren, das Handelsvolumen würde drastisch fallen und Außenhandel, wenn überhaupt, zu den Bedingungen der Achsenmächte stattfinden. Südamerika, der natürliche Lieferant Europas, würde zusehends unter den Einfluss von Hitlers Europa geraten. Durch das Schrumpfen der Import- und Exportindustrie der USA und der damit verbundenen sekundären Effekte auf die gesamte Volkswirtschaft würde das vom New Deal gelöste Arbeitslosenproblem sich radikal zuspitzen und soziale Spannungen erzeugen, die im Rahmen des bestehenden Systems nicht gelöst werden könnten. Mit anderen Worten: Für die Internationalisten war der offene, ungeteilte Weltmarkt eine der Grundbedingungen für das Überleben des amerikanischen Systems. Zum militärischen Aspekt: Zu Beginn der Präsidentschaft Roosevelts umfasste die amerikanische Sicherheitszone die westliche Hemisphäre und den halben Pazifik, insgesamt ein Drittel des Erdballs. Seit der Konferenz von München und der fast gleichzeitigen Verkündung einer »Neuen Ordnung« in Ostasien durch Japan schob Roosevelt die Grenzen der Sicherheit der USA immer weiter hinaus, bis sie spätestens 1941 mit dem Pacht- und Leihprogramm globale Dimensionen im wörtlichen Sinne angenommen hatten. Die Ausdehnung lag in der Überzeugung begründet, dass das letzte Ziel der Achsenmächte, besonders Hitlers, die Eroberung der Welt, einschließlich USA, sei. Im April 1941 teilte die Mehrheit der Amerikaner diese Einschätzung Roosevelts. Laut Umfrage waren sogar 52,9 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, dass nach einem Fall Englands und der Ausschaltung der englischen Flotte Hitler tatsächlich fähig sei, eine Invasion der USA erfolgreich durchzuführen<sup>2</sup>.

Einer der Eckpfeiler in dieser Neuorientierung war eben eine neue Bestimmung der Grenzen der Sicherheit der USA: Eine Beschränkung auf die Verteidigung der westlichen Hemisphäre sei selbstmörderisch; ohne die Kontrolle der Weltmeere glichen diese »highways« – so ein oft gebrauchter Vergleich Roosevelts –, die die Achsenmächte jederzeit zum Angriff auf die USA nutzen könnten. Eine Kontrolle der Meere könne aber nicht von der US-Flotte allein geleistet werden; sie sei nur möglich, wenn Europa und

2 Vgl. Hadley Cantril, Mildred Strunk (Hrsg.), *Public Opinion 1935–1946*, Princeton 1951, S. 977, 982f.

Asien nicht von den Achsenmächten beherrscht würden und ihnen die Schiffbaukapazitäten zweier Kontinente zur Verfügung stünden. Frankreich, England und China, seit Juni 1941 auch die Sowjetunion, müssten unterstützt werden, weil sie stellvertretend die USA mitverteidigten. Auch im militärischen Sinne hätten die USA ein vitales Interesse an der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa und Asien.

Die dritte globale Komponente in der Bestimmung des nationalen Interesses der USA vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg war die ideelle. In fast ermüdender Wiederholung hat Roosevelt immer wieder erklärt: Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung und die Pflicht der Staaten, sich in der internationalen Politik den Grundsätzen des Völkerrechts zu unterstellen, seien unteilbar. Diese Prinzipien müssten für alle Staaten überall auf der Welt uneingeschränkt gelten. Gewalt und Aggression als Mittel zur Veränderung des Status quo seien illegitim. Die Regierung Roosevelt hatte sich die Stimson-Doktrin aus dem Jahre 1932 uneingeschränkt zu eigen gemacht, nach der die USA gewaltsame territoriale Veränderungen nicht anerkennen würden. Im Selbstverständnis Roosevelts war die heraufziehende Auseinandersetzung mit den Achsenmächten nie nur ein Konflikt zwischen den »Habenden« und den »Habenichtsen«. Er deutete ihn als einen epochalen Kampf um die zukünftige Gestalt der Welt zwischen Aggressoren und friedlichen Nationen, zwischen liberaler Demokratie und Faschismus, zwischen westlicher, christlich-humanistischer Zivilisation und Barbarei, zwischen Bürgern und Verbrechern, zwischen Gut und Böse.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in Roosevelts Denken der ideelle und wirtschaftliche Globalismus der Freiheit (»Wilson's liberal globalism«) mit einem durch die Entwicklung der Waffentechnik und die angenommenen Weltherrschaftspläne Hitlers bedingten militärischen Globalismus verband. Deshalb mussten die USA selbst in den Krieg eintreten, um sowohl die »Neuen Ordnungen« in Europa und Asien zu zerstören als auch die eigene Position als zukünftige Weltmacht zu sichern. Die eigentümliche Dialektik amerikanischer Weltmachtpolitik im 20. Jahrhundert, nämlich die globale Definition des eigenen nationalen Interesses in Verbindung mit dem behaupteten Weltherrschaftswillen des Feindes, trat auch von 1939 bis 1941 klar zutage.

## II.

Während von 1933 bis 1941 die Dynamik der deutsch-amerikanischen Beziehungen von Hitler und dem nationalsozialistischen Deutschland ausgegangen war, ging seit dem 11. Dezember 1941 die militärische, vor allem die politische Initiative auf die USA über. Mit der sich spätestens 1943 abzeichnenden militärischen Niederlage des Dritten Reiches wurde offenbar, dass das zukünftige Schicksal Deutschlands in erheblichem Maße von der amerikanischen Deutschlandplanung im Kriege abhängen würde. Auf diesen zentralen Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen werden sich die folgenden Ausführungen konzentrieren.

Eine einheitliche, kohärente Deutschlandplanung hat es nicht gegeben. Einig waren sich Roosevelt, das amerikanische Volk und die Alliierten nur in den negativen



Kriegs- und Friedenszielen: bedingungslose Kapitulation, d. h. keinen Verhandlungsfrieden, Vernichtung des Nationalsozialismus und deutschen Militarismus. Das deutsche Volk musste entwaffnet, entnazifiziert und umerzogen, die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst, die Kriegsverbrecher abgeurteilt und jede Möglichkeit einer nochmaligen deutschen Aggression für alle Zeiten verhindert werden. Doch jenseits dieser Ziele hat die amerikanische Politik bis zum Tode Roosevelts am 12. April 1945 keine einheitliche Deutschlandplanung entwickelt, weil man sich nicht entscheiden konnte, was man langfristig wollte; ob man Deutschland einen harten Frieden der Rache und Unterdrückung, Zerstückelung und Verelendung auferlegen oder dem Land die Chance geben sollte, als entnazifizierter, friedfertiger und wirtschaftlich stabiler Staat in die Gemeinschaft der Völker zurückzukehren. Denn genau über diese Frage gab es einen heftigen, hin und her schwankenden Kampf innerhalb der amerikanischen Regierung. Die Unklarheit in dieser zentralen Frage, verbunden mit Roosevelts Vorsatz, Probleme der Nachkriegsordnung möglichst aufzuschieben, verbunden mit Kämpfen zwischen Zivilisten und Militärs, mit einem Nebeneinander verschiedener Planungskommissionen, mit konfusen Entscheidungsabläufen und mit einem wechsellvollen Ringen von Instanzen und Personen von Einfluss auf Roosevelt, haben verhindert, dass es zu einem Deutschlandkonzept aus einem Guss kam. Paradebeispiel dafür ist der bündnis- und regierungsinterne Machtkampf um den Morgenthau-Plan, den man im Einzelnen fast nur als Satire beschreiben kann.

Man muss allerdings berücksichtigen, dass die entscheidenden Fragen nach der Einheit oder Aufteilung Deutschlands, nach seinen Grenzen, den Reparationen und der Qualität der Besatzungspolitik entschieden oder zumindest vorbedacht werden mussten in einem Klima der ungezügelter Kriegsleidenschaft, des Hasses und der Verachtung gegenüber Deutschland und den Deutschen, das sich noch verstärkte, als mit dem Vormarsch der alliierten Truppen an allen Fronten der Weltöffentlichkeit das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik und des Völkermordes an Juden, Polen, Russen und anderen Völkern bekannt wurde.

Der ambivalenten Planung entsprechen die widersprüchlichen Ergebnisse. Roosevelt hat bis zu seinem Tode an Plänen zur Zerstückelung Deutschlands festgehalten, die auf der Konferenz von Jalta zu einem prinzipiellen Beschluss erhoben worden waren. Während Roosevelt als Vertreter eines harten Friedens in dieser Frage zumindest konsequent blieb, führten die widerstreitenden Deutschlandkonzeptionen dazu, dass zwei andere zentrale Probleme gegenläufig entschieden wurden: Reparationen und amerikanische Besatzungspolitik nach dem Kriege. Während sich Roosevelt in der Reparationsfrage spätestens seit den Vorbereitungen zur Konferenz von Jalta den gemäßigten und wirtschaftlich begründeten Argumenten des Außenministeriums beugte, entsprang die Direktive 1067 des Vereinigten Generalstabs über die Besatzungspolitik nach dem Kriege noch in erheblichem Maße dem Geiste der Rache, nämlich dem Geist des Morgenthau-Plans. Dieser sollte, so der Titel, Deutschland daran hindern, einen dritten Weltkrieg zu beginnen. Angesichts dieses in der neueren Forschung nicht mehr bestrittenen Sachverhaltes sollen im folgenden nicht die bekannten Einzelheiten der Planung über die Besatzungspolitik, die Reparationsfrage, den Alliierten Kontrollrat oder den Morgenthau-Plan erzählt, sondern umgekehrt die

Frage zu beantworten versucht werden, *warum es keine kohärente Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg gegeben hat*. Dafür lassen sich neben mehreren zweitrangigen zwei Hauptgründe angeben: Die erste und wichtigste These lautet, dass für Roosevelt die amerikanische Deutschland-Planung im Zweiten Weltkrieg eine untergeordnete Funktion, eine abhängige Variable der amerikanischen Politik gegenüber Stalin und der Sowjetunion gewesen ist. Um dies zu begründen, müssen die wichtigsten Motive des Präsidenten für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erläutert werden.

Zwei Tage nach dem Überfall auf Pearl Harbor schloss Roosevelt eine seiner berühmten Kaminplaudereien mit den hoffnungsvollen Sätzen: »Wir werden den Krieg gewinnen, und wir werden den Frieden gewinnen.« Für beides glaubte Roosevelt auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen zu sein.

Roosevelt brauchte die Sowjetunion im Kriege, weil er einen *amerikanischen Krieg* führen und gewinnen musste, d.h. mit beispiellosem Materialeinsatz und vergleichsweise geringen Opfern an amerikanischen Menschenleben. Die USA brauchten die sowjetischen Soldaten, um die deutschen und japanischen Landheere niederzuringen. Nur so konnte Roosevelt hoffen, die gewaltige Kriegsanstrengung politisch zu überleben. Es ist nützlich, sich gelegentlich in Erinnerung zu rufen, dass Deutschland ohne Volksdeutsche und Österreicher schätzungsweise 3,76 Millionen Soldaten, Japan 1,2 Millionen, die Sowjetunion 13,6 Millionen und die USA fast 260 000 Soldaten im Zweiten Weltkrieg verloren haben. Für jeden Amerikaner, der im Krieg fiel, starben 15 deutsche und 53 Russen. Schon 1942 wusste Roosevelt, »daß die russischen Armeen mehr Menschen der Achse töten und mehr Kriegsmaterial zerstören als die anderen 25 Vereinten Nationen zusammen«<sup>3</sup>. Angesichts der globalen Herausforderung und des Zwanges, den Weltkrieg auf amerikanische Weise gewinnen zu müssen, war Roosevelt wie sein Alliierte Churchill bereit, einen Pakt mit dem Teufel, mit Stalin, einzugehen. Während Churchills berühmter Ausspruch lautete: »If Hitler invaded Hell I would make at least a favourable reference to the Devil in the House of Commons«, pflegte Roosevelt im Zweiten Weltkrieg gelegentlich seine Version eines alten Sprichwortes zu zitieren: »My children, it is permitted you in time of grave danger to walk with the devil until you have crossed the bridge.«<sup>4</sup> Was bedeutete das? Alle Entscheidungen Roosevelts und auch noch Trumans bis zur Potsdamer Konferenz und Kapitulation Japans durften das Bündnis mit der Sowjetunion nicht gefährden. Wir wissen heute, dass Trumans überragendes Ziel in Potsdam darin lag, eine erneute Versicherung Stalins über den Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan zu erhalten. Die deutsche Frage war dagegen zweitrangig. Stalins notorisches Misstrauen über einen Sonderfrieden des Westens mit den Nazis und seine Befürchtungen, die Realisierung der »Zweiten Front« werde aufgeschoben, um möglichst viele russische Soldaten als Kanonenfutter aufzureiben, mussten so weit wie möglich beseitigt werden.

3 Zit. nach: John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947*, New York, London 1972, S. 5.

4 Zit. nach ders., *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*, New York 1982, S. 3.

Die Verkündung der »bedingungslosen Kapitulation« in Casablanca war auch ein Signal an Stalin, dass der Westen keinen Sonderfriedensvertrag mit den Aggressoren abschließen würde. Roosevelts vielgescholtene Politik des »postponement«, des Aufschiebens vieler Probleme bis nach dem Sieg, sollte auch die Gefahr vermeiden, dass die Allianz durch schwerwiegende Differenzen über Nachkriegsprobleme gesprengt würde. Schließlich hatte Roosevelts Neigung, in seinen deutschlandpolitischen Überlegungen auf das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion Rücksicht zu nehmen, die doppelte Funktion, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Kriege und nach dem Kriege zu sichern. Der amerikanische Historiker Robert Dallek hat in der bisher einzigen Monographie über den gesamten Zeitraum der Roosevelt'schen Außenpolitik das Kapitel über die Zeit von 1942 bis 1945 überschrieben: »The Idealist as Realist«<sup>5</sup>. Das trifft den Doppelcharakter der Roosevelt'schen Nachkriegsplanung, der sich auch im Verhalten zur Sowjetunion zeigt.

So wenig genau wie die amerikanischen Friedensvorstellungen zu vielen Einzelheiten der geplanten Nachkriegsordnung auch waren und so lange wie Roosevelt im Interesse einer ungestörten militärischen Zusammenarbeit im Kriege kontroverse Fragen auch hinauszuschieben versuchte, die allgemeinen amerikanischen Vorstellungen über einen zukünftigen Frieden waren der Welt während des ganzen Krieges bekannt. Sie blieben auch während des Krieges unverändert. Diese Prinzipien, diese Ideale waren schon 1941 in der AtlantikCharta verkündet worden. Sieht man genau hin, so fordern diese Prinzipien das, was Roosevelt bei einem Sieg der Achsenmächte und Japan zu verlieren fürchtete: die unteilbare Sicherheit, die unteilbare Freiheit und den unteilbaren Weltmarkt. Die Atlantik-Charta war eine in Grundsätze gegossene Form der globalen Bestimmung des nationalen Interesses der USA. Das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und der Grundsatz, dass Grenzverschiebungen nur im Einklang mit dem Willen der Betroffenen erfolgen dürfen, sollten die unteilbare Freiheit sichern. Freier Zugang aller Nationen zum Welthandel und den Rohstoffen der Erde, die Freiheit der Meere und die Zusammenarbeit der Nationen mit dem Ziel, verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufstieg und soziale Sicherheit zu gewährleisten, sollten den unteilbaren Weltmarkt ermöglichen. Gewaltverzicht, sichere Grenzen, Entwaffnung der Aggressornationen sowie ein umfassenderes und dauernderes System der allgemeinen Sicherheit sollten die Sicherheit unteilbar machen. Diese Leitbilder für die Zukunft waren alte amerikanische Ideale, die sich in der Substanz nicht von den Ideen Wilsons unterschieden.

Neu war die geschichtliche Erfahrung der Zwischenkriegszeit. Nicht nur Roosevelt und die Internationalisten, sondern auch die überwiegende Mehrheit der sogenannten Isolationisten erkannten nun rückblickend, dass alle Versuche in den dreißiger Jahren, die USA durch rigorose Neutralitätsgesetze aus den Kriegen Europas und Asiens herauszuhalten, gescheitert waren. In Zukunft würden die USA Kriege nur vermeiden können, wenn Amerika einem System kollektiver Sicherheit beiträte, das auch wirklich fähig wäre, zukünftige Kriege zu vermeiden. Amerikas Eintritt

5 Robert Dallek, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945, Part IV, New York, Oxford 1979.

in einen verbesserten und gestärkten Völkerbund schien die einzige Hoffnung für einen zukünftigen Frieden zu sein.

Auf der anderen Seite gab es aber auch den Realisten Roosevelt, der ab Herbst 1943 wusste, dass der Sieg im Zweiten Weltkrieg aus der Sowjetunion eine eurasische Weltmacht machen würde; mit der Folge, dass der Weltfrieden nach dem mörderischsten Krieg der Geschichte von einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abhängen würde. Der Realist Roosevelt wusste, dass der zukünftige Frieden im Kern kein Rechts-, sondern ein Machtfrieden sein musste. Deshalb entwickelte er seine Idee der vier Weltpolizisten, die während des ganzen Krieges das zentrale Konzept in seinem Denken blieb. Danach sollten die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und China nach dem Kriege als internationale Polizeimacht auf unbestimmte Zeit den Frieden sichern. Die auch in der historischen Literatur verbreitete Konfusion über die politische Nachkriegsordnung und Nachkriegsplanung der USA rührt nicht zuletzt daher, dass Roosevelt der amerikanischen Öffentlichkeit sein machtpolitisches Konzept der Friedenssicherung nach dem Kriege verschwieg, sowjetischen Politikern dagegen, Molotow im Mai 1942 und Stalin in Teheran – auch den Briten – , sehr genau erläuterte.

Wenn man will, ist die schließlich 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen mit ihren beiden zentralen Organen, der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat, in dem die fünf ständigen Vertreter Vetorecht haben, formal ein Kompromiss aus den beiden Konzeptionen eines allgemeinen Völkerbundes (»one nation, one vote«) und der privilegierten Stellung einiger bevorzugter Nationen.

Der Realist Roosevelt hat sich nie Illusionen darüber gemacht, dass sowohl das Konzept der vier Weltpolizisten als auch das des Sicherheitsrates von einer andauernden politischen Übereinstimmung zwischen den vier Weltpolizisten abhängen würde. Weil das so war, musste Roosevelt bis zu einem bestimmten Grade das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion in Ostmitteleuropa anerkennen, um die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Europa, im Fernen Osten, in den Vereinten Nationen, vielleicht sogar beim Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu gewinnen.

Das war aus der Perspektive Roosevelts möglich, weil er Stalin nicht für einen kommunistischen Weltrevolutionär und die Sowjetunion, im Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland und imperialistischen Japan, nicht für einen grundsätzlich expansiven und aggressiven Staat hielt. Man müsse, so Roosevelt immer wieder, Stalin Vertrauen entgegenbringen und ihm geben, was man im Rahmen der Atlantik-Charta noch gerade eben geben könne, um Stalins Misstrauen gegenüber dem Westen abzubauen.

Erst wenn man sich dieses überragende Ziel der Roosevelt'schen Außenpolitik vor Augen hält, wird klar, warum die Deutschlandplanung in einem erheblichen Ausmaß zu einer Funktion der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion wurde. Die faktische Hinnahme der Einverleibung der baltischen Staaten, die Westverschiebung Polens, die Pläne zur Zerstückelung Deutschlands und Roosevelts zeitweilige Zustimmung zum Morgenthau-Plan hatten auch die Funktion, Stalin wissen zu lassen, dass man für das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Verständnis zeige. Nur so konnte auch die amerikanische Osteuropapolitik zum Ziele führen, die darin bestand, *zugleich sowjetfreundliche und aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fordern*. Für Roosevelt waren diese Konzessionen an Stalin auch deshalb vergleichsweise

problemlos zu machen, weil sie mit seiner Grundüberzeugung übereinstimmten, Deutschland einen harten Frieden der Rache und Bestrafung aufzuerlegen. Und damit ist die zweite These genannt, warum es keine kohärente Deutschlandpolitik gegeben hat. Der aufbauende, mildere, wirtschaftlich vernünftige Weg musste sich gegen Roosevelts Grundüberzeugung durchsetzen. Oder anders ausgedrückt: Roosevelts Herz stand hinter den Grundtendenzen des Morgenthau-Plans.

Roosevelt hatte während seines ganzen Lebens von Deutschland und den Deutschen keine besonders gute Meinung gehabt. Schon als Neunjähriger, als er im Jahre 1891 das erste und einzige Mal in seinem Leben in Bad Nauheim für sechs Wochen mit einer Volksschule in Berührung kam, begannen sich bei ihm die ersten antideutschen Ressentiments zu bilden, die sich später bei Fahrradtouren durch Süddeutschland vor dem Ersten Weltkrieg verstärkten. Er hielt die Deutschen schon sehr früh für anmaßend, arrogant, militaristisch und aggressiv. Schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges sah er Deutschland als eine Nation an, die die Sicherheit und Wohlfahrt der USA gefährden könnte. Wenn es im Ersten Weltkrieg nach ihm, dem Assistant Secretary of the Navy in der Regierung Wilson, gegangen wäre, hätten die USA Deutschland schon viel früher als 1917 den Krieg erklärt.

Wilson's Deutung des Kriegseintrittes der USA in den Ersten Weltkrieg als eines Kreuzzuges für die Demokratie liberal-kapitalistischen Musters fand seine volle Billigung, umso mehr, als sein Bild von den Deutschen – den »Hunnen« – wie beim Durchschnittsamerikaner im Laufe der Zeit immer negativer wurde. Als er im Sommer 1918 auf eine Inspektionsreise nach Europa geschickt wurde, wurde er in dieser Auffassung durch Erzählungen König Georgs V. von England und des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau über deutsche Gräueltaten noch bestärkt. Der Aufstieg und der Erfolg Hitlers bestätigten Roosevelt in dieser Auffassung. Für Roosevelt war Hitler keine Ausnahmeerscheinung, der Nationalsozialismus spiegelte für ihn einen Grundzug des aggressiven, preußisch-deutschen Nationalcharakters wider. Gleichzeitig setzte bei Roosevelt eine nachträgliche Umbewertung des Versailler Vertrages ein. Dieser Vertrag war für ihn nun zu schlecht, weil er für Deutschland zu milde ausgefallen war. Dieses Mal müssten die Sicherungen gegen das Wiedererstarken eines preußisch-deutschen Militarismus besser sein. Eine Zersplitterung und Aufteilung Deutschlands hielt er für das einzige Mittel, um eine zukünftige Aggression zu verhindern.

Vor und während der Konferenz von Quebec konnte Roosevelt nicht bewegt werden, seine Unterstützung des Morgenthau-Plans aufzugeben. Er rückte erst davon ab, als der durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangte Plan im Präsidentschaftswahlkampf 1944 eine Rolle zu spielen begann, besonders als das Argument Verbreitung fand, dieser Plan stärke nur den deutschen Widerstand an der Westfront und führe dazu, die amerikanischen Menschenopfer zu erhöhen. Das letztere war in der Tat ein politisch gefährliches Argument; dem Innenpolitiker Roosevelt blieb gegen seine Grundüberzeugung nichts anderes übrig, als sich von diesem Plan zu distanzieren. Innerlich hat er vermutlich bis zu seinem Tode am Konzept eines karthagischen Friedens festgehalten.

Der Geist des Morgenthau-Planes aber fand, wie schon angedeutet, in erheblichem Maße Eingang in die Direktive 1067. Das war das Ergebnis eines langwierigen

Machtkampfes, an dem sich die Vertreter des Außen-, Schatz- und Kriegsministeriums beteiligten. Die vorletzte Fassung wurde von Roosevelt am 20. März 1945, die letzte von Truman am 11. Mai 1945 gebilligt. An diesem Tag schrieb Morgenthau in sein Tagebuch: Dies sei ein großer Tag für das Schatzministerium. »I hope somebody doesn't recognize it as the Morgenthau-Plan.«<sup>6</sup>

Auf der anderen Seite nun, und das war das zutiefst Widersprüchliche dieser Entwicklung, gewann das State Department in der Reparationsfrage während der Planungsphase für die Jalta-Konferenz wieder größeren Einfluss, was auch mit dem Wechsel im Amt des Außenministers von Cordell Hull zu Edward Stettinius Jr. zusammenhing. Auf jeden Fall reflektierten die vorbereitenden Papiere des State Department für diese Konferenz die gemäßigtere, zum großen Teil eben in langfristigen, wirtschaftlichen Kategorien denkende Position. Es sei wichtig, so der Grundtenor, dass Militärbefehlshaber in den geplanten drei Besatzungszonen eine einheitliche Politik verfolgten. Nur so könne sichergestellt werden, dass die hochindustrialisierten westlichen Teile die überaus wichtigen Nahrungsmittel aus der sowjetischen Besatzungszone erhielten. Langfristiges Ziel sei die Assimilierung eines reformierten, friedlichen und wirtschaftlich nicht aggressiven Deutschlands in ein liberales Welthandelssystem. In der Reparationsfrage wiesen die Planer im Außenministerium entschieden darauf hin, die Fehler der Vergangenheit nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu wiederholen. Um die Probleme des Geldtransfers wie nach dem Ersten Weltkrieg zu vermeiden, sollten Reparationen nur in Form von Sachlieferungen – Gütern und Dienstleistungen – erfolgen. Die Zeit für wirtschaftlich vernünftige Reparationen sollte möglichst auf fünf Jahre begrenzt sein. Vor allem sollten aber die Amerikaner auf keinen Fall wieder in die Lage gebracht werden, die Reparationen direkt oder indirekt durch Anleihen zu finanzieren. Das ganze sinnlose Schulden-Reparationskarussell der zwanziger Jahre sollte sich nicht wiederholen. Mit den Devisen, die eine auf Friedensproduktion beschränkte deutsche Wirtschaft erwerben könne, müssten zunächst und zuerst die Importe bezahlt werden. Aus dieser amerikanischen Grundposition entwickelte sich dann die Kontroverse mit Stalin und den Sowjets über das Reparationsproblem in Jalta und Potsdam.

Es war also den Amerikanern bis zur deutschen Kapitulation nicht gelungen, Besatzungspolitik und Reparationsfrage nach denselben Grundsätzen zu lösen. In der Frage der Reparationen hatte sich schließlich das Außenministerium, in der Frage der Besatzungspolitik Morgenthau, Teile des Kriegsministeriums und der Vereinigte Generalstab durchsetzen können. Erst in der Zeit von Mai bis Juli 1945, in der Zeit zwischen der deutschen Kapitulation und der Potsdamer Konferenz, entschied sich Truman schrittweise, aber doch erkennbar für die Konzeption des State Department, nämlich dafür, ein geplantes ökonomisches Chaos in Deutschland zu verhindern. Truman konnte von der Unsinnigkeit des Morgenthau-Plans überzeugt werden. Anfang Juli erzwang Truman Morgenthaus Rücktritt. In seinen Memoiren schreibt Truman, er habe den Plan nie gebilligt; er sei ein Akt der Rache gewesen, und schon zu viele Friedensverträge in der Geschichte seien aus diesem Geiste geboren.

---

6 John Morton Blum, *From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941–1945*, Boston 1967, S. 460.

# 7. Die Kontinuität der Ambivalenz. Deutsche Bilder von Amerika (1933–1945)

Wenn auch die Forschung über das deutsche Amerikabild von 1933–1945 in der Historiographie über Hitler, den Nationalsozialismus und das Dritte Reich nur einen bescheidenen Platz einnimmt und eine Gesamtdarstellung zu diesem Thema bis vor kurzer Zeit fehlte<sup>1</sup>, so gestatten die publizierten Einzeluntersuchungen doch den Versuch, einige gut bestätigte Hypothesen über die »Amerikabilder« der Deutschen von 1933–1945 – über Urteile, Vorurteile, Klischees, Stereotypen; Feind- und Hassbilder – in systematischer Ordnung vorzutragen. Das ist die Absicht des folgenden Essays, zu dem der Autor durch seine Untersuchung über Hitlers Amerikabild angeregt wurde.<sup>2</sup>

Eine chronologische Gesamtsicht der Jahre von 1933 bis 1945 führt zu der keineswegs überraschenden, aber doch grundlegenden Einsicht, dass die veröffentlichte Meinung über die Politik der USA und des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt in dem von Presselenkung, Zensur und Propaganda geprägten NS-Herrschaftssystem in erster Linie eine Funktion der NS-Außenpolitik war. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft diente die Berichterstattung über den New Deal außerdem der Legitimierung der eigenen Herrschaft. Aus dem überragenden außenpolitischen Interesse, das Hitler und die Nationalsozialisten an Amerika hatten, ergibt sich auch der große Bruch in der Produktion von Amerikabildern: von einer wohlwollend-neutralen Kommentierung Roosevelts und der amerikanischen Politik bis in die zweite Hälfte des Jahres 1937 zu einem ab 1938/39 feindlicher werdenden Meinungsklima. Während ab 1938, je nach taktischer Opportunität, die feindliche Propaganda gegenüber Roosevelt und den USA verstärkt oder vermindert wurde, schlägt sie nach der deutschen Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 in offenen Hass um. Obwohl die Zahl der Veröffentlichungen über andere Aspekte des Amerikabildes, etwa über Wirtschaft, Technik und Bauen, Architektur und Kultur, über den amerikanischen Alltag und das Freizeitverhalten der Amerikaner, über Hollywood und den amerikanischen »Geldadel«, auch von anderen Faktoren abhängt – so scheint die relative Prosperität der Jahre von 1936 bis 1938 zu einem »Amerikaboom« geführt

---

1 Siehe jetzt Philipp Gassert, *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945* (Stuttgart, 1997).

2 Detlef Junker, »Hitler's Perception of Franklin D. Roosevelt and the United States of America«, *FDR and His Contemporaries: Foreign Perceptions of an American President*, Hrsg. Cornelis A. van Minnen und John F. Sears (New York, 1991) 145–56, 233–36.

*Erstveröffentlichung:* Die Kontinuität der Ambivalenz. Deutsche Bilder von Amerika, 1933–1945, in: Michael Wala (Hg.): *Gesellschaft und Diplomatie im transatlantischen Kontext. Festschrift für Reinhard R. Doerries zum 65. Geburtstag*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1999, S. 165–180.

zu haben –, ist auch in diesen Bereichen ab 1939 eine antiamerikanische Wende feststellbar.<sup>3</sup>

Die Weltwirtschaftskrise, zusammen mit dem amerikanischen »Isolationismus« und der Neutralitätsgesetzgebung, führten zu einem rapiden Bedeutungsverlust Amerikas für Deutschland. Von 1933 bis 1936 waren die USA und Nazi-Deutschland einen Ozean weit voneinander entfernt. Als Hitler Kanzler wurde, betrachtete er das Wohlwollen der USA zwar als hilfreich, aber auch als relativ unbedeutend. Bis zur Unterzeichnung des Münchener Abkommens ignorierte Hitler die Vereinigten Staaten vollständig; und dies änderte sich kaum bis zur deutschen Invasion in Polen. Keine seiner außenpolitischen Entscheidungen dieser Jahre zeigen eine Berücksichtigung amerikanischer Interessen. In wichtigen Dokumenten, wie etwa dem Vierjahresplan und dem Hossbach-Memorandum, ist Amerika nicht einmal genannt.

Im Zeitraum von 1933 bis 1936 werden Roosevelt, der New Deal und die USA im allgemeinen von Hitler und der nationalsozialistischen Presse freundlich behandelt – trotz massiver und zunehmender Kritik in den amerikanischen Medien über den beginnenden Terror in Deutschland.<sup>4</sup> Gegenüber Louis P. Lochner von der Associated Press beschrieb Hitler am 24. Februar 1933 die Haltung seiner Regierung zu den USA als »sincere friendship«.<sup>5</sup> Hitlers Reaktion auf Roosevelts Aufruf zur Abrüstung vom 16. Mai 1933 war in freundliche Platitüden gekleidet.<sup>6</sup> Am 14. März sandte Hitler über Botschafter William E. Dodd eine Nachricht an Roosevelt, in der er ihn zu seinen »heroischen Anstrengungen im Interesse des amerikanischen Volkes« beglückwünschte. Das deutsche Volk beobachte den erfolgreichen Kampf des Präsidenten gegen die Wirtschaftskrise mit Interesse und Bewunderung. Was dann folgt, kann als offizielle Interpretation Roosevelts und des New Deal in den ersten Jahren der Herrschaft der Nationalsozialisten verstanden werden: »Reichskanzler stimme mit Präsidenten darin überein, daß die Tugenden der Pflicht, der Opferbereitschaft

3 Diese generelle Einschätzung ergibt sich aus Hans-Jürgen Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939* (Wiesbaden, 1970); Harald Frisch, »Das deutsche Rooseveltbild 1933–1941« (Diss., Berlin, 1967); Josef Roidl, »Das Amerikabild der Zwischenkriegszeit in der Berliner Illustrierten Zeitung« (M.A. Thesis, Regensburg, 1987); Günter Moltmann, »Nationalklistisches und Demagogie: Die deutsche Amerikapropaganda im Zweiten Weltkrieg«, in *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 1: *Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa*, Hrsg. Ursula Büttner (Hamburg, 1986) 217–42. Siehe auch schon *German Publications on the United States 1933 to 1945*, compiled by Hans Hainebach, The New York Public Library (New York, 1948) 3: »It will surprise no one to learn that the great majority of the items listed here reflect the ideology of the government then in power, taking a rather negative view of America as compared to Germany. Still, up to 1938, a certain measure of objectivity – attempted or achieved – can be found in many German writings, while hostile attitudes towards the United States are often confined to attacks on the anti-Nazi groups in America. After 1938, anti-Americanism becomes much more outspoken, but is still restrained as long as there seems to be any hope for continued American neutrality. An openly hostile attitude towards everything American is evident in most writings after 1941. Thus, the year of publication can give some indication of the degree of objectivity or aggressiveness to be expected in a specific item.«

4 See Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*, 95–119; Frisch, »Das deutsche Rooseveltbild«, 31–44.

5 Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*, 98.

6 U.S. Department of State, *Foreign Relations of the United States, 1933* (Washington, D.C., 1950) 1: 143–45 (Zit. als FRUS); *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, Serie C: 1933–1937 (Göttingen, 1971) 1: 445–50 (Zit. als ADAP).



und der Disziplin ganzes Volk beherrschen müssten. Diese sittliche Forderung, die Präsident an jeden einzelnen Bürger stelle, sei auch Quintessenz deutscher Staatsauffassung mit ihrem Wahlspruch »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«. <sup>7</sup>

Folgt man der deutschen Presse in diesen Jahren, dann stand Roosevelt ähnlichen revolutionären Herausforderungen gegenüber wie Hitler und Mussolini; auch er war eine Art von »Führer«, nutzte diktatorische Maßnahmen, um in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen; auch er hatte verstanden, dass die Zeiten des uneingeschränkten Individualismus und Parlamentarismus vorüber waren. Parallelen wurden zwischen den Persönlichkeiten von Hitler und Roosevelt gezogen und zwischen den Aufgaben, die sie zu bewältigen hatten. Roosevelts Buch *Looking Forward* erschien in deutscher Übersetzung nur wenige Monate nach der Veröffentlichung in den USA 1933 und wurde vom nationalsozialistischen Deutschland positiv aufgenommen. Das Parteiorgan der NSDAP, der *Völkische Beobachter*, schrieb, dass viele der Aussagen auch von Nationalsozialisten stammen könnten und dass Roosevelt ein gutes Maß an Einsicht in nationalsozialistisches Gedankengut habe. <sup>8</sup>

Eine Untersuchung des Bildes von Roosevelt und der amerikanischen Politik in der größten europäischen Illustrierten ihrer Zeit, der *Berliner Illustrierten Zeitung* (BIZ), kommt für die Jahre von 1933–1936 zu dem gleichen Ergebnis. Die zum Ullstein-Verlag gehörende Illustrierte musste auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers an den Eher-Verlag – den NSDAP-Parteiverlag, in dem auch *Mein Kampf* gedruckt wurde – weit unter ihrem Marktwert verkauft werden; die jüdischen Redakteure wurden entlassen. Das Massenblatt konnte nach dem erheblichen Rückgang der Verkaufszahlen während der Weltwirtschaftskrise seine Attraktivität wieder steigern, nicht zuletzt deshalb, weil es das Bedürfnis der Leser nach unpolitischer Unterhaltung mit subtiler Propaganda verband.

Präsident Roosevelt wurde in den Bild- und Textbeiträgen der Illustrierten als willensstarke Führerpersönlichkeit porträtiert, der die Heimsuchung der Kinderlähmung überwunden habe. Zahlreiche Fotos zeigen einen sympathischen Präsidenten beim Angeln, Kartenlegen, der Bewirtung von Kindern im Weißen Haus oder im Kreis seiner Familie. Während die Außenpolitik der USA in der BIZ kaum thematisiert wird, gehören die angeblichen Parallelen zwischen Roosevelt und Hitler, dem New Deal und der NS-Wirtschaftspolitik zu den Leitmotiven des Massenblatts. So schrieb die BIZ 1934, dass Roosevelt versuche, »die kapitalistische Wirtschaft Nordamerikas in eine Planwirtschaft umzuwandeln«; 1936 hieß es, der Präsident sei auf dem Wege, »ein zersplittertes Wirtschaftssystem zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen«. <sup>9</sup>

Offensichtlich hatte eine solche Beschreibung des New Deal die Funktion, die eigene Wirtschaftspolitik zu rechtfertigen, wobei die ab 1937 zahlreicher werdenden Bildberichte über Arbeitskämpfe, Streiks und Gewalt zwischen Polizei und Demonstranten die (noch) unausgesprochene Botschaft vermittelten, dass die Nationalsozialisten in der Bekämpfung der wirtschaftlichen Not erfolgreicher als die Amerikaner seien. Die Wende zu einer gegenüber Roosevelt und der amerikanischen

7 Hitler's Nachricht, ADAP CII, 1, S. 515, Nr. 325.

8 *Völkischer Beobachter*, 7. Juni 1933; zitiert in Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*, 102.

9 Roidl, »Amerikabild der Zwischenkriegszeit«, 7, 19, 33–34, 53–54, 74; das Zitat ist von S. 75.

Politik feindlich gesonnenen Berichterstattung setzt in der BIZ schlagartig mit dem Jahrgang 1939 ein, gemäß der Anweisung Goebbels an die Presse vom 9. Februar 1939: »Der Ton gegen Roosevelt kann nicht scharf genug sein.«<sup>10</sup>

Für Hitler selbst, aber auch zum Beispiel für Goebbels, scheint Roosevelts berühmte Quarantänerede in Chicago vom 5. Oktober 1937 ein Wendepunkt gewesen zu sein. Die Rede erregte nicht nur in den USA Aufsehen, weil sie dem Geist des Isolationismus und der unparteiischen Neutralitätsgesetze völlig widersprach. Sie schien eine aktive Mitwirkung der USA bei der Quarantäne der »present reign of terror and international lawlessness« anzukündigen.<sup>11</sup> Folgt man den Aufzeichnungen von Hitlers Adjutant Nikolaus von Below, dann hat Hitler diese Rede »sehr ernst« genommen. Hitler war besonders erbost über Roosevelts Behauptung, dass 90 Prozent der Menschheit durch 10 Prozent bedroht würden. Dies, erklärte er, sei ein Beweis dafür, dass Roosevelt die Russen nicht mehr zu den Aggressoren zähle. Den Grund für Roosevelts »Umschwung« sah Hitler, so Below, in dem erschreckenden Niedergang der amerikanischen Wirtschaft und der sprunghaften Zunahme der Arbeitslosigkeit.<sup>12</sup> Auch in Goebbels' Tagebüchern schlägt nach der Quarantänerede die Stimmung gegen Roosevelt um. Während die wenigen Eintragungen über Roosevelt seit 1933 im Ton neutraler Herablassung gehalten sind,<sup>13</sup> heißt es am 6. Oktober 1937: »Roosevelt hat eine gemeine Rede gehalten. Mit versteckten Angriffen gegen Japan, Italien und Deutschland. Ebenso dumm wie hinterhältig. Große Weltsensation. Wir wollen sie in der Presse nur klein und nebensächlich bringen...«<sup>14</sup>

Die Quarantänerede als Wasserscheide der Amerikaperzeption in der nationalsozialistischen Führung könnte auch erklären, warum bisher für die Zeit von 1933 bis 1936 keine negativen Äußerungen Hitlers über die USA bekannt geworden sind – wenn man von den zweifelhaften Erinnerungen eines Ernst (»Putzi«) Hanfstaengel oder Hermann Rauschning absieht. Besonders Rauschnings angebliche Gespräche mit Hitler sollten nicht länger als Quelle verwendet werden.<sup>15</sup>

Eine systematische Gesamtsicht der Jahre von 1933–1945 führt zu der – möglicherweise ebenfalls nicht überraschenden – Einsicht, dass sich an der traditionellen Ambivalenz des deutschen Amerikabildes auch in diesen Jahren wenig änderte.

10 Frisch, »Das deutsche Rooseveltbild«, 94; Roidl, »Amerikabild der Zwischenkriegszeit«, 76.

11 Franklin D. Roosevelt, *Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 4, 1937 (New York, 1941), 406–11.

12 Nikolaus von Below, *Als Hitlers Adjutant* (Mainz, 1980), 47.

13 Die Tagebücher von Josef Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv (München, 1987) Bd. 2, 1931–1936: 716 (Eintrag vom 5. November 1936); Bd. 3, 1937–1939: 11 (Eintrag vom 15. Januar 1937), 36 (Eintrag vom 7. Februar 1937), 99 (Eintrag vom 4. April 1937), 211 (Eintrag vom 24. Juli 1937).

14 Die Tagebücher von Josef Goebbels, Bd. 3, 1937–1939: 291 (Eintrag vom 6. Oktober 1937).

15 Ernst Hanfstaengel, *Zwischen Weißem und Braunem Haus. Erinnerungen eines politischen Außenseiters* (München, 1970); Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler* (Zürich, 1940). Zum Problem der Verlässlichkeit von Rauschnings vermeintlichen »Gesprächen« mit Hitler siehe Theodor Schieder, *Hermann Rauschnings »Gespräche mit Hitler« als Geschichtsquelle* (Opladen, 1972); Wolfgang Hänel, *Hermann Rauschnings »Gespräche mit Hitler«-eine Geschichtsfälschung* (Ingolstadt, 1984); Martin Broszat, »Enthüllung? Die Rauschning – Kontroverse«, in *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, Hrsg. Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke (München, 1986) 249–51. Hänel argumentiert überzeugend, dass Rauschning keineswegs hundertmal mit Hitler sprach. Er hatte nur vier Gelegenheiten zu einer Unterhaltung gehabt, und keine davon war unter vier Augen.

Teilweise wurden Urteile und Vorurteile wiederholt, die seit der Romantik<sup>16</sup> Bestandteil der deutschen Amerikabewunderung und Amerikakritik waren, teilweise Topoi, die sich seit dem Kaiserreich und der Weimarer Republik herausgebildet hatten – angesichts der Feindschaft im Ersten Weltkrieg, des Aufstiegs der USA zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Weltmacht sowie der Auseinandersetzung mit der »Moderne«, die die USA repräsentierten.<sup>17</sup>

Zugleich gab es, wie in allen historischen Prozessen, neben der Kontinuität das historisch Singuläre. Das besondere Merkmal der nationalsozialistischen Produktion von Amerikabildern lag darin, dass ein Randphänomen der deutschen Amerikakritik seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, der antisemitisch-rassistische Antiamerikanismus der extremen deutschen Rechten, ab 1938/39 schrittweise zum dominanten Faktor wurde. Die rassistische Komponente des nationalsozialistischen Antiamerikanismus trat nach der Machtergreifung aus Gründen politischer Opportunität, vermutlich auch wegen der machtpolitischen Bedeutungslosigkeit der USA, zunächst ganz in den Hintergrund. Sie wurde erst in dem Moment ein integraler Bestandteil der Partei- und Staatsideologie, als sich für Hitler herausstellte, dass Roosevelt und die sogenannten »Internationalisten« den Nationalsozialisten die »freie Hand« zum Aufbau eines Rasseimperiums vom Atlantik zum Ural verweigerten. Hitler selbst verkörperte, das zeigt eine Rekonstruktion seines Amerikabildes in den 20er Jahren, beide Traditionen, die Kontinuität der Ambivalenz und den antisemitisch-rassistischen Antiamerikanismus.<sup>18</sup>

16 Ernst Fraenkel, *Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens. Äußerungen deutscher Staatsmänner und Staatsdenker über Staat und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika* (Köln und Opladen, 1959); Manfred Henningsen, *Der Fall Amerika: Zur Sozial- und Bewußtseinsgeschichte einer Verdrängung* (München, 1974); Günter Moltmann, »Deutscher Anti-Amerikanismus heute und früher«, in *Vom Sinn der Geschichte*, Hrsg. Otmar Franz (Stuttgart, 1976) 85–105; Rob Kroes und Marten van Rossem, Hrsg., *Anti-Americanism in Europe* (Amsterdam, 1986); Hartmut Wasser, »Die Deutschen und Amerika«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zu *Das Parlament*, B 26/76, 3–15; Walter Kühnel, »Towards the Tricentennial of Happy Misunderstandings: Intercultural Studies of America«, *Perceptions and Misperceptions: The United States and Germany*, Hrsg. Lothar Bredella und Dietmar Haack (Tübingen, 1988) 177–202; Hildegard Meyer, *Nordamerika im Urteil des deutschen Schrifttums bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts* (Hamburg, 1929).

17 Peter Berg, *Deutschland und Amerika, 1918–1929* (Lübeck, 1963); Erich Angermann, »Die Auseinandersetzung mit der Moderne in Deutschland und den USA in den ›Goldenen zwanziger Jahren‹«, *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 11 (1967) 76–87; Klaus Schwabe, »Anti-Americanism within the German Right 1917–1933«, *Amerikastudien* 21 (1976): 89–107; Detlef J.K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne* (Frankfurt/M., 1981) 166–90; Frank Costigliola, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933* (Ithaca, 1984) 167–83; Manfred Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929* (Baden-Baden, 1990) 231–73.

18 Zu Hitlers Sicht der Vereinigten Staaten und Franklin D. Roosevelts siehe James V. Comptor, *Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges* (Oldenburg, 1968); Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten 1939–1941* (Stuttgart, 1965); Joachim Remak, »Hitlers Amerikapolitik«, *Aussenpolitik* 6 (1955): 706–14; Gerhard L. Weinberg, »Hitler's Image of the United States«, *World in the Balance. Behind the Scenes of World War II*, Hrsg. Gerhard L. Weinberg (Hanover, NH, 1981) 53–74; Andreas Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941« in Andreas Hillgruber, *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert* (Düsseldorf, 1977) 197–222; *ibid.*, »Hitler und die USA 1933–1945«, *Deutschland und die USA 1890–1985*, Heidelberg American Studies Background Paper No. 2, Hrsg. Detlef Junker (Heidelberg, 1986) 27–41; Gordon A. Craig, »Roosevelt and Hitler: The Problem of Perception«, *Deutsche Frage und Europäisches Gleichgewicht. Festschrift*

In den 1920er Jahren war Hitlers Einstellung gegenüber den USA ambivalent. Alternierend zwischen Bewunderung und Verachtung, zwischen »Wunderland« und »Wahnsinn«, formten sich Hitlers Ansichten nie zu einem festen oder realistischen Bild der USA. Hitlers Sicht der Vereinigten Staaten wurde durch seinen ideologischen Dogmatismus geprägt und übertraf das ideologische Vorurteil solch berühmter »Sesselreisender« wie Heinrich Heine, Karl Marx oder Karl May. In seiner Rolle als Ideologe und pragmatischer Denker erklärte Hitler, dass der auf Krieg und Gewalt gegründete Wettbewerb der Rassen und Völker um begrenzten Lebensraum das ewige Gesetz der Weltgeschichte sei. Der fanatische Autodidakt nahm nur solche Informationen auf, die zu seinen Vorurteilen passten, sodass diese nie in Frage gestellt werden konnten.

Neben diesen Einschränkungen, die sich aus seiner dogmatischen Natur ergaben, gab es aber für Hitler auch objektive Hindernisse, sich ein realistisches Bild der USA zu machen. Hitler sprach kein Englisch, war nie in einem angelsächsischen Land gewesen, und er betrachtete alle demokratischen Tendenzen als jüdische, internationalistische Traditionen und als Verbrechen gegen die Menschheit. Sein Weltbild war eurozentrisch, fixiert auf den europäischen Schauplatz und die Macht von Armeen. Er entwickelte nie auch nur ansatzweise ein Verständnis angelsächsischer Seemacht. Darüber hinaus hasste Hitler das Wasser und die See. An Land, schrieb er 1928, sei er ein Held, auf dem Meer ein Feigling.<sup>19</sup>

Da Hitler den Krieg zugleich als Normalzustand der Geschichte und als Motor des Fortschrittes betrachtete, ist es nicht verwunderlich, dass der Krieg auch im Verhältnis zu Amerika im Mittelpunkt seines Denkens stand. Das wichtigste Thema der nicht sehr zahlreichen Äußerungen Hitlers über die USA bis 1924 sind die Ursachen des Kriegseintrittes dieses Landes in den Ersten Weltkrieg; von 1924 bis zur Weltwirtschaftskrise ist seine Einschätzung Amerikas beherrscht von der potentiellen Bedrohung Europas durch die USA; für das schwache Amerika der Weltwirtschaftskrise und der Neutralitätsgesetze entwickelte er nur wenig Interesse; von 1938 bis 1945 kreist sein Amerika-Denken wieder um den Krieg mit den USA.

Für Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg machte Hitler die Juden verantwortlich, die jüdische Rasse, die jüdische Presse, das jüdisch beherrschte »internationale Leihkapital«, die »Kapital- und Trustdemokratie«. Als deren Marionette habe, so Hitler, Präsident Woodrow Wilson das amerikanische Volk in den Krieg getrieben.<sup>20</sup> Die angebliche jüdische Verschwörung war eindeutig das Hauptmotiv dieser frühen Jahre, der europäische Gemeinplatz über den amerikanischen »Materialismus« wurde in einen engen Zusammenhang mit den Juden gebracht: »Die Amerikaner stellen alles über das Geschäft, Geld bleibt Geld, auch wenn es mit Blut getränkt ist. Beim Juden ist der Geldbeutel das Heiligste. Amerika hätte zugriffen

---

für A. Hillgruber, Hrsg. Klaus Hildebrand und Reiner Pommerin (Köln, 1985) 169–94; Robert Edwin Herzstein, *Roosevelt and Hitler. Prelude to War* (New York, 1989); Junker, »Hitler's Perception of Franklin D. Roosevelt«; Frisch, »Das deutsche Rooseveltbild«, Gassert, *Amerika*, 87–103.

19 Zitiert in Holger H. Herwig, *Politics of Frustration: The United States in German Naval Planning, 1889–1941* (Boston, 1976) 188.

20 Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Hrsg., *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924* (Stuttgart, 1980) 97, 135, 148, 198, 204, 235, 237, 257, 328, 372–73, 890–91.

mit oder ohne U-Boot«.<sup>21</sup> Bemerkenswert ist, dass er seine Kenntnisse über die amerikanischen Einwanderungsgesetze in diesen frühen Jahren noch nicht benutzte, um damit eine Dominanz des germanischen Elementes in der amerikanischen Gesellschaft zu begründen.<sup>22</sup>

Hitler verfasste *Mein Kampf* und sein *Zweites Buch* in den Jahren von 1924–1928, als die starke wirtschaftliche und kulturelle Präsenz der USA in Deutschland unter dem Stichwort »Amerikanismus« eine neue Diskussion über die Bedeutung der USA auslöste, auch auf der äußersten Rechten. Hitler wurde gezwungen, sein Amerikabild zu überdenken und zu präzisieren. Es ist also kein Zufall, dass erst in seinem *Zweiten Buch* längere Passagen über die USA auftauchten.

Wenn man *Mein Kampf* nach Aussagen über Amerika durchsucht, stellt man fest, dass die USA in Hitlers europazentrischem Programm keine Rolle spielen, auch nicht in seinen Überlegungen über mögliche Alliierte für Deutschland. Agitationen gegen den Dawes-Plan kommen nicht vor, und die Unterschiede zwischen nationalsozialistischer Ideologie und amerikanischer Demokratie sind entweder zu offensichtlich oder zu irrelevant, um erwähnt zu werden. Die wenigen Äußerungen, in denen die USA erwähnt werden, sind von Bewunderung geprägt. Hitler glaubte, dass die germanische Rasse dank einer geschickten Rassen- und Einwanderungspolitik Amerika zwar beherrsche, aber fortwährend durch den jüdischen Bazillus bedroht sei. Für Hitler waren die Vereinigten Staaten das Vorbild eines nach den Prinzipien von Rasse und Raum organisierten Staates. Aufgrund des günstigen Verhältnisses von Bevölkerungszahl zu Raum – das entscheidende Kriterium in Hitlers Ideologie – waren die USA der Urtyp einer Weltmacht, dazu bestimmt, das British Empire zu ersetzen.<sup>23</sup>

In seinem *Zweiten Buch* treten diese Annahmen noch weiter in den Vordergrund. Die USA erscheinen hier als Prototyp einer Weltmacht, die durch ausreichenden Lebensraum, eine richtige Rassenpolitik, einen großen heimischen Markt, hohen Lebensstandard, außergewöhnliche Produktivität und technischen Fortschritt, Mobilität und Massenproduktion charakterisiert ist.<sup>24</sup>

Einer der jüngeren Wissenschaftler, die sich mit Hitler auseinandergesetzt haben, Rainer Zitelmann, hat sogar die Hypothese aufgestellt, dass Hitlers Ziel nicht eine anti-modernistische Agrarutopie, sondern eine Industriegesellschaft nach amerikanischem Vorbild war. Hitler mag die amerikanische Kultur und Gesellschaft verachtet haben, schreibt Zitelmann, aber er war fasziniert von der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der USA.<sup>25</sup> Jeffrey Herf hat vermutlich den Kern des Problems der Verbindung von Hitlers Faszination von amerikanischer Produktivität und Technologie mit der deutschen Tradition des »reaktionären Modernismus« – eines eigenartigen Ausgleichs des irrationalen Antisemitismus der »völkischen« Tradition

21 Ibid., 97.

22 Ibid., 96, 717, 908.

23 Adolf Hitler, *Mein Kampf* (16. Aufl.; München, 1932) 1: 313–14, 2: 490, 2: 721–23.

24 Adolf Hitler, *Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928*. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg (Stuttgart, 1961) 120–32.

25 Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs* (Hamburg, 1987) 320–24; siehe auch Peter Krüger, »Zu Hitlers »nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen«, *Geschichte und Gesellschaft* 6 (1980): 263–82.

der deutschen Rechten mit moderner Technologie – getroffen: »I have tried to show that the paradoxical combination of irrationalism and technics was fundamental to Hitler's ideology and practices and to National Socialism ... Fulfillment of Nazi ideology and industrial advance reinforced one another until the former brought about the destruction and self-destruction of German society.«<sup>26</sup>

Die Vereinigten Staaten werden im *Zweiten Buch* aber nicht nur als Prototyp einer Weltmacht und Vorbild für die nationalsozialistische Organisation von Lebensraum vorgestellt, sondern auch als Gefahr und Herausforderung für Europa und Deutschland. Hitler kritisiert die unglaubliche Naivität der bürgerlichen Nationalisten, die glaubten, einer solchen Herausforderung könne man sich im Rahmen einer offenen Weltwirtschaft und eines freien Welthandels stellen. Er griff zudem die paneuropäische Bewegung seiner Zeit an, die sich der Illusion hingabe, der amerikanischen Hegemonie könne durch die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa begegnet werden. Der Konflikt mit den USA war für ihn unausweichlich – eine friedliche Koexistenz rivalisierender Staaten kam in seinem Weltbild nicht vor – und konnte wirksam nur von einem durchgreifend verjüngten Europa unter deutscher Führung geführt werden. Nur ein vereinigtes Europa werde in der Lage sein, sich gegenüber Nordamerika zu behaupten. Die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sei es, das Vaterland mit seinem gesamten Potential auf diese Aufgabe vorzubereiten.<sup>27</sup>

Die auf den ersten Blick erstaunliche, im Rahmen von Hitlers rassistischer Weltanschauung allerdings folgerichtige Wandlung seines Amerikabildes lag in der für ihn neuen Erkenntnis, dass die bedrohlich starken USA zur Weltmacht aufgestiegen waren, weil sie sich durch eine konsequente Einwanderungspolitik einen hohen Rassewert bewahrt hatten; im Gegensatz etwa zu Russland, das für Hitler auf Grund des Rassengemisches und der angeblichen Beherrschung durch die Juden nicht zur Weltmacht fähig war, obwohl es nach Lebensraum und Bevölkerungszahl mit den USA konkurrieren konnte.<sup>28</sup> Während Hitlers Urteilsbildung insgesamt durch die Stereotypen der extremen deutschen Rechten geprägt wurde,<sup>29</sup> gehörte er 1928 zu jener Fraktion, die Amerikas Imperialismus<sup>30</sup> nicht durch den Erfolg der Juden, sondern durch den Sieg der germanischen, angelsächsischen Elite im inneramerikanischen Machtkampf begründete.<sup>31</sup> Das antisemitische Leitmotiv kehrte bei Hitler erst zurück, als sich der nächste Krieg mit den USA abzeichnete.

Der Bedeutungsverlust der USA während der Weltwirtschaftskrise, der außenpolitische Isolationismus und die amerikanischen Neutralitätsgesetze, das amtliche Wohlwollen gegenüber dem New Deal und die Geisteshaltung des »reactionary modernism« führten zur Tolerierung eines publizistischen Freiraumes durch die Nationalsozialisten, der es möglich machte, dass in den Friedensjahren von 1933–1939 das ambivalente Amerikabild der Weimarer Republik fortwirkte. Die USA waren

26 Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich* (Cambridge, 1984) 222. Siehe auch Gassert, *Amerika*, 12 ff.

27 Hitler, *Hitlers Zweites Buch*, 122, 130.

28 *Ibid.*, 128–32.

29 Klaus Schwabe, »Anti-Americanism«, 96 ff.

30 Siehe Otto Bonhard, *Jüdische Weltherrschaft?* (Berlin, 1928).

31 Siehe Alexander Graf Brockdorff, *Amerikanische Weltherrschaft?* (Berlin, 1929).

im Alltag des Dritten Reiches auf vielfältige Weise präsent. Die Nationalsozialisten sahen offensichtlich keinen Grund, das zu ändern, solange das Rassendogma nicht berührt wurde. Die Auseinandersetzung mit den USA als Symbol der Moderne, mit dem positiv oder negativ bewerteten »Amerikanismus«, lief, allerdings in verminderter Intensität, weiter. Die alten Leitmotive der Amerikaperzeption aus der Weimarer Republik wie Technik, Rationalität und Produktivität, die Medien- und Warenwelt Amerikas, Massenkonsum, Massenunterhaltung und Freizeitindustrie, Sport und Körperkult verschwanden nicht aus der veröffentlichten Meinung. Auch die traditionellen Stereotypen der Kulturkritik, wie die Vorwürfe des Materialismus und der Kulturlosigkeit, galten weiter. Diese Pluralität und Ambivalenz in der Produktion von Amerikabildern änderte sich erst mit dem Kriegsbeginn, als die Propaganda die Hasskampagnen gegen die USA lenkte und nur noch negative Amerikabilder veröffentlicht werden durften.

Die systematische Erforschung des »Amerikanismus« in den Friedensjahren des Dritten Reiches steht noch in den Anfängen. Bisher gibt es nur einige Einzelstudien, auf deren Ergebnisse sich die folgenden Bemerkungen stützen.<sup>32</sup>

Das ambivalente Verhältnis der NS-Diktatur zu den Vereinigten Staaten ist ein Spiegel ihres ambivalenten Verhältnisses zur Moderne. Die Nationalsozialisten waren keine Maschinenstürmer, erhoben aber den Anspruch, die wahre Synthese von Technik und »Geist« zu begründen. Ihre Faszination für Technik, Produktion, Rationalisierung, Automatisierung und Massenkonsum zogen nicht nur Hitlers Blicke auf die USA; ihr Aufstand gegen die Aufklärung und »seelenlose« Moderne des Westens sowie ihr Anspruch, Technik und Produktion mit »arisch-deutschem Geist«, mit »deutscher Seele«, »deutschem Blut«, »völkischer Ästhetik« und dem nationalsozialistischen Sonderverhältnis zur Vorsehung zu vermählen,<sup>33</sup> trieb sie zugleich in die traditionellen Muster der Amerikakritik.

Die Nationalsozialisten waren auch keine Antikapitalisten oder Sozialisten Marxscher Prägung; das Kapital sollte aber dem »internationalen Judentum« und den »Plutokraten« entzogen, nationalisiert – nicht: sozialisiert – werden, dem Aufbau einer Kriegsindustrie und einem autarken Großwirtschaftsraum Europa dienen sowie zugleich helfen, die Konsumbedürfnisse der Volksgemeinschaft zu befriedigen.

32 Siehe besonders die Arbeiten von Gassert, *Amerika*, 148–82, und Hans Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945* (3. Aufl.; München, 1983) 114–46; idem, »Amerikanismus im Dritten Reich«, *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Hrsg. Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Darmstadt, 1991) 199–215; »Bekenntnisse zur Neuen Welt. USA-Kult vor dem 2. Weltkrieg«, Deutscher Werkbund e.V. und Württembergischer Kunstverein Stuttgart, Hrsg., *Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert* (Darmstadt, 1986) 383–88. Zum speziellen Problem des Jazz und Swing siehe Michael H. Kater, »Forbidden Fruit: Jazz and the Third Reich« *American Historical Review* 94 (1989): 11–43; idem, *Different Drummers. Jazz in the Culture of Nazi Germany* (Oxford, 1992); Horst H. Lange, »Jazz: eine Oase der Sehnsucht«, *Schock und Schöpfung*, 320–323; idem, *Jazz in Deutschland. Die deutsche Jazz-Chronik 1900–1960* (Berlin, 1966); Thorsten Müller, »Furcht vor der SS im Alsterpavillon«, *Schock und Schöpfung*, 324–25. Siehe auch Roidl, »Amerikabild der Zwischenkriegszeit«, passim; Christian H. Freitag, »Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945« (Diss., Freie Universität Berlin, 1977) 131–244; und die marxistische Interpretation von Wolfgang Röll, »Die USA – das entartete Europa. Zu einigen ideologischen Komponenten des ›Amerikabildes‹ des deutschen Faschismus 1933–1945«, *Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte* 47 (November 1984): 70–88.

33 Herf, *Reactionary Modernism*, 189–216.

Während sie die Fähigkeit des großen amerikanischen Marktes bewunderten, Konsumgüter für die Massen zu produzieren, die Gedanken von Konkurrenz und Wettbewerb keineswegs verteufelten, begründete die Abkoppelung vom Weltmarkt einen wirtschafts- und handelspolitischen Gegensatz zu den USA.<sup>34</sup> Darüber hinaus haben Hitler und die Nationalsozialisten immer den Primat von Krieg und Militär gegenüber den Zwängen des Marktes und den Bedürfnissen einer bürgerlichen Erwerbsgesellschaft verteidigt. Hitler war ein Krieger, kein Händler: »Die allerletzte Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um den Weltmarkt wird bei der Gewalt und nicht bei der Wirtschaft selber liegen ... Denn endgültig ist die Wirtschaft als eine rein sekundäre Angelegenheit im Völkerleben gebunden an die primäre Existenz eines kraftvollen Staates. Vor dem Pflug hat das Schwert zu stehen und vor der Wirtschaft eine Armee.«<sup>35</sup>

Obwohl der NS-Staat nach 1933 schrittweise Kontrollbefugnisse über die Wirtschaft an sich zog und der Vierjahresplan von 1936 die Aufgabe hatte, den Krieg im Frieden vorzubereiten, überdauerte ein privatwirtschaftlicher, weithin parteifreier Raum des Wettbewerbs; ein Markt, auf dem amerikanische Konzerne sichtbar und amerikanische Produkte sowie amerikanische Kultur für die Deutschen konsumierbar blieben. Tochtergesellschaften von amerikanischen Unternehmen waren auf dem deutschen Markt weiter präsent. Sie zögerten nicht, sich an der deutschen Aufrüstung zu beteiligen. Opel (General Motors) hatte 1935 einen Anteil von 50 Prozent auf dem deutschen Automarkt und war 1939 zusammen mit Ford der größte Produzent von Panzern in Deutschland.<sup>36</sup> Es ist unbekannt, welche Amerikabilder in den Köpfen der Mitarbeiter von Opel und Ford existierten; wie sie reagierten, als Ford sich 1938 verpflichtete, nur noch mit »deutschen Arbeitern und deutschem Material« zu produzieren,<sup>37</sup> ob die Berliner Ford überhaupt als ein amerikanisches Unternehmen einschätzten, wenn sie am Berliner Europahaus vorbeispazierten und auf zwei fünfzig Meter lange Neonbänder der Ford-Werke blickten. Analoge Probleme gelten für den Coca-Cola-Konzern, der im Dritten Reich stark expandierte, bei sportlichen Großereignissen dabei war und nicht nur von den Mauern des Sportpalastes, in dem Goebbels seine Rede hielt, die Deutschen aufforderte »Coca-Cola eiskalt« zu trinken.<sup>38</sup>

Auch die Autobeacherung, ja der Autokult der 30er Jahre orientierte sich teilweise am Vorbild USA. Der deutsche Automobilclub organisierte sein Fachorgan *Motorwelt* nach amerikanischem Muster. Hitler selbst war schon in den 20er Jahren von der Motorisierung in den USA und besonders von Henry Ford beeindruckt. Er

34 Siehe Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941* (Stuttgart, 1975) 93–116.

35 Hitler, *Hitlers Zweites Buch*, 123–24.

36 Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*, 103; Gabriel Kolko, »American Business and Germany, 1930–1941«, *Western Political Quarterly* 15 (1962): 713–28; Gerhart Hass, *Von München bis Pearl Harbor. Zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1938–1941* (Berlin-Ost, 1965) 52–63. Zu den Ford-Gesellschaften siehe auch Johannes Reiling, *Deutschland: Safe for Democracy?* (Stuttgart, 1997).

37 Ford-Almanach (Köln, 1938) 6; »Ford Works in Germany«, in *Motor-Kritik* 15 (1935): 711, zitiert in Schäfer, »Amerikanismus im Dritten Reich«, 207.

38 *Ibid.*, 205; Schäfer, *Das gesplattene Bewußtsein*, 118. 39 *Ibid.*, 119.



trieb nach der Machtergreifung Deutschlands Motorisierung und den Autobahnbau voran. Als er bei der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung 1936 die Hersteller aufforderte, preiswerte Autos herzustellen, erklärte er, das deutsche Volk habe dieselben Bedürfnisse wie das amerikanische.<sup>39</sup> Noch im September 1941, während des unerklärten Seekrieges im Atlantik, behauptete Hitler: »Anspruchslosigkeit ist der Feind des Fortschritts. Darin gleichen wir den Amerikanern, daß wir anspruchsvoll sind.«<sup>40</sup> In diesen Anspruch waren die Erhöhung des Lebensstandards für die Masse der »Volksgenossen« und die Produktion langlebiger Verbrauchsgüter nach US-Vorbild eingeschlossen: Elektro-Herde, Elektro-Kühlschränke, elektrische Kaffeemaschinen, Grillgeräte, Radios, Wohnwagen und Zelte. Die Produktion dieser Güter setzte in Deutschland parallel mit der Rüstungskonjunktur ein. Als die Firma Blaupunkt 1937 für den »verwöhnten kritischen Hörer« einen Übersee-Empfänger auf den Markt brachte, warb sie mit der New Yorker Freiheitsstatue und dem Versprechen eines »genußreichen Empfangs aus der ›Neuen Welt«.<sup>41</sup>

Auch andere Indizien sprechen dafür, dass die Amerikaner vor dem Zweiten Weltkrieg zu den »Lieblingsausländern« der Deutschen gehörten. Es gab besonders in den Jahren von 1936 bis 1939 eine bemerkenswerte, von den Schifffahrtslinien geförderte Reiseaktivität von Touristen, Berufsverbänden und nationalsozialistischen Organisationen in die USA. Neben den traditionellen touristischen Zielen studierten Deutsche amerikanische Automobilfabriken, Warenhäuser und Gefängnisse. Sie begutachteten den amerikanischen Straßenbau und die Methoden amerikanischer Verbrechensbekämpfung. Der deutsche Tourismus in die USA wurde unterstützt von neuen Reisebüchern, die – ebenfalls bisher nicht untersuchte – Bilder über Amerika produzierten.<sup>42</sup> Die seit 1933 in den Machtbereich des Propagandaministeriums geratene »Vereinigung Carl Schurz« organisierte Reisen für Professoren, Schüler und Studenten in die USA.<sup>43</sup>

Auch den Import populärer amerikanischer Kultur, der Mitte der 20er Jahre einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, wollte das NS-Regime in den Friedensjahren nur kanalisieren, nicht stoppen, weil das Regime die privatwirtschaftliche Dynamik in Grenzen duldet, der Hollywoodfilm, aber auch Jazz und Swing populär waren und ihre Duldung die Zustimmung zum System erhöhte. Die Mittel von Verbot und Zensur wurden in der Regel nur eingesetzt, wenn das Rassedogma betroffen war. Versuche, dem »Amerikanismus« der populären Kultur durch Schrift und Wort entgegenzuwirken, etwa den amerikanischen Film als oberflächlich, trivial, ordinär, kultur- und kunstlos abzuqualifizieren, blieben halbherzig und vermutlich auch erfolglos.

Trotz Einfuhrbeschränkungen und Devisenbewirtschaftung übertrafen die importierten Filme aus Hollywood den Erfolg aller deutschen Vorkriegsproduktionen. Die amerikanischen Filme liefen in den Großstädten bis zu vier Monaten, in den Städten war es bis 1940 auch möglich, jede Woche einen Hollywood-Film in

39 Ibid., 119.

40 Adolf Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier 1941–44*, Hrsg. Werner Jochmann (Hamburg 1980).

41 Abbildung in Schäfer, *Das gespaltene Bewußtsein*, Annex. 42.

42 Ibid., 206.

43 Freitag, »Entwicklung der Amerikastudien«, 149–57.

Originalfassung oder synchronisiert zu sehen. Die Hollywood-Stars gehörten wie selbstverständlich zum Starkult der 30er Jahre, der auf besonderen Filmwochen oder in Zeitschriften getrieben wurde.<sup>44</sup> Zu ihnen zählten Clark Gable, Robert Taylor, Joan Crawford, Vivien Leigh, Shirley Temple, Katherine Hepburn, Fred Astaire und Ginger Rogers, vor allem aber Greta Garbo und ... Marlene Dietrich, obwohl 1935 eine Pressekampagne gegen sie inszeniert wurde. Die Phantasie der Deutschen entzündete sich eher an der erotischen Ausstrahlung des gefährlichen »Vamp« als an dem hausbackenen Charme einer Paula Wessely oder Marianne Hoppe.<sup>45</sup>

Zu dem am besten erforschten Bereich populärer US-Kultur im Dritten Reich gehören der Jazz und seine polierte und gezähmte Variante, der Swing.<sup>46</sup> Jazz und Swing waren nach nationalsozialistischer Weltanschauung als »Nigger- und Judenmusik« verpönt, sie galten als unerwünscht, aber ein allgemeines Verbot dieser Musik wurde während der Friedensjahre nicht ausgesprochen. Ab 1935 gab es ein Verbot, Jazz im Rundfunk zu senden, erst mit dem Kriegsausbruch 1939 wurde zunächst die »englische Musik«, ab Ende 1941 auch die »amerikanische« verboten. Für die Wirklichkeit der Friedensjahre, in erheblich eingeschränkter Weise auch für die Kriegsjahre, galt allerdings die Maxime der Fans: »Jazz is where you find it«. Jedem, der wollte, war es möglich, in Deutschlands Städten Jazzplatten zu kaufen, importierte Originalplatten aus den USA und deutsche Produkte. Privat oder in »Hot Clubs« und »Jazz Clubs« genossen die Jazzfans die großen Namen: Duke Ellington, Fats Waller, Louis Armstrong, Gene Krupa, Wingy Manone, Jimmie Lunceford, Count Basie, Nat Gonella, Harry Roy, Bert Ambrose, auch die ersten Platten von Glenn Miller und Harry James. Die in der Regel aus gebildeten Mittelschichten stammenden Jazzfans setzten sich von den etwas gewöhnlicheren »Swing-Heinis« ab, die mit Leidenschaft nach Jazz und Swingmusik tanzten (»hotten«), sich gelegentlich mit »Swing Heil« begrüßten und so sehr das Missfallen der Nationalsozialisten erregten, dass am 11. Oktober 1938 der »Swingtanz« verboten wurde. Dennoch wurde weiter getanzt, auch Swing-Musik wurde unter phantasievoller Tarnung weiter produziert und gehört.

Die Anhänger von Jazz und Swing bildeten lockere Gruppen, die nonkonformes Verhalten demonstrierten, ohne politischen Widerstand zu leisten. Es war ein indirekter Protest gegen die geistig-kulturelle Gleichschaltung, eine Opposition der Lebensart. Diese Gruppen wurden nach Kriegsbeginn verstärkt von der Gestapo beobachtet, ihre anglophile Grundtendenz galt als »zersetzend«. Im Januar 1942 verfügte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, Rädelsführer der Hamburger Swingjugend für zwei bis drei Jahre in ein Konzentrationslager einzuweisen, zu verprügeln und zur Zwangsarbeit zu verpflichten.<sup>47</sup>

Während in der schwierigen Erforschung des ambivalenten »Amerikanismus« im Dritten Reich noch viel zu leisten ist, sind die Stereotypen der Feindpropaganda

44 Roidl, »Amerikabild der Zwischenkriegszeit«, 113–18

45 Schäfer, *Das gespaltene Bewußtsein*, 128–33.

46 Siehe Fußnote 32, die Arbeiten von Kater, Lange, Schäfer und Müller.

47 Müller, »Furcht vor der SS im Alsterpavillon«, 324.

im Zweiten Weltkrieg bekannt.<sup>48</sup> Ein forschungsmethodisch schwer zu bewältigendes Problem ist allerdings die Beantwortung der Frage, wie erfolgreich die nationalsozialistische Propaganda im Zweiten Weltkrieg war und was die Deutschen tatsächlich über Amerika dachten und fühlten. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass die Propaganda nur während des Terrorbombardements der alliierten Luftangriffe auf große Resonanz stieß, ansonsten aber in ihrer Wirkung beschränkt blieb.<sup>49</sup> Wer die Tiraden von Hitler und Goebbels, gerade auch in nichtöffentlicher Rede und im Tagebuch liest, könnte zu dem Schluss kommen, dass die NS-Führung durch Auto-suggestion ein Opfer der eigenen Propaganda wurde.

Auch im Zweiten Weltkrieg repräsentierte Hitler das Ganze. Fast alle negativen Bilder der Feindpropaganda waren durch die öffentlichen und nichtöffentlichen Äußerungen Hitlers über die USA und Roosevelt von der Quarantänerede bis zur Kriegserklärung am 11. Dezember 1941 leitmotivisch vorgezeichnet.<sup>50</sup> Nur die Stereotype von der amerikanischen Kulturlosigkeit trat erst nach dem Kriegseintritt der USA stärker hervor.

Das überragende Thema der Propaganda gegen die USA war Hitlers Grundüberzeugung, dass Roosevelt nicht unabhängig handele, sondern als Agent des internationalen Judentums, des jüdischen Kapitalismus, der jüdischen Weltverschwörung, die die USA, England und die Sowjetunion umfasse und das amerikanische Volk in den Krieg gegen Deutschland getrieben habe. Als Hitler Goebbels am 3. Mai 1943 zur Rede stellte und eine »schlagkräftigere antisemitische Propaganda« forderte, scheint er mit Goebbels Antwort zufrieden gewesen zu sein, dass die antisemitische Propaganda ohnehin 70 bis 80 Prozent der Auslandssendungen ausmache.<sup>51</sup> Mit dem Zweiten Weltkrieg kehrte Hitler zu seiner Amerikaperzeption der frühen Jahre, seiner Interpretation des amerikanischen Eintritts in den Ersten Weltkrieg und der Motive Woodrow Wilsons zurück.

Dieser Antisemitismus zieht sich wie ein roter Faden durch all seine öffentlichen und privaten Äußerungen von 1937 bis zu seinem sogenannten »politischen Testament« von 1945. Es ist wohlbekannt,<sup>52</sup> dass in Hitlers dogmatischer, manichäischer Teleologie das Element der vollständigen Negation, das Satanische und Böse durch die Juden verkörpert wird, da sie – ein Volk, seit 2000 Jahren ohne »Lebensraum« – den Gang der Geschichte bedrohten. Da Hitler seine eigene Berufung zum Führer der germanischen Rasse und des deutschen Volkes in der entscheidenden Schlacht gegen die Juden im Kontext der Weltgeschichte sah, war jede Nation, die ihm diesen Machtanspruch verwehrte, jeder Politiker, der sich ihm entgegenstellte, ipso facto ein Agent des »internationalen Judentums«. Die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten

48 Siehe besonders den vorzüglichen Beitrag von Günter Moltmann, »Nationalklischees und Demagogie«; Detlef Junker, *Kampf um die Weltmacht*, 157–64; Willi A. Boelcke, *Die Macht des Radios. Weltgeschichte und Auslandsrundfunk 1924–1976* (Frankfurt/M., 1977) 379–89; Peter Longerich, *Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop* (München, 1987) 81–85; Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat* (Berlin, 1968) 132–33; *Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*, herausgegeben und eingeleitet von Willi A. Boelcke (Stuttgart, 1966) 693–94, 703–704.

49 Moltmann, »Nationalklischees und Demagogie«, 236–38.

50 Junker, »Hitler's Perception«, 151–55.

51 Boelcke, *Die Macht des Radios*, 384.

52 Siehe Junker, *Kampf um die Weltmacht*, 39–42.

anti-deutsche Politik betrieben, war für Hitler ein offenkundiger Beweis, dass das germanische und das deutsche Element in den USA von den Juden vergiftet und korrumpiert worden war. Um diese Feststellung zu stützen, reichen einige wenige Sätze aus seiner Kriegsrede vom 11. Dezember: Man müsse bedenken, sagte Hitler, »daß es die Absicht der Juden und ihres Franklin Roosevelt ist, einen Staat nach dem anderen allein zu vernichten. Wir wissen, welche Kraft hinter Roosevelt steht. Es ist jener ewige Jude, der seine Zeit als gekommen erachtet, um das auch an uns zu vollstrecken, was wir in Sowjet-Rußland alle schauernd sehen und erleben mußten.«<sup>53</sup>

Auch Goebbels' Tagebücher sind voll von Hasstiraden gegen Roosevelt, den er als »Judenknecht und Höriger der Kapitaldemokratie« sowie als den »bösen Geist der amerikanischen Politik« bezeichnet.<sup>54</sup> In seiner Kriegsrede nennt Hitler Roosevelt einen Heuchler, Fälscher und Kriegstreiber. Er fährt fort: »Daß er mich einen Gangster nennt, ist um so gleichgültiger, als dieser Begriff wohl mangels derartiger Subjekte nicht aus Europa, sondern aus den USA stammt. Aber abgesehen davon kann ich von Herrn Roosevelt überhaupt nicht beleidigt werden, denn ich halte ihn so wie einst Woodrow Wilson ebenfalls für geisteskrank.«<sup>55</sup>

Hitlers negative, hasserfüllte Perzeption Roosevelts, insbesondere seine Charakterisierung des amerikanischen Präsidenten als Marionette des jüdischen Kapitalismus, erlaubte es ihm, eine Frage zu beantworten, die er sich selbst und dem deutschen Volk in seiner Kriegsrede gestellt hatte: Warum war Roosevelt, wie vor ihm Wilson, zu einem fanatischen Feind Deutschlands geworden? Sogar an dem Tag, an dem Hitler den USA den Krieg erklärte, wiederholte er seine Ansicht, dass kein wirklicher Interessenkonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehe. Deutschland sei die einzige Großmacht, so Hitler, die nie Kolonien in Nord- oder Südamerika besessen habe, die USA hätten von den Millionen deutscher Einwanderer nur profitiert, und Deutschland habe nie eine feindliche Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten eingenommen. In Bezug auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges machte Hitler auf die Ergebnisse des Nye Committee aufmerksam, wonach wirtschaftliche Interessen den Kriegseintritt der USA veranlasst hätten. Auch gebe es keine territorialen oder politischen Konflikte, die die Interessen, geschweige die Existenz der USA gefährdete. Es gebe zwar Unterschiede in der Struktur der jeweiligen Staaten, aber dies sei, so Hitler, noch kein Grund für Feindschaft, solange ein Staatengebilde nicht versuche, sich außerhalb seiner natürlichen Einflussphäre zu geben.<sup>56</sup>

Wenn man Hitlers Äußerungen über Roosevelt und die Vereinigten Staaten in der Zeit von 1937 bis 1941 mit seinen Monologen im Führerhauptquartier von 1941 bis 1944 und den erstaunlich detaillierten Bemerkungen über die USA in seinem

53 Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen* 1804, 1807–808; siehe Hitlers Rede am 30. Januar 1939 in Detlef Junker et al., *Deutsche Parlamentsdebatten*, Bd. 2, 1919–1933 (Frankfurt/M., 1970–1971) 288–95. Ähnlich reagierte Hitler auf den Lend-Lease Act. Siehe Hildegard von Kotze, Hrsg., *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Major Engel* (Stuttgart, 1974) 99.

54 Einträge vom 22. Juni und 23. August 1940. Siehe Einträge vom 18., 20., 24. November 1938; 17. Dezember 1938; 24. Januar 1939; 12. November 1939; 17. Juni 1940; 5. September 1940; 8. Oktober 1940; 1. Februar 1941; 17. März 1941; 27. April 1941; 8. Juni 1941 in Joseph Goebbels, *Tagebücher 1924–1945*, Bd. 3 und 4, Hrsg. Ralf Georg Reuth (München, 1992).

55 Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen*, 1807.

56 *Ibid.*, 1801–802.

politischen Testament von 1945 vergleicht, stellt man fest, dass es in den Jahren 1941 bis 1945 keine Änderungen oder Entwicklungen seiner Überlegungen gegeben hat. Nur sein Hass auf Roosevelt wuchs: Wenn der Präsident erwähnt wurde, dann immer als Geisteskranker, als Verbrecher oder als Handlanger der Juden. Aber auch Kritik an der amerikanischen Kultur und dem »American Way of Life« treten mehr in den Vordergrund. Eine Bemerkung Hitlers vom 7. Januar 1942 ist besonders aufschlussreich: »Das antike Rom war ein kolossal ernster Staat. Es waren große Ideen, welche die Römer beseelt haben. In England ist das heute nicht so. Trotzdem ist mir ein Engländer tausendmal lieber als ein Amerikaner. Zu den Japanern haben wir keine inneren Beziehungen. Sie sind uns in Kultur und Lebensform zu fremd. Einen Haß und eine Abneigung tiefster Art aber habe ich gegen den Amerikanismus. Jeder europäische Staat steht einem näher. Amerika ist in seiner ganzen geistigen Haltung eine halb verjudete und vernegerte Gesellschaft.«<sup>57</sup> Am 24. Februar 1945 griff Hitler die zentrale Idee seiner Kriegsrede erneut auf, während er gleichzeitig an seinem rassistischen Weltbild und seinen antisemitischen Obsessionen festhielt. Der Krieg mit Amerika, diktierte Hitler für die Nachwelt, sei eine tragische Verkettung von Umständen, sinnlos und gegen alle Logik. Ein unglücklicher historischer Zufall wollte es, dass seine Machtübernahme mit dem Zeitpunkt zusammenfiel, an dem »der Auserwählte des Weltjudentums, Roosevelt, das Steuer im Weißen Haus übernahm.« Für Hitler war der Krieg sinnlos, denn »Deutschland stellt keine Forderung an die Vereinigten Staaten und diese haben von Deutschland nicht das geringste zu befürchten. Alle Voraussetzungen für ein friedliches Nebeneinanderleben, jeder für sich, sind vorhanden. Aber alles wird durch den Juden versaut, der die Vereinigten Staaten zu seinem mächtigsten Bollwerk ausersehen hat. Dies und nur dies stört und vergiftet alles.«<sup>58</sup>

Um diesen Antisemitismus gruppierten sich die drei anderen wichtigen Topoi der Amerika-Propaganda im Zweiten Weltkrieg. Erstens: Die Außenpolitik Roosevelts sei eine innenpolitisch motivierte Flucht in den Krieg, ein Ausweg aus der Unfähigkeit Roosevelts, die Arbeitslosen von der Straße zu bringen und den Niedergang der amerikanischen Wirtschaft zu stoppen. Wochenschauen und Filme zeigten Arbeitskämpfe, Polizeieinsätze gegen Demonstranten, Slums und Verelendung, um den Niedergang der amerikanischen Wirtschaft zu demonstrieren. Von den Leistungen der amerikanischen Kriegswirtschaft erfuhren die Deutschen natürlich nichts. Zweitens: Roosevelt sei ein arroganter Heuchler, der den Frieden predige, aber serienweise das Völkerrecht verletze, dem deutschen Volk fälschlicherweise unterstelle, nach der Weltherrschaft zu streben, während er das Britische Empire unter Kontrolle bringe und selbst die Weltherrschaft Amerikas erzwingen wolle. Drittens: Goebbels instrumentalisierte ganz bewusst die vermutlich ältesten deutschen und europäischen Stereotype über die USA: Amerika sei ein Land ohne Kultur und Europa weit unterlegen; ein Land des Materialismus, der Gleichmacherei, des oberflächlichen

57 Hitler, *Monologe*, 184. Eine Dokumentation der wichtigsten Äußerungen Hitlers über Roosevelt und die Vereinigten Staaten von 1942 bis 1945 in Junker, *Kampf um die Weltmacht*, 157–64.

58 *Hitlers politisches Testament. Die Bormann Diktate vom Februar und April 1945*. Mit einem Essay von Hugh R. Trevor-Roper und einem Nachwort von Andre Francois-Poncet (Hamburg, 1981) 103 ff.

Lebensstils, der Talmikultur und Scheinzivilisation, von Gangstern beherrscht, alt, degeneriert und moralisch verkommen.

Mit dem Ergebnis dieser Propaganda war Goebbels in den letzten Tagen des Dritten Reiches allerdings unzufrieden. Während die Propaganda gegen die Bolschewisten zur Stabilisierung der Front im Osten beigetragen habe, sei es nicht gelungen, das deutsche Volk gegenüber den Anglo-Amerikanern zu verhärten und mit Hass zu erfüllen. Die fehlende Abwehrbereitschaft im Westen und die Tatsache, dass sich so viele deutsche Soldaten im Westen ergäben, führte Goebbels am 31. März 1945 in seinem Tagebuch darauf zurück, »daß die Anglo-Amerikaner im deutschen Volke humaner eingeschätzt werden als die Sowjets«.<sup>59</sup> Wie ambivalent die Deutschen den USA in den Jahren seit 1933 und bei Kriegsende gegenüber auch eingestellt gewesen sein mögen, 1944/45 ruhten zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert die Hoffnungen vieler Deutscher auf den Vereinigten Staaten, deren Feldzug in Deutschland zugleich der Beginn einer moralischen Eroberung war.<sup>60</sup>

---

59 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, 5: 2180–81.

60 Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands* (München, 1995).

## 8. Roosevelt und Hitler. Kampf um die Weltmacht (1940–1941)

Die Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit der Reichsgründung von 1871 bis zur Gegenwart ist die Geschichte eines dramatischen Wechsels von Konflikt und Kooperation. Ihr Inhalt war bis 1945 der strategische und wirtschaftliche Widerstreit zwischen dem zweifachen Versuch des Deutschen Reichs nach Bismarck, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden, und der zweifachen Antwort der USA, es zu verhindern und Deutschland in der Position eines Mittelstaats in Europa zu halten. Der geistige, moralische und politische Widerstreit zwischen Demokratie und Autokratie, zwischen Demokratie und Nationalsozialismus bildete einen integralen Bestandteil dieses Konflikts. Deshalb haben sich die USA und das Kaiserreich im Ersten Weltkrieg, die USA und das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg als Feinde gegenübergestanden, deshalb wurden die Vereinigten Staaten zweimal zum Mitbegründer einer bürgerlich-demokratischen Republik auf deutschem Boden, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik. Der Aufstieg zur welthegeemonialen Macht und die Begründung der Pax Americana in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren eine Folge der doppelten deutschen Herausforderung.

Ohne Zweifel stellen die Jahre 1939 bis 1941 die Wasserscheide dieses Jahrhunderts dar, weil das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das imperiale Japan den eurasischen Doppelkontinent zu revolutionieren drohten und die Zukunft der westlichen, das heißt der christlich-jüdischen, liberalen und kapitalistischen Zivilisation auf dem Spiel stand.

Die USA erklärten am 3. September 1939 ihre Neutralität und blieben bis zur deutschen Kriegserklärung vom 11. Dezember 1941 im völkerrechtlichen Sinne neutral, obwohl die amerikanische Politik die Neutralitätsregeln des klassischen Völkerrechts mehrfach durchbrach und im politischen Sinne sehr bald Partei für die Alliierten ergriff. Diplomatische Beziehungen bestanden von 1939 bis 1941 offiziell weiter, allerdings fast inhaltsleer und auf die Ebene von Geschäftsträgern zurückgestuft. Überdies wurden im Juli 1941 in beiden Ländern die Konsulate geschlossen. Weder Roosevelt noch Hitler haben jemals daran gedacht, die USA als Friedensvermittler in den europäischen Krieg einzuschalten. Die Sondierungsmission von Unterstaatssekretär Sumner Welles im Februar 1940 nach Rom, Paris, London und Berlin hing in erster Linie mit innenpolitischen Rücksichten Roosevelts im Präsidentenwahljahr 1940 zusammen. Hitler selbst hatte zu dieser Zeit nicht das geringste Interesse an Friedensgesprächen. Roosevelt war wie die Briten nach Ausbruch des Krieges in Europa nie gewillt, einem Friedensplan zuzustimmen, der zur Konsolidierung

*Erstveröffentlichung:* Roosevelt und Hitler. Kampf um die Weltmacht 1940–1941, in: Unispiegel Heidelberg 5/89, S. 5–6.

der Nazi-Herrschaft über Teile Europas oder gar ganz Europa führen konnte. Ein solches »Super-München« hätte für Roosevelt den schlimmsten aller möglichen Fälle dargestellt. Umgekehrt wäre Hitler nur unter einer solchen Voraussetzung zu Friedensverhandlungen bereit gewesen.

Wichtiger als die völkerrechtliche Ebene war die der tatsächlichen machtpolitischen Handlungen beider Staaten, die zwar aufeinander bezogen blieben und sich spätestens seit Sommer 1940 auf beiden Seiten im Horizont globaler Interessenkonflikte und Visionen abspielten, aber unabhängig voneinander, ohne Interaktionen von Bedeutung, vollzogen wurden. Man hat deshalb zurecht von »zwei Wegen in den Krieg« (M. Jonas) gesprochen.

Das überragende Ziel der Hitler'schen Amerikapolitik bestand darin, die USA aus dem europäischen Krieg herauszuhalten, ohne sich von den Vereinigten Staaten davon abhalten zu lassen, Kontinentaleuropa zu erobern. Zugleich wurden die USA seit dem 3. September 1939 ein entscheidender Faktor in Hitlers wiederholten Versuchen, England zur Anerkennung seiner »Neuen Ordnung« in Europa und zu einem Frieden zu seinen Bedingungen zu zwingen. Je stärker die tatsächliche Hilfe der USA für das Britische Empire wurde, desto länger wurde der amerikanische Schatten über dem Atlantik. Als Hitler im Juli 1940 erkennen musste, dass England auch aufgrund der amerikanischen Unterstützung nicht bereit war, zu seinen Bedingungen Frieden zu schließen, rückten die USA, entgegen Hitlers ursprünglichen Plänen, immer mehr in das Zentrum seiner »Weltblitzkriegsstrategie«. Roosevelt brachte Hitler in Zeitnot. Der »Führer« musste die kontinentaleuropäischen Probleme »lösen«, bevor die USA politisch und militärisch in der Lage wären, in Europa einzugreifen.

So unternahm er erhebliche Anstrengungen, um Amerika aus Europa herauszuhalten. Hitler zeigte Entschlossenheit, die deutsche Marine im U-Boot-Krieg an der kurzen Leine zu führen, um im Atlantik alles zu vermeiden, was den USA als Vorwand für einen Kriegseintritt dienen konnte. In diesem Punkt hatte er aus dem Ersten Weltkrieg gelernt. Er hielt sich im Seekrieg gegenüber den formal neutralen, tatsächlich parteiischen USA an die Regeln des Seekriegsrechts, der deutschen Propaganda war es streng verboten, den Begriff »uneingeschränkter U-Boot Krieg« überhaupt zu verwenden, und selbst, als es am 4. September 1941 zwischen dem amerikanischen Zerstörer »Greer« und einem deutschen U-Boot zum ersten bewaffneten Zwischenfall zwischen den USA und dem Dritten Reich kam, hielt Hitler gegen den Rat von Großadmiral Raeder an dieser Grundlinie fest.

Schließlich wurde die Abschreckung der USA seit Sommer 1940 zu einem zentralen Bestandteil der globalen Strategie Hitlers.

Zwei Aussagen von ihm im Juli 1940 und Juli 1941 machen diese Problemlage besonders gut deutlich: »Englands Hoffnung ist Rußland und Amerika. Wenn Hoffnung auf Rußland wegfällt, fällt auch Amerika weg, weil [auf den] Wegfall Rußlands eine Aufwertung Japans in Ostasien in ungeheurem Maße erfolgt« (31.7.1940). »Wenn wir überhaupt die USA aus dem Krieg heraushalten können, dann nur durch die Vernichtung Rußlands und dann nur, wenn Japan und Deutschland eiskalt und eindeutig auftreten« (14.7.1941). Welch eine Wandlung in der Einschätzung Amerikas vom September 1939 bis zum Juli 1940! Zehn Monate nach dem Kriegsausbruch in



Europa sah sich Hitler durch die Weigerung Englands, Frieden zu schließen, gezwungen, die fünf Weltmächte der damaligen Zeit – England, USA, Japan, Sowjetunion und das Dritte Reich – in Wunschprojektionen globalen Ausmaßes zu integrieren, um überhaupt noch ein Konzept gegen die USA zu finden. Die Realisierung seines seit den zwanziger Jahren festliegenden außenpolitischen Hauptziels, durch die Vernichtung der Sowjetunion Lebensraum im Osten zu schaffen, sollte Hitler nun zugleich vom Alpdruck eines amerikanischen Kriegseintritts befreien. Ein Sieg über die Sowjetunion sollte Englands Hoffnungen auf Hilfe von Russland und Amerika zerstören und Hitlers »Wunschverbündeten« England endlich zur Anerkennung eines nationalsozialistischen Kontinentalimperiums zwingen. Gleichzeitig versuchte Hitler, Japan als Bundesgenossen im Kampf um die Abschreckung Amerikas zu gewinnen, die USA wie Großbritannien in Ostasien zu binden, ihre Energien von Europa abzuhalten und die USA mit der Möglichkeit eines Zwei-Fronten-Krieges zu beunruhigen. Der markanteste Ausdruck dieser Politik war der am 27. September 1940 zwischen Deutschland, Japan und Italien abgeschlossene Dreimächtepakt.

Darin verpflichteten sich die Vertragspartner, »die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa« und die »Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im großostasiatischen Raum« anzuerkennen und zu respektieren. Der Bündnisfall sollte eintreten, falls Deutschland, Italien oder Japan von einer Macht, »die gegenwärtig nicht in einen europäischen Krieg oder in dem chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist«, das heißt von den USA, angegriffen wird.

Aus der Sicht Hitlers mussten deshalb die im Frühjahr 1941 zwischen Japan und den USA begonnenen Verhandlungen über einen *modus vivendi* im Pazifik als besonders bedrohlich erscheinen. Eine Einigung zwischen den beiden Staaten hätte seine gesamte Konzeption zerstört und die Gefahr einer Wiederholung der Situation des Ersten Weltkriegs heraufbeschworen – Amerikas Kriegseintritt gegen Deutschland mit freiem Rücken im Pazifik. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung war im Frühjahr 1941 auch deshalb groß, weil mit der Wiederwahl Roosevelts im November 1940 offenbar wurde, dass der Dreimächtepakt auf die amerikanische Politik keine abschreckende Wirkung ausgeübt, sondern im Gegenteil den amerikanischen Willen zur Unterstützung der Alliierten verstärkt hatte. Vermutlich waren das Scheitern des Abschreckungskonzepts und der immer wahrscheinlicher werdende Fall eines amerikanischen Kriegseintritts – Hitler rechnete damit, dass die USA im Jahre 1942 kriegsfähig sein würden – die Hauptgründe dafür, dass Hitler am 4. April 1941 in einem Gespräch mit dem japanischen Außenminister Matsuoka über die Verpflichtung des Dreimächtepakts hinausging und Japan Deutschlands Unterstützung auch für den Fall eines japanischen Angriffs gegen die USA zusagte.

Aber solange der Ostfeldzug nicht beendet war, mussten ein Kriegseintritt der USA vermieden und Amerikas Provokationen im Atlantik ignoriert werden. Für Hitler gab es seit Sommer 1940 keine Amerikakonzeption ohne Japan mehr. Ohne Japan war es weder möglich, die USA vom Kriegseintritt in Europa abzuschrecken, noch einen Krieg gegen die USA zu führen, geschweige denn zu gewinnen. In dieser Grundtatsache liegt wohl auch der Schlüssel zur Beantwortung der in der Forschung

umstrittenen und aufgrund der Quellenlage nur hypothetisch zu beantwortenden Frage, warum Deutschland den Vereinigten Staaten am 11. Dezember, vier Tage nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor, den Krieg erklärte, obwohl die deutschen Armeen im Schlamm vor Moskau steckengeblieben waren. Dieser Schritt Hitlers ist rätselhaft, weil er selbst in der einzigen Sprache, die Hitler zu verstehen vorgab, in der Sprache der Macht, keinen Sinn zu ergeben scheint und weil er Hitlers eigenen, seit dem Sommer 1940 entwickelten weltpolitischen Konstruktionen und Hoffnungen zuwiderlief. Weder das Britische Empire noch die Sowjetunion waren besiegt, und es muss als Größenwahn, selbstmörderischer Realitätsverlust und Spiel mit der Existenz des Deutschen Reichs erscheinen, in einer solchen Lage dem potentiell stärksten Staat der Erde den Krieg zu erklären. Wenn es überhaupt eine machtpolitisch zweckrationale Erklärung gibt, liegt sie in der japanischen Bundesgenossenschaft.

Spätestens am 4. Dezember 1941 entschloss sich Hitler, ohne von dem geplanten Überfall auf Pearl Harbor informiert zu sein, dem japanischen Drängen nachzugeben und für den Fall einer japanischen Kriegseröffnung gegenüber den USA in einen deutsch-japanisch-italienischen Bündnisakt auf Gegenseitigkeit einzuwilligen, falls die anderen beiden Mächte zugleich versicherten, gemeinsam bis zum Sieg zu kämpfen und keinen Sonderfrieden zu schließen. Dieser Vertrag wurde am 11. Dezember, kurz vor Überreichung der deutschen Kriegserklärung in Washington und Hitlers Rede im Deutschen Reichstag, in Berlin unterzeichnet. Der Krieg mit den USA, so scheint Hitlers Kalkül gewesen zu sein, würde ohnehin kommen. Die einzige Chance des Dritten Reichs, in einem solchen Krieg zu bestehen und die USA aus Europa herauszuhalten, lag darin, die USA zugleich in Europa und Asien, im Atlantik und im Pazifik in einen Zweifrontenkrieg zu verwickeln; denn, so erklärte Hitler am 3.1.1942 gegenüber Botschafter Oshima, er sei der Auffassung, dass man England vernichten könne. Wie man die USA besiege, wisse er noch nicht.

Amerikas Weg in den Krieg, der »zweite Weg« in den Krieg, führte über die schrittweise Aufgabe einer neutralen Position und eine sich ständig verstärkende US-Hilfe für die von den Aggressoren bedrohten Staaten. Schon vor dem Überfall auf Pearl Harbor hatten Roosevelt und die Internationalisten die amerikanische Nation an einen Punkt geführt, an dem nicht mehr fraglich war, ob, sondern nur noch wann, wie und wo – im Atlantik oder Pazifik – die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg eintreten würden. Sie waren zu diesem Zeitpunkt einem Verteidigungs-, Kriegs- und Siegeskonzept verpflichtet, das man als Strategie einer globalen Vorwärtsverteidigung bezeichnen kann, in dem sich der Unterschied von defensiv und offensiv im *geographischen Sinne* bis zur Unkenntlichkeit verwischt hatte.

Der Aufbau der weltweiten Präsenz der USA vom Ausbruch des europäischen Kriegs bis zum Dezember 1941 ist von Historikern oft erzählt worden. Hier sei lediglich an seine wichtigsten Etappen erinnert: an die Proklamation einer 300-Meilen-Sicherheitszone um die gesamte westliche Hemisphäre (mit Ausnahme von Kanada, das sich schon im Krieg befand), durch die Erklärung der panamerikanischen Staaten in Panama am 3. Oktober 1939; die erneuerte Cash-and-Carry-Klausel im vierten Neutralitätsgesetz vom 4. November 1939, die das Waffenembargo aufhob und denjenigen Staaten den Kauf von Waffen ermöglichte, die diese gegen Barzahlung auf

eigenen Schiffen abtransportieren konnten; den Tausch von fünfzig amerikanischen Zerstörern gegen Militärbasen auf englischen Besitzungen von Neufundland bis British-Guayana am 2. September 1940; das Pacht- und Leihgesetz vom 11. März 1941, das dem Präsidenten Generalmächtigung erteilte, alle irgendwie kriegswichtigen Waffen, Waren und Güter an jene Nationen zu verkaufen, zu verleihen oder zu verpachten, deren Verteidigung nach Ansicht des Präsidenten von vitalem Interesse für die Verteidigung der USA war; die geheimen britisch-amerikanischen Stabsbesprechungen im Februar und März 1941; das Treffen im Atlantik zwischen Roosevelt und Churchill im August 1941, bei dem die Atlantik-Charta publiziert wurde; die Sicherung britischer Konvois durch die amerikanische Flotte ab 17. September 1941; den begrenzten und unerklärten Seekrieg zwischen Deutschland und den USA im Nordatlantik; und schließlich das Einfrieren der japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten am 26. Juli 1941, das zusammen mit Sanktionen Großbritanniens und der Niederlande praktisch ein weltweites Ölembargo bedeutete und Japan vor die Alternative Krieg oder Kapitulation stellte.

Alle diese Schritte geschahen vor dem Hintergrund eines gewaltigen Aufrüstungsprogramms, der Einführung der selektiven Wehrpflicht im Herbst 1940 und der Verkündigung des »unbegrenzten nationalen Notstandes« durch Roosevelt am 27. Mai 1941. Im Dezember 1941 standen amerikanische Truppen außerhalb der westlichen Hemisphäre und der insularen Besitzungen der USA auf Grönland, Island, in China und in Holländisch-Guinea. Roosevelt hatte nach seiner Wiederwahl die USA am 29. Dezember 1940 zum »Arsenal der Demokratie« bestimmt. Schon vor Dezember 1941 hatte er auf Grund seiner Generalmächtigung im Pacht- und Leihgesetz erklärt, die Verteidigung von Großbritannien, Indien, Burma, Australien, Neuseeland, Kanada, Südafrika, Südrhodesien (praktisch des ganzen Britischen Empire), von Griechenland, der Türkei, von Jugoslawien, Ägypten, China und Russland sei von »vitalem Interesse« für die Verteidigung der USA.

Die amerikanische Nation wurde mit Versprechungen über einen Nicht-Kriegseintritt in den Krieg geführt. Mit Rücksicht auf die Isolationisten hat es Roosevelt vermieden, das amerikanische Volk offen mit der Alternative zu konfrontieren, die seit 1939 das einzige außenpolitische Thema Amerikas war: die Frage, ob die USA in die Kriege Europas und Asiens eintreten sollten oder nicht.

Auf beiden Seiten des Atlantiks mündeten Selbstbild und Bedrohungsvorstellung, Gegenwartsanalyse und Vorwegnahme der Zukunft in *antagonistischen Weltmachtentwürfen*, die es gestatten, das deutsch-amerikanische Verhältnis von 1939 bis 1941 als antizipierten Kampf um die Weltmacht zu charakterisieren. Allerdings ist auch in diesem Fall die amerikanische Zielsetzung genauer und zweifelsfreier zu beschreiben als die viel diskutierten »Endziele« Hitlers. Diese größere Klarheit auf amerikanischer Seite hängt auch damit zusammen, dass die USA als einzige Großmacht der Erde das Privileg genossen, einige Jahre darüber diskutieren zu können, ob die vitalen Interessen des Landes durch die Achsenmächte und Japan bedroht waren oder nicht. Dieses Privileg hatte seinen Grund in der strategisch ungefährdeten Lage des Landes in der westlichen Hemisphäre. Atlantik und Pazifik garantierten eine offene Entscheidungslage und die Diskussion von Alternativen, die nicht *allein* vom Willen der

Aggressornationen diktiert wurden. Wer nach den Umständen und Ursachen für den amerikanischen Kriegseintritt fragt, ist deshalb gut beraten, wenn er den innenpolitischen Kampf zwischen den sogenannten Isolationisten einerseits, Präsident Franklin D. Roosevelt und den Internationalisten andererseits rekonstruiert. Der Kern des Kampfes war nun nicht das moralische und demokratische Problem, ob Roosevelt das amerikanische Volk in der Frage von Krieg und Frieden taktisch behandelte, ihm Teile der Wahrheit verschwie oder es gar belog (alles das tat er), auch nicht das Problem, ob die Isolationisten Roosevelts Motive verzeichneten und ihn zum Kriegstreiber mit Diktator-Neigungen abstempelten (alles das taten sie), sondern der nicht überbrückbare Gegensatz zwischen den beiden Lagern über die Stellung der USA in der Welt. Zwischen 1937 und 1941 wurde die vierte große innenpolitische Debatte über die außenpolitische Frage geführt, ob die USA eine Weltmacht im wörtlichen Sinne sein oder sich mit der Rolle einer regionalen Großmacht in der westlichen Hemisphäre bescheiden sollten – die vierte Debatte nach 1898, 1914–1917 und 1920. In dieser Debatte nahm die Einschätzung der nationalsozialistischen – weniger der japanischen – Gefahr für die USA einen zentralen Platz ein. Der Konflikt drehte sich um das Bedrohungspotential Hitlers und des nationalsozialistischen Deutschlands für die Vereinigten Staaten.<sup>1</sup>

Aus historischer Perspektive ist es eine zentrale Frage, ob die zeitgenössische Sicht Roosevelts stimmte und Hitler tatsächlich eine Weltherrschaft plante, die – gleichsam als letzte Stufe – eine Invasion der westlichen Hemisphäre und einen Angriff auf die kontinentalen USA vorsah. Diese Frage zielt in das Zentrum einer in der internationalen Forschung seit über fünfundzwanzig Jahren kontrovers geführten Diskussion, und es wäre vermessen, im Rahmen eines kurzen Textes erschöpfend antworten zu wollen. Hier lediglich einige Eckpunkte:

1. Die Radikalität und die im wahrsten Sinne des Wortes massenmörderischen Konsequenzen der Hitlerschen Weltanschauung hatten ihren Grund in der Handlungsgewissheit und dem fanatischen Sendungsbewusstsein, die Hitler aus dem »granitenen Fundament« seiner Weltanschauung schöpfte. Dieses Fundament war eine zwar vereinfachte und primitive, in ihren Umrissen dennoch klar erkennbare Geschichtsteologie, aus der Hitler für sich selbst und die nationalsozialistische Bewegung eine weltgeschichtliche Mission und einen potentiell universalen, im wahrsten Sinne des Wortes »entgrenzten« Anspruch ableitete. Hitler deutete die Weltgeschichte am Leitfaden eines Prinzips, das notwendigerweise in universalen Projektionen enden musste.

Was war der Inhalt dieser Geschichtsteologie? Das Bewegungsgesetz und der Bewegungssinn aller bisherigen Geschichte liege im Krieg und Kampf von Rassen und Völkern um knappen Lebensraum. In der Geschichte herrsche wie in der Natur ein erbarmungsloser Kampf aller gegen alle. Jedes Volk stehe in jedem Augenblick der Geschichte vor der Alternative, zu kämpfen oder unterzugehen.

<sup>1</sup> Vgl. Detlef Junker, Kampf um die Weltmacht. Die USA und das »Dritte Reich« 1933–1945. Düsseldorf 1988.

Die Erde, so Hitler, sei ein Wanderpokal und habe deshalb das Bestreben, immer in die Hand des Stärksten zu kommen.

Das Böse, das schlechthin teuflische Element der Weltgeschichte, verkörpern für ihn die Juden. Die Mission der nationalsozialistischen Bewegung bestand darin, das deutsche Volk zum Endkampf gegen das Judentum aufzurufen. Deshalb hat Hitler die Vernichtung der Juden neben der Eroberung von Lebensraum für die zentrale Mission seines Lebens gehalten. Die überlieferten Aussagen Hitlers über eine zukünftige »Weltherrschaft«, über den zukünftigen »Herrn der Erde«, über »die größte germanische Revolution der Weltgeschichte« waren Vorwegnahmen von Hitlers Wunschzeit nach dem Ende seines Kampfes, Vorwegnahmen einer auf Dauer angelegten Rasseherrschaft der Germanen, die nach der Ausrottung der Juden die bisherige Dialektik der Geschichte zum Stillstand bringen werde. Diese Vision einer Weltherrschaft war zugleich universal und ortlos, nicht im konkreten Sinne global.

2. Das konkrete Ziel der Hitler'schen Politik und Bündnisplanung in den zwanziger und dreißiger Jahren war dagegen die Herrschaft über Europa vom Atlantik bis zum Ural. Eine solche Herrschaft über Europa würde das Dritte Reich allerdings in Hitlers Vorstellung automatisch in die Position einer Weltführungsrolle bringen, die anzuerkennen und zu dulden auch die demokratischen Seemächte, das Britische Empire und die USA, notfalls mit Gewalt genötigt werden müssten.
3. Hitler hat selbst im Juli und August 1941, auf dem Höhepunkt seiner Macht und angesichts des vermeintlich bevorstehenden Siegs über die Sowjetunion, nicht von einer Invasion der westlichen Hemisphäre und einem Angriff auf die kontinentalen USA gesprochen. Invasionspläne zur Eroberung der USA sind nie entwickelt worden, und selbst wenn es sie 1940/41 gegeben hätte, wären es reine Luftschlösser gewesen. Die Furcht oder die Propaganda amerikanischer Interventionisten vor einer Invasion der Nazis erweist sich im kalten Licht des historischen Abstands als gegenstandslos.
4. Der von Hitler im Jahre 1928 für einen fernen Tag vorausgesagte, 1941 wahrscheinlich gewordene Krieg des Dritten Reichs gegen die USA war für ihn politisch und militärisch ein Krieg, um die USA aus Europa herauszuhalten und zur Anerkennung des nationalsozialistischen Imperiums zu zwingen. Mir ist bisher keine Äußerung bekannt, die den Schluss zuließe, den bevorstehenden Krieg als Mittel zur Beherrschung der westlichen Hemisphäre zu deuten. Hitlers konkreter Entwurf einer rassistisch begründeten Weltmacht blieb immer europazentrisch, im Gegensatz zu Roosevelts liberalem Modell der einen Welt, das schon in der Vorwegnahme der Zukunft fünf Kontinente und sieben Weltmeere umfasste.
5. Die auf dem Höhepunkt der Siegeshoffnung im Juli und August 1941 von Hitler erwogenen Maßnahmen, nach der Niederlage der Sowjetunion ein Stützpunktsystem im Atlantik aufzubauen, eine starke Überwasserflotte zu schaffen und

Langstreckenbomber zu entwickeln, hätten im besten, aber immer noch unwahrscheinlichen Fall ausgereicht, die USA und Großbritannien zu einem *modus vivendi* mit Hitlers Europa zu zwingen. Hitlers berühmte Meinungsäußerung gegenüber dem japanischen Botschafter Oshima am 14. Juli 1941, dass beide Länder die USA »gemeinsam vernichten müßten«, wäre selbst Jahre nach einer Niederlage der Sowjetunion gemäß Erfahrung, Maß und Möglichkeit ohne Realitätsgehalt geblieben, weil jede »Vernichtung« der USA die Eroberung der westlichen Hemisphäre und/oder die Erfindung einer Interkontinentalrakete mit atomarer Sprengladung zur Voraussetzung hat. Beide Möglichkeiten lagen außerhalb des Hitler'schen Lebenshorizonts.

# 9. Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen im Kalten Krieg (1945–1990)

Der Versuch, die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beschreiben und zu erklären, zwingt den Historiker, das ganze Jahrhundert in den Blick zu nehmen. Denn das Verhältnis der beiden Staaten, Gesellschaften und Kulturen zueinander in der Epoche des Kalten Krieges war im doppelten Sinne geschichtlich geprägt: durch die objektiven Folgen der amerikanischen Interventionen in die beiden Weltkriege und durch die Lehren, die auf beiden Seiten des Atlantiks aus diesen historischen Erfahrungen gezogen wurden.

Im Hinblick auf das ganze Jahrhundert darf aus amerikanischer Perspektive die Aussage gewagt werden, dass kein Land der Welt soviel zum Aufstieg der USA zur Supermacht und zur Globalisierung ihrer Interessen beigetragen hat wie Deutschland, Europas Zentralmacht.<sup>1</sup> Es war vor allem die dreifache Herausforderung durch das deutsche Problem im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg, die dazu führte, dass die USA sich als militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht auf dem eurasischen Doppelkontinent etablierten, zu dem das Land im 19. Jahrhundert besonders militärisch und bündnispolitisch Distanz gehalten hatte.<sup>2</sup>

Deutschland war der Feind Nummer eins im Ersten Weltkrieg, gegen den die USA zwei Kriege führten, einen militärischen in Europa und einen Kulturkampf

- 1 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert siehe *Hans W. Gatzke*, *Germany and the United States. A »Special Relationship«?* Cambridge, Mass., 1980; *Manfred Jonas*, *The United States and Germany. A Diplomatic History*. Ithaca, N.Y./London 1984; *Frank Trommler* (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte*. Opladen 1986, 351–676. [English version: Frank Trommler and Joseph McVeigh, eds., *America and Germany: An Assessment of a Three-Hundred-Year History*, vol. 2, *The Relationship in the Twentieth Century* (Philadelphia, 1985)]; Carl C. Hodge/Cathal J. Nolan (Hrsg.), *Shepherd of Democracy. America and Germany in the Twentieth Century*. Westport, Conn., 1992; Klaus Larres/Torsten Oppelland (Hrsg.), *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*. Darmstadt 1997.
- 2 *Samuel F. Wells Jr./Robert H. Ferrell/David Trask*, *The Ordeal of World Power, American Diplomacy Since 1900*. Boston 1975; *Akira Iriye*, *The Globalizing of America, 1913–1945*. Cambridge, Mass., 1993; *Warren I. Cohen*, *America in the Age of Soviet Power, 1945–1991*. Cambridge, Mass., 1993; *Robert D. Schulzinger*, *American Diplomacy in the Twentieth Century*. 3. Aufl. Oxford/New York 1994; *Lloyd C. Gardner*, *A Covenant with Power. America and World Order from Wilson to Reagan*. New York 1984; *Detlef Junker*, *Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*. Mannheim 1995; *Frank Ninkovich*, *The Wilsonian Century. U.S. Foreign Policy since 1900*. Chicago 1999; *Michael J. Hogan* (Hrsg.), *America in the World. The Historiography of American Foreign Relations Since 1941*. Cambridge, Mass., 1995.

*Erstveröffentlichung:* Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen im Kalten Krieg, in: Detlef Junker (Hg.), in Verbindung mit Philipp Gassert, Wilfried Mausbach und David B. Morris: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990*. Ein Handbuch. Band I. 1945–1968. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart/München (2. Auflage) 2001, S. 17–56.

gegen die Deutschamerikaner im eigenen Lande. Im Zweiten Weltkrieg blieb für die politische und strategische Elite der USA das nationalsozialistische Deutschland selbst nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor der vordringlich zu schlagende Gegner. Zwar wurde nach 1945 der amerikanisch-sowjetische Gegensatz zum überragenden Strukturprinzip der internationalen Beziehungen und die deutsche Frage weitgehend eine abhängige Variable des Verhältnisses der beiden Supermächte zueinander, aber dennoch blieb Deutschland Amerikas zentrales Problem in Europa. Das Machtvakuum, das die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches in Europa hinterließ, kann als die wichtigste Ursache für die Entstehung eines sowjetisch-amerikanischen Antagonismus nach 1945 angesehen werden. Die Gründung der NATO und die dauernde Stationierung amerikanischer Truppen auf deutschem Boden – beides Revolutionen der amerikanischen Außenpolitik – waren eine direkte Folge der Tatsache, dass sich die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges nicht über die innere Ordnung Deutschlands und über seinen Platz in Europa einigen konnten. Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958–1962 gehörten zu den für den Weltfrieden gefährlichsten Ereignissen des Kalten Krieges. Besonders die zweite Krise, die eng mit der Kubakrise verknüpft war,<sup>3</sup> und der Bau der Mauer legten das Dilemma der Amerikaner frei, die weder für Berlin und die Deutschen in einem Atomkrieg sterben noch durch einen Rückzug aus West-Berlin ihr Prestige und ihre Position als europäische Hegemonialmacht gefährden wollten.

Darüber hinaus verfolgte der Nationalsozialismus die US-Weltpolitik nach 1945 wie ein Schatten. Denn die überragende Maxime, die Sowjetunion einzudämmen, verband sich in dieser Generation amerikanischer Politiker mit der großen Lehre über das Versagen der Demokratien in den 1930er Jahren. Nie wieder dürfe gegenüber Diktatoren eine Politik der Beschwichtigung (»appeasement«) betrieben werden; ein zweites München dürfe es nicht geben, weder in Europa noch in Asien. Auch die Domino-Theorie, die in den USA während des Kalten Krieges als politische Allzweckwaffe zur Rechtfertigung von Bündnissen, militärischen Interventionen und wirtschaftlicher Hilfe in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika verwendet wurde und die Amerikaner schließlich in den Vietnamkrieg hineinzog, liegt in dieser Erfahrung begründet.

In geostrategischer Hinsicht war die Eindämmung der Macht des deutschen Nationalstaates im Zentrum Europas ein Leitmotiv amerikanischer Europapolitik seit dem Zeitalter des Imperialismus, als das Wilhelminische Deutschland und ein imperiales Amerika ihren Status als regionale Großmächte sprengten und konkurrierende Weltmächte wurden. Deutschland wurde nur dann zu einem Problem für die Vereinigten Staaten, wenn es zum Hegemon oder Unterdrücker Europas aufzusteigen drohte. Die von Europa weit entfernten USA fürchteten, anders als Deutschlands

3 John C. Ausland, *Kennedy, Krushchev, and the Berlin-Cuba Crisis, 1961–1964*. Oslo/Boston 1996; Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, *One Hell of a Gamble: Krushchev, Castro, and Kennedy, 1958–1964*. New York 1997; Ernest R. May/Philip D. Zelikow (Hrsg.), *The Kennedy Tapes: Inside the White House During the Cuban Missile Crisis*. Cambridge, Mass. 1997; Lawrence Freedman, *Kennedy's Wars: Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam*. New York 2000.



europäische Nachbarn<sup>4</sup>, nie den 1871 geschaffenen deutschen Nationalstaat, aber immer die rivalisierende Weltmacht. Deshalb haben die Vereinigten Staaten einerseits das Wilhelminische und nationalsozialistische Deutschland in zwei Weltkriegen bekämpft, andererseits versucht, die Weimarer Republik durch eine wirtschaftliche und die Bundesrepublik seit 1949 zusätzlich durch militärische und diplomatische Integration einzudämmen und zu stabilisieren. Die Stabilität Europas und die Eindämmung Deutschlands gehörten zu den strategischen Zielen amerikanischer Weltpolitik im 20. Jahrhundert, von Woodrow Wilson bis George Bush.

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts stellten die Deutschen nicht nur zweimal den Feind, sondern sie lieferten Amerika auch zweimal das überragende Feindbild. Die amerikanische Zivilreligion, jene unverwechselbare Mischung aus christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben<sup>5</sup>, hat dabei die propagandistische Verwandlung des deutschen Kaiserreichs in das Reich des Bösen gewiss erleichtert. Erst dieses manichäische, Gut und Böse mit religiöser Inbrunst scheidende Muster ermöglichte es der Regierung Wilson, den Kampf um die keineswegs kriegsbereite Seele des amerikanischen Volkes zu gewinnen.<sup>6</sup> Von 1937 bis 1941 wiederholte sich dieser Vorgang in groben Zügen, mit dem großen Unterschied allerdings, dass es sich im Falle des nationalsozialistischen Deutschlands, anders als beim Kaiserreich, tatsächlich um ein Reich des Bösen handelte.

Auch in der Verwirklichung der positiven Kehrseite dieses manichäischen Musters amerikanischer Politik, ihrer Mission, der Welt Freiheit und Demokratie zu bringen, haben die Deutschen eine zentrale Rolle gespielt. Auch in dieser Hinsicht ist das »amerikanische Jahrhundert« ohne die Deutschen schwer zu denken.<sup>7</sup> Es war die deutsche Herausforderung, die Präsident Wilson dazu zwang, die amerikanischen Sendungsziele zu entgrenzen und zu globalisieren; von der passiven Idee, Amerika in ein neues Jerusalem zu verwandeln und durch eigenes Beispiel ein Leuchtfeuer für die Welt zu sein, bis zur aktiven Missionspflicht, »zurückgebliebene«, weniger freiheitliche und weniger »zivilisierte« Völker auf amerikanisches Niveau zu heben.<sup>8</sup> Wilsons Forderung, die Welt für die Demokratie sicher zu machen, war der ideelle Höhepunkt seiner Kriegsbotschaft, mit der er im April 1917 den Kriegseintritt

4 Gottfried Niedhart/Detlef Junker/Michael Richter (Hrsg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert. Mannheim 1997.

5 Walter A. McDougall, *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*. Boston/New York 1997; Michael H. Hunt, *Ideology and United States Foreign Policy*. New Haven 1987; Knud Krakau, *Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika*. Frankfurt a. M./Berlin 1967; Kurt R. Spillmann, *Amerikas Ideologie des Friedens. Ursprünge, Formwandlungen und geschichtliche Auswirkungen des amerikanischen Glaubens an den Mythos einer friedlichen Weltordnung*. Bern/New York 1984.

6 Detlef Junker, *Die manichäische Falle. Das deutsche Reich im Urteil der USA 1871–1945, in: Das deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn*. Hrsg. v. Klaus Hildebrand. München 1996, 141–158. [English version: Detlef Junker, *The Manichaeian Trap. American Perceptions of the German Empire, 1871–1945* (German Historical Institute, Occasional Paper 12). Washington, D.C., 1995.]

7 Tony Smith, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*. Princeton 1994; Emily S. Rosenberg, *Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Expansion, 1890–1945*. New York 1982.

8 H. W. Brands, *What America Owes the World. The Struggle for the Soul of Foreign Policy*. New York 1998.

seines Landes gegen Deutschland rechtfertigte. Das Scheitern dieser Mission im Zwischenkriegsdeutschland ist von Teilen der politischen Elite der USA auch als ein Versagen ihres Landes verstanden worden, das sich nach dem Versailler Vertrag militärisch und bündnispolitisch aus Europa zurückzog und nur wirtschaftlich und kulturell präsent blieb.

Nach 1945 gehörten deshalb die Pazifizierung und Demokratisierung Deutschlands – und Japans – zu den zentralen Zielen amerikanischer Außenpolitik. Weder vorher noch nachher haben die Amerikaner so viele Ressourcen aufgewendet, um zwei fremde und besetzte Nationen nach ihrem Vorbild politisch, gesellschaftlich und kulturell zu verwandeln. Unter dem Einfluss des Kalten Krieges machten die USA das westliche Deutschland zum Teil einer atlantischen Sicherheits-, Werte-, Produktions-, Konsum-, Informations-, Freizeit-, Reise- und Unterhaltungsgemeinschaft unter amerikanischer Hegemonie. Besonders Berlin, von 1933 bis 1945 der Sitz des Bösen, wurde nicht nur zum Symbol des Kalten Krieges und einer geteilten Welt, sondern auch zum Vorposten der Freiheit, zur »Stadt auf dem Berge«, auf der die Augen der Welt ruhten.<sup>9</sup> Und nichts symbolisierte für die Amerikaner den Sieg der Freiheit über Kommunismus und Diktatur sinnfälliger als der Fall der Berliner Mauer, auf den sie fast enthusiastischer reagierten als viele überraschte und verunsicherte Westdeutsche.

Am Anfang des neuen Jahrtausends, zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall des Sowjetimperiums, sind im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner und in ihrer Erinnerungsindustrie beide Grunderfahrungen mit Deutschland in einer eigentümlichen Gemengelage zugleich verbunden und getrennt: die Erfahrungen mit dem Reich des Bösen und dem demokratischen Verbündeten im Rahmen einer transatlantischen Gemeinschaft. Allerdings scheint nicht der Kalte Krieg, sondern der Zweite Weltkrieg zur Achse der amerikanischen Identität im 20. Jahrhundert zu werden. Im Gegensatz zum moralisch mehrdeutigen Kalten Krieg – er hätte durchaus in der atomaren Katastrophe enden können<sup>10</sup>, und er wurde von einer Serie irritierend undurchsichtiger und grausamer Kriege an der Peripherie begleitet, aus denen das Debakel der USA in Vietnam heraussticht – gilt der Krieg gegen die Achsenmächte und Japan als das wichtigste Ereignis dieses Jahrhunderts und zugleich als Amerikas großer, guter und gerechter Krieg.<sup>11</sup> In diesem Krieg aber

9 Siehe den Beitrag von *Diethelm Prowe*, Bd. 1, Politik.

10 Einige Interpreten des Kalten Krieges halten diese Möglichkeit aufgrund des gewandelten internationalen Systems seit 1945 allerdings für gering. Siehe *John Lewis Gaddis*, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*. Oxford/New York 1987; *John Mueller*, *Retreat from Doomsday. The Obsolescence of Major War*. New York 1989.

11 In einer Umfrage vom 6. Dezember 1999 antworteten die Amerikaner auf die Bitte, das aus ihrer Sicht bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts bzw. ein bedeutendes, aber nicht das bedeutendste Ereignis zu nennen, wie folgt: Der Zweite Weltkrieg (71 % das bedeutendste Ereignis; 21 % ein bedeutendes, aber nicht das bedeutendste Ereignis); das Frauenwahlrecht aus dem Jahre 1920 (66 %; 22 %); der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima (66 %; 20 %); der nationalsozialistische Holocaust (65 %; 20 %); die Bürgerrechtsgesetzgebung von 1964 (58 %; 26 %). Auf den Plätzen sechs bis acht folgten der Erste Weltkrieg, die Landung eines Menschen auf dem Mond und die Ermordung von Präsident Kennedy. Es ist bemerkenswert, dass der Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 auf Platz 9 noch vor der Großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre (10), dem Ende der Sowjetunion (11) und dem Krieg in Vietnam (12) genannt wurde. Nach dieser Umfrage hielten die Amerikaner den

war das nationalsozialistische Deutschland, nicht der Kommunismus der überragende Feind.

Die besondere Bedeutung des Zweiten Weltkrieges für die amerikanische Identität und Erinnerungskultur ergibt sich nicht nur daraus, dass er objektiv einen qualitativen Wandel von der Großmacht zur Supermacht markiert und sich neben dem Bürgerkrieg in den US-Massenmedien besonders gut für eine patriotische und heroische Geschichtsbetrachtung eignet. Darüber hinaus stellt im amerikanischen Bewusstsein der Holocaust als Verkörperung des absolut Bösen auch alle anderen Verbrechen dieses Jahrhunderts in den Schatten. Seit den 1960er Jahren ist in den USA und anderswo die historisch-wissenschaftliche, politische, künstlerische und religiös-theologische Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den Juden in Europa ständig angewachsen. Seine Universalisierung, Vermarktung, Trivialisierung und Funktionalisierung durch Medien und Politik hat überdies zu einer Debatte über die »Amerikanisierung des Holocaust«<sup>12</sup> geführt. Dieser Vorgang steht im ursächlichen Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust für die jüdischen Gemeinden in den USA, in Israel und in anderen Teilen der Welt<sup>13</sup>, dem Verhältnis der amerikanischen Juden zu Israel, ihrer Sorge, ohne den Holocaust ihre Identität zu verlieren, und der erfolgreichen Institutionalisierung und Ausweitung der Forschung über und des Gedenkens an den Holocaust.<sup>14</sup>

Zu Beginn des neuen Jahrtausends ist schwer zu prognostizieren, welche Bedeutung die Amerikanisierung des Holocaust für das amerikanische Deutschlandbild, das Bild der Deutschen von den USA und das amerikanisch-deutsche Verhältnis in den nächsten Jahrzehnten gewinnen wird. Der Schatten des Holocaust kann für den Historiker aber nicht die fundamentale Tatsache verdunkeln, dass nicht nur aus deutscher, sondern auch aus amerikanischer Perspektive die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945 eine Erfolgsgeschichte sind, ohne Vorbild in der Geschichte der internationalen Beziehungen.

Die Lösung des deutschen Problems gehört zu den größten Erfolgen amerikanischer Weltpolitik im 20. Jahrhundert – ein Erfolg, den 1945 niemand voraussehen konnte, als der Zweite Weltkrieg endete und die Bilder von der Öffnung der Konzentrationslager Buchenwald und Dachau in den USA einen elementaren Ekel hervorriefen. Fast 40 Jahre war Deutschland integraler Bestandteil der zweifachen Eindämmungspolitik der USA in Kontinentaleuropa, nämlich der Eindämmung der sowjetischen und der

---

Zweiten Weltkrieg nicht nur für das bedeutendste Ereignis dieses Jahrhunderts, sondern auch für den gerechtesten Krieg, den die USA in ihrer Geschichte geführt haben. Gallup Poll Releases, Dec. 6, 1999. Unter den amerikanischen Juden halten 24 % die Erinnerung an den Holocaust für »extremely important«, 54 % für »very important«, 20 % für »somewhat important« und nur 2 % für »not important«. Siehe auch *Studs Terkel*, *The Good War. An Oral History of World War II*. New York 1984.

12 *Hilene Flanzbaum* (Hrsg.), *The Americanization of the Holocaust*. Baltimore/London 1999; *Peter Novick*, *The Holocaust in American Life*. Boston/New York 1999; *Jeffrey Shandler*, *While America Watches. Televising the Holocaust*. New York 1999.

13 *David S. Wyman*, (Hrsg.), *The World Reacts to the Holocaust*. Baltimore/London 1996.

14 *Shlomo Shafir*, *Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany Since 1945*. Detroit 1999. Siehe die Beiträge von *Shlomo Shafir*, Bd. 1 und 2, *Gesellschaft*, sowie von *Alan Steinweis*, Bd. 1, *Kultur*, und von *Jeffrey Peck*, Bd. 2, *Kultur*.

deutschen Gefahr, verbunden mit dem Willen, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis vor Deutschland und der Sowjetunion zu befriedigen, ohne das Land zu einer mit den USA konkurrierenden Hegemonialmacht aufsteigen zu lassen. Durch die Vereinigung Deutschlands zu westlichen Bedingungen konstituierte sich aus amerikanischer Sicht fast das beste aller möglichen Deutschlands: ein demokratisches Land mittlerer Größe in Europa, von politischem Einfluss und weltwirtschaftlichem Gewicht; ohne vitale Interessengegensätze zu Amerika, integriert in und eingedämmt durch europäische und atlantische Institutionen; nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag unfähig und nach seiner politischen Kultur unwillens, seine Nachbarn in Europa militärisch zu gefährden; trotz der zunehmenden Europäisierung der deutschen Außenpolitik der wichtigste Verbündete der USA auf dem europäischen Kontinent.

Aus deutscher Sicht hat kein Land der Welt das Schicksal der Deutschen im 20. Jahrhundert so geprägt wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Zweimal scheiterte der Versuch des Deutschen Reiches, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden, am militärischen und politischen Widerstand der USA. Zugleich repräsentierte dieser zweifache »Kampf um die Weltmacht« auch den Kampf zweier verfeindeter Weltanschauungen. Verkörpert im amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, kristallisierte sich schon im Ersten Weltkrieg Amerika als der ideologische Hauptgegner des antiliberalen, autoritären Lagers in Deutschland heraus. Denn hinter der Debatte um »Siegfrieden« und uneingeschränkten U-Boot-Krieg standen nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die Strategie und Kriegsziele, sondern auch über die innere Gestaltung des Deutschen Reiches.<sup>15</sup> Die Feindbilder, die im Ersten Weltkrieg aufgebaut worden waren, prägten das deutsche Amerikabild bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Auch in den Jahren nach 1939 standen sich zwei antagonistische Ideologien gegenüber. Die Amerikaner sahen im Nationalsozialismus den Todfeind der Demokratie, Hitler in der Demokratie den Todfeind des Nationalsozialismus. Zusammengehalten durch den Antisemitismus als die alles umschließende ideologische Klammer, wurde der »Amerikanismus« von der NS-Propaganda als eine dem Bolschewismus ebenbürtige, ja sogar überlegene Geißel der Menschheit bezeichnet, nicht zuletzt deshalb, weil mit zunehmender Dauer des Krieges die USA zur gefährlichsten Bedrohung der deutschen Herrschaft über Europa wurden. Das besondere Merkmal der nationalsozialistischen Produktion von Amerikabildern lag darin, dass – aufbauend auf traditionellen Stereotypen – der antisemitisch-rassistische Antiamerikanismus der extremen deutschen Rechten ab 1938/39 schrittweise zum beherrschenden Faktor wurde. Wiederum war es ein amerikanischer Präsident, der die ideologische Feindschaft gegenüber Amerika personifizierte. Franklin D. Roosevelt, der »Hauptkriegstreiber«, habe, so die NS-Propaganda, als Agent des internationalen Judentums und der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung

15 *Ernst Fraenkel*, Das deutsche Wilson-Bild, in: Jahrbuch für Amerikastudien 5, 1960, 66–120; *Torsten Oppelland*, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–18. Düsseldorf 1995.

das amerikanische Volk in den Krieg gegen das Dritte Reich getrieben.<sup>16</sup> Gelegentlich finden sich Versatzstücke dieser radikalen, nationalsozialistischen Amerikakritik im rechten Antiamerikanismus der Bundesrepublik wieder.<sup>17</sup>

Zweimal folgte auf das Ende der Feindseligkeiten eine Anlehnung des demokratischen Deutschlands an die USA als die Vormacht des Westens. Deshalb hat die Demokratisierungspolitik der Amerikaner nach 1945 ihre Wurzeln in der Zwischenkriegszeit, als der wachsende wirtschaftliche Einfluss der USA in Deutschland auch von ersten zaghaften Versuchen begleitet wurde, ein transatlantisches »Ideenbündnis« zu schaffen.<sup>18</sup>

Nach 1945 haben die USA einen entscheidenden Anteil daran gehabt, dass die Bürger der alten Bundesrepublik (1949–1990) Freiheit, Demokratie, Wohlstand, Konsum, Modernität und Mobilität wie keine andere Generation von Deutschen vorher genießen konnten. Existentieller noch: Sicherheit oder Untergang, das physische Überleben der Deutschen und ihre mögliche Auslöschung in einem atomaren Krieg, hingen von den Entscheidungen amerikanischer Präsidenten ab. Schließlich haben *alle* Deutschen ihre Einheit einerseits dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow, andererseits der entschlossenen und konsequenten Unterstützung der Vereinigten Staaten zu verdanken. Es waren die Supermächte, die Deutschland geteilt und vereint haben, seine europäischen Nachbarn spielten in beiden Fällen eine zwar erhebliche, aber nicht entscheidende Rolle.

Der enorme Einfluss der USA auf Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik während des Kalten Krieges ist im Wesentlichen auf sieben Ursachen zurückzuführen: erstens auf die überragende politische, militärische, wirtschaftliche, kulturelle, technische und ideelle Stellung der Supermacht USA nach 1945; zweitens auf eine außenpolitische Entscheidungselite in der Ära des Präsidenten Harry S. Truman von 1945–1952 von einer Entschlossenheit und Weitsicht, wie sie die USA seit den Gründungsvätern nicht mehr besessen hatte, eine Elite, die ihre Lehren aus der Geschichte gezogen hatte und entschlossen war, alles zu tun, um die Deutschen daran zu hindern, jemals wieder eine Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt zu werden; drittens auf den dramatischen Wechsel von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg und Antikommunismus; viertens auf eine schrittweise Verschiebung des amerikanischen Feindbilds in Europa von den Deutschen zu den Russen<sup>19</sup>; fünftens, damit eng verbunden, auf die Amerikanern

16 Philipp Gassert, *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945*. Stuttgart 1997; Detlef Junker, *Die Kontinuität der Ambivalenz. Deutsche Bilder von Amerika 1933–1945*, in: *Gesellschaft und Diplomatie im transatlantischen Kontext. Festschrift für Reinhard R. Doerries zum 65. Geburtstag*, Hrsg. v. Michael Wala. Stuttgart 1999, 165–180. [englische Version: Detlef Junker, *The Continuity of Ambivalence: German Views of America 1933–1945*, in: David E. Barclay/Elisabeth Glaser-Schmidt, eds., *Transatlantic Images and Perceptions. Germany and America since 1776*. Cambridge/New York 1997, 243–263.]

17 Siehe den Beitrag von Philipp Gassert, Bd. 1, *Gesellschaft* und Thomas Grumke, Bd. 2, *Gesellschaft*.

18 Ernst Jäckh, *Amerika und wir: 1926–1951; amerikanisch-deutsches Ideen-Bündnis*. Stuttgart 1951.

19 Obwohl das amerikanische Deutschlandbild nach 1941 nicht so schlecht und bis 1955 nicht so gut war, wie man lange vermutete. Siehe Thomas Reuther, *Die ambivalente Normalisierung. Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA 1941–1955*. Stuttgart 2000. Vgl. auch Astrid M. Eckert, *Feindbilder im Wandel. Ein Vergleich des Deutschland- und des Japanbildes in den USA*

und Deutschen gemeinsame Angst vor sowjetischer Aggression und Expansion; sechstens auf den Willen der Westdeutschen, sich aus Notwendigkeit, Einsicht, aufgeklärtem Selbstinteresse und in Abkehr von der Vergangenheit nach Westen zu öffnen und in den USA mehrheitlich den Garanten für die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand zu sehen; und siebtens auf die Bereitschaft der Westdeutschen, sich seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 zunehmend in das Unvermeidliche zu schicken und im Rahmen der Entspannungspolitik den Preis für die Westbindung zu zahlen, die faktische Teilung Deutschlands. Seit dieser Zeit belastete die deutsche Parusieverzögerung, die ausgebliebene Wiedervereinigung, das Verhältnis zu den USA immer weniger. Amerikaner und Deutsche hatten die Hoffnung aufgegeben, sie in planbarer Zukunft erringen zu können.

Der Einfluss der Supermacht USA auf Deutschlands Westen war sicher in der Zeit des Alliierten Kontrollrates (1945–1948) und unter dem Regiment der Alliierten Hohen Kommissare (1949–1955) am größten. Aber auch nach der Aufnahme der völkerrechtlich wie politisch nie völlig souveränen Bundesrepublik in die NATO und dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz der vier Siegermächte im Jahre 1955 blieb Westdeutschland im existentiellen Sinne von der amerikanischen Hegemonialmacht, ihrer Nukleargarantie und der Präsenz amerikanischer Truppen westlich des Eisernen Vorhanges abhängig. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg der Bundesrepublik und ihre Integration in den Weltmarkt waren nur im Rahmen eines liberalen, kapitalistischen Weltwirtschaftssystems möglich, das durch das wirtschaftliche Gewicht der USA und durch ihre Dominanz der entscheidenden Institutionen wie der Weltbank, des Weltwährungsfonds, des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und der Zollsenkungsrunden garantiert wurde. Die Zufuhr von Rohstoffen nach Europa und Deutschland, insbesondere des Öls, wurde durch den amerikanischen Einfluss in anderen Regionen der Welt sichergestellt. Auch die innere Wendung der Westdeutschen und ihre schließliche Ankunft im Westen, die schrittweise Transformation der bundesrepublikanischen Werte, Mentalität, Gesellschaft und Kultur, ist nicht ohne einen erheblichen amerikanischen Einfluss zu erklären.

## Die Gegenwärtigkeit des Vergangenen

Am Anfang waren Hitler und der Nationalsozialismus, nicht Stalin und der Kommunismus. Obwohl die amerikanisch-deutschen Beziehungen seit 1947 in den Bannkreis der konfrontativen Blockbildung zwischen West und Ost gezogen wurden, die sich schließlich über den ganzen Erdball erstreckte, blieb der Versuch des Deutschen Reiches, Europa unter eine nationalsozialistische Rassenherrschaft zu zwingen, der alles überragende Ausgangspunkt der amerikanischen Deutschlandpolitik. Nie wieder, so die große Lehre aus der Vergangenheit, durften die Deutschen eine Gefahr für die Sicherheit und Wohlfahrt Europas und der Welt bilden. Dieser Ausgangspunkt

---

1945 und 1946. Hamburg 1999 sowie aus der älteren Literatur *Christine M. Totten*, Deutschland – Soll und Haben: Amerikas Deutschlandbild. München 1964.

dominierte die amerikanische Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg, beeinflusste die amerikanische Besatzungspolitik bis 1949 die Gründung des Weststaates im Jahre 1949 und das Handeln der Hohen Kommissare sowie die Entlassung in eine eingeschränkte Souveränität und Deutschlands Aufnahme in die NATO im Jahre 1955. Er wirkte weiter in der Phase der Entspannungspolitik und Rüstungskontrolle, war mitverantwortlich für die amerikanische Weigerung, Deutschland Zugang zu Atomwaffen zu gewähren, und ein Leitmotiv für die Integration der deutschen Wirtschaft in ein liberales Weltwirtschaftssystem. Auch der amerikanische Versuch, die deutsche Gesellschaft und Kultur zu verwandeln und zu demokratisieren, lebte aus diesem Vorsatz. Das Erbe des Dritten Reiches war die *raison d'être* für die Einbindung Deutschlands in europäische und atlantische Organisationen, ja selbst für die amerikanische Politik während der Wiedervereinigung und für die Bedingungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Aus dem Blick in den Abgrund eines von Nationalsozialisten beherrschten Europa wurde bis 1990 das dominierende Motiv gespeist, Deutschland durch Integration einzudämmen.

Trotz der antikommunistischen Gemeinsamkeit, trotz der über die Jahrzehnte zum Ritual gewordenen Beschwörungen der atlantischen Sicherheits- und Wertegemeinschaft und trotz der unablässigen Bekundungen deutscher Dankbarkeit für die amerikanische Hilfe, z. B. für die Luftbrücke, den Marshallplan und die deutsche Wiedervereinigung, hat die Tatsache, dass die deutsche Vergangenheit auch in Amerika nicht vergehen will, Generationen deutscher Politiker, Bürger und Amerikareisender irritiert und in aktuellen Entscheidungslagen zu Misstrauen, ja zu Krisen im amerikanisch-deutschen Verhältnis geführt.

Das Erbe des Dritten Reiches zeigt sich vermutlich am deutlichsten in 45 Jahren amerikanischer Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland. *Program to Prevent Germany from Starting World War III*<sup>20</sup>, so war eine Fassung des berüchtigten Planes von Finanzminister Henry Morgenthau Jr. überschrieben, der eine Zerstückelung, Entmilitarisierung, radikale industrielle Abrüstung und langfristige Besetzung des aufgesplitterten Territoriums durch Deutschlands europäische Nachbarn vorsah, um das Land in der Mitte Europas für immer unfähig zu machen, jemals wieder Krieg zu führen. Wenn Morgenthau's Vorschläge auch nur in abgeschwächter und verwässerter Form Eingang in die Grundsätze amerikanischer Besatzungspolitik vom 10. Mai 1945 (JCS 1067/8) fanden<sup>21</sup>, so stimmten selbst Morgenthau's schärfste inneramerikanische Kritiker im Ziel mit ihm überein. Das deutsche Volk musste entwaffnet, entnazifiziert und umerzogen, die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst, die Kriegsverbrecher abgeurteilt und jede Möglichkeit einer nochmaligen deutschen Aggression für alle Zeiten verhindert werden.

20 U.S. Department of State, *A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941–1949*. Überarb. Aufl. Washington, D.C., 1985, 269–272. Siehe *Wilfried Mausbach*, *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947*. Düsseldorf 1996; *Bernd Greiner*, *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*. Hamburg 1995; *Warren F. Kimball*, *Swords or Ploughshares? The Morgenthau-Plan for Defeated Nazi-Germany, 1943–1946*. Philadelphia 1976.

21 Siehe den Beitrag von *Steven L. Rearden*, Bd. 1, Sicherheit; siehe auch den Beitrag von *Wilfried Mausbach*, Bd. 1, Wirtschaft.

Der Vorsatz, eine Rückkehr der Vergangenheit mit allen Mitteln zu verhindern, blieb auch in dem entscheidenden Jahrzehnt von 1945–1955 eine Konstante amerikanischer Sicherheitspolitik, wenn es auch seit 1946 immer klarer wurde, dass es nicht möglich war, sich mit der Sowjetunion über die Grundsätze der äußeren Abrüstung (z. B. eine langfristige Entwaffnung und die zukünftige Außenhandelspolitik) und inneren Abrüstung (z. B. über Entnazifizierung, Umerziehung, Reparationen, Demontagen und Entflechtung der deutschen Wirtschaft) zu einigen. Die USA waren, wie Großbritannien und Frankreich, auch nach der Gründung der Bundesrepublik nicht bereit, die Kontrolle über die deutsche Sicherheitspolitik abzugeben, nicht zuletzt deshalb, weil trotz der sich entwickelnden Westintegration des deutschen Teilstaates ein tiefsitzendes Misstrauen über die Demokratie- und Friedensfähigkeit der Deutschen vorhanden blieb.<sup>22</sup>

Während die Deutschen ein überragendes Bedürfnis und Interesse daran hatten, auf dem langen Weg zurück in die Souveränität und die »Normalität«, in die politische, wirtschaftliche und moralische Gleichberechtigung, die Lasten abzuschütteln, die aus der Vergangenheit stammten, und besonders in den 1940er und 1950er Jahren einen sehr selektiven Umgang mit ihrer Vergangenheit pflegten<sup>23</sup>, zogen die Alliierten im Allgemeinen, die USA im Besonderen, immer wieder neue Handlungsimpulse aus den Lehren und Erfahrungen des Dritten Reiches.

Obwohl durch die Wende zum Kalten Krieg die Sicherheit der westlichen Besatzungszonen und Westeuropas vor einer sowjetischen Aggression zunehmend zu einem Problem der amerikanischen, britischen und französischen Militärplaner wurde, war es für die Regierung Truman bis zum Ausbruch des Korea-Krieges unmöglich, die amerikanische Bevölkerung an den Gedanken eines militärischen Beitrages der Westdeutschen zur Verteidigung des Westens zu gewöhnen. Angesichts dieser tiefsitzenden Skepsis war es aus amerikanischer Sicht notwendig, dass der vier Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches gegründete Weststaat mit einem Netz von Kontrollen und Vorbehaltsrechten überzogen wurde.<sup>24</sup> Die Sicherheits-, Außen- und Außenhandelspolitik waren deutschem Einfluss entzogen, tiefe Eingriffe in die bundesrepublikanische Innenpolitik so lange notwendig, bis sich die Bundesrepublik als demokratischer und friedlicher Staat bewährt hatte.

Diese Bewährungsprobe hätte lange andauern können, wenn nicht der Ausbruch des Korea-Krieges im Jahre 1950 Schockwellen um die Welt gesandt und die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik revolutioniert hätte. Der Korea-Krieg

<sup>22</sup> Siehe die Beiträge von *Thomas A. Schwartz*, Bd. 1, Politik, und *Thomas Reuther*, Bd. 1, Gesellschaft.

<sup>23</sup> Sie sahen sich in erster Linie selbst als Opfer von Krieg, Gefangenenschaft, Vertreibung und alliierter Bombenterror. *Omer Bartov*, *Defining Enemies, Making Victims. Germans, Jews, and the Holocaust*, in: *American Historical Review* 103, 1998, 771–816; *Elizabeth Heinemann*, *The Hour of the Women: Memories of Germany's ›Crises Years‹ and West German National Identity*, in: *American Historical Review* 101, 1996, 354–95; *Robert G. Moeller*, *War Stories: The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, in: *American Historical Review* 101, 1996, 1008–48; *Eike Wolgast*, *Vergangenheitsbewältigung in der unmittelbaren Nachkriegszeit*, in: *Ruperto Carola. Forschungsmagazin der Universität Heidelberg* 3, 1997, 30–39.

<sup>24</sup> Siehe die Beiträge von *Frank Schumacher* und *Richard Wiggers*, Bd. 1, Politik; *Steven L. Rearden*, Bd. 1, Sicherheit, und *Regina Gramer*, Bd. 1, Wirtschaft. Siehe auch *Hermann-Josef Rupieper*, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*. Opladen 1991, 34–40.



ist, zusammen mit der chinesischen Revolution, der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe und der von den USA vermuteten Entwicklung sowjetischer Langstreckenbomber und Raketen, die die Ozeane überwinden und die kontinentale Sicherheit der USA existentiell gefährden könnten, von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Politik der USA, ja für den Verlauf des Kalten Krieges insgesamt geworden. Nach dem Korea-Krieg zog die entschlossene Supermacht zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Schluss, dass sie mehr als nur potentieller Hilfsmittel bedürfe, um Kriege führen und die eigenen Interessen durchsetzen zu können. Erst jetzt begannen die USA, einen riesigen Kampfapparat zu Lande, zu Wasser und in der Luft aufzubauen. Erst jetzt entwickelte sich ein militärisch-industrieller Komplex, der Millionen von Menschen Brot und den Rückhalt in einer einfachen dualistischen Weltdeutung gab. Er bestand aus Streitkräften, Ministerien und Bürokratien, Abgeordneten, Senatoren und Lobbyisten, Denkfabriken, Universitäten, Forschungs- und Produktionsstätten, aus Geheimdiensten, Nuklearstrategen und Sowjetologen, die immer neue Feindbilder, Szenarien, Raketenlücken, »Fenster der Verwundbarkeit« (echte und erfundene) produzierten.<sup>25</sup>

Diese Revolution der US-Außenpolitik machte auch das bis dahin Undenkbare notwendig: eine Wiederbewaffnung der (West)deutschen. Die kollektiven Erfahrungen des Westens mit Drittem Reich und deutschem Militarismus, die tiefsitzenden Ängste vor einem Deutschland in Waffen, traten in Widerstreit mit der Angst vor einer sowjetischen Aggression. Dieser Widerstreit produzierte Ungereimtheiten, die nur durch die deutsche Vergangenheit zu erklären sind: nach deutschen Waffen, die nur nach Osten schießen konnten; nach deutschen Soldaten ohne eigenen Generalstab und eigenes Oberkommando, die aber in einem Krieg gegen die Sowjetunion, den Ostblock und die Deutschen in der DDR mindestens die Kampfkraft der nationalsozialistischen Wehrmacht entfalten würden<sup>26</sup>; nach dem Wunsch, deutsches Menschenpotential zu nutzen, ohne ein deutsches Heer aufzustellen<sup>27</sup>; nach Sicherheit Europas vor Deutschland und Sicherheit für Deutschland und Europa.

Es ist ein Zeichen des Realitätssinnes des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, sofort die historische Chance erkannt zu haben, die in dieser Krisensituation für die besetzte Bundesrepublik lag, nämlich durch das Angebot der deutschen Wiederbewaffnung für den jungen Staat das Ende der Kontrollen, die Souveränität und Gleichberechtigung im westlichen Bündnis zu gewinnen. Dieses Ziel erreichten Adenauer und die deutsche Regierung in den komplizierten Verhandlungen mit den westlichen Alliierten um das große Geschäft auf Gegenseitigkeit – deutscher Verteidigungsbeitrag und Souveränität gegen Aufhebung des Besatzungsstatuts und Auflösung der Alliierten Hohen Kommission – nur teilweise. Es lag nicht in erster Linie an der neuen weltgeschichtlichen Konstellation des Kalten

25 Zur Deutung des Korea-Krieges durch die Regierung Truman, die zutiefst von der Domino-Theorie und den »Lehren von München« geprägt war, siehe *Melvyn P. Leffler, A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War.* Stanford, Calif., 1992, 369–374; *Michael J. Hogan, A Cross of Iron. Harry S. Truman and the Origins of the National Security State.* New York 1998.

26 Siehe den Beitrag von *David Clay Large*, Bd. 1, Sicherheit.

27 Siehe den Beitrag von *Erhard Forndran*, Bd. 1, Sicherheit.

Krieges (Schutz für Westeuropa und Westdeutschland), sondern am Erbe der Vergangenheit (Schutz vor Deutschland), dass die Westdeutschen weder im völkerrechtlichen noch im politischen Sinne die volle Souveränität gewannen. Der lakonische, von Adenauer durchgesetzte Wortlaut des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 ist als Tatsachenbehauptung teilweise Fiktion, als Wunsch ein Versprechen, das erst 1990 eingelöst wurde: »Die Bundesrepublik wird demgemäß [nach Ende des Besatzungsregimes] die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.«<sup>28</sup> (»The Federal Republic shall have accordingly [after termination of the occupation regime] the full authority of a sovereign state over its internal and external affairs.«)

Die Alliierten behielten ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, insbesondere die Verantwortlichkeit für eine zukünftige Wiedervereinigung und einen zukünftigen Friedensvertrag. Diese Vorbehalte waren Sicherungs- und Vetoklauseln, die von eminenter politischer Bedeutung waren. Ihre Anwendung durch die Westmächte spielte z. B. in der zweiten großen Berlinkrise von 1958–1962, während des politischen Kampfes um die Ostverträge und die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO von 1970–1973 und auch während der Wiedervereinigung 1989/90 eine bedeutende Rolle. Die Streitkräfte der Westmächte auf deutschem Boden verwandelten sich zwar zu verbündeten Schutzmächten, in den Verhandlungen über ihre weitere Stationierung wurde aber klar, dass die Westmächte auf ihre originären Rechte als Besatzungsmächte (*occupatio bellica*) nicht verzichteten, sondern einen mittelbaren Stationierungsvorbehalt durchsetzten. Der Verbündete konnte auch nach 1955 rechtlich wieder zum Besiegten werden.<sup>29</sup>

In langfristiger Perspektive ebenso bedeutsam war das System der Rüstungskontrolle, der Rüstungsbeschränkung und des Rüstungsverzichtes, das seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und Westeuropäischen Union (WEU) im Jahre 1955 bis zur Wiedervereinigung die kontrollierte Teilnahme der Bundesrepublik im westlichen Militärbündnis möglich machte.<sup>30</sup> Eine eigenständige deutsche Armee durfte auf keinen Fall entstehen, darin waren sich die Amerikaner mit den Engländern, Franzosen und allen anderen europäischen Nachbarn einig. Außerdem wurde Adenauer

28 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der geänderten Fassung vom 23.10.1954 (Auszug), in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Köln 1995, 212–214, 212 [English version: Convention on Relations Between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, May 26, 1952, As Amended by Schedule I of the Protocol on Termination of the Occupation Regime in Germany, Signed at Paris, Oct. 23, 1954, in U.S. Department of State, Documents on Germany, 1944–1985 (Washington, D.C., 1985), 425–30, 425.]; siehe *Helga Haftendorn/Henry Riecke* (Hrsg.), »...Die volle Macht eines souveränen Staates ...«. Die alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949/1950. Baden-Baden 1996; *Hans-Peter Schwarz*, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1991, 153–154; siehe auch die Beiträge von *Richard Wiggers*, Bd. 1 und Bd. 2, Politik.

29 *Daniel Hofmann*, Truppenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragsverhandlungen mit den Westmächten 1951–1959. München 1997; *Sebastian Fries*, Zwischen Sicherheit und Souveränität. Amerikanische Truppenstationierung und außenpolitischer Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland, in: *Haftendorn/Riecke*, Die alliierten Vorbehaltsrechte (wie Anm. 28), 125–157.

30 Siehe die Beiträge von *Wolfgang Krieger* und *Erhard Forndran*, Bd. 1, Sicherheit und *Wolfgang Krieger* und *Matthias Dembinski*, Bd. 2, Sicherheit.

gezwungen, im Namen der Bundesrepublik »freiwillig« auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verzichten und weiteren Rüstungsbeschränkungen zuzustimmen. Adenauer hatte damit aber nicht grundsätzlich auf eine deutsche Teilhabe an dem Besitz und der Verfügung über Atomwaffen verzichtet, weil das atomare Wettrüsten der Supermächte und die wechselnden nuklearen Strategien der USA – von *massive retaliation* zu *flexible response* – für die Bundesrepublik existentielle Folgen hatten. Das aufgrund seiner Geographie als Frontstaat im Kalten Krieg nicht aufzulösende Dilemma, dass die Strategie der Abschreckung auf Nuklearwaffen beruhte, ein Versagen der Abschreckung aber zur atomaren Verwüstung des deutschen Territoriums führen würde, war der Grund für den Versuch der Bundesrepublik, im Rahmen einer multilateralen NATO-Nuklearstreitmacht oder europäischer Optionen zumindest eine nukleare Teilhabe zu erreichen. Dieser Versuch scheiterte am französischen und britischen Widerstand, und die Hoffnung auf eine nukleare Mitbeteiligung der Bundesrepublik fiel in sich zusammen, als das gemeinsame amerikanisch-sowjetische Interesse an einem nuklearen Duopol (mit Großbritannien als Juniorpartner) die Bundesrepublik schließlich zwang, durch die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages über Atomwaffen im Jahre 1969 auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügung über Atomwaffen zu verzichten. Zwar wollten die Supermächte durch diesen Vertrag in erster Linie ihre Vormachtstellung sichern, eine unkontrollierte Vermehrung von Atommächten verhindern und dadurch das System der Abschreckung kontrollierbar halten, aber es waren zugleich die Erfahrungen mit der deutschen Vergangenheit, die die deutsche Unterschrift für Amerika und die Sowjetunion so wichtig machten.

Schließlich waren es diese aus der Vergangenheit gespeisten Ängste, die die fortwährende militärische Kontrolle Deutschlands zu einem zentralen Bestandteil der internationalen Diplomatie um die äußeren Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung machten. Deutschlands Eindämmung durch Integration war wieder das überragende Ziel amerikanischer Außenpolitik, ja die Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung. Das Land musste Teil der NATO und einer atlantisch-europäischen Gesamtstruktur bleiben. Die Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Bundesrepublik allein sind weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen aus dem Jahre 1968 gelten für das vereinte Deutschland fort. Deutschlands Selbsteindämmung durch Verzicht auf nukleare Waffen machte seine Einheit für die Nachbarn erst erträglich.<sup>31</sup>

Die Amerikaner bestimmten nicht nur den Rahmen für die Sicherheit der Westdeutschen (und Westeuropäer), sondern auch für ihren Wohlstand. Auch in diesem Bereich waren die Lehren aus der Vergangenheit zunächst das überragende Ursprungsmotiv. Es verflüchtigte sich allerdings in den 1960er Jahren, parallel zum Aufstieg der Bundesrepublik zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht des Westens. Die mit entscheidender Hilfe der USA begründete soziale Marktwirtschaft, ihre erfolgreiche Integration in die Weltwirtschaft sowie die damit verbundene Abhängigkeit

31 Siehe die Beiträge von *Stephen F. Szabo*, Bd. 1, Politik, und von *Karl Kaiser*, Bd. 2, Sicherheit.

des deutschen Außenhandels von offenen Märkten und Rohstoffen hatten die Welt davon überzeugt, dass sich eine nationalsozialistische Großraumwirtschaft nicht wiederholen würde.

Denn das war sowohl in der amerikanischen Planung während des Krieges als auch in der US-Wirtschaftspolitik nach 1945 das überragende Motiv gewesen: mit sicherheits- und wirtschaftspolitischen Mitteln die mögliche Wiederkehr einer protektionistischen und hochkonzentrierten, unter dem Primat der Rüstung stehenden Wirtschaft zu verhindern, die sich durch Autarkiepolitik und zweiseitigen Tauschhandel aus den Abhängigkeiten vom Weltmarkt befreit und unterworfenen Völker rücksichtslos ausgebeutet hatte. Schon seit Ende der 1930er Jahre hatten amerikanische Politiker, insbesondere Außenminister Cordell Hull, diese Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches für eine Hauptursache deutscher Aggressionspolitik gehalten.<sup>32</sup> Diese Perzeption des Nationalsozialismus wurde in den 1940er Jahren mit einer negativen Deutung der Weltwirtschaft in der Zwischenkriegszeit insgesamt verbunden: Das nach dem Ersten Weltkrieg nur mühsam und unvollständig wieder aufgebaute Welthandelssystem, so die allgemeine Deutung, war in der Großen Depression zusammengebrochen. Die Weltwirtschaftskrise hatte das einheitliche Währungssystem gespalten, fast alle Staaten hatten nach dem Motto »Rette sich, wer kann«, zu protektionistischen und dirigistischen Maßnahmen gegriffen. Die Folge war ein geschrumpfter, fragmentierter und unfreier Welthandel, der die weltweite Verelendung vorantrieb und das Entstehen von Diktaturen sowie faschistischen politischen Systemen begünstigte. Im Rahmen der Herrschaft dieser Deutung der Vergangenheit waren mehrere Schlüsse zwingend: Nur ein neues, auf liberalen Grundsätzen beruhendes und institutionell verankertes Weltwirtschaftssystem konnte eine Wiederholung der Vergangenheit verhindern. Nur die restlose Beseitigung der Formen und Ursachen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik konnte Europa insgesamt wieder zu einem produktiven Faktor einer neuen Weltwirtschaftsordnung machen. Nur die neue Supermacht USA, die als einzige Großmacht im Zweiten Weltkrieg reicher geworden war, hatte das Vermögen, dieses neue Weltwirtschaftssystem zu begründen. Denn die USA besaßen 1945 zwei Drittel der Goldreserven der Erde. Ihr Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter übertraf mit mehr als der Hälfte sogar die Jahre von 1925–1929. Eine unzerstörte Wirtschaft von außerordentlicher Produktivität und großen Wettbewerbsvorteilen stand einem verelendeten eurasischen Doppelkontinent gegenüber.<sup>33</sup> Die Amerikaner dominierten die Konferenz von Bretton Woods vom Juli 1944, auf der 1.500 Delegierte aus 44 Ländern den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank als Grundpfeiler einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ins Leben riefen.<sup>34</sup>

Nach der Logik der Grundsätze von Bretton Woods und der liberalen Theorie hätte es deshalb nahegelegen, eine von nationalsozialistischen Strukturen gereinigte deutsche Wirtschaft möglichst schnell in einen freien Welthandel zu integrieren.

32 *Detlef Junker*, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941*. Stuttgart 1975.

33 *Detlef Junker*, *Von der Weltmacht zur Supermacht* (wie Anm. 2), 71.

34 *Harold James*, *International Monetary Cooperation Since Bretton Woods*. New York/Oxford 1996.

Das geschah aber zunächst nicht. Der beginnende Kalte Krieg spaltete sehr schnell das deutsche Wirtschaftsgebiet, Ostdeutschland verschwand hinter dem Eisernen Vorhang. Die Wirtschaftspolitiken der westlichen Besatzungsmächte USA, England und Frankreich unterschieden sich erheblich. Die USA standen vor mehreren Zwangslagen. Kurzfristig mussten sie ein Massensterben in der eigenen Zone verhindern, mittel- und langfristig liefen sie Gefahr, durch die – sicherheitspolitisch motivierte und vom Morgenthausehen Geist beflügelte – industrielle Abrüstung des Landes mittels Reparationen, Demontagen, Begrenzung der deutschen Industrieproduktion, Enteignung des deutschen Auslandsguthabens und eines Außenhandelsverbots zugleich die Grundlage für eine wirtschaftliche Genesung Deutschlands und Europas zu zerstören. Es lag also an den Gespenstern der Vergangenheit, dass der krumme Weg zur Reintegration der westdeutschen Wirtschaft in den Weltmarkt mit Widersprüchen gepflastert war. Er erhielt erst durch den Marshallplan, die Währungsreform, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und die von den USA unterstützte Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, schließlich durch Deutschlands Reintegration in ein multilaterales Welthandelssystem eine klare Richtung.<sup>35</sup>

Seit dem Beginn des deutschen »Wirtschaftswunders« in den 1950er Jahren und Deutschlands Wiederaufstieg zu Europas bedeutendster Wirtschafts- und Handelsmacht spielte das Erbe der Vergangenheit in den wirtschaftspolitischen Beziehungen keine Rolle mehr.<sup>36</sup> Die USA und die Bundesrepublik wurden die beiden größten Handelsnationen der Welt. In einer Mischung aus Kooperation, Konkurrenz und Konflikt suchten beide Staaten mit den Anpassungskrisen des westlich-kapitalistischen Weltwirtschaftssystems fertig zu werden, ausgelöst durch das verlangsamte Wachstum der Weltwirtschaft nach 1965, durch die Ölschocks oder den Nixon-Schock, als die USA 1971 das System von Bretton Woods sprengten und die Industrieländer zu einem System flexibler Wechselkurse übergehen mussten. Trotz des periodisch wiederkehrenden Drucks der USA auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Bundesrepublik in transatlantischen Wirtschaftskonflikten wuchs das Gewicht des westdeutschen Teilstaates in den amerikanisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Dafür gab es im Wesentlichen vier Gründe. Es lag in erster Linie an der wachsenden Wirtschaftskraft der Bundesrepublik und ihrem bedeutenden Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft. Zweitens entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft seit 1957 zu einem wirtschaftlichen Einfluss- und Schutzraum der Bundesrepublik, der zu einer Ausweitung und Vertiefung des innereuropäischen Handels führte, die Abhängigkeit von den USA verringerte und den Amerikanern in Handelskonflikten als Block gegenübertrat. Drittens war die Bundesrepublik seit Anfang der 1980er Jahre immer weniger bereit, das zu tun, was sie aufgrund ihrer sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA über zwei Jahrzehnte hatte tun müssen, nämlich sich, über die Kosten für die eigenen Streitkräfte hinaus, an den Stationierungskosten für die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland zu beteiligen – durch Devisenausgleichszahlungen, Kauf

35 Siehe die Beiträge von *Christoph Buchheim, Wilfried Mausbach, Jörg Fisch, Regina Gramer, Werner Plumpe, Gerd Hardach* und *Werner Bührer*, Bd. 1, Wirtschaft.

36 Siehe den Beitrag von *Welf Werner*, Bd. 2, Wirtschaft. In den Beiträgen zu der Sektion Wirtschaft in Bd. 2 ist deshalb von der Vergangenheit keine Rede mehr.

von amerikanischem Rüstungsmaterial oder durch andere Mittel.<sup>37</sup> Viertens erwies sich die Bundesrepublik trotz aller Konflikte mit dem transatlantischen Verbündeten im Großen und Ganzen als eine Wirtschaftsmacht, die an den Grundprinzipien des Liberalismus und eines offenen Weltmarktes festhielt. Sie zeigte gegenüber den USA in den verschiedenen Zollsenkungsrunden der Nachkriegszeit und, seit den 1970er Jahren, auf den Weltwirtschaftsgipfeln ein erhebliches Maß an Entgegenkommen. Vor allem versuchte sie immer, in den härteren amerikanisch-französischen Konflikten zu vermitteln. Der Spagat zwischen den USA und Frankreich war auch in Wirtschaftsfragen die Grundfigur westdeutscher Außenpolitik.

Sehr wahrscheinlich hat nichts so sehr zur demokratischen Festigung der Bundesrepublik beigetragen wie das deutsche »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre, das es der Bundesrepublik ermöglichte, die Last gewaltiger Aufbau-, Integrations- und Wiedergutmachungsleistungen zu tragen. Das weltgeschichtlich einmalige Wachstum der Weltwirtschaft von 1945–1965, die Liberalisierung des Welthandels und das explosionsartige Anwachsen des Handels zwischen den industrialisierten Nationen waren für die Bundesrepublik ein Glücksfall. Deshalb waren die USA in dem Maße Ursache für die wirtschaftliche Grundlage der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik, wie sie die Rahmenbedingungen für die soziale Marktwirtschaft und das Wachstum der Weltwirtschaft bestimmten.

Erheblich schwieriger zu beantworten dagegen ist die Frage, welche Bedeutung der amerikanischen Politik der Entnazifizierung und Demokratisierung für die demokratische Entwicklung der zweiten deutschen Republik zukommt.<sup>38</sup> Unstreitig ist nur, dass auch bei dem Versuch, die deutsche Gesellschaft und politische Kultur tiefgreifend zu verändern, die Lehren aus der Vergangenheit das ausschlaggebende Motiv waren. Der »Kreuzzug in Europa« (Eisenhower) durfte nicht mit der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches enden, sondern musste, davon waren alle Amerikaner überzeugt, die sich während des Krieges mit Plänen für die Nachkriegsordnung in Deutschland beschäftigten, zu einer radikalen Verwandlung der deutschen Gesellschaft, ja des deutschen Nationalcharakters führen.<sup>39</sup>

37 Siehe den Beitrag von *Hubert Zimmermann*, Bd. 1, Wirtschaft.

38 Siehe die Beiträge von *Barbara Fait*, *Cornelia Rauh-Kühne* und *Hermann-Josef Rupieper*, Bd. 1, Politik, von *Rebecca Boehling*, *James F. Tent*, *Jessica C.E. Gienow-Hecht* und *Karl-Heinz Füssl*, Bd. 1, Kultur, von *Klaus-Dietmar Henke*, *Petra Gödde*, *Claus-Dieter Krohn* und *Raimund Lammerdsdorf*, Bd. 1, Gesellschaft.

39 *Günter Moltmann*, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941–1945*. Heidelberg 1958; *Paul Y. Hammond*, *Directives for the Occupation of Germany. The Washington Controversy*, in: *American Civil-Military Decisions*. Hrsg. v. Harold Stein. University, Ala., 1963, 311–464; *Anthony J. Nicholls*, *American Views of Germany's Future During World War II*, in: *Das »andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive*. Hrsg. v. Lothar Kettenacker. Stuttgart 1977, 77–87; *Uta Gerhardt*, *Re-education als Demokratisierung der Gesellschaft Deutschlands durch das amerikanische Besatzungsregime*. Ein historischer Bericht, in: *Leviathan*. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 27, 1999, 355–85. *Klaus-Dietmar Henke*, *die amerikanische Besetzung Deutschlands*. München 1995, 67–78; *Richard L. Merritt*, *Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945–1949*. New Haven/London 1995, 1–69; *Petra Marquardt-Bigman*, *Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949*. München 1995, 119–168; *Michaela Hönicke*, *Das nationalsozialistische Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika (1933–1945)*, in: *Larres/Oppelland*, *Deutschland und die USA (wie Anm. 1)*, 62–94, bes. 79–82.

Deshalb befanden sich im Marschgepäck der über den Atlantik nach Europa verschifften GI nicht nur Waffen und Munition, sondern auch 15 Millionen Bücher.<sup>40</sup> Diese symbolisierten den Willen der sendungsbewussten Supermacht des Jahres 1945, Deutschland nicht nur zu besiegen, sondern auch die Politik, die Verfassung, die Kultur und die Mentalität der Deutschen zu verwandeln, den »Kampf um die Seele von Faust«<sup>41</sup> aufzunehmen. Nie wieder Nationalsozialismus, nie wieder Diktatur, nie wieder Rassismus, nie wieder deutscher Autoritarismus und Untertanengeist – so könnte man die Lehren aus der Vergangenheit zusammenfassen. Die misstrauischen Amerikaner hielten aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer Interpretation der deutschen Geschichte die Deutschen im Jahre 1945 nicht für fähig, aus eigener Kraft zur Demokratie zurückzukehren. Sie mussten erst entnazifiziert, umerzogen und in dosierten Schritten an die Demokratie herangeführt werden. Diesen Prozess kontrollierten die Amerikaner in ihrer Zone sehr genau. Das war auch deshalb notwendig, weil die amerikanische Regierung, der Kongress und die öffentliche Meinung die Entwicklung in Deutschland mit Skepsis betrachteten. Noch 1949 glaubten 55 Prozent der Amerikaner nicht daran, dass die Deutschen in der Lage seien, sich auf demokratische Weise selbst zu regieren.<sup>42</sup>

Die zeitgenössischen und langfristigen Wirkungen der Straf-, Entnazifizierungs-, Umerziehungs- und Demokratisierungsmaßnahmen, die die USA – wenn man von dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg absieht, den die Siegermächte gemeinsam durchführten – in den Ländern ihrer Besatzungszone, also in Bayern, Württemberg-Baden, Groß-Hessen und Bremen, allein und ab 1949 im Rahmen der Alliierten Hohen Kommission zusammen mit Großbritannien und Frankreich durchführten, sind aus mehreren Gründen schwer zu bestimmen. Sie zielten auf eine »Zusammenbruchgesellschaft«<sup>43</sup>, der alle Merkmale einer normalen, strukturierten Gesellschaft fehlten. Ziel und Mittel einer verordneten und lizenzierten »Demokratie von oben« standen in einem unauflösbaren Widerspruch. Das Wesen des Befehls ist Fremdbestimmung, das Wesen der Demokratie ist Selbstbestimmung. Die mit Strafan drohung verbundene Massen-Entnazifizierung in der amerikanischen Zone traf auf eine Bevölkerung, die fast alle Energien im Kampf um das Überleben, um Nahrung, Wärme, Unterkunft und Sorgen um die Angehörigen verbrauchte, die Vergangenheit des Dritten Reiches, des Krieges und der Ermordung der Juden möglichst verdrängte und sich selbst überwiegend als Opfer, nicht als Täter verstand.

Überdies gab die Wende zum Kalten Krieg der Politik der Demokratisierung und »Neuorientierung« eine zusätzliche Dimension. Aus dem Antinationalsozialismus wurde ein Antitotalitarismus, der dazu tendierte, Nationalsozialismus und Kommunismus gleichzusetzen, die antikommunistische Propaganda der Nationalsozialisten nachträglich zu rechtfertigen, die geistig-seelischen Energien der Westdeutschen von der Bewältigung der Vergangenheit abzuziehen und sie in die neue

40 Siehe den Beitrag von *Martin Meyer*, Bd. 1, Kultur.

41 Siehe den Beitrag von *Thomas A. Schwartz*, Bd. 1, Politik.

42 Siehe den Beitrag von *Thomas Reuther*, Bd. 1, Gesellschaft.

43 *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*. 5. Aufl. Göttingen 1991, Kap. 3; *Theodor Eschenburg*, *Jahre der Besatzung 1945–1949*. Stuttgart 1983.

Frontstellung – freier Westen gegen totalitären Kommunismus – zu lenken. Schließlich ist schwer auszumachen, was bei dem schrittweisen Aufbau demokratischer Strukturen Zwang und verordneter Einsicht zu verdanken ist, was dem Anknüpfen an deutsche demokratische Traditionen, was frei gewonnenen Einsichten der besetzten Deutschen.

Drei Hypothesen allerdings besitzen eine hohe Plausibilität: Ohne die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher und ohne die erzwungene Entnazifizierung hätte eine »Reinigung« der deutschen Gesellschaft in noch geringerem Maße stattgefunden als sie tatsächlich stattfand. Ohne den amerikanischen Entschluss, schon ab Anfang 1946 den Prozess einer kontrollierten Demokratisierung in ihrer Besatzungszone voranzutreiben, wäre die Gründung der repräsentativen Demokratie der Westdeutschen sehr viel schwieriger verlaufen. Ohne eine rechtsstaatlich-demokratische Tradition in Deutschland wäre die »verordnete Demokratie«<sup>44</sup> nicht zu einem selbstverständlichen, frei angenommenen Teil der politischen Kultur Westdeutschlands geworden. Die wichtigsten innenpolitischen Fundamente der Bundesrepublik, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, insbesondere der Währungsreform und der Aufhebung der Preisbindung, und die Verabschiedung des Grundgesetzes, der als Provisorium gedachten Verfassung des westdeutschen Teilstaates, sind hervorragende Beispiele für das komplexe Mischungsverhältnis von amerikanischem und alliierter Einfluss einerseits, deutschen Traditionen und deutschem Selbstbehauptungswillen andererseits.<sup>45</sup>

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Verschärfung des Ost-West-Konflikts durch den Ausbruch des Korea-Krieges verloren die Alliierte Hohe Kommission und ihr amerikanischer Vertreter John J. McCloy von 1949 bis 1955 schrittweise die Kontrolle über die deutsche Vergangenheitspolitik, weil sie die Kontrolle über die Gegenwart, nämlich über Westdeutschlands Wiederbewaffnung und Westintegration, behalten wollten. Teils in hinhaltendem Widerstand, teils in Resignation mussten die Alliierten erkennen, dass sie das überragende Bedürfnis der Mehrheit der Westdeutschen, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, zumindest tolerieren mussten, um den neuen Verbündeten im westlichen Lager zu halten. Immer wieder wies der amerikanische Hochkommissar das State Department und die Regierung in Washington darauf hin, dass sich der fundamentale Widerspruch zwischen den USA in der Rolle des Siegers, Besetzers und Vollstreckers

44 *Theo Pirker*, Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der »Restauration«. Berlin 1977.

45 Siehe die Beiträge von *Christoph Buchheim* und *Werner Plumpe*, Bd. 1, Wirtschaft, und von *Hermann-Josef Rupieper*, Bd. 1, Politik. Zur Diskussion um den amerikanischen Einfluss auf das Grundgesetz siehe den Literaturbericht in *Adolf M. Birke*, Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien. München 1997, 64–70; *Eberhard Pickart*, Auf dem Weg zum Grundgesetz, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1974, 149–176; *Erich J. C. Hahn*, The Occupying Powers and the Constitutional Reconstruction of West-Germany, 1945–1949, in: Cornerstone of Democracy. The West German Grundgesetz, 1949–1989. Washington, D.C., 1995, 7–36; *Karlheinz Nicaulaß*, Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945–1949. Paderborn 1998; *Edmund Spevack*, Amerikanische Einflüsse auf das Grundgesetz. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates und ihre Beziehungen zu den USA, in: Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik. Hrsg. v. Heinz Bude/Bernd Greiner. Hamburg 1999, 55–71.



alliiertes Justiz und der Rolle als Alliiertes und Freund Deutschlands verstärkte. Dieser Widerspruch schade immer deutlicher der amerikanischen Deutschlandpolitik.<sup>46</sup>

Das Ende des Besatzungsregimes und die Etablierung der teilautonomen Bundesrepublik im Jahre 1955 war für die Gegenwart des Vergangenen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit eine wichtige Zäsur. Der amerikanischen Regierung war die gesetzliche Möglichkeit genommen, in die deutsche Vergangenheitspolitik zu intervenieren. Damit verschwand das Erbe des Nationalsozialismus nicht aus den deutsch-amerikanischen Beziehungen, es wurde aber bis zum Fall der Mauer nur selten ein konfrontativer Gegenstand der offiziellen Außenpolitik der verbündeten Staaten. Die berühmteste Ausnahme ist der im Ergebnis völlig fehlgeschlagene Versuch von Bundeskanzler Helmut Kohl aus dem Jahre 1985, zusammen mit Präsident Reagan über den Gräbern von Bitburg eine Versöhnung mit der Vergangenheit zu erzwingen. Außenminister George P. Shultz erklärte dazu gegenüber dem US-Botschafter in der Bundesrepublik, Arthur F. Burns: »Hitler lacht jetzt in der Hölle« (»Hitler is laughing in hell right now.«).<sup>47</sup>

Ansonsten zeichneten sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gerade dadurch aus, dass beide Seiten bis zur deutschen Wiedervereinigung – und darüber hinaus – sorgfältig darum bemüht waren, die seit Beginn der 1960er Jahre stetig angestiegene wissenschaftliche und außerwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust sowie die wachsende Präsenz des Völkermordes im Bewusstsein der amerikanischen und deutschen Gesellschaft nicht zur Belastung für die amerikanisch-deutschen Beziehungen werden zu lassen. Deutsche Politiker und Diplomaten, die parteinahen Stiftungen und amerikanisch-deutsche Organisationen wie die Atlantik-Brücke versuchten, den Dialog mit jüdischen Organisationen und mit herausragenden jüdischen Persönlichkeiten in den USA zu verstärken. Das bedeutete auf deutscher Seite, die Vergangenheit nicht zu leugnen, zugleich aber für das neue, demokratische Deutschland zu werben. Obwohl die Mehrheit der amerikanischen Juden auch gegenüber dem demokratischen Deutschland misstrauisch blieb und bleibt, haben viele jüdische Organisationen auch nach Bitburg versucht, an diesem Dialog festzuhalten.<sup>48</sup>

46 Thomas A. Schwartz, John McCloy and the Landsberg Cases, in: American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955. Hrsg. v. Jeffrey M. Diefendorf, Axel Frohn u. Hermann-Josef Rupieper. Cambridge, Mass., 1993, 433–454; Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996; Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998 [English version: Jeffrey Herf, Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanies (Cambridge, Mass., 1997)]; Aleida Assmann/Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart 1999.

47 George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State. New York 1993, 550. Die scharfe Kritik von Shultz an Kohl kontrastiert mit der Position von Reagan, der auch in der Rückschau seinen Entschluss verteidigt, den deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen. Vgl. Ronald Reagan, Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben. Berlin 1990 [English version: Ronald Reagan, An American Life (New York, 1990), 376–384]. Siehe auch David B. Morris, Bitburg Revisited. Germany's Search for Normalcy, in: German Politics and Society 13, 1995, 92–109 sowie den Beitrag von Jeffrey Peck, Bd. 2, Kultur.

48 Siehe Shafir, Ambiguous Relations (wie Anm. 14).

## Zweierlei Eindämmung

Ohne die Gegenwart des Vergangenen ist auch das gängigste Interpretationsmodell der amerikanischen Europapolitik ab 1947/48 nicht zu verstehen, nämlich das Konzept der doppelten (double) oder zweifachen (dual) Eindämmung. Darunter wird die *gleichzeitige* Eindämmung der Sowjetunion durch Gegenmachtbildung in Westeuropa und der Bundesrepublik durch Integration in die westliche Bündnisstruktur und liberale Weltwirtschaft verstanden. Über die Bedeutung dieses Konzepts schrieb der Politikwissenschaftler Wolfram F. Hanrieder, der den Begriff zwar nicht erfunden, aber am scharfsinnigsten zu seiner Verbreitung beigetragen hat:

»Jedes entscheidende Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Europas resultierte aus dieser Doppeleindämmung: Die Wiederbewaffnung und der politische und wirtschaftliche Aufbau der Bundesrepublik innerhalb der Schranken internationaler Organisationen, die Entwicklung der NATO von einem locker organisierten Beistandspakt zu einem integrierten Militärbündnis, die amerikanische Unterstützung für die westeuropäische Integration und die aus diesen Fakten resultierende Vertiefung der Teilung Deutschlands und Europas. Solange die beiden Komponenten der amerikanischen Doppeleindämmungspolitik sich gegenseitig stützten, stand Amerikas Europadiplomatie auf festem Boden; in späteren Jahren, als sich zwischen den beiden Komponenten Spannungen und Widersprüche entwickelten, wurden die deutsch-amerikanischen Beziehungen zunehmend problematischer.«<sup>49</sup>

(»Every major event in the postwar history of Europe follows from this: the rearmament and reconstruction of the Federal Republic within the restraints of international organizations, the development of NATO from a loosely organized mutual assistance pact into an integrated military alliance, American support for West European integration, and the solidification of the division of Germany and Europe. So long as the two components of America's double containment were mutually reinforcing, America's European diplomacy was on a sure footing. In later years, when tensions and contradictions developed between the two components, German-American relations became increasingly strained.«)

49 Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994. 2. Aufl. Paderborn 1995, 6 [English version: Wolfram F. Hanrieder, Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy (New Haven and London, 1989), 6.] Siehe auch Wilfried Loth, Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges 1945–1947, in: *Historische Zeitschrift* 238, 1984, 611–631; Thomas A. Schwartz, Dual Containment. John J. McCloy, The American High Commission, and European Integration, in: NATO. The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe. Hrsg. v. Francis Heller u. John R. Gillingham. New York 1992, 131–212; Rolf Steininger u. a. (Hrsg.), Die Doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern. München 1993 sowie die Beiträge von Thomas A. Schwartz, Michael Wala, Ruud van Dijk, Frank Schumacher und Frank Ninkovich, Bd. 1, Politik; Steven L. Rearden, Bd. 1, Sicherheit; Klaus Schwabe, Gottfried Niedhart und H. W. Brands, Bd. 2, Politik.

Das Konzept der »doppelten Eindämmung« ist kritisiert worden, weil Art und Ausmaß, Ursprung und Unmittelbarkeit der von den USA befürchteten deutschen und sowjetischen Bedrohungen sich grundlegend unterschieden. Eine rein machtpolitische Analyse der Situation in Europa nach 1945 wird in der Tat die Vorstellung einer auch nur im Begriff vergleichbaren amerikanischen Politik gegenüber Deutschland und der Sowjetunion und damit das Konzept der »doppelten Eindämmung« ablehnen müssen.<sup>50</sup> Auf der anderen Seite entgehen einer solchen Betrachtung der geopolitischen Konstellation des Kalten Krieges kulturelle und mentale Dispositionen, wie sie in der kollektiven Deutung historischer Erfahrungen zutage treten. So verweist die Idee einer katastrophalen deutschen Traditionslinie von Luther bis Hitler – durch William Shirers Bestseller in den 60er Jahren massenhaft verbreitet<sup>51</sup> – darauf, dass die Amerikaner ihren militärischen Sieg über den Nationalsozialismus keineswegs als endgültige Lösung des deutschen Problems ansahen. Deutsche Autoritätsgläubigkeit, preußischer Militarismus und nationalsozialistische Vernichtungsfantasien konnten abermals virulent werden, wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht in dieser, dann in anderer Gestalt. Die Skepsis gegenüber dem deutschen Nationalcharakter hielt Herkunft und Zukunft einer amerikanischen Politik zusammen, welche die latente Gefahr derartiger Auswüchse in der Tat »eindämmen« wollte.

Hier liegt auch der qualitative Unterschied zu einer hegemonialen Kontrolle, wie die USA sie auch über England oder Frankreich anstrebten. Die Supermacht des Westens anerkannte nie Frankreichs *vocation mondiale et européenne*, seinen Anspruch auf eine Großmachtrolle in der Welt und auf eine hegemoniale Position in Europa. Über Jahrzehnte hinweg waren amerikanische Politiker bemüht zu verhindern, dass Frankreich die europäische Integration nutzte, um die USA aus Europa herauszudrängen und die Bundesrepublik aus der Abhängigkeit vom transatlantischen Koloss zu befreien und zum Juniorpartner Frankreichs in Europa zu machen. Die USA wollten (und wollen) der entscheidende *balancer* und *pacifier* in Europa bleiben.<sup>52</sup> Anders als die Bundesrepublik hat Frankreich diesen Anspruch nie akzeptiert.

Staatspräsident Charles de Gaulle, die selbsternannte Verkörperung des »ewigen« Frankreich, dachte immer an ein Europa unter französischer Führung, das Parität gegenüber den beiden Supermächten erreichen sollte.<sup>53</sup> Als alle Pläne de Gaulles, als gleichberechtigter Partner in ein nukleares Direktorat USA-Frankreich-Großbritannien aufgenommen zu werden, am Widerstand der *Anglo-Saxons* scheiterten, nahm Frankreich sich

50 Siehe den Beitrag von Wolfgang Krieger, Bd. 1, Sicherheit, und den Ausblick von Hans-Peter Schwarz, Bd. 2.

51 Rohan O'Butler, *The Roots of National Socialism*. London 1941; William Montgomery McGovern, *From Luther to Hitler. The History of Nazi-Fascist Philosophy*. London 1946; William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*. Berlin/Köln 1961 [English version: William L. Shirer, *The Rise and Fall of the Third Reich: A History of Nazi Germany* (New York, 1960)].

52 Frank Costigliola, *France and the United States. The Cold Alliance Since World War II*. New York 1992; Klaus Schwabe, *Atlantic Partnership and European Integration. American-European Policies and the German Problem, 1947–1966*, in: *No End to Alliance. The United States and Western Europe. Past, Present and Future*. Hrsg. v. Geir Lundestad. New York 1998, 37–80; Pierre Melandri, *The Troubled Partnership. France and the United States, 1945–1989*, ebd., 112–133.

53 Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*. Paris 1996, 131; Robert Paxton/Nicholas Wahl (Hrsg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal*. Oxford 1994.

die Freiheit, Großbritannien den Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verweigern (1963), die USA und die Verbündeten in der NATO mit der Entscheidung zu schockieren, die französischen Streitkräfte aus dem integrierten NATO-Verband auszugliedern (1966), den Abzug sämtlicher amerikanischer Truppen vom französischen Boden zu fordern, das von den Amerikanern beherrschte Währungssystem von Bretton Woods zu unterminieren und den vergeblichen Versuch zu wagen, die Bundesrepublik durch den Élysée-Vertrag einseitig an Frankreich zu binden.

Von solchen Handlungsspielräumen gegenüber der westlichen Hegemonialmacht wagten die bundesrepublikanischen Politiker nicht einmal zu träumen. Das lag zum einen an der stärkeren, ja existenziellen sicherheitspolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA. Es lag aber auch daran, dass das Erbe des Nationalsozialismus einen eigenständigen deutschen Machtanspruch unhaltbar machte. Die Vereinigten Staaten hätten ihn nicht toleriert. Ihre Deutschlandpolitik der Eindämmung durch Integration zielte gerade darauf ab, der Bundesrepublik die militärische, politische und gesellschaftliche Basis für einen derartigen Machtanspruch vorzuenthalten. Die deutsche Politik hat dies sehr wohl verstanden und ihre Interessen auf multilateralen Wegen zu wahren gesucht.

Im Gegensatz zu Deutschland hatte Frankreich sein Recht, unilaterale Großmachtpolitik zu betreiben, nicht verwirkt. De Gaulles europäische Hegemonialpläne mochten lästig und ärgerlich sein. Sie konnten aber ein französisch-amerikanisches Vertrauensverhältnis nicht erschüttern, das im Falle Deutschlands fehlte und das in einer 200-jährigen gemeinsamen Tradition wurzelte. Beide Länder verstanden und verstehen sich als Träger der universalen Mission der Freiheit, die mit der amerikanischen und französischen Revolution ihren Siegeszug durch die Welt begann. Ein versteckter Kampf um das Erstgeburtsrecht dieser Mission gehört zur Tradition des amerikanisch-französischen Verhältnisses. Trotz oder gerade wegen dieser gemeinsamen Tradition hat sich der französische Nationalstolz, getragen vom Bewusstsein französischer Größe und Souveränität, über mehrere Jahrzehnte an der amerikanischen Hegemonialpolitik in Europa wund gerieben, während die Bundesrepublik diese in erster Linie als Schutz und Hilfe zur Integration verstand. In diesem verletzten Stolz lag der eigentliche Grund für die Serie von amerikanisch-französischen Konflikten, die immer zugleich auf das amerikanisch-deutsche und auf das französisch-deutsche Verhältnis zurückschlügen und die Deutschen zu einem Dauerspagnet zwischen den USA und Frankreich zwangen.<sup>54</sup>

## **Weltwirtschaftliche Krisen, Multipolarität und der zweite Kalte Krieg**

Zwar ist es richtig, dass die Bundesrepublik seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in den bilateralen Beziehungen mit den USA an Bedeutung gewann, dennoch blieb bis zur Wiedervereinigung und bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion der

<sup>54</sup> Siehe den Beitrag von *Eckhart Conze*, Bd. 2, Politik.

militärische Schutz durch die USA und die NATO für die Bundesrepublik überlebensnotwendig, der eben nur um den Preis der militärischen Eindämmung der Bundesrepublik und der deutschen Teilung zu haben war. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wurden weder die Bundesrepublik noch die Europäische Gemeinschaft zu wirklich gleich mächtigen und damit gleichberechtigten Partnern. Die Tatsache, dass die Gemeinschaft und die Bundesrepublik in zahlreichen multilateralen Organisationen praktisch Dauerverhandlungen mit den USA führten, um wirtschaftliche Krisen zu meistern, ist geeignet, diesen Sachverhalt zu verdecken.

Der *relative* Bedeutungszuwachs der Bundesrepublik im wirtschaftlichen Bereich hing auch mit der schwächer werdenden US-Hegemonie in der Weltwirtschaft zusammen. Die Verstrickung der USA in den Vietnam-Krieg und besonders das Jahr 1968, in vieler Hinsicht ein entscheidendes Wendejahr des Kalten Krieges<sup>55</sup>, spielten in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Die Vereinigten Staaten schien das Schicksal aller großen Weltreiche zu ereilen. Ihre Hilfsmittel waren den weltweiten Ansprüchen nicht mehr gewachsen. Amerika drohte aufgrund imperialer Überanstrengung seine Vormachtstellung zu verlieren. Präsident Lyndon B. Johnson (1963–1969) hatte gehofft, zwei Kriege zugleich führen zu können, den Krieg gegen die Armut im eigenen Lande und gegen den Kommunismus in Südostasien. Der Kongress weigerte sich jedoch, das wachsende Loch im Staatshaushalt durch eine Anhebung der Steuern zu stopfen. Die ansteigenden Defizite wurden deshalb durch Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten gedeckt, d. h. durch die europäischen und asiatischen Verbündeten, vor allem durch Deutschland und Japan. Das Ergebnis – ein schwacher Dollar, ein chronisches Handels- und Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten sowie steigende Preise im Innern – begann die Stabilität des internationalen Währungssystems von Bretton Woods zu unterminieren, durch das seit dem Zweiten Weltkrieg die amerikanische Vorherrschaft in der Weltwirtschaft institutionalisiert worden war.<sup>56</sup> Obwohl während der Goldkrise im März 1968<sup>57</sup> der Wechselkursmechanismus noch einmal notdürftig wiederhergestellt wurde, signalisierte das Jahr 1968 den Anfang vom Ende eines Zeitalters unvergleichlichen Wirtschaftswachstums. Während des halben Jahrzehnts von 1968 bis 1973/74 trugen politische Entscheidungen und Entwicklungen zur Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums bei. So begann mit dem arabisch-israelischen Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 die politische Reaktion der Ölländer, die zu den ersten Ölpreisschocks der Jahre 1973 und 1974 führte.<sup>58</sup>

Angesichts der weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen und der Schwächung der eigenen Position versuchten die USA genau das, was die Briten nach 1763 getan hatten und die amerikanischen Kolonisten in den Unabhängigkeitskrieg getrieben

55 Siehe den ersten Versuch, das Jahr 1968 innen- und außenpolitisch als globales Wendejahr zu deuten: *Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker* (Hrsg.), 1968. *The World Transformed*. New York 1998.

56 *Diane B. Kunz*, *Butter and Guns. America's Cold War Economic Diplomacy*. New York 1997.

57 *Robert M. Collins*, *The Economic Crisis of 1968 and the Waning of the »American Century«*, in: *American Historical Review* 101, 1996, 396–422.

58 Siehe *Daniel Yergin*, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*. Frankfurt a. M. 1991 [English version: *Daniel Yergin*, *The Price: The Epic Quest for Oil, Money and Power* (New York, 1991)]; *Jens Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik und Westeuropa*. Stuttgart 1996.

hatte: die Kosten des eigenen Imperiums teilweise zu externalisieren und bei einer abhängigen Klientel einzutreiben. Die USA waren immer noch stark genug, um in erster Linie von den Europäern und Japanern, nicht von sich selbst, eine aktive Anpassung an die neuen weltwirtschaftlichen Probleme zu erzwingen, zum Ärger der Europäer notfalls durch unilaterale Maßnahmen das zusehends multilaterale weltwirtschaftliche Krisenmanagement zu durchkreuzen und besonders die Bundesrepublik mit der Androhung des Abzuges amerikanischer Truppen zu wirtschaftlichen Konzessionen zu zwingen. Während die Kolonisten auch deshalb rebellieren konnten, weil im Weltkrieg von 1756 bis 1763 die äußeren Feinde, Franzosen und Indianer, dank tatkräftiger britischer Hilfe bezwungen worden waren, lebten die Westdeutschen in der Furcht vor dem militärischen Potential des Warschauer Paktes. Präsident Johnson instruierte seine Mitarbeiter, von den Deutschen zu verlangen, was ihm der Kongress nicht geben wollte: »Was Sie tun müssen, ist großen Druck ausüben, um die Deutschen zu kriegen; ich will allen Einfluss, den ich habe, nutzen, um die Allianz zusammenzuhalten und die Deutschen zu veranlassen, die Rechnung zu zahlen; aber sie wollen es nicht tun, und wenn sie es nicht können, kann ich allein es auch nicht.« (»What you have to do is put great pressure to get the Germans; I want to use all the influence I can to hold the Alliance together and get the Germans to pay the bill; but they don't want to do it, and if they can't do it, I can't do it by myself.«)<sup>59</sup>

Die von Währungs- und Handelskonflikten zwischen den USA und Europa gekennzeichneten 1970er und 1980er Jahre begannen mit einer einseitigen Aufkündigung der Grundlagen des Systems von Bretton Woods durch die Regierung Nixon im Jahre 1971 (Nixon-Schock). Die USA lösten sich von der Verpflichtung, den Dollar jederzeit in Gold umzutauschen. Als die wichtigsten Welthandelsländer 1973 zu flexiblen Wechselkursen übergingen, konnten die USA den Dollar auch gegenüber den eigenen Verbündeten als politische Waffe einsetzen. Um, nach amerikanischer Ansicht, »unfairen« Handelspraktiken anderer Länder zu begegnen, legten sie sich außerdem in den Jahren 1974 und 1988 neue außenhandelspolitische Werkzeuge zu, um auf tatsächliche oder vermeintliche protektionistische Praktiken anderer Staaten notfalls mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren zu können.<sup>60</sup> Obwohl seit 1974 die Außenhandelspolitik eine gemeinsame Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft wurde; obwohl die Wirtschaftspolitiken der Staaten durch internationale Institutionen wie OECD, GATT, Weltbank und Weltwährungsfonds multilateralisiert wurden; obwohl seit 1974 auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzlers Helmut Schmidt die Weltwirtschaftsgipfel der Staatshäupter ins Leben gerufen wurden und die Kommunikationsdichte zwischen den Finanzministern und Notenbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer zunahm, blieb doch für alle beteiligten Staaten die Multilateralisierung nur eine, allerdings

59 Memorandum for the Record, Subject: President's Conversation with John McCloy Concerning U.S. Position in Trilateral Negotiations, 10:45–11:40 am, Wednesday, March 1, 1967, Francis Bator Papers, box 17, folder: Trilateral-McCloy Meeting, Lyndon B. Johnson Library, Austin, Tex. Ich danke Philipp Gassert für den Hinweis auf dieses Dokument.

60 Siehe den einführenden Essay und den Beitrag von *Harold James* sowie die Beiträge von *Monika Medick-Krakau*, *Andreas Falke* und *Bernhard May*, Bd. 2, Wirtschaft.

konflikteinhegende Methode, um die eigenen nationalen Interessen durchzusetzen, wie sie von den jeweiligen Politikern in Entscheidungssituationen definiert wurden.

Im Hinblick auf die Durchsetzung ihrer nationalen Interessen blieben die USA die bedeutendste Macht. Sie garantierten den Zugang zu Öl und anderen Rohstoffen. Der Dollar blieb trotz aller Krisenerscheinungen die bedeutendste Währung, der riesige amerikanische Binnenmarkt war gegen Vergeltungsmaßnahmen vergleichsweise unempfindlich, die USA blieben weit weniger exportabhängig als etwa die Bundesrepublik und Japan. An diesen Tatsachen konnten weder die Bundesrepublik noch die Europäische Gemeinschaft etwas ändern, aller verstärkten deutsch-französischen und innereuropäischen Zusammenarbeit zum Trotz. Der den USA verbliebene unilaterale Handlungsspielraum in wirtschaftspolitischen Fragen wurde in den 1980er Jahren noch sichtbar, als Präsident Ronald Reagan in seiner ersten Amtszeit (1981–1985) die Entspannungspolitik aufkündigte, eine gewaltige (Nach)Rüstung initiierte und die Kosten zu einem erheblichen Maße von Japan und den Europäern tragen ließ.

Denn die amerikanische Aufrüstung hatte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Von 1980 bis 1984 stiegen in den USA die Militärausgaben um 40 Prozent, gleichzeitig beschloss der Kongress Steuersenkungen. Beide Maßnahmen zusammen führten zu einem ständig steigenden Haushaltsdefizit und einer immensen Verschuldung der USA im Ausland. 1985 wurden die USA zum ersten Male seit dem Ersten Weltkrieg wieder eine Schuldnation. Während das Land 1980 noch eine positive Nettovermögensposition von 106,2 Milliarden Dollar aufwies, hatte es 1988, am Ende der Amtszeit Reagans, eine negative Nettovermögensposition von 532,5 Milliarden Dollar.<sup>61</sup> Die Staatsschuld wuchs von 1980 bis 1985 von 914 Milliarden auf 1 823 Milliarden Dollar an, 1991 näherte sie sich der Grenze von 4 Billionen.<sup>62</sup> Seit der Amtszeit von Präsident Reagan lebten die Amerikaner auf Pump, besonders vom Kapitaltransfer aus Europa und Japan. Die Regierung Bush konnte dem großen Beweger, gescheiterten Reformer und Zauberlehrling Michail Gorbatschow die gewünschte massive Wirtschaftshilfe nicht gewähren, weil sie sich angesichts der Haltung des Kongresses das Geld selbst auf den Kapitalmärkten hätte leihen müssen. Im Golfkrieg gegen Saddam Hussein dominierten die Amerikaner zwar militärisch, ließen ihn aber weitgehend von Saudi-Arabien, Japan und Deutschland bezahlen.

Während die Krisen der Weltwirtschaft und der Verlust der amerikanischen ökonomischen Hegemonie in erster Linie eine Herausforderung für jene Staaten, internationale Organisationen und »Gipfeltreffen« darstellten, die die Regeln des »freien« Weltmarktes zu beeinflussen suchten, führte der Verlust der nuklearen Überlegenheit der USA zur Aufwertung des überragenden Feindes im Kalten Krieg, der kommunistischen, totalitär verfassten Sowjetunion. Das atomare Patt zwischen den Supermächten und seine politisch-militärischen Folgen waren das überragende

61 *Carl-Ludwig Holtfrerich*, *Wirtschaft USA. Strukturen, Institutionen und Prozesse*. München 1991, 369.

62 *Paul M. Kennedy*, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärische Konflikte von 1500 bis 2000*. Frankfurt a. M. 1991, 776 [English version: *Paul M. Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000* (New York, 1987), 527]; *ders.*, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1993, 378. [English version: *Paul M. Kennedy, Preparing for the Twenty-First Century* (New York, 1993).]

Strukturproblem der Sicherheitspolitik in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren. Die aus diesem strategischen Sachverhalt für Europa und seinen Frontstaat, die Bundesrepublik, resultierenden Probleme konnten grundsätzlich nur in dem Dreieck UdSSR-USA-Westeuropa verhandelt werden. Sicherheitspolitisch kann man diese Jahrzehnte als andauernden Versuch der Europäer ansehen, Einfluss auf die Nuklearpolitik der westlichen Supermacht zu gewinnen, zugleich als andauernden Versuch der USA, bilaterale Abkommen mit der Sowjetunion zu schließen, wobei an die NATO-Verbündeten nur so viel Konzessionen gemacht wurden, wie nötig waren, um das Bündnis nicht zu gefährden.<sup>63</sup> Für die Bundesrepublik stand besonders viel auf dem Spiel, nämlich ihre Sicherheit und ihre Hoffnung auf Wiedervereinigung.<sup>64</sup>

Aus dem atomaren Patt, konkretisiert in der wechselseitig gesicherten Vernichtungsfähigkeit der beiden Supermächte (»Mutual Assured Destruction«) (MAD), erwuchs ein unwiderstehlicher Zwang zur Rüstungskontrolle, Kooperation und begrenzten Entspannung zwischen den USA und der UdSSR, um den schlimmsten anzunehmenden Unfall, den nuklearen Holocaust, zu verhindern. Militärisch hatte sich der durch konkurrierende Bedrohungsszenarien und die Interessen der militärisch-industriellen Komplexe beider Seiten angetriebene Rüstungswettlauf schon längst ad absurdum geführt. 1972 zum Beispiel besaßen die USA und die Sowjetunion genügend nukleare Waffen, um über jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind auf der Erde 15 Tonnen radioaktiven TNTs explodieren zu lassen.<sup>65</sup> Schon nach dem Schock der Berlinkrise und der Kubakrise war es zwischen den beiden Supermächten zu einigen Verträgen gekommen, um das Wettrüsten zu bremsen und die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Überraschungsangriffes zu verkleinern. 1962 hatten die beiden Mächte eine gemeinsame friedliche Nutzung des Weltraumes auf einigen Gebieten vereinbart, 1963 eine direkte Fernschreibverbindung (»Heißer Draht«) zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus installiert. 1967 unterzeichneten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien einen Vertrag über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums; am 1. Juli 1968 machten diese Staaten den Versuch, durch den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zugleich das Monopol der Atomkräfte zu sichern und eine unkontrollierte Vermehrung von Atomkräften zu verhindern. Alle drei Mächte hatten ein überragendes Interesse daran, der Bundesrepublik Deutschland den Zugang zu Atomwaffen zu verwehren. Im Mai 1972 wurde aus Anlass des Besuches von Präsident Nixon in Moskau die seit 1970 laufende Runde von Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT I)

63 Zum Problem der Zusammenarbeit in der hegemonialen Bündnisstruktur nach 1945 siehe *Thomas Risse-Kappen, Cooperation Among Democracies*. Princeton 1995; *Geir Lundestad, »Empire« by Integration. The United States and European Integration 1945–1997*. Oxford 1998; *Josef Joffe, The Limited Partnership. Europe, the United States, and the Burdens of Alliance*. Cambridge 1987. Eine vorzügliche Illustration aus deutscher Sicht sind die Memoiren von *Helmut Schmidt, Menschen und Mächte*. Berlin 1987, 151–340. [English version: *Helmut Schmidt, Men and Powers: A Political Retrospective* (New York, 1989), 119–284.]

64 Siehe die Beiträge von *Klaus Schwabe, Gottfried Niedhart, Klaus Larres, Werner Link, H. W. Brands, Steven Brady* und *Christian Hacke*, Bd. 2, Politik; von *Wolfgang Krieger, Kori Schake, Michael Broer* und *Matthias Dembinski*, Bd. 2, Sicherheit.

65 *Walter LaFeber, The American Age: United States Foreign Policy at Home and Abroad Since 1750*. London 1985, 615.



abgeschlossen. Es ging darum, die offensiven Trägersysteme zu begrenzen, indem beide Seiten Höchstgrenzen für nukleare Interkontinentalraketen und für Raketen festlegten, die von U-Booten abgefeuert wurden. Zugleich einigte man sich auf einen Rüstungsstop und eine Begrenzung ballistischer Raketenabwehrsysteme (ABM), die theoretisch geeignet waren, einer Seite die Zweitschlagskapazität zu nehmen, was wiederum das Gleichgewicht des Schreckens zerstört hätte.

Für beide Seiten beruhte die Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik auf politischen Annahmen und Erwartungen. Zu den sowjetischen Zielen gehörten nukleare Parität mit den USA, die Anerkennung als gleichberechtigte Supermacht und globaler Konkurrent in allen Regionen der Welt, die Wahrung des politischen Status quo in Europa, d. h. der Teilung Europas und Deutschlands, und schließlich die tatsächliche Respektierung des kommunistischen Blocks unter sowjetischer Führung. Die USA ihrerseits waren zwar zu Rüstungskontrollverhandlungen und 1975 in der Schlussakte von Helsinki zur außenpolitischen Zementierung des Status quo in Europa bereit (Gewaltverzicht, Unverletzbarkeit der Grenzen). Damit wurde ein Verhaltensmuster, das die USA beim Aufstand der Ostdeutschen im Jahre 1953, der Ungarn im Jahre 1956, beim Bau der Mauer im Jahre 1961 und beim Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei 1968 gezeigt hatten, nämlich militärisch nicht in den kommunistischen Machtbereich zu intervenieren, zum – wenn auch völkerrechtlich nicht bindenden – Prinzip erhoben. Aber die USA haben die Sowjetunion nie als politisch und moralisch gleichberechtigte Supermacht anerkannt. Der Kommunismus blieb für die Amerikaner ein menschenfeindliches, alle Freiheitsrechte missachtendes System. In Helsinki musste die Sowjetunion deshalb widerwillig das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Bürger (Korb III) akzeptieren, wohl wissend, dass die tatsächliche Durchsetzung dieser Freiheiten die kommunistischen Systeme des Ostblocks zum Einsturz bringen musste. Die Schlussakte von Helsinki war deshalb, wie die Ostverträge der Bundesrepublik, zugleich ein Instrument des Status quo und seiner Überwindung.<sup>66</sup>

Auch nach dem Ende des Vietnam-Krieges blieb die antagonistische Grundstruktur des Kalten Krieges bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion bestehen. Der globale Wettbewerb der Supermächte ging selbst in der Hochzeit der begrenzten Entspannungspolitik von 1970 bis 1975 weiter. Seit Mitte der Amtszeit Präsident Jimmy Carters verlor diese begrenzte Entspannungspolitik mehr und mehr die innenpolitische Zustimmung in den USA. Die Amerikaner kamen zu dem Schluss, dass die Sowjetunion durch militärische Interventionen in der Dritten Welt und durch eine gefährliche Aufrüstung – neue Interkontinentalraketen, neue atomgetriebene U-Boote, Aufbau von sechs Hochseefloten und die Aufstellung neuer, besonders für Europa gefährlicher Mittelstreckenraketen – sich selbst als weltweit überlegene Supermacht zu etablieren suchte. Präsident Reagan beendete in seiner ersten Amtszeit die Entspannungspolitik und führte die USA in einen eiskalten Krieg mit der Sowjetunion. Antikommunismus und Aufrüstung waren die Grundpfeiler seines Programms.

<sup>66</sup> Siehe den Beitrag von *Michael Lucas*, Bd. 2, Politik.

Am meisten erstaunte und erschreckte Reagan die Welt mit der Ankündigung vom März 1983, einen undurchlässigen Zaun im Weltraum (SDI – *Strategic Defense Initiative*) entwickeln zu lassen, der die USA vor einem nuklearen Überraschungsangriff der Sowjetunion schützen sollte. Ein solcher Zaun versprach den USA die unangreifbare Sicherheit des 19. Jahrhunderts zurückzugeben. Zugleich drohte er, Europa von den USA abzukoppeln und mit der Logik der gegenseitigen Abschreckung auch die NATO zu zerstören.<sup>67</sup> Reagans Botschaft in seiner ersten Amtszeit war klar: Sicherheit für die USA sollte nicht durch Entspannung und Rüstungskontrolle, sondern durch mehr Rüstung und verfeinerte Technologie gefunden werden.

Sowohl die Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik als auch der zweite Kalte Krieg hatten schwerwiegende Konsequenzen für die amerikanisch-deutschen Beziehungen. Wie in der Frühphase des Kalten Krieges blieb das bilaterale Verhältnis eine abhängige Variable der US-Politik gegenüber der Sowjetunion und Westeuropa.<sup>68</sup> Die Entspannungspolitik verschob die Aussicht auf die Wiedervereinigung der Deutschen in eine unbestimmte Zukunft. Die Mauer hatte Adenauers Versprechen, dass eine Politik der Stärke zur Wiedervereinigung führe, als Trug entlarvt. Die Rüstungskontrollpolitik machte den Deutschen die Dilemmata ihrer Sicherheitslage im nuklearen Zeitalter erst voll bewusst. Es ist deshalb kein Zufall, dass Kennedys neue Sicherheitspolitik zu schweren Konflikten mit der Regierung Adenauer führte und die gemeinsame französisch-deutsche Reaktion darauf, der Élysée-Vertrag, zum vorzeitigen Abgang Adenauers beitrug; dass Johnsons Sicherheitspolitik den Sturz von Bundeskanzler Ludwig Erhard herbeiführte; dass Carters und Reagans Politik ihren Anteil daran hatten, die Stellung Helmut Schmidts in seiner eigenen Partei zu unterhöhlen und Kanzler Kohl in einem politischen Kraftakt den NATO-Doppelbeschluss gegen eine gewaltige deutsche Friedensbewegung durchsetzen musste.

Die Bundesrepublik war seit ihrer Gründung total und alternativlos von einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung der Sowjetunion durch die USA abhängig. Die Abschreckung durfte nicht versagen, der Ernstfall eines Angriffs durch den Warschauer Pakt nicht eintreten. Denn entweder würde in diesem Fall die Bundesrepublik fast ohne Gegenwehr überrannt werden, was zumindest das physische Überleben der Westdeutschen gesichert hätte (»lieber rot als tot«), oder die Bundesrepublik wäre zum Schlachtfeld konventioneller und atomarer Waffen »unterschiedlicher Reichweite«, möglicherweise auch chemischer und biologischer Waffen, geworden. Das Gespenstische der sich über Jahrzehnte bilateral oder im Rahmen der NATO hinziehenden Planungen für den Ernstfall lag für die Deutschen darin, dass die Bundesrepublik lediglich ihre Todesart mitbestimmen konnte.<sup>69</sup> Auch die in den

67 Die Wiederbelebung derartiger Pläne durch den US-Kongress und die Regierung Clinton ruft am Ende des Jahrtausends ähnliche europäische Ängste wach. Siehe *William Drozdiak*, Possible U.S. Missile Shield Alarms Europe, *Washington Post*, 6.11.1999, A1; Ausbau der amerikanischen Raketenabwehr: Fischer kritisiert US-Pläne, *Süddeutsche Zeitung*, 5.11.1999, 8.

68 Siehe die Beiträge von *Manfred Görtemaker*, *Frank Ninkovich*, *Diethelm Prowe* und *Manfred Knapp*, Bd. 1, Politik; von *Wolfgang Krieger*, *Kori Schake* und *Erhard Formdran*, Bd. 1, Sicherheit, und fast alle Beiträge in Bd. 2, Politik und Sicherheit.

69 Dies zeigten bereits erste Planspiele mit Atomwaffen Mitte der 1950er Jahre. Siehe die Beiträge von *Kori Schake* und *Frederick Zilian Jr.*, Bd. 1, Sicherheit.

1960er Jahren in der NATO mühsam durchgesetzte Strategie der »flexiblen Reaktion« (*flexible response*) auf einen Angriff aus dem Osten, die durch eine »Pause« zwischen dem Einsatz konventioneller und nuklearer Waffen in Europa allein dem amerikanischen Präsidenten Verhandlungszeit vor dem Auslösen des interkontinentalen Atomschlags geben sollte, änderte nichts am Dilemma der Bundesrepublik. »Ein aus amerikanischer Sicht begrenzter Konflikt würde für die Bundesrepublik als dem militärisch exponiertesten Land ein totaler Krieg sein und ihre nationale Existenz auslöschen.« (»A ›limited conflict‹ from the U.S. standpoint would be a total war for the Federal Republic and would extinguish its national existence.«)<sup>70</sup>

Es lag deshalb in der Logik der Situation, dass die amerikanisch-deutschen Sicherheitsbeziehungen seit dem Aufbau der Bundeswehr bis kurz vor der Wiedervereinigung von Dissonanzen und Konflikten gekennzeichnet waren, selbst wenn die USA gelegentlich, etwa beim NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, den deutschen und europäischen Besorgnissen entgegenkamen, um den Zusammenhalt des NATO-Bündnisses nicht zu gefährden. Die Strategie der flexiblen Reaktion, der unausgereifte, von den USA als Placebo für die Deutschen gedachte Plan einer seegestützten, multilateralen Atomstreitmacht in Europa, der schließliche Ausschluss des eingedämmten Verbündeten von jedem Mitbesitz an Atomwaffen, der NATO-Doppelbeschluss, die Stationierung von Nuklearwaffen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa, die Neutronenbombe oder das SDI-Programm der Amerikaner sind dafür beredte Beispiele.<sup>71</sup>

Das atomare Patt sowie die militärische, wirtschaftliche, politische, geistige und seelische Belastung durch den Vietnam-Krieg zwangen die Vereinigten Staaten zur politischen Entspannung in Europa und die Westdeutschen zur größten Kurskorrektur ihrer Außenpolitik seit 1955, nämlich zur tatsächlichen, nicht völkerrechtlichen, Anerkennung der deutschen Teilung in den Ostverträgen von 1970 bis 1972. Durch eine »aktive Anpassung an die amerikanische Détente-Politik« (»active adjustment to American détente policy«)<sup>72</sup> mussten viele Deutsche von der Illusion der 1950er Jahre Abschied nehmen, die europäische Entspannung von Fortschritten in der Frage der deutschen Wiedervereinigung abhängig machen zu können. Der Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 in Berlin und die Hinnahme der Absperrung des Ostsektors durch den Westen war die Stunde der großen Desillusionierung. Die auflagenstärkste deutsche Zeitung, das Massenblatt *Bild*, empörte sich am 16. August: »Der Westen tut NICHTS! US-Präsident Kennedy schweigt ... MacMillan geht auf die Jagd ... Und Adenauer schimpft auf Brandt ...!«<sup>73</sup> Während die Rüstungskontrollpolitik der Supermächte die Deutschen mit brutaler Deutlichkeit an das Dilemma ihrer (Un-)Sicherheitspolitik erinnerte, symbolisierte die Mauer die Sackgasse der westlichen Wiedervereinigungspolitik.

70 Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955/1982. Baden-Baden 1983, 183. [English version: Helga Haftendorn, Security and Detente: Conflicting Priorities in German Foreign Policy (New York, 1985), 105.]

71 Siehe die Beiträge in Bd. 1 und 2, Sicherheit.

72 Siehe den Beitrag von Werner Link sowie die Beiträge von Klaus Schwabe, Gottfried Niedhart, Richard Wiggers und Christian Hacke, Bd. 2, Politik.

73 Zit. n. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963. Stuttgart 1983, 146.

Genau besehen, musste die Bundesrepublik sich vom Bau der Mauer bis zu der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Revolution der internationalen Beziehungen Ende der 1980er Jahre zweimal an eine neue amerikanische Politik anpassen: bis zur Mitte der Amtszeit Carters an die amerikanische Entspannungspolitik, dann an Reagans zweiten Kalten Krieg. Der Hund wedelte auch in diesem Fall mit dem Schwanz, nicht umgekehrt. Die zweite Anpassung war deshalb so schwer, weil die Mehrheit der Westdeutschen nach den Ostverträgen ihren Frieden mit der Entspannungspolitik gemacht und eine mögliche Wiedervereinigung innerlich auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben hatte. Mit dem Woodrow Wilson des nuklearen Zeitalters, Ronald Reagan, hatten die Deutschen große Probleme. Seine Politik der Aufrüstung und sein manichäisches Weltbild hielten sie für gefährlich, die »Angst vor den Freunden« (Oskar Lafontaine) wuchs und schürte die Protestbewegung gegen die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen und Marschflugkörper (*cruise missiles*) in Europa. Die Anpassungsprozesse hinterließen tiefe Schleifspuren in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, der deutschen Gesellschaft und den deutschen Parteien.<sup>74</sup> Erst im Prozess der deutschen Wiedervereinigung zeigte sich, wie in den 1950er Jahren, erneut eine grundsätzliche Parallelität der Werte und Interessen von Amerikanern und Deutschen.<sup>75</sup>

## **Ankunft im Westen: Der amerikanische Einfluss auf die Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik**

Wenn der Historiker von der deutschen Wiedervereinigung auf die Geschichte der amerikanisch-deutschen Beziehungen im Zeitalter des Kalten Krieges zurückblickt, dann darf die Aussage gewagt werden, dass von allen Staaten und Gesellschaften der Welt die USA den größten Einfluss auf die bundesrepublikanische Gesellschaft und Kultur ausgeübt haben. Wie in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, so gab es auch in der deutschen Gesellschaft und Kultur kaum einen Bereich, der nicht eine amerikanische Dimension besaß.

Während die Deutschen die neue Supermacht des Westens nach 1945 gleichsam als »exogenen Revolutionär« (»exogenous revolutionary«) erfuhren, »als Ankläger, Richter und Umerzieher, der Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland radikal verändern« (»as accuser, judge, and re-educator attempting to radically change the German government, society, and economy«)<sup>76</sup>, durch eine gezielte »Amerikanisierung von oben« die politische Kultur der Deutschen verwestlichen, demokratisieren und transformieren wollte, kann man das Jahrzehnt von 1955–1965 als Inkubationszeit der »Amerikanisierung von unten« ansehen, die danach die westdeutsche Gesellschaft voll erfasste.<sup>77</sup> Bei der »Amerikanisierung von unten« handelt es sich,

74 Siehe den Beitrag von Matthias Zimmer, Bd. 2, Politik.

75 Siehe den Beitrag von Stephen F. Szabo, Bd. 2, Politik, und von Karl Kaiser, Bd. 2, Sicherheit.

76 Siehe den Beitrag von Knud Krakau, Bd. 1, Gesellschaft.

77 Siehe den Beitrag von Axel Schildt, Bd. 1, Gesellschaft. Siehe auch ders., *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. 1999.

anders als in der Zeit von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre, nicht in erster Linie um die Folgen staatlicher Politik der USA, sondern um den Einfluss nicht-staatlicher amerikanischer Akteure auf die bundesrepublikanische Gesellschaft und Kultur.

So plausibel wie diese allgemeinen Aussagen auch erscheinen mögen, so muss doch eingeräumt werden, dass die historische Forschung über die Amerikanisierung Deutschlands und die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, insbesondere für die 1960er, 1970er und 1980er Jahre, erst am Anfang steht. Außerdem hat die Forschung große Mühe, diesen Einfluss sachlich zu fassen und begrifflich zu bestimmen. Die wissenschaftliche Diskussion um diesen Einfluss auf die Mentalität, Gesellschaft und Kultur der Westdeutschen – in bescheidenen Ansätzen auch auf die Ostdeutschen hinter dem Eisernen Vorhang – ist um einige Begriffe zentriert (»Amerikanisierung«, »Demokratisierung«, »Verwestlichung«, »Westernisierung«, »Modernisierung« und »Technisierung«), die oftmals synonym verwendet werden, deren gemeinter Sinn gleichwohl konkurriert oder sich überlappt.<sup>78</sup> Die Klärung dieser Begriffe wird zusätzlich dadurch erschwert, dass sie keine Erfindungen der Historiker sind, sondern in den zeitgenössischen Quellen als normativ aufgeladene und oft pejorativ verwendete Begriffe erscheinen, z. B. im Vokabular eines entschiedenen Antiamerikanismus.<sup>79</sup>

Überdies ist es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, die Eindringbreite und Eindringtiefe des amerikanischen Einflusses, das zeitlich und sachlich unterschiedliche Mischungsverhältnis von amerikanischem Einfluss und deutscher Tradition, von Ablehnung und Nachahmung, von aktiver Anpassung und kultureller Selbstbehauptung, von amerikanischer Sendung und freiheitlich-demokratischer Disposition der Deutschen, von Proamerikanismus und Antiamerikanismus genau zu bestimmen. Eine wachsende Anzahl von Historikern stellt die Frage, ob es im Bereich »interkultureller Transferprozesse«<sup>80</sup> überhaupt so etwas wie eine Einbahnstraße geben könne. Selbst eine Supermacht wie die USA besitze im Bereich der

78 Siehe die Beiträge von *Frank Trommler*, Bd. 1, Kultur; von *Volker Berghahn*, *Axel Schildt* und *Raimund Lammersdorf*, Bd. 1, Gesellschaft; von *Frank Trommler* und *Klaus Milich*, Bd. 2, Kultur; von *Lily Gardner-Feldman* und *Stephen Kalberg*, Bd. 2, Gesellschaft. Siehe auch *Michael Ermarth* (Hrsg.), *America and the Shaping of German Society, 1945–1955*. Providence, RI/Oxford 1993; *Konrad Jarausch/Hannes Siegrist* (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, 1955–1970*. Frankfurt a. M./New York 1997; *Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern* (Hrsg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 1996; *Anselm Doering-Manteuffel*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1999. *Reiner Pommerin* (Hrsg.), *The American Impact on Postwar Germany*. Providence, RI/Oxford 1995; *Axel Schildt/Arnold Sywottek* (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Aktualisierte Studienausgabe*. Bonn 1998; *The American Occupation of Germany in Cultural Perspective. A Roundtable*, in: *Diplomatic History* 23, 1999, 1–77 sowie die instruktiven Literaturberichte von *Anselm Doering-Manteuffel*, *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35, 1995, 1–34; *Bernd Greiner*, »Test the West.« Über die »Amerikanisierung« der Bundesrepublik Deutschland, in: *Mittelweg* 36, 1997, 4–40; *Philipp Gassert*, *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39, 1999, 531–561.

79 Siehe die Beiträge von *Knud Krakau* und *Philipp Gassert*, Bd. 1, Gesellschaft; von *Claus Leggewie*, *David B. Morris*, *Rainer Schnoor* und *Philipp Gassert*, Bd. 2, Gesellschaft.

80 *Johannes Paulmann*, *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift* 267, 1998, 649–685.

Kultur nicht die Fähigkeit, direkt und unmittelbar Einfluss und Macht auszuüben: kulturelle Macht verstanden als das Vermögen, einem Anderen seinen Geist, seine Sprache und seine Lebensform aufzuzwingen. Intergesellschaftliche und interkulturelle Übertragung könnten nicht in solchen binären Subjekt-Objekt-Kategorien erfasst werden. Kulturelle Aneignung bedeute immer Verwandlung und Einschmelzung in die eigene Tradition. Für das amerikanisch-deutsche Verhältnis hieße das, dass die »Westernisierung«, »Demokratisierung« und »Modernisierung« der Bundesrepublik gerade nicht als »Amerikanisierung« gedeutet werden sollte, sondern als eine bundesrepublikanische Kultur- und Gesellschaftssynthese, in die der amerikanische Einfluss eingegangen und in der er aufgehoben ist.<sup>81</sup>

Schließlich sei daran erinnert, dass die Diskussion um den amerikanischen Einfluss auf die Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Teil einer in Europa und anderen Regionen der Erde geführten Debatte um die »Amerikanisierung« der Welt ist. Denn der Aufstieg der USA zur globalen Supermacht des 20. Jahrhunderts wurde begleitet von einer ebenfalls globalen Perzeptionsgeschichte durch die von amerikanischem Vorbild und Einfluss, von amerikanischer Hegemonie und Herrschaft betroffenen Nationen und Regionen, Gesellschaften und politischen Systeme in Europa, Asien und Lateinamerika, zum geringeren Teil auch in Afrika.<sup>82</sup>

Auch in Deutschland begann die Amerikanisierungs- und Modernisierungsdiskussion nicht erst nach 1945, auch in Deutschland hat es schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts amerikanischen Einfluss auf die deutsche Gesellschaft und Kultur gegeben.<sup>83</sup> Aber erst nach 1945 wurde Westdeutschland auch gesellschaftlich und kulturell ein Teil der »euramerikanischen« Zivilisation des Westens, unter dem Schirm der amerikanischen Hegemonie, dem Einfluss des Kalten Krieges und einem weltgeschichtlich einmaligen Wirtschaftswachstum der Industriestaaten auf beiden Seiten des Atlantiks.

81 Siehe mit ähnlichen Schlussfolgerungen *Richard Pells*, *Not Like Us. How Europeans Have Loved, Hated, and Transformed American Culture Since World War II*. New York 1997. Siehe auch *Berndt Ostendorf*, *The Final Banal Idiocy of the Reversed Baseball Cap*. Transatlantische Widersprüche in der Amerikanisierungsdebatte, in: *Amerikastudien/American Studies* 44, 1999, 25–47.

82 Einen vorzüglichen Einstieg in diese Problematik ermöglicht Michael J. Hogan (Hrsg.), *The Ambiguous Legacy: U.S. Foreign Policy in the American Century*. New York 1999. Siehe auch *Peter Duignan/L. H. Gann*, *The Rebirth of the West. The Americanization of the Democratic World, 1945–1958*. 2. Aufl. Lanham, Md., 1996; *Rob Kroes*, *If You've Seen One, You've Seen the Mall. Europeans and American Mass Culture*. Urbana 1996; *Richard F. Kuisel*, *Seducing the French. The Dilemma of Americanization*. 2. Aufl. Berkeley 1996.

83 Siehe *Alexander Schmidt*, *Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich*. Berlin 1997; *Egbert Klautke*, *Amerika im Widerstreit. Vergleichende Untersuchungen zur Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten in Deutschland und Frankreich während der »Klassischen Moderne«, 1900–1933*. Diss. phil. Heidelberg 1999; *Detlev Peukert*, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*. Frankfurt a. M. 1987 [English version: *Detlev Peukert, The Weimar Republic: The Crisis of Classical Modernity* (New York, 1992)]; *Mary Nolan*, *Visions of Modernity. American Business and the Modernization of Germany*. Oxford 1994; *Frank Costigliola*, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933*. Ithaca, N.Y./London 1984; *Gassert*, *Amerika im Dritten Reich* (wie Anm. 16); *Junker*, *Kontinuität der Ambivalenz* (wie Anm. 16); *Frank Trommler*, *Aufstieg und Fall des Amerikanismus in Deutschland*, in: *Trommler, Amerika und die Deutschen* (wie Anm. 1), 666–676. [English version: *Frank Trommler, »The Rise and Fall of Americanism in Germany,«* in *Trommler and McVeigh, eds., America and the Germans*, 333–42.]

Die beiden Jahrzehnte von Anfang der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre hat man mit einigem Recht als das »goldene Zeitalter« dieses Jahrhunderts bezeichnet.<sup>84</sup> Im Gegensatz zur Zeit vor 1945 hat sich außerdem über ein halbes Jahrhundert hinweg ein enges Gewebe hochdifferenzierter amerikanisch-deutscher Interaktionen herausgebildet. Gestützt auf die siegreiche Produktionsideologie des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems, das die Probleme von Armut und Verteilungsgerechtigkeit grundsätzlich durch Wirtschaftswachstum lösen will<sup>85</sup>, und auf einen in Westdeutschland durch das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre begründeten Massenwohlstand hat sich der amerikanische Einfluss auf den Massenkonsum und die Massenkultur ausgeweitet, auf die Populärkultur, wenn man nach amerikanischer Gewohnheit die Formen und Produkte der Unterhaltungs-, Vergnügungs- und Freizeitindustrie als »Populärkultur« (»popular culture«) bezeichnen will. Dieses Gewebe entstand durch einen verdichteten transatlantischen Warenhandel, durch erhöhte wechselseitige Investitionstätigkeit<sup>86</sup>, durch verdichtete Kommunikationsnetze und Kommunikationstechniken (Film, Radio, Presse, Fernsehen), durch eine Revolution des transatlantischen Reisens und des Tourismus dank des Flugzeuges. Diese Tendenzen wurden noch verstärkt durch eine verdichtete berufliche Zusammenarbeit von Amerikanern und Westdeutschen auf vielen Gebieten, durch die wechselseitige, grenzüberschreitende Kommunikation von nicht-staatlichen Organisationen, wie z. B. von Kirchen<sup>87</sup>, Unternehmens-<sup>88</sup>, Gewerkschafts-<sup>89</sup> und Sportverbänden, von Universitäten, Wissenschaftsorganisationen und Fachverbänden<sup>90</sup>, von sozialen Bewegungen wie den 68ern<sup>91</sup>, den Frauen-<sup>92</sup>, Friedens- und Umweltbewegungen<sup>93</sup>, von Geheimdiensten<sup>94</sup>, von politischen Stiftungen<sup>95</sup> und transatlantischen Eliten und Institutionen im Allgemeinen<sup>96</sup>, aber auch von Rechtsradikalen.<sup>97</sup>

Wie sehr die Forschung im Fluss ist, kann man daran erkennen, dass die Geschichte der Aneignung und Ablehnung Amerikas durch die westdeutschen politischen, militärischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eliten während des Kalten Krieges noch nicht geschrieben worden ist. Dennoch gibt es schon mehrere Bausteine

84 Eric J. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München/Wien 1995. [English version: Eric J. Hobsbawm, *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991* (New York, 1994), 225–402.]

85 Charles S. Maier, *The Politics of Productivity. Foundations of American Economic Policy after World War II*, in: *International Organization* 31, 1977, 607–633.

86 Siehe die Beiträge von Hans-Eckart Scharer und Kerstin Müller-Neuhof, Bd. 1, *Wirtschaft*; von Hans-Eckart Scharer und Christine Borrmann, Bd. 2, *Wirtschaft*.

87 Siehe die Beiträge von Mark E. Ruff, Bd. 1, *Gesellschaft* und von Robert Goeckel, Bd. 2, *Gesellschaft*.

88 Siehe den Beitrag von Jonathan Wiesen, Bd. 1, *Gesellschaft*.

89 Siehe die Beiträge von Michael Fichter, Bd. 1 und Bd. 2, *Gesellschaft*.

90 Siehe die Beiträge von Mitchell G. Ash, Bd. 1, *Kultur*; von Willi Paul Adams und John McCarthy, Bd. 2, *Kultur*.

91 Siehe den Beitrag von Claus Leggewie, Bd. 2, *Gesellschaft*.

92 Siehe die Beiträge von Hanna Schissler, Bd. 1 und Bd. 2, *Gesellschaft*.

93 Siehe den Beitrag von Carl Lankowski, Bd. 2, *Gesellschaft*.

94 Siehe die Beiträge von Wesley Wark, Bd. 1, *Sicherheit*; und von Loch Johnson/Annette Freyberg, Bd. 2, *Sicherheit*.

95 Siehe den Beitrag von Ann Phillips, Bd. 2, *Gesellschaft*.

96 Siehe die Beiträge von Lily Gardner Feldman und Felix Philipp Lutz, Bd. 2, *Gesellschaft*.

97 Siehe den Beitrag von Thomas Grumke, Bd. 2, *Gesellschaft*.

für eine solche Geschichte, die sich in der Regel auf die Übernahme, Aneignung oder Ablehnung amerikanischer Ideen, Mentalitäten, Institutionen und Verhaltensmuster, ja des *American way of life* durch diese Eliten konzentrieren – Prozesse, die oftmals auf längere Aufenthalte in den USA zurückzuführen sind. Während die Versuche der Amerikaner, in ihrer Zone auf das deutsche Bildungssystem Einfluss zu nehmen, im Großen und Ganzen scheiterten<sup>98</sup>, haben die Amerika-Häuser und die amerikanischen Austauschprogramme der frühen 1950er Jahre erheblich zur Verwestlichung eines Teiles der heranwachsenden Elite Westdeutschlands beigetragen. 1954 hatten ungefähr die Hälfte der Deutschen etwas von den Amerika-Häusern gehört, 84 Prozent davon kannten deren Programme genau. Von den USA lizenzierte und kontrollierte Medien wie Verlage, Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksender trugen erheblich zur geistigen Öffnung gegenüber dem Westen bei.<sup>99</sup>

Unter Ausblendung der negativen Seiten der USA – von Kriminalität, Armut, Rassismus und des Apartheidsystems im amerikanischen Süden – warben die Amerikaner für die liberalen und kapitalistischen Grundwerte ihres Gemeinwesens wie Freiheit, Toleranz, Eigeninitiative, Individualismus, Markt und Konsum. Von 1950 bis 1956 entwickelten die USA überdies mit Westdeutschland das größte je mit einem anderen Land durchgeführte Austauschprogramm. Bis 1956 hatten 14 000 Westdeutsche die USA besucht. Die Zielgruppe waren Angehörige der jüngeren Generation, von denen erwartet werden konnte, dass sie zur zukünftigen Elite der Bundesrepublik gehören würden. Wie wichtig die USA dieses Austauschprogramm mit der Bundesrepublik nahmen, mag die Tatsache verdeutlichen, dass das amerikanische Außenministerium zwischen 1950 und 1960 in 14 Studien die Wirkungen dieser Programme auf die deutschen Teilnehmer untersuchen ließ. 1952 kam eine Hochrechnung zu dem Ergebnis, dass zwischen 900 000 und 1,6 Millionen Deutsche »dem multiplikatorischen Einfluss des Austauschprogramms ausgesetzt waren« (»had been exposed to the multiplier effect of the exchange program.«).<sup>100</sup>

Als diese staatlichen Programme der USA Mitte der 1950er Jahre ausliefen, traten die wiedergegründeten deutschen Mittlerorganisationen und private Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks an ihre Stelle, die bis zum Ende des Kalten Krieges (und darüber hinaus) den deutsch-amerikanischen Elitenaustausch auf eine feste Grundlage stellten.

Parallel zu diesen staatlichen Maßnahmen entwickelten sich andere, von den USA inspirierte (teilweise sogar vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanzierte) Netzwerke, die in den 1950er und 1960er Jahren Einfluss auf die nichtkommunistische Linke in Westeuropa, besonders in der Bundesrepublik nahmen. Das Ziel dieser Netzwerke war, auf hohem geistigem Niveau eine antikommunistische und antitotalitäre Ideologie anzubieten. Man hat dieses Ideologieangebot oft als »Konsensliberalismus« bezeichnet. Es verband die klassischen amerikanischen Grundwerte wie Freiheit, Recht, Eigentum und das »Streben nach Glück« mit der Erfahrung der USA in den 1930er Jahren (New Deal), dass der aktive Staat als Agent von Reformen

<sup>98</sup> Siehe den Beitrag von *James F. Tent*, Bd. 1, Kultur.

<sup>99</sup> Siehe den Beitrag von *Jessica C.E. Gienow-Hecht*, Bd. 1, Kultur.

<sup>100</sup> Siehe den Beitrag von *Karl-Heinz Füssl*, Bd. 1, Kultur.



ein notwendiger Teil der marktwirtschaftlichen Ordnung sein müsse. Unternehmer und Gewerkschaften galten grundsätzlich als legitime Elemente dieses Systems, die Tarifverträge ohne Einmischung des Staates aushandeln sollten. Das wirtschaftliche Ziel des Konsensliberalismus war weder der Klassenkampf noch der schrankenlose Konkurrenzkapitalismus, sondern die Steigerung der Massenkaukraft durch Produktivität und Wachstum. Neuere Forschungen haben gezeigt, wie stark deutsche Eliten durch das Intellektuellenblatt *Der Monat* und das Intellektuellen-Netzwerk »Kongress für kulturelle Freiheit« geprägt wurden. Die Liste der durch diese Netzwerke beeinflussten Persönlichkeiten liest sich wie ein »Wer ist Wer« der frühen Bundesrepublik: Willy Brandt, Max Brauer, Adolf Grimme, Eugen Kogon, Siegfried Lenz, Golo Mann, Alexander Mitscherlich, Richard Loewenthal, Marcel Reich-Ranicki, Ernst Reuter, Karl Schiller, Carlo Schmid, Theo Sommer, Dolf Sternberger, Otto Suhr und viele andere. Von dieser Westernisierung wurden auch Teile des westdeutschen Protestantismus, der sich im Kronberger Kreis versammelt hatte, oder der einflussreichste Verlag der frühen Bundesrepublik, der Axel Springer Verlag, erfasst.<sup>101</sup>

Es waren nicht zuletzt diese konsensliberalen Eliten, die durch die Neue Linke und die 68er Bewegung als Repräsentanten einer bürgerlichen Klassengesellschaft angegriffen wurden. Es gehört zu den Ironien der Verwestlichung der Bundesrepublik, dass auch die amerikakritische Neue Linke einen Teil ihrer geistigen Munition, vor allem aber Protestformeln und Lebensmuster, aus den USA bezog.<sup>102</sup> Für die 1970er und 1980er Jahre liegen noch keine genauen Untersuchungen des amerikanischen Einflusses auf die deutschen Eliten vor. Man darf aber vermuten, dass aufgrund der verdichteten transatlantischen Kommunikation in allen Lebensbereichen der amerikanische Einfluss auf die staatlichen und die nichtstaatlichen Akteure in der Bundesrepublik eher zunahm.

Eine andere Möglichkeit, sich dem Problem des Einflusses auf die deutschen Eliten und die Gesellschaft insgesamt zu nähern, sind sektorale Analysen. In diesen Fällen wird der Versuch unternommen, den amerikanischen Einfluss zum Beispiel auf die deutschen Medien<sup>103</sup>, die Wissenschaft<sup>104</sup>, die Amerikastudien<sup>105</sup>, die deutsche Literatur und den deutschen Leser<sup>106</sup>, auf das westdeutsche Theater<sup>107</sup>, die deutsche Kunstszene<sup>108</sup>, die Architektur<sup>109</sup>, die Städte- und Verkehrsplanung<sup>110</sup> oder das Denken

101 *Michael Hochgeschwender*, *Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*. München 1998; *Thomas Sauer*, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*. München 1998; *Gudrun Kruij*, *Das »Welt«-»Bild« des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*. München 1998; Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*. München 1999.

102 Siehe die Beiträge von *Claus Leggewie* und *Philipp Gassert*, Bd. 2, Gesellschaft.

103 Siehe den Beitrag von *David Posner*, Bd. 1, Gesellschaft.

104 Siehe den Beitrag von *Mitchell G. Ash*, Bd. 1, Kultur.

105 Siehe den Beitrag von *Willi Paul Adams*, Bd. 2, Kultur.

106 Siehe die Beiträge von *Martin Meyer*, Bd. 1 und Bd. 2, Kultur.

107 Siehe den Beitrag von *Andreas Höfele*, Bd. 1, Kultur.

108 Siehe die Beiträge von *Sigrid Ruby*, Bd. 1, Kultur; von *David Bathrick* und *Stefan Germer/Julia Bernard*, Bd. 2, Kultur.

109 Siehe die Beiträge von *Werner Durth*, Bd. 1 und Bd. 2, Kultur.

110 Siehe den Beitrag von *Jeffrey M. Dieffendorf*, Bd. 1, Gesellschaft; siehe auch den Beitrag von *Brian Ladd*, Bd. 2, Gesellschaft.

der deutschen Wirtschaftswissenschaftler<sup>111</sup> einzuschätzen. Auch hier handelt es sich oft um wechselseitige Interaktionen und Aneignungsprozesse, obwohl die dominante Beeinflussung eindeutig von West nach Ost erfolgte.

Auch der amerikanische Einfluss auf die westdeutsche Massenkultur und Konsumgesellschaft ist ein wachsendes, aber noch nicht konsolidiertes Forschungsfeld, das sich bisher nur für die 40er und 50er Jahre, in ersten Ansätzen auch für die Protestbewegung der »68er« auf empirische Einzelstudien stützen kann.<sup>112</sup> Sicher scheint zu sein, dass sich der anfängliche Widerstand der traditionellen deutschen Eliten gegen diesen Einfluss und die Befürchtungen eines möglichen Kulturverfalls durch Rock n' Roll, Boogie-Woogie, Halbstarke, Hippies, Jazz and Jeans seit dem Ende der 1950er Jahre verliefen und die Produkte der amerikanischen Freizeit-, Unterhaltungs- und Konsumindustrie zum überwiegend akzeptierten Teil der westdeutschen Gesellschaft wurden. Weder die amerikakritische 68er Bewegung noch die Friedens- und Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre noch die periodisch auftretenden Jeremiaden deutscher Kulturkritiker änderten etwas an diesem langfristigen Trend, der auch nach dem Ende des Kalten Krieges ungebrochen andauert und zum festen Bestandteil der kulturellen »Globalisierung« der Gegenwart geworden ist.

Wie sehr die Bundesrepublik am Ende des Kalten Krieges auch in dieser Hinsicht ein Teil des durch die USA dominierten Westens geworden war, mag nichts so eindringlich verdeutlichen wie die Amerikanisierung der deutschen Sprache, die zurecht als »Nachkriegsvariante einer wachsenden Anglisierung der deutschen Sprache seit dem 18. Jahrhundert« beschrieben wurde.<sup>113</sup> Beginnend mit einer bewusst politischen und damit zugleich sprachlichen Orientierung an den USA in der frühen Nachkriegszeit, dehnte sich die Amerikanisierung der deutschen Sprache auf fast alle Lebensbereiche, Sektoren und Schichten der westdeutschen Gesellschaft aus. Am Ende des Kalten Krieges war es eine Binsenweisheit, dass das amerikanische Englisch zur lingua franca der westlichen Welt geworden war, und die Westdeutschen sowohl durch ihre englischen Sprachkenntnisse als auch durch die Amerikanisierung der deutschen Sprache an dieser Globalisierung teilnahmen.

Ironischerweise scheint sich in der Rückschau zu erweisen, dass während des Kalten Krieges für den zweiten deutschen Staat, für die Deutsche Demokratische Republik, der Einfluss der amerikanischen Populärkultur der in vieler Hinsicht bedrohlichste und kaum zu kontrollierende Teil der ansonsten marginalen amerikanisch-ostdeutschen Beziehungen war.<sup>114</sup> Denn seit der Gründung der DDR im Jahre 1949 bis zur späten Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein Vierteljahrhundert später betrieben die USA eine strikte Politik der Nichtanerkennung des sowjetischen Satelliten. Selbst die Anerkennung blieb weitgehend ein formaler Akt ohne politische, wirtschaftliche und fast ohne kulturelle Substanz. Die amerikanische

111 Siehe den Beitrag von *Harald Hagemann*, Bd. 2, Wirtschaft.

112 Siehe Anm. 78 und die Beiträge von *Uta G. Poiger*, Bd. 1, Kultur und *Michael Ermarth*, Bd. 2, Kultur.

113 Siehe den Beitrag von *Heidrun Kämpfer*, Bd. 2, Kultur.

114 Siehe die Beiträge von *Christian Ostermann*, Bd. 1 und Bd. 2, Politik; *Uta G. Poiger*, Bd. 1, Kultur; *Rainer Schnoor*, Bd. 1 und Bd. 2, Gesellschaft sowie *Heinrich Bortfeldt*, Bd. 2, Kultur.

Botschaft in Ost-Berlin wurde nur zur Botschaft »bei der Deutschen Demokratischen Republik«, es kam weder zu einem Handels- noch zu einem Kulturabkommen. Die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion – ihre *raison d'être* – setzte dem außenpolitischen Handlungsspielraum des ostdeutschen Staates enge Grenzen, für die USA blieben bis zum Ende des Kalten Krieges und bis zur Wiedervereinigung die Bundesrepublik und die Sowjetunion die entscheidenden Fixpunkte. Vor dem Bau der Mauer unternahmen die USA einige halbherzige Versuche zur Destabilisierung der DDR im Rahmen einer zwiespältigen, nicht zu Ende gedachten Politik des *rollback*.<sup>115</sup> Obwohl die mögliche Anerkennung der DDR zu einem zentralen Problem während der zweiten Berlin-Krise von 1958–1962 wurde, hielten die USA an ihrer bisherigen Politik fest. Mit dem Bau der Mauer wurde die DDR einerseits zum Symbol eines die Menschenrechte verachtenden Systems, andererseits verschwand für die amerikanische Öffentlichkeit der zweite deutsche Staat, der über keine innenpolitische Lobby in den USA verfügte, gleichsam hinter der Mauer.

Die kulturellen Kontakte zwischen beiden Staaten blieben vor der Anerkennung sporadisch, auch nach 1974 änderte sich daran nichts Grundlegendes, trotz einiger Initiativen von Einzelpersonen und Organisationen. Die einzige Ausnahme war, wie schon angedeutet, die grenzüberschreitende Anziehungskraft der amerikanischen Populärkultur und der Produkte des amerikanischen Massenkonsums, die die Bürger der DDR vor dem Fall der Mauer in West-Berlin selbst in Augenschein nehmen konnten und die nach dem Bau über die Medien, besonders über das Fernsehen, in ihr Bewusstsein drangen. Über mehrere Jahrzehnte kämpften die Staatspartei SED und die Autoritäten der DDR gegen diese Produkte und Ausdrucksformen des *American Way of Life*. Sie versuchten, den Konsum amerikanischer Popkultur – Boogie-Woogie, Jazz und Jeans, Rock und Pop, Jeans und Cowboyhüte, Elvis und Dallas – als kulturelle Barbarei, gezielte Unterwanderung und Gefahr für die Stabilität des Arbeiter- und Bauernstaates zu diskreditieren. Seit den 1970er Jahren schlug die SED eine neue Linie ein. Statt den Einfluss der US-Massenkultur direkt zu bekämpfen, versuchte man nun, ihn zu neutralisieren, zu bändigen und zur Stabilisierung des kommunistischen Systems zu vereinnahmen. Es half alles nichts, die Verführungs- und Anziehungskraft der amerikanischen Populärkultur machte nicht an den Grenzen der Bundesrepublik halt. Gegen die »globale, massenkulturelle Ökumene amerikanischer Prägung«<sup>116</sup> war auf beiden Seiten der Mauer kein Kraut gewachsen. In dieser Hinsicht war auch der Osten schon vor der Wiedervereinigung im Westen angekommen.

115 Siehe den Beitrag von *Bernd Stöver*, Bd. 1, Politik.

116 Siehe den Beitrag von *Rainer Schnoor*, Bd. 2, Gesellschaft.



# 10. Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges? (1945–1990)

Publizisten und Wissenschaftler aus aller Welt, besonders aus den USA und den westlichen Ländern, haben im letzten halben Jahrhundert Tausende von Büchern und Aufsätze über Ursachen, Struktur und Verlaufsform, über die ereignisgeschichtlichen Höhepunkte und Hauptakteure, die verpassten Alternativen und verhinderten Katastrophen des Kalten Krieges geschrieben. Die historiographische Situation beginnt der Deutungsgeschichte älterer weltgeschichtlicher Großereignisse zu ähneln, etwa der Deutungsgeschichte des Falls von Rom, der Reformation, der Amerikanischen, Französischen oder Russischen Revolution, des Ersten und Zweiten Weltkrieges, des Nationalsozialismus und des Holocaust. Wer in diesen Fällen anhand einer repräsentativen Leseliste den kühnen Versuch unternimmt, sich auf den sogenannten Stand der Forschung zu bringen, kann leicht resignieren: Er wird hineingezogen in eine verwirrende Fülle von Interpretationen, Revisionen und Revisionen der Revisionen. Er bemerkt gelegentlich Windstille, sehr oft alten Wein in neuen Schläuchen, zwischenzeitlich auch einmal ein Ende der Debatte aus Erschöpfung und Desinteresse, schließlich den Weiterzug der Karawane der Interpreten; aber auch, wie im Falle des Kalten Krieges, eine Revitalisierung der Diskussion durch neue Quellen und veränderte Fragestellungen.

Gelegentlich findet der ratlose Student einen scharfsinnigen Kopf wie den Berliner Althistoriker Alexander Demandt, der am Ende seiner Interpretationsgeschichte der Auflösung des Römischen Reiches von Augustinus bis Mommsen und Jones ein alphabetisches Verzeichnis von 210 Kausalfaktoren erstellte, die bisher für den Niedergang des Römischen Reiches verantwortlich gemacht wurden. Keine Angst, ganz so weit sind wir noch nicht im Falle des Kalten Krieges. Immerhin habe ich schon vor 15 Jahren einmal mit meinen Studenten ohne Mühe eine kleine Auswahl von gut 50 Faktoren zusammengetragen, die in der Forschung bis dahin auf irgendeine Weise allein für die Ursachen des Kalten Krieges verantwortlich gemacht wurden. 14 Kausalfaktoren bezogen sich auf Stalin und das sowjetische System, 26 auf Roosevelt, Truman und das amerikanische System, während sich 14 eher mit strukturellen, beide Seiten einschließenden Problemen beschäftigten, wie der Dynamik wechselseitiger Perzeptionen und Fehlperzeptionen, dem eskalierenden Aktions-Reaktions-Mechanismus, mit dem klassischen Sicherheitsdilemma, mit Machtvakuen in Europa und Asien, den Gesetzen der politischen Schwerkraft und der Geopolitik oder den unvermeidlichen Konflikten, die aus einer bipolaren Struktur der internationalen

*Erstveröffentlichung:* Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges?, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen. Christoph Links Verlag. Potsdam 2002, S. 19–31.

Beziehungen entstehen müssen. Ich selbst neige inzwischen dazu, den Kalten Krieg in erster Linie aus diesen strukturellen Faktoren zu erklären. Eine Konsequenz daraus für mich ist: Keine Seite hat den Kalten Krieg geplant und gewollt, er hat sich ergeben.

Von dieser verwirrenden Fülle der Interpretationen ist es nur ein kleiner Schritt zum erkenntnistheoretischen Relativismus; zu der Anerkennung nämlich, dass die radikale philosophische Hermeneutik mit ihrem Urteil über die grundsätzliche Geschichtlichkeit, lebensweltbedingte Standortgebundenheit und damit Subjektivität jeder historischen Aussage recht hat. Für eine solche skeptische Position liefern die Historiker des Kalten Krieges selbst, so scheint es, die besten Argumente, und zwar auf dreifache Weise.

Erstens publizieren sie in allen Ländern mit einiger geschichtswissenschaftlicher Tradition Beiträge zur Geschichte der Erforschung des Kalten Krieges, in denen sie die aufeinanderfolgenden Richtungen, Strömungen, Schulen und Interpretationen Revue passieren lassen. Eine Analyse der Beiträge der Zeitschrift »Diplomatic History« von 1977 bis zur Gegenwart ist in dieser Hinsicht besonders aufschlussreich. Die Standardunterteilung der US-Historiker zum Kalten Krieg lautet: Orthodoxie der fünfziger Jahre, Revisionismus der sechziger und siebziger Jahre, Postrevisionismus der achtziger Jahre, eine neue, offene und unübersichtliche Situation nach dem Ende des Kalten Krieges und dem selektiven Zugang zu Quellen aus dem ehemaligen Reich von Stalin und Mao. Der zweite Versuch von John Lewis Gaddis zum Beispiel festzustellen, was wir nun sicher wüssten (»we know now«), ist ebenso auf Kritik gestoßen wie sein erster Versuch einer postrevisionistischen Synthese Anfang der achtziger Jahre.<sup>1</sup>

Zweitens werden als Ursachen für die Entstehung einer neuen Schule oder einer neuen Interpretation sehr oft nicht neue Quellen, nicht vernachlässigte Kausalzusammenhänge angegeben, sondern die Veränderung der Realgeschichte selbst, das heißt der Lebenswelt und Vorurteilsstruktur der nächsten Generation von Historikern. Die eben genannte Standardunterteilung wird zum Beispiel dauernd zurückbezogen auf den frühen Kalten Krieg, den Vietnamkrieg und die Bürgerrechtsbewegung, die Entspannungspolitik. Von dem Prinzip der Parteilichkeit in den totalitär verfassten, kommunistischen Staaten, das die Historiker zwang, als Verwalter und Interpret dogmatischer Weltanschauungen die Forschung andauernd umzuschreiben und zu verfälschen, und Abweichungen von der jeweiligen »Parteilinie« mit Sanktionen bestrafte, will ich erst gar nicht sprechen.

Drittens erhalten die unterschiedlichen Deutungen durch die Historiker nicht selten politisch-weltanschauliche Etiketten, als wollten die Geschichtswissenschaftler, um mit Goethe zu reden, selbst keinen Zweifel daran lassen, dass es wirklich der Herren, heute auch der Damen, eigener Geist ist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. So heißt es in einer neueren Gesamtgeschichte der USA unter dem Titel »Why Historians

1 Vgl. John Lewis Gaddis, *We Now Know: Rethinking Cold War History*, Oxford 1997; ders., *The United States and the Origins of the Cold War, 1941–1947*, New York 1972; ders., *The Emerging Post-Revisionist Synthesis on the Origins of the Cold War*, *Diplomatic History* 7 (Summer 1983), S. 171–190. – Zur Diskussion um die neue Synthese vgl. Melvyn P. Leffler, *What Do »We Now Know«?* In: *The American Historical Review*, Vol. 104, Nr. 2, April 1999, S. 501–524.

Disagree?« lakonisch: »Soziale, rassische, ethnische und sexuelle Unterschiede bei den Historikern tragen alle zur Ausprägung unterschiedlicher Ansichten bei.«<sup>2</sup>

Was haben sich also die klugen Planer dieses Bandes gedacht, als sie mir den ehrenvollen Auftrag gaben, über »ein neues Verständnis des Kalten Krieges« – mit Fragezeichen – nachzudenken? Sie haben hoffentlich nicht erwartet, dass ich auf wenigen Seiten in einem großen Wurf die vielen neuen Einzelergebnisse der Forschung der letzten zehn Jahre – nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts neuer Quellen, die zum Beispiel vom Cold War International History Project am Woodrow Wilson Center in Washington D. C. so vorbildlich aufgearbeitet werden – in einer neuen Synthese zusammenfasse, mit den Interpretationsangeboten der vorangegangenen 40 Jahre kontrastiere und dann kritisch frage, ob es wirklich so etwas wie ein neues Verständnis der internationalen Beziehungen des Kalten Krieges gibt. Eine solche neue Synthese, eine solche »Master-Narrative« (»Meistererzählung«) gibt es nicht, kann es im übrigen nach postmoderner Einsicht überhaupt nicht geben. Melvin P. Leffler hat zum Beispiel für seinen Versuch, nur für die Anfangsphase des Kalten Krieges eine solche Synthese in seiner Auseinandersetzung mit John Lewis Gaddis vorzuschlagen, über 200 Neuerscheinungen zu Rate gezogen.<sup>3</sup>

Spätestens jetzt, der Leser wird es schon ahnen, kommt daher der unvermeidliche Bescheidenheitstopp eines überforderten Historikers, der den Erwartungshorizont reduzieren muss. Ich kann und möchte keine neue Synthese anbieten, sondern drei Schneisen durch den Urwald möglicher Interpretationen des Kalten Krieges schlagen, und zwar am Leitmotiv der Globalität.

Mein erstes Leitmotiv ist die Frage nach der globalen Reichweite, dem globalen Aktionsradius der beiden Supermächte des Kalten Krieges, der USA und der Sowjetunion; das zweite fragt nach der Bedeutung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die Intensivierung, Verlängerung und Globalisierung des Kalten Krieges; und mit meinem dritten Leitmotiv möchte ich vorschlagen, das Jahr 1968 auch in den internationalen Beziehungen als globales Wendejahr des Kalten Krieges zu akzeptieren.

Wenn es denn überhaupt so etwas wie eine *prima causa* in komplexen historischen Prozessen gibt, so liegt für mich die – nicht beabsichtigte – *prima causa* des Kalten Krieges in der Globalisierung des außenpolitischen Aktionsradius der USA, der seinerseits in der Globalisierung der amerikanischen Interessen und Werte begründet liegt. Diese Globalisierung ist die wichtigste Ursache für den qualitativen Sprung der USA von einer Weltmacht unter anderen Weltmächten zur Supermacht des Kalten Krieges und des atomaren Zeitalters. Globalisierung soll heißen, dass für die USA prinzipiell die Zukunft der gesamten Welt, besonders des eurasischen Doppelkontinentes, den Mittleren Osten eingeschlossen, von potentiell vitaler Bedeutung war. Nicht nur der strukturelle Ost-West-Konflikt, sondern auch seine regressive und kämpferische Form, eben der Kalte Krieg, ist ohne diesen amerikanischen Globalismus nicht zu erklären.

2 Richard N. Current / T. Harry Williams / Frank Freidel / Alan Brinkley, *Why Historians Disagree*, in: *American History*, 7, New York 1987, S. 64.

3 Vgl. Leffler, *What Do »We Now Know«?*, S. 501–524.

Zwar hat man oft gesagt, dass der teils verdeckte, teils offene Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts schon im Jahre 1917 begann, als die beiden großen Revolutionäre, Lenin und Wilson, antagonistische Modelle für die ganze Welt verkündeten; aber es bedurfte der Herausforderung durch die Achsenmächte und Japan in den dreißiger Jahren und eines fast homerischen Kampfes zwischen den sogenannten Isolationisten und Internationalisten in der US-Innenpolitik von 1937–1941, um den US-Globalismus dauerhaft in den Köpfen, Institutionen, außenpolitischen Strategien und Maximen des Landes zu verankern. Nicht erst die Enttäuschung nach 1945 über den Zusammenbruch der universalistischen Nachkriegsplanung im Kriege, sondern der schließliche Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg haben den Grundwiderspruch der amerikanischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit beseitigt: den Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen, in Ansätzen auch kulturellen Anwesenheit der USA in Europa und Asien einerseits, der militärischen und bündnispolitischen Abwesenheit andererseits.

Präsident F. D. Roosevelt formulierte am 21. Januar 1941 gleichsam das Leitmotiv der Pax Americana des 20. Jahrhunderts, als er an den US-Botschafter in Japan schrieb: »Ich glaube, die fundamentale Aufgabe ist, zu erkennen, daß die Kämpfe in Europa, in Afrika und in Asien alle Teile eines einzigen Weltkonfliktes sind. Wir müssen deshalb erkennen, daß unsere Interessen in Europa und in Asien bedroht werden. Wir sind der Aufgabe verpflichtet, unsere Lebensweise und unsere vitalen Interessen zu verteidigen, wo immer sie ernsthaft gefährdet sind. Unsere Strategie der Selbstverteidigung, die jede Front berücksichtigt und jede Gelegenheit nutzt, zu unserer totalen Sicherheit beizutragen, muß deshalb global sein.«<sup>4</sup>

Außenminister Dean Rusk meinte dasselbe, als er 1965 ausrief: »Wir müssen uns um alles kümmern, um alle Länder, Gewässer, die Atmosphäre und den uns umgebenden Weltraum.«<sup>5</sup>

Es ist eben kein Zufall, dass dieser Globalismus die Essenz aller großen strategischen Pläne und Sicherheitsmemoranden der USA von 1941 bis zur Gegenwart darstellt; von »ABC-1«, »Rainbow-5« und dem »Victory Program« aus dem Jahre 1941, die ein militärisches Verteidigungs-, Kriegs- und Siegeskonzept formulierten, eine Art globaler Vorwärtsverteidigung, in dem der Unterschied von defensiv und offensiv im geographischen Sinne bis zur Unkenntlichkeit verwischt wurde, bis zum Memorandum NSC 68 aus dem Jahre 1950 und der globalstrategischen Lagebeurteilung des National Intelligence Council »Global Trends 2015« aus diesem Jahr.<sup>6</sup>

Diese Globalisierung wurzelt in den inneren Bedingungen der USA, in der Kraft und Flexibilität ihrer Institutionen, der wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Stärke des Landes, aber auch im Manichäismus der amerikanischen Zivilreligion. Diese Zivilreligion produzierte einerseits immer aufs Neue die notwendigen

4 Joseph C. Grew, *Ten Years in Japan. A Contemporary Record Drawn From the Diaries and Official Papers of J. C. Grew*, New York 1941, S. 359. – Siehe auch: Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA, 1933–1941*, Stuttgart 1975.

5 Zit. nach: Paul M. Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärische Konflikte von 1500–2000*, Frankfurt/Main 1991, S. 136.

6 Zum strategischen Globalismus vgl. Detlef Junker, *Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, Mannheim 1995.



Feindbilder, andererseits ist sie für die Entgrenzung und Universalisierung der amerikanischen Mission der Freiheit verantwortlich, für die Mission, die Welt für die Demokratie sicher zu machen.

Die Globalisierung des amerikanischen außenpolitischen Handlungsradius erwuchs aber auch aus der zunehmenden Interdependenz der Weltpolitik im 20. Jahrhundert selbst, auch als Reaktion auf die Außenpolitik von Feinden und Verbündeten der USA, besonders aus den, oft übertriebenen, Bedrohungsvorstellungen, die die Taten und Ideologien anderer Staaten und Gesellschaften in den Köpfen der Amerikaner und ihrer Politiker hervorriefen. So gibt es seit Beginn dieses Jahrhunderts eine fast ungebrochene Kontinuität der Übertreibung der vermeintlichen sicherheitspolitischen Gefährdung der westlichen Hemisphäre. Innerhalb dieses amerikanischen Globalismus kann man drei große Zielvorstellungen unterscheiden, die allerdings nicht immer gleichgewichtig nebeneinander standen: den unteilbaren, liberal-kapitalistischen Weltmarkt; die unteilbare Sicherheit, das heißt die Aufrechterhaltung eines pro-amerikanischen Gleichgewichts in der Welt und die Verhinderung feindlicher Hegemonialmächte auf dem eurasischen Doppelkontinent, die langfristig die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, das Sanktuarium der USA, gefährden könnten; und die unteilbare Freiheit, das heißt das weltweite Gebot, Demokratie und repräsentative, aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fördern, zu fordern und zu unterstützen.

Diese globalen Zielvorstellungen der USA waren, wie schon angedeutet, dialektisch mit globalen Bedrohungsszenarien verbunden, im Falle des Kalten Krieges mit der subjektiven Gewissheit, dass der Kommunismus zunächst in Europa und Asien, nach der Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik in der Ära von Chruschtschow auch im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika eben alle drei Unteilbarkeiten gefährde.

Nur Anfang der siebziger Jahre haben Nixon und Kissinger einmal versucht, die Amerikaner vom Manichäismus zu befreien und ihnen ausgerechnet jenes Konzept der internationalen Beziehungen zurückzugeben, von dem Präsident Wilson die Welt, zumindest rhetorisch, befreien wollte: das Konzept des Gleichgewichts der Mächte. Das Beste, was man in der internationalen Staatenwelt erwarten dürfe – nämlich nicht ewigen Frieden, sondern eine mittelfristige Stabilität des Systems –, könne, so Kissinger, nur gewährleistet werden, wenn man die Existenz der Hauptmächte, unabhängig von ihrer jeweiligen inneren Ordnung, als legitim anerkenne. Die gesamte Kritik an Nixon und Kissinger lebt von dem Argument, dass diese beiden Männer durch nackte Real- und durch Geheimpolitik Amerikas beste Tradition verraten hätten.

Dieser US-Globalismus hat, das sei nur erwähnt, globale Methoden und Handlungsmaximen hervorgebracht. Es sei nur an die multilateralen Bündnisse (NATO, SEATO, ANZUS, CENTO, Pakt von Rio) und bilateralen Bündnisse, die weltweiten Basen, die Fähigkeit der US-Luftwaffe und Marine zur globalen Machtprojektion, die globale Militär- und Wirtschaftshilfe, die global operierenden Geheimdienste, last but not least an die globale Zerstörungskraft der US-Nuklearwaffen erinnert; oder an

die globale München-Analogie (no Munich in Europe and Asia), die Truman-Doktrin oder die Domino-Theorie als weltweite Handlungserklärung.

Schließlich könnte man in diesen Globalismus unschwer viele Ergebnisse der neuen Kulturgeschichte integrieren, soweit sie sich mit der »Amerikanisierung«, der globalen Ausbreitung des »American way of life« während des Kalten Krieges beschäftigt. Dabei erscheint es mir sinnvoll, zwei Dinge zu unterscheiden: erstens die »Amerikanisierung von oben«, das heißt die Versuche staatlicher und staatlich gelenkter Akteure, die Amerikanisierung und Homogenisierung der nichtkommunistischen Welt als Waffe im Kalten Krieg einzusetzen.<sup>7</sup> Das kann dann mit der »Sowjetisierung« auf der anderen Seite kontrastiert werden. Konrad Jarausch und Hannes Sigrist haben in einem wichtigen Sammelband diese Gegenüberstellung von Amerikanisierung und Sowjetisierung zum Leitmotiv gemacht.<sup>8</sup> Zweitens die »Amerikanisierung von unten«, das heißt den grenzüberschreitenden Einfluss nichtstaatlicher Akteure, besonders im Bereich der Massen- und Populärkultur, gegen den zum Beispiel selbst in der DDR kein Kraut gewachsen war.

Die nichtkommunistische Welt wurde in unterschiedlicher Dichte Teil einer Sicherheits-, Werte-, Produktions-, Konsum-, Informations-, Freizeit-, Reise-, Spaß- und Unterhaltungsgemeinschaft unter amerikanischer Hegemonie, nicht unter amerikanischer Herrschaft. Hegemonie soll hier als gebändigte Macht, als vorwiegender Einfluss verstanden werden. Das hatte zur Folge, dass den von der amerikanischen Hegemonie betroffenen Staaten und Gesellschaften erhebliche Freiheits- und Entscheidungsspielräume blieben. »Empire by Invitation« oder »Empire by Integration«, wie der norwegische Historiker Geir Lundestad diesen Sachverhalt genannt hat.<sup>9</sup>

Damit komme ich zum Problem des Globalismus in der sowjetischen Außenpolitik, allerdings mit einigem Zögern, weil ich die russische Sprache nicht beherrsche, meine Analyse auf die wissenschaftliche Literatur in westlichen Sprachen angewiesen ist, etwa auf die Bücher von Vladislav Zubok und Constantine Pleshakov, Vojtech Mastny, Edvard Radzinsky und Norman Naimark.<sup>10</sup> Ich kann also im Zweifelsfall die Primärquellen nicht selbst konsultieren. Gerade deshalb sind auch für mich die Übersetzungen im Rahmen des Cold War International Projects von großer Bedeutung. Viel verdanke ich auch meinem Heidelberger Kollegen, dem Osteuropahistoriker

7 Vgl. Michael J. Hogan (Hg.), *The Ambiguous Legacy: U.S. Foreign Policy in the American Century*, New York 1999; Peter Duignan/L. H. Gann, *The Rebirth of the West. The Americanisation of the Democratic World, 1945–1958*, Lanham, Md. 1996; Rob Kroes, *If You've Seen One, You've Seen the Mall. Europeans and American Mass Culture*, Urbana 1996. – Zum kulturellen Einfluss der USA auf Deutschland vgl. jetzt Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Ein Handbuch, Bd. 1, 1945–1968; Bd. 2, 1968–1990, Stuttgart/München 2001; darin besonders die Kapitel über Kultur und Gesellschaft.

8 Konrad Jarausch/Hannes Sigrist, *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, 1955–1970*, Frankfurt-Main/New York 1997.

9 Geir Lundestad, »Empire« by Integration. The United States and European Integration, 1945–1997, Oxford 1998; ders., *Empire by Integration? The United States and Western Europe, 1945–1952*, in: *Journal of Peace Research* 23, September 1986, S. 263–277.

10 Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev*, Cambridge, MA, 1996; Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity: The Stalin Years*, New York 1996; Edvard Radzinsky, *Stalin: The First In-Depth Biography Based on Explosive New Documents from Russia's Secret Archives*, New York 1996; Norman Naimark, *The Russians in Germany: A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge, MA 1995.

Heinz-Dietrich Löwe. Seine neue Stalin-Biografie, die im Herbst 2001 erscheinen wird, habe ich gerade für die von mir herausgegebene Reihe »Persönlichkeit und Geschichte« lektoriert. Die vielen Gespräche mit dem Autor haben, so hoffe ich wenigstens, mein Urteil über das sowjetische System unter Stalin, eben den Stalinismus, geschärft.<sup>11</sup>

Im Gegensatz zur amerikanischen Hegemonie war Stalins Machtbereich nicht nur durch Herrschaft, sondern durch die Herrschaft des systematischen Terrors geprägt. Stalin etablierte seit Ende der zwanziger Jahre mit enormer Energie und Arbeitskraft eine kühl kalkulierte, sorgfältig geplante, die jeweiligen Kräftekonstellationen genau berücksichtigende, gegen jedes menschliche Leid absolut unempfindliche, die Massenmorde sadistisch genießende Terrorherrschaft als Prinzip. Nimmt man die Würde des Einzelnen und seine körperliche Unversehrtheit zum politisch-moralischen Maßstab, so steht der terroristische Massenmörder Stalin auf einer Ebene mit Hitler und Mao. Bucharin sprach zu Recht schon 1928, in Anspielung auf Stalin, von einer »Dschingis-Khan-Kultur des ZK«. <sup>12</sup> An einem einzigen Tag, am 12. Dezember 1938, sanktionierten Stalin und Molotow persönlich die Hinrichtung von 3167 Menschen. Anschließend entspannten sie sich mit amerikanischen Filmen, die das einfache Volk natürlich nicht sehen durfte. <sup>13</sup> Terror und Repression, Klassenkampf in Permanenz und periodisch wiederkehrende Säuberungen waren, wenn er die Möglichkeit zu hatte, Stalins politischer »modus operandi« und zwar in der Innen- und Außenpolitik. Einschränkungen seiner Machtmöglichkeiten, seines diktatorischen Despotismus, nahm der bodenlos misstrauische Stalin nur hin, wenn die innen oder außenpolitischen Kräftekonstellationen, die er mit hoher Konzentration, allerdings oft fehlerhaft, analysierte, es ihm opportun erscheinen ließen. Wo er Schwäche und nachlassenden Widerstand vermutete, fiel er sofort auf seinen modus operandi zurück.

In Stalins Weltbild gab es keine legitime Gegengewalt, nicht einmal legitime Hegemonie. Die amerikanische Grundposition, im Rahmen der unteilbaren Freiheit an der westlichen Peripherie der Sowjetunion zwar sowjetfreundliche, aber zugleich aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fordern, ihm eben Hegemonie und nicht Herrschaft zuzugestehen, war für ihn eine hinterlistige, kapitalistische Verschwörung. Der oft beschriebene Gradualismus der Sowjetisierung der Staaten und Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas von 1945–1948 war aus Stalins Sicht eine taktische Variante einer vorsichtigen, die jeweilige Kräftekonstellation realpolitisch analysierenden, dennoch expansiven sowjetischen Außenpolitik in Europa. Deren wichtigstes Ziel war ihr Einfluss auf ganz Deutschland. »Ganz Deutschland muß unser werden«, erklärte Stalin laut Milovan Djilas der jugoslawischen Delegation im Frühjahr 1946. <sup>14</sup> Die Gegenmachtbildung des Westens im Rahmen der berühmten Politik der doppelten Eindämmung und die Westintegration der Bundesrepublik waren für Stalin und seine Nachfolger deshalb ein schwerer Schlag: auch deshalb, weil schließlich alle Versuche der Sowjetunion scheiterten, genau das zu verhindern.

<sup>11</sup> Heinz-Dietrich Löwe, Stalin. Terror als System, Göttingen 2001.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd.

Daneben richtete sich der sowjetische Expansionismus, der sich entweder nur in Forderungen oder auch in politisch-militärischen Aktionen manifestierte, auf Tanger, Lybien, Syrien, den Libanon, den Iran, Aserbeidschan und die Türkei. Ein geradezu klassischer Fall des vorsichtigen Expansionismus war Stalins Taktik in der Meerengenfrage (Dardanellen und Bosphorus). Nachdem er zunächst vom zögernden Außenminister Molotow gefordert hatte: »Machen Sie weiter, wenden Sie Druck an«, ließ Stalin seine Forderung fallen, als Truman die US-Flotte in das östliche Mittelmeer verlagerte.<sup>15</sup> Auch in Ostasien ist ein vorsichtiger sowjetischer Expansionismus unverkennbar; es sei nur an Korea erinnert, über das ich in einem anderen Zusammenhang noch sprechen werde.

Was bedeutet dies alles für die Frage des sowjetischen Globalismus? Stalins Sowjetunion verstand sich in der tatsächlichen Politik nicht als globale Macht, wenn Stalin auch an das Ziel der Weltrevolution glaubte und vermutlich als »Gläubiger« gestorben ist. Diese Aussage gilt unabhängig von der unendlich oft diskutierten Frage, ob der vorsichtige Stalin'sche Expansionismus aus groß-russischen Traditionen, weltrevolutionär-kommunistischer Ideologie, realpolitischen Überlegungen oder einer Kombination dieser Motive entstanden ist. Die expansiven Ambitionen der latenten eurasischen Herrschaftsmacht waren auf Eurasien beschränkt, was der amerikanische Globalismus nur de facto, nie moralisch hinnehmen konnte. Die kommunistische Weltrevolution war unter Stalin kein Teil operativer Politik, einen dritten Weltkrieg wollte auch Stalin nicht riskieren.

Erst unter Chruschtschow wurde die Sowjetunion von einer eurasischen Macht zu einer Macht mit globaler Reichweite. Besonders deutlich wurde das in der zunehmenden Aktivität der UdSSR im Mittleren Osten, in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, schließlich sogar im Allerheiligsten der USA, in Lateinamerika. Der einzige Politiker, der nach dem Koreakrieg je im großen Stil die Politik des »Roll Back« versuchte, war Chruschtschow. Mit der Berlinkrise sollte auch die Stellung der USA in Westeuropa unterminiert, mit der Kubakrise auch strategische Parität mit den USA erzwungen werden.<sup>16</sup>

Schließlich würde ich die These wagen, dass das Ende der Détente in der Mitte von Carters Amtszeit und der Zweite Kalte Krieg auf den konkurrierenden Globalismus beider Supermächte zurückzuführen ist.

Damit komme ich zu meiner zweiten globalen Schneise, nämlich in Einklang mit neuen Ansätzen, etwa von Odd Arne Westad, Tony Smith und anderen, zu fragen, wie weit die lange als Objekt der Supermachtspolitik, als Schachfiguren im Kalten Krieg betrachteten Führer, Eliten und Ideologien der Dritten Welt in Asien, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Afrika nicht als selbständige Akteure betrachtet werden müssen, die aus eigenen Motiven den Kalten Krieg globalisierten, intensivierten und verlängerten. Das, so scheint mir, ist ein neues Paradigma des letzten Jahrzehnts, das

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Zum Zusammenhang von Kuba- und Berlinkrise vgl. besonders John C. Ausland, Kennedy, Krushchev, and the Berlin-Cuba Crisis, 1961–1964, Oslo/Boston 1996; Lawrence Freedman, Kennedy's Wars. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam, New York 2000; Ernest R. May/Philip D. Zelikow (Hg.), The Kennedy Tapes. Inside the White House During the Cuban Missile Crisis, Cambridge, Mass. 1997.

Tony Smith kürzlich in einem Aufsatz unter dem Titel »New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War« vorgestellt und mit einem populären amerikanischen Sprichwort eingeleitet hat: »Im Kampf kommt es nicht auf die Größe des Hundes an, sondern auf seinen Kampfeswillen.«<sup>17</sup>

Gerade die lange Dauer des Kalten Krieges und die Unfähigkeit, diesen nach der Entspannungspolitik in Europa zu beenden, könne man nur verstehen, wenn man die Dritte Welt zu einem kausal erheblichen Aspekt des Kalten Krieges mache. Insofern müsste ich meine eben selbst vorgetragene These vom konkurrierenden Globalismus beider Supermächte als die Ursache für das Ende der *Détente* relativieren.

Wohlgermerkt, dieser Ansatz geht über die ebenfalls in der neueren Geschichte der internationalen Beziehungen des Kalten Krieges verstärkt erforschte Frage hinaus, welchen Einfluss und welche Handlungsspielräume die Juniorpartner innerhalb der unbestrittenen amerikanischen Hegemonial- oder sowjetischen Herrschaftssphäre eigentlich besaßen. Um diese Frage zu personifizieren: Bis zu welchem Grade waren etwa der Brite Ernest Bevin, der Franzose Charles de Gaulle, die Deutschen Konrad Adenauer, Willy Brandt, Walter Ulbricht und Erich Honecker, der Pole Władysław Gomułka, der Rumäne Nicolae Ceausescu und der Tschechoslowake Alexander Dubček Akteure des Kalten Krieges, die zumindest seine Verlaufsform mitbestimmten?

Zum Beispiel General Charles de Gaulle: Der französische Staatspräsident, die selbsternannte Verkörperung des »ewigen Frankreich«, dachte immer an ein Europa unter französischer Führung, das Parität gegenüber den beiden Supermächten erreichen sollte. Als alle Pläne de Gaulles, als gleichberechtigter Partner in ein nukleares Direktorat USA-Frankreich-Großbritannien aufgenommen zu werden, am Widerstand der »Anglo-Saxons« scheiterten, nahm Frankreich sich 1963 die Freiheit, Großbritannien den Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verweigern, die USA und die Verbündeten in der NATO mit der Entscheidung zu schockieren, die französischen Streitkräfte 1966 aus dem integrierten NATO-Verband auszugliedern, den Abzug sämtlicher amerikanischer Truppen vom französischen Boden zu fordern, das von den Amerikanern beherrschte Währungssystem von Bretton Woods zu unterminieren und den vergeblichen Versuch zu wagen, die Bundesrepublik durch den *Élysée*-Vertrag einseitig an Frankreich zu binden.<sup>18</sup> Von diesen Optionen wagten die westdeutschen Politiker nicht einmal zu träumen.

Auf der anderen Seite sei zum Beispiel an Walter Ulbricht, Erich Honecker und die DDR erinnert. »Über die Außen- und Deutschlandpolitik der SED-Führung«, so

17 Tony Smith, *New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War*, in: *Diplomatic History*, Vol. 24, Nr. 4, Fall 2000, S. 567–591. Vgl. die Bernath Lecture von Odd Arne Westad im gleichen Heft: *The New International History of the Cold War: Three (Possible) Paradigms*, S. 551–565.

18 Vgl. z.B. Robert Paxton/Nicholas Wahl (Hg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal*, Oxford 1994; Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996; Eckart Conze, *Dominanzanspruch und Partnerschaftsrhetorik: Die Bundesrepublik im Spannungsfeld von amerikanischer und französischer Politik 1945–1990*, in: Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 2, 1968–1990, S. 88–99.

ein neues Resümee von Martin Sabrow, entschied allein Moskau.<sup>19</sup> Man stelle sich einmal vor, John F. Kennedy hätte gegenüber de Gaulle so gesprochen, wie Leonid Breschnew gegenüber Honecker: »Erich, ich sage dir offen, vergiß das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.«<sup>20</sup>

Wie gesagt, der neue Ansatz geht darüber hinaus und fragt, wie z. B. Josip Broz Tito, Mao Zedong, Ho Chi Minh, Kim Il Sung, Che Guevara und Fidel Castro, Nasser und Ben Gurion, wie die Staaten, Gesellschaften und Ideologien, die sie repräsentierten, auf neue Weise in eine Gesamtinterpretation des Kalten Krieges integriert werden können. Die Frage ist also nicht, wie sie ihren Platz in einer allgemeinen Weltgeschichte nach 1945 oder in der Geschichte der Entkolonialisierung finden können. Was dieser neue perizentrische Ansatz im Auge hat, könnte man an zwei Beispielen demonstrieren, an Kim Il Sung und Fidel Castro.

Wir alle kennen die enorme Bedeutung des Koreakrieges für den Kalten Krieg. Er weitete den Konflikt nach Ostasien aus, revolutionierte die amerikanische Außenpolitik, und der »Fall-Out« des Koreakrieges war global. Wir wissen jetzt, dass die treibende Kraft für die Expansion über den 38. Breitengrad nach Süden hinaus nicht Stalin, sondern Kim Il Sung gewesen ist. 48 Telegramme soll Kim Il Sung an den zögernden Stalin gesandt haben, bevor dieser Anfang des Jahres 1950 endlich grünes Licht für den Überfall auf Südkorea gab; allerdings erst, nachdem Stalin auch Maos Einwilligung erhielt und nachdem er sich überzeugt hatte, dass die USA nicht eingreifen würden. Weder die USA noch die Sowjetunion noch China hätten also das Übergreifen des Kalten Krieges nach Ostasien, der dort zum Heißen Krieg wurde, verursacht, sondern ein charismatischer, nationalistischer und kommunistischer Führer eines vergleichsweise kleinen Landes.<sup>21</sup>

Ähnliches gilt dem perizentrischen Ansatz zufolge für Che Guevara und Fidel Castro. Die Lieblingsidee der linken, revisionistischen Historiographie, dass der amerikanische Imperialismus Fidel Castro in die Arme des Kommunismus und der Sowjetunion getrieben habe, sei ganz falsch. Im Gegenteil: Castros Ego sei groß genug gewesen, sich selbst als eigenständige revolutionäre Kraft zu sehen, die aus eigenem Antrieb Lateinamerika und dann, mit Hilfe seiner Truppen und Berater, auch Teile Afrikas revolutionieren wollte. Schließlich war es Castro, der Chruschtschow während der Kubakrise empfahl, einen nuklearen Angriff gegen die USA zu beginnen, falls das Land erneut eine Invasion Kubas versuchen sollte.

Eine genaue Analyse der Politik Nassers oder auch verschiedener israelischer Staatsmänner komme zu ähnlichen Ergebnissen. Sie seien keine Schachfiguren der Supermächte gewesen, sondern nutzten und verschärften den Kalten Krieg für eigene Zwecke. Als die USA wieder einmal vergeblich dagegen protestierten, dass

19 Martin Sabrow, Die DDR im nationalen Gedächtnis, in: Jörg Baberowski/Eckart Conze/Philipp Gassert/Martin Sabrow, Geschichte ist immer Gegenwart, Stuttgart/München 2001, S. 101.

20 Zit. nach: Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Berlin 1991, S. 281.

21 Vgl. The Cold War in Asia, in: Bulletin Cold War International History Project, Issues 6–7, Winter 1995/1996. – Vgl. auch The Cold War in the Third World and the Collapse of Détente in the 1970s, in: ebd., Issues 8–9, Winter 1996/1997; Kathryn Weathersby, The Korean War Revisited, in: The Wilsons Quarterly 23 (Summer 1999), S. 91–97.

Tel Aviv ein Abkommen mit den USA gebrochen habe, antwortete Menachem Begin: »Niemand wird Israel in die Knie zwingen. Sie haben anscheinend vergessen, daß die Juden einzig vor Gott niederknien.«<sup>22</sup>

Damit komme ich zu meinem dritten globalen Leitmotiv, das nicht übergreifende Strukturen in den Blick nimmt, sondern versucht, 1968, den *annus mirabilis*, als globale Wende im Kalten Krieg und seine Hauptereignisse als interdependenten Wirkungszusammenhang zu interpretieren: Die Tet-Offensive, der Einmarsch des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei, Maos erste Öffnung zu den USA, der Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen, die politische Reaktion der Ölstaaten auf den Sechs-Tage-Krieg, die Zahlungs- und Goldkrise der USA. Das Jahr 1968 war, so die Hypothese, ein entscheidender Umbruch in der Geschichte der Weltpolitik und der Anfang einer Krise der Weltwirtschaft zugleich.<sup>23</sup>

Am 30. Januar 1968 begann das Jahr mit einem Paukenschlag, mit der Tet-Offensive von Guerilla-Kämpfern, Terrorkommandos der Vietkong, aber auch von regulären Einheiten der Nordvietnamesen gegen die amerikanischen Truppen und ihre südvietnamesischen Verbündeten. Das hatte dramatische Folgen für die USA. Die Tet-Offensive brachte die amerikanische Heimatfront ins Wanken, der resignierende Präsident Johnson entschied sich, nicht wieder zu kandidieren. Wichtiger noch: Die Tet-Offensive zwang die US-Strategen, nicht nur ihre Ziele in Vietnam, sondern ihre Rolle im Kalten Krieg und damit ihre Rolle in der Weltpolitik zu überdenken. Die Gültigkeit zweier geheiligter Maximen amerikanischer Weltpolitik, die Truman-Doktrin und die Domino-Theorie, stand, als »we now know«, im Zentrum der Macht selbst zur Disposition. Ironischerweise waren es Gründungsväter des Kalten Krieges – Dean Acheson, Clark Clifford, Paul Nitze und Averell Harriman –, die Johnson zu einem Kurswechsel drängten. Diese sogenannten »weisen Männer« sahen schon im März 1968 keine Alternative mehr zu einem schrittweisen Rückzug aus Vietnam. Sie rieten dem Präsidenten, sich auf die strategischen Interessen der USA in Europa, Japan, dem Mittleren Osten und Lateinamerika zu beschränken. Dieser realpolitische Einbruch in das manichäische Weltbild des Kalten Krieges bereitete die spätere Neuorientierung der Détente-Politik von Nixon und Kissinger vor. Konfrontiert mit einem nicht mehr zu gewinnenden Vietnamkrieg, versuchten Nixon und Kissinger seit 1969 die Eindämmungsideologie der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges zu überwinden und an ihre Stelle eine neue, pentagonale Weltordnung zu setzen, die die Sowjetunion, China, Europa und Japan einschließen würde.

Johnson war dazu im März 1968 noch nicht bereit, er selbst dachte weiter in der München-Analogie und wollte nicht als »neuer Chamberlain« in die Geschichte eingehen. Bitter klagte er über den Ratschlag der weisen Männer: »Die Bastarde vom Establishment sind abgesprungen.«<sup>24</sup>

22 Smith, *New Bottles for New Wine*, S. 587.

23 Die folgenden Ausführungen basieren auf dem ersten Versuch, das Jahr 1968 innen- und außenpolitisch als globales Wendejahr zu deuten: Carole Fink / Philipp Gassert / Detlef Junker (Hg.), 1968. *The World Transformed*, New York 1998.

24 Ebd., S. 4.

Weltwirtschaftliche Zwänge deuteten in die gleiche Richtung. Denn im gleichen Jahr 1968 wurde die imperiale Überanstrengung der USA sichtbar. Das wachsende Zahlungsbilanzdefizit des Landes untergrub die Stabilität des internationalen Währungssystems von Bretton Woods. Johnson konnte nicht zugleich den Krieg in Vietnam und seinen Krieg gegen die Armut im eigenen Lande finanzieren, weil der Kongress nicht bereit war, Steuern zu erhöhen. Während der dramatischen Goldkrise im März 1968 konnte der Wechselkursmechanismus (auch mit deutscher Hilfe) zwar noch einmal notdürftig wiederhergestellt werden, aber ihr Ende kam im Gefolge der Ölkrise, deren Ursprung in das Jahr 1968 zurückreichte, als die arabischen Staaten – als Reaktion auf den Sieben-Tage Krieg von 1967 – begannen, eine neue Strategie, Öl als Waffe, zu entwickeln.

Während die amerikanische Domino-Theorie in Vietnam ihre Plausibilität und Legitimität verlor, führte die sowjetische Domino-Theorie die Panzer und Truppen des Ostblocks im August 1968 nach Prag. Mit der Invasion in der Tschechoslowakei und der Breschnew-Doktrin, die es den Staaten des sozialistischen Lagers verbot, außen- und innenpolitisch eigene Wege zu gehen, versuchte die Sowjetunion, den Status quo in Europa zu zementieren. Die erstaunlich schnelle Hinnahme dieses Gewaltstreiches durch den Westen und der schon vorher im Jahr 1968 unterzeichnete Vertrag mit der Sowjetunion über die Nicht-Weiter-Verbreitung von Atomwaffen – der vielleicht wichtigste Vertrag des Kalten Krieges – waren für die Sowjetunion wichtige Voraussetzungen für die Entspannungspolitik in Europa und die Ostverträge. Der Westen, so sahen es die Sowjets, hatte einmal mehr den territorialen Status quo in Mitteleuropa de facto anerkannt und die Bundesrepublik, mit sowjetischer Hilfe, endgültig zum nuklearen Habenichtes gemacht.

Das vielleicht dramatischste Beispiel für die globale Interdependenz im Wendejahr 1968 war allerdings, wie wir jetzt aus der Forschung von Nancy Bernkopf Tucker wissen,<sup>25</sup> die Reaktion von Mao auf Tet und Prag. Mao fürchtete, dass Breschnew seine Doktrin auf Ostasien anwenden und sowjetische Truppen in die umstrittenen nördlichen Grenzregionen gegen das durch die Kulturrevolution geschwächte China senden könnte. Tucker zufolge war die Invasion in Prag ein wichtiges Motiv, um sowohl die Große Proletarische Revolution zu beenden als auch nach einem neuen Verbündeten Ausschau zu halten. Gemäß der alten chinesischen Weisheit, dass man Barbaren benutzen müsse, um Barbaren zu kontrollieren, kam nur ein Barbar in Frage, der möglicherweise die Macht der Sowjetunion neutralisieren konnte, eben die USA. Chinas Einladung an die USA vom November 1968, die Gespräche in Warschau wiederaufzunehmen, war der Anfang des Weges, der zur Revolution in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen führte und in dem sensationellen Besuch Nixons im Jahre 1972 in China seinen fernsehgerechten Höhepunkt erreichte.

1968 sollte also nicht nur als eine Chiffre für einen tiefen Einschnitt in der Innenpolitik vieler Gesellschaften der Ersten, Zweiten und Dritten Welt gelten, sondern auch für eine Wende im, wie ich es nennen möchte, Kalten Weltkrieg. Denn das ist überhaupt meines kurzen Beitrages langer Sinn. Wir sollten den Begriff »Kalter

25 Ebd., S. 193–218.



Krieg« durch den Begriff »Kalter Weltkrieg« ersetzen, um die Globalität und globalen Interdependenzen dieses Dritten Weltkrieges des Zwanzigsten Jahrhunderts besser sichtbar werden zu lassen. Wenn das plausibel erscheint, hätte ich meinem Beitrag auch einen anderen Titel geben können: Vom Kalten Krieg zum Kalten Weltkrieg: Ein neues Verständnis der internationalen Beziehungen.



# 11. Das Ende der doppelten Eindämmung. Die Revolution der deutschen Außenpolitik in historischer Perspektive (1990)

Die deutsche Einheit ist das Ergebnis einer friedlich verlaufenen Revolution der Weltpolitik in Europa. Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und die Revolutionen der Freiheit von Ost- und Mitteleuropa, die Desintegration des sowjetischen Imperiums, das faktische Ende des Warschauer Paktes und der bisherigen NATO, die Politik des radikalen Erneuerers Gorbatschow und das entschlossene Handeln der gegenwärtigen Bundesregierung haben die außenpolitische Stellung und den außenpolitischen Spielraum der Deutschen tiefgreifend verändert. Die 1945 besiegten und 1955 geteilten, gezähmten und eingedämmten Deutschen erhalten zum dritten Male die Chance, als geeinter und freier, demokratischer und friedfertiger Staat eine produktive Rolle in Europa und der Welt zu spielen.

Diese Umwälzung der deutschen Außenpolitik ist nur zu verstehen, wenn man sich die deutsche, die europäische und die Weltpolitik von 1947 bis 1955 in Erinnerung ruft. In diesen Jahren wurden die Grundstrukturen der internationalen Politik geschaffen, die jetzt zusammenbricht. Diese Anfangsphase repräsentiert das Gegenbild, das historische Kontrastprogramm zur Revolution der Gegenwart.

Das Deutsche Reich hat seine Existenz als Nationalstaat im Ersten Weltkrieg behaupten können und im Zweiten Weltkrieg durch den Versuch Hitlers und des nationalsozialistischen Deutschlands, Europa unter die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu zwingen, verloren. Seit der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die vier Sieger- und Besatzungsmächte am 5. Juli 1945 gab es im politischen Sinne keinen deutschen Nationalstaat mehr – wie immer die Völkerrechtler diesen Sachverhalt auch interpretiert haben. Über das Schicksal der Deutschen entschieden nicht länger die Deutschen, sondern die Interessen der Siegermächte und der Nachbarn. Die Deutschen selbst hatten lediglich Pläne, Hoffnungen und Illusionen.

## Deutschland als Objekt der Weltgeschichte

Deutschland wurde zum Objekt der Weltgeschichte, seine Einheit fiel der Dynamik der globalen Ost-West-Spannung, insbesondere des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes zum Opfer. Da die Siegermächte sich nicht auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen konnten, integrierte jede Macht ihren Teil in die eigene Machtsphäre.

*Erstveröffentlichung:* Das Ende der doppelten Eindämmung. Die Revolution der deutschen Außenpolitik in historischer Perspektive, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 8. November 1990, S. 17 (Aus dem Zeitgeschehen).

Die Initiative zur Gründung eines deutschen Weststaates ging von den USA aus. Als die amerikanischen Politiker 1946/47 erkannten, dass man das ganze Deutschland nur halb haben konnte, entschied man sich dafür, das halbe Deutschland ganz zu haben. Sie wollten sicherstellen, dass der zukünftige westdeutsche Staat eine föderale, liberale und marktwirtschaftlich-kapitalistische Form besitzen sowie wirtschaftlich, politisch, schließlich auch militärisch eng in das westliche Lager eingebunden sein würde. Der politischen Gründung im Jahre 1949 war die wirtschaftliche Gründung im Jahre 1948 vorausgegangen. Die Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen in den Marshall-Plan, die Währungsreform in den Westzonen und die wirtschaftspolitische Grundentscheidung für eine sozial verpflichtete Marktwirtschaft stellten sicher, dass der neue Weststaat auf keinen Fall eine sozialistische, gar kommunistische Wirtschaftsform annehmen würde.

Nach der Invasion Nordkoreas in Südkorea im Juli 1950, d. h. nach dem Umschlag des fernöstlichen Kalten Krieges in einen heißen Krieg, kamen zunächst die amerikanischen Militärs, dann die amerikanischen Politiker zu der Überzeugung, dass die Bundesrepublik wiederbewaffnet werden müsse. Sie waren die ersten, die einige Jahre nach der Niederlage der Hitler'schen Armeen das damals fast Unausprechliche auszusprechen wagten, dass Westeuropa ohne deutsche Soldaten nicht zu verteidigen sei.

Diese amerikanische Deutschlandpolitik bildete zugleich einen zentralen und integralen Bestandteil der amerikanischen Westeuropapolitik. Folgende Ziele der amerikanischen Außenpolitik standen in einem engen Zusammenhang: Die politische Einigung Westeuropas, die wirtschaftliche und politische Integration der westlichen Hälfte Deutschlands in eine liberal-kapitalistische Weltwirtschaft sowie eine kontrollierte, begrenzte und entnationalisierte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Deutsche Soldaten sollten dazu beitragen, die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit Westeuropas unterhalb der amerikanischen Nukleargarantie zu verbessern, eine unabhängige deutsche Armee sollte nicht entstehen.

## **Die zwei Seiten der amerikanischen Außenpolitik**

Die amerikanische Deutschlandpolitik war also eine nachgeordnete Funktion der globalen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion und dem internationalen Kommunismus. Die Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik dienten dem Zweck, die Sowjetunion und die kommunistische Gefahr einzudämmen. Sie dienten aber zugleich, und das wird von den Deutschen oft übersehen, der Eindämmung der deutschen Gefahr selbst. Die wirtschaftliche, politische und schließlich auch militärische Integration der Bundesrepublik in die europäischen und atlantischen Organisationen sollte aus der Perspektive der Amerikaner und der Westeuropäer zugleich für alle Zukunft verhindern, dass Deutschland wieder eine Gefahr für den Westen werden könnte. Und schließlich sollte die Westintegration die Bundesrepublik daran hindern, eine neutralistische Politik zwischen den Blöcken zu versuchen. Das war der strategische Sinn der Politik der doppelten Eindämmung

in Westeuropa: To keep the Soviets out, the Americans in, the Germans down, and the Europeans happy.

Den wichtigsten Verbündeten für die Politik der Westintegration fanden die Amerikaner in dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, in Konrad Adenauer. Adenauers Zielvorstellungen liefen mit denen der USA weitgehend parallel. Adenauer wollte genau das: Die Einigung Westeuropas, die Westintegration und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die deutsch-französische Aussöhnung, Sicherheit und wirtschaftliche Wohlfahrt für den deutschen Weststaat im Rahmen des Westens und der atlantischen Allianz. Die wichtigste gemeinsame Voraussetzung war die gemeinsame Bestimmung der Sowjetunion als des überragenden Feindes. Darin stimmten Truman und Acheson, Eisenhower und Dulles mit Adenauer überein. Außerdem gelang es Adenauer, wie seine Wahlerfolge zeigten, die Mehrheit der Westdeutschen von der Richtigkeit seiner Außenpolitik zu überzeugen. Westintegration und Antikommunismus waren zwei Seiten derselben Sache.

## **Adenauers Geschäft auf Gegenseitigkeit**

Dieser Gleichklang der Interessen mit den USA ermöglichte Adenauers großes Geschäft auf Gegenseitigkeit in den Jahren von 1950 bis 1955. Nach Ausbruch des Korea-Krieges bot Adenauer den Westmächten die Wiederbewaffnung an und verlangte die Aufhebung des Besatzungsstatuts, d. h. die Souveränität der Bundesrepublik.

Die amerikanische Deutschlandpolitik wurde im Großen und Ganzen von Großbritannien unterstützt. Die britische Politik gab sich nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Illusionen darüber hin, dass die wirtschaftliche Genesung und die Verteidigung Westeuropas ohne amerikanische Hilfe gelingen könnte. Deshalb war es ein fester Bestandteil nach 1945, die USA auf Dauer an Europa zu binden. London unterstützte die Politik der Eindämmung und Integration der Westdeutschen, im Herbst 1950 stimmte die britische Regierung im Prinzip einer deutschen Wiederbewaffnung zu. Allerdings gingen die Briten wie die Amerikaner davon aus, dass eine deutsche Wiederbewaffnung nicht die Wiedergeburt einer nationalen deutschen Armee und eines selbstständigen deutschen Generalstabes bedeuten dürfe.

Im Westen kam der größte Widerstand gegen die Gründung eines deutschen Weststaates, vor allem gegen eine neue deutsche Armee, aus Frankreich. Während die erste Phase französischer Deutschlandpolitik von 1945 bis zum März 1947 von harten Maximalforderungen der französischen Sicherheitspolitik geprägt war, lief eine zweite Phase auf die widerwillige Anpassung an die angelsächsischen Vorstellungen hinaus. Die Moskauer Außenministerkonferenz vom März 1947 markierte den Wendepunkt, als Paris erkennen musste, dass weder die Angelsachsen noch Stalin in dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt bereit waren, auf französische Interessen Rücksicht zu nehmen. Angesichts der schmalen Machtbasis und der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA hatte Frankreich keine Wahl, als sich der Deutschlandpolitik der Angloamerikaner anzupassen. Wenn das nicht zu verhindern

war, musste man aktiv werden und die Gründung der Bundesrepublik, die Form ihrer Westintegration und Wiederbewaffnung so weit wie möglich selbst beeinflussen.

Diese Wende der französischen Deutschlandpolitik war nie ungefährdet, den Schwankungen der öffentlichen Meinung und dem Wechsel von Parteikonstellationen innerhalb Frankreichs ausgesetzt. Die französische Nationalversammlung billigte die Londoner Empfehlungen zur Gründung eines Weststaates nur mit knapper Mehrheit, mit 297 gegen 289 Stimmen. Man kann einen alternativen Geschichtsverlauf konstruieren, in dem neun französische Stimmen die Gründung der Bundesrepublik verhinderten. Mehr Unterstützung in Frankreich fand dagegen der Plan des französischen Außenministers Robert Schuman, die Gesamtheit der deutsch-französischen Stahl- und Kohleproduktion unter eine gemeinsame oberste Aufsichtsbehörde zu stellen, der andere europäische Länder beitreten könnten. Dieser Plan führte schließlich am 18. April 1951 zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, zur Montanunion.

Die Nagelprobe der neuen französischen Deutschlandpolitik war aber die französische Reaktion auf den anglo-amerikanischen Wunsch, die Bundesrepublik wiederzubewaffnen. Dieses Projekt rief alle französischen Urängste vor Deutschland hervor. Frankreich war eingeklemmt zwischen der Angst vor der sowjetischen Gefahr und der Angst vor neuen deutschen Soldaten. Am liebsten hätten die Franzosen die Bundesrepublik mit Waffen ausgerüstet, die nur nach Osten schießen konnten.

Auf dieses Dilemma hat die französische Politik nach und nach drei Antworten gegeben: Erstens den Plan des französischen Verteidigungsministers Pleven vom 24.10.1950, zweitens den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der am 27. Mai 1952 von Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg abgeschlossen wurde und am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung scheiterte, und schließlich die französische Zustimmung zum Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur NATO am 29.12.1954.

Der Pleven-Plan scheiterte, weil er die Bundesrepublik und die für nötig gehaltenen deutschen Soldaten so stark diskriminierte, dass er auf entschiedenen Widerstand nicht nur Konrad Adenauers, sondern auch der Angelsachsen traf. Die EVG – die integrierte europäische Armee mit einem europäischen Verteidigungsminister – scheiterte, weil die Mehrheit der Franzosen auf das Symbol eigener Größe und Unabhängigkeit, auf eine eigene nationale Armee, die »Grande Armée«, nicht verzichten wollte. Dass die französische Nationalversammlung dann schon wenige Monate später der Ersatzlösung zur EVG zustimmte, nämlich dem Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union und zur NATO, lag daran, dass die neue Konstruktion Frankreichs nationale Hoheitsrechte und seine nationale Armee unangetastet ließ.

Die Sowjetunion hat von 1948 bis 1955 vergeblich versucht, die Gründung eines Weststaates und die deutsche Wiederbewaffnung durch Angebot und Einschüchterung, durch Zuckerbrot und Peitsche zu verhindern. Sie wollte sich nicht damit abfinden, entscheidenden Einfluss auf Gesamtdeutschland zu verlieren. Neben dieser expansiven Zielsetzung stand für Stalin und seine Nachfolger auch die Sicherheit der Sowjetunion auf dem Spiel. Besonders die geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft hat aus sowjetischer Sicht eine bedrohliche Perspektive besessen: Eine Kombination von

NATO, amerikanischem nuklearen Übergewicht, gesamteuropäischer Streitmacht, deutschen Soldaten und einer Bundesrepublik, die Anspruch auf ein wiedervereinigtes Deutschland und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze erhob, stellte aus Moskauer Sicht einen gefährlichen »imperialistischen und revisionistischen Block« dar.

Wie konnte die Sowjetunion den »Expresszug nach Westen« stoppen? Die Berliner Blockade 1948/49 war am entschiedenen Widerstand der Amerikaner und der Luftbrücke gescheitert, ein militärischer Überfall auf die Bundesrepublik hätte mit Sicherheit zum Dritten Weltkrieg geführt.

## Schlüssel zur Einheit lag in Moskau

Es gab nur ein einziges Mittel: Man musste der Bundesrepublik und den Deutschen das anbieten, was sie ohne die Sowjetunion nicht erreichen konnten – die deutsche Wiedervereinigung. Schon damals lag der Schlüssel zur deutschen Einheit in Moskau. Alle diplomatischen Angebote Stalins – besonders seine berühmten Noten aus dem Jahre 1952 – und diejenigen seiner Nachfolger zielten auf ein neutralisiertes Gesamtdeutschland und zugleich auf die Achillesferse der Adenauer'schen Außenpolitik, auf den leidenschaftlichen Vorwurf seiner innenpolitischen Gegner, besonders der SPD, dass eine Westintegration die Spaltung Deutschlands bedeute.

Die Westmächte und Adenauer waren entschlossen, Stalins Angebot zurückzuweisen. Sie hielten das für ein Manöver der Sowjets, um die Westintegration zu stoppen, Deutschland von den USA abzukoppeln und ein neutralisiertes Deutschland unter sowjetische Kontrolle zu bringen. Die Westmächte bauten deshalb in ihren Antworten eine Maximalposition auf, die Stalin und seine Nachfolger nicht akzeptieren wollten: Eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung, die das Recht haben sollte, Defensivbündnisse einzugehen, d. h. aus freien Stücken der NATO beizutreten. Die Revolution der gegenwärtigen Außenpolitik zeigte sich besonders darin, dass Gorbatschow am 15. und 16. Juli dieses Jahres in den Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher 45 Jahre sowjetischer Deutschlandpolitik beendete und genau dieser westlichen Maximalposition zustimmte. Damals wäre ein sowjetischer Politiker dafür vermutlich umgehend an der Kreml-Mauer erschossen worden.

1955/56 kam durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und der DDR zum Warschauer Pakt der Prozess der Teilung Europas und Deutschland zu seinem Ende. Bis zur Revolution der Gegenwart erschien das als unabänderlich, weil der Versuch einer gewaltsamen Veränderung den atomaren Untergang Europas bedeutet hätte und eine friedliche Umwälzung nicht vorstellbar war.

Die außenpolitische Revolution der Gegenwart bedeutet das Ende der doppelten Eindämmungspolitik in Europa. Nicht nur die bis 1989 Eingedämmten, die Sowjetunion und Deutschland, sondern alle europäischen Staaten und der überseeische Garant des Gleichgewichtes in Europa, die USA, stehen vor der gewaltigen Aufgabe, ihre einzelstaatlich bestimmten nationalen Interessen in einer neuen gesamteuropäischen Ordnung zu vertreten. Diese zeichnet sich bisher nur schemenhaft ab, besonders im zentralen sicherheitspolitischen Bereich ist eine neue Struktur noch nicht erkennbar.

Das vereinte Deutschland wird seine außenpolitische Stellung in Europa und der Welt angesichts der Hypothek des Dritten Reiches und unter den beunruhigten und argwöhnischen Augen der Nachbarn finden müssen. Neben der Freude über den Fall der Mauer und den Siegeszug der Freiheit wurde seit dem November z. B. in London, Paris, Den Haag, Kopenhagen, Oslo, Warschau, Moskau und Tel Aviv Angst vor einer neuen Großmacht in Europa sichtbar, nicht selten gekoppelt mit Neid und Eifersucht auf die so erfolgreichen Deutschen. Nur die Amerikaner hatten, wie schon 1848, 1871 und 1919 keine Probleme mit einem vereinigten Deutschland in der Mitte Europas. Die durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft Deutschlands geschundenen Nachbarn hoffen, dass das vereinte Deutschland die außenpolitische Kultur der Bundesrepublik beibehält, die insgesamt durch ein hohes Maß an Nüchternheit, Augenmaß, Sinn für das machtpolitisch Mögliche, durch die Fähigkeit zur Kooperation und zum Kompromiss, vor allem durch eine realistische Rücksichtnahme auf die legitimen Interessen anderer Staaten gekennzeichnet war.

Sie fürchten eine neue wirtschaftliche Supermacht, die irgendwann auch die sicherheitspolitischen Fesseln abstreifen wird, die sie sich durch die Reduzierung der Streitkräfte auf 370 000 Mann und den weiteren Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen angelegt hat. Dass die deutsche Regierung die Alliierten weder vor der historischen Rede des Bundeskanzlers am 28.11.1989 noch vor den Beschlüssen auf dem Kaukasus informiert und konsultiert hat, rief Schreckensvorstellungen im Ausland hervor. Sie taten deshalb alles dafür, dass ein vereintes Deutschland seine Wohlfahrt und Sicherheit in Europa und mit den Nachbarn, nicht gegen Europa und gegen seine Nachbarn suchen wird. Die Deutschen haben aus der Geschichte gelernt, für mögliche neue deutsche Aggressionen fehlen die objektiven Möglichkeiten und die innenpolitischen Voraussetzungen.

Eine wirtschaftliche Beherrschung Europas durch die Deutschen ist nicht in Sicht. Ein vereintes Deutschland erwirtschaftet rund 30 Prozent des Bruttosozialproduktes der um die DDR erweiterten Europäischen Gemeinschaft. Das ist eine bedeutende Größenordnung, aber von einer Dominanz weit entfernt. Im Rahmen einer freien Weltwirtschaft steht nicht nur den Deutschen, sondern allen Nationen der Weg nach Osten offen. Überdies werden der Neuaufbau des bankrotten Wirtschafts-, Sozial- und Bildungssystems der ehemaligen DDR, der wirtschaftliche Preis, den die Deutschen für die Vereinigung an die Sowjetunion zu zahlen haben, und die nach Deutschland flutende Armutsbewegung aus dem Osten für eine absehbare Zeit nicht nur eine Quelle neuen Wohlstandes, sondern auch großer innerdeutscher Konflikte und Identitätsdebatten werden.

Nach Ansicht des Verfassers dieser Zeilen spricht zurzeit alles dagegen, dass die besonderen wirtschaftliche Belastungen und sozialpolitischen Konflikte von erheblichem Ausmaß seien werden. Bevor die Einheit Gewinne abwirft, wird sie sehr viel kosten. Die Unternehmer wissen ohnehin, dass der Wohlstand der Deutschen weiter im Wesentlichen im Westen und auf den bisherigen Märkten verdient werden muss.

Eine sicherheitspolitische Bedrohung Europas durch die Deutschen entbehrt völlig jeder Grundlage. Durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hat Deutschland aufgehört, eine revisionistische Macht zu sein. Es hat nach zwei Weltkriegen seine



Geographie und seine Grenzen gefunden. Es wird militärisch eine Macht sein, die auf sich allein gestellt weder zur Verteidigung noch zum Angriff fähig ist. Deutschlands Nachbarn werden alles daran setzen, das Land in der Mitte Europas in dieser Position zu halten, und in diesem Sinne die Politik der Eindämmung mit anderen Mitteln fortzusetzen.

## **Kein besonderes deutsches Sicherheitsproblem**

Es gibt auf absehbare Zeit kein besonderes deutsches Sicherheitsproblem für Europa. Die gegenwärtige und zukünftige Frage lautet, wie Europa als Ganzes nach dem Ende des Kalten Krieges seine Sicherheit organisieren wird. Der Warschauer Pakt und die NATO waren Militärallianzen, deren Lebenszweck an die historische Epoche des Kalten Krieges gebunden waren. Sie haben mit dem Feind ihren Sinn verloren. Soldaten und Waffen bedürfen einer neuen Rechtfertigung. Organisationen wie die UN, eine verwandelte NATO, die Westeuropäische Union (WEU), die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Europäische Gemeinschaft (EG) konkurrieren, um sicherheitspolitische Funktionen zu übernehmen.

Das Kardinalproblem liegt im Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten. Europa wird weiter auf die globale Militärmacht USA als Rückversicherung gegen das nukleare Potential der Sowjetunion, als Garant der Freiheit der Meere und des Zugangs zu den Energiequellen angewiesen sein. Europa kann seinen Einfluss innerhalb der westlichen Sicherheits- und Wertegemeinschaft nur erhöhen, wenn es in einem zweiten Anlauf das schafft, was 1954 an der französischen Nationalversammlung scheiterte: die Gründung einer funktionierenden Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als zweiten Pfeiler einer transatlantischen Sicherheitsstruktur. Die Chancen dafür sind allerdings nach wie vor gering, besonders der englische und französische Nationalismus wachen eifersüchtig über die eigenen Hoheitsrechte als Ausdruck von nationaler Macht und Größe.

## **Nationalistische Enge hat keine Chance mehr**

Nach dem Verlust der Siegerrechte in Deutschland werden Frankreich und England an den verbliebenen zwei Faktoren festhalten, die ihren herausgehobenen Rang in der Staatengemeinschaft symbolisieren, den Status als Nuklearmacht und die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Eine re-nationalisierte Verteidigungsdoktrin Frankreichs könnte ironischerweise im Verhältnis zu Deutschland erst die Probleme schaffen, die unsere westlichen Nachbarn so fürchten.

Der beste Schutz gegen deutschnationale Alleingänge liegt aber in der weltgeschichtlichen Entwicklung selbst. Die großen Aufgaben der Gegenwart sind alle nicht auf nationaler Ebene, viele nicht einmal auf europäischer Ebene zu lösen. Die Welt ist unwiderruflich interdependent geworden. Die Wohlfahrt und die Sicherheit der Deutschen können nur im schwierigen, teuren und anstrengenden, immer von

Rückschlägen bedrohten Geschäft der internationalen Zusammenarbeit gewährleistet werden. Eine Abkoppelung von Amerika und ein Rückfall in nationalistische Enge, gar ersatzreligiösen Chauvinismus, könnte beides gefährden.

## 12. Deutschland in der internationalen Politik (1990–2006)<sup>1</sup>

In der Geschichte gibt es nichts umsonst, die Revisionen der Geschichte sind nach einem Wort Bismarcks genauer als die Revisionen der preußischen Oberrechtskammer. Oder, wie die Amerikaner zu sagen pflegen: *There is no such thing as a free ride in history.*

Das gilt auch für die Bedingungen, unter denen die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs 45 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches im Jahre 1990 der Vereinigung Deutschlands im »Zwei-plus-Vier-Vertrag« zustimmten. Nach diesem Vertrag soll Deutschland unfähig sein, seine Nachbarn je wieder militärisch zu gefährden. Die Streitkräfte wurden gewaltig reduziert. Deutschland verzichtete auf das traditionelle Attribut einer souveränen Macht, nämlich einer eigenen, unabhängigen Streitkraft, und natürlich verzichtete es für alle Zeiten auf ABC-Waffen. Die Sieger stellten sicher, dass das wiedervereinigte Deutschland seine nationalen Interessen – wenn es denn fähig ist, diese zu artikulieren – nur auf friedlichem Wege, nur multilateral, kooperativ und im Rahmen europäischer und atlantischer Institutionen verfolgen würde.

Durch die Vereinigung Deutschlands zu westlichen Bedingungen konstituierte sich 1990 besonders aus amerikanischer Sicht fast das beste aller möglichen Deutschlands: ein friedlicher, demokratischer Staat mittlerer Größe in Europa, zwar von einigem politischen Gewicht und weltwirtschaftlichem Einfluss, aber ohne vitale Interessensgegensätze zu Amerika; trotz der zunehmenden Europäisierung der deutschen Außenpolitik einer der wichtigsten Verbündeten der USA auf dem europäischen Kontinent, durch die amerikanischen Basen in der Bundesrepublik

---

1 Dieser nur leicht aktualisierte Vortrag will einige zusammenfassende, zum Nachdenken anregende Reflexionen anbieten. Wer sich einen genaueren Überblick zur Diskussion über die deutsche Außenpolitik von 1990 bis zur Gegenwart verschaffen will, dem seien folgende Publikationen zur Lektüre empfohlen: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu »Das Parlament« vom 8.3.2004, mit Beiträgen von Werner Link, Gregor Schöllgen, Hanns W. Maull, Thomas Risse, Gunther Heilmann und Rolf Clement; Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu »Das Parlament« vom 8.8.2005, mit Beiträgen von Gregor Schöllgen und Christian Hacke; Egon Bahr, Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal, München 2003; Stephan Böckenförde (Hg.), Chancen der deutschen Außenpolitik. Analysen, Perspektiven, Empfehlungen, Dresden 2005; Joschka Fischer, Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September 2001 und die Erneuerung des Westens, Köln 2005; Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a. M. 2003; Helga Haftendorn, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart 2001; Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1–Bd. IV, München 1994–1998; Werner Link, Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998; Lothar Rühl, Deutschland als europäische Macht. Nationale Interessen und internationale Verantwortung, Bonn 1996; Helmut Schmidt, Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen, München 2004; Gregor Schöllgen, Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, München 2003; Hans-Peter Schwarz, Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik, Berlin 2005.

*Erstveröffentlichung:* Deutschland in der internationalen Politik seit 1990, in: Martin Sabrow (Hg.): 1990 – eine Epochenzäsur? Akademische Verlagsanstalt. Leipzig 2006, S. 27–43.

eine Art Flugzeugträger zu Lande für US-Einsätze auf dem eurasischen Kontinent, besonders im Mittleren Osten.

Dieses außenpolitische Ideal einer europäischen und transatlantischen »Zivil- und Friedensmacht«, das von fast allen Deutschen im Jahre 1990 aus eigener Einsicht geteilt wurde, gründet natürlich in einer Negation der deutschen Vergangenheit. Die Deutschen wissen nach der Erfahrung zweier Weltkriege und nach den Erfahrungen der Blockpolitik im Kalten Krieg, dass Deutschland zu klein für eine Hegemonial-, gar Eroberungspolitik in Europa ist, und für seine vielen Nachbarn zu groß, um seine Interessen im nationalen Alleingang durchzusetzen. Im wiedervereinigten Deutschland gibt es keine Opposition gegen die Präambel im Grundgesetz, in der Deutschland seinen Willen bekundet, »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen«; auch nicht gegen den Artikel 26: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.«

Diese rechtlichen Grundlagen binden jede deutsche Außenpolitik ex negativo: Sie schreiben vor, wie das vereinte Deutschland Außenpolitik nicht betreiben kann, nicht im nationalen Alleingang und nicht mit kriegerischen Mitteln. Die Verfassung ermächtigt dagegen die deutsche Regierung in Artikel 24, durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen und sich zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einzuordnen. Das sind staatsrechtliche, oft vergessene Bestimmungen von enormer Tragweite, ohne sie wäre die gesamte Grundlage deutscher Außen- und Bündnispolitik nicht möglich.

Die Verfassung sagt auf der anderen Seite selbstverständlich nicht, wie die deutsche Außenpolitik in einer dramatisch geänderten Welt positiv das tun soll, was man normalerweise von der Außenpolitik eines Staates erwartet, nämlich die Sicherheit, die Rechte und die Wohlfahrt seiner Bürger in und gegenüber der Außenwelt zu fördern. Was angesichts neuer Entwicklungen und dramatischer Entscheidungssituationen die »nationalen Interessen« Deutschlands sind, steht allerdings nicht in großen Buchstaben über dem Himmel von Berlin geschrieben, sondern muss jeweils im Kampf der Meinungen entschieden werden.

Entscheidungen über die nationalen außenpolitischen Interessen müssen nach 1990 in einer grundlegend veränderten Umwelt getroffen werden, die ich nur in einigen Umrissen andeuten kann. Von diesem Umfeld werden so viele Entscheidungen auf so unterschiedlichen Feldern von den verschiedenen Akteuren und Institutionen der Bundesrepublik gefordert, dass für den Normalbürger überhaupt nicht mehr erkennbar ist, was denn deutsche Außenpolitik heute eigentlich ist. Machen auch Sie einen Test, den ich im Vorfeld dieses Vortrages mit ansonsten gut informierten Bürgern gemacht habe: Auf die Frage, mir doch systematisch die Grundlagen deutscher Außenpolitik zu nennen, gab es in der Regel Achselzucken. Irgendwie spielten Europa, der Kampf gegen den Terrorismus, Präsident Bush und der Irakkrieg sowie der mögliche Beitritt der Türkei zur EU eine Rolle. Auf meine suggestive Nachfrage konnten sich die meisten in der Behauptung wiederfinden, dass die Außenpolitik den Eindruck eines verzettelten und ziellosen Durcheinanders mache.

Neben dem schwierigen Umfeld machen die vielen professionellen Spindoctors in Regierung, Opposition und Parteien und die mediale Vermittlung von Außenpolitik die Sache nicht leichter. Eine systematische Diskussion über deutsche Außenpolitik findet nur in kleinsten Zirkeln statt, eine öffentliche Debatte gibt es nur punktuell, z. B. wenn deutsche Soldaten, deren Handwerk wie das aller Soldaten der Krieg ist, irgendwo in der Welt auf eine »Friedensmission« geschickt werden sollen.

Außerdem ist unübersehbar geworden, dass die deutsche Unfähigkeit, im Inneren strukturelle Reformen durchzusetzen, mit der riesigen Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen fertig zu werden, die Sozialsysteme zu sanieren, die ausufernde Bürokratie zurückzustutzen und eine qualifizierte Einwanderung zu erreichen, d. h. die unregelte Einwanderung in das belastete Wohlfahrtssystem zu stoppen, das außenpolitische Gewicht des wiedervereinigten Deutschlands verringert hat. Die Bundesrepublik will und darf für die Verfolgung ihrer Interessen möglichst keine Soldaten einsetzen, die Wirtschaftskraft des Landes steht, anders als in der Zeit des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung, nur noch sehr eingeschränkt als Mittel der Außenpolitik zur Verfügung, die Wirksamkeit nicht machtgestützter Überzeugungskunst und Dialogbereitschaft hält sich in der Welt, wie sie ist, in Grenzen. Eine kraftvolle Außenpolitik kann nur der Staat betreiben, der sein Haus in Ordnung gebracht hat.

Was sind nun in langfristiger historischer Perspektive die neuen weltgeschichtlichen Bedingungen, die die deutsche Außenpolitik so gut wie überhaupt nicht beeinflussen kann, auf die sie aber reagieren muss? Diese möchte ich in fünf Problemkreisen zusammenfassen.

*Erstens:* Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums ist, wenn man die Sowjetunion auch zu Europa zählen will, zu Recht als Endpunkt einer weltgeschichtlichen Entwicklung angesehen worden, nämlich des Endes der europäischen Kolonialreiche. Diese Entwicklung hatte mit der Zerschlagung des Habsburger und Osmanischen Reiches begonnen, wurde mit der Zerschlagung des Dritten Deutschen Reiches und des italienischen Kolonialreiches im Zweiten Weltkrieg fortgesetzt und endete nach dem Zweiten Weltkrieg mit der für Großbritannien und Frankreich so schmerzlichen Auflösung ihrer Imperien. Auch Spanien und Portugal mussten sich von den Resten ihrer Imperien trennen.

Das, was von uns allen in den Jahren von 1989 bis 1991 als Befreiung von der Diktatur erlebt und gedeutet wurde, lässt auch eine andere Interpretation zu: Nur weil die klassischen europäischen Nationen – mit kräftiger amerikanischer Unterstützung – auf ihre Kernländer zurückgestutzt und damit weltgeschichtlich marginalisiert wurden, waren sie fähig, das Projekt der Europäischen Union im Westen zu beginnen und nach 1990/91 nach Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa voranzutreiben, eben die gleichzeitige Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union. Der ewige Kampf der europäischen Nationen um Einfluss, Status und Prestige spielt sich nun mit friedlichen Mitteln innerhalb der Europäischen Union ab, weil kein einziges europäisches Land mehr die Kraft zur Weltpolitik hat. Das heißt nicht, dass die Erinnerung an vergangene Größe nicht den Blick auf diese neue Realität verstellen kann. Großbritannien möchte immer noch durch eine Spezialbeziehung

zur »einzig verbliebenen Supermacht der Gegenwart«, der USA, das Beste zweier Welten, der europäischen und der atlantischen Welt, für die eigenen Interessen nutzen; viele Franzosen haben nicht aufgehört, in der Tradition de Gaulles' von der »vocation européenne é mondiale de la France« zu träumen. Auch auf dem Felde der internationalen Politik gilt weiter der Gemeinspruch, dass das ganze Leben eine Übung in Selbstbedeutungszusprechung sei.

*Zweitens:* Wegen der Entkolonialisierung und Entimperialisierung Europas ist das Projekt der friedlichen Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union seit 1990 zum bestimmenden Faktor der deutschen Außenpolitik und zu einem zentralen Bestandteil der deutschen Innenpolitik geworden, ganz im Sinne der Präambel des Grundgesetzes, »als gleichberechtigtes Glied in einem Vereinten Europa dem Frieden der Welt« zu dienen. Auf dem Felde der Europapolitik hat die deutsche Außenpolitik seit 1990 säkulare Entscheidungen mitgetragen, auf diesem Felde versucht sie in den europapolitischen Institutionen und auch bilateral deutsche Interessen durchzusetzen, auf diesem Feld wachsen aber auch der Unmut und der Widerstand in der deutschen Bevölkerung, weil die Summe der europapolitischen Entscheidungen die deutsche Gesellschaft unter einen Anpassungsdruck setzt, der Angst und Unsicherheit verbreitet. Wenn man das deutsche Volk heute fragte, hätte es, wie die Franzosen und die Niederländer, die Einführung einer neuen Verfassung für Europa abgelehnt.

An einige dieser säkularen Schritte darf ich Sie erinnern: Im Februar 1992 wurde in Maastricht der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet. In dieser zweiten, umfassenden Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts wurden auch der Zeitpunkt und die Bedingungen einer gemeinsamen europäischen Währung festgelegt, die schließlich zum 1. Januar 2002 eingeführt wurde. Schon vorher, am 1. Mai 1999, trat der Vertrag von Amsterdam in Kraft, die dritte Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts, die diese auf die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten vorbereiten sollte. Am 1. Mai 2004 wurde die Europäische Union nun tatsächlich um 75 Millionen Menschen und zehn Staaten auf 454 Millionen Europäer und 25 Staaten erweitert. Wenn die zehn neuen Länder bestimmte wirtschaftliche Mindestanforderungen erfüllen, die so genannten Konvergenzkriterien, sind sie, anders als Dänemark und Großbritannien, im Prinzip verpflichtet, ebenfalls den Euro einzuführen. Optimisten rechnen damit, dass das bis zum Jahre 2010 gelingen könnte, Pessimisten verweisen auf den Sankt Nimmerleinstag.

Obwohl im Dezember 2000 auf dem Gipfeltreffen von Nizza die »Charta der Grundrechte der Europäischen Union« feierlich proklamiert wurde und Europa sich damit auch rechtlich als Wertegemeinschaft konstituierte, hinkt die Vertiefung der Union der Erweiterung gewaltig hinterher. Keiner weiß so genau, was die Europäische Union jenseits des Binnenmarktes eigentlich ist. Außerdem ist die Erweiterung der EU um die Türkei eines der in jeder Hinsicht explosivsten Probleme der Europapolitik. Das Projekt Europa ist, wie jeder von uns miterleben kann, für die weltdeutenden Klassen eine riesige Chance und ein gewaltiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für Philosophen, Soziologen und Politologen, für Juristen, Historiker, Sprachwissenschaftler, Journalisten und Politiker. Alle versuchen, eine europäische Identität zu

erfinden, zu imaginieren und zu konstruieren. Von Cavour gab es nach der Einigung Italiens den berühmten Satz: Jetzt, nachdem Italien gemacht wurde, sei es notwendig, Italiener zu machen. Ähnliches können wir gegenwärtig beobachten. Nachdem Europa gemacht wurde, ist es notwendig, Europäer zu machen. Wer in seinen Projekten von den Institutionen Europas subventioniert werden will, muss bei ihnen den Eindruck erwecken, als beteilige er sich an dem »identity business« des neuen Europa.

Die überfällige Reform der Entscheidungsstrukturen kommt nicht voran, der Entwurf einer europäischen Verfassung ist in zwei Plebisziten gescheitert, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, gibt es nicht. Noch immer gilt das boshafte Bonmot von Henry Kissinger, immer wenn er in Europa anrufe, sei keiner am Telefon. Es hängt auch mit dieser fehlenden Vertiefung zusammen, dass die deutsche Außenpolitik in existentiellen Fragen, etwa von Krieg und Frieden oder der Staatsverschuldung, de facto Alleingänge unternimmt. Bisher haben diese deutschen Alleingänge, nebenbei gesagt, weder der Bundesrepublik noch Europa genutzt.

*Drittens:* Die dritte, ich würde wieder sagen, weltgeschichtliche Veränderung, auf die die deutsche Außenpolitik keinen Einfluss hat, deren Folgen sie aber existentiell betreffen, ist der Aufstieg der USA zur »einzig verbliebenen Supermacht der Welt«. Es sind besonders die Konsequenzen, die sich für Europa und Deutschland aus der neuen Definition des außenpolitischen Interesses der USA ergeben, wie sie in den Schriften der neokonservativen Revolutionäre in den neunziger Jahren vorgedacht und in Folge des 11. September von der Regierung Bush zur nationalen Doktrin gemacht wurden.<sup>2</sup>

Im Kalten Krieg spielten die USA die Rolle des »wohlwollenden Hegemons«, d. h. sie berücksichtigten im Rahmen ihrer Führungsrolle die Interessen der abhängigen Bündnispartner, sie ebneten im Dialog Interessenunterschiede durch pragmatische Kompromisse ein und gewannen auf dieser Grundlage die freiwillige Gefolgschaft

---

2 Aus der auch für den Spezialisten kaum noch zu überblickenden Literatur zur Außenpolitik der USA nach dem Amtsantritt von George W. Bush und besonders seit dem 11. September 2001 seien aus meiner Sicht folgende Bücher empfohlen: Timothy Garton Ash, *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München/Wien 2004; Peter Bender, *Weltmacht Amerika. Das Neue Rom*, Stuttgart 2003; Ivo H. Daalder/James M. Lindsey, *America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy*, Washington 2003; Niall Ferguson, *Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht*, Berlin 2004; Stefan Halper/Jonathan Clarke, *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004; Detlef Junker, *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg 2003; Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003; Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hg.), *Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier 2003; Michael Mandelbaum, *The Case for Goliath. How America Acts As the World's Government in the 21st Century*, New York 2005; Ulrich Menzel, *Paradoxien der neuen Weltordnung*, Frankfurt a. M. 2004; Harald Müller, *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt a. M. 2003; Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Hamburg 2002; Joseph S. Nye, *Das Paradox der amerikanischen Macht*, Hamburg 2003; Jeremy Rifkin, *Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*, Frankfurt a. M. 2004; Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2006; Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hg.), *Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Ordnung*, München 2003; Stephen M. Walt, *Taming American Power. The Global Response to U.S. Primacy*, New York 2005.

der Westeuropäer. Grundvoraussetzung war natürlich der gemeinsame Feind, der Kommunismus, das gemeinsame Feindbild und das Gefühl, einer gemeinsamen, transatlantischen Wertegemeinschaft anzugehören.<sup>3</sup>

Diese Geschäftsgrundlage der europäisch-amerikanischen Beziehungen hat sich seit dem Regierungsantritt von George Bush dem Jüngeren und dem 11. September 2001 radikal geändert, weil dessen Außenpolitik von derjenigen seines Vaters grundsätzlich abweicht. Ich gäbe viel darum, einmal dabei sein zu können, wenn beide am Familientisch über Weltpolitik diskutieren.

Der sendungsbewusste Präsident, ein wiedergeborener Christ, der sich auch auf die christlichen Rechte und die vierte Erweckungsbewegung seines Landes stützt, glaubt zutiefst an seine historische Mission, der Welt im allgemeinen, dem Nahen Osten im besonderen, die Freiheit zu bringen.

Nur die USA können, so Bush, die Welt wirklich führen. Denn aus seiner Perspektive ist die Welt endgültig unipolar und amerikazentrisch geworden, in geistiger und in militärisch-strategischer Hinsicht. Das Pentagon hat die Welt in fünf Kommandobereiche aufgeteilt. Die USA verfügen über 170 Basen in der Welt, die US-Militärmacht wächst täglich. Mit ihrer Zerstörungskraft können die US-Streitkräfte jeden Punkt der Erde in 15 Minuten pulverisieren. Da es keine Weltarmee unter dem Kommando der UNO gibt, die NATO de facto irrelevant geworden ist, könnten im Konfliktfall nur die USA die Welt im pro-amerikanischen und pro-westlichen Sinne stabilisieren. De facto seien die US-Streitkräfte die Weltarmee. Bündnispartner müsse man sich bei Bedarf suchen, je nach Lage der eigenen Interessen. Das Angebot der NATO zur Zusammenarbeit nach dem 11. September wurde kühl zurückgewiesen.

Von diesen Bündnispartnern wird fast selbstverständlich erwartet, dass sie die amerikanische Gefahren- und Feindperzeption teilen, nur dann gelten sie als Freunde. Diese einzig verbliebene Hypermacht weigert sich strikt, die nationale Souveränität durch internationale Verträge zu beschränken, in der Nuklearpolitik, der Umweltpolitik, der Menschenrechtspolitik, der Wirtschaftspolitik, auf welchem Feld auch immer. Gulliver könne sich nicht durch die Fesseln der vielen Zwerge binden lassen. Die UNO ist für die konservativen Republikaner ein einziges Ärgernis, sie tun viel, um die ohnehin diskreditierte Weltorganisation und Kofi Annan weiter zu diskreditieren. Was die Präsidenten Wilson und Roosevelt der Welt als Vision anboten – erst den Völkerbund, dann die UNO als Systeme kollektiver Sicherheit – ist für Bush den Jüngeren ein Ärgernis, spätestens seit Außenminister Powell zur Rechtfertigung des Irak-Krieges, wie wir jetzt wissen, eine Serie von Falschaussagen vor der Vollversammlung der UNO präsentieren musste.

Was ist das Ziel dieser globalen Militärmacht? Es ist genau das, was die so genannten Neokonservativen in den neunziger Jahren in ihren Publikationen und Denkschriften vorgedacht hatten: Die Begründung einer konkurrenzlosen Pax Americana

3 Zu den amerikanisch-deutschen Beziehungen im Kalten Krieg vgl. ein zweibändiges Handbuch, in dem 132 Autoren von beiden Seiten des Atlantiks in 146 Beiträgen die vielschichtigen Interaktionen zwischen diesen beiden Ländern in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft analysiert und bibliographisch erfasst haben: Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. I, 1945–1968; Bd. II, 1968–1990, Stuttgart/München 2001 (engl. Übersetzung 2004).



für das 21. Jahrhundert. Diese Gruppe will nicht eine amerikanische Weltherrschaft, aber eine Weltvorherrschaft (*primacy*) errichten, die es den USA auf unbestimmte Zukunft erlaubt, die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne zu bestimmen. Das gilt auch für die Strukturen Europas.

Im Kern läuft dieser Versuch einer Weltvorherrschaft darauf hinaus, nach dem Ende des Kalten Weltkrieges das zu erreichen, was weder nach dem Ersten noch nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist: das amerikanische Modell von Demokratie und marktwirtschaftlichem Kapitalismus möglichst weltweit auszubreiten, *liberty and property* zu globalisieren.

Eingelagert in die amerikanische Missionsidee der Freiheit ist also unter Präsident Bush dem Jüngeren der harte, machtpolitische Entwurf der US-Weltvorherrschaft, die Zukunft eines Staates, der notfalls allein, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und »vorbeugend« (*preemptive and preventive*) handelt.

Herfried Münkler hat in seinem neuen, bedeutenden Buch »Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten« diese Außenpolitik der USA als »imperial« charakterisiert.<sup>4</sup> Das ist natürlich ein weites Feld.

Im Entwurf dieser globalen Weltvorherrschaft spielen Europa und Deutschland, von der Wirtschaft abgesehen, nur eine marginale Rolle. Man soll sich von der Europa-Reise des Präsidenten nach seiner Wiederwahl nicht täuschen lassen. Er hatte Kreide gefressen, weil er Geld und Soldaten für die Unterstützung seiner Politik im Irak wollte. In der Sache hat Bush keine einzige seiner Positionen geräumt. Ganz im Gegenteil: Nach der Wiederwahl spricht er, subjektiv ehrlich, nicht nur im Namen Gottes, sondern auch des amerikanischen Volkes. Und es ist Bush, der mit immer neuen Taten und Ankündigungen die Europäer vor sich hertreibt, die Europäer können nur, meist hilflos und konzeptionslos, reagieren.

Selbst in seiner derzeitigen, innen- und außenpolitisch sehr angeschlagenen Position hat er programmatisch noch keine seiner Positionen geräumt. Mehr europäische und deutsche Unterstützung der USA außerhalb Europas wäre zwar nützlich, aber angesichts der fehlenden ökonomischen und militärischen Ressourcen Europas nur marginal.

Für den Bedeutungsverlust Europas aus amerikanischer Sicht sind zwei realgeschichtliche Entwicklungen allerdings wichtiger als der Stellenwert der Alten Welt im Entwurf einer unilateralen *Pax Americana*. Diese Relativierung Europas folgt aus dem, was ich die »doppelte Globalisierung« oder »äußere und innere Globalisierung« der USA nennen möchte. Zur äußeren Globalisierung: Jeder, der einmal länger in Washington gelebt hat, erfährt unmittelbar, was der Gemeinplatz bedeutet, die USA hätten einen globalen außenpolitischen Interessenradius. Die gesamte muslimisch-arabische Problemzone, Asien, insbesondere die aufsteigende Weltmacht China, aber auch Japan, Indien und Pakistan, der Irak, der Iran und Nordkorea, der israelisch-palästinensische Konflikt, die Entwicklung in Russland und in Zentralasien, gelegentlich auch die Entwicklungen in Lateinamerika und Afrika, die Probleme des

4 Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005. Vgl. auch die Literaturangaben unter Anm. 2.

Terrorismus, des asymmetrischen Krieges, der Massenvernichtungswaffen und des weltweiten Drogenhandels beschäftigen die außenpolitische Entscheidungselite und die US-Medien weit mehr als das vergleichsweise befriedete Europa. In den Korridoren der Macht in Washington D.C. wird fast reflexhaft die Frage gestellt: Was kann und will Europa, besonders Deutschland, zur Lösung dieser Probleme und zur Stabilität in diesen Regionen beitragen? Diese Frage wird oft mit dem Vorwurf gekoppelt, dass das vergleichsweise reiche Europa handlungsunfähig sei, den Kopf in den Sand stecke und sich als Trittbrettfahrer der Weltgeschichte eingerichtet habe.

Zur inneren Globalisierung: Den wachsenden Anteil der Amerikaner nicht-europäischen Ursprungs, besonders aus Lateinamerika und Asien, an der Gesamtbevölkerung des Landes möchte ich als ihre »innere Globalisierung« bezeichnen, hervorgerufen durch die Änderung der Einwanderungsgesetze in den sechziger Jahren. Von den ca. 705.000 legalen Einwanderern im Jahre 2003 zum Beispiel kamen 102.000 aus Europa, 236.000 aus Asien, 45.000 aus Afrika, 5000 aus Ozeanien, 252.000 aus Nordamerika – d. h. nach der amtlichen Statistik Kanada, Mexiko und Grönland –, 53.000 aus Zentralamerika und 54.000 aus Südamerika. Auch diese innere Globalisierung relativiert das europäische Erbe.

Der Versuch, an den Schulen und Colleges ein neues globales Curriculum einzuführen, eine Weltgeschichte, die die Geschichte aller Kontinente, ihrer gegenseitigen Verflechtungen und Interdependenzen berücksichtigt, ist überaus bezeichnend. Dieses globale Curriculum soll die Perspektive einer amerikanischen Erfindung ersetzen, den nach dem Ersten Weltkrieg eingeführten Geschichtskurs über »Western Civilization«; im Studentenjargon ironisiert als »Western Civ from Plato to NATO«; von Minderheiten und Frauen kritisiert als ein Kurs, der nur von toten, weißen, europäischen Männern handele (»dead white European males«).

*Viertens:* Während die Außenpolitik der wiedervereinigten Bundesrepublik in Europa ein zentraler Akteur unter 24 Mitspielern ist, gegenüber der einzig verbliebenen Supermacht USA jedoch kaum noch über Einfluss verfügt, gibt es auf einem dritten Feld Handlungsbedarf, der sich dem Zugriff der Nationalstaaten, eben auch der Bundesrepublik, völlig zu entziehen scheint, obwohl die Folgen auf die Bürger der Bundesrepublik massiv zurückschlagen und sie oft in ein Gefühl erschreckter Ohnmacht versetzen, nämlich die Folgen dessen, was wir »Globalisierung« nennen. Gemeint ist mit »Globalisierung« die rapide Vermehrung, Verdichtung und Verschnellung grenzüberschreitender Interaktionen gesellschaftlicher, nicht-nationalstaatlicher Akteure; gemeint ist die Verflechtung von Wirtschaften, Unternehmen, Finanzmärkten, von Wissen, Kommunikation, Transport und Gütern, aber auch die Globalisierung von organisiertem Terror, organisierter Kriminalität, von Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, von Bevölkerungsmigrationen, von illegaler Einwanderung, und das alles im Zeichen von Internet und Cyberspace. Auch die Globalisierungsgegner haben sich inzwischen globalisiert, wie ihre lautstarken und fernsehgerechten Proteste bei internationalen Konferenzen zeigen.

Durch die Folgeprobleme der Globalisierung entsteht ein Handlungsbedarf, der weder von einem Nationalstaat noch von internationalen Organisationen wie der WTO oder der UNO befriedigt werden kann. Politikwissenschaftler fordern deshalb

eine »global governance« jenseits der real existierenden Welt, um die »Lücke zwischen globaler Problementwicklung und kollektiver, globaler Handlungsfähigkeit zu schließen« (D. Nohlen). Andere wollen im Prinzip den Nationalstaat aus diesen Prozessen heraushalten, sie vertrauen auf die »schöpferische Zerstörung« (Schumpeter) des Marktes, der in der Summe das größte Glück der größten Zahl herbeiführe. Einer der zentralen Konflikte der gegenwärtigen Welt in den internationalen Beziehungen, im transatlantischen Verhältnis, ja im letzten Bundeswahlkampf lässt sich nur auf dem Hintergrund dieser Globalisierung verstehen: Was soll auf staatlicher Ebene, auf den Ebenen der Gemeinden, Städte, Länder, Nationalstaaten und Zusammenschlüssen von Nationalstaaten wie der EU, der WTO und der NATO, verhandelt und entschieden werden? Was soll dem Markt, der Initiative der Einzelnen, den großen Unternehmen und Interessenverbänden überlassen bleiben? Überall gibt es Konflikte und Widersprüche zuhauf, kaum Lösungen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Während sich die hochindustrialisierten Staaten, die Bundesrepublik eingeschlossen, im Prinzip im Austausch von Waren und Dienstleistungen im Rahmen der WTO und anderer Vereinbarungen auf den Freihandel festgelegt haben, subventioniert die industrialisierte Welt ihre Landwirtschaft täglich mit einer Milliarde Dollar und verbaut damit den Entwicklungsländern die Möglichkeit, Devisen zum Abbau ihrer Schulden zu erwerben. Oder: Dem verschärften globalen Wettbewerb, der Abwanderung von Industrien in Billiglohnländer und dem täglichen Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in der Bundesrepublik ist mit den klassischen Mitteln von Außenpolitik nicht beizukommen, verstärkt aber den innenpolitischen Druck und die innenpolitischen Probleme innerhalb unseres Staates, mit den sozialen Kosten der Globalisierung fertigzuwerden.

Eine persönliche Anekdote am Rande: Mit dem Aufbau des Heidelberg Center for American Studies haben wir uns mitten in einen neuen globalen Wettbewerb begeben, in den »brains business«, in den marktorientierten Wettbewerb von Universitäten um die besten, zumindest um gute Studenten aus der ganzen Welt. Die ersten beiden Jahrgänge unseres Programms »Master in American Studies«, für das wir 5.000 Euro Studiengebühren nehmen, stammen aus Rumänien, Polen, China, Hongkong, den USA, der Slowakei, Palästina, Bosnien-Herzegowina, Albanien, der Türkei, Deutschland, Georgien, Kanada, Kirgisien, der Ukraine, Japan, Belarus, den Malediven, Korea und Japan.

*Fünftens:* Das vornehmste Ziel der Außenpolitik eines Nationalstaates, so hat man gesagt, sei Sicherheit; Sicherheit vor konkreten oder vermuteten Gefahren, die die Unverletzlichkeit des Territoriums und das Überleben der Bürger gefährden könnten. In der Innenpolitik gehe es deshalb um das Wohlfühlen, in der Außenpolitik um das Sein von Staaten. Die Sicherheitspolitik des vereinigten Deutschlands nun erscheint, wenn sie die Bürger überhaupt interessiert, in einem diffusen, von Paradoxien bestimmten Licht. Zum Beispiel: Einerseits sind wir seit der Wiedervereinigung, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Osterweiterung der NATO, so heißt es immer wieder, nur von Freunden umgeben, und so gut wie alle Deutschen haben, wie schon gesagt, die Norm von Art. 26 GG verinnerlicht, der einen Angriffskrieg unter

Strafe stellt. Andererseits variierte der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck – notabene Verteidigungsminister – immer wieder zwei Behauptungen: »Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt« und »Das Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt«. Das sind zwei Behauptungen, die dem Verteidigungsminister und seinem Kanzler Gerhard Schröder nicht nur von Pazifisten den Vorwurf einbrachten, diese Sätze zeugten von einem neuen diffusen »Wilhelminismus«, der überall in der Welt dabei sein wolle. Eine zweite Paradoxie: Wenn der Satz denn stimmt, dass das Einsatzgebiet der Bundesrepublik die ganze Welt ist, dann ist die Bundeswehr zu klein und hoffnungslos unterfinanziert. Sie kann mit Ach und Krach gerade 10.000 Soldaten zum Einsatz bringen, gegenwärtig leisten knapp über 6.000 deutsche Armeeeingehörige ihren humanitären und friedenserhaltenden Dienst in Afghanistan, Usbekistan, Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, Georgien, am Horn von Afrika sowie in Äthiopien und Eritrea. Im Jahre 2010, so das Ziel, soll die Bundeswehr 35.000 so genannte Eingreifkräfte, 70.000 Stabilisierungskräfte und 145.000 Unterstützungskräfte umfassen, die sich auf dem neuesten Stand der Technik befinden. Woher angesichts der Haushaltslage und der massiven Verschuldung des Bundes das Geld herkommen soll, weiß allerdings niemand. Verteidigungsminister Struck hat sich aus Koalitions- und Parteiloyalität nie öffentlich über die Höhe des Verteidigungshaushaltes beklagt, man darf gespannt sein, ob und wann der neue Verteidigungsminister Jung diese Linie verlässt.

Begründet wird der erstaunliche Satz, dass das Einsatzgebiet der Bundeswehr die ganze Welt sei, gemeint ist natürlich potenziell die ganze Welt, durch eine gegenüber dem Kalten Krieg radikal verwandelte Sicherheitslage und Sicherheitsstrategie: Auch außerhalb des NATO-Gebietes, also »out of area«, müsse man vorbeugend und stabilisierend verhindern, dass gefährdete Länder und Staaten von Terrororganisationen beherrscht würden, die möglicherweise auch versuchen würden, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu kommen. Unausgesprochen liegt diesem Denkansatz eine Art Domino-Theorie zugrunde, die ja die Politiker der USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg entscheidend geprägt haben: wenn der Domino Afghanistan falle, fallen möglicherweise auch andere Dominosteine »closer to home«.

Im Übrigen ist in der heiß umstrittenen Frage, ob diese »out of area«-Einsätze verfassungsgemäß sind, Klarheit geschaffen worden. Sie sind es, nach einem Urteil des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts unter dem Vorsitz von Jutta Limbach vom 12. Juli 1994. Mit dieser juristischen Klarstellung im Rücken stimmte das Parlament seither 35-mal »out of area«-Maßnahmen zu, an der bis heute 100.000 Soldaten beteiligt waren. Zweitens stellte das Bundesverfassungsgericht sicher, dass die Bundeswehr eine »Parlaments-Armee« ist, d. h. vor jeder Entsendung die Regierung ein mehrheitliches Votum des Bundestages erhalten müsse. Erstmals im April des Jahres 2005 sind 70 Militärbeobachter in die Krisenregionen von Darfur im Sudan nach dem neuen »Parlamentsbeteiligungs-Gesetz« entsandt worden.

Meine Damen und Herren, bisher habe ich fünf strukturelle Voraussetzungen und Problemlagen deutscher Außenpolitik beschrieben: das Ende der europäischen Kolonialreiche, die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union, die neue

Außenpolitik der einzig verbliebenen Supermacht der Welt, der USA, die Probleme und Folgen der Globalisierung für die deutsche Außenpolitik, schließlich die neue Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges angesichts von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen.

Jetzt möchte ich Sie noch kurz an das Alltagsgeschäft der deutschen Diplomatie erinnern, an das, was das Auswärtige Amt mit seiner Zentrale in Berlin und seinem Netz von 226 Auslandsvertretungen eigentlich tut. Laut Auskunft der Homepage des Auswärtigen Amtes unterhält das vereinte Deutschland diplomatische Beziehungen zu 191 Staaten. Daneben gibt es in vielen Gastländern auch Generalkonsulate oder Konsulate der Vertretungen Deutschlands. Ferner unterhält die Bundesrepublik zwölf Vertretungen bei zwischen- und überstaatlichen Organisationen wie der UNO in New York, Genf oder Wien oder der Europäischen Union in Brüssel. In dieser Stadt haben sich auch die Landesvertretungen der deutschen Bundesländer, teilweise sehr komfortabel, eingerichtet. Daneben gibt es eine ziemlich stiefmütterlich behandelte Kulturaußenpolitik Deutschlands, an der sich neben dem Auswärtigen Amt institutionell auch die Goethe-Institute und die Deutschen Historischen Institute in Paris, London, Rom, Washington, Warschau und seit Kurzem in Moskau beteiligen. Ich selbst habe während meiner fünf Jahre in Washington als Direktor des Deutschen Historischen Instituts natürlich eng mit der Deutschen Botschaft zusammengearbeitet und sehr gut ihre Aktivitäten beobachten können. Ich hatte allerdings nie das Privileg, in das Allerheiligste, das abhörsichere Sanktuarium, eingeladen zu werden.

Zum ewigen Verdross des Außenministers und des Auswärtigen Amtes ist es aber keineswegs so, dass das Auswärtige Amt das Monopol auf die Definition und die Vertretung deutscher Interessen im Ausland hat. Jedes Bundesland hat seine eigene »Auslandsabteilung«, auch der Staat Baden-Württemberg treibt zum Beispiel eine eigene »Außenpolitik«, vor allem hat noch jeder Kanzler der Bundesrepublik, vor oder nach der Wiedervereinigung, entdeckt, dass er/sie sich auf dem Feld der Außenpolitik viel leichter als in der Innenpolitik profilieren kann. Sie alle wissen, dass Kanzler Schröder seine Wiederwahl im Jahre 2002 auch der Instrumentalisierung des Antiamerikanismus verdankte. Der mal offene, mal subtil verdeckte Konflikt zwischen Schröder und Fischer bei der Profilierung in der Außenpolitik war ein Beispiel für das institutionell verankerte Konkurrenzverhältnis zwischen Kanzleramt und Außenministerium.

All diese Auslandsvertretungen nehmen für sich in Anspruch, die wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik, auch die rechtlichen Interessen der Bundesbürger, zu vertreten und zu wahren. Was diese allerdings sind, das habe ich versucht klarzumachen, ist schwieriger zu definieren als man gemeinhin meint.

Diese Auslandsvertretungen sind auch ein sichtbarer Ausdruck dafür, dass trotz aller verkündeten Multilateralität und Integration die Außenpolitik der Bundesrepublik eine bilaterale, gelegentlich unilaterale Grundlage behalten hat. In der Vorgeschichte des Irakkrieges war Kanzler Schröder in dieser Hinsicht Fleisch vom Fleische des Präsidenten Bush. Während Bush der Welt erklärte: Was immer die UNO beschließt, wir gehen in diesen Krieg; antwortete Schröder: Was immer die

UNO beschließt, wir bleiben draußen. Diese Abwertung der UNO hinderte die Bundesrepublik allerdings nicht daran zu versuchen, einen von vier neuen Sitzen im Sicherheitsrat zu ergattern. Kritiker sehen auch hier einen neuen prestigebewussten Wilhelminismus im Spiel, denn die Bundesrepublik ist weder militärisch noch ökonomisch darauf eingestellt, neue Verpflichtungen zu schultern.

Die deutsche Außenpolitik, auch die Berichterstattung in den Medien konzentriert sich auf bestimmte Aspekte dieser bilateralen Politik: etwa auf die Exporte und die Importe aus China, auf die Exporte nach Russland, auf den vertraglichen Ausbau der Lieferung von Öl und Gas aus diesem Land; auf erinnerungspolitische Probleme mit Polen oder Tschechien; auf die gesicherte Existenz Israels, auf Visaerteilungen in der Ukraine oder auf das Deutschlandbild der Niederländer.

Ich versuche ein Fazit: Angesichts der enormen, teilweise globalen Herausforderungen und angesichts der komplexen, diffusen und von Paradoxien durchzogenen Außenpolitik der Bundesrepublik seit 1990 ist es schwer, über die Außenpolitik der Bundesrepublik seit 1990 zusammenfassende Aussagen zu machen, dennoch möchte ich es in einer Hinsicht wagen.

Während 1990 die Eindämmung des wiedervereinigten Deutschlands durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag aus der Angst vor einem zu starken, Europa dominierenden Deutschland geboren wurde, sind Europa und die USA heute von der umgekehrten Sorge vor einem innenpolitisch schwachen und nach außen kaum handlungsfähigen Deutschland umgetrieben. In der Tat hat aus meiner Sicht die deutsche Außenpolitik seit 1990 an Handlungsfähigkeit eingebüßt, und damit auch an der Fähigkeit, die deutschen Interessen im und gegenüber dem Ausland zu vertreten und zu schützen. Die wirtschaftliche Stagnation und die hohe Verschuldung, die Unterfinanzierung der Bundeswehr, das allgemeine Desinteresse an einer strukturierten, langfristig angelegten Außenpolitik sowie die unbestimmte Definition des nationalen Interesses sind einer nachhaltigen Außenpolitik abträglich.

Deutschland hat zurzeit nicht die Kraft, als vermeintliche Zentralmacht Europas eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik des alten Kontinents, und dazu gehört eine gemeinsame Einwanderungspolitik, mit herbeizuführen. Möglichen Erpressungsversuchen von Energie liefernden Staaten – Russland, Iran, Saudi-Arabien, Venezuela, Nigeria zum Beispiel – ist die Bundesrepublik fast hilflos ausgeliefert. Obwohl der unilaterale Entwurf einer Pax Americana aus außen- und innenpolitischen Gründen zu scheitern beginnt und sich – zeitgleich zum Regierungswechsel in Berlin – Stil und Ton im amerikanisch-deutschen Verhältnis zu ändern beginnen, hat das gegenwärtige Deutschland in der Substanz nur wenig zu bieten, um aus der Position der Marginalisierung wieder in das Zentrum der amerikanischen Politik zu rücken. Die ewige Reisediplomatie in den Mittleren Osten und die deutsche Dialogfähigkeit nach allen Seiten haben im Ergebnis nichts dazu beigetragen, irgendein konkretes Problem in dieser Region zu lösen und den immer näher rückenden »Kampf der Kulturen« aufzuhalten.

Was den Kampf gegen den Terrorismus angeht, so kann die nicht informierte Öffentlichkeit nur darauf vertrauen, dass die deutschen Geheimdienste im Geheimen viel Gutes tun und nicht, wie die amerikanischen Geheimdienste, von einem Versagen

in das nächste stolpern. Die Deutschen haben nicht einmal das Privileg, wie die Amerikaner, die Ergebnisse von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zur Kenntnis nehmen zu dürfen. Was die an exponierter Lage in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten angeht, so kann man nur hoffen, dass diese im Ernstfall von Amerikanern geschützt oder zumindest nach Hause geflogen werden. Der vermutlich größten Bedrohung der Welt, auch der Bundesrepublik, der Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, und dem nuklearen Terror ist die Bundesrepublik schutzlos ausgeliefert. Als gut meinende Vertreter einer Friedens- und Zivilmacht sind deutsche Politiker und Diplomaten unbewaffnete Propheten.





# 13. Die Amerikanisierung des Holocaust. Über die Möglichkeit, das Böse zu externalisieren und die eigene Mission fortwährend zu erneuern

Wer auf der Suche nach der gegenwärtigen Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik der Vereinigten Staaten alle Regionen des Landes bereist, ist gut beraten, Friedrich Nietzsches Schrift »Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« im Gepäck zu verstauen. Nietzsche hatte darin 1872 die Deutschen, überhaupt alle tatkräftigen Völker, davor gewarnt, den wissenschaftlichen, vermeintlich auf Objektivität zielenden Umgang mit der Geschichte zu übertreiben. Denn nur der vorwissenschaftliche, aus den Bedürfnissen der jeweiligen Gegenwart entsprungene Umgang könne dem Leben dienen und, so würde man heute sagen, Identitäten stiften. Der Anti-Aufklärer Nietzsche empfahl den Völkern erstens eine monumentalisch-heroische, zweitens eine kritische und drittens eine antiquarische Aneignung der Geschichte: Völker und Individuen vergewissern sich ihrer großen Vergangenheit, als Ansporn für die Zukunft; sie klagen die Vergangenheit an und kritisieren sie, ebenfalls, um Kraft für neue Taten zu gewinnen; oder sie pflegen ein bewahrendes Verhältnis gegenüber der Vergangenheit, um sich an die Wurzeln der eigenen Existenz zu erinnern.

Obwohl in den Vereinigten Staaten mehr wissenschaftliche Historiker leben als in der übrigen Welt zusammen, folgt diese tatkräftige Nation mit einer tiefen Skepsis gegenüber den Intellektuellen dem Vorbild Nietzsches. Sie pflegt zugleich einen antiquarischen, einen kritischen und vor allem einen monumentalisch-heroisch-patriotischen Umgang mit der Geschichte; anders als die Deutschen, denen durch den Nationalsozialismus und den Holocaust der dritte Teil dieser Trias, eben der patriotische, weitgehend abhandengekommen ist. Für die Mehrheit der Amerikaner ist ihre Geschichte siegesamerikanisch eingefärbt. Wer ernsthaft an dieser amerikanischen Legende kratzt, kann auch heute noch von einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt werden.

Nietzsche kann auch den Schlüssel für die Erklärung eines der erstaunlichsten Phänomene der gegenwärtigen Erinnerungskultur der Vereinigten Staaten liefern, für die Allgegenwart des Holocaust in Politik und Kultur, das heißt für seine Amerikanisierung. Darunter seien besonders zwei Phänomene verstanden: erstens die Tatsache, dass der Holocaust in den vergangenen 30 Jahren vom Rand in das Zentrum der amerikanischen Kultur vorgedrungen ist; zweitens die damit auch einhergehende Funktionalisierung, Trivialisierung und Vermarktung des »Shoah Business«.

*Erstveröffentlichung:* Die Amerikanisierung des Holocaust, in: F.A.Z. 9. September 2000, S. 11 (Die Gegenwart). © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

## Verkörperung des absolut Bösen und Totschlagargument

Die Auseinandersetzung mit und das Gedenken an den Völkermord, der an den Juden in Europa begangen wurde, haben sich unter dem Begriff »Holocaust« tief in das kollektive Gedächtnis der Amerikaner eingepägt. Der ausländische Besucher begegnet auf Schritt und Tritt den Produkten einer Forschungs-, Erziehungs und Erinnerungskultur, die sich in Museen, Gedenkstätten und Forschungszentren, an Universitäten und Schulen institutionalisiert hat, durch Spenden und Spendensammlungen stetig weiterwächst und auf Dauer angelegt ist. Die größte Wirkung wird aber nicht durch das Wort und die ernsthafte Forschung, sondern durch das Bild, durch die Vermarktung des Holocaust in den Massenmedien erzielt. Darüber hinaus ist der Holocaust als Verkörperung des absolut Bösen zum allseitigen Totschlagargument in den aktuellen politischen und moralischen Diskursen der Vereinigten Staaten geworden. Keinem Sinnbild werden so unterschiedliche Bedeutungen zugesprochen wie dem Holocaust, keine Analogie wird mehr gebraucht und mehr missbraucht als die Holocaust-Analogie.

Der Holocaust ist in den letzten 30 Jahren nicht nur in die Mitte der amerikanischen Kultur vorgedrungen, sondern auch zum Zentrum der Identität der amerikanischen Juden geworden. Nach einer Studie des American Jewish Committee aus dem Jahr 1999 halten 98 Prozent der amerikanischen Juden die Erinnerung an den Holocaust für einen bedeutenden oder sehr bedeutenden Teil ihrer Identität, aber nur 15 Prozent geben an, sie hielten sich an religiöse Regeln und pflegten jüdische Gebräuche. Es ist nicht zuletzt auf den Wandel im Selbstverständnis dieser in vieler Hinsicht seit 1945 erfolgreichsten Minderheit der Vereinigten Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur, der akademischen Welt, den Massenmedien und unter den meinungsbildenden Eliten zurückzuführen, dass der Holocaust in der amerikanischen Gesellschaft eine völlig neue Bedeutung gewonnen hat.

Es war vorauszusehen, dass die Spannung zwischen der Amerikanisierung einerseits, der Bedeutung des Holocaust für die Identität der amerikanischen Juden andererseits irgendwann eine neue Welle der Reflexion und der Kritik auslösen würde. Genau dieser Trend scheint sich zur Zeit unter einigen amerikanischen Historikern und Intellektuellen anzubahnen.

Schon früher hatten einige jüdische Autoren vereinzelt darüber geklagt, dass die Amerikanisierung des Holocaust auf eine »Entjudaisierung« des Völkermordes, auf einen Diebstahl am Judentum, hinauslaufe; oder dass alles Böse, das irgendjemandem irgendwo widerfahre, als »Holocaust« bezeichnet werde. Doch in den vergangenen Jahren haben die Bücher und Aufsatzsammlungen von Tim Cole, Hilene Flanzbaum, Edward Linenthal, Peter Novick, Jeffrey Alan Shandler und James E. Young dieser Kritik eine empirische Grundlage gegeben. Das kürzlich in die Schlagzeilen geratene Buch von Norman Finkelstein radikalisiert und überzeichnet einige Aspekte dieses vielschichtigen Prozesses.

Beispiele mögen die verschiedenen Dimensionen der gegenwärtigen Amerikanisierung des Holocaust illustrieren. Begonnen sei mit einem der größten Museumsfolge in der Geschichte der Vereinigten Staaten, mit dem United States Holocaust

Memorial Museum in Washington D.C., das 1993 eröffnet wurde. Mittlerweile zieht es mehr als zwei Millionen Besucher im Jahr an. Was seit 1978 unter dem Eindruck der Holocaust-Serie im Fernsehen geplant wurde und als eine Geste der Beschwichtigung gegenüber den amerikanischen Juden begann, weil Präsident Jimmy Carter einen innenpolitischen Ausgleich für die Lieferung von F-15- Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien brauchte, ist zu einem nationalen Heiligtum geworden. Das Museum zeigt den Amerikanern, was es bedeutet, ein Amerikaner zu sein, indem es drastisch demonstriert, was es bedeutet, nicht Amerikaner zu sein. Gegenüber Kritikern, die damals bezweifelten, dass es sinnvoll sei, das größte Verbrechen eines fremden Volkes auf einem anderen Kontinent in der amerikanischen Hauptstadt zu dokumentieren, antwortete der für die Konzeption des Museums verantwortliche Beirat: »Dieses Museum gehört in das Zentrum des amerikanischen Lebens, weil Amerika als eine demokratische Zivilisation der Feind des Rassismus und seiner radikalsten Ausdrucksform, des Völkermordes, ist. Als ein Ereignis von universaler Bedeutung ist der Holocaust von besonderer Wichtigkeit für Amerikaner. Die Nazis verleugneten in Wort und Tat die tiefsten Glaubenssätze des amerikanischen Volkes.«

Wenn diese Aussage bedeuten soll, dass die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaft die Ideale und Werte der amerikanischen Demokratie negierten, ist sie unbestreitbar richtig. Das gilt im Übrigen für alle Gesellschaften und Staaten, für welche die Würde des Menschen und seine körperliche Unversehrtheit unantastbar sind. Wenn diese Aussage allerdings als Tatsachenbehauptung über die Geschichte der Vereinigten Staaten verstanden werden soll, ist die Behauptung, die Vereinigten Staaten seien der Feind des Rassismus, nicht nur für die Nachkommen der dezimierten Indianer und für die schwarzen Amerikaner eine groteske Geschichtsklitterung. Für sie, die es bisher nicht geschafft haben, in Washington D.C. ein nationales Museum über das Schicksal der Indianer oder die Sklaverei zu errichten – an einem Ort, an dem Sklaven in Käfigen gehalten wurden und zum Verkauf angeboten wurden –, ist das Holocaust-Museum eine Privilegierung der Juden. Diese trägt zu den Spannungen zwischen einem Teil der Afroamerikaner und den amerikanischen Juden bei.

Inzwischen hat fast jede größere Stadt in den Vereinigten Staaten ein Holocaust-Mahnmal. Es gibt mehr als hundert Holocaust-Museen und -Forschungsstätten, die sich mit dem Völkermord beschäftigen, etwa in New York, Boston, Detroit, Los Angeles, Tampa Bay, Houston und Dallas. Die Tendenz ist steigend. Die Amerikaner haben eines der größten Verbrechen der europäischen Geschichte – viele meinen, das größte Verbrechen – gleichsam adoptiert.

Ein weiteres Beispiel für die Allgegenwärtigkeit des Holocaust ist die Berichterstattung in der »New York Times« und der »Washington Post«, den beiden politisch einflussreichsten Zeitungen des Landes. Im Jahre 1996 zum Beispiel publizierte die »New York Times« mehr als 500 Artikel mit einem Holocaust-Bezug, die »Washington Post« über 300. Die Tendenz ist steigend. Von 1996 bis heute hat die »New York Times« mehr als 3500 Artikel mit einem Holocaust-Bezug publiziert.

Immerhin handelt es sich bei der »New York Times« und der »Washington Post« noch um das gedruckte Wort. Seine Wirkung wird allerdings bei weitem übertroffen durch das Bild, durch Film, Fernsehen, Comics und Internet. Das herausragende

Beispiel der letzten Jahre ist natürlich Spielbergs Spielfilm »Schindler's List«, der 1993 auf den Markt kam, sieben Oscars gewann und 1997 von einer der großen Fernsehanstalten wieder übertragen wurde, diesmal mit der für die Vereinigten Staaten ungewöhnlichen Erklärung, dass dieser Film nicht von Werbung unterbrochen werde. Mehrere neue Großprojekte zum Holocaust sind in Vorbereitung. Spielberg wird einen Film über Anne Frank herausbringen. Auf dem amerikanischen Markt ist der Holocaust zur gewinnbringenden Ware geworden.

Überdies ist der Holocaust ein integraler Bestandteil des amerikanischen »Infotainments« und der politischen Seifenopern. Als O. J. Simpsons schwarzer Anwalt Johnny Cochran Mitglieder der weißen Polizei von Los Angeles zu Nazis erklärte, die einen Holocaust gegen schwarze Jugendliche begonnen hätten, bekundete Simpsons zweiter Verteidiger, der jüdische Anwalt Robert Shapiro, im Fernsehen, dass er durch Cochrans Vergleich zutiefst beleidigt worden sei. Der Chefankläger gegen Präsident Clinton im Repräsentantenhaus, der Kongressabgeordnete Henry J. Hyde, warnte die amerikanische Nation im Fernsehen vor dem abschüssigen Weg, der zum Holocaust führe, wenn man Clinton nicht seines Amtes enthebe, weil er in der Affäre mit Monica Lewinsky öffentlich gelogen habe.

Überlebende des Holocaust erzählen ihre Geschichte in der schmutzigen Jerry-Springer-Show; die Gegner der Abtreibung, die Anhänger des »pro-life-movement« vergleichen die Abtreibung von Föten mit den Opfern von Auschwitz. Tierfreunde sprechen von Holocaust an den Tieren. Selbst ein Kochbuch mit Gerichten aus dem Konzentrationslager findet seine Abnehmer.

Die gegenwärtige Situation in Amerika unterscheidet sich radikal von der Lage im Zweiten Weltkrieg, als der Völkermord stattfand, und von der Zeit bis Anfang der sechziger Jahre, dem Höhepunkt des Kalten Krieges. In den globalen Bedrohungsszenarien, die der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt vor dem amerikanischen Volk von 1937 bis 1941 ausbreitete, wies er öffentlich nicht ein einziges Mal auf die bedrohte Lage der Juden im »Dritten Reich« und in Europa hin. Das konnte er sich, wie er glaubte, unter anderem wegen des damals verbreiteten Antisemitismus in seinem Land politisch nicht leisten. Die Quote für Einwanderer ist daher auch nie erhöht worden, um bedrohten Juden zu helfen. Selbst wenn Präsident Roosevelt dafür gekämpft hätte, hätte er angesichts der »Großen Depression«, der schwersten Wirtschaftskrise des Landes seit Beginn der industriellen Revolution, im Kongress keine Chance gehabt, die restriktiven Einwanderungsgesetze aus dem Jahre 1924 zu ändern. Allerdings tat Roosevelt alles, was er innerhalb der geltenden Gesetze für die Juden tun konnte. Selbst die jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten blieben vergleichsweise passiv. Das resignierende Gefühl, dass man ohnehin wenig tun könne, war weit verbreitet.

Die »New York Times«, 1896 von Adolphe S. Ochs, einem Sohn armer deutscher Juden, gekauft, blieb im Zweiten Weltkrieg bei ihrer Maxime, auf keinen Fall als eine jüdische Zeitung erscheinen zu wollen. Sie erwähnte deshalb den Holocaust im Zweiten Weltkrieg kaum. In der Berichterstattung über die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau auf der ersten Seite des Blattes wurde das Wort »Jude« nicht erwähnt. Und trotz des elementaren Abscheus, den 1945 die Bilder von der Befreiung

der Konzentrationslager nicht nur in Amerika hervorriefen, hielt sich zunächst weiter ein nicht unerheblicher Antisemitismus.

Während des Zweiten Weltkrieges, das wird heute oft übersehen, galt die Aufmerksamkeit der Amerikaner in erster Linie dem globalen Konflikt selbst, der in fünf Kontinenten und auf sieben Weltmeeren ausgefochten wurde und 50 bis 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Den »Holocaust« als singuläres Ereignis gab es im Bewusstsein der Zeitgenossen noch nicht. Während des Krieges ahnten nur wenige Amerikaner etwas von der Größenordnung des Völkermordes. Im Mai 1945 schätzte eine Mehrheit der Amerikaner, dass von den Nationalsozialisten insgesamt eine Million Personen – Juden und Nichtjuden – in Konzentrationslagern umgebracht worden wären.

Die ungefähr 100.000 Überlebenden des Völkermordes an den europäischen Juden, die bis Anfang der fünfziger Jahre in die Vereinigten Staaten kamen, blieben unsichtbar. In einer Kultur von Siegern, Kriegshelden und des Fortschrittsoptimismus hatte niemand Interesse für ihre Leidensgeschichten. Die Mehrheit der amerikanischen Juden wollte in dieser Zeit nicht als Opfer gesehen werden. Ihr oberstes Ziel war es, als vollgültige amerikanische Bürger anerkannt zu werden. Ende der vierziger Jahre lehnten zum Beispiel führende jüdische Organisationen den Vorschlag ab, in New York eine Holocaust-Gedenkstätte zu errichten: Es sei nicht im Interesse der Juden, sich auf ewig als schwaches und verteidigungsunfähiges Volk darzustellen.

Der beginnende Kalte Krieg machte die Erinnerung an den Holocaust nicht opportuner. Die Totalitarismus-Theorie brachte Nationalsozialismus und Kommunismus in eine gemeinsame Frontstellung gegen den freien Westen. Während der Hexenjagd gegen angebliche und vermeintliche Kommunisten im eigenen Lande in der Ära des Senators McCarthy stellte sich heraus, dass nicht wenige »fellow travelers« Juden waren. Besonders in den Südstaaten verbanden sich Antikommunismus, Rassismus und Antisemitismus. »Commies, Niggers and Jews« wurden häufig in einem Atemzug genannt.

In dieser Zeit wurde der Völkermord an den Juden in der öffentlichen Debatte nur selten erwähnt. Die Bezeichnung Holocaust hatte sich noch nicht durchgesetzt, die Idee der »Einzigartigkeit« des Holocaust war noch nicht geboren. Angesichts der Möglichkeit eines Atomkrieges war im übrigen Hiroshima für das zeitgenössische Denken ungleich wichtiger als der Holocaust.

Außerdem machte der beginnende Kalte Krieg Westdeutschland zum wichtigsten Verbündeten Amerikas. Obwohl die Erinnerung an das Dritte Reich, obwohl die Gegenwärtigkeit des Vergangenen in der amerikanischen Deutschlandpolitik von 1945 bis zur Gegenwart eine überragende Rolle spielte, war die amerikanische Regierung gezwungen, die Entnazifizierung auch mit Rücksicht auf den beginnenden Kalten Krieg zu stoppen. Von 1949 bis 1955 verloren die Alliierte Hohe Kommission – die Oberregierung der Westdeutschen – im Allgemeinen, die amerikanische Hohe Kommission und John J. McCloy im Besonderen schrittweise die Kontrolle über die deutsche Vergangenheitspolitik, weil sie die Kontrolle über die Gegenwart behalten wollten, nämlich über Westdeutschlands Wiederbewaffnung und Westintegration.

## Die überragende Rolle des Fernsehens

Seit Anfang der sechziger Jahre haben mehrere Ereignisse und Entwicklungen diese Lage grundsätzlich verändert. In dieser Zeit begann das, was jetzt als die »Amerikanisierung des Holocaust« bezeichnet werden kann. Am Anfang war das Bild. Ohne das Fernsehen, so könnte man sagen, keine Amerikanisierung des Holocaust. Eines der wichtigsten Ereignisse war 1961 der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, der von den amerikanischen Fernsehsendern ausführlich übertragen wurde. Zum ersten Mal hörte die amerikanische Nation die erschütternden Zeugnisse der Überlebenden, verstand die Dimension des Völkermords. Ebenso wichtig war vermutlich die mögliche existentielle Gefährdung Israels im Sechstage-Krieg von 1967 und im Jom-Kippur Krieg von 1973, der die beiden Eckpfeiler der »Zivilreligion« der jüdischen Amerikaner näher aneinanderrückte: Israel und den Holocaust. Die Angst vor einer möglichen neuen Katastrophe des jüdischen Volkes mobilisierte die Erinnerungen an den Holocaust. Sie bestärkte vor allem den Vorsatz, nie wieder zu schweigen und den Ereignissen tatenlos zuzusehen. Sie gab außerdem vielen jüdischen Gemeinden einen neuen Daseinszweck und verscheuchte die Sorgen von jüdischen Organisationen, dass gerade die immer erfolgreichere Integration der Juden in die amerikanische Gesellschaft und der nachlassende Antisemitismus ihren Zusammenhalt und ihre Organisationskraft schwächen. Der Holocaust wurde zur jüdischen Ökumene.

In praktischer Hinsicht erwies sich das neu entfachte Interesse am Holocaust als ideales Mittel, um Spenden für Israel einzuwerben, die Mitgliederzahlen jüdischer Organisationen zu erhöhen und die Notwendigkeit von Aktionen jüdischer Organisationen zu beweisen. In den Worten eines Sprechers des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Kalifornien: »The Holocaust works every time.«

Einen weiteren Durchbruch – viele meinen, den entscheidenden Durchbruch – zur Amerikanisierung brachte dann die vierteilige Fernsehserie »Holocaust«, die im April 1978 von fast 100 Millionen Amerikanern gesehen wurde. Ihre Ausstrahlung wurde von Werbekampagnen jüdischer Organisationen unterstützt – übrigens damals sehr zum Entsetzen von Elie Wiesel, des vielleicht berühmtesten Überlebenden des Holocaust, der die »Trivialisierung« des Holocaust als Beleidigung der Opfer verdammt.

Alles das hätte vermutlich noch nicht zur gegenwärtigen Amerikanisierung des Holocaust geführt, wenn es nicht in den sechziger Jahren auch in Amerika zu einer Kulturrevolution gekommen wäre. Das jedenfalls ist eine der anregendsten Thesen von Peter Novick. Was war der Inhalt dieser Kulturrevolution? Es war die Wandlung von einer dominanten Kultur der Sieger und Helden zu einer Kultur, in der auch Verlierer und Opfer zu Wort kommen. Seit dieser Zeit gibt es in Amerika eine verstärkte Spannung zwischen der heroischen und der kritischen Geschichtsbetrachtung im Sinne Nietzsches. Angestoßen durch den Vietnam-Krieg, durch die Bürgerrechtsbewegung und die revolutionäre Änderung der Einwanderungsgesetze, gewann der kritische Umgang mit der eigenen Geschichte nunmehr an Gewicht gegenüber der heroisch-patriotischen Interpretation.

Dieser kritische Blick auf die amerikanische Geschichte wurde seitdem eindeutig zur moralischen Waffe der nichtweißen Minderheiten, aber auch der Frauen, im politischen Kampf um gesellschaftliche Anerkennung, Besitzansprüche und Rechte. Es begann, um Peter Novick zu zitieren, »ein olympischer Wettbewerb um die Goldmedaille für die größte Leidensgeschichte«. Und in diesem Wettbewerb behaupten die amerikanischen Juden so lange einen uneinholbaren Vorsprung, wie sie die Amerikaner von der »Einzigartigkeit« und »Unvergleichlichkeit« des Holocaust überzeugen können. Alle anderen Verbrechen, auch der amerikanischen Geschichte, werden dadurch zweit- und dritrangig.

Ein Teil der afroamerikanischen Wortführer ist ungehalten über das Ausmaß, in dem es den Juden gelungen ist, den Holocaust im öffentlichen Bewusstsein Amerikas zu verankern. Sie unternehmen verstärkt Anstrengungen, um die Leidensgeschichte der Afroamerikaner als »Black Holocaust« zu deuten. Selbst John Hope Franklin, ein außerordentlich angesehener, schwarzer amerikanischer Historiker und Berater von Präsident Clinton in Rassenfragen, bezeichnet die Sklaverei als »Amerikas eigenen Holocaust«.

Während dieser Vergleich mit dem Nazi-Völkermord bei vielen Juden für großes Unbehagen sorgt, haben sich mehr als neunzig Prozent der Abgeordneten im Repräsentantenhaus bis zu diesem Jahr geweigert, einen Dauerantrag des »Congressional Black Caucus«, der Vereinigung schwarzer Abgeordneter im Kongress, zu behandeln. Danach soll eine Expertenkommission des Kongresses einberufen werden, die sich »mit der Sklaverei, ihren Auswirkungen auf Afroamerikaner und die amerikanische Gesellschaft« befasst. Denn mögliche Entschuldigungen sind auch Schuldeingeständnisse, und diese können dank des amerikanischen Rechtssystems, das schon für eine zu heiße Tasse Kaffee dem unachtsamen Konsumenten mehrere Millionen Dollar Schmerzensgeld zuspricht, teuer werden. Teilweise sind Berechnungen im Umlauf über die Wiedergutmachung von 224 Jahren unbezahlter Zwangsarbeit von 10 Millionen Sklaven.

Auch andere Minderheiten wollen »die andere Seite Amerikas« gewürdigt sehen: die mörderischen Konsequenzen der Eroberung der beiden Amerikas durch die Europäer, die kürzlich von einem auf Hawaii geborenen amerikanischen Wissenschaftler als »American Holocaust« bezeichnet wurde; die Ausrottung und Enteignung der Indianer; die Sklaverei und das System der Apartheid, das bis vor einer Generation in den Südstaaten regierte; den Beitrag der Mexikaner und anderer Lateinamerikaner zur Geschichte der Vereinigten Staaten; die lange Geschichte der die Asiaten diskriminierenden Einwanderungsgesetze; überhaupt den tief in der amerikanischen Gesellschaft verankerten Rassismus.

Diese neue Opferkultur habe, so Peter Novick, erheblich zur Amerikanisierung des Holocaust beigetragen. Unter anderem machte es dieser Wandel auch den Überlebenden des Holocaust leichter, sich zu öffnen und ihre Erinnerungen zu teilen. Während sie sich nach dem Krieg fast versteckten, gehören die »survivors« (die Überlebenden) heute zu überall gefragten Rednern und Zeitzeugen. Der Begriff »survivor« ist heute ein Ehrentitel. Die Tatsache, dass die Ehefrau des Vizepräsidentchaftskandidaten der Demokratischen Partei, Hadassah Lieberman, sich den

Wählern als Kind von Überlebenden des Holocaust vorstellt, verleiht ihrer Person eine besondere Aura der Würde und des Respekts.

## Erlöser der Welt

Während die Kulturrevolution der sechziger Jahre die kritische Aneignung von Geschichte und die Akzeptanz der Opferkultur verstärkt hat, scheint der wichtigste Grund der Popularität des Holocaust bei den 98 Prozent der nichtjüdischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten allerdings gerade der zu sein, dass die Amerikaner sich selbst in ihrer alten Rolle als Erlöser der Welt bestätigen können. Die Erinnerung an das Verbrechen eines fremden Volkes, der Deutschen, führt zugleich zu einer Externalisierung des Bösen und einer Bestätigung der eigenen, heroisch-patriotischen Geschichtsbetrachtung. Die Ursache für die Amerikanisierung des Holocaust liegt gerade darin, dass der Völkermord an den europäischen Juden für die Amerikaner zugleich einen kritischen und einen heroischen Zugang zur Geschichte eröffnet.

Trotz der gewachsenen Popularität der kritischen Geschichtsbetrachtung und der neuen Opferkultur pflegt die überwiegende Mehrzahl der Amerikaner weiter ein heroisch-patriotisches Verhältnis zur eigenen Geschichte. Es ist kein Zufall, dass alle »history wars« der vergangenen Jahrzehnte zwischen der heroischen und der kritischen Aneignung von Geschichte stattgefunden haben.

Dies entspricht jüngsten Umfragen, wonach mehr als siebenzig Prozent der Amerikaner sich als »patriotisch« oder als »sehr patriotisch« empfinden. Trotz Unbehagens an Teilen der eigenen Geschichte feiert diese Mehrheit mit robustem Selbstbewusstsein immer aufs Neue ihre große Vergangenheit, als Manifestation ihrer Auserwähltheit und Einzigartigkeit und als Auftrag an die Zukunft, die amerikanische Sendung zu erfüllen. Die amerikanische Geschichte wird als Entfaltungsprozess der Freiheit begriffen, das Sendungsbewusstsein hat seinen Ursprung in einer säkularisierten Geschichtsteleologie des 18. Jahrhunderts.

Die amerikanische Geschichte ist in dieser Ideologie der Sendung gleichsam eingekapselt, sie ist, um wieder mit Nietzsche zu sprechen, von einer »umhüllenden Atmosphäre« umgeben, die sie vor allzu großer Kritik schützt und ihr die Fähigkeit belässt, zur Identität der amerikanischen Nation beizutragen und sich in Abgrenzung vom »Anderen« und »Fremden« der eigenen Identität zu versichern.

Die amerikanische Zivilreligion produziert bei Bedarf die notwendigen Feindbilder. Nach dem Muster des spätantiken Religionsstifters Mani haben die Amerikaner besonders ihre Kriege als radikale Gegenüberstellung eines guten und eines bösen Weltprinzips gedeutet. Jeder Feind saß damit automatisch in der manichäischen Falle des amerikanischen Sendungsbewusstseins: zuerst die Indianer, dann England und Georg III., dann die Spanier und Mexikaner, im 20. Jahrhundert vornehmlich die Deutschen, Japaner, Russen, Chinesen, Nordvietnamesen und Iraker.

Die Amerikanisierung des Holocaust, die ständige Konfrontation mit dem absolut Bösen, gibt der amerikanischen Nation die immerwährende Möglichkeit, das Böse zu externalisieren und zugleich die Notwendigkeit der eigenen Mission, der



freiheitlich-demokratischen Sendung, zu erneuern. Im Angesicht des Holocaust überzeugt sich die amerikanische Nation jeden Tag aufs Neue, die einzig unersetzliche Nation der Welt zu sein, wie es Außenministerin Madeleine Albright formulierte. Der Holocaust ist nicht nur zum Zentrum der Identität der amerikanischen Juden, sondern auch zu einem wichtigen Bestandteil der amerikanischen Zivilreligion geworden. Die zwei Millionen Besucher des Holocaust-Museums in Washington D.C. erfahren diese Dialektik hautnah: Nach der Konfrontation mit den überwältigenden Szenen der Unmenschlichkeit finden sie sich im monumentalen Zentrum Washingtons wieder – inmitten der Denkmäler der Freiheit und der amerikanischen Mission. Der Name des Museums trifft diesen Sachverhalt genau: United States Holocaust Memorial Museum.



# 14. Auf dem Weg zur imperialen Hypermacht? Die manichäische Falle ist besetzt. US-Außenpolitik nach dem 11. September 2001

Der Terrorangriff am 11. September 2001 auf das Symbol des Kapitalismus und des freien Handels in einer globalisierten Welt, das World Trade Center in New York, und auf das Symbol der globalen militärischen Macht der USA, das Pentagon, hat, wie jeder Krieg, die realen Machtverhältnisse offengelegt. Er wurde zur Stunde der Wahrheit – über die alles überragende Stellung der einzig verbliebenen Supermacht der Welt, die Bedeutungslosigkeit von UNO und NATO und, damit verbunden, die weltpolitische Marginalisierung Europas. Von der Utopie, dass sich die NATO irgendwann auf zwei Pfeiler, einen amerikanischen und einen europäischen, stützen würde, ist nichts übrig geblieben. Die auf der Konferenz von Prag im Jahre 2002 aus der Taufe gehobene »neue NATO« wird entweder funktionslos oder ein Nebenerwerbsbetrieb der USA unter ihrer Kontrolle sein: Nebenerwerbsbetrieb deshalb, weil 90 % des US-Militärpotentials außerhalb der NATO Verwendung findet. NATO-Generalsekretär Robertson hat Europa zu Recht eine »militärische Pygmäe«<sup>1</sup> genannt.

Die USA dagegen haben, wenn man von dem angelsächsischen Verbündeten Großbritannien und einigen eher symbolischen Hilfsvölkern absieht, praktisch im Alleingang zwei Blitzkriege geführt und militärisch gewonnen. In Afghanistan benötigten die USA gut hundert Tage, um durch Hochtechnologie, Bomben, ca. 70 Millionen US-Dollar Bestechungsgelder und nur ungefähr 500 Amerikaner am Boden das Taliban-Regime zum Einsturz zu bringen und der Terrororganisation Al-Quaida eine territoriale Basis zu entziehen. Gegen den Irak und Saddam Hussein benötigten die USA neben Hochtechnologie, Bomben und Bestechungsgeldern zwar mehr Bodentruppen, dafür ging aber alles noch schneller.

Diese neue militärische Entschlossenheit der USA unter ihrem Präsidenten George W. Bush und die Unterstützung dieser kriegerischen Politik durch die Mehrheit des amerikanischen Volkes ist ohne den 11. September nicht zu erklären. Der erfolgreiche Angriff der Terroristen hat die amerikanische Nation in einem Ausmaß getroffen und erschüttert, das von Völkern, die Bombenangriffe in ganz anderer Größenordnung erlebt und überlebt haben, nur schwer zu verstehen ist. Trauer, Wut und die Angst vor einem weiteren Angriff, auch das tiefe Bedürfnis nach Rache, sind nur zu erklären, wenn man bedenkt, dass dem amerikanischen Volk eine Sicherheit genommen wurde, die bis dahin zum selbstverständlichen Teil des American way

---

1 »Europe's Military Mirage«, Stratfor, <http://stratfor.com>, 5. February 2002, 2, zitiert nach: Walter LaFeber, *The Bush Doctrine*, in: *Diplomatic History* Ed. 26, Nr. 4, Fall 2002, S. 554.

*Erstveröffentlichung:* Auf dem Weg zur imperialen Hypermacht? Die manichäische Falle ist besetzt. US-Außenpolitik nach dem 11. September 2001, in: Detlef Junker: *Power and Mission. Was Amerika antreibt*. Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2003, S. 151–174.

of life gehörte: die territoriale Unversehrtheit. Die nukleare Bedrohung im Zeitalter des Kalten Krieges war aufgrund der erfolgreichen Politik der Abschreckung für das amerikanische Volk weitgehend abstrakt geblieben. Vorher galt der schon zitierte Witz über die unvergleichliche amerikanische Sicherheitslage: im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische. Die Terroristen gefährdeten und gefährden das oberste Ziel der US-Strategie im 20. Jahrhundert, ja seit der Monroe-Doktrin von 1823, nämlich die Sicherheit der kontinentalen USA. Der von Präsident Bush mehrfach bemühte Vergleich, der 11. September sei das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts, ist untertrieben. Bei dem Angriff der Japaner handelte es sich um einen Außenposten im Pazifik, der Angriff der Terroristen zielte auf das symbolische Herz der USA. Der 11. September hat daher das Lebensgefühl der Amerikaner von Grund auf verändert.

Der neue Feind schuf Klarheit. Auf dem Kompass des amerikanischen Globalismus gab es einen neuen Nordpol. Die Unübersichtlichkeit der Weltlage und die damit teilweise verbundene Ratlosigkeit der US-Weltpolitik in der Amtszeit von Präsident Clinton verflüchtigen sich. Die manichäische Falle des amerikanischen Sendungsbewusstseins ist wieder besetzt, eben durch den internationalen Terrorismus. Der amerikanische Globalismus ruht erneut auf der Trias von Furcht vor einem »Reich des Bösen«, globalen Interessen und der Missionsidee der Freiheit.

Der große Unterschied zu den Regierungen von Präsident Bush dem Älteren und Präsident Clinton liegt deshalb in der Militarisierung der US-Außenpolitik. Zwar gilt grundsätzlich die dreifache, globale Bestimmung des nationalen Interesses der USA weiter, die unteilbare Sicherheit, der unteilbare Weltmarkt und die unteilbare Freiheit, aber die militärische und die ideelle Komponente, Sicherheit und Freiheit, haben gegenüber dem Markt eindeutig an Bedeutung gewonnen. Es ist fast so, als hätten in Washington die Krieger und Priester die Händler von der Spitze der US-Regierung verdrängt.

Hand in Hand mit der Militarisierung der US-Außenpolitik nach dem 11. September geht ihre Unilateralisierung, d. h. mit dem seit dem 11. September noch gewachsenen, stolzen Bewusstsein, die einzig verbliebene Supermacht der Welt zu sein, die ihre Interessen notfalls allein vertreten kann und Verbündete nur sucht und benutzt, wenn diese das tun, was die USA wollen. In einer Koalition ist nur der willkommen, der zu amerikanischen Bedingungen kämpft (coalition of the willing).

Die Welt ist aus der Perspektive von Präsident Bush und seiner einflussreichen Berater, überwiegend einer Generation von Falken, die vor der 68er-Bewegung sozialisiert wurde, unipolar geworden. Es gibt keine rivalisierende Macht mehr, und so soll es nach Ansicht der Falken auch bleiben. So könnten die Sicherheit der USA und die Ordnung in den verschiedenen Regionen der Welt im Konfliktfall nicht durch Bündnisse gleicher Mächte – die es eben nicht mehr gibt –, auch nicht durch internationale Organisationen wie die UNO und multilaterale Verfahren, sondern letzten Endes nur durch die Militärmacht der USA gewährleistet werden. Gulliver könne sich nicht durch multilaterale Verfahren und die Fesseln der vielen Zwerge binden lassen.

Diese von den Falken schon vor dem 11. September 2001 entwickelte Weltsicht ist durch den Terrorismus noch verstärkt worden. Denn erst seit dem 11. September

finden die Falken den notwendigen Rückhalt im amerikanischen Volk; erst seit dem 11. September kann Präsident Bush seinen Zwei-Fronten Krieg gegen die tatsächlichen und vermeintlichen Terroristen zu Hause und in der Welt führen. Erst seit dem 11. September wird das besondere Wesen seiner Präsidentschaft sichtbar, nämlich der dauernde Ausnahmezustand. Gestützt auf die Angst und den Patriotismus der Mehrheit der Amerikaner, die Mehrheit der regierungskonformen Massenmedien, den patriotischen Konformitätsdruck in der amerikanischen Gesellschaft, die Flucht des Kongresses aus der außenpolitischen Verantwortung und die Unfähigkeit der Demokraten, eine erkennbare Alternative zu formulieren, versucht Bush, die Nation in dauernder Alarmbereitschaft zu halten. Politisch lebt seine Präsidentschaft seit dem 11. September vom und durch den Krieg.

Der Terrorismus stellt, besonders in der möglichen Kombination mit Massenvernichtungswaffen, nach Ansicht von Präsident Bush eine neue Art von Bedrohung dar, die weder eingedämmt noch abgeschreckt werden könne, sondern vernichtet werden müsse. Die USA müssten angesichts dieser neuen Bedrohung eine neue Symmetrie der Verteidigung finden. Terroristen respektierten keine Grenzen, die USA könnten es deshalb auch nicht tun. Deshalb müssten sie, notfalls präventiv und notfalls allein, in die Innenpolitik anderer Staaten eingreifen. Die dem klassischen Völkerrecht zugrunde liegende Souveränitätsvorstellung schütze erstens auch Diktaturen und sei zweitens angesichts dieser neuen Bedrohung eine selbstmörderische Illusion.

Die Grundelemente der amerikanischen Antwort auf den 11. September schälten sich, wie Historiker erstaunlicherweise schon heute wissen, innerhalb von neun Tagen heraus, zwischen dem Angriff und dem 20. September 2001, als Präsident Bush vor beiden Häusern des Kongresses die Antwort auf die Herausforderung durch den Terrorismus formulierte. Sein jährlicher Rechenschaftsbericht zur Lage der Nation vom 29. Januar 2002 enthielt keine strukturellen Neuigkeiten. Auch die manichäische Teilung der Welt in Gut und Böse – symbolisiert in der »Achse des Bösen«, die die Staaten Irak, Iran und Nordkorea aus der Sicht von Bush verkörpern – war tendenziell schon in seiner Rede in der Washingtoner Kathedrale vom 14. September und der Ansprache im Kongress am 20. September 2001 enthalten.

Über die Entscheidungsprozesse im Weißen Haus vom 11. bis 20. September sind Historiker deshalb so vorzüglich informiert, weil zwei Journalisten, Dan Balz und der berühmte Watergate-Veteran Bob Woodward, vom 27. Januar bis 3. Februar 2002 in der »Washington Post« eine atemberaubende Insider-Geschichte in acht Folgen publizierten, die auf ausführlichen Interviews und Gesprächen mit allen Hauptbeteiligten, einschließlich Präsident Bush, beruht. Obwohl die Journalisten die Leser warnten, dass diese Geschichte notwendigerweise unvollständig sei und einige Gegenstände von den Hauptbeteiligten nicht diskutiert werden wollten, um die nationale Sicherheit und die Vertraulichkeit der Beratungen nicht zu gefährden, können die zentralen Elemente der amerikanischen Antwort und ihre Motive mit großer Klarheit rekonstruiert werden. Für diese Rekonstruktion benutzt der Historiker sein übliches Handwerkszeug: innere und äußere Quellenkritik, Vergleich der wörtlichen Zitate aus dem Zentrum der Macht mit den öffentlichen Verlautbarungen und den tatsächlichen Handlungen, Einordnung der gewonnenen Hypothesen

in das Erfahrungs-, d. h. Regelwissen des Interpreten über seinen Gegenstand. Die Einsichten und Fakten der Reportage der beiden Journalisten sind überdies ein hervorragender Schlüssel zum Verständnis der öffentlichen Reden von Präsident Bush. Bob Woodward hat eine für die ersten Tage gekürzte, in der Sache bis zum Ende des Afghanistankrieges ergänzte Fassung in Buchform veröffentlicht, die auch ins Deutsche übersetzt wurde.<sup>2</sup>

Es gibt die kluge Beobachtung, dass in Fragen der Politik und Weltgeschichte die Politiker das erste Wort, die Journalisten das zweite, die Politikwissenschaftler das dritte, aber die Historiker das letzte Wort haben. In diesem Fall ist das Wort erstaunlich schnell zu den Historikern durchgereicht worden.

Die zentralen politischen Entscheidungen, die bis heute Gültigkeit haben, begann Präsident Bush schon an dem chaotischen 11. September zu treffen, als er Mühe hatte, von Florida über Nebraska wieder in das Weiße Haus zurückzukehren. Diese Entscheidungen waren spontan, sie kamen gleichsam aus dem Bauch, etwas vornehmer ausgedrückt: aus dem Kern seiner Person. Es gibt ein Foto von Präsident Bush, als ihm kurz nach 9 Uhr Ortszeit in einer Volksschule in Sarasota die Nachricht vom Angriff auf den zweiten Turm, den Südturm, des World Trade Centers überreicht wurde. Bushs Blick geht zugleich nach Innen und in die Ferne. Später sagt er über diesen Augenblick: »In diesem Augenblick wurde mir klar, dass wir in den Krieg gehen würden.« Die frühen Entscheidungen wurden auch durch die Beratungen der nächsten Tage nicht wesentlich modifiziert. Wie überhaupt gesagt werden muss, dass Bush zur Überraschung vieler die treibende und natürlich kraft Amtes entscheidende Person auf amerikanischer Seite war und vermutlich bis heute ist. Was nun waren die spontanen Einsichten und Reaktionen des Präsidenten am 11. September?

Der Angriff, so Bush, ist nicht nur ein Akt des Terrorismus, der Angriff bedeute Krieg, und zwar Krieg mit potentiell weltweiten Dimensionen. Als CIA-Direktor George J. Tenet Bush noch am 11. September darauf aufmerksam machte, man habe im Hinblick auf den Terrorismus ein 60-Länder-Problem, antwortete Bush, man werde eines nach dem anderen »rannehmen«. Der 11. September sei, so Bush, ein Fanal, das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts. Schon an diesem Tag formulierte er, ohne seinen Außenminister Colin Powell überhaupt zu fragen, auch jene Strategie, die dann als »Bush-Doktrin« bekannt wurde. Wie jeder amerikanische Präsident, der etwas auf sich hält und in die Geschichte eingehen will, formulierte also auch Bush eine Doktrin. Ihr Inhalt: Die amerikanische Regierung werde im bevorstehenden Krieg keinen Unterschied machen zwischen Terroristen, die die Verbrechen begehen, und jenen, die diesen einen sicheren Hafen gewährten. Außerdem werde er die ganze Welt zu einer politischen und moralischen Parteinahme zwingen: Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen.

In den nächsten Tagen wurden weitere Elemente der amerikanischen Antwort sichtbar. Man werde die Nation und die Welt auf einen langen Krieg vorbereiten müssen. Die Antwort müsse hart und spektakulär sein und die Terroristen wirklich treffen. »The American people«, so Bush, »wants a Big Bang.« Clintons Taktik, zur

2 Bob Woodward, *Amerika im Krieg*, Stuttgart/München 2003.

Beruhigung der öffentlichen Meinung in den USA einige Marschflugkörper gegen vermutete Terroristen abzufeuern, sei völlig unzureichend. Die Welt und die Terroristen, so Bush, müssten von dem Eindruck befreit werden, dass die USA ein materialistisches und hedonistisches Land seien, das nicht bereit sei, für seine Sicherheit, seine Interessen und die Freiheit der Welt zu kämpfen.

Einig war sich Bush mit seinen Beratern – unter anderem mit Vizepräsident »Dick« Cheney, mit Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld, mit Außenminister Colin L. Powell, mit Generalstabschef Henry H. Shelton, mit Generalstaatsanwalt John D. Ashcroft, mit seinem Stabschef Andrew H. Card, mit CIA-Direktor Tenet und mit der überaus einflussreichen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice –, dass die USA eine weltweite Koalition gegen den Terrorismus schmieden müssten, allerdings ausschließlich zu Bedingungen, die in Washington festgelegt würden. Bush sprach im kleinen Kreis zwar davon, dass die Gerechtigkeit der amerikanischen Sache die Welt an die Seite der USA bringen werde, aber er machte zugleich klar, dass die amerikanische Mission die Koalition zu definieren habe, nicht umgekehrt. Mehrmals betonte Bush in diesen internen Debatten, dass die USA notfalls allein kämpfen würden.

Am Sonntag, den 15. September, konferierte er, wie einst sein Vater vor der Entscheidung zum Golfkrieg, mit seinen engsten Beratern im präsidentiellen Landsitz in Maryland, in Camp David. Ihnen gegenüber erklärte der Präsident über den bevorstehenden Krieg gegen den Terrorismus: »Es kann sein, dass wir irgendwann als einzige übrigbleiben. Ich habe nichts dagegen. Wir sind Amerika.« Diese Äußerung beunruhigte Außenminister Powell, der dafür zuständig war, den Beschluss der Regierung Bush, eine internationale Koalition im Kampf gegen den Terrorismus zu schmieden und zumindest den Anschein von Multilateralität zu wahren, umzusetzen. Allerdings hatte Powell am Tag zuvor in der Kabinettsitzung zur allgemeinen Erheiterung beigetragen, als er von seinen Telefonaten mit 35 Regierungen berichtete, die er schon vormittags geführt habe. Von so viel Multilateralität, so Powell, sei er fast seekrank geworden.

Auch die operativen und strategischen Entscheidungen wurden in den Diskussionen der ersten Tage gefällt, wie überhaupt diese Tage einen erneuten Beweis für die Fähigkeit des amerikanischen politischen Systems darstellen, auch und gerade in Krisenzeiten Entscheidungen zu fällen. Man darf nicht darüber nachdenken, was passiert wäre, wenn der Angriff auf London, Paris, Rom oder Berlin gezielt hätte. Dazu gehörte der Entschluss, in Afghanistan gegen die Taliban zu kämpfen, um Bin Laden und die Terrororganisation Al-Quaida zu vernichten. Erst nach mehrtägigen, kontroversen Beratungen wurde ein zeitgleicher Angriff auf den Irak aufgeschoben. Gegen einen Angriff auf den Irak wandte sich besonders Generalstabschef Shelton, weil es bisher keinen Beweis dafür gebe, dass der Irak für den Terrorismus verantwortlich sei. Auch Powell war beunruhigt, dass Cheney, Rumsfeld und sein Stellvertreter Wolfowitz auch in den nächsten Monaten immer wieder das Thema »Irak« zur Debatte stellten.

Um das Kriegsziel in Afghanistan zu erreichen, wurde der härteste, von Shelton vorgetragene Kriegsplan von Präsident Bush in Kraft gesetzt, nämlich in Afghanistan mit Marschflugkörpern, mit Bombern und auch mit Spezialeinheiten auf dem Boden

einzugreifen. Zugleich unterzeichnete Bush eine Verordnung, in dem der CIA zu einer beispiellosen Ausweitung und Intensivierung seiner geheimen Aktivitäten in 80 Staaten autorisiert wurde. Die massive Erhöhung der Summe für Bestechungsgelder war dabei die friedlichste Maßnahme. CIA-Direktor Tenet hatte nach Camp David einen Meisterplan mitgebracht, betitelt »World Wide Attack Matrix«, in dem der geheime Kampf in diesen 80 Ländern entworfen wurde. Bush war nach dem Vortrag seines CIA-Chefs so begeistert, dass er ausrief: »Great job!«

Schließlich wird aus der Analyse dieser internen Beratung deutlich, dass der tiefsitzende Manichäismus von Präsident Bush, die Scheidung der Welt in Gut und Böse, keine aufgesetzte, öffentliche Geste ist, sondern zum Kern seines politischen Weltbildes gehört. Der Krieg sei, so Bush gegenüber seinen engsten Beratern, ein monumentaler Kampf zwischen Gut und Böse, ein Kreuzzug, der seine Präsidentschaft und sein Bild in der Geschichte bestimmen werde. Bushs Hauptredenschreiber Michael Gerson bezeugt, er habe den Präsidenten noch nie so voller Leidenschaft erlebt wie bei der Vorbereitung seiner Rede vom 20. September, die er und seine Kollegen auf Anregung von Bush einige Mal umschreiben mussten und die Bush selbst Zeile für Zeile korrigierte. Mit Emphase erklärte Bush zwei Tage vor der Rede gegenüber Gerson: »Dies wird meine Präsidentschaft bestimmen.« Nach der Rede, die von 80 Millionen der 281 Millionen Amerikaner auf dem Bildschirm live verfolgt wurde, sagte Bush zu Gerson: »Ich habe mich noch nie in meinem Leben so mit mir im Reinen gefühlt.«

Bush hat seine Mission gefunden, die noch lange nicht beendet ist: die Vernichtung des Bösen, wenn nötig in einem langen Krieg; die Gewährleistung der zukünftigen Sicherheit der USA durch präventive Einsätze, wenn nötig überall auf der Welt, und strengste Sicherheitsmaßnahmen im Lande selbst. Dieser Krieg kann lange dauern, wenn nötig so lange wie der Zweite Weltkrieg oder der Kalte Weltkrieg. Für Bush darf sich der 11. September nicht wiederholen. Deshalb erklärte Bush am 20. September vor dem Kongress: »Dies ist nicht nur Amerikas Kampf. Was auf dem Spiel steht, ist nicht allein Amerikas Freiheit. Dies ist der Kampf der gesamten Welt. Dies ist der Kampf der Zivilisation, dies ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glauben ... Die zivilisierte Welt schart sich um Amerika. Sie weiß, dass ihre Städte, ihre Bürger die nächsten sein könnten, wenn dieser Terror ungestraft bleibt ... Der Verlauf dieses Konfliktes ist noch ungewiss, aber sein Ausgang ist sicher. Freiheit und Angst, Gerechtigkeit und Grausamkeit befinden sich stets im Krieg, und wir wissen, dass Gott in ihrem Kampf kein neutraler Beobachter ist. Meine Mitbürger, wir werden der Gewalt mit geduldiger Gerechtigkeit begegnen – in dem sicheren Bewusstsein, dass unser Anliegen richtig ist, und im Vertrauen auf kommende Siege. In allem, was vor uns liegt, möge Gott uns Weisheit schenken; und möge ER über die Vereinigten Staaten von Amerika wachen.«<sup>3</sup>

Inzwischen gibt es die gut begründete Vermutung, dass der 11. September für eine äußerst einflussreiche Gruppe von Amtsträgern und politischen Strategen, die in einem beispiellosen Akt der Machtübernahme gleichsam das Weiße Haus

3 Die deutsche Übersetzung nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.2001, Nr. 221, S. 8.



»gekidnappt« und Herz und Verstand des Präsidenten erreicht haben, zu der weltgeschichtlichen Gelegenheit wurde, um das zu tun, was sie in den neunziger Jahren in ihren Publikationen und Denkschriften vorgedacht hatten: die Begründung einer konkurrenzlosen Pax Americana für das 21. Jahrhundert. Diese Gruppe will nicht eine amerikanische Weltherrschaft, aber eine Weltvorherrschaft errichten, die es den USA auf unbestimmte Zukunft erlaubt, die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne zu bestimmen.

Die machtpolitische Sonderstellung zeigt sich auch darin, dass diese Revolutionäre im Konfliktfall bereit sind, in die Innenpolitik anderer Staaten, wenn nötig, militärisch einzugreifen, selbst aber nicht im Traum daran denken, auf das zentrale Element des modernen Staates zu verzichten, wie es sich seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hat: die nationale Souveränität. Sie bestehen auf der Unabhängigkeit nach außen, der Politik der freien Hand und der Fähigkeit zum einseitigen Handeln. Diese Revolutionäre sind nicht gewillt, die Entscheidungsfreiheit der USA durch internationales Recht und internationales Abkommen einschränken zu lassen, wenn es dem widerspricht, was sie für das nationale Interesse der USA halten.

Die Weigerung, die USA für den Schutz der Umwelt durch die Kyoto-Protokolle oder bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen durch einen internationalen Gerichtshof binden zu lassen, sind dafür prominente Beispiele. In dieser Hinsicht trennt die konservativen Revolutionäre ein Ozean von der politischen Klasse und Kultur der Bundesrepublik, die ganz auf Frieden, Multilateralität, Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und Selbsteindämmung eingeschworen ist. Für die Repräsentanten des auserwählten Volkes dagegen kommt erst die Moralität, dann die Legalität.

Die Weltvorherrschaft soll sich auf eine globale militärische Dominanz zu Wasser, in der Luft und im Weltraum stützen, auch auf militärische Basen, die sich inzwischen über die Welt verbreitet haben. Diese neue Dominanz macht es auch möglich, dem obersten Grundsatz der amerikanischen Kriegsführung und der Erwartung des amerikanischen Volkes zu genügen, möglichst wenig eigene Truppen im Landkrieg einzusetzen und möglichst wenig amerikanische Menschenleben zu riskieren. Zugleich verringert diese neue Dominanz die Abhängigkeit von militärischen Bundesgenossen wie im Zweiten Weltkrieg, als die russischen Soldaten die deutschen Divisionen dezimierten und in der Endphase des Krieges die japanischen Heere auf dem chinesischen Festland vernichten sollten. Außerdem geht die Entwicklung der von Präsident Reagan begonnenen Raketenabwehrprogramme weiter. Ferner haben die USA, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, im Frühjahr 2002 das Versprechen zurückgenommen, nicht-nukleare Mächte nicht mit Atomwaffen anzugreifen. Das oberste Ziel dieser Strategie ist es, möglichst die USA gegen jeden Angriff sicher zu machen, zugleich jeden Teil der Welt für amerikanische Interventionen offen zu halten. Damit produzieren sie ein klassisches Sicherheitsdilemma: Je totaler die Sicherheit für die USA, desto totaler die Unsicherheit für den Rest der Welt.

Der uneinholbare militärische Vorsprung ist für die konservativen Revolutionäre die Basis zukünftiger amerikanischer Weltvorherrschaft. Daneben rechnen sie mit dem Gewicht der amerikanischen Volkswirtschaft, dem Einfluss der

amerikanischen Populärkultur, mit wechselnden Bündnissen und der Attraktivität des amerikanischen Versprechens von Freiheit.

Mit dem Begriff »Weltvorherrschaft« kann diese neue Utopie deshalb angemessen beschrieben werden, weil er uns gestattet, sie einerseits vom Ziel der »Weltherrschaft«, andererseits von der hegemonialen Rolle als Führungsmacht der westlichen Welt im Kalten Krieg zu unterscheiden. Im Selbstverständnis der Weltvorherrschaftsideologen haben es die USA wegen des Zusammenbruches der Sowjetunion nicht länger nötig, wie im Kalten Krieg die Rolle des »wohlwollenden Hegemons« zu spielen, das heißt im Rahmen ihrer Führungsrolle die Interessen der abhängigen Bündnispartner zu berücksichtigen, im Dialog Interessenunterschiede durch pragmatische Kompromisse einzuebnen und auf dieser Grundlage freiwillige Gefolgschaft zu gewinnen. Nicht umsonst konnte während des Kalten Krieges die amerikanische Außenpolitik gegenüber Westeuropa im Allgemeinen, der Bundesrepublik im Besonderen als »Imperium auf Einladung« oder »Imperium durch Integration«<sup>4</sup> beschrieben werden. Weltvorherrschaft ist nicht mehr Hegemonie und noch nicht Weltherrschaft, sie liegt irgendwo dazwischen, die genaue Position ändert sich durch die sich wandelnden Rahmenbedingungen der Weltpolitik.

Wenn den USA das in den nächsten Jahrzehnten gelänge, würden sie – im Sinne der Weltvorherrschaft – zu einer imperialen Hypermacht von globaler Reichweite. Im Vergleich dazu war das Römische Reich eine regionale, um das Mittelmeer zentrierte Macht, auch auf dem Höhepunkt seines Einflusses nur eines unter mehreren Reichen, die sich vom Atlantischen Ozean über ganz Eurasien hinweg bis zum Pazifischen Ozean erstreckten, wie das Reich der Parther und Kushana.<sup>5</sup>

Der engere Führungskreis um Bush liest sich wie ein »Wer ist Wer?« dieser Ideologen der amerikanischen Weltvorherrschaft.<sup>6</sup> Dazu zählen der nach Ansicht vieler einflussreichste Politiker nach dem Präsidenten, sein Vizepräsident Dick Cheney, dessen Stabschef I. Lewis Libby und dessen Sicherheitsberater Eric Edelman; Verteidigungsminister Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz und sein Berater Richard Perle; der stellvertretende Außenminister Richard Armitage und der Staatssekretär für Rüstungsfragen im Außenministerium, John Bolton; und natürlich die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, die wie niemand sonst über das knappste Gut in einer imperialen Präsidentschaft verfügt, über ständigen Zugang zum Präsidenten, und zwar nicht nur im Weißen Haus, sondern auch in Camp David und in Texas. Schon im Wahlkampf 2000 bekannte der damals außenpolitisch unerfahrene Bush, niemand könne ihm die Außenpolitik besser erklären als Condoleezza Rice.

Misst man den Präsidenten selbst, der vor Beginn des ganz auf Innenpolitik konzentrierten Präsidentschaftswahlkampfes im Jahre 2000 außenpolitisch ein unbeschriebenes Blatt und weniger in der Welt herumgekommen war als die besseren Heidelberger Geschichtsstudenten, an seinen öffentlichen Äußerungen und Taten,

4 Vgl. Geir Lundestad, *The American »Empire«*, Oxford 1990.

5 Dennoch kann es sinnvoll sein, die Strukturen des Römischen Reiches mit den Strukturen des Neuen Roms zu vergleichen. Vgl. dazu Peter Bender, *Weltmacht Amerika – Das Neue Rom*, Stuttgart 2003.

6 Eine gute Übersicht bietet Stefan Fröhlich, *Hegemonialer Internationalismus*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.4.2003, Nr. 85, S. 8.

dann hat er die Weltsicht der Weltvorherrschaftsideologen weitgehend übernommen. Ähnliches gilt für seine Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Bei dem missionarischen Eifer, mit dem diese Gruppe ihre Ziele verfolgt, darf man davon ausgehen, dass fast alle Führungspositionen im Weißen Haus und den entscheidenden Ministerien inzwischen von Clinton-Leuten gereinigt wurden. Es soll noch Inseln des Widerstandes im Außenministerium geben, dessen Chef Colin Powell, trotz schwerster Differenzen mit diesen unilateralen Falken, als loyaler Soldat, patriotischer Amerikaner und ehrgeiziger Politiker bisher nicht das getan hat, was der Präsident selbst für eine politische Ursünde hält: Streit innerhalb der Regierung nach außen zu tragen. Inneramerikanische Kritiker lässt der Präsident nicht ins Weiße Haus vor, auf öffentliche Kritik reagiert er beleidigt und nachtragend, besonders dann, wenn seine moralische Integrität und die Legitimität seiner Mission infrage gestellt werden.

Im Bannkreis und im Austausch mit der Regierung Bush bewegt sich ein Zirkel von Historikern, Strategen, Kommentatoren und Analysten, die durch ihre Bücher und Denkfabriken die neue Weltsicht verbreiten: neben William Kristol, Eliot A. Cohen, Lawrence F. Kaplan, Victor Davis Hanson, Bernard Lewis auch Robert Kagan, der die Welt mit der Erkenntnis überraschte, dass die Amerikaner vom Mars (kriegerrisch und handlungsstark), die Europäer von der Venus (friedfertig und handlungsunfähig) seien.<sup>7</sup> Oder Francis Fukuyama, ein ehemaliger »Hegel im Außenministerium«, der schon 1992 verkündete, dass die Weltgeschichte an ihr Ende gekommen sei, weil es für die gesamte Welt keine mögliche und moralisch berechnete Alternative zum westlich-amerikanischen Modell von Markt und Freiheit mehr gebe.<sup>8</sup>

Diese Ideologen der amerikanischen Weltvorherrschaft sind belesen und geschichtsbewusst. Sie denken über den Aufstieg und Fall der bisherigen Weltreiche nach, suchen nach Analogien, Lehren und Handlungsanweisungen aus der Geschichte, um den zukünftigen Fall des neuen amerikanischen Imperiums möglichst zu vermeiden. Die Machtpolitiker plündern Klassiker wie Thukydides, Machiavelli und Hobbes aus, die Militärstrategen fragen sich, wie die USA ein neues Pearl Harbor oder einen zweiten 11. September unter den modernen Bedingungen asymmetrischer Kriegsführung vermeiden könnten<sup>9</sup>, und die Naturrechtler entdecken Philosophen wie Leo Strauss, um die freiheitliche Mission Amerikas auf eine moralische Grundlage zu stellen.

Man pflegt diese Gruppe inzwischen weltweit als »Neokonservative« (Neocons) zu bezeichnen. Angemessener wäre es, sie »konservative Revolutionäre« zu nennen. Sie sind »konservativ« in dem Sinne, dass sie genau das »bewahren« wollen, was in diesem Buch beschrieben und erklärt wurde: die globale, machtpolitische Sonderstellung der USA als Ergebnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts – und die amerikanische Sendungsidee der Freiheit, die zivile Religion Amerikas, wie sie sich seit dem 18. Jahrhundert herausgebildet hat, eben Amerikas Macht und Mission, »power and mission«.

7 Robert Kagan, Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.

8 Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?, München 1992.

9 Vgl. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Hamburg 2002.

Jeder, der die Selbstzeugnisse der Ideologen der amerikanischen Weltvorherrschaft und die offizielle Weltdeutung des Weißen Hauses vom September 2002 liest, entdeckt sofort, dass es ganz falsch wäre, nur die machtpolitischen Passagen über die neue amerikanische Unilateralität zu zitieren und die Zivilreligion der Freiheit lediglich als Rhetorik oder falsches Bewusstsein zu deuten, wie es im säkularisierten Europa und Deutschland zum guten Ton gehört. Die machtpolitische Realität USA wird auch von der Regierung Bush als Vision und Idee verstanden.

»Revolutionär« sind diese Konservativen in dem Sinne, dass sie nach dem Ende der bipolaren Welt des Kalten Krieges das Kernprinzip ihrer eigenen Verfassung, die Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung (checks and balances), in der internationalen Politik aufheben und die USA als einzig verbliebene und konkurrenzlose Supermacht auf Dauer etablieren wollen. Das ist in der Tat eine revolutionäre Utopie, entworfen gegen alle Erfahrung und Wahrscheinlichkeit. Diese Utopie ist zugleich von tiefer Angst getrieben, von der Angst vor dem Chaos, der Unübersichtlichkeit und Pluralität der Welt, ja vor dem Teufel und den Kräften des Bösen. In den Tiefenschichten dieser scheinbar kalten Machtpolitiker lauert die Angst vor dem Ende des amerikanischen Traums. Und nicht von ungefähr gibt es Anzeichen dafür, dass auch innenpolitisch mit der schleichenden Erosion bürgerlicher Freiheiten das Prinzip der Gewaltenteilung aufgeweicht werden könnte.

Wer diese »konservativen Revolutionäre« verstehen will, muss sich nur die Mühe machen, gut hundert Seiten Text zu lesen, die öffentlich und über das Internet zugänglich sind: erstens ein zusammenfassendes Strategiepapier der Weltvorherrschaftsdenker, das im und für den Wahlkampf 2000 veröffentlicht wurde; ein Papier für eine zukünftige Pax Americana, das an – brutaler – Deutlichkeit und Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt.<sup>10</sup> Und zweitens das offizielle, vom Weißen Haus publizierte Memorandum zur nationalen Sicherheit vom 17. September 2002.<sup>11</sup>

Der wahlkämpferische Ausgangspunkt der konservativen Strategen im Jahre 2000 war eine Kritik an der aus ihrer Sicht unzusammenhängenden und ratlosen Außenpolitik Clintons nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Zeit des Experimentierens und des Herumtastens sei vorbei. Clinton habe keine Vision für die zukünftige Rolle Amerikas in der Welt gehabt. Die Tragödien des 20. Jahrhunderts hätten zur Genüge bewiesen, was geschehe, wenn die USA die Dinge treiben ließen und nicht die Führungsaufgabe in der Welt übernahmen – eine klare Anspielung auf die Politik der USA in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Die USA hätten eine vitale Rolle zu spielen, um den Frieden und die Sicherheit in Europa, Asien und im Mittleren Osten aufrechtzuerhalten.

Die politische Konsequenz dieser neuen Ortsbestimmung Amerikas war die Forderung nach einer gewaltigen Aufrüstung und Modernisierung der amerikanischen

10 Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century. A Report of The Project for the New American Century, September 2000, 76 Seiten, <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>.

11 The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, the White House, Washington D.C., 31 Seiten, [www.whitehouse.gov/news/releases/2002/10/200211001-6.html](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/10/200211001-6.html). Eine gekürzte deutsche Übersetzung findet sich in: Internationale Politik 12 (2002), S. 113–138. Zitate nach dieser Übersetzung.

Streitkräfte, eine Reorganisation des Pentagons eingeschlossen. Diese Chance könne auch deshalb genutzt werden, weil es zum ersten Male seit vierzig Jahren einen laufenden Überschuss im Bundeshaushalt gäbe. Während Präsident Clinton angekündigt hatte, diesen Überschuss in der Zukunft für den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zu verwenden, sahen die neuen Strategen darin eine goldene Gelegenheit, um die Militärausgaben der Zukunft zu finanzieren.

Präsident Bush ist in seiner tatsächlichen Politik genau diesem Masterplan gefolgt. Die öffentlichen Äußerungen von Verteidigungsminister Rumsfeld sind, soweit sie sich nicht auf aktuelle Lagen beziehen, Variationen auf diese Grundmelodie, oft Hymnen auf die neue Qualität und zukünftige globale Bedeutung der amerikanischen Streitkräfte. Die Blitzsiege gegen Afghanistan und den Irak sind aus der Sicht der konservativen Revolutionäre triumphale Bestätigungen der neuen Strategie.

Ein weiteres Leitmotiv der konservativen Revolutionäre war schon Anfang der neunziger Jahre eine scharfe Kritik an der Nahost-Politik Bushs des Älteren und Clintons. Sie hielten es für einen strategischen Fehler erster Ordnung, Saddam Hussein und sein Regime nicht gestürzt zu haben, als sich 1991 im ersten Golfkrieg die Chance dafür geboten hatte. Denn aus ihrer Sicht muss die gesamte Region von Grund auf neu gestaltet werden, wenn die USA ihre strategischen Interessen langfristig sichern wollten und der israelisch-palästinensische Konflikt nach über fünfzig Jahren erfolgloser Krisendiplomatie gelöst werden soll.

Aufgrund dieser schon in den neunziger Jahren formulierten Strategie gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass die offizielle Rechtfertigung des Angriffes gegen den Irak vor der UNO und der Welt, eine Bedrohung der USA durch Massenvernichtungswaffen, nur vorgeschoben war und der Angriff als Teil eines strategischen Gesamtplanes zur Neuordnung im Nahen Osten gedeutet werden muss. Die von den Geheimdiensten zusammengestellte Bedrohungsanalyse hatte, so scheint es, den gleichen Zweck wie Roosevelts Behauptungen im Jahre 1941, dass die Nationalsozialisten Lateinamerika unter ihre Kontrolle bringen und letzten Endes die USA selbst angreifen wollten. Wieder einmal wurden die Gefahren für die Sicherheit der USA und der westlichen Hemisphäre übertrieben, um die amerikanische Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen (*zooming in the enemy*).

Der mit dieser möglichen Täuschung und dem Bruch des Völkerrechts verbundene, weltweite Ansehensverlust der USA trifft allerdings auf eine Regierung, die nicht nur die alleinige Macht hat zu handeln, sondern sich auch moralisch im Recht fühlt. Denn während in dem strategischen Grunddokument aus dem Jahre 2000 mehr von Macht als von Mission die Rede ist, eröffnet Präsident George W. Bush das Vorwort zur nationalen Sicherheitsstrategie vom 17. September 2002 mit einem Manifest der naturrechtlich begründeten, zivilreligiösen Mission der Freiheit, mit einem Motiv, das das ganze Dokument durchzieht: »Die großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus endeten mit einem deutlichen Sieg für die freiheitlichen Kräfte und einem einzigen nachhaltigen Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum. Im 21. Jahrhundert werden nur diejenigen Nationen das Potenzial ihrer Bürger freisetzen und zukünftigen Wohlstand sichern können, die sich dem Schutz grundlegender

Menschenrechte und der Gewährleistung politischer und wirtschaftlicher Freiheit verpflichtet haben. Menschen auf der ganzen Welt wollen das Recht der freien Rede, sie wollen ihre Regierung wählen können, ihre religiöse Überzeugung leben und ihren Kindern eine Schulbildung ermöglichen – seien es nun Jungen oder Mädchen –, Eigentum besitzen und die Früchte ihrer Arbeit genießen. Diese Werte der Freiheit sind für alle Menschen und in jeder Gesellschaft richtig und wahr, und die Pflicht, diese Werte gegen Feinde zu verteidigen, ist die gemeinsame Aufgabe aller freiheitsliebenden Menschen überall auf der Welt und zu allen Zeiten.«<sup>12</sup>

An anderen Stellen des Dokumentes heißt es: »Schließlich werden die Vereinigten Staaten die Gunst der Stunde nutzen, um die Vorzüge der Freiheit in der ganzen Welt zu verbreiten.« »Freiheit ist eine nicht verhandelbare Forderung menschlicher Würde, das Geburtsrecht jedes Menschen in jeder Zivilisation.« »Die Vereinigten Staaten müssen Freiheit und Gerechtigkeit verteidigen, denn diese Prinzipien sind für alle Menschen überall wahr und richtig.«<sup>13</sup>

Bekanntlich ist die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Versuche gescheitert, durch oder nach einer militärischen Intervention demokratische Regime zu gründen und langfristig zu festigen. Nach einer neuen Studie<sup>14</sup> sind von 16 Versuchen dieser Art im 20. Jahrhundert nur vier, nämlich in Westdeutschland und Japan, mit einigen Abstrichen in den Kleinstaaten Grenada und Panama, erfolgreich gewesen. Erfolgreich bedeutet, dass zehn Jahre nach Abzug der US-Truppen noch immer eine Demokratie existierte. Auch aus dieser Perspektive gehört die Demokratisierung der alten Bundesrepublik zu den größten Erfolgsgeschichten der US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Es kommt nicht von ungefähr, dass Präsident Bush in der Vorgeschichte des Irakkrieges ständig den Vergleich mit Deutschland und Japan im Munde führte. Dieser Vergleich wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als falsch erweisen. Der Irak und vermutlich auch Afghanistan werden die lange Liste gescheiterter amerikanischer Versuche verlängern, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen: Haiti, Kambodscha, Südvietnam, die Dominikanische Republik, Kuba, Nicaragua und Panama von 1903 bis 1996. Diese Einschätzung gilt unabhängig von der Frage, ob die USA die Autorität und die Kosten eines solchen Versuches der UNO überlassen oder im Alleingang »nation building« betreiben.

Das wird die USA aber nicht daran hindern, es immer wieder zu versuchen. Denn es gehört zum Wesen der weltlichen Utopie, dass sie sich, wie die Religion, ihren utopischen Überschuss, ihren Hoffnungskern nicht durch die schlechte Wirklichkeit und leidige Tatsachen zerstören lässt. Das gilt auch für Amerikas zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, der Glaube an eine neue Chance, den Fortschritt und die Verbesserung des Menschengeschlechtes prägen dieses Sendungsbewusstsein. Auch Bush gehört zu den Generationen von Amerikanern, die die Geschichte des eigenen, auserwählten Volkes als eine Erfolgsgeschichte zu immer mehr Freiheit hin interpretieren. Im Sicherheitsmemorandum

<sup>12</sup> Ebd., S. 113.

<sup>13</sup> Ebd., S. 114ff.

<sup>14</sup> Minxin Pei/Sara Kasper, *Lessons from the Past. The American Record on Nation Building*, in: Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief, 24 May 2003.

heißt es: »Unsere eigene Geschichte ist die eines langen Kampfes, um unseren eigenen Idealen gerecht zu werden. Aber selbst in den schlimmsten Augenblicken waren die in der Unabhängigkeitserklärung festgeschriebenen Grundsätze unser Leitfaden. Im Ergebnis sind die Vereinigten Staaten nicht nur eine stärkere, sondern auch eine freiere und gerechtere Gesellschaft.«<sup>15</sup>

Präsident Bush ist offensichtlich zutiefst davon überzeugt, dass es seine Mission sei, diese amerikanischen Werte zu universalisieren. In dem programmatischen Anspruch des Memorandums, die Zonen freier und marktwirtschaftlicher Staaten zu erweitern, gibt es eine große, gemeinsame Schnittmenge mit den Politiken seiner Vorgänger, von Woodrow Wilson bis Bill Clinton. Im Gegensatz zu seinem eher pragmatischen Vater, der große Probleme mit dem *vision thing* hatte, vertraute Bush dem Journalisten Bob Woodward in einem Gespräch auf seiner Ranch in Texas an, sein größter Wunsch sei es, für den »Weltfrieden« zu kämpfen. Jeder Mensch habe die Fähigkeit, die Erde besser zu verlassen, als er sie vorgefunden habe.<sup>16</sup> Wie Präsident Woodrow Wilson oder Franklin D. Roosevelt hätte er keine Mühe, ein berühmtes Wort Abraham Lincolns auf globale Maßstäbe zu übertragen: Die Welt könne nicht halb frei und halb versklavt sein. Auf die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit angesprochen, könnte er, ähnlich wie Roosevelt 1943, seinen Kritikern entgegen, die die Ideale seiner »vier Freiheiten« und der Atlantikcharta für unsinnig, weil nicht realisierbar hielten: Wenn diese Leute vor 150 Jahren gelebt hätten, hätten sie die Unabhängigkeitserklärung verhöhnt, fast tausend Jahre zuvor hätten sie über die Magna Charta gelacht und mehrere tausend Jahre zuvor ihren Spott über Moses ausgegossen, als er mit den zehn Geboten vom Berge kam.<sup>17</sup>

In der Tat hat George W. Bush seinen Gegnern ähnlich geantwortet: »Heutzutage sind diese Ideale ein Rettungsanker für die einsamen Verteidiger der Freiheit. Wenn es zur Öffnung einer Gesellschaft kommt, können wir die Veränderungen unterstützen, so wie wir das zwischen 1989 und 1991 in Mittel- und Osteuropa oder im Jahr 2000 in Belgrad getan haben. Wenn wir erleben, wie demokratische Prozesse bei unseren Freunden in Taiwan oder in der Republik Korea Fuß fassen und wie gewählte Politiker die Generäle in Lateinamerika und Afrika ersetzen, dann sehen wir Beispiele dafür, wohin sich autoritäre Systeme entwickeln können, wenn Geschichte und Tradition eines Landes eine Verbindung mit den Grundsätzen eingehen, die uns so sehr am Herzen liegen.«<sup>18</sup>

Es ist deshalb überaus bezeichnend, wie der Präsident Macht und Vision in der besseren Zukunft vereinen will. Das Ziel seiner Außenpolitik, so heißt es in dem Sicherheitsmemorandum mehrfach, sei »ein die Freiheit begünstigendes Kräftegleichgewicht.« Es sei das Ziel dieser Strategie, die Welt nicht nur sicherer, sondern besser zu machen. Selbst der israelisch-palästinensische Konflikt könne nur auf der Grundlage

15 Vgl. Anm. 11, S. 117.

16 Bob Woodward, *Bush at War. Amerika im Krieg*, Stuttgart/München 2003, S. 374 ff.

17 Detlef Junker, *Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten*, Göttingen 1989, S. 133 f.

18 Vgl. Anm. 11, S. 117.

der Freiheit gelöst werden: »Im Nahen Osten kann es für keine Seite Frieden geben, ohne dass auf beiden Seiten Freiheit herrscht.«<sup>19</sup>

Eingelagert in diese Vision von Freiheit ist der harte, machtpolitische Entwurf der US-Weltvorherrschaft, die Zukunft eines Staates, der notfalls allein, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und »vorbeugend« (*preemptive*) handeln wird. »Die Vereinigten Staaten werden gegebenenfalls präemptiv handeln, um solche feindlichen Akte unserer Gegner zu vereiteln oder ihnen vorzubeugen.«<sup>20</sup>

Ihre Kraft gewinnt diese Sendungsidee der Freiheit allerdings erst dadurch, dass Bush nicht allein den innerweltlich begründeten Fortschritt zu immer mehr Freiheit vorantreiben will, sondern diesen Fortschritt auch im Namen Gottes verkündet. Erst diese Verbindung macht die Idee der Freiheit zu einer zivilreligiösen Mission, macht Bush zu einem Freiheitskrieger im Namen Gottes oder Gotteskrieger im Namen der Freiheit. Er steht damit, wie in diesem Buch gezeigt, in der ältesten Tradition Amerikas.<sup>21</sup>

Es handelt sich keineswegs, wie der deutsche Bundespräsident Johannes Rau vermutet, um ein »grandioses Missverständnis«, wenn Präsident Bush von der göttlichen Mission Amerikas spricht, sondern um ein Kernelement amerikanischer Identität. Trotz der Trennung von Staat und Kirche sind die USA ein religiöses Land mit einer unendlichen Vielfalt von Kirchen und Gottesvorstellungen.

Je nach Perspektive kann man die zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit für eine besonders gelungene Verbindung von Christentum und Aufklärung halten, als steckengebliebene Verweltlichung der USA bedauern oder, wie der Papst, zahllose Repräsentanten evangelischer Kirchen und Millionen von Christen in der Welt die göttliche Rechtfertigung amerikanischer Kriege als theologischen Skandal verurteilen; die Aufgabe des Historikers ist es nicht, zu richten, sondern zu beschreiben und zu erklären.

Seit Jahrhunderten sind besonders die europäischen Besucher der USA immer wieder verwundert und betroffen über die öffentliche Tugendreligion des Landes, über eine Mischung von gesundem Menschenverstand, protestantischer Theologie und christlichem Republikanismus. Am Anfang des 19. Jahrhunderts staunte zum Beispiel ein liberaler katholischer Edelmann aus Frankreich, Alexis de Tocqueville: »Der Protestantismus ist eine demokratische Lehre, die der Errichtung der gesellschaftlichen und politischen Gleichheit vorhergeht und sie erleichtert. Die Menschen haben gewissermaßen die Demokratie durch den Himmel geführt, bevor sie sie auf

19 Ebd., S. 120.

20 Ebd., S. 125.

21 Vgl. aus der uferlosen Literatur zu diesem Thema besonders: Mark A. Noll, *America's God. From Jonathan Edwards to Abraham Lincoln*, Oxford 2002. Anders Stephanson, *Manifest Destiny. American Expansionism and the Empire of Right*, New York 1995; Michael Adas, *From Settler Colony to Global Hegemon: Interpreting the Exceptionalist Narrative of the American Experience into World History*, in: *American Historical Review* (Dez. 2001), S. 1692–1720. Für weitere Literatur vgl. Knud Krakau, *Exzeptionalismus – Verantwortung – Auftrag. Atlantische Wurzeln und politische Grenzen der demokratischen Mission Amerikas*, in: Alois Mosser (Hg.) »Gottes auserwählte Völker«. Erwählungsvorstellungen und kollektive Selbstfindung in der Geschichte, Frankfurt/M. 2001, S. 89–116.



Erden errichteten.«<sup>22</sup> Ein Jahrhundert später bezeichnete der englische Schriftsteller G. K. Chesterton Amerika als »Nation mit der Seele einer Kirche«.

Präsident Bush der Jüngere unterscheidet sich von vielen seiner Vorgänger, auch von seinem Vater, nur in der Eindringlichkeit, mit der er den Namen Gottes im Munde führt und zugleich für seine politischen Zwecke nutzt. Präsident George W. Bush hatte im Jahr 1986, im Alter von 40 Jahren, ein paulinisches Bekehrungserlebnis.<sup>23</sup> Seitdem studiert er im Freundeskreis die Bibel und wird nicht müde, öffentlich Zeugnis von seiner durch die Erschütterung seiner Seele erfahrenen Wiedergeburt zu geben. Diese befreite ihn vom Alkohol und rettete vermutlich seine Ehe. Seit dieser Wiedergeburt führt er ein gottgefälliges, diszipliniertes, gesundes und zielstrebiges Leben. Aus dem Sohn eines prominenten Vaters mit nur mäßigen Erfolgen in Studium und Beruf, der in Krisenzeiten immer auf die finanzielle Protektion der reichen Freunde seines einflussreichen Vaters vertrauen konnte, wurde ein erfolgreicher Gouverneur von Texas, der es schaffte, aus dieser Position heraus Präsident der Vereinigten Staaten und damit der mächtigste Mann der Welt zu werden. Bush scheint diesen Erfolg durchaus mit seiner Wiedergeburt in Verbindung zu bringen.

Es ist zu vermuten, dass Präsident Bush am und durch den 11. September eine zweite, politische Wiedergeburt erlebte. Der durch Wahlschlamperei und Wahlmanipulationen halblegitim ins Amt gekommene Bush, dessen Präsidentschaft vor dem 11. September ohne beeindruckende Konturen blieb, unter abnehmender Zustimmung und – durch einen Überläufer – unter dem Verlust der republikanischen Mehrheit im Senat litt, hat im Kampf gegen den Terrorismus seine neue weltgeschichtliche Mission der Freiheit im Namen Gottes gefunden.

Seine Wiedergeburt erwies sich auch innenpolitisch als außerordentlich opportun. Sie gab ihm Zugang zu der christlichen Rechten und zu der evangelikalen Erweckungsbewegung, die, vom Süden der USA ausgehend, in den letzten 30 Jahren zu einer politischen Macht geworden sind, die immer mehr Schlüsselpositionen in Washington besetzt. Man kann diese Erweckungsbewegung als die vierte ihrer Art in der Geschichte der Kolonien und der USA ansehen. »Erwachen und Umkehr« blieben dabei nie auf den privaten Bereich beschränkt, sondern beeinflussten jedes Mal das amerikanische Gemeinwesen und erzeugten eine spirituell geprägte Öffentlichkeit. Die erste Erweckungsbewegung im 18. Jahrhundert gehörte zu den Voraussetzungen der Amerikanischen Revolution, die zweite Erweckungsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhundert speiste die allgemeine Demokratisierung der USA und die Energien der Abolitionisten, einer weitgehend christlich geprägten Freiheitsbewegung gegen die Sklaverei. Die dritte Bewegung verkündete ein »soziales Evangelium«, das sich besonders im sozialpolitischen Programm des New Deal unter Präsident Franklin Roosevelt in den 30er Jahren des 20. Jahrhundert niederschlug.

<sup>22</sup> Alexis de Tocqueville, zitiert nach: Otto Kallscheuer, Erwachen. Ein nötiger Blick auf die amerikanische Zivilreligion, in: Neue Züricher Zeitung, 12.04.2003.

<sup>23</sup> Eine gute, zusammenfassende Reportage zu diesem Problem ist die Titelgeschichte von »Newsweek« vom 10.3.2003: »Bush & God. How Faith Changed His Life and Shapes His Agenda«, S. 14–21.

Was das Ergebnis dieser vierten Erweckungsbewegung sein wird, ist noch schwer abzusehen. Fest steht nur, dass Präsident Bush bald nach seiner Wiedergeburt entdeckte, wie nützlich diese auch politisch für die Konsolidierung und Verbreiterung seiner Machtbasis und der Republikaner zunächst in Texas, dann in den USA war. Auch in diesem Sinne verkörpert Bush die Symbiose von Macht und Mission. Seine Reden sind gespickt mit Bibelziten, im Weißen Haus und im Kabinett wird viel gebetet. Er unterstützt politische Forderungen glaubensgestützter (*faith-based*) Organisationen, zum Beispiel nach finanzieller Hilfe für konfessionelle Schulen. Eine solche Politik ist angesichts der Trennung von Staat und Kirche politisch und verfassungsrechtlich außerordentlich umstritten.

Der Methodist George W. Bush scheint allerdings nicht zu den Millionen von Amerikanern zu gehören, die angesichts des 11. September 2001 wieder einmal in der Naherwartung des Weltuntergangs leben und jedermann zur Umkehr auffordern, bevor es zu spät ist. Er hat sich auch nicht in die Diskussion zwischen den »Vor-Millenariern« und den »Nach-Millenariern« eingeschaltet, die sich heftig darüber streiten, ob das Tausendjährige Reich vor oder nach der Wiederkunft Christi errichtet werde. Allerdings entfachte er 1993 einen kleinen Sturm der Entrüstung, als er einem – jüdischen – Reporter erklärte, nur diejenigen kämen in den Himmel, die an Jesus glaubten.

Für die Welt außerhalb der USA ist von Bedeutung, dass George W. Bush Kraft, Entschlossenheit, Sendungsbewusstsein und ein gewisses Maß an Schicksalsergebenheit aus seinem Glauben gewinnt. Er meint, was er sagt, wenn er am 28. Januar 2003 in seinem Bericht über die Lage der Nation (und der Welt) verkündet: »Die Freiheit, die wir so hochschätzen, ist nicht das Geschenk Amerikas an die Welt, sondern das Geschenk Gottes an die Menschheit.«<sup>24</sup> Präsident Bush, weder ein Theologe noch ein Intellektueller, weder besonders gebildet noch in freier Rede der amerikanischen Sprache besonders mächtig, ist in seinem Land ein populärer Präsident. Er ist bei der Mehrheit der Amerikaner nicht nur deshalb beliebt, weil er handelt, Führungsstärke zeigt und mit Hilfe der Medienberater und Massenmedien seine Präsidentschaft perfekt inszeniert, sondern auch, weil er die Dreieinigkeit Amerikas glaubhaft repräsentiert: Gott, Vaterland und Freiheit. Wie lange diese Unterstützung des amerikanischen Präsidenten durch das amerikanische Volk andauern und ob es ihm tatsächlich gelingen wird, eine amerikanische Weltvorherrschaft auf längere Zeit zu befestigen, kann niemand voraussagen. Denn Prognosen über die Zukunft könnte es nur geben, wenn es keine Zukunft mehr gäbe ...

24 The President's State of the Union Adress vom 28.1.2003, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/20030128-19.html>.

# 15. Sind die USA eine imperiale Macht?

## I

Als ich vor einem halben Jahr die Ehre hatte, in der anderen Akademie Tutzing über die Außenpolitik der USA seit dem Ersten Weltkrieg zu sprechen, begann ich meine Ausführungen mit einer Erkenntnis, die ich auch heute einleitend wiederholen möchte:

Nach gut acht Jahren Aufenthalt in den USA, davon fünf Jahre im Zentrum des Neuen Roms, in Washington D.C, und nach einigen Jahrzehnten Forschung und Lehre zu verschiedenen Aspekten der Geschichte Amerikas bin ich zu dem Schluss gekommen, dass jedes substantielle Buch über die USA mindestens den gleichen Untertitel haben müsste: *A People of Paradox*.

Lassen Sie mich einige dieser Paradoxien nennen, die Ihnen vielleicht beim Nachdenken über die USA auch schon aufgefallen sind:

- Die USA verstehen sich als *sweet land of liberty*. Die Amerikaner sind zutiefst von ihrer Sendungsidee der Freiheit durchdrungen; die USA sind zugleich das Land der Sklaverei, der Apartheid und eines tief sitzenden Rassismus. Heute ist der Rassismus politisch nicht korrekt, aber es gibt ihn weiter. Er ist in der Mentalität und Sozialstruktur des Landes verankert.
- Diese Paradoxie hatte sich über Jahrhunderte institutionalisiert: Die USA waren und sind ein Rechtsstaat, der aber seit seiner Gründung die Sklaverei und die Apartheid auch rechtlich kodifizierte, von den *slave codes* in der Frühphase bis zu diskriminierenden Gesetzen in den Südstaaten der USA, die erst in den 1960er Jahren durch die Bürgerrechtsbewegung und den Kongress abgeschafft wurden.
- Die meisten Amerikaner sind davon überzeugt, dass ihr *land of opportunity* keine Klassengesellschaft ist. Die Amerikaner hassen den Sozialismus wie den Teufel, aber selbstverständlich ist das Land von sozialen Gegensätzen und Klassen geprägt.
- Die USA sind ein Land, das eine strikte, verfassungsrechtlich verankerte Trennung von Staat und Kirche praktiziert, zugleich aber eine Gesellschaft hat, die tief religiös geprägt ist. Amerikas Weg in die Moderne hat nicht, wie in den meisten Ländern Europas, zu einer weitgehenden Säkularisierung des Landes geführt.

*Erstveröffentlichung:* Sind die USA eine imperiale Macht?, in: Hans-Heinrich Nolte (Hg.): Zeitschrift für Weltgeschichte 11/2. Interdisziplinäre Perspektiven. München 2010, S. 33–51.

- Die Amerikaner glauben an einen harten, konkurrenzorientierten Individualismus, der seit einigen Jahrzehnten in hohem Maße auf Pump und Kredit aufgebaut ist; auf der anderen Seite besitzen sie die größten Stiftungen der Welt, *charity* und *philantrophy* gehören zum guten Ton in der Gesellschaft. Einfach Feste ohne einen guten Zweck zu feiern, insbesondere Karnevalsveranstaltungen oder Oktoberfeste, gilt als völlig unmoralisch. Ich habe zweimal als Direktor des German Historical Institute in Washington D.C. in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft gesellschaftliche Veranstaltungen initiiert, aber natürlich nur für gemeinnützige Zwecke.
- In der amerikanischen Bevölkerung findet man unendlich viel Dummheit und nach innen gewandte Provinzialität, 60 % der Amerikaner können z.B. Mexiko auf der Karte nicht finden. Als ich 1970/71 zum ersten Mal mit einem importierten Volkswagen und, außerhalb der Legalität, mit einem Zollkennzeichen durch das Land kurvte, haben mich auf Campingplätzen die Amerikaner dreimal gefragt, wie lange ich denn mit dem Wagen aus Deutschland gebraucht hätte. Auf der anderen Seite, und diese Paradoxie bringt uns schon näher an unser Thema heran, gibt es eine außerordentlich gut informierte und global denkende Elite (in der Regierung, im Kongress, bei den Lobbyisten, in den Finanzinstitutionen, in den Rechtsanwaltskanzleien, in den Eliteuniversitäten und in den Denkfabriken), die wie selbstverständlich in globalen Kategorien denkt und das amerikanische Interesse sowie die amerikanische Sendungsidee seit dem Zweiten Weltkrieg global definiert.
- Die Amerikaner glauben mehrheitlich daran, dass Ihr Land nie einen Angriffskrieg geführt hat. Sie halten an ihrer Sendungsidee des Friedens und der Freiheit fest und weisen darauf hin, der Welt den Völkerbund und die UNO gebracht zu haben. Auf der anderen Seite sind die USA ein Kriegsstaat par excellence, ein Kriegsstaat mit unvergleichlichen militärischen Ressourcen und Waffensystemen zu Lande, auf dem Wasser, in der Luft und im Weltraum – mit Waffen von einer Reichweite, die es in der ganzen Weltgeschichte bisher nicht gegeben hat.

## II

Diese Paradoxien, und damit komme ich zu meinem zweiten Argument, durchziehen auch die inneramerikanischen Kontroversen über die Frage, ob die USA eine imperiale Macht seien, sein sollten oder eben nicht sein sollten: von der ersten großen Imperialismusdiskussion im Jahre 1898, als es nach dem Sieg über Spanien um eine Paradoxie ging, nämlich darum, ob die USA, die gerade die letzte europäische Kolonialmacht aus der westlichen Hemisphäre vertrieben hatten, sich nun selbst ein Imperium in der Karibik, im Pazifik (Hawaii) und Ostasien (den Philippinen) zulegen sollten, bis zu der seit 2002 leidenschaftlich und heftig geführten Kontroverse, ob der offen verkündete Entwurf einer *Pax Americana* in der ersten Amtszeit von Bush dem Jüngeren den Entwurf einer hegemonialen Macht, einer Weltvorherrschaft (*primacy*) oder gar

einer Weltherrschaft, eben eines globalen Imperiums repräsentiere, möglicherweise, um den zentralen Interpretationsbegriff von Herfried Münkler zu gebrauchen, die »Handlungslogik« eines Imperiums.

Wie sehr diese amerikanische Imperialismusdebatte von Paradoxien durchzogen ist, lässt sich schon daran erkennen, dass fast kein Autor die Frage nach dem amerikanischen Imperium uneingeschränkt mit »Ja« beantwortet, sondern den Begriff »Imperium« mit Qualifizierungen einschränkt. Irgendetwas, so könnte man daraus schließen, scheint am amerikanischen Imperialismus, wenn es ihn denn gäbe, anders zu sein, aus dem Muster der uns bekannten Imperien herauszufallen.

Das Thema ist in den letzten Jahren ein Tummelplatz von Imperiums- oder Imperialismustheoretikern geworden, die der Frage nachgehen, ob und in welchem Sinne die Außenpolitik des »Neuen Roms« als imperial zu bezeichnen ist. Ich habe Ihnen eine kleine Liste von Veröffentlichungen zu diesem Thema mitgebracht (vgl. Anlage), dabei auch die langen Untertitel mitzitiert, damit Sie schon daraus eine Grundrichtung der Interpretation erkennen können.

Neben dem aufstrebenden Imperium gibt es das zur Weltmacht verdammte Imperium; es gibt in der Literatur das überforderte, das zerfallende und das untergehende Imperium; es gibt das unwiderstehliche, das unersetzliche, das verleugnete und das informelle Imperium, das Imperium auf Einladung, das Imperium auf Probe, auch die imperiale Versuchung. Wir lesen von einem ohnmächtigen Imperium, einem Imperium der Menschenrechte, einem demokratischen Imperium oder von einem Imperium, das sich seiner selbst nicht sicher ist. Es gibt allerdings auch Autoren, die die USA ohne Umschweife für ein Imperium halten und einfach vom *American Empire* sprechen.

In dem dritten Teil meines Vortrages möchte ich Ihnen deshalb einige aus meiner Sicht typische Argumentationsmuster von mehreren Autoren vorführen, um Ihnen einen Begriff von der Heterogenität und Reichweite der amerikanischen Imperialismusdebatte zu geben. Im letzten Teil meines Vortrages möchte ich mich dann nicht drücken und meine eigene Position darlegen.

### III

Ich beginne mit dem bis heute außerordentlich einflussreichen Vater der »Neuen Linken«. Ich beginne mit William Appleman Williams, der in seinen Werken<sup>1</sup> eine geradezu archetypische ökonomische Interpretation des amerikanischen Imperiums vorgelegt hat. Seine Interpretation ist um den Markt und um die Gesellschaft, nicht um den Staat zentriert. Es spricht für die Bedeutung und Wirkungsgeschichte von Williams, dass er gerade im letzten Heft der *Diplomatic History* durch eine besondere Würdigung ausgezeichnet wurde.

Im Zentrum der Interpretation durch die Neue Linke stehen die Begriffe Wirtschaft, Expansion und Imperium. Ihr Grundmuster hat Williams in zahlreichen Büchern,

1 Am bekanntesten ist William Appleman WILLIAMS: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie (Aus d. Engl. v. Nils Lindquist), Frankfurt/M. 1973.

Aufsätzen und Quelleneditionen formuliert. Danach waren die USA seit ihrer Gründung und sind immer noch eine expansive und imperiale Macht. Bis zum Bürgerkrieg bedeutete diese Ausdehnung Landnahme auf Kosten der drei alten europäischen Kolonialmächte auf dem nordamerikanischen Kontinent, nämlich Englands, Frankreichs und Spaniens, sowie auf Kosten Mexikos und der Indianer. Nach dem Bürgerkrieg, der industriellen Revolution und dem offiziellen Ende der offenen Grenze auf dem nordamerikanischen Kontinent unterlag diese Expansion einem Form- und Bedeutungswandel. Seitdem war und ist amerikanische Außenpolitik in dieser Interpretation wesentlich ein Reflex des aus innerer ökonomischer Notwendigkeit auf äußere Expansion angelegten liberalkapitalistischen Wirtschaftssystems der USA; eine Notwendigkeit, die von der außenpolitischen Entscheidungselite des Landes stets kongenial erkannt wurde.

Dieser systemimmanente Zwang äußert sich in dem unablässigen Versuch, eine globale, den Handels- und Kapitalbedürfnissen dieser Wirtschaft angepasste *Pax Americana* zu errichten und gegen alle revolutionären Bewegungen notfalls mit Gewalt zu konservieren. »*Empire is as American as apple pie*«, wie Williams es einmal formuliert hat. Die liberalen Forderungen der USA nach ungehindertem Zugang zu den Weltmärkten, nach der Offenen Tür, nach gleichen Chancen und Gleichbehandlung auf den Auslandsmärkten sind in dieser Interpretation formale Postulate, die unter dem Schein von Gleichheit und Gerechtigkeit dem Aufbau eines »*informal empire*« dienen sollten und gedient haben, indem die USA auf Grund ihrer überlegenen Wirtschaftskraft de facto herrschen. *Cuius oeconomia, eius regio*.

Die handelspolitischen Mittel dieser Politik sind einerseits der permanente Kampf gegen Schutzzölle und regionale Zollpräferenzsysteme (bei anderen), gegen handelspolitischen Bilateralismus, Autarkismus und Protektionismus, gegen zweiseitige Verrechnungsabkommen und Devisenkontrollen, seit 1923 auch gegen die nur bedingte Meistbegünstigungsklausel in Handelsverträgen, und andererseits die ständige Forderung nach freiem Austausch von Waren und Gütern, nach freiem Zugang zu den Rohstoffen dieser Welt und nach Investitionsfreiheit.

Eine nicht unerhebliche Zahl von Historikern, die diesem Erklärungsmuster von Williams folgen und/oder es durch ihre eigenen Forschungen bestätigt sehen, hat das Thema vom konterrevolutionären und imperialen Amerika in bewusst systemkritischer Absicht aufgenommen und die gesamte amerikanische Außenpolitik in diesem Sinne umgeschrieben, *turning the Great American Success Story upside down*. Wer sich genügend Zeit für die Lektüre revisionistischer Autoren nimmt, kann dieses so definierte imperiale Amerika in der gesamten Geschichte des Landes am Werke sehen.

Der Übergang von dieser ökonomischen Imperialismusthese zu anderen, eher moralisch und politisch argumentierenden Imperialismuskritikern ist fließend. Die Quintessenz dieser Kritik läuft in der Regel auf einen doppelten Befund hinaus: Das amerikanische Imperium zerstört zu Hause die eigene Republik und in der gesamten Welt das Ansehen der USA. Einer der bedeutendsten Kritiker in diesem Sinne ist Chalmers Johnson in seinem Buch *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Chalmers JOHNSON: *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*. (Aus d. Amerik. v. Hans Freundl u. Thomas Pfeiffer), München 2003.

Johnson ist ein 1931 geborener Politikwissenschaftler, der sein Buch »in den Iden des März 2003« abschloss. Für ihn ist die Regierung von Bush dem Jüngeren nur der Höhepunkt einer langen Verfallsgeschichte Amerikas. Parallel zum Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Supermacht im 20. Jahrhundert habe sich die Pervertierung der amerikanischen Demokratie vollzogen, die jetzt auf ihren »Selbstmord« zusteure. Der »Knabenkaiser« Bush treibe sein Land durch seine präventiven Kriege in Imperialismus und Militarismus, getreu dem Wahlspruch des römischen Imperators Caligula: »Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten«; auch in Übereinstimmung mit einer wortgetreuen Auslegung des Matthäus-Evangeliums: »Wer nicht mit mir ist; ist gegen mich.« Zu den Leiden der amerikanischen Gesellschaft unter Bush gehören nach Johnson die Abdankung des Kongresses, Propaganda und Desinformation, der Verlust der bürgerlichen Freiheiten und der drohende finanzielle Bankrott des Landes. Johnson beschließt in guter amerikanischer Tradition seine Jeremiade mit einem Aufruf zur Umkehr in letzter Minute.

Die Liste der Bücher, die die imperiale Politik von Bush aus außenpolitischen Gründen kritisieren, ist sehr lang. Für besonders gelungen halte ich das Buch von Stefan Halper und Jonathan Clarke: *America Alone*, eine fundamentale Kritik an der neokonservativen Neubegründung der *Pax Americana*.<sup>3</sup>

Wenn die Neokonservativen auch, so die beiden Autoren, weder einen Kardinal Ratzinger noch einen Marschall Suslow, weder eine Kurie noch ein Politbüro, weder eine Bibel noch einen Koran oder eine Thora besäßen, so gäbe es doch gemeinsame weltanschauliche Grundannahmen der neokonservativen Bewegung. Das überragende Ziel der Neokonservativen, die man besser als »konservative Revolutionäre« bezeichnen sollte, war die Begründung einer konkurrenzlosen *Pax Americana* für das 21. Jahrhundert, mit dem Ziel, die Zonen liberaler und marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme in der Welt systematisch auszuweiten. Die Vereinigten Staaten müssten deshalb, so die Neokonservativen, auf unbestimmte Zeit die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne bestimmen. Das oberste Ziel dieser Strategie im militärischen Sinne sei es, die Vereinigten Staaten möglichst gegen jeden Angriff sicher zu machen, zugleich jeden Teil der Welt für eine amerikanische Intervention offen zu lassen.

Hand in Hand mit dieser Militarisierung gehe, so ein weiteres Leitmotiv der beiden Autoren, die Unilateralisierung der Globalpolitik Washingtons. Amerika sei in den Augen der Neokonservativen stark genug allein (»*America Alone*«). Sie dächten nicht im Traum daran, auf das zentrale Element des modernen Staates zu verzichten, wie es sich seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hat: die nationale Souveränität, verkörpert in der Unabhängigkeit nach außen, die Politik der freien Hand und die Fähigkeit zum unilateralen Handeln.

3 Stefan HALPER, Jonathan CLARKE: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004.

Eine ganz andere Strategie der Argumentation wählt ein leicht exzentrischer, aber außerordentlich produktiver und anregender Brite, nämlich Niall Ferguson in seinem Buch *Das verleugnete Imperium*.<sup>4</sup>

Seine dreifache Hauptthese – bezogen auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des amerikanischen Imperiums – ist ebenso pointiert wie britisch: Entgegen ihrer Selbsteinschätzung seien die Amerikaner seit der Gründung der Union im Jahre 1776 imperialistisch gewesen; es sei sinnlos, das leugnen zu wollen (These 1). Wenn die Amerikaner aber auf Dauer erfolgreiche Imperialisten sein wollten, dann müssten sie einen Ich-Austausch vornehmen und so werden, wie es die Briten auf dem Höhepunkt ihrer Weltgeltung waren (These 2). Ansonsten könne sich bald erweisen, dass das amerikanische Imperium auf tönernen Füßen stehe (These 3).

Das Buch ist also rückwärtsgewandte Prophetie in Reinform. Man könnte sich sogar vorstellen, dass der britische Premier Blair vor dem Angriff auf den Irak Ähnliches Präsident Bush im Weißen Haus eingeblasen hat. Auch sonst fehlt es Ferguson nicht an Selbstbewusstsein. Auf den knapp 450 Seiten des Buches wolle er das amerikanische Imperium mit früheren Imperien vergleichen und dabei »andere denkbare Geschichtsverläufe ebenso erwägen wie mögliche künftige Entwicklungen«.

Was nun hatten nach Ferguson die britischen Imperialisten, was die Amerikaner noch nicht haben? Trotz der unvergleichlichen militärischen und wirtschaftlichen Stärke des – nach Fergusons Zählung – 68. Imperiums der Weltgeschichte fehle den Amerikanern das nötige Selbstbewusstsein für eine imperiale Politik; es fehle die »imperiale Geisteshaltung«. Sie müssten endlich aufhören, zu verleugnen, was sie immer schon waren. Außerdem sei das politische System der Vereinigten Staaten zu sehr auf den Augenblick und den nächsten Wahlkampf fixiert; die Amerikaner handelten grundsätzlich in einem »engen Zeithorizont«. Deshalb hätten sie immer wieder Möglichkeiten zur Stabilisierung außenpolitischer Erfolge vergeudet.

Außerdem hätten die Amerikaner leider, und diese Ansicht teilt Ferguson mit den Terroristen, zu viel Angst vor dem Tode. Sie hofften auf ein langes Leben und fürchteten den frühen Tod auf dem Schlachtfeld. Schließlich sei der tönernen Fuß des »verleugneten Imperiums« das vor dem Finanztod stehende Gesundheits- und Sozialsystem Washingtons. Dieses Buch ist vor 09/15, vor dem 15. September 2008, dem Beginn der globalen Finanzkrise, geschrieben worden, sonst hätte er ganz sicher die schwindende ökonomische Grundlage des amerikanischen Imperiums ebenfalls ins Feld geführt.

Fergusons handlungsanweisendes Buch soll den Amerikanern helfen, bessere Imperialisten zu werden, allerdings eine Sorte von Imperialisten, wie es die Engländer zu Hochzeiten ihrer Weltgeltung gewesen seien, nämlich »liberale Imperialisten«. die der Welt überlebenswichtige »öffentliche Güter« wie Freiheit, einen liberalen Weltmarkt und in den Kolonien funktionierende Institutionen mit verantwortlichen indigenen Eliten unter britischer Kontrolle gebracht hätten. Ferguson lässt keinen Zweifel daran, dass er einem solchen liberalen Imperialismus der Vereinigten Staaten

4 Niall FERGUSON: *Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht.* (Aus d. Engl. v. Klaus D. Schmidt), Berlin 2004.



grundsätzlich positiv gegenübersteht. Auch die gegenwärtige Welt brauche diese öffentlichen Güter. Nur die Amerikaner hätten, wenn sie wollten, die Macht, diese für die Welt bereitzustellen.

Schließlich möchte ich viertens noch einen Deutschen erwähnen, den Herausgeber der *Zeit*, Josef Joffe, der in seinem Buch *Überpower. The Imperial Temptation*<sup>5</sup> grundsätzlich mit Ferguson der Meinung ist, dass die gegenwärtige Welt die USA als stabilisierenden »Achsnagel« brauche.

Die Kernanalyse dieses Textes, in der Analyse und Handlungsanweisungen, Sein und Sollen zusammenfließen, ist klar und eindeutig: Bei aller Kritik an der imperialen Versuchung und den monumental Fehlern der Regierung Bush Jr. sind für Joffe allein die Vereinigten Staaten in der Lage, ein Minimum an Stabilität und Ordnung für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Welt zu schaffen. Washington sei eben der »Achsnagel« der Welt. Keine andere Macht oder Kombination von Staaten hätten das Potential, diesen Mehrwert für das Weltsystem zu erbringen. Europa sei für eine solche Aufgabe in jeder Hinsicht überfordert. Es habe nur die Arroganz der Ohnmacht und einen identitätsstiftenden Antiamerikanismus zu bieten.

Um diesen Mehrwert an »öffentlichen Gütern« in den nächsten Jahrzehnten tatsächlich erzeugen zu können, müssten die Amerikaner aber, so Joffe, von der Illusion einer unipolaren *Überpower*, ihrer imperialen Versuchung, Abstand nehmen und die von der Regierung Bush weltweit verspielte Legitimität zurückgewinnen. Sie brauchten zwar nicht die Erlaubnis der Welt, zu handeln, aber ihre Unterstützung, um erfolgreich zu sein. Joffe rät Washington, zur Politik des wohlwollenden Hegemons in der Zeit des Kalten Krieges zurückzukehren, zu einem aufgeklärten Selbstinteresse, das deshalb aufgeklärt ist, weil es die Interessen der anderen und der Welt insgesamt, soweit es geht, berücksichtigt. Aus der Perspektive Joffes und anderer ist Präsident Obama rhetorisch und programmatisch dabei, genau das zu tun. Die große Frage ist natürlich, ob er diese Vision eines wohlwollenden Hegemons gegen die enormen innen- und außenpolitischen Widerstände durchsetzen kann.

## IV

Damit komme ich zum vierten Teil meines Vortrags, zu meiner eigenen Position in der Frage, ob die USA eine imperiale Macht seien.

Ja, man kann die USA mit guten Gründen als eine imperiale Macht bezeichnen, trotz der Paradoxien in der Imperialismusdebatte und gegen das Selbstverständnis des amerikanischen Volkes. Denn fast alle Amerikaner rebellieren gegen eine solche Selbstbezeichnung. Aus politischen, kulturellen und sozialpsychologischen Gründen kann sich keine US-Regierung offen zum »Imperialismus« bekennen. Der globale Gestaltungswille wird so gut wie immer mit dem Begriff *leadership* bezeichnet.

Selbst Bush der Jüngere erklärte vor amerikanischen Kriegsveteranen im Jahre 2002, die USA wollten kein Imperium errichten, sie seien ausschließlich der Freiheit

<sup>5</sup> Josef JOFFE: *Überpower. The Imperial Temptation of America*, New York 2006.

verpflichtet »für uns und für andere«. Und Präsident Obama knüpfte vor einigen Tagen in einer brillanten Rede vor der UNO ganz bewusst an den amerikanischen Gründungsvater der UNO, Präsident Franklin D. Roosevelt, an. Er band das nationale Interesse der USA in die kollektive Handlungslogik der UNO ein. Lassen Sie mich zitieren: »[...] like all of you, my responsibility is to act in the interest of my nation and my people and I will never apologize for defending these interests. But it is my deeply held belief that in the year 2009 – more than at any point in human history – the interests of nations and peoples are shared.«<sup>6</sup>

Seine Rede war eine Aufforderung an die Welt, den vier großen Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam zu begegnen: der Nichtverbreitung von Atomwaffen und Abrüstung, Frieden und Sicherheit, der Rettung unseres Planeten durch einen klugen Umgang mit den Ressourcen und der Meisterung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Zugleich aber, und hier haben wir wieder ein amerikanisches Paradox, brach er an einer Stelle seiner Rede aus der Rhetorik gleichberechtigter und gleichverantwortlicher Staaten aus mit dem Hinweis auf American leadership: »Every nation must know: America will live its values and will lead by example.«<sup>7</sup>

Am 4. Juni 2009 war Obama in seiner Rede in Kairo in der Ablehnung des Imperialismus-Vorwurfes noch leidenschaftlicher geworden: »America is not the crude stereotype of a selfinterested empire. The United States has been one of the greatest sources of progress that the world has ever known. We were born out of a revolution against an empire. We were founded upon the ideal that all are created equal and we have shed blood and struggled for centuries to give meaning to those words – within our borders and around the world.«<sup>8</sup>

Warum also sind die USA – aus meiner Perspektive – dennoch eine imperiale Macht? Dafür möchte ich zwei Hauptursachen nennen; mögliche weitere Ursachen können wir später diskutieren.

## Die globale Ausweitung des nationalen Interesses der USA

Lassen Sie mich dazu historisch ein wenig ausholen. Die rivalisierenden europäischen Großmächte haben seit dem Zeitalter der Entdeckungen ihren Einfluss auf die ganze Welt ausgeweitet, Hegemonie und Herrschaft ausgeübt. Dieses europazentrische Weltsystem löste sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts schrittweise auf, wesentlich deshalb, weil die Neue Welt an die Stelle der Alten trat. Durch die Vertreibung der letzten europäischen Kolonialmacht aus der westlichen Hemisphäre im Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898, durch die Siege im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg, hat sich das liberale, kapitalistische und marktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell der USA in der industrialisierten Welt des Westens durchgesetzt.

6 <http://www.nytimes.com/2009/09/24/us/politics/24prexy.text.html>.

7 <http://www.nytimes.com/2009/09/24/us/politics/24prexy.text.html>.

8 <http://www.nytimes.com/2009/06/04/us/politics/04obama.text.html?pagewanted=2>.

In diesem Sinne können wir das 20. Jahrhundert als das amerikanische Jahrhundert bezeichnen. Denn das ist seit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg das überragende, aber nur scheinbar selbstverständliche Merkmal der US-Außenpolitik: Die Globalisierung des außenpolitischen Aktionsradius der USA, der seinerseits in der Globalisierung der amerikanischen Interessen und Werte begründet liegt. Diese Globalisierung ist die wichtigste Ursache für den qualitativen Sprung der USA von einer Weltmacht unter anderen Weltmächten zur Supermacht des Kalten Krieges und des Atomaren Zeitalters. Globalisierung soll heißen, dass für die USA prinzipiell die Zukunft der gesamten Welt, besonders des eurasischen Doppelkontinents, den Mittleren Osten eingeschlossen, von potentiell vitaler Bedeutung war und ist; und für ihre vitalen Interessen ziehen die Amerikaner notfalls in den Krieg. Nicht nur der Zweite Weltkrieg, nicht nur der Kalte Weltkrieg, sondern auch der gegenwärtige Kampf der USA gegen den Terrorismus ist ohne diesen amerikanischen Globalismus nicht zu erklären. Man kann sagen: Dieser Globalismus ist das Alleinstellungsmerkmal Amerikas im Vergleich zu allen anderen Imperien der Weltgeschichte. Niemals zuvor hat es eine globale Macht im wörtlichen Sinne gegeben.

Präsident F. D. Roosevelt formulierte am 21. Januar 1941 gleichsam das Leitmotiv der *Pax Americana* des 20. Jahrhunderts, als er an den US-Botschafter Grew in Japan schrieb: *»Ich glaube, die fundamentale Aufgabe ist, zu erkennen, dass die Kämpfe in Europa, in Afrika und in Asien alle Teile eines einzigen Weltkonfliktes sind. Wir müssen deshalb erkennen, dass unsere Interessen in Europa und in Asien bedroht werden. Wir sind der Aufgabe verpflichtet, unsere Lebensweise und unsere vitalen Interessen zu verteidigen, wo immer sie ernsthaft gefährdet sind. Unsere Strategie der Selbstverteidigung, die jede Front berücksichtigt und jede Gelegenheit nutzt, zu unserer totalen Sicherheit beizutragen, muss deshalb global sein.«*<sup>9</sup>

In der Sache hat Präsident George W. Bush seit seinem Amtsantritt im Jahre 2000 immer wieder das Gleiche gesagt. Es ist eben kein Zufall, dass dieser Globalismus die Essenz aller strategischen Pläne und Sicherheitsmemoranden der USA von 1941 bis zur Gegenwart darstellt: von *ABC-1*, *Rainbow-5* und dem *Victory Program* aus dem Jahre 1941, die ein militärisches Verteidigungs-, Kriegs- und Siegeskonzept formulierten, eine Art globaler Vorwärtsverteidigung, in dem der Unterschied von defensiv und offensiv im *geographischen* Sinne bis zur Unkenntlichkeit verwischt wurde, über das Memorandum *NSC 68* aus dem Jahre 1950, dem strategischen Gründungsdokument des Kalten Krieges, bis zur globalstrategischen Lagebeurteilung des National Intelligence Council *»Global Trends 2015«* aus dem Jahr 2000. Diese Globalisierung wurzelt in den inneren Bedingungen der USA, in der Kraft und Flexibilität ihrer Institutionen, der wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Bedeutung des Landes, aber auch im Manichäismus der amerikanischen Zivilreligion. Darüber werde ich gleich sprechen.

Diese Globalisierung des amerikanischen außenpolitischen Handlungsradius erwuchs aber auch aus der zunehmenden Interdependenz der Weltpolitik selbst, auch als Reaktion auf die Außenpolitik von Feinden und Verbündeten der USA, besonders aus den, oft übertriebenen, Bedrohungsvorstellungen, die die Taten und

<sup>9</sup> Joseph C. GREW: Ten Years in Japan, New York 1941, S. 354f.

Ideologien anderer Staaten und Gesellschaften in den Köpfen der Amerikaner und ihrer Politiker hervorriefen.

Innerhalb dieses amerikanischen Globalismus kann man drei große Zielvorstellungen unterscheiden, die allerdings nicht immer gleichgewichtig nebeneinanderstanden: Erstens, den unteilbaren, liberal-kapitalistischen Weltmarkt. Zweitens, die unteilbare Sicherheit, das heißt die Aufrechterhaltung eines pro-amerikanischen Gleichgewichts in der Welt und die Verhinderung feindlicher Hegemonialmächte auf dem eurasischen Doppelkontinent, die langfristig die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, des Sanktuariums der USA, gefährden könnten. Der Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon hat auch deshalb einen tiefen Schock ausgelöst, weil damit das oberste Ziel amerikanischer Sicherheitspolitik seit der Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 unterlaufen wurde. Drittens, und *last but not least*, die unteilbare Freiheit, das heißt das weltweite Gebot, wann immer möglich Demokratie und repräsentative, aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fördern, zu fordern und zu unterstützen.

Diese globalen Zielvorstellungen der USA waren, wie schon angedeutet, dialektisch mit globalen Bedrohungsszenarien verbunden: im Falle des Nationalsozialismus mit der Annahme, dass Hitler und Deutschland die ganze Welt erobern wollten; im Falle des Kalten Krieges mit der subjektiven Gewissheit, dass der Kommunismus zunächst in Europa und Asien, nach der Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik in der Ära Chruschtschow auch im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika eben alle drei Unteilbarkeiten gefährde. Der internationale Terrorismus wird als neue globale Bedrohung wahrgenommen.

Überdies gehört es zur Fähigkeit dieser imperialen Macht, bei Bedarf globale Koalitionen unterschiedlicher Regierungen und Systeme zusammenzuschmieden. »*One war at a time*«, hatte schon Präsident Lincoln verkündet, als mitten im Bürgerkrieg die Möglichkeit eines Konfliktes mit England drohte. Gegen den italienischen Faschismus, deutschen Nationalsozialismus und japanischen Imperialismus brachten die Amerikaner eine *strange alliance* zusammen. Sie kooperierten mit dem nationalchinesischen Diktator Tschiang-Kai-shek und dem sowjetischen Diktator Stalin, dessen Herrschaft auf dem Terror als Prinzip aufgebaut war.

Nach 1945 kam es zu einer atemberaubenden Umkehr der amerikanischen »Dämonologie«: Aus den bösen Deutschen, guten Russen, bösen Japanern und guten Chinesen des Zweiten Weltkrieges wurden die guten Westdeutschen, die bösen Russen, die guten Japaner und die bösen Chinesen des Kalten Krieges. Als der Kalte Krieg sich globalisierte, unterstützten die USA in der Dritten Welt Regime und Diktatoren, wenn sie nur vorgaben, antikommunistisch und pro-amerikanisch zu sein, u. a. Pol-Pot, Saddam Hussein und die Taliban.

Nach dem 11. September 2001 war es den USA wieder gelungen, eine globale Koalition zu bilden, die sich allerdings nach dem Angriff auf den Irak spaltete. Aus europäischer Sicht hat sich aber etwas Entscheidendes geändert. Während die ersten beiden großen Koalitionen auch gebildet wurden, um Europas Freiheit zu bewahren, kommen die befriedeten, europäischen Nationalstaaten den USA jetzt als marginalisierte Hilfsvölker im Rahmen einer marginalisierten NATO zu Hilfe. Es spricht

vieles für die amerikanische Interpretation des 20. Jahrhunderts: Sie haben aus ihrer Sicht Europas Freiheit gerettet, die Alte Welt im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg von den Übeln des Wilhelminismus, Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus befreit.

An dem Untergang der europäischen Kolonialreiche oder expansiver Imperien in Europa waren sie direkt oder indirekt beteiligt. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wird von vielen Strategen als Endpunkt einer weltgeschichtlichen Entwicklung angesehen, die mit der Zerschlagung des Habsburger und des Osmanischen Reichs begann, mit der Zerschlagung des Dritten Reiches und des italienischen Kolonialreiches fortgeführt wurde und die mit der für Großbritannien und Frankreich so schmerzlichen Auflösung ihrer Kolonialreiche endete. Auch die Niederlande, Spanien und Portugal trennten sich von den Resten ihrer Imperien.

Man darf die These wagen: Nur weil die klassischen europäischen Nationen – mit kräftiger amerikanischer Unterstützung – auf ihre Kernländer zurückgestutzt wurden, waren die Europäer überhaupt fähig, das Projekt der Europäischen Union in Westeuropa zu beginnen und seit 1990/91 nach Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa voranzutreiben, eben die gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. Der ewige Kampf der europäischen Nationen um Einfluss, Status und Prestige spielt sich nun mit friedlichen Mitteln innerhalb der Europäischen Union ab. Die Amerikaner sind die Hebamme Europas.

Dieser US-Globalismus hat seit dem Zweiten Weltkrieg, wie schon angedeutet, eine globale amerikanische Militärmacht hervorgebracht, eine Macht, die heute über 45 % der Militärausgaben in der Welt verschlingt, innenpolitisch von einer Allianz aus Militär, Rüstungsindustrie und Kongress geschützt wird, über tausend (tausend!), teils geheime Basen rund um den Globus verfügt, jeden Punkt der Erde in 20 Minuten pulverisieren kann, nach dem Kalten Krieg die Mission erhielt, auf absehbare Zeit eine *Pax Americana* gegen jede Kombination möglicher Gegner zu verteidigen und zu verhindern, dass in irgendeinem Kontinent ein regionaler Hegemon diese globale Führungsrolle gefährden könnte.

Die sichtbaren Streitkräfte der USA zu Wasser, zu Land, in der Luft und im Welt- raum werden durch ein unsichtbares Geheimdienst-Imperium ergänzt, das überall auf der Welt mit fast allen Mitteln Informationen sammelt, überall mitsieht, mithört und mitliest, möglicherweise auch hier in Tutzing (*Hi there!*). Ein Witzbold hat vorgeschlagen, das Staatsmotto zu ergänzen: »*In God we trust – all others we monitor*«.

Über Amerikas kulturellen Einfluss in der Welt, ihre *soft power*, werde ich heute nicht sprechen, auch nicht über ihren ökonomischen Einfluss, dessen Niedergang wieder einmal, wie so oft, prognostiziert wird. Ich möchte nur daran erinnern, dass im Jahr 2009 der Anteil der USA am Welt-Bruttoinlandsprodukt 23,5 % beträgt, Japans 8,1 %, Chinas 7,3 %, Deutschlands 6,0 % und Russlands 2,8 %.

Nur ein handlungsfähiges und geschlossen auftretendes Europa könnte ein ernsthafter Konkurrent werden. Der Anteil der Europäischen Union am Welt-Bruttoinlandsprodukt beträgt 30,3 %. Zu einer Asiatischen Union wird es in absehbarer Zeit nicht kommen.

Damit komme ich zu meinem zweiten Hauptargument, zu meiner zweiten Begründung dafür, warum ich die USA für eine imperiale Macht halte.

## Die zivilreligiöse, göttlich legitimierte Sendungsidee der Freiheit

Die tief in der Geschichte und Struktur der amerikanischen Gesellschaft verankerte Frömmigkeit ist auch der Grund dafür, dass Gott ein zentrales Element der nationalen, amerikanischen Zivilreligion ist. Der Kern dieser Zivilreligion ist die amerikanische Dreieinigkeit von Gott, Vaterland und Freiheit. Diese sinnstiftende und gemeinschaftsbildende Glaubenslehre, dieser *American creed*, hält die fragmentierte und disparate Gesellschaft zusammen. Seit der Amerikanischen Revolution hat eine Verschmelzung von Christentum und Aufklärung, von Christentum und demokratisch-freiheitlicher Mission die besondere zivile Religion Amerikas hervorgebracht, eine unverwechselbare Mischung aus christlichem Republikanismus und demokratisch-freiheitlichem Glaube. Amerika, so hat man gesagt, sei eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die amerikanische Nation habe keine Ideologie, sie sei eine.

Die amerikanische Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die nationalen Feiertage und Rituale, besonders die Reden des Präsidenten sind um die Ideen- und Symbolwelt der amerikanischen Zivilreligion mit einem allgemeinen, unspezifischen Gottesbegriff zentriert. Das amerikanische Staatsmotto *In God we trust*, das auch die Rückseite jeder Dollar-Note prägt, oder der Wortlaut im Fahneid, *A nation under God*, repräsentieren fast alle Amerikaner. Begriffe wie *divine plan*, *providence*, *creator*, *almighty God* oder *heavenly Father* gehören zum festen Bestandteil zivilreligiöser Rhetorik.

Ich selbst hatte mir einmal während meiner Washingtoner Zeit an einem 4. Juli auf den Stufen des Kapitols einen Stehplatz gesichert. Ich wollte miterleben, wie einige Hunderttausend Amerikaner europäischer, afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft ihren nationalen Gedenktag feiern. Ich ließ mich beeindruckt von einer eigentümlichen Mischung aus Vaterlandsliebe, Hollywood, Coca-Cola und Popcorn, aus Lobpreis der großen Vergangenheit Amerikas und der hoffnungsfrohen Gewissheit, dass die einzig verbliebene Supermacht der Welt auch im nächsten Millennium eine besondere Mission zu erfüllen habe. Ich wollte erfahren, wie diese Hunderttausende, umgeben von patriotischen Denkmälern wie dem Washington Monument, dem Jefferson, Lincoln- und Roosevelt Memorial, in Liedern und Hymnen die amerikanische Dreieinigkeit von Gott, Vaterland und Freiheit besingen; wie diese Nation von Einwanderern, die alle irgendwann von irgendwoher in die Neue Welt emigriert waren, sich an solchen Festtagen immer aufs Neue konstituiert, indem sie ihrem Gründungsmythos vom »*süßen Land der Freiheit*« (*sweet land of liberty*) Dauer und Zukunft verleiht.

Die Debatte über Amerikas besondere Mission der Freiheit, sein Verhältnis zu Gott, Vorsehung und Geschichte wird seit den ersten Siedlern geführt, also seit 400 Jahren. Dieser andauernde Diskurs, wie man heute sagen würde, über die besondere Mission der USA, ihre Einzigartigkeit und Auserwähltheit gehört selbst

zum Kern der amerikanischen Identität. Deshalb hat man gesagt, wenn man lange genug an einem Amerikaner kratze, komme der Erlöser (*redeemer*) zum Vorschein.

Diese zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit hat es den Amerikanern ermöglicht, alle Kriege und militärischen Interventionen in ihrer Geschichte, von den Indianerkriegen bis zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak, als gerechten Krieg, als *bellum iustum* zu rechtfertigen. Genau das hat Präsident Obama bei der Rede zur Annahme des Friedensnobelpreises in Oslo erneut getan. Es gäbe das Böse in der Welt, das notfalls bekämpft werden müsse.

Herfried Münkler hat zu Recht eine alte Einsicht in unser Gedächtnis zurückgerufen, dass alle Imperien über eine Ideologie des Friedens verfügen, im Falle der USA zugleich über eine Ideologie der Freiheit.

Rückschläge und Niederlagen haben die Amerikaner nie davon abgehalten, von dieser Sendungsidee Abschied zu nehmen. Bekanntlich ist die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Versuche gescheitert, durch oder nach einer militärischen Intervention demokratische Regime zu gründen und langfristig zu festigen. Nach einer Studie sind von 16 Versuchen dieser Art im 20. Jahrhundert nur vier bis fünf, nämlich in Westdeutschland, Japan und Südkorea, mit einigen Abstrichen in den Kleinstaaten Grenada und Panama, erfolgreich gewesen. Erfolgreich bedeutet, dass zehn Jahre nach Abzug der US-Truppen noch immer eine Demokratie existierte. Auch aus dieser Perspektive gehört die Demokratisierung der alten Bundesrepublik zu den größten Erfolgsgeschichten der US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Es kommt nicht von ungefähr, dass Präsident Bush in der Vorgeschichte des Irakkrieges ständig den Vergleich mit Deutschland und Japan im Munde führte.

Dieser Vergleich wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als falsch erweisen. Der Irak und auch Afghanistan werden die lange Liste gescheiterter amerikanischer Versuche verlängern, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen: Südvietnam, Kambodscha, Haiti, Kuba und Nicaragua.

Das wird die USA aber nicht daran hindern, es immer wieder zu versuchen. Denn es gehört zum Wesen der weltlichen Utopie, dass sie, wie die Religion, ihren utopischen Überschuss, ihren Hoffnungskern nicht durch die schlechte Wirklichkeit und leidige Tatsachen zerstören lässt.

Das gilt auch für Amerikas zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, der Glaube an eine neue Chance, den Fortschritt und die Verbesserung des Menschengeschlechtes prägen dieses Sendungsbewusstsein. Auch Bush der Jüngere gehört zu den Generationen von Amerikanern, die die Geschichte des eigenen, auserwählten Volkes als eine Erfolgsgeschichte zu immer mehr Freiheit hin interpretieren. Er fiel in dieser Hinsicht keineswegs aus der amerikanischen Geschichte heraus, es gibt große, gemeinsame Schnittmengen zu seinen Vorgängern, von Woodrow Wilson bis zu Bill Clinton und zu seinem Nachfolger Barack Obama. Präsident Obama steht wieder vor der großen amerikanischen Paradoxie, wie er Amerikas globale Interessen und den Anspruch auf globale amerikanische Führung mit Amerikas Sendungsidee der Freiheit und mit seiner multilateralen Rhetorik globaler Kooperation verbinden kann.





# 16. Obama, Trump, der Niedergang einer imperialen Demokratie und die amerikanisch-deutschen Beziehungen 2009 – 2021 – ein Essay

Hochmut kommt vor dem Fall. Diese sprichwörtliche Weisheit gilt im Alltagsleben wie in der Weltgeschichte. Hybrider Realitätsverlust spielt deshalb beim Fall großer Reiche eine entscheidende Rolle. Dieser Realitätsverlust ist in der Regel ursächlich verzahnt mit den inneren Krisen eines Reiches und der wachsenden Zahl von Feinden. Klimawandel und Epidemien können diesen Untergang beschleunigen. Der *locus classicus* in der abendländischen Geschichte ist der Untergang des Römischen Reiches; das wussten schon die gebildeten Gründungsväter der Vereinigten Staaten. Deshalb sollte die Konstruktion der Verfassung eine Negation der Vergangenheit sein. Auf keinen Fall sollte das zukünftige amerikanische Imperium das Schicksal des Römischen Reiches ereilen, einem neuen »Cäsarismus« sollte das System der *Checks and Balances* vorbeugen.<sup>1</sup>

Heute sind wir Zeitgenossen des Niedergangs der westlichen Führungsmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika. Die ganze Welt blickt gebannt auf die Krise der imperialen Pax Americana, die Präsident George W. Bush als Antwort auf den islamistischen Terrorangriff auf New York und Washington am 11. September 2001 begründen wollte.<sup>2</sup> Die USA sind zwar weiterhin der vermutlich einflussreichste Nationalstaat in der zusehends multipolaren Welt der Gegenwart, aber keine Weltführungsmacht mehr, von Bushs Vision einer Weltvorherrschaft des Landes weit entfernt.

Dieser weltgeschichtliche Sinkflug begann schon in der Amtszeit von George W. Bush, konnte von dem großen Hoffnungsträger Präsident Barack Obama nicht aufgehalten werden und beschleunigte sich unter der Präsidentschaft des »großen Ruinierers« Donald Trump mit atemberaubender Geschwindigkeit. Ob der Wahlsieger Joe Biden diesen weltgeschichtlichen Trend zumindest teilweise rückgängig machen kann, ist eine offene Frage.

Parallel und im kausalen Zusammenhang mit dem Verlust der Weltführungsrolle und einem weltpolitisch ermüdeten amerikanischen Volk zerbricht das politische

---

1 Zur Interpretationsgeschichte des Untergangs des Römischen Reiches von Augustinus bis zur Gegenwart vgl. Alexander Demandt, *Der Fall Roms. Die Auflösung des römischen Reiches im Urteil der Nachwelt*, München 2014. Zum Klimawandel vgl. Kyle Harper, *Fatum. Das Klima und der Untergang des Römischen Reiches*, München 2017. Zur Perzeption der Verfassungsväter vgl. Thomas E. Ricks, *First Principles. What America's Founders Learned from the Greeks and Romans and How That Shaped Our Country*, 202; Alexander Demandt, *Die klassische Antike in Amerika*, in: Philipp Gassert, Detlef Junker, Wilfried Mausbach, Martin Thunert (Hrsg.), *Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven*, Stuttgart 2009, S. 33–46.

Zur Krise der Pax Americana vgl. Heinrich August Winkler, *Zerbricht Der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika*, München 2017. Zur Vorgeschichte der Krise und Deutschlands »langem Marsch nach Westen« vgl. ders., *Geschichte des Westens*. Band 1, *Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2016. Band 2, *Die Zeit der Weltkriege*, München 2016.

2 Siehe die Kapitel 14 und 15 in diesem Band.

und soziale System einer freiheitlichen Republik, die amerikanische Gesellschaft fällt unter dem zunehmenden Druck einer Rassen-, Klassen- und Kasten-Gesellschaft auseinander. Bedeutsamer noch: Die amerikanische Sendungsidee der Freiheit, die dem amerikanischen Volk über 200 Jahre Selbigkeit, d. h. Identität gegeben hat, verliert in den USA und der Welt zunehmend an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Der Sieg im Wettkampf der Systeme des Kalten Krieges ist verblasst, der alte Witz über den Unterschied von Sozialismus und Kapitalismus gewinnt zusehends an Realitätsgehalt: »What is the difference between Socialism and Capitalism? In Socialism you socialize the economy and then you ruin it. In Capitalism you ruin the economy and then you socialize it.«

Der Niedergang der Führungsmacht des transatlantischen Westens stellt Europa und Deutschland vor existenzielle Probleme. Im globalen Interessenhorizont der USA spielte Deutschland schon vor der Amtszeit Trumps nur noch eine geringe Rolle. Es ist eine offene Frage, ob die Bundesrepublik ohne den militärischen, wirtschaftlichen und ideellen Rückhalt aus der Neuen Welt ihre Interessen und ihre politischen Lebensformen – repräsentative Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft – wird behaupten können.

## Präsident Barack Obama (2009 – 2017)

Diese Zukunftsperspektive unterscheidet sich fundamental von den Hoffnungen zu Beginn der Amtszeit des Präsidenten Barack Obama ... vor zwölf Jahren. Der junge, charismatische, gebildete und scharfsinnige schwarze Präsident mit Waschbrettbauch, dessen Reden nicht nur die Amerikaner, sondern besonders auch die Deutschen verzauberten, versprach dem amerikanischen Volk neue Hoffnung und einen tief greifenden Wandel (*hope and change*). »Ja, das können wir (Yes, we can!)«, versicherte Obama dem mit der Politik des scheidenden Präsidenten George W. Bush zutiefst unzufriedenen amerikanischen Volk. Bushs Zustimmungswerte waren auf 25 Prozent gefallen, den tiefsten Wert, der jemals für einen amerikanischen Präsidenten gemessen wurde. Als ein »redneck«, ein armer, weißer Landarbeiter, vor der Kamera erklärte, »this time I am going to vote for the nigger«, keimte sogar die Hoffnung auf, dass der schwarze Präsident den tief sitzenden Rassismus in den USA, die Ursünde des Landes, wenn nicht beseitigen, so doch erheblich vermindern würde.

Der 48-jährige Präsident hatte eine ungewöhnliche Bildungs- und Ausbildungsgeschichte durchlaufen, die er selbst für so bedeutend hielt, dass er schon mit 34 Jahren seine Autobiografie in langen Nächten selbst verfasste.<sup>3</sup>

Diese erste Autobiografie verkaufte sich zunächst sehr schlecht. Das änderte sich über Nacht, als Barack Obama, damals Senator des Staates Illinois im Kapitol in Washington, vom Präsidentschaftskandidaten John Kerry eingeladen wurde, am 27. Juli 2004 auf dem Parteitag der Demokraten in Boston die »Grundsatzrede« zu

3 Vgl. Barack Obama, *Dreams from My Father. A Story of Race and Inheritance*, New York 1994, hier zitiert nach der Ausgabe von 2004. [dt. Ein amerikanischer Traum. Die Geschichte meiner Familie, München 2008].

halten. Auf diese gut 20 Minuten hatte er sich über Wochen vorbereitet. Er präsentierte sie auswendig und mit großer rhetorischer Überzeugungskraft.<sup>4</sup> Die Reaktionen des Publikums und der Fernsehzuschauer waren enthusiastisch. Ein Mediensuperstar war geboren. Gerüchte, man habe gerade den nächsten Präsidenten erlebt, verbreiteten sich in Windeseile. Die Auflage der Autobiografie explodierte. Der Verkaufserfolg vertrieb die finanziellen Sorgen des Ehepaars Michelle und Barack Obama. Sie konnten ihre Studentenschulden abbezahlen und sich zum ersten Mal eine Eigentumswohnung leisten. Inzwischen hat das Ehepaar Obama mit den Memoiren und seinen bezahlten Reden Millionen im dreistelligen Bereich verdient. Es ist in das Showgeschäft eingestiegen und bedient den Massenmarkt.

Spätestens mit dieser Rede auf dem Parteitag machte Obama eine seine Politik prägende Erfahrung, nämlich, dass er mit seinen Reden Menschen aus allen Gesellschafts- und Bildungsschichten begeistern konnte. Seine Reden hat er in Zusammenarbeit mit seinen Redenschreibern immer selbst vorbereitet.<sup>5</sup> Er verband auf ebenso elegante wie raffinierte Art und Weise politische Substanz und hoffnungsvolle Rhetorik (»Yes, we can!«), er nutzte souverän die idealistischen und wertgeladenen Gemeinplätze der amerikanischen Tradition, die für ihn universelle Gültigkeit haben. Auf der anderen Seite scheute er sich nicht, die brutale Wirklichkeit seines Landes anklagend zu beschreiben. Als der »Zauber« des Anfangs durch die eingeschränkten Machtmöglichkeiten des Präsidenten im Verfassungssystem der USA sowie die Realitäten der US-Innenpolitik und der Weltpolitik zur »Entzauberung«<sup>6</sup> Obamas führte, wurde der Vorwurf laut, er sei naiv und zu idealistisch in dem Glauben, mit seinen Reden die USA und die Welt verändern zu können (»speechifying the world«).

Wie hatte er in seiner Autobiografie geschrieben? »Wenn ich nur die richtigen Worte fände – fast alles könnte sich ändern: Südafrika, das Leben der Kinder in den Ghettos nur einige Meilen von hier entfernt, meine eigene fragile Position in der Welt.«<sup>7</sup> Der 48-jährige Präsident hatte nicht nur eine Bildungsgeschichte, sondern auch eine außergewöhnliche Ausbildungsgeschichte durchlaufen, getrieben von der Suche nach seiner eigenen Identität als farbiger, als schwarz-weißer Amerikaner und einer erneuerten Mission für die USA, die sich den Versprechen der Gründungsväter wieder verpflichtet fühlt. Als Sohn eines schwarzen Kenianers und einer weißen Amerikanerin wuchs er auf Hawaii und in Indonesien auf. Dann gewann er ein Stipendium an einem College in Kalifornien, studierte in New York an der Columbia University Politikwissenschaft, arbeitete ein Jahr für eine Unternehmensberatung und drei Jahre als Leiter von Gemeinschaftsprojekten im schwarzen Ghetto von Chicago. Dort erlebte er mehr Elend und Verfall als in Indonesien oder auf Hawaii. Er wurde gläubiger Christ in einer schwarz-weißen Gemeinde. 1988 erhielt er ein Stipendium für die Harvard Law School, wurde als erster Schwarzer leitender Redakteur

4 Vgl. Michelle Obama, *Becoming*, New York 2019, S. 214–216.

5 Vgl. Ben Rhodes, *Im Weißen Haus. Die Jahre mit Barack Obama*, München 2019.

6 Vgl. Tobias Endler, Martin Thunert, *Entzauberung. Skizzen und Anmerkungen zu der USA in der Ära Obama*, Opladen, Berlin, Toronto 2016. Ein frühes Zeugnis der Verzauberung ist ein Sammelband der Wochenzeitung »Die ZEIT«: Patrick Schwarz, *Obamas Amerika. Eine Bestandsaufnahme*, Hamburg 2011.

7 Barack Obama, *Dreams from My Father*, S. 106.

der von Studenten herausgegebenen, prestigeträchtigen Zeitschrift »Harvard Law Review«. Dies ist eine Position von hohem nationalem Prestige, die in der Regel alle Türen öffnet. Er schloss sein Studium »magna cum laude« ab, ging trotz verlockender Angebote von Rechtsanwaltskanzleien als Sozialarbeiter (*community advisor*) erneut in die schwarze Südseite von Chicago, heiratete 1992 die Juristin Michelle Robinson, wurde für drei Jahre Bürgerrechtsanwalt in Chicago, von 1993 bis 2004 Dozent für Verfassungsrecht an der Universität von Chicago. Schließlich stürzte sich der ehrgeizige und sendungsbewusste Obama gegen den anhaltenden Widerstand seiner Frau in die Politik; ab 1996 gewann er einen Sitz für Chicago im Senat von Illinois, den er bis 2004 innehatte. Sein Versuch, im Jahre 2000 in das US-Repräsentantenhaus einzuziehen, scheiterte. Aber im Jahre 2004 zog er als Vertreter von Illinois in den Senat in Washington ein, damals der einzige Farbige. In diesen Jahren lernte er vor allem eins: Man muss in der Politik auch Kompromisse machen können. Aufgrund dieser Geschichte war die große existentielle Spannung seiner persönlichen Existenz und seiner Präsidentschaft, die Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Sein und Sollen im langen Lauf zu sich selbst angelegt. Dass er diese Spannungen aushalten konnte, machte ihn in den Augen seiner Frau zu einem »political wunderkind«.<sup>8</sup>

Obamas Reden werden etwas genauer interpretiert, weil sich in ihnen der Kern seiner demokratischen Mission für die Welt offenbart, weil der Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit ein Hauptargument für seine »Entzauberung« wurde und weil, last but not least die »späte Liebe« zwischen Obama und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel aus den gemeinsamen Idealen erwuchs, trotz aller Konflikte in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen. Ausgestattet mit der Leidenschaft des Juristen für den präzisen Begriff und das richtige Wort, im Besitz eines vorzüglichen Gedächtnisses und konzentrierter Schaffenskraft, durch Basketballspielen und morgendliches Fitnesstraining in guter körperlicher Verfassung, studierte Obama die Geschichte und Gegenwart von Weltdeutungen, besonders die Geschichte der USA. Seine Suche nach einer Vision für eine bessere Welt stand in bester amerikanischer Tradition, zum Beispiel von Präsident Abraham Lincoln oder dem Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. Er zog seine Vision für ein besseres Amerika in einer Zeitschleife durch die Vergangenheit. Es kam auch für Obama darauf an, die Versprechen des Ursprungs im 18. Jahrhundert von Leben, Freiheit und Streben nach Glück – kanonisiert in der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung – endlich einzulösen. Sein auf sorgfältiger Erziehung seiner Mutter, außerordentlichem Fleiß, großer Begabung und mehreren Stipendien begründeter Aufstieg führte dazu, dass sich dem amerikanischen Volk Obamas eigener »Traum« als leuchtendes Beispiel empfahl, auch denjenigen, die nie eine solche Chance hatten.<sup>9</sup>

Besonders drei Traditionen prägten ihn: die Geschichte der amerikanischen Demokratie, die philosophische Tradition des amerikanischen Pragmatismus und die

<sup>8</sup> Michelle Obama, *Becoming*, S. 284.

<sup>9</sup> Möglicherweise verkörpert er dadurch die »Tyrannei der Leistungsgesellschaft« und trieb einfache Leute in Trumps populistisches Lager. Vgl. Michael J. Sandel, *The Tyranny of Merit. What's Become of the Common Good*, New York 2020.

tiefen und harten Kontroversen während der Siebziger- und Achtzigerjahre an den Universitäten des Landes.<sup>10</sup> Auch bedeutende europäische Klassiker standen auf seiner Leseliste wie Augustinus, Pierre Bourdieu, Edmund Burke, Emil Durkheim, Michel Foucault, Jürgen Habermas, Friedrich Hayek, Thomas Hobbes, Karl Marx, Adam Smith, Alexis de Tocqueville und Max Weber.<sup>11</sup> Nachdrücklich beeindruckt war Obama von dem amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr, der aus einem deutsch-amerikanischen Pfarrhaus stammte. Dessen Buch »The Irony of American History« ist eines der einflussreichsten Bücher für christliche Realisten in den USA. Niebuhr bestätigte Obama in der heiligen Formel Martin Luther Kings: »Liebe ohne Macht ist eine Sentimentalität. Macht ohne Liebe ist gefährlich. Liebe plus Macht bedeutet Gerechtigkeit.«<sup>12</sup>

Seine Botschaften für die USA und die Welt für einen neuen Anfang in der Weltpolitik formulierte er besonders in seiner Rede vor 215.000 begeisterten Menschen in Berlin am 24. Juli 2008 und seiner Rede zum Amtsantritt im amerikanischen Kongress am 21. Januar 2009. Dem außenpolitischen Hauptproblem seiner Präsidentschaft, der uralten Dialektik von Krieg und Frieden, stellte er sich auf ungewöhnliche Weise am 10. Dezember 2009 in Oslo. Anlässlich der unerwarteten Verleihung des Friedensnobelpreises – gleichsam als Vorschuss für zukünftige Friedensinitiativen – befasste er sich mit einem ebenfalls alten Problem, dem Problem des gerechten Krieges. Immerhin hatte er von Präsident Bush zwei Kriege in Afghanistan und im Irak, den weltweiten Krieg gegen den Terrorismus sowie den Ansehensverlust der USA durch die Folterpraktiken der US-Geheimdienste geerbt.

Berlin war die erste Station des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten auf einer globalen Werbetour, die ihn auch nach Afghanistan, Kuwait, in den Irak, nach Israel, ins Westjordanland, nach Frankreich und nach Großbritannien führte. Amerika habe, so versicherte er, keinen besseren Partner als Europa.<sup>13</sup> Die neuen Brücken für die Welt sollten an die Brücken über den Atlantik erinnern. Der gemeinsame Kampf für die Freiheit von Berlin und der Bundesrepublik sei ein Beispiel für die jahrzehntelange transatlantische Kooperation. Heute seien alle Probleme so ineinander verzahnt, dass keine Nation sie allein lösen könne. Dann folgte eine lange Liste der Probleme, die er in seiner Präsidentschaft anpacken wollte: Man müsse den Terror beenden und die Quellen des Extremismus trockenlegen. Man müsse deshalb dafür sorgen, dass die erste Mission der NATO außerhalb Europas in Afghanistan ein Erfolg werde. Man müsse außerdem am Ziel einer Welt ohne nukleare Waffen festhalten, ungeschütztes nukleares Material sichern, die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern, das nukleare Material eines vergangenen Zeitalters reduzieren. Europa müsse seine eigene Sicherheit und Wohlfahrt suchen, zugleich mit Russland zusammenarbeiten. Der Iran müsse seine nuklearen Ambitionen aufgeben,

10 Zu seiner intellektuellen Biografie vgl. James T. Kloppenberg, *Reading Obama. Dreams, Hope, and the American Political Tradition*, Princeton 2011. Vgl. auch David Remnick, *The Bridge. The Life and Rise of Barack Obama*, New York 2010.

11 Kloppenberg, S. 1–85.

12 Reinhold Niebuhr, *The Irony of American History*, Chicago 1952. Neuauf. 2008 mit einer Einleitung von Andrew J. Bacevich.

13 *The New York Times*, *Obama's Speech in Berlin, 24.7.2008*. Transcript, <https://www.nytimes.com/2008/07/24/us/politics/24text-obama.html> (7.12.2020).

dem Libanon müsse geholfen werden; Israel und die Palästinenser müssten darin unterstützt werden, einen dauerhaften und sozialen Frieden zu finden. Wenn der Krieg im Irak zu einem Ende komme und eine neue irakische Regierung die Verantwortung übernehme, müsse das Leben für Millionen Iraker wiederaufgebaut werden. Auch zu globalen Problemen nahm er Stellung. Es sei die Zeit gekommen, in der man gemeinsam den Planeten retten müsse, indem man den Kohlendioxidausstoß reduziere. Man lebe in einer globalisierten Welt, deshalb müsse man auch an die vergessenen Ecken der Welt denken, in denen den Menschen Nahrung und Unterkunft fehlten und ihnen die Menschenrechte verweigert würden.

In der Vorbereitung der Berliner Rede hatten seine Redenschreiber einen deutschen Begriff gefunden, der seine Botschaft von der Interdependenz der Welt krönen sollte: Schicksalsgemeinschaft. Sie fanden aber am Vorabend der Rede heraus, dass Hitler das Wort »Schicksalsgemeinschaft« in einer Berliner Rede prominent verwendet hatte. Obama arbeitete den Schluss daraufhin in letzter Minute selbst um, sonst hätte er schon die Schlagzeile vor sich gesehen: »Obama knüpft in Berliner Rede an Hitler an.«<sup>14</sup>

Seine Rede zum Amtsantritt am 21.1.2009<sup>15</sup> begann Obama, der im Wahlkampf Hoffnung und Wandel versprochen hatte, mit der klassischen Ouvertüre jedes neu gewählten Präsidenten: Die Nation sei inmitten einer Krise. Sie sei im Krieg gegen ein weit verzweigtes Netzwerk (der Terroristen) von Hass und Gewalt. Die Wirtschaft sei (durch die große Banken- und Finanzkrise) schwer geschädigt, eine Konsequenz der Gier einiger, aber auch eines kollektiven Versagens, harte Entscheidungen zu fällen und die Nation auf eine neue Zeit vorzubereiten: Häuser seien verloren, Arbeitsplätze vernichtet und Geschäfte geschlossen worden. Außerdem beweise jeder Tag, dass Amerika Energie auf eine Art und Weise nutze, die seine Feinde stärkten und den Planeten gefährdeten. Das Land leide an einer Untergrabung des Selbstvertrauens, an der nagenden Furcht, dass der Niedergang der USA unvermeidlich sei und die nächste Generation ihre Ansprüche zurücknehmen müsse.

Aber Amerika werde sich dieser Herausforderung stellen, Amerika müsse erneuert werden. Dann folgte eine Liste der Probleme, die das Land anpacken müsse. Besonders eindringlich thematisierte Obama das Fundamentalproblem der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft, das seit der technisch-industriellen Revolution bis heute alle Staaten der Welt umtreibt: Was soll vom Staat, was soll vom Markt geregelt werden? Er attackierte die Grundüberzeugung der Republikaner, die seit der Amtszeit von Präsident Ronald Reagan systematisch versucht hatten, das Erbe Roosevelts und des staatsinterventionistischen New Deals zu zerstören.<sup>16</sup>

Die Frage sei nicht, so Obama, ob die Regierung zu groß oder zu klein sei, sondern ob sie funktioniere: Ob sie den Familien helfe, Jobs zu einem angemessenen Lohn zu finden, ein Gesundheitssystem, das sie sich leisten könnten, und eine Altersvorsorge,

<sup>14</sup> Rhodes, Im Weißen Haus, S. 56.

<sup>15</sup> Vgl. Barack Obama, Inaugural Address, 21.1.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/blog/2009/01/21/president-barack-obamas-inaugural-address> (21.7.2021).

<sup>16</sup> Vgl. Kapitel 5 in diesem Band.

die ihre Würde bewahre. Nur dann könne das grundsätzliche Vertrauen zwischen Volk und Regierung wiederhergestellt werden.

Die Frage, die sich stelle, sei nicht, ob der Markt eine Macht des Bösen oder des Guten sei. Aber die gegenwärtige Krise habe die Amerikaner daran erinnert, dass der Markt ohne ein wachsames Auge außer Kontrolle geraten könne. Die Nation könne nicht wohlhabend sein, wenn der Markt nur die Reichen begünstige. Der Erfolg einer Wirtschaft hänge nicht einfach von der Größe des Bruttoinlandsprodukts ab, sondern von der Reichweite des Wohlstandes, von ihrer Fähigkeit, jedem willigen Herzen eine Chance zu geben, nicht aus Barmherzigkeit, sondern weil das der sicherste Weg zum gemeinen Wohl des amerikanischen Volkes sei.

Die Passagen zur Außenpolitik und zur Rolle der USA in der Welt waren von besonderer rhetorischer Finesse geprägt. Von den globalen militärischen und wirtschaftlichen Interessen der USA erfuhr die Nation in Obamas Antrittsrede nichts. Er konzentrierte sich auf Amerikas Sendungsidee der Freiheit und wehrte sich dagegen, in der Sache der »gemeinsamen Verteidigung« eine falsche Wahl zwischen Sicherheit und Idealen zu treffen. Die Präsentation einer »falschen« Wahl, die es zu vermeiden gelte, ist Obamas beliebteste Argumentationsfigur, sie dient der Vorbereitung seiner eigenen, vernünftigen und richtigen Entscheidung.

Obama zeigte sich davon überzeugt, dass die Ideale der Gründungsväter die Welt noch immer erleuchteten und die USA diese nicht der Nützlichkeit opfern würden. »Wir sind erneut bereit, die Welt zu führen.« Faschismus und Kommunismus seien nicht nur mit Raketen und Panzern bezwungen worden, sondern auch durch robuste Bündnisse und tief verankerte Überzeugungen. Die Sicherheit der Welt erwachse aus der Gerechtigkeit ihrer Sache. Die gegenwärtigen USA seien die Sachwalter dieses Erbes. Deshalb werde man, so seine Anwendung dieses Grundsatzes auf die beiden von Bush geerbten Kriege, den Irak auf »verantwortliche Art und Weise« dem irakischen Volk überlassen und Fortschritte für einen Frieden in Afghanistan machen.

Dann erinnerte Obama die amerikanische Nation an ihr multikulturelles Erbe, an den eigenen Flickenteppich. Die USA seien eine Nation von Christen und Muslimen, von Juden, Hindus und Nichtgläubigen. Amerika sei geprägt durch jede Sprache und Kultur der Welt, aus jeder Ecke der Erde. Da Amerika das bittere Schmutzwasser von Bürgerkrieg und Rassentrennung geschmeckt habe, könne man nichts anderes tun, als daran zu glauben, dass der alte Hass irgendwann enden werde. Amerika müsse dabei seine Rolle spielen, ein neues Zeitalter des Friedens herbeizuführen.

Obama machte der islamischen Welt ein Angebot zur Zusammenarbeit, getragen von gegenseitigem Interesse und Respekt. Alle korrupten Systeme, so Obama weiter, stünden auf der falschen Seite der Geschichte. Den armen Völkern der Welt bot er Entwicklungshilfe an.

Es folgte eine Würdigung des amerikanischen Militärs, der am meisten respektierten Gruppe in der amerikanischen Gesellschaft. Den amerikanischen Soldaten, die in fernen Wüsten und Gebirgen der Nation dienten, dankte er als »Hütern der Freiheit«.

Er bot der Welt ein neues Zeitalter der »Verantwortlichkeit« an. Das sei der Preis und das Versprechen von Bürgern. Die Bedeutung der Freiheit könne man daran erkennen, dass Frauen, Männer und Kinder aller Rassen und Glaubensbekenntnisse an

der Feier zu seiner Amtseinführung teilnehmen können. Und deshalb könne ein Mann wie er, dessen Vater vor 60 Jahren nicht einmal in einem Restaurant bedient worden wäre, jetzt vor der amerikanischen Nation stehen, um den heiligen Eid zu schwören.

Seine nach eigener Einschätzung wichtigste Rede zur Außenpolitik hielt Präsident Obama am 10.12.2009 in Oslo<sup>17</sup>, als ihm der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Er hatte gerade dem Drängen seiner Militärs nachgeben müssen und ihnen das zugesagt, was alle Militärs in der Weltgeschichte in bedrängter Lage verlangen, nämlich mehr Truppen und Ressourcen. Ihm war die Erinnerung an das Fiasko in Vietnam höchst präsent. Zugleich streuten die Militärs Gerüchte, dass sie sich um Obamas »Entschlossenheit« sorgten. Indigniert fragte Obama Vertraute im Oval Office: »Warum wird das ganze Ding eigentlich in der Frage formuliert, ob ich einen Arsch in der Hose habe?«<sup>18</sup> Er hatte vor der Rede in Oslo gerade beschlossen, 30.000 weitere Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, 10.000 weitere Soldaten sollte die NATO stellen. Mithilfe der neuen Truppen sollte die Lage in Afghanistan stabilisiert werden. Nach 18 Monaten sollte dann der Abzug beginnen.

Obama begann seine Rede in Oslo – nach den üblichen Bescheidenheitsformeln – auf ungewöhnliche Weise. Er wolle nicht versäumen, zu erwähnen, dass die Verleihung des Preises eine erhebliche Kontroverse hervorgerufen habe, weil seine »Arbeit auf der Weltbühne« erst am Anfang, nicht am Ende stehe. Vor allem aber sei er Oberbefehlshaber einer Nation, die sich in zwei Kriegen befände. Er hätte auch hinzufügen können, dass er Oberbefehlshaber der größten Militärmaschine aller Zeiten sei, zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum.

Obama nutzte seine Rede zu weltgeschichtlichen Reflexionen über die Natur des Menschen, über den gerechten Frieden und den gerechten Krieg. 43-mal benutzte er den Begriff Krieg, 28-mal den Begriff Frieden, einige Male historische Bezeichnungen wie »Zweiter Weltkrieg«.

Kriege habe es von Beginn der Zeiten an gegeben. Das sei lange einfach eine Tatsache des Lebens gewesen, wie Dürren oder Seuchen. Dann habe sich ein Völkerrecht (*Law of Nations*) entwickelt. Philosophen, Theologen und Staatsmänner hätten versucht, die destruktive Macht des Krieges zu regulieren, zum großen Teil vergeblich. Der Krieg zwischen Armeen sei zum Krieg zwischen Nationen geworden. Er erinnerte an die beiden Weltkriege, nicht an den Koreakrieg, auch nicht an den Vietnamkrieg. Er könne sich keinen gerechteren Krieg vorstellen, als den Krieg gegen das Dritte Reich und die Achsenmächte.

Für diesen Teil der Rede hätte er auch einen »Kriegsnobelpreis« gewinnen können.

Die Dialektik seiner Rede bewegte sich zwischen der Realität gerechter und ungerechter Kriege einerseits, den Hoffnungen auf und den Bedingungen für einen gerechten Frieden andererseits. Ihm war ebenfalls die tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Sein und Sollen bewusst, über deren Überwindung bereits in der Antike nachgedacht wurde. Er wehrte sich gegen die Vorstellung, dass die Verfasstheit

17 Vgl. Barack Obama, Remarks by the President at the Acceptance of the Nobel Peace Prize. 10.12.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-acceptance-nobel-peace-prize> (7.12.2020).

18 Rhodes, Im Weißen Haus, S. 119.



der gegenwärtigen Menschheit es unmöglich mache, nach dem Ideal zu streben: »I refuse to accept the idea that the ›isness‹ of man's present condition makes him morally incapable of reaching up for the eternal ›oughtness‹ that forever confronts him.«<sup>19</sup>

Heute sehe er neue Gefahren. Nicht ein Krieg zwischen den nuklearen Supermächten sei die größte Bedrohung, sondern die Weiterverbreitung von Atomwaffen und modernen Technologien. Auch deshalb könne er heute keine endgültige Lösung für das Problem des Krieges mitbringen. Man müsse der harten Wahrheit ins Auge sehen. Die Menschheit werde in der gegenwärtigen Lebensspanne den gewaltsamen Konfliktfall nicht auslöschen. Es gäbe eben Zeiten, in denen Nationen, allein oder im Verbund mit anderen, den Gebrauch von Gewalt nicht nur für notwendig, sondern auch für moralisch gerechtfertigt halten. Das sage er trotz der Einsichten von Martin Luther King Jr. bei der Verleihung des Nobelpreises. »Gewalt kann niemals einen dauernden Frieden bringen, sie löst kein soziales Problem, sie bringe nur neue und noch komplexere Probleme hervor.« Das sage er als jemand, der hier als direkte Konsequenz der Lebensarbeit von Dr. King Jr. vor ihnen stehe. Die moralische Kraft der Gewaltlosigkeit sei nichts Schwaches, nicht Passives, nicht Naives.

Aber dann formulierte Obama erneut den Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Ideal, zwischen Realität und Utopie, zwischen Sein und Sollen, an dem er sich selbst abarbeitete und den seine tatsächlichen Handlungen als Präsident prägten. Er habe einen Eid darauf geschworen, seine Nation zu beschützen und zu verteidigen. Er müsse die Welt nehmen, wie sie sei. Angesichts der Gefahren für das amerikanische Volk könne er nicht untätig bleiben. Man solle sich nicht täuschen: Das Böse existiere in der Welt. Und dann folgte vor der Weltöffentlichkeit das moralische Letztargument für Kriege seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Gewaltlosigkeit hätte Hitlers Armee nicht aufgehalten. Verhandlungen könnten Al-Qaida nicht davon überzeugen, die Waffen niederzulegen. In der Nachfolge des Theologen Reinhold Niebuhr erklärte Obama: »Zu sagen, dass Gewalt gelegentlich notwendig sei, sei kein Aufruf zum Zynismus, es sei eine Anerkennung der Geschichte, der Unvollkommenheit des Menschen und der Grenzen der Vernunft.« Er wolle diese Wahrheit aussprechen, weil es in vielen Ländern eine große Ambivalenz über militärische Aktionen gebe, verbunden mit einem reflexartigen Misstrauen gegenüber den USA, der einzigen militärischen Supermacht der Erde.

Auch müsse man sich daran erinnern, dass es nicht allein internationale Institutionen, Verträge und Absichtserklärungen gewesen seien, die Stabilität für die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht hätten. Welche Fehler die USA auch gemacht hätten, es bleibe die einfache Tatsache, dass die USA für sechs Jahrzehnte durch das Blut ihrer Bürger und die Stärke ihrer Waffen die globale Sicherheit garantiert hätten. Amerikaner in Uniform hätten Frieden und Wohlstand von Deutschland bis

19 Über das Problem von Sein und Sollen und die Legitimität von Werturteilen hat der Autor dieses Bandes vor 50 Jahren mit dem holländischen Historiker Herman von der Dunk eine lebhaftige Kontroverse geführt, vgl. Detlef Junker, Über die Legitimität von Werturteilen in den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift, Heft 211, 1, August 1970, S. 1–33. Obama hat vermutlich nie begriffen, dass aus allen beschreibenden und erklärenden Sätzen über die Welt logisch nicht geschlossen werden kann, was getan werden soll.

Korea gebracht und dafür gesorgt, dass die Demokratie sich auch in Gebieten wie dem Balkan festgesetzt habe.

Dann versicherte Obama der Welt, dass Amerika als globale Macht die gesamte Palette ihrer Einfluss- und Machtmittel einsetzen werde, um an einer gerechten Weltordnung zu arbeiten. Amerika werde in seiner Verpflichtung für die globale Sicherheit nicht schwanken. Aber Amerika brauche auch Verbündete, wie die Soldaten der NATO in Afghanistan. Der Glaube daran, dass der Friede unausweichlich sei, sei selten ausreichend, um ihn zu erreichen. Es gebe aber im Gebrauch der Macht auch die Notwendigkeit, sie zu begrenzen. Deshalb habe er Folter verboten und angeordnet, das Gefängnis von Guantanamo zu schließen.

Dann nannte Obama eine lange Liste von Aufgaben, die in der Weltpolitik zu meistern seien, wie die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Er arbeite mit dem russischen Präsidenten Medwedew daran, die amerikanischen und russischen Arsenale zu reduzieren. Der Iran und Nordkorea müssten daran gehindert werden, das System zu manipulieren. Die Gefahr eines Wettrüstens im Mittleren Osten und Ostasien dürfte nicht ignoriert werden. Auch der Völkermord in Darfur, die systematische Vergewaltigung im Kongo und die Unterdrückungen in Biafra dürften nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Abschließend sprach Obama über die Natur und die Kriterien eines Friedens, den man anstreben müsse, insbesondere über die allgemeinen Menschenrechte, die keineswegs nur westliche Prinzipien seien. Er lobte Präsident Nixon dafür, dass dieser trotz des Horrors der Kulturrevolution mit Mao verhandelt habe. Die Initiative von Papst Johannes Paul II. habe nicht nur Freiraum für die katholische Kirche in Polen geschaffen, sondern auch für Arbeiterführer wie Lech Walesa.

Schließlich reflektierte Obama in Oslo über Religionskriege in der Geschichte. Er erinnerte daran, dass ein heiliger Krieg nie ein gerechter Krieg sein könne.

Amerika habe die Last der Verantwortung getragen, nicht weil das Land irgendjemandem seinen Willen aufzwingen wollte, sondern aus aufgeklärtem Selbstinteresse (*enlightened self-interest*). Ja, so sei es: Die Instrumente des Krieges müssten in der Bewahrung des Friedens eine Rolle spielen. Wie jedes Staatsoberhaupt müsse er sich das Recht vorbehalten, unilateral zu handeln, um »meine Nation« zu verteidigen. Amerika habe eine Verpflichtung zur globalen Sicherheit, allerdings könne Amerika den Frieden nicht allein wahren.

\*

Die Welt fragt sich natürlich, was Obama nach acht Jahren »Arbeit auf der Weltbühne« erreicht hat. Konnte er außenpolitisch den Macht- und Ansehensverfall der USA in der Welt, das Erbe seines Vorgängers George W. Bush, aufhalten? Konnte er innenpolitisch an der tiefen Spaltung der Nation, die sich seit Präsident Reagan immer stärker eingefressen hatte, etwas Grundlegendes ändern?<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Zur Gesamtdarstellung seiner Präsidentschaft vgl. Julian E. Zelizer (Hrsg.), *The Presidency of Barack Obama*, Princeton 2018; Winand Gellner, Patrick Horst (Hrsg.), *Die USA am Ende der Präsidentschaft Obamas. Eine erste Bilanz*, Wiesbaden 2016; Stefan Hagemann, Wolfgang Tönnies,

Genau das waren ja die beiden Hoffnungen, die sich mit der Wahl Obamas verbunden hatten. Auch Obamas Ehrgeiz und Selbstbild gingen weit über die erhoffte Signalwirkung eines farbigen Präsidenten im Weißen Haus hinaus. Das machen alle seine Erinnerungen und Autobiografien unübersehbar deutlich, die jetzt schon über 1500 Seiten ausmachen. Ein Ende ist noch nicht in Sicht.<sup>21</sup>

Ausgangspunkt für das Urteil über Präsident Obama auf der »Weltbühne« ist der Maßstab, ob er dazu beigetragen hat, die globalen Interessen und Werte der USA zu bekräftigen und zu verteidigen. Denn seit dem Eintritt des Landes in den Zweiten Weltkrieg hatten die USA – das ist ein Leitmotiv dieses Bandes – ihre nationalen Interessen global entgrenzt. Seit Roosevelt war der Selbstanspruch des Landes, die Struktur der internationalen Ordnung über eine lange Zeit und große Gebiete hinweg nach eigenen Interessen und Werten zu gestalten und Systemfeinde zumindest zu neutralisieren. Es ist kein Zufall, dass dieser Globalismus die Essenz aller strategischen Pläne und Sicherheitsmemoranden der USA von 1941 bis zur Amtszeit von Bush dem Jüngeren darstellt. Der Höhe- und zugleich Umschlagspunkt dieses Globalismus war das ebenso berühmte wie berüchtigte Sicherheitsmemorandum vom 17. September 2002 zur nationalen Sicherheit, als Präsident Bush, beeinflusst von neokonservativen Ideologen, nach 9/11 die Gunst der Stunde nutzen wollte, um den amerikanischen Globalismus über eine Weltführungsrolle hinaus in eine US-Weltvorherrschaft (*primacy*) zu verwandeln. Es war nur folgerichtig, dass dieser neue Anspruch der USA unter Bush dem Jüngeren zu einer fundamentalen Diskussion über den »amerikanischen Imperialismus« führte.<sup>22</sup>

Diese strategische Diskussion war auch deshalb so hitzig, weil die Mehrheit der Amerikaner damals wie heute gegen den Begriff »Imperialismus« als Selbstbezeichnung für die globale Politik des Landes rebelliert. Der globale Macht- und Gestaltungsanspruch der USA wird fast immer mit den Begriffen »global leadership« oder »global responsibility« bezeichnet. Im Zusammenhang mit der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit und ihrer globalen Mission sprechen amerikanische Politiker und Strategen gern von der »unverzichtbaren Nation« (*indispensable nation*). Allenfalls der von Thomas Jefferson geprägte Begriff »Imperium der Freiheit« (*empire of liberty*) findet Zustimmung. Imperialisten, das waren die Europäer oder andere Imperien in der Weltgeschichte.

---

Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama*, Trier 2014; Florian Böller, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama*, Trier 2012; Gordon M. Friedrichs, *US Global Leadership Role and Domestic Polarization: A Role Theory Approach*, New York 2021. Vgl. auch Britta Waldschmidt-Nelson, *Barack Obama (2009–2017). Der erste afroamerikanische Präsident: A Dream Come True?*, in: Christoph Mauch (Hrsg.), *Die Präsidenten der USA. 45 historische Porträts von George Washington bis Donald Trump*, München 2018. Vgl. auch »Obamas World. Judging His Foreign Policy Record«, *Foreign Affairs*, Vol. 94, No. 5, September–October 2015. »Inequality. What Causes It. Why It Matters. What Can Be Done«, *Foreign Affairs*, Vol. 95, No. 1, January–February 2016.

21 Neben »Dreams from My Father« (vgl. Anmerkung 3), »The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream«, New York 2006, und dem ersten Teil seiner Erinnerungen für die Zeit seiner Präsidentschaft: »Barack Obama. A Promised Land«, New York 2020, deutsche Fassung »Ein verheißenes Land«. Die Memoiren beziehen sich nur auf die ersten drei Jahre seiner Amtszeit. Für die nächsten fünf Jahre dürfen wir sicher noch einmal 1000 Seiten erwarten.

22 Vgl. die Kapitel 14 und 15 in diesem Band.

Genauso dachte auch Obama. In seiner berühmten Rede in Kairo am 4. Juni 2009, in der er einen Neuanfang in der Beziehung zwischen den USA und der islamischen Welt beschwor, wies er den Imperialismusvorwurf mit großer Leidenschaft zurück. »America is not the crude stereotype of a self-interested empire. The United States has been one of the greatest sources of progress that the world has ever known. We were born out of the revolution against an empire. We were founded upon the ideal that all are created equal, and we have shed blood and struggled for centuries to give meaning to those words – within our borders and around the world.«<sup>23</sup> Diese Globalisierung des amerikanischen außenpolitischen Handlungsradius erwuchs auch aus der zunehmenden Interdependenz der Weltpolitik selbst, auch als Reaktion auf die Außenpolitik von Feinden und Verbündeten der USA, besonders aus den oft übertriebenen Bedrohungsvorstellungen, die die Taten und Ideologien anderer Staaten und Gesellschaften in den Köpfen der Amerikaner und ihrer Politiker hervorriefen.

Innerhalb dieses amerikanischen Globalismus kann man seit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg drei große Zielvorstellungen unterscheiden: die unteilbare Sicherheit, den unteilbaren Weltmarkt und die unteilbare Freiheit. Diese drei Unteilbarkeiten sollen in jeweils idealtypischer Verknappung skizziert werden, weil sie den Maßstab für die Einordnung der Außenpolitik von Obama und Trump bilden.

## Die unteilbare Sicherheit

Die unteilbare Sicherheit meint die Aufrechterhaltung eines pro-amerikanischen Gleichgewichts in der Welt und die Verhinderung feindlicher Hegemonialmächte auf dem eurasischen Doppelkontinent, die langfristig die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, des Sanktuariums der USA, gefährden könnten. Diese Sicherheit der westlichen Hemisphäre, im Zentrum natürlich die Sicherheit der kontinentalen USA, ist seit der berühmten Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823 das oberste Ziel amerikanischer Sicherheitspolitik. Immer wenn diese bedroht erscheint, wird die Nation in höchste Alarmbereitschaft gesetzt. Ein Bonmot über das Problem amerikanischer Sicherheit spiegelt eine tief im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner verankerte Realität wider: Im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische.

Trotz des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens mit der Sowjetunion, nun mit Russland, zwingt jede tatsächliche oder angenommene Gefährdung der Sicherheit der westlichen Hemisphäre die US-Regierung zum Handeln. Es sei nur an die Kuba-Krise 1962 oder die Reaktionen auf 9/11 erinnert. In der Gegenwart gibt es wieder eine brandgefährliche Situation. Die USA werden atomar bestückte Langstreckenraketen Nordkoreas, die die kontinentalen USA bedrohen könnten, nicht hinnehmen. Es ist kein Zufall, dass Obama beim Höflichkeitsbesuch des neu gewählten Präsidenten

<sup>23</sup> The White House, Remarks by the President at Cairo University, 6.4.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-cairo-university-6-04-09> (21.6.2021).

Donald Trump im Weißen Haus fast ausschließlich über das größte Problem amerikanischer Sicherheit sprach: über Nordkorea.

Diese globalen Zielvorstellungen der USA waren dialektisch mit globalen Bedrohungsszenarien verbunden, im Falle des Nationalsozialismus mit der Annahme, dass Hitler und Deutschland die ganze Welt erobern wollten; im Falle des Kalten Krieges mit der subjektiven Gewissheit, dass der Kommunismus zunächst in Europa und Asien, nach der Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik in der Ära Chruschtschow auch im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika eben alle drei Unteilbarkeiten gefährde. Der internationale Terrorismus wird als neue globale Bedrohung wahrgenommen.

Überdies gehörte es zur Fähigkeit dieser imperialen Macht, bei Bedarf globale Koalitionen unterschiedlicher Regierungen und Systeme zusammenzuschmieden. Dieser US-Globalismus hat seit dem Zweiten Weltkrieg eine globale amerikanische Militärmacht hervorgebracht, mit Bündnissen in der ganzen Welt; eine Macht, die 2019 38 Prozent aller Militärausgaben verschlang (zum Vergleich: China 14 Prozent und Russland 3,4 Prozent); innenpolitisch von einer Allianz aus Militär, Rüstungsindustrie und Kongress geschützt wird (der Militärhaushalt ist in den letzten 60 Jahren nicht ein einziges Mal abgelehnt worden); über tausend teils geheime Basen rund um den Globus verfügt; jeden Punkt der Erde, falls man das politisch will, in 20 Minuten pulverisieren kann; und die in der Amtszeit von Bush dem Jüngeren, wie schon angedeutet, die Mission erhielt, auf absehbare Zeit eine Pax Americana gegen jede Kombination möglicher Gegner zu verteidigen und zu verhindern, dass in irgendeinem Kontinent ein regionaler Hegemon diese globale Führungsrolle gefährden könnte.

Das Kernstück der amerikanischen Sicherheitspolitik ist weiter die nukleare Triade, also die Fähigkeit, nuklear bestückte Interkontinentalraketen von U-Booten, aus gehärteten Silos und von Bombern abzuschießen. Allerdings haben die USA ihre einsatzbereiten nuklearen Sprengköpfe von über 31.000 im Jahr 1967 auf gegenwärtig 5.800 reduziert, Russland auf 6.375. Frankreich hat derzeit 290 nukleare Sprengköpfe einsatzfähig, China 320, Großbritannien 215, Pakistan 160, Indien 150, Israel 90. Die Gefährlichkeit des nordkoreanischen Diktators liegt darin, dass er nach Russland die zweite Atommacht sein will, die die USA selbst mit interkontinentalen Raketen bedrohen könnte.

Die sichtbaren Streitkräfte der USA zu Wasser, zu Land, in der Luft und im Welt- raum werden durch ein unsichtbares Geheimdienst-Imperium ergänzt, das überall auf der Welt mit fast allen Mitteln Informationen sammelt, überall mitsieht, mithört und mitliest. Es wurde deshalb vorgeschlagen, das amerikanische Staatsmotto zu ergänzen: »In God we trust – all others we monitor.«

Für Obama war dieser gewaltige Militärapparat allerdings nur ein Instrument der Abschreckung. Obwohl der Präsident in seiner Nobelpreisrede grundsätzlich die Legitimität eines »gerechten Krieges« anerkannte, war er entschlossen, keine US-Truppen in neue Landkriege zu verwickeln und damit den globalen »Fußabdruck« der USA in der Welt zu verringern. Er wusste, dass das amerikanische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit kriegsmüde war – von sendungsbewussten »Falken« im

nationalen Sicherheitsapparat, im Kongress, in den Denkfabriken und öffentlichen »Vordenkern« abgesehen. Da die Weltgeschichte keine Vakua kennt, eröffnete Obama damit anderen Mächten die Möglichkeit, neue Räume in Eurasien und anderen Erdteilen zu besetzen, was in seiner Amtszeit auch geschah. Statt Soldaten am Boden bevorzugte Obama Drohnen, Bombardierungen aus der Luft, gezielte Tötungen (*targeted killings*), Geheimdienste, Sanktionen und Verhandlungen als Mittel nationaler Sicherheitspolitik. Die gezielte Tötung bin Ladens am 2. Mai 2011 war die populärste Tat in seiner Amtszeit.

Er war auch skeptisch, dass die USA die inneren Probleme anderer Staaten mit Gewalt lösen könnten oder lösen sollten. Von der globalen, militärisch gestützten Sendungsidee der Bush-Regierung nach 9/11 war Obama weit entfernt, trotz aller globalen Rhetorik der Freiheit, die sich in seinen öffentlichen Reden manifestierte. Das trieb den Präsidenten in paradoxe Entscheidungslagen, zum Beispiel in Afghanistan. Um dort langfristig amerikanische Soldaten abziehen zu können, ohne den Aufbau des Landes zu gefährden, wollte er durch einen zeitweiligen Aufwuchs der US-Kampftuppen die Lage dort stabilisieren. Das Land wurde aber in seiner Amtszeit nicht stabilisiert. Das gelang bekanntlich bis heute nicht. Trotz der weiteren Anwesenheit amerikanischer Truppen gewinnen die Taliban stetig an Boden. Präsident Biden hat jetzt beschlossen, die Truppen abzuziehen. Aus dem Irak allerdings konnte Obama die Truppen in seiner Amtszeit abziehen, ohne dass das Land sich stabilisiert hatte.

De facto haben die USA beide Kriege verloren, in beiden Ländern herrscht Chaos und Bürgerkrieg. Der Irak und vermutlich auch Afghanistan werden die lange Liste gescheiterter Versuche verlängern, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen: Haiti, Kambodscha, Südvietnam, die Dominikanische Republik, Kuba, Nicaragua und zeitweise Panama. Die USA und die NATO haben große Mühe, das Scheitern der »Friedensmission« in Afghanistan anzuerkennen.

Was immer Obama militärisch versuchte, endete in einem kostspieligen Desaster. Im Irak intervenierten die USA militärisch und besetzten das Land, das Resultat war ein kostspieliges Desaster. In Libyen intervenierten die USA aus der Luft, besetzten das Land aber nicht, und das Resultat war ebenfalls ein kostspieliges Desaster. In Syrien tat Obama beides nicht, weder intervenierte er noch besetzten Amerikaner das Land, und das Ergebnis war ein kostspieliges Desaster. Im Jemen verließ er sich auf Drohnen und aktive Diplomatie, aber auch hier war das Ergebnis ein kostspieliges Desaster.

Auch im Verhältnis zu Israel kam Präsident Obama auf dem Wege zu einer israelisch-palästinensischen Zwei-Staaten-Lösung keinen Schritt voran. Vor seiner geplanten Rede in Kairo am 4. Juni 2009 besuchte er den saudischen König Abdullah ibn Abd al-Aziz, den Hüter der beiden heiligen Moscheen von Mekka und Medina und strikten Beschützer der Wahhabiten, einer besonders radikalen Variante des Islams. Da das Treffen in gelockelter Atmosphäre stattfand und der König sich wohlwollend an ein Treffen seines Vaters ibn Saud mit Präsident Franklin D. Roosevelt erinnerte, fragte Obama den König, ob sein Königreich und andere Mitglieder der Arabischen Liga eine Geste gegenüber Israel in Erwägung ziehen könnten, die vielleicht

Friedensverhandlungen mit den Palästinensern in Gang setzen könnten. Der König ignorierte diese Frage.<sup>24</sup>

Nicht bekannt ist, ob der König wusste, dass sein Vater ibn Saud gegenüber Roosevelt am 14. Februar 1945 an Bord der »USS Quincy« im Großen Bittersee und gegenüber Premierminister Winston Churchill einen Tag später unmissverständlich erklärt hatte, dass die arabische Welt nie eine Freistatt für die Juden in Palästina dulden würde. Die Unterstützung des Zionismus, von welcher Seite auch immer, würde zweifellos größtes Blutvergießen und größte Unordnung in die arabischen Länder bringen.<sup>25</sup> So ist es bis heute geblieben: ein absolutes, auch heilsgeschichtlich begründetes Freund-Feind-Verhältnis. An diesem Freund-Feind-Verhältnis hat sich von Roosevelt bis Obama und Trump nichts Wesentliches geändert.

\*

Europa, auch die Sicherheit Europas und Deutschlands standen nicht im Zentrum des globalen Aufmerksamkeitshorizontes von Barack Obama. Der Alte Kontinent schien sicherheitspolitisch, anders als der Nahe und Mittlere Osten und die gesamte islamische Welt, eine befriedete Region zu sein; sicher unter dem Schutz der NATO und der nuklearen Sicherheitsgarantie der USA. Niemand kam in der Amtszeit Obamas auf die Idee, den Artikel 5 des Nordatlantikvertrags von 1949 infrage zu stellen, wozu ein Angriff auf ein Land einen Angriff auf alle Verbündeten bedeuten würde.

Überdies hatte sich die NATO noch vor Obamas Amtszeit nach Osten ausgedehnt, nicht in erster Linie auf Drängen der USA, sondern von Staaten, die Russland auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht trauten und einen russischen Großmachtrevisionismus fürchteten, der sich tatsächlich entwickelte. 1999 erfolgten die Beitritte Polens, Ungarns und Tschechiens, 2004 folgten Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und die baltischen Staaten. Die Ausdehnung der NATO nach Osten ist eine komplizierte und umstrittene Geschichte.<sup>26</sup> Bei der Eröffnung des Holocaust-Museums in Washington am 22. April 1992 hatten der tschechische Staatspräsident Václav Havel und der Pole Lech Wałęsa den in der Beitrittsfrage zögernden, aber seelisch bewegten Präsidenten Bill Clinton unter Druck gesetzt: So etwas dürfe nie mehr zugelassen werden.<sup>27</sup> Außerdem hatten sich Präsident Obama und Russlands Präsident Medwedew nach vielen persönlichen Telefonaten am 8. April 2010 in Prag darauf verständigt, den umfassendsten nuklearen Abrüstungsvertrag seit zwei Jahrzehnten zu unterzeichnen (START = Strategic Arms Reduction Treaty), der tatsächlich zur substanziellen Reduktion auf beiden Seiten führte. Für die Prager schien es, als sei Obama seinem Versprechen einen entscheidenden Schritt nähergekommen, das

24 Barack Obama, *A Promised Land*, S. 362.

25 David B. Woolner, *The Last 100 Days. FDR at War and at Peace*, New York 2016, S. 162–165.

26 Oxana Schmies, *NATO's Enlargement and Russia. A Strategic Challenge in the Past and Future*, Stuttgart 2021.

27 Detlef Junker, *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 149. Vgl. Kapitel 13 in diesem Band.

er in einer begeisternden Rede vor Zehntausenden ein Jahr vorher gemacht hatte, nämlich eine Welt ohne Atomwaffen möglich zu machen.

Schon im September 2009 hatte Obama entschieden, die Stationierung von Raketen in Tschechien und in Polen zu stoppen, um einen »Neustart« (*reset*) der amerikanisch-russischen Beziehungen zu ermöglichen. Doch Putin machte diesen »Neustart« zunichte.

Vladimir Putin, seit 2000 die dominante, zusehends diktatorische Kraft Russlands – als Staatspräsident, zwischenzeitlich als Ministerpräsident im Rollentausch mit Medwedew, jetzt Präsident auf »Lebenszeit« – hielt und hält den Zerfall der Sowjetunion für die größte Katastrophe der russischen Geschichte. Das Urteil Obamas, Russland sei nur eine »regionale Großmacht«, war für Putin eine unverzeihliche Demütigung. Obamas Einschätzung Russlands kam dem Urteil von Bundeskanzler Helmut Schmidt über die Sowjetunion sehr nahe: »Obervolta mit Raketen«. Bei Obamas erstem persönlichen Treffen mit Putin im Juli 2009 in Moskau hielt der Russe einen »endlosen Monolog« über jede Ungerechtigkeit, jeden Verrat und jede Geringschätzung, die das russische Volk besonders in der Amtszeit von George W. Bush erfahren habe. Durch die amerikanische Nuklearpolitik, die Aufnahme ehemaliger Staaten des Warschauer Paktes in die NATO und die Unterstützung der »farbigen Revolutionen« hätten die USA in die »legitime Einflussosphäre Russlands« eingegriffen.<sup>28</sup> Der US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, wurde auf Putins Initiative zum Objekt einer Hasskampagne in den Medien, die alle diplomatischen Gepflogenheiten sprengte. Er sei ein Spezialist für »farbige Revolutionen« und von Präsident Obama gesandt, um einen Regierungswechsel zu orchestrieren.<sup>29</sup>

Was verstand Putin unter einer »legitimen Einflussosphäre« Russlands? Den ungestörten Aufbau einer Diktatur im Inneren und eine ungestörte Expansion nach Westen. Je länger seine Amtszeit dauert, desto mehr fällt er auf dieses klassische Muster aller Diktatoren der Weltgeschichte zurück. Was unter Stalin im Namen des internationalen Kommunismus geschah, soll jetzt eine »russische Welt«, ein russisch geprägtes Eurasien werden. Deshalb verfolgen Putin zwei Urängste: Befreiungsbewegungen im Inneren, in der Außenpolitik Gegenmächte im westlichen Vorfeld Russlands, die den Aufbau einer »russischen Welt« stoppen könnten.

Innenpolitisch stützt sich Putins Diktatur auf das Militär, Gewalt, Polizei, Gefängnisse und Geheimdienste, auf eine konstitutionelle Scheinfassade, auf Korruption, Terror, Propaganda, Lügen und Fake News. Er kann sich allerdings auf die orthodoxe Kirche und einen großrussischen Nationalismus stützen. Es gibt Protestbewegungen, aber die Mehrheit der Bevölkerung folgt der jahrhundertealten Weisheit russischer Bauern: Solange du nicht den Kopf hebst, wird er nicht abgeschlagen. Sie ist dankbar dafür, dass Putin das Chaos in der Amtszeit von Präsident Jelzin beendet hat.

Zugleich hat Putin die Streitkräfte modernisiert, ihre Schlagkraft und Einsatzbereitschaft erhöht, vor allem die Cyberwaffen perfektioniert. Er ist längst dazu übergegangen, Europa und die USA, die von ihm gehasste westliche Welt, zu destabilisieren.

<sup>28</sup> Barack Obama, *A Promised Land*, S. 467f.

<sup>29</sup> Vgl. Michael McFaul, *From Cold War to Hot Peace. An American Ambassador in Putin's Russia*, Boston 2018.



Im Frühjahr 2014 erkannte er während der Krise in der Ukraine die Chance, die Krim zu annektieren und die Ostukraine militärisch zu destabilisieren. Der Vorgang erinnerte an den Einmarsch russischer Truppen 2008 in Georgien und die Anerkennung der »Unabhängigkeit« von Südossetien und Abchasien. Obwohl Russland in mehreren internationalen Abkommen die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt hatte – besonders im Budapester Abkommen vom 3. Dezember 1994 hatten sich die Russische Föderation, die USA und Großbritannien völkerrechtlich verpflichtet, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren, als Preis für die Vernichtung der auf ukrainischem Gebiet stationierten Nuklearwaffen –, war Putin durch die Entwicklungen in der Ukraine am Anfang des Jahres 2014 aufs Höchste alarmiert. Er sah seine beiden obersten Ziele, innere Stabilität und äußere Expansion, gefährdet: durch das Übergreifen der Befreiungsbewegung auf die russische Innenpolitik und die mögliche Aufnahme der Ukraine in die EU und NATO. Wahrscheinlich hatte er auch eine Domino-Theorie im Hinterkopf wie Leonid Breschnew, der Generalsekretär der KPDSU, 1968 beim Einmarsch der Truppen des Ostblocks in die Tschechoslowakei. Bei einem Sieg des »Prager Frühlings« befürchtete er ein Übergreifen der Freiheitsbewegung auf die Ukraine.<sup>30</sup>

Deshalb annektierte Putins Russland nach militärischer Besetzung die Krim im März 2014 und unterstützte seit Februar 2014 durch russische Freischärler pro-russische Kräfte bei ihrer Infiltration und Destabilisierung der Ostukraine. Die pro-russischen Kräfte kämpften für die Abspaltung von zwei sogenannten Volksrepubliken: Donezk und Luhansk. Es ist unstrittig, dass Putin die treibende Kraft bei der Destabilisierung der Ukraine war, auch wenn seine unterschiedlichen Motive bis heute nicht ganz klar sind.<sup>31</sup>

Wie reagierte Obama auf diesen ersten Angriff eines Staates auf einen anderen in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges? Rhetorisch scharf und mit der Verkündung wirtschaftlicher Sanktionen. Er verweigerte allerdings den Ukrainern »tödliche Waffen«. Die Annexion der Krim und den Ausbau des Flottenstützpunktes Sewastopol nahm er de facto hin, verweigerte Putin aber den »Stempel der Legitimität«. Immerhin nannten die USA Ross und Reiter, während die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier direkte Kritik an Russlands Präsident Valdimir Putin vermieden. Steinmeier beschwor die »Große Interdependenz«, die man nie außer Acht lassen dürfe. Angesichts der Aggressionen Putins kam er zu dem Schluss: »Sicherheit in Europa ist ohne Russland nicht möglich, Sicherheit für Russland nicht ohne Europa.«<sup>32</sup> Für nicht wenige Amerikaner klang das sehr nach

30 Vgl. Carole Fink, Philipp Gassert, Detlef Junker (Hrsg.), 1968. The World Transformed, Washington D.C. 1998, S. 111–172.

31 Eine gute Analyse der verschiedenen »Mutmaßungen« über Putin in: »Putin's Russia«, Foreign Affairs, Vol. 95, No. 3, May-June 2016, S. 2–55. Kein westlicher Politiker hat öfter und länger mit Putin gesprochen und verhandelt als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es trüge zur politischen Bildung und zur Aufklärung des deutschen Volkes erheblich bei, wenn Angela Merkel nach dem Ende ihrer Kanzlerschaft detaillierte Memoiren auch zu diesem Thema veröffentlichen würde.

32 Vgl. Robin Lucke, Bernhard Stahl, Die transatlantischen Beziehungen am Beispiel der NSA-Affäre und des Ukraine-Konflikts: Im Westen nichts Neues, in: Winand Gelter, Patrick Horst (Hrsg.), Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obama. Eine erste Bilanz, Wiesbaden 2016, S. 385–404.

»Äquidistanz« zwischen Putins Russland und dem Westen. Allerdings war Obama dankbar, dass unter der Führung von Angela Merkel der Ukraine-Konflikt in Rahmen des »Normandie-Formats« zumindest eingefroren wurde (Minsker Abkommen). Im Gegensatz zu den Friedensschlüssen nach den Balkankriegen war Obama nicht bereit, die USA in der Ukraine-Krise als Friedensvermittler einzubringen; ein Signal, das Putin durchaus verstand.

In der Ukraine-Frage blieb eine tiefe, aus Geografie, Geschichte und unterschiedlichem militärischem Potenzial geprägte Spannung zwischen der Bundesrepublik und den USA. Die Tonart der Amerikaner war ungleich härter. Ohne Umschweife erklärte Obama die Annexion der Krim und Besetzung der Ostukraine für eine russische Aggression. Er versicherte den baltischen Staaten, dass Artikel 5 der NATO uneingeschränkt gelte.

An der strategischen Machtverschiebung änderten die Proteste des Westens nichts. Putins Russland annektierte die Krim, gab die Ostukraine nicht auf und wartet seither auf eine Chance, durch Infiltration und Annexion weitere Staaten an der eigenen Westgrenze zu destabilisieren. Belarus oder die Ukraine können die nächsten Fälle werden.

Der Flottenstützpunkt auf der Krim wurde auch ein Faktor bei Putins erfolgreichem Versuch, Anfang Januar 2017 in der chaotischen Übergangsphase von Obama zu Trump das zu erreichen, was das Zarenreich vergeblich versucht und Präsident Truman mit der US-Flotte verhindert hatte: ein strategisches Eindringen Russlands und der Sowjetunion ins Mittelmeer. Vermutlich wird er auch versuchen, das Asowsche und das Schwarze Meer zu einem strategischen Einflussgebiet Russlands zu machen.

Putins Luftwaffe bombardierte gemeinsam mit Flugzeugen und Helikoptern des syrischen Diktators Baschar al-Assad den Osten Aleppo in Grund und Boden. Wenige Tage später verabedete Assad mit Rebellengruppen eine Waffenruhe, die für ganz Syrien gelten sollte. Garantiemächte würden Russland, das NATO-Mitglied Türkei und der Gottesstaat Iran sein, die sich in Moskau zu einer Konferenz trafen. Weder Vertreter der UNO noch US-Außenminister John Kerry wurden eingeladen, die USA nicht einmal konsultiert. Seitdem gibt es einen russischen »Fußabdruck« in Syrien, auch einen kleinen Hafen für die russische Flotte. Die New York Times kommentierte bitter: »Inmitten eines schwierigen Machtübergangs in Washington hat Mr. Putin die Vereinigten Staaten wirkungsvoll marginalisiert.«<sup>33</sup>

## Der unteilbare Weltmarkt

Für Obama war es eine Selbstverständlichkeit, dass die mächtigste und einflussreichste Wirtschaftsnation der Welt ihre Interessen auf einem globalen, möglichst unteilbaren Weltmarkt verfolgt. Er wusste, dass die amerikanische Realwirtschaft und der US-Finanzsektor im 20. und 21. Jahrhundert immer bedeutender geworden

<sup>33</sup> Zitiert nach Matthias Naß: Frieden schaffen mit Putins Waffen?, in: ZEIT online, 4.1.2017, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/krieg-syrien-russland-iran-tuerkei-waffenruhe-5vor8?> (21.7.2021).

waren. Die USA waren auch in den Zweiten Weltkrieg eingetreten, um zu verhindern, dass die aggressiven, auf Autarkie und Kommandowirtschaft zielenden Staaten – das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das imperiale Japan – den eurasischen Doppelkontinent beherrschten und damit den unteilbaren Weltmarkt zerstörten.<sup>34</sup> Der Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus hatte auch den Kalten Krieg geprägt.<sup>35</sup> Nach dem Ende des Kalten Krieges keimte die Hoffnung auf ein »Ende der Geschichte« auf, weil sich alle Alternativen zum liberalen Kapitalismus verbraucht hätten und die Geschichte im Sinne Hegels an ihr Ziel gelangt sei.<sup>36</sup>

1945 stand eine unzerstörte US-Wirtschaft von außerordentlicher Produktivität und großen Wettbewerbsvorteilen einem verelendeten eurasischen Doppelkontinent gegenüber. Von Wladiwostok bis London gab es keine Wirtschaftsregion, die mit den USA konkurrieren konnte, auch die Märkte Lateinamerikas hatten die USA weiter durchdrungen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter übertraf mit mehr als der Hälfte sogar die Jahre von 1925 bis 1929. Dieser unteilbare Weltmarkt ist auch die Grundlage für das, was allgemein in der Welt mit dem Begriff »Amerikanisierung« verbunden wird, nämlich der enorme Einfluss der amerikanischen Wissens- und Kulturindustrie, insbesondere der amerikanischen Unterhaltungsindustrie, der globalen Popkultur. Die mit der US-Popkultur transportierten Botschaften – Freiheit, Unabhängigkeit, Weite, Konsum, Gewalt und Sexualität – scheinen globale Wunschträume zugleich zu repräsentieren und zu begründen. Das amerikanische Englisch ist zur internationalen Verkehrssprache geworden. Kein Oberkellner kommt heute mehr ohne gutes Englisch aus.

Schon während des Krieges hatten die USA 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods durchgesetzt, den US-Dollar zusammen mit Gold als internationale Leit-, Reserve- und Transaktionswährung festzulegen. Bis zum Nixon-Schock im Jahre 1971, als die Amerikaner die Goldbindung aufhoben, weil sie nicht gleichzeitig »Kanonen und Butter« finanzieren konnten, verhinderte das Bretton-Woods-System durch die Beschränkung des kurzfristigen internationalen Kapitalverkehrs (*hot money*) eine Blasenbildung auf den Kapitalmärkten und sorgte damit auch für eine hohe Stabilität der internationalen Kapitalmärkte und eine niedrige Ansteckungsgefahr bei nationalen Finanzkrisen. Die Amerikaner dominierten den neuen Internationalen Währungsfonds und die neue Weltbank. Das 1947 abgeschlossene GATT-Abkommen (General Agreement on Tariffs and Trade), später auch die WTO, verkörperten durch ihre Zielsetzung, Zölle und andere Handelsschranken abzubauen, die amerikanischen Grundideen des freien Handels und der »offenen Tür.« Die dramatische und weltweite Senkung der Zölle in der Nachkriegszeit auf wenige Prozent ist ohne Vorbild in der Geschichte. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg verhielten sich die Amerikaner nach 1945 systemgerecht und vorbildlich, weil auch sie die US-Zölle schrittweise herabsetzten. Getrieben von der Erinnerung, in den 20er-Jahren keine internationale

34 Vgl. Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*, Stuttgart 1975. Vgl. ders., Franklin Delano Roosevelt (1933–1945): Visionär und Machtpolitiker, in: Mauch (Hrsg.), *Die Präsidenten der USA*, S. 328–343.

35 Vgl. Kapitel 9 in diesem Band.

36 Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

Verantwortung übernommen zu haben sowie an die Große Depression und ihre weltpolitischen Folgen in den 30er-Jahren, waren die USA jetzt entschlossen, England als Garanten einer liberalen Weltwirtschaftsordnung und eines unteilbaren Weltmarktes abzulösen. Bei allen periodisch wiederkehrenden Krisen des marktbasieren Kapitalismus – die USA haben seit 1900 einundzwanzig Rezessionen und die Große Depression von 1929 überstanden – hielt das Land auch unter Präsident Obama am Prinzip offener, regelbasierter Märkte fest; auch deshalb, weil die USA über Jahrzehnte der Hegemon in diesem System waren. Sie können bis heute die Leitwährung der Welt, den Dollar, selbst drucken. Der Dollar ist weiter die Reservewährung der Welt. 90 Prozent der bankfinanzierten Transaktionen finden in Dollar statt, das ist auch die gefährlichste Waffe für Wirtschaftssanktionen.

Die Verfolgung eigener Interessen war eingebunden in multilaterale, regionale und globale Organisationen und Abkommen, wie zum Beispiel die UNO und deren Sonderorganisationen wie die WHO, oder die NATO, in denen auch die Interessen anderer Staaten vertreten waren. Dieses System wird in den USA auch als »liberaler Internationalismus« bezeichnet. Spätestens seit der Jahrtausendwende ist dieser Weltmarkt zusehends durch die digitale Revolution, die Interdependenz und Globalisierung der Real-, Kapital- und Medienmärkte, die Zerstörung der Umwelt und die absehbare Klimakatastrophe geprägt. Die Nationalstaaten, die stets den Ausgangspunkt aller Handlungen in den internationalen Beziehungen bilden, und die internationalen Organisationen haben immer größere Mühe, ihre Funktionen zu erfüllen – von Lobbygruppen getrieben, von rechtlich-bürokratischen Monstern verwaltet, von Machtkalkülen der gewählten oder ernannten Repräsentanten durchzogen.

Präsident Obama war in drei entscheidenden Phasen in Vorhaben eingebunden, die den offenen Weltmarkt retten oder wenigstens seine Funktionslogik verbessern sollten: während der großen Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2010 und bei den Versuchen, die Zusammenarbeit der US-Wirtschaft mit Europa durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und mit Asien durch das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) zu stärken. Auch während der »Arabellion« dachte er an ein stabilisierendes Abkommen mit diesem Teil der Welt.

Schon in der Endphase seines Wahlkampfes im Herbst 2008 hatte Präsident Bush Obama und dessen republikanischen Gegenkandidaten John McCain zu einer Krisensitzung ins Weiße Haus eingeladen, um beide mit der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftsentwicklung in den USA und der Welt zu konfrontieren, die das Potenzial einer neuen Großen Depression wie Ende der 1920er-Jahre in sich trügen. Während Obama auch durch sein Studium der Großen Depression von 1929 bis 1932 und der Antwort von Franklin Delano Roosevelt (FDR), des New Deal<sup>37</sup>, auf seinen Auftritt vorzüglich vorbereitet war, fiel McCain kein einziges Wort ein.<sup>38</sup> Obama hatte schon im Wahlkampf erklärt, dass er in der Tradition von FDR stehe, der den »Kapitalismus vor sich selbst gerettet habe«.<sup>39</sup> In der Tat waren die Ursachen der Großen Depression von 1929 und der Finanz- und Bankenkrise von 2007 bis 2010 sehr

37 Vgl. Kapitel 5 in diesem Band.

38 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 273.

39 Ebd., S. 257.

ähnlich und vergleichbar. Es hatte sich herausgestellt, dass das US-Finanzsystem nicht genügend gelernt hatte, trotz Generationen von preisgekrönten Wirtschaftswissenschaftlern, die sich an der Analyse der Großen Depression abgearbeitet hatten. Schon in den 20er-Jahren gehörten eine massive Ungleichheit der Einkommen, eine strukturelle Unterkonsumtion und eine hohe Arbeitslosigkeit zu den Ursachen. Vor allem entwickelte sich in den 20er-Jahren, wie vor 2007, ein Spekulationsboom, der in keinem Verhältnis mehr zur Realwirtschaft stand und sich zu einer schillernden Seifenblase entwickelte, die im New Yorker Börsenkrach von 1929 platzte und die ganze Welt in den Abgrund zog. Zweigstellen von New Yorker Börsenmaklern und Investment-Trusts waren überall in den USA wie Kettenläden aufgezogen worden. Die Amerikaner kauften Aktien wie verrückt, es wurden Effekten fabriziert wie Seife, weil mit ihrer Herstellung und ihrem Verkauf das schnelle Geld zu verdienen war. Überall auf der Welt wurden potenzielle Schuldner von amerikanischen Bankern mit allen Tricks der Verkaufsförderung dazu überredet, Anleihen auf den US-Kapitalmarkt aufzulegen. Ein Dorf in Bayern zum Beispiel wurde in den 20er-Jahren überredet, sich statt mit 125.000 Dollar lieber gleich mit 3 Millionen Dollar zu verschulden.<sup>40</sup>

In gewissem Sinne war die Situation 2007 noch bedrohlicher: »Das Eigenkapital einiger der ganz großen Finanzinstitute (machte) weltweit nur zwei bis drei Prozent ihrer Vermögenswerte aus.«<sup>41</sup> Neue, oft global vernetzte Finanzprodukte etablierten ein globales Casino mit hoher Ansteckungsgefahr, das durch Dominoeffekte über Nacht zu einem Zusammenbruch des ganzen Systems führen konnte. Dieser ließ sich nur verhindern, indem die Croupiers des Casinos sich neue Chips beim Steuerzahler holten und dafür gesorgt wurde, dass die üppigen Liquiditäts- und Finanzspritzen der amerikanischen Notenbank Fed und aus dem Ausland, insbesondere aus China, unvermindert weiterflossen. Das Erpressungspotenzial der Finanzindustrie war in beiden Krisen so hoch, weil niemand diesem Perpetuum mobile rechtzeitig durch eine massive Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen der Kreditgeber und durch eine strikte Überwachung immer neuer Finanzinnovationen und andere Maßnahmen Grenzen gesetzt hatte.

Zu den nicht einmal für Finanzexperten leicht zu durchschauenden Finanzprodukten gehörten Subprime-Hypotheken mit hoher Verschuldung und wenig Eigenkapital; Bankschulden, die aus Geldmarktkrediten, besonders Geldmarktfonds, bestanden; Hypothekenverbriefungen, vor allem Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS), eines Teilsystems der berühmt-berüchtigten Finanzderivate, um Umtausch und Umverteilung von Risiken möglich zu machen. Diese Derivate sind ein ideales Mittel für Zocker und Spekulanten, deshalb hat der Investor Warren Buffett sie als »finanzielle Massenvernichtungswaffen« bezeichnet. Wie bereits in den 20er-Jahren fanden diese Finanzprodukte nicht nur in den USA, sondern weltweit

40 Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*, 236–242; vgl. ders., *Franklin Delano Roosevelt (1933–1945): Visionär und Machtpolitiker*, in: Mauch (Hrsg.), *Die Präsidenten der USA*, S. 328–343.

41 Anat Admati, *Martin Hellwig, Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss*, München 2014, S. 256. Vgl. auch Carmen M. Reinhart, *Kenneth Rogoff, This Time Is Different. Eight Centuries of Financial Folly*. Princeton 2009. Deutsche Ausgabe: *Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen*. Jesus Huerta de Soto, *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, Stuttgart 2011.

reißenden Absatz – mit weitreichenden Folgen, als die Blase platzte. Besonders gefährlich für die Blasenbildung des kleinen Mannes war der Immobilienboom, weil Hauskredite oft ohne Prüfung der Bonität der Hauskäufer vergeben wurden, nicht selten nach einem Telefongespräch. Es wurden sogar Kredite an Personen ohne Einkommen, ohne Job und ohne Guthaben vergeben, die berühmten »NINJA-Kredite«: No Income, No Job, No Assets. Der Autor dieser Zeilen konnte die Folgen dieser Politik in Florida hautnah miterleben. Neben dem Marktversagen gab es auch ein massives Regulierungsversagen.<sup>42</sup> Auf Schulden, so der berühmte Ökonom Joseph Schumpeter, reite das Genie zum Erfolg. Was er nicht sagte, ist, dass diese Schulden überschaubar bleiben und tatsächlich irgendwann zurückgezahlt werden müssen.

Zur Struktur der finanzgetriebenen Weltwirtschaft am Ende der Amtszeit Obamas seien nur zwei Zahlen genannt: Das Weltfinanzvermögen war von 119 Billionen Dollar im Jahre 2000 auf 267 Billionen im Jahre 2015 angestiegen. Diese Lücke zwischen Real- und Finanzwirtschaft wird seitdem jedes Jahr größer. Die globalen Finanzgeschäfte machten in der Amtszeit Obamas fast das Vierfache des Wertes der Gütermärkte aus. Anleihen, Aktien und Kredite von fast 270 Billionen Dollar standen einer mehr oder weniger stagnierenden realen Wirtschaft von 73 Billionen Dollar gegenüber. In dieser Differenz sind die sogenannten Derivate, das heißt spekulative Zukunftsgeschäfte, die *weapons of mass destruction*, noch gar nicht eingerechnet. *Creatio ex nihilo*, die Schöpfung aus dem Nichts, geistert seit dem zweiten Jahrhundert als Attribut Gottes durch die Theologiegeschichte. Heute sind Zentralbanken und Banken an die Stelle Gottes getreten. Sie geben Kredite und drucken Geld aus dem Nichts, immer von real existierenden Ökonomen beraten.

Präsident Obama musste als Folge der Finanzkrise und der exzessiven Schuldenaufnahme seines Vorgängers George W. Bush ein schweres Erbe bewältigen. Im letzten Quartal der Amtszeit von Bush war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 8,9 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit auf fast 10 Prozent, die Verschuldung auf fast 5 Prozent des BIP und das Haushaltsdefizit auf fast 9 Prozent gestiegen. Wieder musste ein Demokrat mit der Katastrophenpolitik eines Republikaners fertig werden. Präsident Ronald Reagan hatte ein massives Defizit an Präsident Clinton übergeben. Dieser hatte es geschafft, nach 8 Jahren im Amt seinem Nachfolger Bush dem Jüngeren einen ausgeglichenen und schuldenfreien Haushalt zu übergeben. Dieser wiederum überließ seinem Nachfolger, besonders durch Steuersenkungen für Reiche und die Finanzindustrie sowie die Ausgaben für den globalen *war on terror*, erneut eine hohe Verschuldung.

Obama war deshalb mit drei Aufgaben konfrontiert, die er unmöglich zugleich bewältigen konnte: kurzfristig mit Nothilfen die wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise für die Arbeitslosen und die aus ihren Häusern herausgeworfenen Amerikanern zu lindern; langfristig die Finanzmärkte zu regulieren und zu reformieren, um eine erneute Blasenbildung zu verhindern und das Casino zumindest teilweise schließen zu können; langfristig mit innenpolitischen Reformen die soziale Lage und Aufstiegschancen der unteren 70 Prozent der Bevölkerung sichtbar zu verbessern. Das

42 Vgl. Stormy-Annika Mildner, Hannah Petersen, Managing the Economic Crisis? Die Finanz- und Wirtschaftspolitik Obamas, in: Florian Böller, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama, Trier 2012, S. 115–148.

alles musste gegen den massiven Widerstand der Finanzindustrie, ihrer gewaltigen Lobby in Regierungen, Parlamenten und Kanzleien und der Republikaner durchgesetzt werden.

Tatsächlich gelang es Obama, am 17. Februar 2009 ein Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft von fast 800 Milliarden US-Dollar gegen den geschlossenen Widerstand der Republikaner im Kongress durchzubringen (American Recovery and Reinvestment Act, ARRA) – für Gesundheit, Bildung, Infrastrukturmaßnahmen und Energieeffizienz. Andere Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur folgten, insbesondere das Gesetz Tax Relief, Unemployment, Insurance Reauthorization, and Job Creation Act im Dezember 2010 und ein Gesetz zur Rettung der amerikanischen Autoindustrie. Ein Bankenrettungsgesetz, das Troubled Asset Relief Program (TARP), war schon von Präsident Bush am 3. Oktober 2008 unterzeichnet worden.

Zwischen Demokraten und Republikanern entwickelte sich wie immer ein homerischer Kampf über die Frage, auf wessen Kosten der Haushalt langfristig konsolidiert und ob die gesetzliche festgelegte Schuldengrenze angehoben werden könne. In diesem Zusammenhang kam es zur Gründung der Tea Party-Bewegung und ihrem leidenschaftlichen Kampf für Steuersenkungen (für die Mittel- und Oberschicht) und gegen die Theorien des Ökonomen John Maynard Keynes, der dazu riet, ökonomische Krisen durch Schuldenmachen zu bekämpfen. Die Tea Party forderte Steuersenkungen, Kürzungen der Sozialausgaben und einen ausgeglichenen Haushalt. Der Weg zu Donald Trump und zum Trumpismus wurde vorgezeichnet.

Wie schon FDR wollte Obama nicht nur Nothilfen leisten, sondern das Finanzcasino strukturell regulieren, eine Brandmauer gegen die nächste Krise errichten und die »Innovationen« im Finanzsektor in verantwortliche Bahnen lenken. FDR hatte dies mit dem zweiten Glass-Steagall Act versucht, besonders durch eine strikte Trennung des Privatkunden-Kreditgeschäfts vom Investment-Banking, um Einlagen besser zu sichern. Schon dieses Gesetz war ein juristisch-bürokratisches Monster, es wurde in der Praxis von der Finanzlobby oft unterlaufen, und es wurde unter Präsident Bill Clinton in Folge des neoliberalen Zeitgeistes 1999 wieder aufgehoben. Für viele Analysten ist das zusammen mit anderen Deregulierungsmaßnahmen eine wichtige Ursache für den Ausbruch der neuen Finanzkrise ab 2007.

Obama versuchte durch eine modifizierte Neuauflage von Glass-Steagall, durch den Dodd-Frank Act vom 21. Juli 2010, den Finanzmarkt der USA zu stabilisieren. Der Kongress verabschiedete ein Gesetz mit 541 Artikeln auf 849 Seiten, deren rechtliche, organisatorische und inhaltliche Bestimmungen nur von wenigen Spezialisten überhaupt verstanden wurden. Ob das Gesetz in der realen Welt viel erreicht hat, kann man mit Fug und Recht bezweifeln, auch wenn die Staatschefs auf dem G20-Treffen im April 2009 in London und im September 2009 in Pittsburgh Elemente dieses Gesetzes in globale Grundsätze übertrugen. Immerhin wurden Eigenkapitalerfordernisse deutlich angehoben, den Finanzinstitutionen *living wills*, also Abwicklungspläne, verordnet und nach den Ideen von Elizabeth Warren ein Consumer Financial Protection Bureau eingerichtet. Inzwischen ist nicht nur die Finanzwelt Teil des Casinos geworden, sondern auch die hoch verschuldeten Staaten. Das neueste Ehrenmitglied

im Casino ist die Europäische Union. Sie druckt das Geld selbst, mit dem sie sich verschuldet, eine perfekte *creatio ex nihilo*.

Die Diskrepanz zwischen den Finanzmärkten und den Realmärkten ist in den Amtszeiten Obamas und Donald Trumps noch größer geworden. Jeden Tag kann die Blase wieder platzen, eine langfristige Stabilisierung des unteilbaren Weltmarktes hat Obama nicht erreichen können. Unter Präsident Trump wurden sogar für viele Banken Beschränkungen des Dodd-Frank Acts aufgehoben. Sie haben wieder mehr Spielraum für spekulative Aktivitäten.

Seinen größten Erfolg konnte Obama in der amerikanischen Innenpolitik erzielen, und zwar im Kampf für eine Gesundheitsreform, die er gegen den geschlossenen Widerstand der Republikaner und der Tea Party durchsetzen konnte. Am 23. März 2010 unterzeichnete er das vermutlich wichtigste innenpolitische Gesetz seiner Amtszeit, den Patient Protection and Affordable Care Act. In diesem Fall stand nicht der Weltmarkt auf dem Prüfstand, sondern das Verhältnis von Staat und Markt im kapitalistischen System der USA. Auch bei der Gesundheitsreform ging es Obama darum, im Namen der sozialen Gerechtigkeit den Kapitalismus vor sich selbst zu retten. Obwohl seine Gegner ihn zum Sozialisten und Kommunisten erklärten, näherte sich seine Grundidee dem europäischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Gegensatz von Reichtum und Armut manifestierte sich in seiner Amtszeit in einer oft zitierten Relation: ein Prozent an der Spitze gegen die restlichen 99 Prozent. Der Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz hat ein stolzes Leitmotiv der amerikanischen Demokratie »of the people, for the people, by the people« karikiert: »Of the 1 %, for the 1 %, by the 1 %«.<sup>43</sup>

Die Reform des Krankenversicherungssystems war für Obama die wichtigste Gesetzesinitiative seiner ersten Amtszeit, um diese massive Ungleichheit in der Krankenversicherung zu mildern.

Seit Präsident Roosevelt und dessen New Deal in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts hatten mehrere Präsidenten vergeblich versucht, mithilfe des Kongresses ein gerechteres und kostengünstigeres System einzuführen, denn darum ist es im Kern immer gegangen: um mehr Gerechtigkeit und niedrigere Kosten. Deshalb hieß das Gesetz nicht zu Unrecht »Gesetz zum Schutz der Patienten und für eine bezahlbare Krankenversicherung«. Die vielen gescheiterten Versuche resultierten in Büchern mit Titeln wie: »The Road To Nowhere«, »One Nation Uninsured« oder »Dead On Arrival«. Vor der Amtszeit Obamas gab es über 50 Millionen nicht versicherte Amerikaner; die Kosten waren explodiert, die USA gaben mehr Geld im Gesundheitssystem aus als alle anderen entwickelten Staaten. Es verschlang über 17 Prozent des Bruttosozialprodukts. Kernpunkt von Obamacare ist deshalb eine allgemeine Versicherung, allerdings auf marktwirtschaftlicher Basis, entweder über den Arbeitgeber oder private Verträge, die auf Online-Marktplätzen abgeschlossen werden können. Patienten durften grundsätzlich nicht wegen Vorerkrankungen von der Versicherung ausgeschlossen werden.

43 Joseph E. Stiglitz, *The Great Divide. Unequal Societies and What We Can Do About Them*, New York 2015 [dt. Ausgabe: *Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft*, München 2015].



Außerdem gab und gibt es das brisante Problem der Unterfinanzierung. Nach Umfragen gaben 45 Prozent der Amerikaner an, dass sie große Probleme haben, ihre medizinischen Rechnungen zu begleichen, auch wenn sie über einen Versicherungsschutz verfügen. Die Krankheitskosten waren und sind einer der wichtigsten Faktoren, warum Menschen unter die Armutsgrenze fallen. 66 Prozent der privaten Insolvenzen sind durch hohe medizinische Kosten verursacht.

Obwohl das US-Gesundheitssystem in Teilen auf allgemeinen und staatlichen Programmen beruht, konkurriert in erster Linie eine Vielzahl marktbasierter Anbieter um den Schutz der Amerikaner vor dem Risiko »Krankheit«. Der staatliche Krankenversicherungsschutz für Rentner (Medicare) und Arme (Medicaid) wurde unter der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons in den 1960er-Jahren eingeführt. Von Beginn an wehrten sich die Profiteure dieses Systems – Ärzte, Krankenhäuser, Pharmakonzerne und Versicherungen – mit aller Macht dagegen, es zu ändern. Karl Marx würde heute nicht die Industriellen, sondern die Ärzte und Juristen zu den schlimmsten Ausbeutern zählen. Obwohl die Probleme zum großen Teil aus einem eklatanten Marktversagen resultieren, bemühen die Profiteure dieses Systems immer wieder erfolgreich den amerikanischen Glaubenssatz, dass die beste Regierung keine Regierung sei und der Bundesstaat keinesfalls in die »Rechte der Bürger und Einzelstaaten« eingreifen dürfe.

Überdies hatte sich ein System herausgebildet, das die Krankenversicherung an das Arbeitsverhältnis band. In Zeiten guter Konjunktur und hoher Arbeitsplatzsicherheit funktioniert dieses System leidlich, in Zeiten der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fällt eine amerikanische Familie finanziell sehr schnell ins Bodenlose, weil die marktbasierenden Akteure horrenden Preise nehmen. Nur ein Beispiel: In Heidelberg kostet eine Prostata-Operation ungefähr 5.500 Euro, in New York im Sloan-Kettering Hospital ca. 75.000 Dollar, und der Patient wird nach einem Tag entlassen.

Zurück zur Außenpolitik und zum Weltmarkt: Gescheitert ist auch der Versuch der Präsidentschaft Obamas, im Machtdreieck zwischen Weißem Haus, dem Kongress und den Lobbygruppen die Wirtschaftsbeziehungen zu Europa durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf eine neue Grundlage zu stellen, wobei man hinzufügen muss, dass TTIP in erster Linie an den Europäern (Stichwort: Chlor-Huhn) gescheitert ist. Das Ziel war, durch die Verbesserung von Marktzugängen, den Abbau von nicht-tarifären Hindernissen und ergänzende Regeln für das globale Handelssystem dem transatlantischen Wirtschaftsraum mehr Gewicht zu geben.

In den Worten eines Wirtschaftshistorikers: »Das Vorhaben soll offenbar einen transatlantischen Wirtschaftsraum definieren, der Regeln und Verfahren fest schreibt, die die beiden Partner trotz gelegentlicher strategischer Differenzen enger aneinanderbindet, mittelfristig aber globale Wirkungen entfaltet und damit auf die fundamentalen Verschiebungen in der Weltwirtschaft wie den Aufstieg der Schwellenländer reagiert. Das heißt, dass TTIP mit einem, wenn auch nicht offen ausgesprochenen, globalen Anspruch auftritt. Insofern kann man es als ein politisch, nicht nur handelspolitisch, äußerst anspruchsvolles Projekt verstehen.«<sup>44</sup>

<sup>44</sup> Andreas Falke, Pooling Economic Power? Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als Gegengewicht zum Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte und die Zukunft amerikanischer Weltführungs politik, in: Stefan Hagemann, Wolfgang Tönnemann, Jürgen Wilzewski

Vier Jahre lang ist das TTIP-Projekt in den USA, in Brüssel und innerhalb der europäischen Nationalstaaten hinter verschlossenen Türen und unter scharfer öffentlicher Kritik verhandelt worden. Besonders in Deutschland waren die TTIP-Verhandlungen eine wichtige Ursache für den wachsenden Anti-Amerikanismus im Besonderen und den Kapitalismus im Allgemeinen. Das Abkommen wurde beendet – und das war kein Verschulden Obamas –, als Präsident Donald Trump im Rahmen seiner neuen »America First«-Strategie eines bilateralen Merkantilismus eine weitere Diskussion über das TTIP-Abkommen beendete.

Ein ähnliches Schicksal erfuhr auch das geplante Transpazifische Handelsabkommen (Trans-Pacific Partnership, TPP), das ein wichtiger Pfeiler des von Obama und seiner Außenministerin Hillary Clinton mit Enthusiasmus angekündigten »Schwenk« der US-Außenpolitik nach Asien (*Pivot to Asia*) werden sollte. Als Mehrzweckwaffe gedacht, sollte das Abkommen den ständig wachsenden Einfluss Pekings im Pazifik eindämmen. Für Obama, der in Asien aufgewachsen war, spielte seine Erziehung und Jugend bei diesem »Schwenk« eine nicht unerhebliche Rolle. Er konnte im Kongress sogar durchsetzen, dieses geplante Abkommen schnell zu behandeln (*fast track authority*); obwohl auch in diesem Fall massive Kritik an den Geheimverhandlungen geübt wurde und jeder Senator oder Kongressabgeordnete genauestens darauf achtete, dass die eigene Wählerbasis nicht den geringsten Nachteil erlitt. Das geplante Abkommen fiel der US-Innenpolitik zum Opfer. Selbst Hillary Clinton musste ihre Unterstützung widerrufen, weil sie im Wahlkampf die Kritik der Anhänger von Senator Bernie Sanders fürchtete. Donald Trump widerrief drei Tage nach Amtsantritt durch eine »executive order« die Zusammenarbeit.

## Die unteilbare Freiheit

Auch Präsident Obama war, wie alle seine Vorgänger im Amt, von der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit überzeugt. Auch er zweifelte nie an der amerikanischen Trinität von Gott, Vaterland und Freiheit (*God, Country, and Freedom*). Er wusste als geschichtsbewusster Amerikaner, dass diese gemeinschaftsbildende Glaubenslehre die amerikanische Gesellschaft gerade in Krisenzeiten zusammengehalten hatte. Er wusste, dass die amerikanische Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die nationalen Feiertage und Rituale, besonders die Reden des Präsidenten um die Ideen und Symbole der amerikanischen Zivilreligion zentriert sind. Er wusste, dass das amerikanische Staatsmotto »In God We Trust«, das auch die Rückseite jeder Dollar-note prägt, und der Wortlaut im Fahneid »One Nation Under God« alle Amerikaner repräsentieren sollen.

Der geschichtsbewusste Barack Obama wusste auch, dass die Debatte über Amerikas besondere Mission der Freiheit, das Verhältnis zu Gott, Vorsehung und Geschichte seit über 400 Jahren geführt wurde. Er hatte, vermutlich wie kein Präsident vor ihm,

---

(Hrsg.), Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama, Trier 2014, S. 434.

die amerikanische Geschichte studiert. Er wusste auch, dass dieser andauernde Diskurs, wie man heute sagen würde, über die besondere Mission der USA, ihre Einzigartigkeit und Auserwähltheit selbst zum Kern der amerikanischen Identität gehört. Deshalb hatte er auch in seiner Kairoer Rede den Vorwurf eines amerikanischen »Imperialismus« so leidenschaftlich zurückgewiesen. Er wusste auch, dass es diese Missionsidee war, die es der Mehrheit der Amerikaner – Dissidenten gab es immer – ermöglichte, alle Kriege und militärischen Interventionen als gerechte Kriege zu rechtfertigen, von den Kriegen gegen die Indianer bis zu jenen in Afghanistan und im Irak, besonders aber den Zweiten und den Kalten Weltkrieg.

Rückschläge und Niederlagen haben die Amerikaner bis zur Amtszeit Trumps nicht davon abgehalten, von dieser Sendungs-idee Abschied zu nehmen. Bekanntlich ist die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Versuche gescheitert, durch oder nach einer militärischen Intervention demokratische Regime zu gründen und langfristig zu festigen. Auf der anderen Seite verlängern der Irak und auch Afghanistan die lange Liste gescheiterter amerikanischer Versuche, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen. Dennoch ist es für die Amerikaner außerordentlich schwer, von ihrer Sendungs-idee Abschied zu nehmen. Denn es gehört zum Wesen der weltlichen Utopie, dass sie, wie die Religion, ihren utopischen Überschuss, ihren Hoffnungskern nicht durch die schlechte Wirklichkeit und leidige Tatsachen zerstören lässt.

Das amerikanische Selbstverständnis als Hort der Freiheit und des Rechts hat zur Gründung des Völkerbundes 1919 und der Vereinten Nationen 1945 geführt. Es hat den Kampf gegen Nationalsozialismus und Kommunismus legitimiert. Es war auch verantwortlich dafür, dass die USA nach 1945 zur Hebamme Westeuropas wurden und die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit möglich machten. Ohne die USA wäre die Wiedervereinigung an den Europäern gescheitert. Deshalb gelten die Transformationen Deutschlands und Japans in gelebte Demokratien im öffentlichen Diskurs der USA als leuchtende Beispiele für die Kraft der Freiheit.<sup>45</sup>

Das Gewicht dieser Tradition und seine eigenen Grundüberzeugungen stellten Präsident Obama besonders im Mittleren Osten und in Nordafrika vor ein Dilemma, als die Aufstandsbewegungen in fast allen Ländern der arabischen Welt, die sogenannte »Arabellion«, die Welt in ihren Bann zog. Er hatte seinen Vorgänger George W. Bush in den Wahlen auch an der Kriegsmüdigkeit des amerikanischen Volkes scheitern sehen. Er selbst hatte große Mühe, die Kriege in Afghanistan und im Irak zu beenden. Deshalb war er entschlossen, die USA auf keinen Fall in einen neuen Krieg gegen ein muslimisches Land zu führen. Andererseits hielt er in seinen Reden überall auf der Welt an der amerikanischen Sendungs-idee der Freiheit und am Schutz von Menschenrechten fest; für ihn waren die USA weiter eine »Stadt auf dem Berge«, ein Leuchtfeuer der Freiheit. In diesem Sinne wollte er, wie in seiner Rede zur Verleihung des Nobelpreises angekündigt, seine »Arbeit auf der Weltbühne« fortsetzen. Während seiner Amtszeit und in seinen rückschauenden Erinnerungen gehörten die programmatischen Reden zu den Höhepunkten seines Lebens. Schließlich hatte ihn

45 Vgl. Detlef Junker, Das auserwählte Volk. Geschichte und nationale Identität der USA, in: Gassert, Junker, Mausbach, Thunert (Hrsg.), Was Amerika ausmacht, S. 19–32.

seine Rede auf dem Parteitag der Demokraten auf die nationale Bühne befördert. Wo auch immer er sprach, entfachte er Begeisterung. Fast könnte man sagen, er badete mit seinen Zuhörern in einer Art *unio mystica*.

Als sich im Dezember 2011 ein junger tunesischer Händler öffentlich verbrannte, weil er keine Lebensperspektive mehr erkennen konnte, wurde diese Selbstverbrennung zum Fanal von Protest- und Aufstandsbewegungen in der arabischen Welt des Nahen Ostens und Nordafrikas, für die »Arabellion« oder den »Arabischen Frühling« – in Ägypten, Bahrain, im Jemen, in Jordanien, Kuwait, Libyen, Marokko, Saudi-Arabien und Tunesien. Die ganze Welt konnte zusehen, wie diese Protestbewegungen brutal von den Mächten des Status quo, von Herrschern, Militärs und korrupten Eliten unterdrückt und zusammengeschossen wurden. Die Arabellion stellte deshalb Präsident Obama, die amerikanische Sendungsidee der Freiheit und die Menschenrechtsrhetorik des Präsidenten vor ein fundamentales Problem. Sollte er in Übereinstimmung mit seinen Idealen den Arabischen Frühling wirksam und nachhaltig unterstützen?

Während es laut Umfragen in der amerikanischen Bevölkerung nie eine Mehrheit für ein militärisches Eingreifen gab, waren die Regierung Obama und das Außenministerium tief gespalten. Zu den »Falken« gehörten drei Frauen: Außenministerin Hillary Clinton, die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Susan Rice und besonders Samantha Power, die Beauftragte für Menschenrechte im Nationalen Sicherheitsrat. Obama hatte Samantha Power in sein Team geholt, weil er von ihrem Buch über den Völkermord in Ruanda zutiefst beeindruckt war.<sup>46</sup> Sie und andere Falken tendierten dazu, für den Schutz und die Sicherheit der unterdrückten Menschen zu intervenieren und deshalb Artikel 2.4 der Charta der Vereinten Nationen zu relativieren, der die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates garantiert. Alle Diktatoren dieser Welt berufen sich auf diesen konstitutiven Artikel der UN-Charta, um jede Intervention zum Schutz der Menschenrechte für illegitim zu erklären. Das gilt besonders dann, wenn eine mögliche Intervention fremder Mächte auch nur den Verdacht erregt, einen Systemwechsel einzuleiten. Diese Frage bewegte alle Mitarbeiter des US-Außenministeriums tief. Deshalb lud Außenministerin Hillary Clinton am 19. Mai 2011 Präsident Obama ein, vor den Spitzen der amerikanischen Diplomatie eine Grundsatzrede über die US-Außenpolitik im Mittleren Osten und Nordafrika zu halten.<sup>47</sup> Sie ist eine der wichtigsten

46 Samantha Power, *A Problem From Hell. America and the Age of Genocide*, New York 2003. Zur Problematik vgl.: Marc Lynch, *Obama and the Middle East. Rightsizing the US-Role*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 94, No. 5, September-October 2015, S. 15–36; Fred Kaplan, *Obama's Way. The President in Practice*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 95, No. 1, January-February 2016, S. 46–63; Marc Lynch, *The Arab Uprisings Never Ended. The Enduring Struggle to Remake the Middle East*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 100, No. 1, January-February 2021, S. 111–121. Vgl. auch Dennis Jonathan Mann, *Angelika Wahlen, Just »Cheap Talk«? Die USA, humanitäre Interventionen und die Zukunft der amerikanischen Weltführungspolitik*, in: Stefan Hagemann, Wolfgang Tönnemann, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama*, Trier 2004, S. 399–433.

47 Barack Obama, *On American Diplomacy in Middle East and Northern Africa*, May 19, 2011. Transcript, <https://www.americanrhetoric.com/speeches/barackobama/barackobamamiddleeastpolicy.htm> (21.5.2021).

Reden Obamas, weil er vor seinen Diplomaten kraftvoll und ohne Abstriche an der »unteilbaren Freiheit« als Grundlage amerikanischer Außenpolitik festhielt.

Auch in diesem Fall begann er mit einer Zeitschleife durch die Vergangenheit. Der Widerstand in Tunesien erinnere ihn an die Boston Tea Party 1773, als die Kolonisten sich weigerten, Steuern an den britischen König zu zahlen. Oder an Rosa Parks, die sich 1955 in Montgomery (Alabama) weigerte, der Rassentrennung im Bus zu folgen. Heute gebe es eine ähnliche Situation im Mittleren Osten und Nordafrika. Die Staaten dieser Region hätten längst die Unabhängigkeit gewonnen, die Völker nicht. Ihnen fehle es an politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung. Die Führer dieser Staaten würden fälschlicherweise den Westen für diese Misere verantwortlich machen. Aber diese Strategien der Unterdrückung würden nicht mehr funktionieren. Die große Frage sei, welche Rolle Amerika in dieser Geschichte spielen solle. Für Jahrzehnte hätten die USA zentrale Interessen in dieser Region verfolgt: die Bekämpfung des Terrorismus, die Beendigung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, den freien Warenverkehr, die Sicherheit in der Region, besonders die Sicherheit Israels, den arabisch-israelischen Friedensprozess. Nun müsse Amerika erkennen, dass diese beschränkte Art und Weise, die eigenen Interessen zu verfolgen, weder die Mägen fülle noch die Freiheit der Rede erlaube. Er habe schon in seiner Kairoer Rede erklärt, dass die USA nicht nur ein Interesse an der Stabilität der Nationen, sondern auch an der Selbstbestimmung der Individuen habe. Dann folgte eine typische Argumentation Obamas: Nachdem man für Jahrzehnte die Welt in dieser Region hingenommen habe, wie sie ist, hätten die USA jetzt eine Chance, diese so zu gestalten, wie sie sein solle. Dann zählte Obama fast alle Werte auf, die bisher in der amerikanischen Tradition mit dem Ziel der »unteilbaren Freiheit« verbunden wurden: das Ende von Gewalt und Repressionen gegen die Völker, die universalen Menschenrechte, die Gleichheit von Mann und Frau (in der arabischen Welt), Religionsfreiheit, wirtschaftliche Reformen und der Übergang zur Demokratie. Obama plädierte auch für einen wirtschaftlichen Aufbau, einen Schuldenerlass für diese Region und für eine Idee, die er zugleich in Europa und Asien verfolgte: eine Handels- und Investitionspartnerschaft. Das sei auch deshalb notwendig, weil diese gesamte Region von 400 Millionen Menschen, wenn man vom Öl absehe, nur so viel exportiere wie die Schweiz.

Die Nachwelt weiß, dass diese Vision Obamas ein Traum blieb. Obwohl er einzelne Maßnahmen unterstützte, zum Beispiel den Rücktritt des ägyptischen Diktators Muhammad Husni Mubarak oder die Bombardierung Libyens und die Tötung des Massenmörders Gaddafi, den die UNO einmal in den Ausschuss für Menschenrechte berufen hatte, scheiterte der »Arabische Frühling« auf der ganzen Linie. Heute, zehn Jahre später, spricht man zu Recht von »Zombies in Ruinen«, mit Tunesien als hoffnungsvolle Ausnahme.<sup>48</sup>

Auch nirgendwo sonst auf der Welt waren die USA noch fähig, ein Land in eine friedliche Demokratie zu transformieren, auch nur die Einhaltung der Menschenrechte zu erzwingen. Das galt auch für Obamas Menschenrechtspolitik gegenüber China im Rahmen des viel diskutierten »Schwenks nach Asien« (*Pivot to Asia*), dessen

48 Vgl. Christoph Ehrhardt, Rainer Hermann, Zombies in Ruinen, in: F.A.Z., 17.12.2020.

Konzeption von Obamas Außenministerin Hillary Clinton während seiner ersten Amtszeit vorbereitet worden war.<sup>49</sup> Sie und Präsident Obama wollten die USA nach der Verstrickung in die arabische Welt verstärkt als Gegengewicht gegen Chinas rasanten wirtschaftlichen Aufstieg und den wachsenden, über Asien hinausgehenden Machtanspruch des Landes in Stellung bringen. Kritiker haben diesen Schwenk nach Asien von Beginn an für Schaufensterpolitik gehalten, weil die USA sich seit 1945 nie aus Asien zurückgezogen hätten und weil nie klar geworden wäre, ob diese Neuausrichtung darauf abzielte, China einzubinden (*to engage*) oder wie in der Zeit des Kalten Krieges einzudämmen (*to contain*).

Strategisch, bündnispolitisch, wirtschaftlich und ideologisch waren alle US-Regierungen im Zeitalter des Kalten Krieges und globalen Anti-Kommunismus immer im Pazifik und in Asien präsent geblieben. Die USA haben in Asien zwei heiße Kriege geführt, den Koreakrieg und den Vietnamkrieg. Um nur eine Dimension dieser Präsenz zu nennen: Als Obama sein Amt antrat, war der pazifische Kommandobereich (US Pacific Command – PACOM) der größte der weltweit sechs Kommandobereiche, was die Feuerkraft und die geopolitische Reichweite betraf – mit 325.000 Personen im militärischen und zivilen Bereich, 180 Kriegsschiffen und fast 2000 Flugzeugen. Die nukleare Triade galt auch für Asien. Die amerikanische Präsenz war eingebettet in bilaterale Bündnisse mit Australien, Japan, Neuseeland, die Philippinen und Südkorea und eine Sicherheitsgarantie für Taiwan, das sich im Laufe der Jahrzehnte demokratisierte und zusehends eine freiheitlich-rechtsstaatliche Alternative zum autoritären China darstellt, das sich unter der Herrschaft des Generalsekretärs der KPC und Staatspräsidenten der Volksrepublik Chinas Xi Jinping zu einer asiatischen Despotie unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei entwickelt.

Auf der anderen Seite hat seit 1972, als Präsident Richard Nixon und Außenminister Henry Kissinger China besuchten und eine sensationelle, die Logik des Kalten Krieges scheinbar sprengende Wende der chinesisch-amerikanischen Beziehungen einleiteten, jede amerikanische Regierung versichert, dass Chinas Wohlfahrt und Sicherheit im Interesse der USA lägen. Außerdem hat kein Land der Welt mehr zur Modernisierung Chinas beigetragen als die USA. Es hat China über die WTO Zugang zur Weltwirtschaft verschafft, auch zum Markt, zum Kapital und zur Technologie in den USA selbst. Sie haben Chinas Wissenschaftler, Techniker, auch Juristen in den USA ausgebildet, unabhängig davon, ob die Chinesen das geistige Eigentum anderer respektieren oder wie die Raben klauten. Ein großes Problem in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen blieb aber immer die innere Verfasstheit Chinas, das Ausbleiben der schrittweisen Demokratisierung des Landes. Die große Hoffnung des Westens, dass der Dynamik

<sup>49</sup> Die Literatur zum Aufstieg Chinas und der amerikanischen Antwort ist uferlos. Sie wurde aber schon in ihrem Vollzug in den USA selbst intensiv diskutiert. Um nur einige Beispiele zu nennen: Andrew J. Nathan, Andrew Scobell, How China Sees America. The Sum of Beijing's Fears, in: *Foreign Affairs*, Vol. 91, No. 5, September-October 2012, S. 33–47; Aaron L. Friedberg, Bucking Beijing. An Alternative U.S.-China Policy, in: *Foreign Affairs*, Vol. 91, No. 5, September-October 2012, S. 49–58; Kevin Rudd, Beyond the Pivot. A New Road Map for U.S.-Chinese Relations, in: *Foreign Affairs*, Vol. 92, No. 2, March-April 2013, S. 9–15; Thomas J. Christensen, Obama and Asia. Confronting the China Challenge, in: *Foreign Affairs*, Vol. 94, No. 5, September-October 2015, S. 28–36; Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: *Foreign Affairs*, Vol. 95, No. 1, January-February 2016, S. 46–63.

der Marktwirtschaft irgendwann die politische Liberalisierung und die Achtung der Menschenrechte folgen würden, erwies sich als eine weltgeschichtliche Illusion. Aus kommunistischen Staatskapitalisten wurden keine liberalen Demokraten. Diese Tatsache wollte Obama, mindestens zu Beginn seiner Amtszeit, nicht hinnehmen. In seiner zweiten Amtszeit musste er sich, wie auf vielen anderen Feldern seiner Politik, in das Unvermeidliche fügen. Barack Obama war aber kein Henry Kissinger, er hat den Ex-Außenminister kein einziges Mal um Rat gebeten. Für Obama war die Forderung nach Freiheit und Menschenrechten auch in China ein Bestandteil seines Schwenks nach Asien.

Ironischerweise war der Kalte Krieger Richard Nixon der einzige amerikanische Präsident nach 1945, der unter dem Druck des Vietnamkrieges eine außenpolitische Alternative zur Eindämmungspolitik entwickelte und teilweise in die Tat umsetzte. Er wurde angeregt und unterstützt von seinem nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger, der bereits in seiner Magisterarbeit alle geschichtsphilosophischen Fortschrittsmodelle einer kritischen Prüfung unterzogen und sein Denken an großen europäischen Konservativen und »Realisten« geschult hatte, besonders an Richelieu und Metternich, Castlereagh und Bismarck. Kissinger wollte die Amerikaner von ihrer Sendungsidee befreien und ihnen ausgerechnet jenes Konzept der internationalen Beziehungen zurückgeben, von dem der Moralist und Missionar Wilson die Welt hatte erlösen wollen: das Konzept des Gleichgewichts der Mächte. Selbst eine nur relative Stabilität der internationalen Beziehungen – das Beste, was man angesichts der *condition humaine* erwarten könne – war für Kissinger nur zu gewinnen, wenn die Existenz der Hauptmächte, unabhängig von ihrer jeweiligen inneren Ordnung, als legitim anerkannt, das heißt nicht infrage gestellt würden. Das Verhältnis der Staaten zueinander dürfe nicht von ihrer innenpolitischen Struktur abhängig gemacht werden, sondern von ihrem außenpolitischen Verhalten. So wie es den Staatsmännern auf dem Wiener Kongress 1814/15 gelungen war, durch die Anerkennung dieses Prinzips für ein Jahrhundert den Frieden in Europa zu bewahren, so seien die USA aufgerufen, eine stabile tripolare, besser pentagonale Ordnung der Hauptmächte USA, Sowjetunion, China, Japan und Europa zu begründen. Die amerikanische Außenpolitik dürfe sich deshalb, so Kissinger, weder als eine »Unterabteilung der Theologie« noch als eine »Unterabteilung der Psychiatrie« verstehen. Die Politik der Falken, der Theologen, die in missionarischem Eifer die kommunistischen Systeme in der Sowjetunion, in China oder in Vietnam zum Einsturz bringen wollten, verfehlten ebenso die realistische Mitte wie die Politik der Tauben, der Psychiater, die immer wieder von der Illusion ausgingen, die vermeintlich friedlichen Fraktionen innerhalb feindlicher Staaten durch Anreize stützen zu können.

Legitimität und Stabilität waren für Nixon und Kissinger auch deshalb die obersten Maximen einer verantwortungsvollen Außenpolitik, weil im Zeitalter der Nuklearwaffen der schlimmste anzunehmende Unfall, ein nuklearer Holocaust, unbedingt verhindert werden musste. Kissinger, der Nixon »diente« wie einst Metternich Kaiser Franz I., versuchte, die Amerikaner aus ihrer einseitigen Fixierung auf die »Lehren von München« zu lösen und ihre Aufmerksamkeit auf die »Lehren von Versailles« zu lenken – auf die Notwendigkeit einer (über-)lebensfähigen internationalen Ordnung.

Die Welt, so Nixon 1971, würde sicherer sein, wenn es fünf gesunde und stabile Zentren gebe, die sich gegenseitig in der Balance hielten. Nicht der Kommunismus, sondern die internationale Anarchie sei die größte Gefahr. Eine solche neue Ordnung der Welt würde es den USA auch gestatten, einen Teil ihrer Lasten auf andere Schultern zu verteilen (Nixon-Doktrin), denn es wurde immer klarer, dass die USA sich mit dem Vietnamkrieg wirtschaftlich übernommen hatten.

So gelang es Nixon und Kissinger im Februar 1972 in Verhandlungen mit Mao und Zhou Enlai das Verhältnis zu China auf eine neue Grundlage zu stellen. Obwohl sich beide Seiten über das bis heute dornigste Problem, die Zukunft Nationalchinas (Taiwans), nicht einigen konnten, erklärten sie, dass die Normalisierung ihrer Beziehungen nicht nur im Interesse beider Staaten liege, sondern auch zum Abbau von Spannungen in Asien und der Welt beitrage. Und beide Seiten versicherten, keine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum errichten zu wollen.<sup>50</sup>

Mit dieser Logik der Macht- und Gleichgewichtspolitik eines Nixon und Kissinger wollte sich Obama auch in Asien nicht abfinden. Auch hier versprach er »Hoffnung und Wandel«, zumindest zu Beginn seiner Amtszeit in der Überzeugung, dass er es auch könne. Bezeichnend ist seine Reaktion auf ein Ereignis seiner ersten Chinareise, als er vor ausgewählten Studenten in Shanghai eine große Rede hielt. Er zeigte sich enttäuscht über ihre zahmen und nichtssagenden Fragen, die offensichtlich vorher abgestimmt waren. Zwar halte er ihren Patriotismus nicht für vorgetäuscht, sie seien aber zu jung, um sich an die Schrecken der Kulturrevolution und an die gewaltsame Niederschlagung der Proteste auf dem Tian'anmen-Platz von April bis Juni 1989 in Peking zu erinnern. Nach diesem Treffen war ihm klar, dass er »zeigen musste, dass das demokratische, rechtsstaatliche, pluralistische System Amerikas nach wie vor das Versprechen eines besseren Lebens einlösen konnte, wenn ich diese neue Generation überzeugen wollte«. In Peking erinnerte er den stocksteifen Präsidenten Hu Jintao daran, dass der »Umgang mit chinesischen Dissidenten« weiter zu den »Prioritäten« amerikanischer Chinapolitik gehöre.<sup>51</sup> In seiner Amtszeit thematisierte Obama gegenüber China daher auch immer wieder das Schicksal der Tibeter und Uiguren. Zum großen Ärger der Chinesen traf er sich während seiner Präsidentschaft viermal mit dem Dalai-Lama im Weißen Haus; zum letzten Mal am 15. Juni 2016, trotz der ausdrücklichen Warnung aus Peking, dass dieses Treffen die diplomatischen Beziehungen beschädigen würde. Mehrfach hat Obama dem Dalai-Lama »starke Unterstützung« für die Menschenrechte der Tibeter versprochen.

\*

Was bleibt von Obamas Außenpolitik in historischer Perspektive? Auch in der Beantwortung dieser Frage ist es klug, sich noch einmal an die Einsicht Bismarcks zu erinnern, dass die Geschichte in ihren Revisionen genauer ist als die preußische Oberrechnungskammer. Die USA besaßen in der Präsidentschaft Obamas nicht mehr die

<sup>50</sup> Vgl. Junker, *Power and Mission*, S. 106–111.

<sup>51</sup> Barack Obama, *Ein verheißenes Land*, S. 672f.



Kraft, irgendein Land der Welt in eine rechtsstaatlich verfasste, liberale Demokratie zu verwandeln oder die Einhaltung von Menschenrechten zu erzwingen. Er hätte dafür auch kein Mandat eines kriegsmüden amerikanischen Volkes erhalten. Insofern begann der Sinkflug der amerikanischen Führungsrolle schon unter Obama, nicht erst unter seinem Nachfolger Donald Trump. Der abnehmende weltpolitische Einfluss der USA war auch die Konsequenz der grundsätzlichen Entscheidung Obamas, die USA nirgendwo auf der Welt in einen Krieg zu verwickeln, obwohl er als Oberbefehlshaber die stärkste Militärmacht aller Zeiten zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Welt- raum befehligte und obwohl er in seiner Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises die Legitimität eines »gerechten Krieges« nicht bestritten hatte. Er war der einzige Präsident der USA nach 1945, der den engen Zusammenhang von amerikanischer Außenpolitik und Krieg auflöste. Allerdings stellte er den atomaren Schutzschirm der USA und die amerikanischen Bündnisse weder in Europa noch in Asien infrage. Das reichte aber nicht, um den massiven Einflussgewinn autoritärer und potenziell totalitärer Staaten auf dem eurasischen Doppelkontinent, auch in anderen Erdteilen zu verhindern.

In sicherheitspolitischer Hinsicht war die Unfähigkeit, den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-Un zu zwingen, den Bau einer Atombombe und die Entwicklung internationaler Raketen, welche die Sicherheit der kontinentalen USA gefährden könnten, aufzugeben, sein gefährlichstes Erbe. Konsequenterweise war dies die einzige Botschaft, die er für seinen Nachfolger Donald Trump auf dem Präsidentenschreibtisch im Oval Office hinterließ. Im Gegensatz dazu gehörte das Atomabkommen mit dem Iran, das die Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland ausgehandelt hatten, zu seinen Erfolgen. Dieses wurde aber von Trump durch die Kündigung des Abkommens wieder annulliert. Dasselbe machte Trump mit dem Pariser Klimaabkommen. In beiden Fällen hatte Obama es nicht gewagt, diese Abkommen durch den Senat ratifizieren zu lassen.

Den »unteilbaren Weltmarkt« hat er in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Organisationen nach der großen Finanzkrise 2008/2009 einigermaßen stabilisieren können. Die Möglichkeit eines erneuten Platzens einer Geld- und Kreditblase bleibt dem System aber gefährlich immanent. In einer globalen Wirtschaft, in der Geld und Kredit keinen Preis mehr haben, ist das Platzen der nächsten Blase jederzeit wieder möglich. Der Ausgangspunkt könnte, wie bei den Großen Depressionen 1929 und 2008, wieder die USA sein, er könnte aber aufgrund der immer stärkeren Vernetzung der Kapitalmärkte in einem anderen Staat und einer anderen Weltregion liegen. Wir fahren alle auf der »Titanic« dem nächsten Eisberg entgegen, haben aber im Falle des Unterganges keine Beiboote mehr, weil die Weltwirtschaft, die Staaten und internationale Organisationen schon vor dem Crash über die Halskrause verschuldet sind.

## Präsident Donald Trump (2017 – 2021)

Der Zeitgenosse ist nicht der beste Kenner der Zeit, in der er steht. Er hat einen fragmentierten Gegenwarts- und Zukunftshorizont und kann das Ganze seiner jeweiligen Gegenwart nicht durchschauen, selbst wenn er auf seinem Fachgebiet hohe Kompetenz besitzt.

Das musste auch Hillary Clinton auf dramatische Weise erfahren, als sie zu erklären versuchte, warum ein Donald Trump die Präsidentschaftswahlen am 8. November 2016 gewann. Insgesamt stimmte etwas mehr als nur jeder Vierte der 232 Millionen Wahlberechtigten für Trump, nämlich fast 63 Millionen oder 27 Prozent. Wenn nur 40.000 mehr Wähler aus Wisconsin, Michigan und Pennsylvania ihre Stimme Hillary Clinton gegeben hätten, wäre sie als erste Frau in der Geschichte der USA zur 45. Präsidentin gewählt worden. Gemäß Elektoren der jeweils gewonnenen Staaten (bzw. der Distrikte in Maine und Nebraska) hätte Trump 306 Stimmen im Kollegium erhalten müssen, Clinton 232. Es gab aber auf beiden Seiten abtrünnige Stimmen, so dass Trump letztlich 304, Clinton 227 erhielt.

Was war geschehen? Warum konnte das geschehen? Das seien die überragenden Fragen gewesen, die sie, Hillary Clinton, in der Zeit nach ihrer Niederlage unablässig jeden Tag beschäftigt hätten. Das sind auch die zentralen Fragen, die ihre Erinnerungen an die Zeit nach dem 8. November 2016 dominieren. »Why, what happened?«<sup>52</sup> Das Buch ist der Versuch einer persönlichen Rechtfertigung und Erklärung für ein Ereignis, das sie kaum fassen konnte; natürlich kein unparteiisches Buch. Ihre Rechtfertigung ist das bemerkenswerte Eingeständnis einer Frau, die wie keine Amerikanerin vor ihr die Struktur der amerikanischen Politik und Gesellschaft, besonders auch das Wahlsystem, das Erwartungsmanagement der Wähler und die Spielregeln der amerikanischen Politik kannte; eine Frau, die eine Serie von Erfolgen und Niederlagen erlebt und erlitten hatte.

Hillary Rodham Clinton, seit 1975 mit dem späteren 42. Präsidenten William J. »Bill« Clinton verheiratet, von 1993 bis 2001 als »First Lady« im Weißen Haus, seit November 2000 als Senatorin des Staates New York eine Politikerin aus eigenem Recht, 2008 zum ersten Mal als Präsidentschaftskandidatin gescheitert, vom Wahlsieger Präsident Obama in langen Gesprächen überredet, seine erste Außenministerin zu werden, und, nach ebenfalls langen Gesprächen, von Obama gedrängt, noch einmal als Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei anzutreten, um sein Erbe zu sichern. Als Außenministerin von 2009 bis 2013 war sie 123-mal rund um den Globus in die Länder der Welt aufgebrochen.

Es wurden über Jahrzehnte Dutzende von Büchern über sie verfasst, meist auf Sensation und Auflage zielende »Enthüllungsgeschichten«; aber auch gehaltvolle Biografien wie die von Carl Bernstein, der selbst frühen Ruhm erwarb, als er zusammen mit Bob Woodward den Watergate-Einbruch Nixons aufdeckte.<sup>53</sup> Prägnant arbeitete

52 Hillary Rodham Clinton, *What Happened*, London 2017, hier zitiert nach der Paperback-Ausgabe London 2018.

53 Vgl. die Rezension zu Carl Bernstein, *Hillary Clinton. Die Macht einer Frau*, München 2007, in: Detlef Junker, *Schlaglichter auf die USA im 20. und 21. Jahrhundert*. 30 Rezensionen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Heidelberg 2013, S. 67–70.

Bernstein ihre wichtigsten Charaktereigenschaften heraus: ihre methodistische Religiosität und ihr missionarisches Selbstbewusstsein; ihre fast selbstzerstörerische Liebe zu Bill Clinton. Sie hasste die Sünde und liebte den Sünder (es war Hillary, die in den Affären ihres Mannes mit Jennifer Flowers und Monica Lewinsky seine Präsidentschaft rettete), ihre revolutionäre Auslegung der in der Verfassung nicht vorgesehenen Rolle der Ehefrau des Präsidenten, der First Lady; hohe Intelligenz, Leidenschaft und eiserne Disziplin, die früh entdeckte Fähigkeit, zu jedem Thema öffentlich druckreif reden zu können; Kampfeswille, Rücksichtslosigkeit, Selbstgerechtigkeit und das Fehlen jeder Selbstironie. Ihre Religiosität war auch die Quelle für ihren lebenslangen Kampf um die Rechte der Frau, allgemein für die Mühseligen und Beladenen in der Gesellschaft. Während ihres ganzen Lebens hatte sie einen methodistischen Beichtvater und Berater an ihrer Seite. Sie bewunderte, wie Barack Obama, Präsident Franklin D. Roosevelt und seine Frau Eleanor Roosevelt. Es war kein Zufall, dass sie ihre Präsidentschaftskandidatur 2015 auf »Roosevelt Island« im New Yorker East River ankündigte.

Auf der anderen Seite war Hillary Clinton nie ein Liebling der Medien. Ihre Person und die Art und Weise, wie sie ihre Rolle als Präsidentengattin auszufüllen ankündigte und dann auch ausfüllte, wurde selbst zu einer schweren Belastung der Präsidentschaft ihres Mannes. Zweimal zogen die Wahlkampfberater und Spindoktoren der Clinton-Administration die Notbremse und versuchten, ihr Image in den Wahlkämpfen von 1992 und 1996 zu verändern, was von den Medien teilweise durchschaut wurde. Hillary wurde weit über die vernichtenden und bigotten Angriffe der Republikaner, der christlichen Rechten und der sogenannten moralischen Mehrheit hinaus von den Medien mit solch aggressiver Feindseligkeit angegriffen, dass sie zu Recht von einer »Verschwörung der Rechten« gegen die Clintons sprechen konnte. Ihr aktives Eingreifen und Scheitern in der Gesundheitsreform, ihre staatsinterventionistischen Vorstellungen, ihre Abneigung gegenüber der Presse und dem Washingtoner Establishment und die nicht enden wollende Serie trivialer Skandale verstärkten das Bild einer machthungrigen, intriganten »Lady Macbeth«, einer eiskalten, stetig manipulierenden und die Wahrheit verschweigenden dämonischen Macht im Weißen Haus. Ein Kolumnist der »New York Times« nannte sie eine »geborene Lügnerin«. Ihre zahlreichen Imagewechsel führten zu dem Vorwurf, sie habe keine Authentizität und sei im Kern eine Frau ohne Eigenschaften. Sie wechselte ihre Rollen so oft wie ihre Frisuren.

Im Wahlkampf-Sommer 2016 war sie wieder in eine Affäre verwickelt, die sogenannte »E-Mail-Affäre«. Das FBI hatte eine Untersuchung zu der Frage begonnen, ob ihre privaten E-Mail-Adressen für dienstliche Zwecke missbraucht worden seien. Das Ergebnis des FBI war, dass sie zwar fahrlässig gehandelt habe, es aber keinen Hinweis auf eine Straftat gäbe.

In ihrer Suche nach einer Antwort auf die Frage, was zu ihrer Niederlage geführt hatte, machte Hillary Clinton eine wichtige Unterscheidung, die bis zur Niederlage Trumps am 3. November 2020 die Menschen überall in der Welt, nicht nur die aktive politische Klasse, die Publizisten und die Wissenschaftler umtrieb. Weniger wichtig sei die Frage, so Hillary Clinton, warum sie in den letzten Tagen des Wahlkampfes die

entscheidenden Stimmen verlor. Die überragende Frage sei, warum Trump überhaupt so viele Stimmen auf sich vereinen konnte.

Am Ende der Amtszeit Trumps stellt sich die Frage noch schärfer. Warum haben nach vier Jahren Amtszeit von Donald Trump, der die USA in eine Vor-Bürgerkriegssituation getrieben und ihre Weltführungsrolle zerstört hatte, im Jahre 2020 noch mehr Amerikaner Donald Trump gewählt als 2016, nämlich 74 Millionen statt 63 Millionen? Warum konnte er seinen Stimmenanteil bei den weißen Frauen von 52 auf 55 Prozent verbessern? Warum hätte er ohne sein vollständiges Versagen in der Corona-Krise die Wahl gewonnen? Warum ist die Welt nur haarscharf einem weltpolitischen Tschernobyl entkommen?

Das kurzfristige Problem, warum Clinton in den letzten Wochen des Wahlkampfes Stimmen verlor, kann sie mit guten Argumenten beantworten. Einige Tage vor der Wahl hatte der eitle und naive Chef der amerikanischen Bundespolizei (FBI), James Comey, eine politische Bombe platzen lassen. Seine Behörde untersuche neue E-Mails, die im Zusammenhang mit Clintons E-Mail-Affäre stehen könnten. Als er dann zwei Tage vor der Wahl erklärte, es gäbe keine belastenden Erkenntnisse über Hillary Clinton, konnte nichts mehr gerettet werden. In der entscheidenden Woche vor der Wahl berichtete die Presse fast ausschließlich über die E-Mail-Affäre der demokratischen Präsidentschaftskandidatin.

Eine der wichtigsten strukturellen Ursachen für ihre Niederlage und den Erfolg von Donald Trump sei dagegen, so Hillary Clinton, eine hemmungslose Lügenpropaganda und Hetze von Donald Trump gewesen, gestützt von der gut gefüllten Kasse der Republikanischen Partei und vor allem durch den Fernsehsender Fox News. Sein Mehrheitsaktionär Robert Murdoch unterhöhlt inzwischen durch sein Medienimperium drei angelsächsische Demokratien: sein Heimatland Australien, Großbritannien und die USA. Darüber hinaus zog Trump durch seine immer skandalöseren Aussagen fast die gesamte Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Deshalb brauchte er kaum Mittel für die eigene Wahlwerbung auszugeben. Allerdings rettete er auch den finanziell angeschlagenen Sender CNN, der dank Trump nonstop »Breaking News« senden konnte. Die Auflagen der New York Times und Washington Post stiegen ebenfalls dramatisch an.

Eine dieser Lügen, so Hillary, habe sie um den Wahlsieg gebracht. Es sei einfach nicht wahr, sondern eine schmutzige Lüge, dass sie sich nicht um das Schicksal der Kohlegruben und der arbeitslosen Bergarbeiter im »Rost-Gürtel« der USA gekümmert habe. Ihr Schicksal sei sogar eines ihrer wichtigsten Themen im Wahlkampf gewesen. Allerdings bedauerte sie in der Rückschau, Anfang September 2016 einen schweren taktischen Fehler gemacht zu haben, als sie – vermutlich zu Recht – die Hälfte von Trumps Unterstützern im Korb der Bedauernswerten (*deplorables*) vermutete und sie als »rassistisch, sexistisch, homophob, fremdenfeindlich, islamophob« bezeichnete.<sup>54</sup> Dann aber sei sie Opfer einer Lügen- und Verleumdungskampagne geworden. In einer Podiumsdiskussion habe sie darüber gesprochen, dass die Kohlereion langfristig

54 Vgl. Aaron Blake, Voters strongly reject Hillary Clinton's »basket of deplorables« approach, in: Washington Post 26.9.2016.

nur eine Chance habe, wenn Kohle durch grüne, erneuerbare Energie ersetzt werden könne. In diesem Zusammenhang habe sie einen Satz gesagt, der sie vermutlich die entscheidenden Stimmen im Rost-Gürtel gekostet habe: »Because we are going to put a lot of coal mines out of business.«<sup>55</sup> Dieser Satz war für Donald Trump, die Republikanische Partei und Fox News ein gefundenes Fressen. Monatelang wurde dieser eine Satz – aus dem Zusammenhang gerissen – auf allen Fernsehkanälen und in allen Rundfunksendern wiederholt. Keiner von Clintons Versuchen einer Richtigstellung wurde ausgestrahlt. Die gesamte Region der Appalachen wurde mit diesem Satz gesättigt. Das hatte Folgen. Bei einem versuchten Wahlkampfauftritt in dem kleinen Ort Williamson in West Virginia sah sich Hillary Clinton Hunderten von aufgebracht und fanatisierten Demonstranten gegenüber, die Schilder hochhielten: »We want Trump«, »Go home Hillary.«<sup>56</sup>

Diese Lügenkampagne von Trump hatte von Beginn an eine andere Größenordnung als der traditionelle Populismus in amerikanischen Wahlkämpfen. Auch in dieser Hinsicht führt der Vergleich mit Präsident Andrew Jackson (1829–1837) nicht weiter. Trumps Lügen- und Desinformationskampagne zielte auf eine Zerstörung der Grundlagen von Demokratie, nämlich die Ausklammerung der realen Welt und die Leugnung der Wirklichkeit. Diese Lügenkampagne endete deshalb folgerichtig damit, demokratische Strukturen zu zerstören und das Land in eine Vor-Bürgerkriegssituation zu treiben<sup>57</sup>, durch Gewalt den rechtmäßigen Ausgang der Wahlen zu verhindern und einen Staatsstreich in Kauf zu nehmen. Die »Große Lüge« über die Präsidentschaftswahl 2020 mündete in einem Sturm auf das Kapitol. Die Weltöffentlichkeit konnte zusehen, wie Vizepräsident Mike Pence daran gehindert werden sollte, das Wahlergebnis zu bestätigen. Ein Galgen war schon aufgestellt. Selbst der Versuch eines Umsturzes konnte aber die – demokratisch und ethisch entleerte – Republikanische Partei nicht zur Amtsenthebung bewegen. Schon im Wahlkampf 2016 hatte Trump vorbeugend behauptet, dass ein Wahlsieg Hillary Clintons nur Betrug sein könnte.

Diese Desinformations- und Lügenstrategie Trumps geht weit über das hinaus, was die Amerikaner schon vor Trump aus den vermarkteten Wahlkämpfen kannten.<sup>58</sup> Denn schon vor Trump waren die Wahlkämpfe zu einem reinen Marktphänomen geworden. Zwischen die Kandidaten und die Wähler hatten sich nicht nur die traditionellen Medien geschoben – Printmedien, Fernsehen und neuerdings soziale Netzwerke –, sondern auch eine Mobilisierungs- und Vermarktungsindustrie von Demoskopen, Wahlkampfstrategen und Spindoktoren. Diese Industrie stützte und stützt sich auf immer verfeinerte Umfragetechniken, Gruppeninterviews, Austüfteln

55 Hillary Clinton, *What Happened*, S. 263.

56 Ebenda S. 277.

57 Das hat der Autor dieser Zeilen schon früh behauptet, vgl. z.B. Detlef Junker, *Die Krise des Westens*, in: ifo Schnelldienst 23, 2016, 8.12.2016; ders., *The Crisis of the American Empire. Farewell Lecture 8.2.2018*, in: *Annual Report 2017–18*, Heidelberg Center for American Studies 2018, S. 184–203; ders., *Donald Trump und die Zerstörung einer Demokratie*, in: *Rhein-Neckar-Zeitung*, 3.3.2020, S. 12.

58 Vgl. Detlef Junker, *Die vermarktete Politik. Der Kampf um das Weiße Haus*, in: Óscar Loureda (Hrsg.), *Manipulation. Studium Generale*, Heidelberg 2016, S. 51–66.

neuer Zielgruppen, elektronische Post und Telefonumfragen. In den a-sozialen Medien des digitalen Zeitalters verflüchtigt sich der verbliebene Realitätsgehalt. Jeder kann eine Desinformationskampagne starten. Es gibt die Furcht, dass die Demokratie das digitale Zeitalter nicht überleben wird.

Diese Industrie produziert oft »Bananenschalen-Worte«, glattgeschliffene Formulierungen, die den politischen Gegnern keine Angriffsfläche bieten sollen. Sie verkaufen oft keine realen Politiker und keine politischen Programme, sondern marktgetestete Kunstprodukte, die auf die Wirkung von Emotionen, Fiktionen, Bildern, Slogans, Verschwörungstheorien und zunehmend auch auf Verunglimpfung und persönliche Attacken setzen (*negative campaigning*). Die Entwicklung hat sich parallel zum Aufstieg des Fernsehens vollzogen. In den Wahlkampagnen geht es immer weniger um Inhalte, sondern um nichtssagende und deshalb schwer angreifbare Slogans, verstärkt um skandalträchtige persönliche Attacken auf den Gegner. Durch die Vermarktungsindustrie wird der Wahlkampf, so könnte man mit einer gewissen Übertreibung sagen, nicht zum Wettstreit der Politiker, sondern ihrer Trainer. Ausgangspunkt ist die marktgetestete Hypothese, dass der Wähler grundsätzlich denkfaul ist. Er müsse mit Emotionalität, Wettstreit und Show unterhalten werden. Mit der Realität hat das sehr oft nichts mehr zu tun. In einer Politikkomödie Warren Beattys beschließt ein Senator, aus dem Leben zu scheiden, nachdem er die Fernsehwerbung für seine Wiederwahl gesehen hat.

Der Einfluss der Vermarktungsindustrie bleibt nicht ohne Konsequenzen. So hat es unter Präsident Reagan ein einziger Imageberater fast im Alleingang geschafft, das Wort »liberal« bei der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung in Verruf zu bringen. Gegen den Wortsinn meint »liberal« im gegenwärtigen Amerika so etwas wie linken Staatsinterventionismus. Newt Gingrichs berühmter »Vertrag für Amerika« aus dem Jahre 1994, mit dem eine konservative Revolution eingeleitet werden sollte, war Satz für Satz in Fokusgruppen vorgetestet worden. Al Gore wurde es von seinen Beratern im Wahlkampf 2000 gegen George W. Bush strikt untersagt, über sein Lebensthema, die Rettung des Planeten, überhaupt zu reden. Schließlich George W. Bush: Seinen Beratern gelang es, seine Gegenkandidaten John McCain und John Kerry mit fiesen Negativkampagnen zu diskreditieren.

Kritiker sehen in dieser Entwicklung das Ende der Aufklärung in den USA, zumindest der aufklärerischen Hoffnung, dass in Wahlen mit Ideen und Leidenschaft, aber auch mit wirklichkeitsnahen Argumenten gestritten wird. Ein Beispiel für den Verfall der aufklärerischen Kultur in Amerika wird gern geschildert. Vor Ausbruch des Bürgerkrieges 1861 hatten der spätere Präsident Abraham Lincoln und sein Gegner Stephan A. Douglas in Illinois zehn Debatten vor Tausenden von Menschen geführt. Die Wähler reisten stundenlang mit Pferd und Wagen an, hörten sich eine dreistündige Rede von Lincoln in elaboriertem Englisch an, machten eine halbe Stunde Pause und folgten dann noch einmal drei Stunden den Argumenten von Douglas. Heute ist der durchschnittliche Werbespot im Fernsehen auf wenige Sekunden zusammengeschrumpft, auch deshalb, weil die Spots immer teurer geworden sind.

Auch die Frage, wer die Wahlkämpfe bezahlt, ist in die Spannung von Staat und Markt eingebunden. Seit Gründung der USA im 18. Jahrhundert wurden alle

Wahlkämpfe von privater Seite bezahlt. 1907 machte Präsident Theodore Roosevelt einmal den vergeblichen Vorschlag, die Wahlen auf Bundesebene durch öffentliche Gelder zu finanzieren und alle privaten Gelder zu verbieten. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es mehrere Gesetze und Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtes, eine öffentliche Wahlkampfrückerstattung für die Vorwahlen, die Hauptwahlen und die Nominierungskonvente gesetzlich zu fassen. Das Ergebnis ist je nach Blickwinkel ein Sieg des Marktes oder eine politische Katastrophe. Tatsächlich hat der Markt auf ganzer Linie gesiegt. Alle Kandidaten der Gegenwart verzichten auf öffentliche Gelder, weil die damit verbundenen, gesetzlich festgelegten Einschränkungen so schwerwiegend sind, dass die gestiegenen Kosten des modernen Wahlkampfes nicht mehr getragen werden können. Die Zahlen machen das deutlich. Rechnet man die parallel laufenden Kosten für die Wahlen zum Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats dazu, schätzt man für den Wahlkampf 2016 die Ausgaben auf etwa 8 Milliarden Dollar. Eine Annahme der im Vergleich winzigen 20 Millionen Rückerstattung pro Kandidat wäre mit solchen Bedingungen verbunden, dass der Wahlkampf nicht mehr finanziert werden könnte. Kostentreibend kommt hinzu, dass die Kandidaten und die Vermarktungsstrategen nach der Halbzeit der Vorwahlen oft eine neue Strategie und teilweise neue Botschaften vermitteln müssen. Während die Vorwahlen auf die Wähler der eigenen Partei oder potenzielle parteinahe Wähler zielen, geht es in der zweiten Halbzeit um das gesamte Volk. Wie beim Fußball werden oft neue Spieler eingewechselt. Wie beim Fußball kann ein Eigentor in der ersten Halbzeit oft nicht mehr korrigiert werden.

In diesem Zusammenhang hat eine Entscheidung des Supreme Courts aus dem Jahr 2010 tief in die Struktur von Wahlkämpfen eingegriffen (*Citizen United v. Federal Election Commission*). In einem knappen Urteil von 5 gegen 4 Stimmen befand das Oberste Gericht, dass der erste Zusatz zur Verfassung vom 3. November 1791 es der US-Regierung verbiete, »unabhängige politische Ausgaben« von »gemeinnützigen Organisationen« zu begrenzen. Der erste Zusatz zur Verfassung garantiert unter anderem die Freiheit der Rede. Das Urteil ist eine Bestätigung des Marktes. Der erste Zusatz verbiete es, so die Richter, in den Marktplatz der Ideen (*marketplace of ideas*) einzugreifen und die freie Rede zu »rationieren«. »There is no such thing as too much speech.« Der Vorwurf der möglichen Korruption oder des Anscheins der Korruption durch diese privaten Spender halte einer strengen Prüfung nicht stand.

Das Urteil bedeutet aber nicht, dass damit der Marktplatz der Ideen in der Gegenwart allein den Superreichen überlassen bleibt, obwohl die Republikaner durch marktradikale Millionäre und Milliardäre am meisten profitieren. Die Milliardärsbrüder David und Charles Koch zum Beispiel unterminieren seit den 70er-Jahren systematisch fast alle staatlichen Funktionen, sie sorgten über den Einfluss in der »Federalist Society« dafür, dass Donald Trump nur marktradikale Juristen zu Mitgliedern des Supreme Courts vorschlug: Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett.<sup>59</sup> Der Casino-Kapitalist und Milliardär Sheldon Adelson versprach Trump

<sup>59</sup> Vgl. Christopher Leonard, *The Secret History of Koch Industries and Corporate Power in America*, New York 2019. Vgl. ders., *A Koch Brother's big bet on Judge Barrett*, in: *New York Times International Edition*, 12.10.2020, S. 17.

für den Wahlkampf 2016 100 Millionen Dollar, wurde dann mit deutlich weniger, nämlich 25 Millionen Dollar der größte Unterstützer Trumps. Für die Feierlichkeiten zur Amtseinführung von Trump war er mit 5 Millionen Dollar ebenfalls der größte Einzelspender. Im Wahlkampf 2012 hatte er verkündet, dass er 100 Millionen ausgeben würde, um einen Sieg Obamas zu verhindern.<sup>60</sup>

Das iPhone und die Schwarmintelligenz in den sozialen Netzwerken haben aber auch eine Revolution von unten losgetreten, nach dem Motto: Kleinvieh macht auch Mist. Millionen von Amerikanern überweisen Kleinbeträge an die Kandidaten. Sie sind zur zweiten großen Einnahmequelle geworden, man kann auch sagen: Der Markt funktioniert.

### **Donald Trump und die Selbstzerstörung einer Demokratie**

Wie schon angedeutet, waren trotz der Gewöhnung der Amerikaner an marktgetestete Slogans, Propaganda und Shows weder Hillary Clinton noch das amerikanische Volk darauf vorbereitet, dass ein Donald Trump durch Lügen, Propaganda, Verschwörungstheorien und Aufrufen zur Gewalt die öffentliche Sphäre korrumpieren und beherrschen würde; dass er das bereits gespaltene Volk noch tiefer spalten und in eine Vor-Bürgerkriegssituation treiben, das Rechtssystem und die staatlichen Institutionen unterhöhlen und mit seiner »Großen Lüge« über die Wahlen von 2020 seine Anhänger zum Sturm auf das Kapitol aufrufen würde.<sup>61</sup>

Der moralische und intellektuelle Abstand zu seinem Vorgänger Barack Obama ist so groß, dass dem Historiker bei einem Vergleich schnell die Maßstäbe ausgehen. Trump hatte vom ersten Tag seiner Amtszeit an, der mit mehreren Lügen begann, weder den Charakter noch das Urteilsvermögen, um das Präsidentenamt verantwortlich auszufüllen. Er hat als Brandstifter und Brandbeschleuniger die Selbstzerstörung einer imperialen Demokratie vorangetrieben, mit einer außergewöhnlichen destruktiven Energie.

Das konnte er versuchen, weil der amerikanische Präsident de jure über eine außerordentlich große Machtfülle verfügt– mehr als in anderen westlichen, rechtlich verfassten Systemen. Trump war wie jeder Präsident zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Kraftzentrum der Exekutive. Er gebot über das Militär, die Außenpolitik, die Geheimdienste und den Beamtenapparat. Ohne seine Zustimmung konnte kein Richter am Supreme Court ernannt werden. Er war überdies Teil des Gesetzgebungsverfahrens, er hatte unglaublich viele Möglichkeiten zur Ämterpatronage. Er beherrschte die Medien, produzierte Feindbilder und Fake News und betwitterte die Welt schon vor dem Frühstück. Die Dauerpräsenz in den Medien war ein Kern seiner Macht.

De facto war er dabei, dem Kongress das Recht zu nehmen, einen Krieg zu erklären, weil er durch die Beschwörung der »clear and present danger«-Klausel dieses Recht

60 Vgl. Robert D. McFadden, Sheldon Adelson, Billionaire Donor to G.O.P. and Israel, Is Dead at 87, in: New York Times, 12.1.2021.

61 Ezra Klein, Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika, Hamburg 2020 (aus dem Amerikanischen).



für sich beanspruchte. Trump hatte einen Militärschlag gegen den iranischen General Soleimani befohlen, weder davor noch danach hatte er den Kongress eingeschaltet, wozu er rechtlich verpflichtet gewesen wäre. Warum konnte er diesen Rechtsbruch begehen? Weil Trump, wie die Welt in zwei Amtsenthebungsverfahren miterlebte, die Republikaner korrumpierte. Trump hat die Verfahren mithilfe der Republikaner einfach blockiert. Er hat nicht nur die Aussagen von Zeugen verhindert, sondern sie hinterher aus ihren Ämtern entfernt. Er hat einfach wie ein Alleinherrscher Rache genommen.

Trump's Tendenz, sein Machtmonopol durch einen dauernden Ausnahmezustand zu rechtfertigen, sollte auch einer möglichen existenziellen Krise vorbauen, nämlich nach dem Verlassen des Weißen Hauses im Gefängnis zu landen. Es warten mehrere aufgeschobene Strafverfahren auf ihn. Sicherheitshalber hatte er schon angekündigt, dass er sich ja selbst begnadigen könne. Trump lebt die Erkenntnis des deutschen Staatsrechtslehrers Carl Schmitt: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Um genau einen solchen Machtmissbrauch zu verhindern, hatten die amerikanischen Gründerväter ein besonderes System der Gewaltenteilung und der Gewaltenüberlappung (*Checks and Balances*) entworfen. Die Verfassung sollte genau das ausschließen, was Trump öffentlich durch seinen Rechtsanwalt Rudolph Giuliani verkünden ließ: dass er über dem Gesetz stehe.

Er feuerte Kabinettsmitglieder und hochrangige Militärs in immer schnellerer Folge wie kein anderer Präsident vor ihm. Die wichtigsten Positionen in seiner nächsten Umgebung im Weißen Haus wechselten mehrfach. Er umgab sich nur noch mit Speichelleckern, die seine Wutausbrüche irgendwie überstanden. Jeder fürchtete das »Ein-Mann-Erschießungskommando«. Die Lobpreisungen seiner selbst wurden immer grotesker, ebenso wie die Inszenierungen kleiner Erfolge. Wie ein Pate der Mafia verlangte er von seinen Ministern und Mitarbeitern keine Rechtstreue, sondern »Loyalität«. Er hatte kein Verhältnis zum Rechtsstaat, zur freien Presse und zur freien Wissenschaft. Seine Pressekonferenzen wurden inhaltsleere Agitprop-Veranstaltungen mit Attacken auf die Medien, bevor er sie ganz einstellte. Danach durften Journalisten nur noch Fragen auf dem Weg zu seinem Helikopter stellen. Er beantwortete nur das, was er wollte, fast immer mit Lügen.

Inzwischen kennt die ganze Welt seinen Charakter, die politisch Interessierten kennen auch seine Lebensgeschichte.<sup>62</sup> Er ist ein pathologischer, bösartiger und brutaler Narzisst; ein notorischer Spieler und Betrüger, Rassist und Sexist. Dazu wurde er in

62 In den vier Jahren seiner Präsidentschaft haben allein die englischsprachigen Verlage mehr als 1000 Bücher über Trump veröffentlicht. Vgl. Martin Thunert, Donald Trump 2017–2021. Die beispiellose Präsidentschaft, in: Christof Mauch (Hrsg.), Die Präsidenten der USA. 46 historische Porträts von George Washington bis Joseph R. Biden, München 2021, S. 498–521, 594–599.

Aus der anwachsenden deutschsprachigen Literatur zu Trump vgl. Stephan Bierling, America First. Donald Trump im Weißen Haus. Eine Bilanz, München 2020; Elmar Thevessen, Die Zerstörung Amerikas. Wie Donald Trump sein Land und die Welt für immer veränderte, München 2020; Florian Böller, Christoph M. Haas, Steffen Hagemann, David Sirakov, Sarah Wagner (Hrsg.), Donald Trump und die Politik in den USA. Eine Zwischenbilanz, Baden-Baden 2020; Tobias Endler, Game Over. Warum es den Westen nicht mehr gibt, Zürich 2020; Michael D'Antonio, Die Wahrheit über Donald Trump, Berlin 2016. Josef Braml, Trumps Amerika – auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa, Berlin 2016; Torben Lütjen, Amerika im kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert, Darmstadt 2020.

seiner Familie erzogen. Sein Vater hatte ihn früh gelehrt: »Be a killer.« Er praktizierte deshalb als Präsident jeden Tag, was er in einem brutalen Segment des New Yorker Immobilienmarktes gelernt hatte: neben exzessiver Steuervermeidung vermutlich auch Steuerhinterziehung (das wird sich in Zivilprozessen nach dem Ende seiner Amtszeit herausstellen), eine hochspekulative Investitionspolitik, die ihn mehrfach an den Rand des Bankrotts führte, Nepotismus, Korruption, Zusammenarbeit mit der Mafia und spekulativen Bankern. Er wurde in den letzten Jahren nur noch von der Deutschen Bank unterstützt, US-Banker wollten ihn nicht einmal mehr mit der Kneifzange anfassen. Trump hatte auch deshalb Kontakte zur Mafia, weil Anthony Salerno, genannt »Fat Tony«, der Boss des Genovese-Klans, den Zementmarkt in New York beherrschte und belieferte, auch den »Trump-Tower« in der Fifth Avenue und andere Projekte.

Russische Oligarchen und Kleptokraten halfen Ende der 90er-Jahre, den mit über vier Milliarden Dollar verschuldeten Donald Trump über Wasser zu halten. Das jedenfalls hat der Historiker Timothy Snyder von der Yale University herausgearbeitet.<sup>63</sup> Sie gaben Trump Kredite und nutzten seine Immobilien zur organisierten Geldwäsche. Sein Trump-Tower in der Fifth Avenue war nur eins von zwei Gebäuden, das in New York den anonymen Verkauf von Appartements zuließ. Trumps Überleben hing vom Geld russischer Oligarchen ab. Nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung für einen »Trump Tower« in Moskau twitterte er im Juli 2015: »Putin mag Donald Trump.« Vielfältige geschäftliche Verbindungen zwischen Trump und seiner Familie zu russischen Oligarchen, die während seiner Präsidentschaft weiterliefen, der russische Einfluss auf den Wahlkampf 2016 zugunsten Trumps und zur Unterhöhlung der Position von Hillary Clinton, schließlich – möglicherweise – Aufnahmen von Trump mit Prostituierten in Moskau machten ihn als Präsident der USA durch Putin erpressbar. Nur so ist es auch zu erklären, dass Trump Putin kein einziges Mal öffentlich kritisierte, sondern immer Verständnis für die Position des russischen Diktators zeigte, weit mehr, als zum Beispiel für die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, für Angela Merkel. Protokolle vertraulicher Gespräche mit Putin behielt Trump für sich, oder er ließ sie vernichten.

Trump's Mentor war ein berühmter Rechtsanwalt namens Roy Cohn, der von den 50er-Jahren bis in die 80er-Jahre jeden rechtsanwaltlich vertrat, der ihn bezahlen konnte. Cohn hatte seine Karriere als Kommunistenjäger in der McCarthy-Ära begonnen. Er wurde als Anwalt mehrfach angeklagt, unter anderem wegen Erpressung, Bestechung, Aktienbetrug und Meineid. Da er sich immer wieder aus scheinbar aussichtslosen Situationen herausmanövrieren konnte, hielt Trump seinen Anwalt zwar für böse, aber für ein »Genie«. Trump konnte genau beobachten, wie man sich aus bedrängten Lagen wieder befreien konnte. Von Cohn wurde Trump in seinem schon vorhandenen Sozialdarwinismus bestärkt: Gib nie auf, gib nie etwas zu, gehe sofort öffentlich und juristisch zur Gegenattacke über; verklage die, die dich verklagen, um die doppelte Summe; schaffe Schlagzeilen, vor allem Fernsehbilder; spreche emotional und hasserfüllt, appelliere an die niederen Instinkte der Menschen.

<sup>63</sup> Vgl. Timothy Snyder, *Der Weg in die Unfreiheit. Russland, Europa, Amerika*, München 2018, S. 223–234.

Trump hat auch deshalb die beiden Amtsenthebungsverfahren blockiert und sofort mit politischen Gegenattacken beantwortet. Cohn musste allerdings erkennen, dass Trump ihn, seinen Mentor, eiskalt fallen ließ, als er krank wurde. Vor seinem Tode im Jahr 1992 sagte er über Trump: »Donald pisses ice water« (gemeint ist etwa: »Donald ist eiskalt«).

Donald Trump, der sein Amt erst mit 70 Jahren antrat, hatte sich in einem langen Leben zu einem Genie der Selbstvermarktung entwickelt, auf dem Immobilienmarkt und als Star in Fernsehshows, besonders in der Show »The Apprentice« mit seiner Lieblingszeile: »You are fired.« Er erkannte: Je mehr er die Mindeststandards zwischenmenschlichen Anstands verletzte, desto größer die öffentliche Wirkung. Er dominierte und manipulierte die marktbasierende öffentliche Sphäre in den USA und dann in der Welt wie kein Politiker vor ihm, er zwang auch den kritischen und feindseligen Medien seine Agenda auf. Je lügenhafter und gewaltbereiter er an die Emotionen und Hassgefühle seiner Zuhörer appellierte, desto frenetischer der Beifall und desto radikaler die Kritik. Das war ihm egal, solange ER im Mittelpunkt stand.

Es ist gar nicht zu unterschätzen, in welchem Maße das System der Lüge die amerikanische Gesellschaft und die öffentliche Sphäre zerstörte.<sup>64</sup> Er begann seine Lügen als Amtsinhaber schon mit seiner Vereidigung. Er hatte nie vor, seinen Amtseid zu erfüllen, nämlich nach bestem Wissen und Gewissen das Amt des Präsidenten der USA auszufüllen und die Verfassung der USA zu bewahren, zu beschützen und zu verteidigen. Gegen jeden Augenschein behauptete er, dass noch nie so viele Menschen der Amtseinführung eines Präsidenten zugeschaut hätten. Sein Geltungsdrang war so groß, dass es ihn nicht störte, dass die ganze Welt seine Lüge auf dem Bildschirm erkennen konnte. Seine Pressesprecherin sprach von »alternativen Fakten«. Auf der Website des Weißen Hauses findet sich eine lange Liste seiner angeblichen Erfolge – fast alles verdrehte oder lügenhafte Aussagen. Nach einem Lügenzähler der Washington Post hat er in den ersten 1000 Tagen seiner Amtszeit 13.455 falsche oder irreführende Aussagen gemacht. Deshalb hatte der Verfasser dieser Zeilen in einer Botschaft an den Bürgermeister von New York Bill de Blasio vorgeschlagen, neben der nationalen Schuldenuhr in der 44. Straße eine tickende Lügenuhr des Präsidenten aufzustellen, leider ohne Erfolg.

Der öffentliche Gebrauch der Präsidentenlüge als beherrschende Form der Kommunikation, verbunden mit einer systematischen Verunglimpfung seiner Gegner, aller Institutionen der amerikanischen Politik und Gesellschaft und mit dem Heilsversprechen des Führers Donald Trump, das (weiße) amerikanische Volk gegen die inneren und äußeren Feinde zu neuer Größe zu führen – »to make America great (and white) again« –, verschärfte die schon bestehenden Spaltungen und Konflikte in der amerikanischen Politik, Wirtschaft und Kultur, an denen Präsident Obama nur marginal etwas hatte ändern können:

64 Vgl. Philip N. Howard, *Lie Machines. How to Save Democracy from Troll Armies, Deceitful Robots, Junk News Operations, and Political Operatives*, New Haven und London 2020.

- die parteipolitische Spaltung zwischen den Republikanern und Demokraten, die auf die Gesellschaft und die Familien übergreifen hatte;
- die Defizite des politischen Systems der USA: vom antiquierten, nicht repräsentativen, gegenüber Manipulation und Missbrauch offenen Wahlsystem bis zum dysfunktionalen, nur noch Spezialisten zugänglichen Gesetzgebungsverfahren im Kongress bis zum Supreme Court, dessen konservative Mehrheit glaubt, die Rechtsprechung im 21. Jahrhundert nach den Intentionen der Gründungsväter und der Sozialverfassung der 13 Kolonien im 18. Jahrhundert auslegen zu müssen (*original intent*). Dem Land der Freiheit fehlt eine philosophische Letztbegründung des Rechts aus einer Philosophie der Freiheit im Sinne Kants: Nur in einem Rechtsstaat könne die Freiheit des Einen mit der Freiheit des Anderen gewährleistet werden, ohne dass sich die antagonistischen Freiheitsansprüche der Einzelnen gegenseitig aufheben. Weil dieser philosophische Eckstein fehlt, ist der amerikanische Rechtsstaat in vielen Bereichen nur ein »Rechtsmittelstaat«. Die Sklavengesetze in den Einzelstaaten und der unendliche Strom an gesetzesförmigen Unterdrückungsmaßnahmen nach dem Bürgerkrieg waren im freiheitlichen Sinne eben keine Gesetze, sondern Akte der Willkür;
- die Unfähigkeit des Landes, mit seiner Ursünde, dem Rassismus, fertig zu werden, das Versprechen einer multikulturellen Gesellschaft einzulösen und seine innere Globalisierung zu akzeptieren;<sup>65</sup>
- der tiefe und zutiefst spaltende Gegensatz in der Frage, was im 21. Jahrhundert vom Markt und was vom Staat geleistet werden soll, verbunden mit einer enormen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ungleichheit,<sup>66</sup> auch mit einer massiven Ungleichheit von Aufstiegschancen, die nicht nur zu einer Klassen-, sondern auch zu einer Kastengesellschaft<sup>67</sup> führt;

65 Zum Problem des Rassismus vgl. die Arbeiten von Manfred Berg, »No, he couldn't!«, in: Die ZEIT 11.8.2016, S. 15. Was ist aus Martin Luther Kings Traum geworden? Amerikas Schwarze Minderheit seit der Bürgerrechtsbewegung, in: Michael Butter, Astrid Franke, Horst Tonn (Hrsg.), Von Selma bis Ferguson. Rasse und Rassismus in den USA. Bielefeld 2016, S. 73–92; Von Barack Obama zu Donald Trump. Martin Luther Kings Traum vor dem Ende?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 67, 18, 2017, 22–28; Begrenzter Handlungsspielraum: Obama und das Problem des Rassismus, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 10, 2, 2017, S. 97–109, <https://doi.org/10.1007/s12399-017-0621-5>.

66 Vgl. Welf Werner, Winfried Fluck (Hrsg.), Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? Armut und Reichtum in den USA, Frankfurt 2003. Welf Werner, The Trump Phenomenon: Economic Causes and Remedies, in: Heidelberg Center for American Studies (Hrsg.), Annual Report 2018–2019, S. 170–188; ders., Christian Lammert, The Broken Social Contract: The Domestic Roots of US-Hegemonic Decline in the World, in: Florian Böller, Welf Werner (Hrsg.), Hegemonic Transition. Global Economic and Security Orders in the Age of Trump, Basingstoke 2021. Vgl. auch Emmanuel Saez, Gabriel Zucman, Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert, Berlin 2020 (aus dem Amerikanischen). Zu der Ungleichheit in den Städten vgl. Ulrike Gerhard, Die Bedeutung von »Rasse« und »Klasse« im US-amerikanischen Ghetto, in: Geographische Rundschau 66, 5, 2014, S. 18–24; dies., Lost in the Heartland? Strukturwandel und wachsende urbane Ungleichheiten im US-amerikanischen Rustbelt, in: Geographische Rundschau 67, 3, 2015, S. 20–27.

67 Isabel Wilkerson, Caste. The Origins of Our Discontents, New York 2020.

- die zunehmende Zerstörung der Umwelt, der Zerfall der öffentlichen Infrastruktur und die rasant steigende Zahl von Umweltkatastrophen, die die Bevölkerung sehr unterschiedlich trifft;
- die weit auseinanderklaffenden Lebenserfahrungen und Lebensrealitäten in ländlichen und städtischen Regionen der USA, der Kulturkampf zwischen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten und den Städten;
- die Unfähigkeit der USA, das Monopol legitimer Gewaltsamkeit beim Staat zu zentrieren und die endemische Verbreitung von Schusswaffen in privater Hand zu stoppen (ca. 400 Millionen) und damit eine potenzielle Bürgerkriegsarmee zu entwaffnen;
- die politische Gegenrevolution der Republikaner, die seit der Amtszeit von Präsident Ronald Reagan (1981–1989) systematisch die Gerichte, Parlamente und Regierungen im Sinne ihrer Partei unterwandert. Es ist kein Zufall, dass der verzweifelte Versuch des Repräsentantenhauses vom März 2021, mit einem Reformgesetz (H. R. 1) das Wahlrecht zu verändern, die parteiische und groteske Veränderung von Wahlbezirken (*Gerrymandering*) zu stoppen, den Einfluss des großen Geldes auf die Wahlkämpfe einzudämmen und ethische Mindestanforderungen (!) für die Richter des Supreme Courts, für den Präsidenten und die Exekutive festzuschreiben, auf den massiven Widerstand der Republikaner gestoßen ist. Wer sich ein illusionsloses Bild vom Stand der amerikanischen Demokratie machen will, sollte sich in diesen Gesetzentwurf vertiefen.<sup>68</sup> Dieser Entwurf wird aber an einer anderen Verfahrensblockade scheitern, an der Obstruktion einer Entscheidung des Senats durch Dauerredner (*Filibuster*). Da kann es schon passieren, dass ein Dauerredner tagelang aus der Bibel vorliest, um eine Entscheidung zu verhindern. Der einzige Sinn des Filibuster besteht darin, die Zustimmungsrate im Senat von 51 auf 60 Stimmen (zwei Drittel) zu erhöhen;
- der zusehends von Identitätspolitik, Reinigungsfantasien und ahistorischem Moralismus beherrschte linke Flügel der Demokraten;
- die Fragmentierung in über tausend Religionsgemeinschaften, die das einigende Band der amerikanischen Zivilreligion – die Dreieinigkeit von »God, Country, and Freedom« – von innen auflöst.

Die große Eine-Million-Dollar-Frage ist natürlich, warum Trump 2016 gewählt wurde und warum er im Jahre 2020 nur ganz knapp verloren hat. Im Jahre 2016 stimmte nur etwas mehr als jeder vierte der 232 Millionen Wahlberechtigten für Trump, nämlich

<sup>68</sup> 117th Congress, H.R. 1. For the People Act of 2021, <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-bill/1/text> (15.3.2021).

fast 63 Millionen oder 27 Prozent und im Jahre 2020 hingegen etwa 74 Millionen der Wahlberechtigten oder etwa 32 Prozent.

Um der Beantwortung dieser Frage näherzukommen, sei mit Trumps Wahlstrategie begonnen: Auf wen zielten seine Emotionen, Lügen und Fake News? Trump bediente den teils offenen, teils versteckten Rassismus seiner Wähler, ihre Überfremdungs- und Statusängste, ihre Verbitterung über die traditionellen Eliten und das aus ihrer Sicht korrupte politische System. Er bediente ihren Hang zu einfachen und, wenn es sein muss, auch gewalttätigen Lösungen. Er bot sich als Führer an, der innen- und außenpolitisch auf den Tisch haut, die »wahren« Interessen des Volkes versteht und es in das Gelobte Land führt. Auf einer Wahlkampfveranstaltung wurde ein Anhänger Trumps gefragt, warum er diesen Präsidenten unterstütze. Seine schlichte Antwort: »Er redet wie wir« (»Because he talks like us«).

Wenn drei Wählergruppen idealtypisch herausgehoben werden, 1. die Gläubigen, 2. die Armen, Unterprivilegierten und Entrechteten und 3. die Reichen, muss zugleich hinzugefügt werden, dass sich Teile dieser Gruppen auch bei den Demokraten oder den Nichtwählern finden.

Die erste Gruppe sind die Evangelikalen. Über ein Drittel der Amerikaner, das heißt über 100 Millionen, werden zu den protestantischen Evangelikalen gerechnet, die den alten protestantischen Kirchen zunehmend das Wasser abgraben. Die Evangelikalen sind Fundamentalisten in dem Sinne, dass sie ihren Glauben allein auf die wortgetreue Auslegung der Bibel als Wort Gottes stützen. Die 2000 Jahre Interpretationsgeschichte einbeziehende Überzeugung vieler Protestanten, dass die Bibel Gottes Wort in Menschenwort sei, können sie nicht teilen. Sie stehen mit der liberalen Tradition Amerikas auf Kriegsfuß, sie verteufeln, im wahrsten Sinne des Wortes, Scheidung, Ehebruch, Abtreibung und Homosexualität, sie kämpfen deshalb gegen die rechtliche Trennung von Staat und Kirche, einen Eckpfeiler der amerikanischen Verfassung. Alle von den Fundamentalisten geförderten Initiativen in der Justiz-, Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik sind diesen Zielen untergeordnet. Als christliche Zionisten unterstützen sie außerdem Israel aus theologischen Gründen bedingungslos.

Trump hat die Evangelikalen mehr durch Zufall im Wahlkampf entdeckt. Er war verblüfft, dass seine republikanischen Konkurrenten immer Gott an ihrer Seite wussten. Deshalb lud er die Führer der wichtigsten evangelikalen Religionsgemeinschaften in den Trump-Tower in New York ein und versprach ihnen, alle ihre Wünsche zu erfüllen, auch personell. Um dieser Versprechungen willen haben sie die nicht sehr christlichen Charaktereigenschaften des Präsidenten ignoriert. In der Tat ernannte er Mike Pence, einen fanatischen Evangelikalen, zum Vizepräsidenten; und er hielt, wie von den Evangelikalen erwünscht, eisern an der Wahl eines konservativen Bundesrichters fest, nämlich Brett Kavanaugh. Auch Außenminister Pompeo und Justizminister Barr waren Evangelikale. Als sie seine christliche Glaubwürdigkeit prüfen wollten, log er natürlich über seinen angeblich regelmäßigen Kirchenbesuch. Als sie ihn nach dem Abendmahl fragten, erinnerte er sich daran, »drinking my little wine and having my little cracker«.<sup>69</sup>

<sup>69</sup> John Fea, *Believe Me. The Evangelical Road to Donald Trump*, Grand Rapids 2018, S. 3; vgl. Philip Gorski, *Am Scheideweg. Amerikas Christen und die Demokratie vor und nach Trump*, Freiburg in Breisgau, 2020 (aus dem Amerikanischen).

Die zweite große Gruppe ist die weiße Unterklasse und untere Mittelklasse, obwohl man hinzufügen muss, dass ein Viertel der Wähler Trumps nicht weiß waren.<sup>70</sup> Sie sind Opfer der enormen sozialen und politischen Ungleichheit im Lande. 33 Prozent der sogenannten »blue collar worker«, das heißt der Menschen ohne College-Abschluss, sind weiß. Diese Schicht lebt oft in äußerst prekären Verhältnissen, immer am Rande des Absturzes. 60 Prozent der Amerikaner leben von Lohnüberweisung zu Lohnüberweisung. Ein einziges Ausbleiben der monatlichen Zahlung kann sie in eine soziale Katastrophe stürzen. Auch im Hinblick auf die Quote der Beschäftigten ist die Statistik von geringer Aussagekraft, das Gleiche gilt für das Durchschnittseinkommen. Das liegt statistisch bei 75.000 Dollar jährlich. Die 122 Millionen Amerikaner am unteren Ende der Einkommenspyramide (die unteren 40 Prozent) aber verdienen durchschnittlich nur 18.500 Dollar jährlich. Sie machen für die krasse Ungleichverteilung in den USA und ihre prekäre Situation nicht in erster Linie das amerikanische ökonomische und kulturelle System verantwortlich, wie linke Demokraten, sie fühlen sich als Opfer der Globalisierung und finsterner, fremder Mächte.

Die Einkommensungleichheit wird noch verschärft durch ein regressives Steuersystem. Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung müssen auf ihr Einkommen am Rande des Existenzminimums noch 25 Prozent Steuern bezahlen, die untere mittlere Schicht 28 Prozent, die Reichen nur ganz wenig mehr. Für die reichsten 400 Milliarden fällt der Steuersatz dann wieder auf 23 Prozent. Im Ergebnis bedeutet das, dass die »Trumps« »Zuckerbergs« und »Buffets« einen niedrigeren Steuersatz haben als ihre Sekretärinnen. Zum ersten Mal seit über einem Jahrhundert gibt es dieses Missverhältnis zwischen den Milliardären und ihren Sekretärinnen.<sup>71</sup>

Ihre Kinder haben keine Chance, eine gute Ausbildung zu bezahlen. Die amerikanischen Studenten sind höher verschuldet als alle Hausbesitzer. Die Krankenversicherung, wenn sie überhaupt eine besitzen, wird sehr schnell zum Schweizer Käse. Der epidemische Drogen- und Opiumverbrauch in den USA hängt auch damit zusammen, dass diese Unterklasse, aus der gesetzlich vorgeschriebenen Notaufnahme entlassen, nur für wenige Tage schmerzlindernde Tabletten bekommen, dann müssen sie sich Drogen auf dem Markt besorgen. Sie sind deshalb immer auf der Suche nach Sündenböcken und nach einem »Führer«, der sie endlich aus der Misere befreit. Und das versprach ihnen Trump. Trump lieferte ihnen in brutaler Sprache und in miserablen Englisch die Sündenböcke: Die Nationen, die auf Kosten der USA ihre unfairen Handelsprofite machen; die Einwanderer und Flüchtlinge, die die Jobs wegnehmen. Seine Reden sind, wie gesagt, gespickt mit rassistischen Anspielungen, besonders, aber nicht nur, gegen die Afroamerikaner. Er instrumentalisiert geschickt die Ursünde Amerikas, den Rassismus.

Die dritte Gruppe der Trump-Anhänger sind reiche Amerikaner, die von der Geld- und Kreditschwemme ebenso profitieren wie von der Steuerpolitik der Republikaner. Sie folgen in erster Linie weiter ihren Interessen, sie hatten die Wahlkampfkasse

<sup>70</sup> Vgl. Charles M. Blow, *The Devil You Know. A Black Power Manifesto*, New York 2021, S. 212.

<sup>71</sup> Vgl. Emmanuel Saez, Gabriel Zucman, *The Triumph of Injustice. How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay*, New York 2019.

Trumps für die Präsidentenwahl 2016 und 2020 prall gefüllt. Die Lebenswirklichkeit der 24,8 Millionen Golfspieler in den USA im Jahre 2020 (davon 6 Millionen Frauen) auf 14.100 Golfplätzen zum Beispiel unterscheidet sich fundamental von der Wirklichkeit der armen ländlichen und städtischen Bevölkerung. In diesen Bastionen der Republikaner sind die meisten Golfer felsenfest davon überzeugt, dass sie Kraft eigener Leistung und harter Arbeit ihren Wohlstand selbst verdient haben. Ihre einzige Dauerklage sind zu hohe Steuern. Sie haben alle vergessen, dass sie 1960 noch knapp 60 Prozent Steuern bezahlt haben. Nur in diesem Milieu verbringt Trump seine – außerordentlich großzügig bemessene – Freizeit. Ihren Beitrag zum Gemeinwohl wollen sie auf keinen Fall über einen aktiven Staat und Steuern leisten, sondern durch freiwillige Mildtätigkeit (*charity*). Unter den großen amerikanischen Mäzenen ist ein Distinktionsgewinn ohnehin nicht mehr allein durch die Größe des verdienten, sondern ebenso des gespendeten Geldes zu erreichen. Für viele religiöse Republikaner verpflichtet der weltliche Erfolg zu Mildtätigkeit, der immer noch als ein Zeichen göttlicher Gnadenwahl gedeutet werden kann (Max Weber). Bekannt ist die Aussage eines der größten Stifter aller Zeiten, Andrew Carnegie, der der Schande entgehen wollte, reich zu sterben.

Die amerikanischen Mäzene stehen in vieler Hinsicht in der Tradition der größten Stifterpersönlichkeit der Frühen Neuzeit, Jakob Fuggers, eines Bankiers und Unternehmers aus Augsburg, eines Global Players seiner Zeit, der mit Papst und Kaiser auf Augenhöhe verkehrte und auf dem Höhepunkt seines europäischen Einflusses 1519 mit seinen Brüdern eine völlig neue, bürgerliche Armeneinrichtung stiftete, die bis heute bestehende »Fuggerei«. Die Fugger waren, wie heute die Amerikaner, immer auf der Suche nach »den fleißigen, doch armen Mitbürgern«. Auf keinen Fall durfte die Mildtätigkeit bei Faulenzern, Trunkenbolden, Dieben und Gewalttätern landen. Dieser bürgerliche Geist der freiwilligen Mildtätigkeit zwischen Markt und Staat ist auch die Grundlage für die weltweiten, von den USA gegründeten »Service Clubs« (*We Serve*) wie Lions und Rotary, die Soroptimisten und Zontas. Im Schnitt spenden die Amerikaner pro Person sieben Mal so viel wie die Deutschen.<sup>72</sup> Inzwischen hat sich dank der Blasen auf den Finanz- und Kapitalmärkten so viel wirtschaftliche Macht bei den großen Stiftern angehäuft, dass diese selbst Menschheitsprobleme lösen wollen, die die verschuldeten Staaten und internationalen Hilfsorganisationen nicht bewältigen können. Ein prominentes Beispiel sind Bill und Melinda Gates, die Armut, Krankheiten und Ungleichheit in der Welt bekämpfen.

Die Demokraten dagegen hatten größere Mühe, ihre Kasse für die Vorwahlen und Wahlen zu füllen. Es gibt nur vergleichsweise wenige reiche Amerikaner, die traditionell die Demokratische Partei unterstützen. Viele von ihnen waren zutiefst besorgt, dass die Partei einen Linken oder eine Linke zum Präsidentschaftskandidaten

72 Statista Research Department, Vergleich des Spendenvolumens in Deutschland und den USA (in Euro pro Einwohner pro Jahr), Statista 2009, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/371777/umfrage/spenden---vergleich-des-spendenvolumens-in-deutschland-und-den-usa/> (29.3.2021). Vgl. Detlef Junker, Stiftung und Mäzene in geschichtlicher Perspektive – eine nichtgehaltene Laudatio auf Manfred Lautenschläger, in Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Festschrift zum 70. Geburtstag, Heidelberg, o.J., S. 68–72.



ernennen könnte, den bzw. die sie alle für Sozialisten oder Kommunisten halten. Denn eine soziale Marktwirtschaft im europäischen Sinn ist auch für reiche Demokraten nicht vorstellbar. Auch sie sind von der uramerikanischen Überzeugung geprägt, dass die beste Regierung keine Regierung sei.

Wenn man die am Rande des Existenzminimums lebende und oft in die Illegalität abgedriftete Unterschicht mit den auf Steuervermeidung fixierten Reichen vergleicht, scheint Hegels Erkenntnis über den »armen« und den »reichen« Pöbel als größte strukturelle Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaft in der Neuen Welt Anschauung und Nahrung zu finden. Beim armen und beim reichen Pöbel gäbe es ein gestörtes Rechtsverständnis.<sup>73</sup>

\*

Aufmüpfige Republikaner hat Trump weitgehend in der Tasche. Er drohte und droht Abgeordneten und Senatoren, in ihren Wahlkreisen seine Anhänger gegen sie zu mobilisieren. Deshalb ist die Republikanische Partei ein Schatten ihrer selbst geworden. Die große Frage ist, durch welche Taten Trump ihre Loyalität überhaupt verlieren könnte. Durch Amtsenthebungsverfahren und einen Sturm auf das Kapitol offensichtlich nicht.

Einen fast bodenlosen Hass hegt Trump gegen seinen Vorgänger Barack Obama. Der intelligente und charismatische Obama ist für den Rassisten Trump eine lebende Provokation. Trump hatte nach der Wahl Obamas geholfen, eine Verschwörungstheorie in die Welt zu setzen, wonach Obama nicht in den USA geboren und deshalb kein rechtmäßiger Präsident der USA sei (*birtherism*). Obama hielt diese Verschwörungstheorie zunächst für zu absurd, um dazu Stellung zu nehmen. Erst als diese Theorie immer populärer wurde, ließ er eine Bestätigung seiner Geburt (*Certification of Live Birth*) veröffentlichen, wonach er am 4. August 1961 in Honolulu auf Hawaii geboren wurde.

Dann aber nutzte Obama am 1. Mai 2011 ein gesellschaftliches Großereignis in Washington D. C., um Trump zu demütigen und ihn der Lächerlichkeit preiszugeben, was Trump nie verwinden konnte. Die beim Weißen Haus akkreditierten Journalisten luden jährlich – bis zum Ende der Amtszeit Obamas – den jeweiligen Präsidenten und eine ausgewählte Öffentlichkeit von bis zu 2000 Personen zu einem Dinner ein, um sich gegenseitig mit Kritik, Witz, Satire und Humor zu bespiegeln. Wie alle Gesellschaften dieser Art war auch dieses Dinner eine kollektive Selbstbedeutungszusprechung – man gehörte eben dazu. Donald Trump und seine Frau Melania waren an den Tisch der Washington Post gebeten worden. Präsident Obama erfüllte seine Rolle blendend, mit Selbstironie, Witz, feinen Anspielungen und ausgewählten Lobpreisungen (während zeitgleich die Vorbereitungen zur Tötung Bin Ladens am nächsten Tag liefen). Obama kündigte an, dass der Staat nun seine Geburtsurkunde in Langform veröffentlichen würde, er selbst das offizielle Video seiner Geburt. Dann begrüßte

---

<sup>73</sup> Vgl. Klaus Vieweg, Hegel. Der Philosoph der Freiheit, München 2. Aufl. 2020, S. 513, 768; vgl. Jürgen Kaube, Hegels Welt, Berlin 2020.

er einen der geistigen Väter der Verschwörungstheorie, Donald Trump. Niemand sei jetzt glücklicher als Trump, der die Geschichte mit der Geburtsurkunde nun zu Grabe tragen könne, um sich einer neuen Aufgabe zu widmen, nämlich dem Beweis, dass die Mondlandung eine »Fake News« gewesen sei. Der Saal bebte vor Gelächter, der tief gedemütigte Trump verließ die Veranstaltung, um dort nie wieder zu erscheinen.

Allerdings wird ihm berichtet worden sein, dass Obama bei seinem letzten Korrespondenten-Dinner am 1. Mai 2016, mitten im Wahlkampf, erneut gegen ihn ausholte. Er müsse unbedingt noch einmal über Trump sprechen, obwohl er sich verletzt fühle, weil dieser nicht erschienen sei. Was mache Trump wohl zurzeit? Ein Trump-Steak essen oder Angela Merkel über Twitter beleidigen? Das Establishment der Republikanischen Partei sei geschockt, weil Trump keine Erfahrung in der Außenpolitik habe. Dazu müsse er aber in aller Fairness sagen, dass Trump sich mit führenden Persönlichkeiten der Welt getroffen habe: Miss Sweden, Miss Argentina und Miss Azerbaijan. Auf einem Feld aber sei Trumps Erfahrung unbezahlbar, beim Schließen von Guantanamo (dem U.S.-Hochsicherheitsgefängnis für Terroristen auf Kuba). Trump habe doch Erfahrung darin, Seegrundstücke in den Ruin zu treiben.<sup>74</sup>

Trump's Hass auf Obama, eine Konstante seiner ganzen Amtszeit, hat eine Wurzel auch in den Demütigungen durch Obama vor der gesellschaftlichen Elite Washingtons, die ihn ohnehin verachtete, weil sie auf diesen ordinären, prunksüchtigen und lügenhaften Neureichen herabschaute. Trump ist nie in der New Yorker und Washingtoner Gesellschaft angekommen, neben Steuervermeidung ein wichtiger Grund, dass er sich nach Florida zurückzog, wo er sich, wie einst Napoleon auf Elba, auf eine Rückkehr an die Macht vorbereitet.

## **Donald Trump und die Zerstörung der amerikanischen Weltführungsrolle**

Während Donald Trump die USA in der Innenpolitik in eine Vor-Bürgerkriegssituation trieb und die Spaltung der Gesellschaft vertiefte, ruinierte er die Stellung der USA in der Weltpolitik in atemberaubender Geschwindigkeit. Die globale Entgrenzung des nationalen Interesses der USA, die große Konstante der US-Außenpolitik seit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, die unteilbare Sicherheit, den unteilbaren Weltmarkt und die unteilbare Freiheit konnte er nicht einmal denken. Die USA blieben zwar in der Präsidentschaft militärisch und wirtschaftlich in der Welt präsent, aber zu irgendeiner Art von »Weltpolitik« war Trump unfähig. Vier Jahre lang produzierte Trump Chaos in der amerikanischen Außenpolitik unter dem Stichwort »America First«.

<sup>74</sup> Barack Obama, The President's Speech, White House Correspondents' Dinner, 1.5.2011, <https://obamawhitehouse.archives.gov/blog/2011/05/01/president-s-speech-white-house-correspondents-dinner> (25.3.2021); ders., »The President's Speech«, White House Correspondents' Dinner 1.5.2016, <https://time.com/4313618/white-house-correspondents-dinner-2016-president-obama-jokes-transcript-full/> (25.3.2021).

Das lag nicht nur an seinem Narzissmus, sondern auch an seiner völligen Unfähigkeit, die Außenwelt, das heißt die anderen Staaten, Gesellschaften und internationalen Organisationen in ihrer Eigenart überhaupt wahrzunehmen. Er übertrug seine Erfahrungen aus der Immobilienbranche und dem U.S.-Showbusiness auf die Welt und begegnete immer nur sich selbst. Zugleich beraubte er durch seine Personalpolitik die Ministerien und Institutionen der Globalmacht USA ihres Wissens über die Welt. Das galt für das Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium, für den nationalen Sicherheitsrat, für die US-Botschaften und Konsulate, auch für die Vertretung der USA in den globalen Organisationen. Trumps Einzug ins Weiße Haus bedeutete auch für die US-Außenpolitik eine feindliche Übernahme durch die »Trump Enterprises«.

In der Außenpolitik müsse er sich, so Trump, von niemandem belehren lassen, außer von seinem Bauchgefühl. Desillusionierte Mitarbeiter beklagten, dass er auch in der Außenpolitik nur die Aufmerksamkeitsspanne eines 13-Jährigen habe. Seine viel beschriebene »America First«-Strategie war nichts anderes als die Übertragung seiner sozialdarwinistischen Erfahrungen in der gnadenlosen New Yorker Immobilienszene auf die Weltpolitik. Es ging ihm nie um »America First«, sondern um »Trump First«. Weil er die Welt nicht kannte, nahm er sie als feindliche Außenwelt wahr, die die Amerikaner, wenn er nicht aufpasste, weiter betrügen und ruinieren würde. »Mein Job ist nicht, die Welt zu repräsentieren, mein Job ist, die Vereinigten Staaten zu repräsentieren«, so verkündete er am 1. März 2017 in seiner ersten Botschaft an den Kongress.<sup>75</sup> Das erste hat nie ein US-Präsident von sich behauptet, das zweite ist eine Selbstverständlichkeit, nämlich die Aufgabe seines Amtes. Die Absicht dieser sinnfreien Gegenüberstellung war die Unterstellung, dass sein Vorgänger Obama nicht die Interessen der USA vertreten habe und ein vaterlandsloser Geselle gewesen sei. Der zweite Teil seiner Botschaft an den Kongress war eine brutale Abrechnung mit der Politik seines Vorgängers.

Ein neues Kapitel amerikanischer Größe, so Trump, werde beginnen, die Fehler der letzten Jahrzehnte dürften nicht die Zukunft des Landes bestimmen. Die USA hätten ein globales Projekt nach dem anderen begonnen, aber das Schicksal der Kinder in den Innenstädten von Chicago, Baltimore und Detroit ignoriert; die USA hätten die Grenzen anderer Staaten geschützt, aber die eigenen Grenzen für jedermann weit geöffnet; die USA hätten Milliarden jenseits der Meere (»overseas«) ausgegeben, während die Infrastruktur zu Hause zusammengebrochen sei; aber dann, im Jahre 2016 (mit seiner Wahl) habe sich die Erde unter den Füßen der Amerikaner bewegt, Millionen von Amerikanern seien erwacht, vereint in der sehr einfachen, aber entscheidenden Forderung, dass Amerika seine eigenen Bürger an die erste Stelle treten lassen müsse, nur dann könne Amerika wirklich zu neuer Größe geführt werden (»Truly Make America Great Again«). Um dieses Leitmotiv gruppierte Trump seine innen- und außenpolitischen Forderungen. In der Innenpolitik präsentierte er eine Wundertüte, deren Inhalt die USA wieder großartig machen werde, um das Land in

<sup>75</sup> Donald Trump, Remarks by President Trump in Joint Address to Congress, 28.2.2017, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-joint-address-congress/> (29.3.2021).

neun Jahren – bei seiner 250-Jahr-Feier im Jahr 2026 – in neuem Glanz erstrahlen zu lassen.

Zu seinen wichtigsten innenpolitischen Forderungen gehörte die Abschaffung von Obamas Gesundheitsreform Obamacare, die Reduzierung von Gewalt und Kriminalität, das Ende der Korruption, die Senkung von Steuern, eine Teil-Privatisierung des Schulsystems, die Verstärkung der Polizei, das Ende vieler unnötiger Umweltauflagen und der Bau neuer Öl-Pipelines. Er versprach, den »Export von Arbeitsplätzen und des amerikanischen Wohlstands« in das Ausland zu stoppen, das von Obama ausgehandelte Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) aufzukündigen, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, um Einwanderer und Terroristen, besonders aus muslimischen Ländern, zu stoppen. Die Entscheidung, China 2001 in die WTO aufzunehmen, habe die USA 60.000 Fabriken gekostet. Auch an die zukünftige Außenpolitik im Allgemeinen heftete er ein Preisschild. Die USA würden sich in der Welt nur »direkt, robust und nachhaltig« engagieren, wenn die Partner in der NATO, im Mittleren Osten und im Pazifik ihren »fairen Anteil an den Kosten tragen würden«. Trumps in Jahrzehnten gewachsene Obsession, dass der Rest der Welt auf Kosten der USA trittbrettfahre, war ein Leitmotiv seiner ersten Botschaft an den Kongress.

Was bei Donald Trump vom ersten Tag an fehlte, war ein Wissen um und Verständnis für die amerikanische Sendungsidee der Freiheit, von der Unterstützung von Menschenrechten irgendwo auf der Welt ganz zu schweigen. Dieser Aspekt des »liberalen Internationalismus« gehörte nicht zu seinem sozialdarwinistischen Menschenbild. Im Verhältnis zur Rhetorik seines Vorgängers Barack Obama, ja fast aller Präsidenten im 20. und 21. Jahrhundert, hatte die Außenpolitik Trumps keine ideelle, freiheitliche Dimension. Die amerikanische Sendungsidee war in seiner Präsidentschaft nirgends auf der Welt mehr präsent.

Auch von der globalen amerikanischen Sicherheitspolitik, der unteilbaren Sicherheit, hatte Trump keine Ahnung, wie Verteidigungsminister James Mattis, Außenminister Rex Tillerson und viele andere inner- und außerhalb des Kabinetts schon in den ersten Monaten seiner Amtszeit mit Entsetzen feststellen mussten. Trump hatte keine Geschichtskennntnisse und große Probleme mit der Weltkarte. Von den Grundlagen amerikanischer Weltpolitik nach 1945, den US-Bündnissystemen und der globalen militärischen Präsenz der US-Streitkräfte wusste er kaum etwas. Er hatte auch in der Weltpolitik nur »Bauchgefühle«; wenn seine spontanen »Einfälle« kritisiert wurden, verfiel er in Wutanfälle. Offensichtlich waren für ihn die weltweite militärische Präsenz, die Basen und Allianzen reine Geldverschwendung; auch deshalb, weil die Verbündeten als Trittbrettfahrer der amerikanischen Großzügigkeit zu wenig zahlten. Wenn man überhaupt an den Bündnissen festhalte, dann sollten alle mehr dafür bezahlen, um den Betrug an den USA zu stoppen. Während er schnell versuchte, gute Beziehungen zu Diktatoren und autoritären Regimen aufzubauen, um einen »Deal« von Führer zu Führer einzufädeln, stellte er nicht nur den Sinn der NATO infrage, sondern war auch geneigt, US-Truppen aus Südkorea und Afghanistan abzuziehen.

Die aufs höchste alarmierten Militärs und Minister hatten eine rettende Idee, nämlich Trump in das Allerheiligste des Pentagons einzuladen, den legendären Raum 2E924, genannt »Der Tank«, in dem die hohe Generalität den Ton angibt und

Strategien zu Krieg und Frieden entwickelt und visualisiert. Verteidigungsminister James Mattis, Außenminister Rex Tillerson sowie Gary Cohn, der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates, und andere hofften, den Präsidenten mit Präsentationen, Karten, Diagrammen und Reden zu überzeugen. Um seine Aufmerksamkeit zu erregen, wurde in viele Dokumente einfach der Name Donald Trump hineingeschrieben. Diese Sitzung wurde in jeder Hinsicht eine Katastrophe.<sup>76</sup> Schon der erste Satz auf dem Bildschirm verkündete genau das, was Trump zutiefst hasste: »Die regelbegründete Nachkriegsweltordnung ist das größte Geschenk der größten Generation.« Unter der »größten Generation« werden in den USA gern die Sieger des Zweiten Weltkriegs verstanden. General Mattis hielt überdies einen Vortrag über die bedeutende Rolle der NATO für die Stabilisierung Europas, was wiederum der Sicherheit der USA diene. Steve Bannon, damals noch ein wichtiger Berater Trumps, Einflüsterer, Lenin-Bewunderer und ebenfalls »großer Ruinierer«, schwante schon nach den ersten Sätzen Unheil. Das gehe schief. Trump wäre nicht einmal im Stande, den Begriff »regelbegründete Nachkriegsweltordnung« zu sagen, wenn sein Leben davon abhänge. So denke er einfach nicht.

Eineinhalb Stunden wurde Trump nicht nur über die globale Sicherheitslage informiert, sondern auch über den Nutzen des Freihandels. Trump, wie immer von einer kurzen Aufmerksamkeitsspanne geplagt, reagierte zusehends genervt, unterbrach, wann es ihm gerade einfiel, und gab sein Weltbild zu Protokoll, wonach er während seiner Präsidentschaft tatsächlich handelte. Den Staatsmännern und Politikern in der Welt wären viele Enttäuschungen erspart geblieben, wenn das Protokoll dieser Sitzung ihnen am Anfang der Amtszeit Trumps zugänglich gemacht worden wäre.

Um nur einige der wichtigsten Positionen von Trump zu nennen: Südkorea solle das von den USA entwickelte Raketenverteidigungssystem selbst bezahlen, obwohl es ballistische Raketen aus Nordkorea abschießen sollte, um Südkorea *und* die US-Streitkräfte zu schützen. Außerdem könne er die Bedrohung durch nordkoreanische Atomraketen ganz einfach durch ein Abkommen mit dem Diktator Kim Jong-un aus der Welt schaffen: »Hier geht es doch bloß um Führer gegen Führer. Mann gegen Mann. Ich gegen Kim.« Auch die NATO sei wertlos. Die NATO-Staaten schuldeten den USA haufenweise Geld. Dies sei einfach ein »Zahlungsrückstand«, den die USA nicht eintrieben. Wenn ein Unternehmen so geführt würde, wäre es längst bankrott. Daraufhin wagte General Mattis sogar, seinem Präsidenten zu widersprechen. Die NATO-Partner schuldeten den USA keine »Miete«. Die Verhältnisse seien kompliziert. Vor allem müsse der Präsident den großen Zusammenhang sehen, denn die NATO schütze nicht nur Westeuropa, sondern auch die USA. Dann versuchte Cohn, Präsident Trump den Wert von Handelsverträgen zu erläutern. Trump bestritt alle Argumente Cohns und erklärte, er solle ihm nur nicht mit Freihandel kommen. Das laufe total schief. »Die beschießen uns. Alle Arbeitsplätze sind weg. Die beschießen uns.« Trump wiederholte auch die Drohung, das Atomabkommen mit dem Iran

<sup>76</sup> Das mehrfach dokumentierte Treffen ist am ausführlichsten dargestellt in Philip Rucker, Carol Leonnig, Trump gegen die Demokratie. »A very stable genius«, Frankfurt 2020 (aus dem Amerikanischen), Kapitel 9; vgl. auch Bob Woodward, Furcht: Trump im Weißen Haus, Reinbek 2018 (aus dem Amerikanischen); ders., Rage, London 2020.

aufzukündigen. Das sei der schlechteste Deal aller Zeiten. Die Iraner würden betrügen und Atombomben bauen. Schließlich griff Trump die Militärs auch persönlich an. Er verlange eine Erklärung, warum die USA den Krieg in Afghanistan nach 16 Jahren noch immer nicht gewonnen hätten. Das sei ein »Verliererkrieg«. Er redete sich in Rage und sagte den anwesenden Militärs: »Ihr seid alle Verlierer. Ihr wisst gar nicht mehr, wie man gewinnt.« Er brüllte die versammelten Militärs an und holte zu einer unerhörten Beleidigung aller Menschen im Raum aus: »Ihr seid nichts als Weicheier und Babys.« Das mussten sich die Militärs, die in ihrer langen Karriere mehrfach ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, von einem Drückeberger sagen lassen, dem ein befreundeter Arzt bescheinigt hatte, er habe Knochensporne an beiden Fersen und könne deshalb keinen Militärdienst in Vietnam leisten.

Keiner der anwesenden Militärs hatte den Mut, Trump direkt zu widersprechen, auch nicht Vizepräsident Mike Pence, der kreidebleich festsaß, wie ein »Reh im Scheinwerferlicht«. Nur Außenminister Rex Tillerson, der langjährige Vorstandsvorsitzende von ExxonMobil, wagte Trump zu kritisieren und leitete damit das Ende seiner kurzen Amtszeit als US-Außenminister ein. Was der Präsident sage, sei nicht richtig, er liege völlig falsch. »Die Männer und Frauen, die sich entscheiden, Soldaten zu werden, tun dies nicht, um Söldner zu werden. Das ist nicht der Grund, warum sie Uniformen anziehen und ihr Leben riskieren ... Sie tun das, um unsere Freiheit zu verteidigen.« Als Präsident Donald Trump mit seiner Wagenkolonne verschwunden war, hielt Tillerson mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg: »Er ist ein verdammter Vollidiot (fucking moron).«

Dieser »verdammte Vollidiot« griff überall in der Welt »von Führer zu Führer« in die US-Sicherheitspolitik ein, obwohl er vermutlich nicht ein einziges Memorandum zur Sicherheitspolitik gelesen hat. Gelegentlich wurden Versatzstücke dieser Memoranden von seinem Apparat in seine Reden hineingeschmuggelt. Man konnte aber nie wissen, wie weit diese Elemente seine eigenen, flüchtigen Ansichten widerspiegelten. Das gilt zum Beispiel für seine Rede vor den Vereinten Nationen am 9. September 2017, als er das brutale und terroristische Regime Nordkoreas zu einer Bande von Kriminellen und zu einer Geißel der Menschheit erklärte.<sup>77</sup> Er habe möglicherweise keine Wahl, als Nordkorea völlig zu zerstören. Über den Diktator Kim Jong-un sagte er: »Rocket Man is on a suicide mission for himself and for his regime.« Die Denuklearisierung Nordkoreas sei der einzig gangbare Ausweg. Vor ähnlichen Entscheidungen stehe er nicht nur in Nordkorea, sondern auch gegenüber dem Iran, den vielen terroristischen Organisationen und dem kriminellen Regime von Baschar Hafiz al-Assad.

Trump war überzeugt, dass er die meisten dieser Probleme von »Führer zu Führer« lösen könne, mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un, dem russischen Präsidenten und Diktator Putin, dem chinesischen Diktator Xi Jinping und dem türkischen Alleinherrscher Erdogan. Ein Schlüsselproblem der NATO lag für ihn auch darin, dass er keinen »Führer« der NATO fand – das wäre er eigentlich selbst – und

<sup>77</sup> Vgl. Politico, Full text: Trump's 2017 U.N. speech transcript, 19.9.2017, <https://www.politico.com/story/2017/09/19/trump-un-speech-2017-full-text-transcript-242879> (6.4.2021).

deshalb je nach Gelegenheit unterschiedliche Staatschefs beleidigen musste, etwa Emmanuel Macron oder Angela Merkel. Der diplomatische NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg konnte immer ein wenig Mäßigung in Trumps eitle Adern träufeln. Ein besonderes Beispiel seines Umgangs mit anderen »Führern« war sein Verhältnis zu Kim Jong-un. Trotz seiner frontalen Attacke auf Nordkorea vor den Vereinten Nationen war Trump davon überzeugt, dass er das überragende Sicherheitsproblem der USA im Pazifik, das Atom- und Raketenprogramm Nordkoreas, im persönlichen Gespräch entschärfen könne. Durch einen »Deal« mit Kim wollte er Obama übertreffen und einen – wirklich verdienten – Friedensnobelpreis erhalten.

Nordkorea hatte schon Mitte der 1960er-Jahre begonnen, ein Nuklearprogramm zu entwickeln. Obwohl das Land 1985 dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) beigetreten war, hatte es weiterhin kontinuierlich an der Verbesserung seines Nuklearprogramms gearbeitet, 2003 trat es aus dem NVV wieder aus.<sup>78</sup> Das Nuklearprogramm sollte das Überleben der Kim-Dynastie sichern. Nur wer zu einem atomaren Vergeltungsschlag fähig sei, werde von den USA nicht angegriffen. Die Schicksale des Syriers Baschar Hafiz al-Assad und des Libyers Muammar al-Gaddafi waren aus der Perspektive Kims abschreckende Beispiele. Außerdem erhöht der Status einer Atommacht das Prestige und die politischen Optionen Nordkoreas, insbesondere das Erpressungspotenzial des Landes gegenüber den amerikanischen Verbündeten Japan und Südkorea. Auch die strategischen Interessen Chinas sind von diesem Programm existenziell betroffen.

Keinem Präsidenten vor Trump war es gelungen, das Problem der Nuklearmacht Nordkoreas zu lösen. Trump wollte es jetzt auf spektakuläre Weise in persönlichen Gesprächen schaffen. Damit gab er einem der blutrünstigsten Diktatoren einen Platz auf der Weltbühne, von dem sein Vater und Großvater nicht einmal zu träumen gewagt hatten. Trump leugnete nicht, dass Kim gewalttätig und böse sei. Aber, so Trump gegenüber dem Journalisten und Historiker Bob Woodward, Kim erzähle ihm alles, er wisse alles über ihn. Kim habe seinen Onkel getötet und den Kopf abgehackt. Dann habe er dessen toten Körper dort postiert, wo die nordkoreanischen »Senatoren« vorbeilaufen mussten. Der abgehackte Kopf habe auf der Brust gelegen, das sei hart. »Wissen Sie, die Leute denken (ja schon), dass die Politik in diesem Lande (den USA) zu hart sei.«<sup>79</sup>

Um seine Treffen mit Kim in Singapur, Hanoi und auf der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea vorzubereiten, schrieben sich Präsident und Diktator viele Briefe: Kim allein 27 Briefe an Trump, die der Präsident als »Liebesbriefe« bezeichnete, voller schwülstiger Schmeicheleinheiten über ihre einmalige, weltgeschichtliche Größe. Das hinderte Trump aber nicht daran, Kim an das Schicksal Gaddafis zu erinnern, wodurch die Verhandlungen schon vor ihrem Beginn beinahe gescheitert wären. Aber weder Zuckerbrot noch Peitsche halfen, auch der globale Medienrummel, den Trump genoss, lief ins Leere. Kim wich keinen Millimeter von seiner

78 Vgl. Oliver Thränert *Des Kaisers neue Kleider: Trump und Nordkorea*, in: Florian Böller, Christoph M. Haas, Steffen Hagemann, David Sirakov, Sarah Wagner (Hrsg.), *Donald Trump und die Politik in den USA. Eine Zwischenbilanz*, S. 291–306.

79 Bob Woodward, *Rage*, 2020, S. 184.

maximalen Position ab. Trump aber log, wie immer, in einem Tweet am 13. Juni 2018. Es gäbe keine nukleare Bedrohung durch Nordkorea mehr. Obama habe gesagt, dass Nordkorea das größte und gefährlichste Problem der USA sei: »No longer, sleep well tonight«, versicherte er den Amerikanern. Wieder beherrschte eine Präsidentenlüge die Schlagzeilen. Als Trump dann auch noch zum großen Entsetzen der Südkoreaner und der amerikanischen Militärs ankündigte, er persönlich werde die Sicherheit Nordkoreas garantieren und gemeinsame Manöver mit den Südkoreanern beenden, versuchte General Mattis diese Anordnung Trumps mit vielen Tricks zu verwässern. Es kam erneut zu einer typischen Diskussion zwischen Mattis und Trump. Er, Trump, frage sich, warum die USA überall in der Welt die Terroristen bekämpfen. Damit die Terroristen, so die Antwort von Mattis, nicht wieder die USA angriffen. Das bedeutet, so Trump, dass wir die Terroristen »überall in der Welt bekämpfen müssten«. Nein, so Mattis, das bedeute dies nicht.<sup>80</sup>

Dieses Muster der lügengetriebenen und realitätsentleerten »Sicherheitspolitik« zeigte sich bei Trumps Interaktionen mit allen »Führern« der Welt. Er hat nicht ein einziges Sicherheitsproblem der USA auf der Welt gelöst. Abgesehen von seiner Grundüberzeugung, dass die USA überall betrogen würden, gab es in seiner Amtszeit keine erkennbare und durchgehaltene Definition des außenpolitischen Interesses der USA, obwohl er die Leerformel von den »wahren Interessen« ständig im Munde führte. Selbst das Wort »Isolationismus« hatte in seiner Amtszeit keinen geopolitischen Sinn – ganz im Gegenteil etwas zu den Isolationisten in den 30er-Jahren, die das vitale Interesse der USA auf die westliche Hemisphäre, den halben Atlantik und den halben Pazifik begrenzen wollten.<sup>81</sup> Trump dagegen intervenierte, wo es ihm gerade einfiel. Es ist sinnlos, ihm die »Grand Strategy« eines Isolationismus zuzuordnen, er bewegte sich auf der Weltbühne wie ein Elefant im Porzellanladen.

Trump entfremdete die traditionellen Bündnispartner in Europa und Asien, zerstörte die wichtigste Währung in der internationalen Politik, das Vertrauen, zog die USA aus internationalen Abkommen und Organisationen zurück und unterhöhlte damit die Grundlage der amerikanischen Weltführungsrolle; annullierte rachedurstig die Regierungsabkommen, die Obama unterschrieben oder weit vorangebracht hatte, zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen, das Nuklearabkommen mit dem Iran, das transatlantische und transpazifische Handelsabkommen. Er legte die WTO von innen lahm, drohte damit, Artikel 5 der NATO, die automatische Beistandsverpflichtung, zu kündigen und Truppen aus Deutschland abzuziehen. Er lieferte die Kurden der Türkei aus, er ermutigte seinen jüdischen Schwiegersohn Jared Kushner darin, durch den Umzug der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem und andere Maßnahmen die Hoffnung auf eine Lösung des Nahostkonflikts endgültig zu zerstören. Er unterstützte ein Abkommen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Sudan und Marokko, genannt »Abraham-Abkommen«. Dazu wurden alle drei Staaten bestochen: die Emirate mit einem Waffenhandel; Marokko mit dem Versprechen, die Annexion der Westsahara zu unterstützen; der Sudan wurde von der

80 Vgl. ebd., S. 106–111

81 Vgl. die Kapitel 6 bis 8 in diesem Band.



Liste der »Staatsterroristen« genommen. Kushner hielt, ganz in der Tradition seines Schwiegervaters, den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern für ein »reines« Immobilienproblem.<sup>82</sup> Die Konfrontation mit dem Iran hätte in einem Krieg enden können. Auch gegenüber China und Russland entwickelte sich nie eine konstante Strategie. Putin und Xi müssen es als einen Glücksfall der Weltgeschichte angesehen haben, diesen »Vollidioten« im Weißen Haus zu wissen.

Auch für Trump gilt die alte Weisheit: Nur wer das Mögliche denkt, erkennt das Wirkliche. Eine zweite Amtszeit Trumps hätten die NATO und andere internationale Organisationen vermutlich nicht überlebt, die USA wären als militärischer und wirtschaftlicher Anker der Welt ausgefallen, der Einfluss von Diktatoren in Eurasien noch schneller gestiegen. Es ist vorstellbar, dass Trump in einer Situation angenommener Schwäche nukleare Waffen eingesetzt hätte, Europa ohne militärischen Schutz und offene Märkte in eine tiefe Krise geraten wäre. Auch den großen Menschheitsfragen hätte Trump sich in seiner zweiten Amtszeit nicht zugewandt: der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, Überbevölkerung, Korruption, der Gefährdung der Demokratie durch Digitalisierung und Fake News, der Pandemie und last but not least dem Klimawandel.

Wenn jemand einen Weltüberlebensnobelpreis verdient hätte, dann sind es die US-Wähler, die eine zweite Wahl von Donald Trump ganz knapp verhindert haben.

## **Donald Trump und der unteilbare Weltmarkt**

Am stolzesten war Trump auf das, was er für die amerikanische Wirtschaft geleistet hatte. Auf diesem Gebiet fühlte er sich trotz der Achterbahn seines Berufslebens als Fachmann. Er war ja in erster Linie angetreten, um die Welt daran zu hindern, Amerika weiter zu »bescheißen«.

Es gab tatsächlich ein Gebiet, auf dem ihm keiner etwas vormachen konnte, ein Eckpfeiler seines Geschäftsmodells: die Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Neben der Mauer gegen Mexiko und dem Stopp der Einwanderung gab es in keinem anderen Politikfeld eine größere Übereinstimmung zwischen der Republikanischen Partei und ihm als in dem Vorsatz, Steuern zu senken. Er persönlich profitierte von der Steuerreform 2017, die die mittleren Einkommen um bis zu 800 Dollar entlastete, das oberste 1 Prozent aber um das 64-Fache.<sup>83</sup>

Wenn es um die Selbstdarstellung seines wirtschaftlichen Genies ging, ließ Trump sich gern an den steigenden Aktienkursen messen, obwohl man daran zweifeln darf, dass diese Kurse ein Gradmesser für die Gesamtwirtschaft und den Wohlstand aller Bürger sind. Denn in den USA besitzt nur die Hälfte der amerikanischen Familien überhaupt Aktien, das reichste Viertel aber 90 Prozent. Deshalb ist die Entlastung durch die Steuerreform überwiegend nicht in die Entwicklung der Realwirtschaft

82 Vgl. Michelle Goldberg, Kushner's Absurd Peace Plan Has Failed, New York 17.5.2021, <https://www.nytimes.com/2021/05/17/opinion/us-israel-palestine-jared-kushner.html> (21.5.2021).

83 Vgl. Anabelle Körbel, Das Präsidentenduell, in: brand eins, 26.2.2021 <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2021/frei-arbeiten/das-praesidentenduell> (13.4.2021).

oder in die Verbesserung der maroden Infrastruktur gegangen, sondern förderte den Kauf weiterer Aktien durch ohnehin Vermögende.

Auch in einer anderen Einstufung belegt Trump die letzte Stelle, obwohl es unter Wirtschaftswissenschaftlern höchst umstritten ist, ob der Einfluss eines Präsidenten auf das Wachstum der US-Volkswirtschaft überhaupt messbar ist. In einer neuen, vergleichenden Studie der New York Times über das jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts und der Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft von 14 Präsidenten seit Roosevelt im Jahre 1933 bis zur Gegenwart landet Trump überall auf dem letzten Platz, Obama auf dem 10. und 9. Platz. Das Wachstum sei unter den demokratischen Präsidenten seit 1933 im Schnitt um 4,6 Prozent, unter den republikanischen Präsidenten um 2,4 Prozent gestiegen.<sup>84</sup>

In einem anderen Bereich ist Trumps Bilanz bestenfalls gemischt, bei Handelsverträgen und Zöllen. Im Wahlkampf und als Präsident trat er mit großer Rhetorik als Merkantilist auf. Er werde das Handelsbilanzdefizit der USA, besonders gegenüber China und Deutschland, beseitigen, sich notfalls mit Strafzöllen der Währungsmanipulation anderer Länder entgegenstellen und alle »unfairen« Handelsabkommen kündigen, die – *nota bene* – alle von amerikanischen Regierungen und Präsidenten im wohlverstandenen Interesse der USA abgeschlossen worden waren. Trump fand für seine »Voodoo Economics« einen bis dahin unbekanntem Ökonomen, der schon lange Trumps Zorn über die angebliche Ausbeutung der USA geteilt hatte, Peter Navarro. Er hatte 2011 ein Buch »Death by China« veröffentlicht und war davon überzeugt, dass die USA ihre Interessen nicht mehr »auf dem Altar des Welthandels« opfern sollten. Navarro wurde einer von Trumps wichtigsten Einflüsterern. Der Präsident machte Navarro im Weißen Haus zum Direktor eines neu geschaffenen Office of Trade and Manufacturing Policy (OTMP). Navarro wurde in der gesamten Amtszeit Trumps nie gefeuert.

Am dramatischsten entwickelte sich aber in der Amtszeit von Präsident Donald Trump die toxische Kombination von explodierender Geld- und Kreditmenge auf den Kapitalmärkten einerseits und explodierenden Staatsschulden andererseits bei gleichzeitiger, von Trump und den Republikanern forcierter Steuersenkung für die Reichen und Superreichen, die die Steuergeschenke nutzten, um ihr Portfolio an Aktien, Anleihen und spekulativen Finanzprodukten zu erhöhen. Die Zentralbanken der USA, Japans, Großbritanniens und der Europäischen Union, die »Glorreichen Vier« haben seit der großen Finanzkrise 2008 mehr als 13 Billionen Dollar in die Wirtschaft gepumpt, von den »normalen« Banken ganz zu schweigen.<sup>85</sup> Wenn es um Finanzspritzen gehe, werde ihnen die Munition nicht ausgehen, verkündete Jerome Powell, der Vorstand der US Federal Reserve. Er hatte sich vermutlich ein Vorbild an dem in den USA viel bewunderten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, genommen, der schon 2012 versprochen hatte, so viel Schulden zu finanzieren, wie es notwendig sei (»whatever it takes«). Das Zeitalter des »magischen

84 Vgl. David Leonhardt, Yaryna Serkez, A better U.S. economy under Democrats. Annual growth rate from highest to lowest, New York Times, 10.2.2021, S. 8–10.

85 Vgl. Sebastian Mallaby, The Age of Magic Money, July-August 2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-05-29/pandemic-financial-crisis> (21.5.2021).

Geldes« hat begonnen. Auch Finanzminister können die Staaten neu verschulden, wenn sie durch die nationalen Parlamente ermächtigt werden. Für Politiker, die wiedergewählt werden wollen, ist die Versuchung dazu fast unwiderstehlich. Denn sie werden durch den fundamentalen Tauschakt jeder Demokratie – Wahlversprechen gegen Wählerstimmen – immer wieder dazu verführt.

Institutionen in Deutschland wie der Bundesrechnungshof und das Bundesverfassungsgericht, die diesen Schuldenrausch mit wirtschaftlichen und rechtlichen Argumenten eindämmen wollen, gelten in der angelsächsischen Finanzwelt als hoffnungslos altmodisch, als nicht auf der Höhe der Zeit, nur unzureichend vertraut mit den neuesten Finanzprodukten. Als der Verfasser dieser Zeilen einem Banker in New York ähnliche Zweifel vortrug, lächelte er milde und sagte: »Detlef, please, remember we are living in a monied economy«. Die Aktienkurse aller Firmen haben nur noch am Rande etwas mit ihrer tatsächlichen Produktivität zu tun. Sie werden von den Erwartungen der Anleger gesteuert, die von der Finanzblase leben. Die zehn größten Vermögensverwalter kommen alle aus den USA, mit Blackrock und Vanguard an der Spitze.<sup>86</sup>

Die Staatsverschuldung der USA ist in der Zeit von Donald Trump weiter explodiert, von 104 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu Beginn seiner Amtszeit auf 131 Prozent bis zum Ende seiner Amtszeit. Zur Bekämpfung der Corona-Epidemie und seiner volkswirtschaftlichen Folgen wird die Staatsverschuldung in den USA noch einmal dramatisch ansteigen, das gilt auch für die Europäische Zentralbank und die europäischen Staaten. Die US-Zentralbank hat ihre politische Unabhängigkeit schon längst verloren, sie ist nicht nur für »Wall Street«, sondern auch für »Main Street« der Kreditgeber letzter Hand geworden. Der nächste große Crash ist vorprogrammiert. Die Finanzblase kann irgendwann und irgendwo platzen ... und die »Analysten« werden sich noch am Vorabend darüber streiten, warum die Zinsen nicht steigen oder sich darüber wundern, dass beim Anstieg des Leitzinses um 1 Prozent die Börsen in Panik geraten. Selbst renommierte Wirtschaftswissenschaftler warnen: »Der Teufelskreis der gegenseitigen Abhängigkeiten von Banken und Staaten dreht sich zehn Jahre nach Beginn der Eurokrise fröhlich weiter. Die Banken sind dabei, ihre essenzielle Rolle in der Verteilung von Kapital zu verlieren.«<sup>87</sup>

Parallel zur steigenden Verschuldung ist auch unter Trump der amerikanische Einfluss auf die Weltfinanzwirtschaft gestiegen. Fast zwei Drittel der Devisenreserven aller Zentralbanken werden in Dollar gehalten, der chinesische Yuan bringt es nur auf 2 Prozent. Der Dollar bleibt die globale Reservewährung. Sparer überall auf der Welt wollen den Dollar aus dem gleichen Grund, warum Schüler auf der ganzen Welt die englische Sprache lernen: Beides wird überall gebraucht. Die Fähigkeit der USA, sich sicher und billig Geld zu leihen, ist ein Ausdruck der Dollar-Stärke als Reservewährung der Welt. Neben dem Krieg oder der Androhung von Krieg ist deshalb der Dollar die härteste Waffe der amerikanischen Außenpolitik. Das amerikanische Finanzsystem hat heute mehr Macht über Länder und Völker als je zuvor.

86 Vgl. Markus Frühauf, Furcht vor der Macht von Blackrock, in: F.A.Z., 14.4.2021, S. 25.

87 Oliver Bäte, Lars Feld, Was die EZB jetzt tun muss, in: F.A.Z. 20.6.2021, S. 22.

Außerdem werden die digitalen Serviceleistungen der Welt von den wirtschaftlichen Infrastrukturgroßmächten der USA dominiert: Microsoft, Google, Facebook, Apple und Amazon. China, Russland und in bescheidenen Ansätzen Europa versuchen, diesen Vorsprung zu verkürzen.

## Die amerikanisch-deutschen Beziehungen 2009–2021

Die amerikanisch-deutschen Beziehungen von 2009 bis 2021 in den Amtszeiten der Präsidenten Barack Obama und Donald Trump auf der einen Seite, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der anderen Seite des Atlantiks waren in hohem Maße vorgeformt und nachgeprägt durch eine Reihe von weltgeschichtlichen Ereignissen und Entwicklungen vor ihrer Amtszeit: durch das Ende des Kalten Krieges, die Wiedervereinigung Deutschlands, den Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion in den Jahren 1989 bis 1991, durch eine Revolution in Europa; durch die Reaktion der USA auf den Terrorangriff am 11. September 2001, eine halbe Revolution in der US-Weltpolitik, nämlich den Versuch, aus der Weltführungsrolle des Westens im Kalten Krieg in eine globale Weltvorherrschaftsrolle (*primacy*) hineinzuwachsen.<sup>88</sup>

Beide Revolutionen hatten zur Folge, dass für die USA nach zwei Weltkriegen und dem Kalten Weltkrieg die deutsche Frage gelöst war. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 entstand ein Deutschland, wie es sich die USA seit Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 immer gewünscht hatten.<sup>89</sup> Es war kein Zufall, dass die Regierung von Präsident Bush dem Älteren auf westlicher Seite die deutsche Wiedervereinigung möglich machte, die an den Europäern gescheitert wäre. Seitdem spielt Deutschland in der Erinnerungskultur der Amerikaner – neben Japan – eine besondere Rolle, als Paradebeispiel für die weltgeschichtliche Bedeutung der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit. Auf der anderen Seite erwarten die USA seit der Wiedervereinigung, insbesondere nach 9/11, dass Deutschland als »neuer Partner« im Großen und Ganzen den Interessen und Werten der einzig verbliebenen Supermacht der Welt folgt. Die USA definierten auch gegenüber Deutschland ihre Interessen im Rahmen der unteilbaren Sicherheit, des unteilbaren Weltmarkts und der unteilbaren Freiheit. Schon in den 1990er-Jahren, als der Autor dieser Zeilen in Washington D. C. lebte, war die immer wiederkehrende Frage, was die wiedervereinten Deutschen nun für die gemeinsame Sache des Westens tun würden. Die wohlklingende Formel von Bush dem Älteren, dass die beiden Staaten in Zukunft als »Partners in Leadership« zusammenarbeiten sollten, bedeutet aus amerikanischer Sicht allerdings nicht, dass sich zwei Staaten auf »Augenhöhe« gegenüberstehen würden, sondern dass Deutschland insgesamt die amerikanischen Interessen und Werte in Europa und der Welt unterstützen werde. Trotz aller Rhetorik der Freundschaft und Kooperation, die die US-Diplomatie, ganz besonders in der Präsidentschaft Obamas, auf

<sup>88</sup> Vgl. Kapitel 11, 12, 14, 15 in diesem Band; vgl. Till Karmann, Simon Wendt, Tobias Endler, Martin Thunert (Hrsg.), *Zeitenwende 9/11? Eine transatlantische Bilanz*, Opladen 2010; Philipp Gassert, *11. September 2001*, Stuttgart 2021.

<sup>89</sup> Vgl. Kapitel 2 in diesem Band.

allen Kontinenten meisterhaft beherrschte, gab es aus amerikanischer Perspektive in der Realpolitik mit Deutschland keine »Augenhöhe«. Die Weltführungsrolle der USA stand in Washingtons Korridoren der Macht nie infrage. Genau auf dieses Machtgefälle konnte die selbst äußerst machtbewusste deutsche Kanzlerin Angela Merkel sehr empfindlich reagieren. Sie forderte auch gegenüber den USA das, was sie nicht haben konnte: Gleichberechtigung und eine »Begegnung auf Augenhöhe«. Das Gebaren der Globalmacht USA empfand die deutsche Kanzlerin – zu Recht – sehr oft als »Herrschaftsdiplomatie«.<sup>90</sup>

Das vergebliche Anmahnen einer »Augenhöhe« mit den USA hat spätestens seit der Regierungserklärung Gerhard Schröders, des Kanzlers einer rot-grünen Koalition, vom 10.11.1998 Tradition. Er sprach vom »Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlt«<sup>91</sup> – eine schöne Projektion der sozialdemokratischen Idee der Gleichheit auf die Hierarchie der internationalen Machtpolitik. Im Rahmen der rechtlichen Konstruktion einer europäischen »Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (ESVP), die es bis heute de facto nicht gibt, erklärte Außenminister Joschka Fischer im Dezember 2000, durch ein Bündnis mit Europa hätten die USA die Chance zu einer »echten globalen Partnerschaft«.<sup>92</sup> Er formulierte die alte Hoffnung einer transatlantischen Allianz auf zwei Pfeilern, die den Kalten Krieg wie ein Schatten begleitet hatte. Im heißen Wahlkampf 2002 führte Kanzler Gerhard Schröder die Bundesrepublik in die schwerste Krise der amerikanisch-deutschen Beziehungen seit der Wiedervereinigung, als er erklärte, dass Deutschland nicht der »Koalition der Willigen« zu einem Krieg gegen den Irak beitreten werde.<sup>93</sup> Es kam zu einem schweren Konflikt mit Präsident Bush. Außenminister Joschka Fischer klagte im Mai 2002: »Bündnispartnerschaft unter freien Demokratien reduziert sich nicht auf Gefolgschaft, Bündnispartner sind nicht Satelliten.«<sup>94</sup>

Der Herbst 2002 und das Frühjahr 2003 gehörten zur außenpolitischen Prägephase von Angela Merkel,<sup>95</sup> als es um Krieg und Frieden ging und Kanzler Gerhard Schröder auf dem Opernplatz in Hannover Bush entgegenschleuderte, Deutschland werde unter seiner Führung im Irak nicht zu »Abenteuern« zur Verfügung stehen, obwohl »wir« zur Solidarität bereit seien. In Goslar verschärfte Schröder noch einmal die Tonart: Deutschland werde sich nicht für eine Intervention aussprechen, selbst wenn die UNO dafür stimme. Schröder war, wie schon erwähnt, Geist vom Geiste des Präsidenten Bush. Bush erklärte, was immer die UNO entscheidet, wir gehen rein; Schröder erklärte, was immer die UNO empfiehlt, wir bleiben draußen. Außenminister Joschka Fischer ließ den US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer

90 Vgl. Stefan Kornelius, Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt, Hamburg 2013, S. 121–151.

91 Zitiert nach: Stephan Bierling, Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart, München 2014, S. 79.

92 Ebd. S. 92.

93 Ebd. S. 97.

94 Ebd.

95 Kornelius, Angela Merkel, S. 131.

berühmten Sitzung der Münchner Sicherheitskonferenz wissen: »Mr. Secretary, we are not convinced.«<sup>96</sup>

Die Vorsitzende der CDU und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Angela Merkel, war zu dieser Zeit entschieden anderer Meinung. In einem Meinungsbeitrag in der *Washington Post* vom 20.2.2003 versicherte sie den Amerikanern, dass Kanzler Schröder nicht für alle Deutschen spreche.<sup>97</sup> Sie rechtfertigte den Krieg der USA gegen den Irak in einer Eindeutigkeit, wie es von der späteren Kanzlerin nie wieder zu hören war. Angesichts der Feindseligkeit und Verachtung gegenüber Präsident Bush in der deutschen Öffentlichkeit, besonders bei den Linken und Grünen, positionierte sich Angela Merkel im proamerikanischen Lager, zugleich kritisierte sie die französische Regierung und Präsident Jacques Chirac. Selten könne man, so Angela Merkel, die Erfahrung des Endes einer Epoche und den Beginn einer neuen erleben. Der Fall der Mauer und 9/11 seien die beiden revolutionären Ereignisse, die Europa und die USA dazu zwängen, die Grundlagen ihrer Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik neu zu definieren. Europa übernehme einerseits im Kosovo und in Afghanistan neue Verpflichtungen: Auf der anderen Seite sei Europa in vielen Fragen geteilt, möglicherweise sogar tief gespalten. Der wichtigste Grundsatz für die deutsche Politik müsse sein: Deutschland solle nie wieder allein handeln. Diese Lehre sei von der deutschen Bundesregierung beiseitegeschoben worden ... aus wahltaktischen Gründen. Diese Anklage kam fast einem Dolchstoß in den Rücken der Berliner Regierung gleich, ausgeführt in der Zentrale der westlichen Führungsmacht. Möglicherweise erinnerte sie sich daran, wie erfolgreich der Dolchstoß gegen ihren Ziehvater, Kanzler Helmut Kohl, mit einem Beitrag in der *F.A.Z.* gewesen war.

Die Gefahr aus dem Irak, so Angela Merkel, sei erstens keine Fiktion, sondern real. Zweitens müsse Europa zusammen mit den USA mehr Verantwortung übernehmen, um den internationalen Druck gegen Saddam Hussein aufrechtzuerhalten. Das bedeute die Befürwortung militärischer Gewalt als letztes Mittel, um die Beschlüsse der Vereinten Nationen auszuführen. Es sei wahr, dass der Krieg nicht zu einem normalen Mittel der Politik werden solle, um politische Konflikte zu lösen. Aber die Geschichte Deutschlands und Europas im 20. Jahrhundert halte besonders eine Lehre bereit: Selbst wenn militärische Gewalt nicht die – normale – Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel sei, dürfe man sie nie ausschließen oder infrage stellen, so wie es die deutsche Regierung getan habe: als letztes Mittel, um mit einem Diktator umzugehen. Jeder, der militärische Gewalt als letztes Mittel ausschließe, schwäche den Druck, der gegenüber Diktatoren aufrechterhalten werden müsse, sonst mache man den Krieg nicht weniger wahrscheinlich, sondern wahrscheinlicher. Angela Merkel endete mit einem Lobpreis der gemeinsamen Sicherheit Europas und der USA. Die USA seien die einzig verbliebene Supermacht; dennoch sei sie auf eine gemeinsame Sicherheitsallianz angewiesen. Deutschland brauche auch die Freundschaft mit Frankreich, aber die Vorteile dieser Freundschaft könnten nur realisiert werden

<sup>96</sup> Ebd., S. 130–132.

<sup>97</sup> Angela Merkel, Schroeder Doesn't Speak for All Germans, *Washington Post*, 20.2.2003, <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/2003/02/20/schroeder-doesnt-speak-for-all-germans/1e88b69d-ac42-48e2-a4ab-21f62c413505/> (21.5.2021).

mit den alten und neuen Partnern (im Osten) und innerhalb der transatlantischen Allianz mit den USA. Eine weitere Breitseite feuerte sie gegen die französische Regierung und Präsident Jacques Chirac, einen wendigen Politiker ohne tiefe europäische Überzeugungen, der in den diplomatischen Wirren vor dem Angriff auf den Irak US-Boykott-Maßnahmen gegen Frankreich heraufbeschworen hatte.<sup>98</sup> Der japanophile Chirac, der in seiner politischen Laufbahn 45-mal nach Japan geflogen war und eine Leidenschaft für die arabische Welt verspürte, hatte große Findungsprobleme im transatlantischen Verhältnis. Einmal hatte er den Amerikanern vorgeschlagen, das NATO-Kommando im Mittelmeer den Franzosen zu unterstellen. »Als Chirac, der sich in der Region besser auskennt und mit Saddam einstens befreundet war, ein Veto im UNO-Sicherheitsrat androhte, beschließen die USA, Frankreich zu bestrafen, doch Deutschland unter Schröder dank des Einflusses von Condoleezza Rice (der US-Sicherheitsberaterin) zu vergeben.«<sup>99</sup>

## Deutschland und die unteilbare Sicherheit

Der Beitrag der deutschen »Friedens- und Zivilmacht« zur gemeinsamen Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses, eines Eckpfeilers der globalen, unteilbaren Sicherheit der USA, war und ist ein explosives Problem in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dieses Problem speist sich nicht nur aus der Logik der internationalen Sicherheitsbeziehungen, sondern auch aus einem *clash of expectations*, aus einem Konflikt der Erwartungen. Die Amerikaner erwarten von den Deutschen einen substanziellen Beitrag zur Verteidigung. Für viele Deutsche dagegen war mit dem Ende des Kalten Krieges zumindest in Europa der ewige Friede ausgebrochen. Deutschland schien in Europa nur noch von Freunden umgeben zu sein. Wenn außerhalb Europas überhaupt ein deutscher militärischer Beitrag geleistet werden müsse, dann nur als friedenserhaltende Stabilitätsmaßnahme. Das deutsche Parlament scheute und scheut bei der Entsendung deutscher Truppen das Wort »Krieg« wie der Teufel das Weihwasser. Der Truppenabzug der Amerikaner und die parallele Entwicklung der Bundeswehr führen bis heute zu großen Spannungen in den amerikanisch-deutschen Beziehungen.

Folgt man den mit großem Aufwand erhobenen Daten waren von 1945 bis 2000 ungefähr 22 Millionen Angehörige der US-Streitkräfte in Deutschland stationiert: Soldaten, ziviles Unterstützungspersonal (*servicemen*) und Familienangehörige. Diese Präsenz war die größte friedenserhaltende und sicherheitsspendende Mission der gesamten Weltgeschichte.<sup>100</sup> 2019, während der Androhung Trumps, Truppen aus Deutschland abzuziehen, waren noch 38.000 US-Soldaten in Deutschland stationiert,

<sup>98</sup> Vgl. Albrecht Rothacher, Das Unglück der Macht. Frankreichs Präsidenten von de Gaulle bis Macron, Berlin 2020, S. 441–475.

<sup>99</sup> Ebd. S. 471.

<sup>100</sup> Vgl. Dewey A. Browder, Population Statistics for U.S. Military in Germany, 1945–2000, in: Thomas W. Maulucci Jr., Detlef Junker (Hrsg.), GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence, New York 2013, S. 351f.

mehr als in jedem anderen europäischen Land. Das US European Command (EUCOM) im Süden Stuttgarts koordiniert die Streitkräfte in 51 Ländern. Außerdem gibt es in Deutschland mehrere US-Basen, teilweise für Einsätze, die über Europa hinausgehen. Die zurückgekehrten GIs waren für Jahrzehnte besondere Botschafter der Bundesrepublik in ihrer Heimat. In den entlegensten Winkeln der USA konnte man an einer Bar ehemalige Soldaten treffen, die von Ramstein, Heidelberg, Rothenburg o. d. Tauber, dem Chiemsee und dem Münchner Oktoberfest schwärmten. Eine besondere Gruppe waren die drei Millionen afroamerikanischen GIs, die in der Bundesrepublik einen »Hauch von Freiheit« erlebt hatten. Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen engagierte sich deshalb nach der Rückkehr in die USA in der Bürgerrechtsbewegung, im Kampf gegen den strukturellen Rassismus in den USA.<sup>101</sup> Das Zentrum der globalen amerikanischen Militärstrategie für die Sicherheit Eurasiens, des internationalen Handels und die Offenhaltung der Seewege bleibt die nukleare Triade. Die USA haben mit Abstand die höchsten Militärausgaben der Welt (778 Milliarden Dollar im Jahr 2020), gefolgt von China, Indien, Russland und dem Vereinigten Königreich.<sup>102</sup>

Die Personalstärke der Bundeswehr dagegen ist von knapp 480.000 im Jahr 1991 auf 183.969 im Jahre 2020 reduziert worden, davon können maximal 10.000 Soldaten für Einsätze zur Verfügung gestellt werden. Nach der Wende mussten auch noch die Reste der Nationalen Volksarmee der DDR, die sich nicht aufgelöst hatten, integriert werden, ca. 90.000 Soldaten und Soldatinnen und 50.000 zivile Mitarbeiter.<sup>103</sup> Diese Bundeswehr wurde mehrfach verkleinert und immer neu gegliedert, weil sie eine Armee ohne klaren militärischen Auftrag war. Sie verschliss seit der Wiedervereinigung sieben Verteidigungsminister und zwei Verteidigungsministerinnen. Auf Anregung eines charismatischen Hochstaplers und Plagiators aus Bayern, Karl Theodor zu Guttenbergs, wurde auch noch die Wehrpflicht abgeschafft, was unter seinem Nachfolger Thomas de Maizière am 1. Juni 2011 zum Gesetz wurde. Auch Kanzlerin Angela Merkel hielt die Abschaffung der Wehrpflicht für einen angemessenen Beitrag zur »Schuldenbremse« in der Finanz- und Bankenkrise. Immerhin hatte zu Guttenberg als erster Minister gewagt, in Afghanistan von »kriegsähnlichen Zuständen« zu sprechen; eine mutige Tat angesichts des dominanten Pazifismus in der deutschen Bevölkerung und der Tatsache, dass im August 2010 64 Prozent der Deutschen für einen Abzug aus Afghanistan plädierten. Jetzt, zehn Jahre später, hat der Abzug begonnen. Nach einer vollständig gescheiterten »Polizeimission« haben

101 Vgl. Maria Höhn, Martin Klimke, *A Breath of Freedom. The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany*, New York 2010.

102 O.A., *World military spending rises to almost \$2 trillion in 2020*, in: SIPRI 26.4.2020, <https://www.sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020> (21.5.2021).

103 Zur Entwicklung der Bundeswehr gibt es einen eigenen Forschungszweig. Vgl. Wilfried von Bredow, *Armee ohne Auftrag. Die Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik*, Zürich 2020; Sönke Neitzel, *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*, Berlin 2020; Klaus Naumann, *Einsatz ohne Ziel? Von der Politikbedürftigkeit des Militärischen*, Hamburg 2008; Hans-Peter Bartels, *Deutschland und das Europa der Verteidigung. Globale Mitverantwortung erfordert das Ende militärischer Kleinstaaterei*, Bonn 2020; Volker Stanzel, *Die ratlose Außenpolitik und warum sie den Rückhalt der Gesellschaft braucht*, Bonn 2019; Constantin Wißmann, *Bedingt einsatzbereit. Wie die Bundeswehr zur Schrottmee wurde*, München 2019.



die Polizisten das Land schon verlassen.<sup>104</sup> Die Demokratisierung des Landes ist völlig gescheitert. Das war schon 2001 vorhersehbar.<sup>105</sup>

Die Bundeswehr schwankte strategisch zwischen einer Strategie der Landes- und Bündnisverteidigung in Europa (Ukraine, Krim, Litauen, Kosovo, Mittelmeer) einerseits; potenziell globalen Out-of-Area-Einsätzen in Westafrika (Westsahara, Mali), Ostafrika (Sudan, Somalia, Horn von Afrika), im Nahen Osten (Türkei, Syrien, Libanon, Irak, Katar, Kuwait) und Asien (Afghanistan) andererseits. Der Satz von Verteidigungsminister Peter Struck ist legendär geworden: »Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt« – und nicht nur in Hindelang.

Die deutschen Streitkräfte waren ständig von Personalmangel, schweren Defiziten in der Ausrüstung und chronischen Problemen mit der Rüstungsindustrie einerseits und der Beschaffungsverwaltung andererseits geplagt, sie hatten zu kämpfen mit bürokratischem Leerlauf, Kompetenzstreitigkeiten, Beförderungstopps und fehlenden Ressourcen, vor allem aber mit der fehlenden Unterstützung der Bevölkerung. Besonders die Beschaffungsverwaltung und die skandalösen Mängel der Ausrüstung ramponierten das Ansehen der Bundeswehr. Während der Jahresbericht 2016 des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels die Schwächen der Bundeswehr in seinem Bericht an den Bundestag schonungslos aufdeckte, produzierte die Bundesregierung im gleichen Jahr ein »Weißbuch«, ein »Wortmaskenkostümverleih« (Karl Kraus) zur »vernetzten Sicherheit«.<sup>106</sup>

Präsident Barack Obama, der, wie berichtet, einen Tag vor der Verleihung des Friedensnobelpreises beschlossen hatte, die US-Truppenstärke in Afghanistan um 30.000 Soldaten und Soldatinnen zu erhöhen, und dem amerikanischen Volk zugleich versprach, dass auch die anderen NATO-Staaten ihren Beitrag von 10.000 Soldaten leisten würden, war zunehmend desillusioniert über die mangelnde Unterstützung der anderen NATO-Mitglieder, besonders Deutschlands unter der Führung von Kanzlerin Angela Merkel. Schließlich ließ er seinen Verteidigungsminister Robert Gates von der Leine, der am 10. Juni 2011 bei einem NATO-Treffen in Brüssel zu einer harten Attacke gegen die NATO-Verbündeten ausholte. Er kritisierte scharf die Schwächen der NATO in Afghanistan und beim Luftangriff auf Libyen, an dem sich Deutschland in letzter Minute geweigert hatte teilzunehmen. Er betonte die Notwendigkeit, die politischen und militärischen Fähigkeiten zu verbessern, wenn die NATO überhaupt überleben wolle, und warnte vor der wachsenden Schwierigkeit, die gegenwärtige Unterstützung für die NATO in den USA aufrechtzuerhalten, wenn der amerikanische Steuerzahler weiter die Hauptlast tragen müsse. Sowohl in Libyen als auch in Afghanistan hätten die Europäer versagt, weil sie die eigenen Streitkräfte zu wenig unterstützten. Obwohl die NATO – ohne die amerikanischen Soldaten – zwei Millionen Soldaten in Uniform habe, habe die Allianz zeitweise große Mühe,

104 Vgl. Peter Carstens, Das abrupte Ende einer Polizeimission, in: F.A.Z., 4.5.2021, S. 4 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-abruptes-ende-der-deutschen-polizeimission-17323785.html> (21.5.2021).

105 Vgl. Kapitel 14 in diesem Band.

106 Vgl. Hans-Peter Bartels, Drucksache 18/10900, Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, S. 4–51; Weißbuch 2016 zur Sicherheit und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016. <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf>.

eine Streitmacht von 25.000 bis 40.000 Mann zusammenzustellen. Trotz des Drucks auf die Haushalte hielten Präsident Obama und er – Gates – es für einen großen Fehler, wenn die USA sich aus ihrer globalen Verantwortung zurückzögen, das gelte für Asien und Europa. Aber so gehe es nicht weiter. Während des Kalten Krieges hätten die USA ca. 50 Prozent der NATO-Kosten getragen, aber zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer trügen sie 75 Prozent. Nur fünf Verbündete – die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Griechenland und Albanien – würden die vereinbarten 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Verteidigung ausgeben.

Seit dieser Rede von Gates vermint die Zahl von 2 Prozent die amerikanisch-deutschen Sicherheitsbeziehungen. Präsident Donald Trump drohte mehrmals, Artikel 5, die automatische Beistandsklausel und damit den militärisch-politischen Kern der NATO, zu kündigen. Das ermutigte den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den »Hirntod« der NATO zu erklären und die alte Fata Morgana einer europäischen Nuklearmacht – unter französischer Hegemonie – anzubieten. Seine Ambitionen wurden von der deutschen Kanzlerin mit dem Versprechen auf gemeinsame Rüstungsprojekte in bescheidenere Bahnen gelenkt. Aber eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass Macron von der gaullistischen Versuchung lässt.

Europa und Deutschland standen weder bei Präsident Obama noch bei Präsident Trump im Zentrum ihres globalen sicherheitspolitischen Horizonts, wenn man bei Trump überhaupt von einem »Horizont« sprechen kann. Das galt auch für die in der deutschen, aber teilweise auch in der europäischen Öffentlichkeit scharf kritisierte Anti-Terror-Politik der USA, insbesondere die brutale Behandlung von Gefangenen und die Errichtung des Straflagers Guantanamo auf Kuba. Auch die sogenannte NSA-Affäre änderte daran nichts, als Edward Snowden, der jahrelang über eine Leihfirma beim US-Geheimdienst beschäftigt war, in sensationellen Dokumenten enthüllte, dass eine Allianz angelsächsischer Geheimdienste von Australien, Kanada, Neuseeland, dem Vereinigten Königreich und den USA (*Five Eyes*) die gesamte Welt ausspionierte, auch NATO-Verbündete wie die Bundesrepublik, ohne Rücksicht auf die Privatsphäre der Betroffenen. Deshalb heißen diese Dienste ja Geheimdienste.

Die Mehrheit der Amerikaner hielt Snowden für einen Verräter. Die Regierung Obama rechtfertigte das Programm im amerikanischen Kongress mit der nationalen Sicherheit und besonders mit den von US-Geheimdiensten »verhinderten« Terrorangriffen. Der Leiter der NSA, General Keith Alexander, führte offensichtlich genau Buch. Er behauptete in seiner Anhörung im Kongress, mit dem Programm seien 50 Anschläge verhindert worden, davon 20 in den USA. Aus den vertraulichen Geheimdienstberichten erfuhr die deutsche Öffentlichkeit auch, wie die US-Botschaft in Berlin die deutsche Bundeskanzlerin einschätze. »Unter Druck beharrlich, aber vermeidet das Risiko und ist selten kreativ.« Als »Der Spiegel« im Oktober 2013 enthüllte, dass das – schlecht gesicherte – Handy der Bundeskanzlerin abgehört worden war, beschwerte sich Merkel telefonisch bei Obama, sie halte das Abhören für »völlig inakzeptabel«. In Brüssel erklärte sie: »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.« Jetzt wurde bekannt, dass die Amerikaner mithilfe der Dänen auch andere deutsche Politiker ausspähten, nämlich den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Auch das findet die Bundeskanzlerin natürlich inakzeptabel.

Unter dem Dach der amerikanischen Botschaft in Berlin hatte der US-Geheimdienst einen Horchposten etabliert, fast in Sichtweite des Kanzleramtes. So hatte sich die Kanzlerin eine Zusammenarbeit auf »Augenhöhe« nicht vorgestellt, akzeptierte aber die Situation, weil die Deutschen selbst von den Erkenntnissen der US-Geheimdienste profitierten.<sup>107</sup>

## Deutschland und der unteilbare Weltmarkt

Macht, so Max Weber, ist das Vermögen, einem anderen seinen Willen aufzuzwingen. Zur Ausübung dieser Macht gibt es in den internationalen Beziehungen drei Mittel: Reden und Überredung (Diplomatie), Tausch (Handel und Wirtschaft) und Gewalt, zumindest die Androhung von Gewalt (Militär). Ein Staat, der auf allen drei Ebenen nichts zu bieten hat, spielt in der internationalen Politik keine Rolle. Er wird zum Objekt anderer Mächte. Das gilt auch für internationale Organisationen wie den ehemaligen Völkerbund, die UNO und die Institution besonderer Art (sui generis), die Europäische Union. Die rechtliche Verfasstheit internationaler Institutionen sagt nichts über ihren tatsächlichen Einfluss.

Die Bundesrepublik, ein Staat ungefähr von der Größe des US-Bundesstaates Montana, hat eine sehr eingeschränkte und kollektiv eingebundene militärische Präsenz. Das war auch, wie gezeigt, eine Bedingung der Wiedervereinigung.<sup>108</sup> Die wichtigste außenpolitische Ressource der Bundesrepublik ist deshalb ihre Wirtschaft. Deutschland hat sich seit der Wiedervereinigung zur bedeutendsten Wirtschaftsmacht Europas entwickelt, das Land ist mit seinen Waren und Dienstleistungen, in bescheidenem Maße auch mit seinen Banken- und Finanzdienstleistern, in der ganzen Welt präsent. Außerhalb Europas ist Letzteres besonders schwierig, die Bruchlandung der Deutschen Bank in New York ist ein gutes Beispiel.

Alle deutschen Regierungen haben versucht, die Position der deutschen Wirtschaft überall in der Welt zu unterstützen. Wenn zum Beispiel Kanzlerin Angela Merkel nach China flog, benötigte sie neben ihrem Kanzlerflugzeug weitere Flugzeuge für CEOs, die sie nach China begleiten wollten. Die deutsche Wirtschaft ist für den Handel mit Russland die größte deutsche Lobbyorganisation. Das bedeutete für die Bundesregierung auch, trotz eines grundsätzlich offenen, liberalen Weltmarktes die Interessen des eigenen Landes in bilateralen und regionalen Verhandlungen und Institutionen zu vertreten. Das ist auch deshalb notwendig, weil selbst ein regelgeleiteter Weltmarkt dauernd Gewinner und Verlierer produziert. Verlierer, etwa die amerikanische Kohleindustrie, beruhigen sich keineswegs mit der Weisheit von Adam Smith, dass der Markt das größte Glück der größten Zahl hervorbringe, sondern die Arbeiter gehen auf die Barrikaden. Sie verlangen vom Kongress, »faire«

107 Vgl. Robert Lucke, Bernhard Stahl, Die transatlantischen Beziehungen am Beispiel der NSA-Affäre und des Ukraine-Konflikts. Im Westen nichts Neues, in: Winand Gellner, Patrick Horst (Hrsg.), Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas. Eine erste Bilanz, Wiesbaden 2016, S. 285–404; Bierling, Vormacht wider Willen, S. 238–265.

108 Vgl. Kapitel 11 in diesem Band.

Schutzzölle gegen die ausländische Konkurrenz zu erheben. Fair ist, was ihnen nützt. Deshalb funktioniert der Weltmarkt nicht allein nach den Grundsätzen der WTO, sondern ist von zahllosen Handelskonflikten geprägt, die immer neu ausgehandelt werden müssen.

Darüber hinaus werden Außenhandelsbeziehungen angesichts der immer stärkeren Vernetzung immer komplexer. Es geht jetzt auch um Kapitalflucht, Steuern, Pflanzen-, Tier-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sollen in diese Handelsabkommen einbezogen, unterschiedliche Rechtssysteme und nationale Präferenzen berücksichtigt werden. Im transatlantischen Verhalten ist die Kooperation auch deshalb besonders schwer, weil auf europäischer Seite zunächst unter 28, jetzt 27 Staaten ein Ergebnis ausgehandelt werden muss, das in Einzelstaaten ratifiziert werden kann.

Schon vor den Amtszeiten von Obama und Trump gab es deshalb eine Anzahl von gescheiterten Versuchen, das zu erreichen, was von Kanzlerin Angela Merkel nachhaltig unterstützt wurde: ein Handels- und Investitionsabkommen, um zumindest auf diesem Gebiet die transatlantische Zusammenarbeit zu fördern und zugleich ein Gegengewicht zu dem sich abzeichnenden transpazifischen Abkommen zu entwickeln, das vom amerikanischen Kongress mit hoher Priorität behandelt wurde.

Als Barack Obama endlich am 19. Juni 2013 auf der Ostseite des Brandenburger Tors seine Rede halten durfte, sprach er von »unserem Handel und unserer Wirtschaft« als dem Motor der globalen Wirtschaft.<sup>109</sup> Die Versuche von Kanzlerin und Präsident, in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen initiativ zu werden, mag auch mit dramatischen Erinnerungen zusammenhängen, nämlich mit dem brutalen Druck, den Obama zusammen mit seinem Finanzminister Timothy Geithner in der Griechenland- und Eurokrise auf die Kanzlerin und Finanzminister Wolfgang Schäuble ausübten, den Obama in seinen Memoiren ungeschminkt darlegt. Geithner, ein sehr kompetenter Bock aus der Finanzindustrie, den Obama in der Banken- und Finanzkrise zum Gärtner gemacht hatte, versuchte mit aller Kraft, das US-Modell der exzessiven Schuldenfinanzierung den Europäern, besonders Deutschland, als Lösung der Krise aufzudrücken. Merkels leicht maliziöse Anspielung auf die Pleite der Investmentbank Lehman, dass »wir keinen Lehman machen«, beruhigte Obama nicht. Die Abneigung der Deutschen, Niederländer und anderer Bürger der Eurozone, immer wieder gutes Geld schlechtem Geld hinterherzuwerfen, hielt er für einen »Akt alttestamentarischer Gerechtigkeit«, um »moralisches Fehlverhalten« der Griechen zu verhindern. Er war zufrieden, als sich die Europäer in seiner Interpretation auf eine »Firewall« in einer Größenordnung einigten, die sein Finanzminister vorgeschlagen hatte. Großzügig konstatierte Obama: »Da wir nicht den Einfluss hatten, dafür zu sorgen, dass die grundlegenden Probleme Europas dauerhaft in Ordnung gebracht wurden, mussten Tim und ich uns damit zufriedengeben, vorläufig geholfen zu haben, eine weitere Bombe zu entschärfen.«<sup>110</sup>

109 The White House, Remarks by President Obama at the Brandenburg Gate - Berlin, Germany, 19.6.2013. Transcript, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2013/06/19/remarks-president-obama-brandenburg-gate-berlin-germany> (26.4.2021).

110 Vgl. Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 731–741.

Am Tag seiner Rede hatten Kanzlerin und Präsident auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin ausführlich über das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis gesprochen. Die Kanzlerin freute sich darüber, dass man beschlossen habe, Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen aufzunehmen. Die Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks würden durch ein solches Abkommen gewinnen. Obama wies die Vermutung zurück, dass für die USA die transatlantische Allianz nicht mehr so wichtig sei und die USA eher nach Asien blickten. Er relativierte also rhetorisch die berühmte »Wendung nach Asien«. Er habe in den Gesprächen mit der Bundeskanzlerin und auch mit dem Bundespräsidenten daran erinnert, dass aus der Perspektive der USA die Beziehung zu Europa weiterhin der Eckstein amerikanischer Sicherheit und Freiheit sei. Man habe die Gespräche zu Wirtschaftsthemen fortgesetzt, die beim G8-Gipfeltreffen begonnen worden waren. Deutschland sei Amerikas wichtigster Handelspartner in der Europäischen Union. Obama erinnerte die Deutschen daran, dass die USA eine der schlimmsten Rezessionen seit Jahren durchgemacht hätten. Es habe aber Fortschritte gegeben, die USA hätten eine Bankenreform durchgeführt. Das Bankensystem der USA sei jetzt viel stärker.<sup>111</sup>

Die Hoffnungen Merkels und Obamas, die transatlantische Allianz zumindest im wirtschaftlichen Bereich zu revitalisieren, gleichsam eine »Wirtschafts-NATO« unter dem Titel »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« (TTIP) ins Leben zu rufen, scheiterten auf beiden Seiten des Atlantiks: in Brüssel an endlosen Konferenzen, an massiver Kritik der Öffentlichkeit, an den amerikanisch-europäischen Geheimverhandlungen und einem besonders in Deutschland ausgeprägten Anti-Amerikanismus. Viele Deutsche misstrauten dem US-Verbraucherschutz und den Geschäftspraktiken amerikanischer Unternehmer und Finanzdienstleister. Sie vertrauten den Schutzstandards der Europäischen Union mehr als den amerikanischen Standards. »Viele befürchteten, dass durch TTIP in Europa Arbeitnehmerrechte, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz und die öffentliche Daseinsvorsorge ebenso leiden würden wie Kultur, Tierschutz oder Lebensmittelsicherheit.«<sup>112</sup> Im Kongress erhielt das Handels- und Investitionsabkommen mit Europa bis zum Ende der Amtszeit Obamas nie so viel Aufmerksamkeit wie das gleichzeitig geplante Transpazifische Abkommen. Als die Demokraten 2016 die Wahlen verloren, waren nur 17 der geplanten 27 Kapitel überhaupt durchformuliert, von einer Ratifikation im Kongress oder in Europa war man auf beiden Seiten des Atlantiks weit entfernt.

Mit Präsident Donald Trump, der, wie dargelegt, das Wort »regelbegründete Weltordnung« nicht einmal denken konnte, waren die geplanten Abkommen vom Tisch. Trump verkörperte den »Wirtschaftskrieger«, der durch Druck, Drohungen, Erpressung und Vergeltungszölle die »wahren« Interessen seines Landes verteidigen wollte. Er warf China und der EU vor, mit »unfairen« Handelspraktiken und

111 Die Bundesregierung, Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama, 19.6.2013. Mitschrift Pressekonferenz <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/dokumente/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-us-praesident-obama-844776> (14.5.2021); zum tatsächlichen »Erfolg« der Verwandlung des Bankensystems vgl. S. 262–268.

112 Stormy-Annika Milder, Ziemlich beste Freunde – meistens, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68, Heft 4, Oktober 2020, S. 624.

Wechselkursmanipulationen die Handelsbilanz der USA zu unterminieren.<sup>113</sup> Trumps Vorwürfe waren außerordentlich populär im eigenen Land. Kurz vor der Präsidentschaftswahl 2016 stimmten 85 Prozent der republikanischen und 54 Prozent der demokratischen Wähler der Behauptung zu, der Freihandel habe in Amerika mehr Arbeitsplätze gekostet statt geschaffen. 2018 twitterte Trump: »Wenn ein Land viele Milliarden im Handel mit fast jedem Land verliert, dann sind Handelskriege gut und einfach zu gewinnen.«<sup>114</sup>

Trump stand in einer langen Tradition des »Wirtschaftskrieges«, den es parallel zur Entstehung des internationalen Freihandels immer schon gegeben hat. Der Freihandel existierte nie in reiner Form. Heute beruht die chinesische Außenhandelspolitik z. B. auch auf den Strategien chinesischer Kriegstheoretiker. Neben China attackierte Trump besonders die EU als »Feind« und innerhalb der EU besonders Deutschland. Die Deutschen seien »schlecht, sehr schlecht«. »Schaut auf die Millionen Autos, die sie in die USA verkaufen. Schlecht. Wir werden das stoppen.« Gegenüber Frankreich wiederholte er eine alte Forderung, die auch aus anderen Teilen der Welt immer wieder an das Land herangetragen wurde: Das Land müsse von seinem Agrarprotektionismus Abstand nehmen und den eigenen Markt öffnen.

Die gefährliche Spirale von Zöllen und Gegenzöllen wurde im europäisch-amerikanischen Verhältnis zwar in Gang gesetzt, entwickelt sich aber nicht zum vollen »Handelskrieg«. Das lag einerseits an dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der im Juli 2018 Trump dazu überredete, Verhandlungen zum Abbau von Industriezöllen und (nicht-)tarifären Handelshindernissen zu beginnen. Diese Verhandlungen führten zwar zu keinem Ergebnis, verhinderten aber neue Strafmaßnahmen der Trump-Regierung. Andererseits scheint Trump in lichten Augenblicken klar geworden zu sein, dass die US-Verbraucher die Zeche zu zahlen hatten, denn die Milliarden Dollar, die die US Regierung zusätzlich an Strafzöllen einnahmen, waren nichts anderes als Sondersteuern auf Importwaren, die die US-Bürger bezahlen mussten. Es war eben doch nicht so einfach, dem Wohlstandsversprechen durch Außenhandel und internationale Arbeitsteilung zu entkommen.

Ein weiterer Aspekt der unilateralen amerikanischen »Herrschaftsdiplomatie« belastet das Verhältnis zur USA, auch besonders zu Angela Merkel: die amerikanische Sanktionspolitik, verbunden mit dem Anspruch einer imperialen Macht, Sanktionen und Exportkontrollen außerhalb der USA durchzusetzen, selbst wenn Interessen von Verbündeten betroffen waren. Denn diese Sanktionen trafen nicht nur den Iran oder Russland, sondern auch Deutschland. Als Präsident Trump Ende des Jahres 2019 gegen das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 Strafmaßnahmen ankündigte, konnte er die deutsche Regierung allerdings nicht gefügig machen. Diese Sanktionen sind auch deshalb so brisant, weil sie nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit strategischen Argumenten begründet werden: Die Pipeline bringe die EU in eine gefährliche Abhängigkeit von russischer Energie, destabilisiere die Ukraine und finanziere das System der Oligarchen um den Diktator Vladimir Putin, den deutschen Ex-Kanzler

113 Zum Typus »Wirtschaftskrieger« in der Geschichte seit der Antike vgl. Ulrich Blum, *Wirtschaftskrieg. Rivalität ökonomisch zu Ende denken*, Wiesbaden 2020.

114 Bierling, *America First*, S. 100f.

Gerhard Schröder eingeschlossen. Ähnliche Kritik findet sich auch in Deutschland und der Europäischen Union.

## Deutschland und die unteilbare Freiheit

Es war in der Tat eine »späte Liebe« zwischen Angela Merkel und Barack Obama. Er war der Typ des charismatischen, telegenen, von keinem Selbstzweifel geplagten Mannes mit einer universalen Sendungsidee, der in blendender Rede sein Publikum auch emotional verzaubern konnte. Deshalb hatte er auch schon vor seiner Wahl erwartet, an einem globalen Symbol der Freiheit, dem Brandenburger Tor, eine Rede zu halten, was Merkel ablehnte. Er habe noch nichts geleistet und müsse sich erst einmal beweisen. Die Seelen flogen ihm aber auch an der Siegestsäule zu, er »verzauberte« über 200.000 Deutsche in Berlin und Millionen am Fernseher.

Im Prinzip hat die Kanzlerin eine tiefe Abneigung gegen männliche Selbstdarsteller, die sie in ihrem eigenen Machtbereich, wenn nötig, schnell, kalt und zielstrebig politisch entsorgt. Das konnte sie natürlich mit einem US-Präsidenten nicht machen, auch wenn Obama sich keineswegs, wie von der Kanzlerin gewünscht, auf »Augenhöhe« bewegte. Sie musste auch feststellen, dass Obama während seiner ersten Amtszeit keinen offiziellen Besuch in Berlin machte und eine Einladung zum 20-jährigen Jubiläum des Falls der Mauer ablehnte, weil er Wichtigeres in Asien zu tun hatte, ein deutliches Zeichen für seinen »Schwenk nach Asien«. Auch in seiner Zeit als Senator im US-Kongress und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses war er kein einziges Mal nach Europa gereist.

In seiner ersten Amtszeit betrat er zweimal deutschen Boden: einmal aus Anlass eines NATO-Gipfels in Baden-Baden, ein zweites Mal zu einem Besuch in der Frauenkirche in Dresden und im Konzentrationslager Buchenwald am 5. Juni 2009. »Mein Besuch war eine entschlossene Respektbezeugung gegenüber einem nunmehr treuen Verbündeten.«<sup>115</sup> Obama war auf dem Weg von Kairo nach Paris, weil Präsident Nicolas Sarkozy ihn um eine Rede zum 75. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie gebeten hatte. In Dresden und in Buchenwald wurde er von der Kanzlerin begleitet, in Buchenwald auch von seinem Freund, dem Holocaust-Überlebenden und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel. Obama war beeindruckt, wie die Kanzlerin

115 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 516. Zur Beziehung zwischen Obama zu Merkel vgl. Kornelius, Angela Merkel, S. 143ff.; Bierling, Vormacht wider Willen, S. 238ff.; Matthew Rhodes, Germany and the United States. Whither ›Partners in Leadership‹?, in: German Politics and Society, Vol. 36, No. 3, Autumn 2018, S. 23–40; Constanze Stelzenmüller, The Singular Chancellor. The Merkel Model and its Limits, in: Foreign Affairs, Vol. 100, No. 3, May-June 2021, S. 161–172; Katharina Schuler, Merkel und Obama. Späte Liebe, in: ZEIT online, 17.11.2016, [https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/angela-merkel-barack-obama-usa-deutschland?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/angela-merkel-barack-obama-usa-deutschland?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) (26.5.2021); Klaus Larres, Angela Merkel and Donald Trump. Values, Interests, and the Future of the West, in: German Politics, Vol. 27, 2, 2018, S. 193–213, <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1428309> (21.6.2021); allgemein vgl. auch Podium Zeitgeschichte. Jenseits von Donald Trump. Autoren: Philipp Gassert, Andreas Etges, Stormy-Annika Mildner, Michael Hochgeschwender, Reinhild Kreis und Jan Logemann, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68, Heft 4 (Oktober), 2020, S. 575–656.

vor der Presse »mit so deutlichen wie demütigen Worten von der Notwendigkeit« sprach, »dass die Deutschen sich der Vergangenheit erinnerten, dass sie sich der quälenden Frage aussetzen, wie ihr Heimatland solche Gräueltaten habe begehen können, und anerkannten, dass sie nun eine besondere Verantwortung trugen, um sich gegen Fanatismus jeder Art zur Wehr zu setzen«. Obama spürte, dass, wie er später sagte, die Kanzlerin »auf der richtigen Seite der Geschichte stehe« und er für seine Sendungsidee der Freiheit und Menschenrechte eine Verbündete hatte. Elie Wiesel gestand, dass er sich seines ursprünglichen »Optimismus«, dass die Welt aus den Verbrechen der Nationalsozialisten gelernt habe, angesichts der »Killing Fields von Kambodscha, Ruanda, Darfur und Bosnien« nicht mehr sicher sei.<sup>116</sup>

Obama hat auch eine andere Qualität von Angela Merkel sehr schätzen gelernt: ihre schier unerschöpfliche Energie, ihren Hunger nach Informationen und Argumenten, ihren analytischen Sachverstand und ihre kritische Rationalität, ihre mühelose Fähigkeit, Daten und Sachverhalte zu absorbieren, Mittel und Zwecke von Entscheidungen sorgfältig in Beziehung zu setzen und Dinge »vom Ende her« zu denken. Während der Eurokrise hatten sie oft miteinander telefoniert. Mithörer der Gespräche erinnerte dies zuweilen an ein »Oberseminar«. Ein enger Mitarbeiter Merckels seufzte bei einer Sicherheitskonferenz in München: »It's like working next to a nuclear power plant: it just runs, and runs, and runs.«<sup>117</sup> Obama kontrastiert die Kanzlerin in seinen Memoiren in leicht ironischem Ton mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der »ganz der Inbegriff von Gefühlsausbrüchen und übertriebener Rhetorik« sei, ein Mann wie aus einem Gemälde von Toulouse-Lautrec, von Eitelkeit nach Schlagzeilen getrieben, von dem Drang, »im Mittelpunkt des Geschehens zu stehen und die Lorbeeren zu ernten für alles, wofür es lohnte, Lorbeeren zu ernten«.<sup>118</sup>

Obama und Merkel praktizierten trotz der Unterschiede der politischen Systeme auch ähnliche Herrschaftstechniken. Sie verließen sich beide auf einen inneren Zirkel verschwiegener Mitarbeiter, beide sicherten ihre Entscheidungen durch Umfragen und Stimmungsbilder ab. Das Wichtigste für Obama aber blieb, dass die deutsche Kanzlerin seine Ideale teilte, eben auf der richtigen Seite der Geschichte stand. Deshalb gab er ihr in Washington eine große Bühne, um sie zugleich auf subtile Weise an ihr »Traumland der Freiheit« zu binden. Sie erhielt die außerordentliche Ehre, als erste deutsche Regierungschefin – nach Adenauer im Jahr 1957 – am 3. November 2009 vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen.

Diese Rede ist ein unverstellter Ausdruck ihrer politischen Werte. »Nichts steht mehr für diese Bundesrepublik Deutschland als ihre Verfassung, ihr Grundgesetz. Es wurde vor genau 60 Jahren verabschiedet. In Artikel 1 dieses Grundgesetzes heißt es: ›Die Würde des Menschen ist unantastbar.‹ Dieser kurze, einfache Satz – ›Die Würde des Menschen ist unantastbar‹ – war die Antwort auf die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, auf den Mord an sechs Millionen Juden im Holocaust, auf Hass, Verwüstung und Vernichtung, die Deutschland über Europa und die Welt gebracht hat.« Sie

116 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 518.

117 Stelzenmüller, S. 161.

118 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 472.



dankte den US-Soldaten, die in Deutschland stationiert waren und die Freiheit der Deutschen gesichert hatten. Sie schloss die Präsidenten John F. Kennedy und Ronald Reagan in ihren Dank ein, besonders verpflichtet zeigte sie sich gegenüber George H. W. Bush, der den Deutschen etwas Unschätzbares angeboten hatte: »Partners in Leadership.« Zwanzig Jahre seien seit diesem überwältigenden Geschenk der Freiheit vergangen, »aber noch immer gibt es nichts, das mich mehr begeistert, nichts, das mich mehr anspricht, nichts, das mich stärker mit positiven Gefühlen erfüllt als die Kraft der Freiheit.« Europa und Amerika würden nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte und durch gemeinsame Interessen und Herausforderungen zusammengehalten. »Das, was Europäer und Amerikaner zusammenführt und zusammenhält, ist die gemeinsame Wertebasis. Es ist ein gemeinsames Bild vom Menschen und seiner unveräußerlichen Würde. Es ist ein gemeinsames Verständnis von Freiheit in Verantwortung. Dafür treten wir in der einzigartigen transatlantischen Partnerschaft und in der Wertegemeinschaft der NATO ein. So wird ›Partners in Leadership‹ mit Leben erfüllt, meine Damen und Herren. Diese Wertebasis war es, die den Kalten Krieg beendet hat. Diese Wertebasis ist es, mit der wir nun die Bewährungsproben unserer Zeit bestehen können und bestehen müssen.«<sup>119</sup> Abschließend folgte eine *tour d'horizon* aller sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart, die zusammen im Geiste der Freiheit gelöst werden könnten. Sie lenkte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den Schutz künftiger Generationen, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas. Die globale Erwärmung dürfe zwei Grad Celsius nicht überschreiten.

Zwei Jahre später, am 7. Juni 2011, folgte eine noch größere Ehrung der deutschen Bundeskanzlerin im Namen der Freiheit. Präsident Obama verlieh ihr im Weißen Haus in einer prunkvollen Feier die höchste zivile Auszeichnung der USA, »The Presidential Medal of Freedom«. Zu dieser Feier war sogar ihr Ehemann Joachim Sauer angereist, den die deutsche Öffentlichkeit nur als »Phantom der Oper« beim Besuch in Bayreuth zu Gesicht bekommt. Auf Merkels Tischkarte hieß es kurz und bündig: »Dr. Angela Merkel symbolisiert den Triumph der Freiheit, weil sie es als erste Ostdeutsche schaffte, im Amt der Kanzlerin einer vereinten Bundesrepublik Deutschland zu dienen.« Merkel nahm dieses Leitmotiv auf und sagte in ihrer Ansprache: »Welche Kraft die Sehnsucht nach Freiheit entfalten kann, hat die Geschichte der Gesellschaft schon oft gezeigt. Sie bewegte Menschen dazu, Ängste zu überwinden und sich offen gegen Diktaturen zu stellen. (...) Keine Kette der Diktatur, keine Fessel der Unterdrückung vermag der Kraft der Freiheit auf Dauer zu widerstehen (...).«<sup>120</sup>

Als Obama am 19. Juni 2013 endlich seine Rede vor dem Brandenburger Tor halten konnte, machte auch er die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft der Freiheit zu seinem Leitmotiv. Sie war eine Ode an die Freiheit, an die Welt, wie sie sein sollte. Den geschichtlichen Bogen spannte er von der Reformation über die Aufklärung und Kants Begriff der Freiheit als unaufgebbares Menschenrecht bis zur Berliner Luftbrücke 1948/49, dem Marshall-Plan, der Gründung der NATO, dem Aufstand der

119 Angela Merkels Rede in US-Kongress, <https://www.welt.de/politik/ausland/article5079678/Angela-Merkels-Rede-im-US-Kongress-im-Wortlaut.html> (26.5.2021).

120 Vgl. Kornelius, Angela Merkel, S. 150f.

Ostdeutschen am 17. Juni 1953 und den Fall der Mauer 1989. Die Geschichte der Stadt Berlin laufe auf eine einfache Frage hinaus: »Wollen wir in Freiheit oder in Ketten leben, in einer offenen oder einer geschlossenen Gesellschaft, die die Seelen erstickt?« Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und das Grundgesetz mit seinem ersten Satz, »Die Würde die Menschen ist unantastbar«, entspringen der gleichen Grundüberzeugung. Überall auf der Welt hätten sich die Nationen auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte verpflichtet. Genau das habe all die Jahre in Berlin auf dem Spiel gestanden. Aber zwei Jahrzehnte nach dem Triumph der Freiheit in Berlin müsse man anerkennen, dass eine gewisse Selbstgefälligkeit in den westlichen Demokratien eingezogen sei, oft komme man in Orten wie Berlin zusammen, um sich an die Vergangenheit zu erinnern, aber nicht, um selbst Geschichte zu machen. Man habe die Neigung, sich nach innen an die eigenen Wünsche zu wenden, aber nicht dem Bogen der Geschichte (*sweep of history*) zu folgen.

Dann thematisierte er, wie in vielen Reden in allen Teilen der Welt, die großen Gefahren für das Überleben der Menschheit: Überbevölkerung, soziale Gegensätze, Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und vor allem die Klimakrise, die die Menschheit gefährde. Schließlich erinnerte er an die globale Entgrenzung des nationalen Interesses der USA, an die unteilbare Sicherheit, den unteilbaren Weltmarkt und die unteilbare Solidarität (in Freiheit), die Europa und die USA verbänden. »Unsere Allianz ist die Grundlage unserer globalen Sicherheit. Unser Handel ist der Motor unserer globalen Wirtschaft. Unsere Werte sind eine Verpflichtung, uns um das Leben von Menschen zu kümmern, die wir nie treffen werden. Wenn Europa und Amerika durch ihre Zuversicht und nicht durch ihre Angst führen, können wir Taten vollbringen, zu denen andere Nationen weder fähig noch bereit sind.«<sup>121</sup>

Die Ideale der Freiheit und Emanzipation hatten im Juni 2011 zu einer ungewöhnlichen Grußbotschaft von Präsident Obama an das Heidelberg Center for American Studies (HCA) und die Universität Heidelberg geführt. Aus Anlass der 625-Jahrfeier der Ruperto Carola hatten das HCA und die Theologische Fakultät den James W. C. Pennington Award ins Leben gerufen. Die Universität erinnerte damit an den entlaufenen Sklaven, Pfarrer, Historiker, Kämpfer gegen Sklaverei und für Frieden, dem die Heidelberger Universität im Jahre 1849 die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät in lateinischer Sprache verliehen hatte.

Es war – soweit bisher bekannt – der erste Afroamerikaner, der je eine solche Auszeichnung erhielt. Der Heidelberger Theologe Friedrich Wilhelm Carové hatte Pennington 1849 auf dem Pariser Weltfriedenskongress kennengelernt. Er war von Penningtons Theologie, Rhetorik und Erscheinung außerordentlich beeindruckt und schlug sofort dessen Ehrung in Heidelberg vor. Er habe, so die Urkunde, »nicht nur sich selbst in die Freiheit über Körper und Seele gebracht, sondern sich auch immer

121 The White House, Remarks by President Obama at the Brandenburg Gate – Berlin, Germany, 19.6.2013, Transcript, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2013/06/19/remarks-president-obama-brandenburg-gate-berlin-germany> (26.4.2021).

wieder eifrig darum bemüht, die geistige Blindheit seiner Landsmänner zu zerstreuen und ihre verderbte Gesinnung zu reinigen«. <sup>122</sup>

In seiner Botschaft übermittelte Präsident Obama seine Grüße und seine Wertschätzung für den James W. C. Pennington Award. Der Präsident dankte dem HCA für diese Initiative, die die starke Allianz und dauerhafte Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland widerspiegeln. Es sei besonders angemessen, so Präsident Obama, dass dieser Preis Wissenschaftlern die Möglichkeit gebe, zu Themen zu forschen, die Pennington wichtig waren: Sklaverei und Emanzipation, Frieden, Bildung, Religion und intellektuelle Verständigung. Der Präsident drückte auch seine Überzeugung aus, dass die Universität Heidelberg mit der Ehrung von James W. C. Penningtons Leistungen zukünftige Generationen von Amerikanern und Deutschen inspirieren werde.

Merkels verlässliche Politik sowie ihre gemeinsamen Werte und Ideale machten die deutsche Kanzlerin für Obama in den letzten Jahren seiner Amtszeit zu seiner wichtigsten Verbündeten in Europa, trotz aller Konflikte in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Deshalb kam es auch am 16. November 2016, acht Tage nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA, zu einem emotionalen Treffen zwischen Präsidenten und Kanzlerin in Berlin. Beide standen unter einem gewissen Schock, beide hatten mit einem Wahlsieg von Hillary Clinton gerechnet, die amerikanische und die deutsche Politik waren auf die Wahl des »großen Ruinierers« Trump nicht vorbereitet. Beide sahen die Gefahr, dass die westliche Allianz als Sicherheits- und Wertegemeinschaft auseinanderfallen könnte, wenn Trump versuchte, seine Aussagen im Wahlkampf zu realisieren. Sie sprachen über drei Stunden miteinander bei einem Essen im Hotel Adlon. Es war die längste Zeit, die Obama jemals mit einer Führungspersonlichkeit der Welt im Vieraugengespräch verbracht hat.

Vermutlich hat Obama die Kanzlerin auch ermutigt, angesichts der prekären Situation der Welt für eine vierte Amtszeit zu kandidieren. Sein Redenschreiber und Berater Benjamin Rhodes brachte in einem Nebenraum einen Toast auf die »Führerin der freien Welt« aus.

\*

Trump entwickelte sich in der Tat für die deutsche Politik zu einem Albtraum, umgekehrt sank das Ansehen der USA in Deutschland auf einen bisher nicht gekannten Tiefpunkt. Nach einer Veröffentlichung im März 2020 hielten im September 2019 75 Prozent der Amerikaner und 34 Prozent der Deutschen die deutsch-amerikanischen Beziehungen für gut, 17 Prozent der Amerikaner und 64 Prozent der Deutschen für schlecht. <sup>123</sup>

<sup>122</sup> Jan Stievermann (Hrsg.), *The Pennington Lectures 2011–2015*, Heidelberg 2016, S. 16. Die Pennington Lectures werden seit 2011 von Dr. h. c. Manfred Lautschläger gefördert.

<sup>123</sup> Vgl. Umfrage Jacob Poushter und Mara Mordecai, *Americans and Germans Differ in Their Views of Each Other and the World*, 9.3.2020, unter: Pew Research Center, *Global Attitudes & Trends*, <https://www.pewresearch.org/global/2020/03/09/americans-and-germans-differ-in-their-views-of-each-other-and-the-world/> (3.6.2021).

Deutschland und die Kanzlerin hatten sich schon vor seiner Wahl zum Feindbild Nummer 1 entwickelt. Wenn er Europas Handelsüberschüsse kritisierte, meinte er in erste Linie die Deutschen. Sie könnten ihren ausufernden Sozialstaat auf Kosten der USA finanzieren, weil sie nichts zur gemeinsamen Verteidigung beitragen. Schon 2015 und verstärkt im Wahlkampf kritisierte Trump die Flüchtlingspolitik der deutschen Kanzlerin, besonders für ihre Entscheidung, eine Million Flüchtlinge ins Land zu lassen. »What Merkel did to Germany, is a sad, sad, sad shame.«<sup>124</sup> Bis heute wird über den tief sitzenden Hass von Trump gegenüber Deutschland nachgedacht. Erinnerte Merkel ihn an Hillary Clinton, auch eine selbstbewusste Frau, die er zutiefst verachtete? Lag es daran, dass sein Vater Fred Trump seine deutsche Herkunft nach dem Zweiten Weltkrieg verleugnete und seine Vorfahren für Schweden ausgab? Oder war Merkel wie Obama eine Vertreterin des von ihm verachteten multilateralen, freiheitlichen Globalismus?

Angela Merkel, die schon zwei US-Präsidenten politisch überlebt hatte, wusste zunächst nicht, was sie tun sollte. Man riet ihr, einen persönlichen Kontakt zu Trump aufzubauen oder seine Tochter Ivanka nach Berlin einzuladen, was sie ohne sichtbaren Erfolg auch tat. Auf ihr erstes Treffen mit Trump hatte sie sich so intensiv wie auf keinen anderen Antrittsbesuch vorbereitet. Sie hatte ein berühmtes »Playboy«-Interview mit Trump aus dem Jahr 1990 gelesen, sich Folgen seiner Fernsehauftritte in »The Apprentice« angesehen und sein Buch aus dem Jahre 1987, »The Art of the Deal«, gelesen. Die protestantische Pfarrerstochter brachte es allerdings nicht fertig, ihn wahrheitswidrig mit Schmeicheleinheiten zu umwerben, mit spektakulären Ehrungen oder einem goldenen Golfschläger um seine Gunst zu werben oder ihm, wie deutsche Industrielle, nach dem Munde zu reden.

So wurde schon die erste Begegnung mit Trump in Washington eine persönliche und diplomatische Katastrophe, gefolgt von ähnlichen Treffen auf Weltwirtschaftsforen und NATO-Gipfeln. Als Merkel Trump im Oval Office vor den Kameras mit einem Handschlag begrüßen wollte, verweigerte er diesen. Als die Fotografen den Raum verlassen hatten, sprach er sofort das Leitmotiv seiner nächsten Jahre an: »Angela, you owe me one trillion Dollar.« Als die Kanzlerin über Putin sprechen wollte und ihm eine Karte der Sowjetunion von 1982 zeigte, überlagert von Putins territorialen Ambitionen, wollte Trump darüber nicht sprechen, sondern über seine Umfrageergebnisse bei den Amerikanern.

Auch bei den internationalen Treffen attackierte Trump immer wieder Deutschland und die Kanzlerin. Berühmt geworden ist ein äußerst Streitbares Gipfeltreffen der G7-Staaten am 8. und 9. Juni 2018 in La Malbaie in Kanada, besonders ein von deutscher Seite veröffentlichtes Foto.<sup>125</sup> Es zeigt die Kanzlerin im Zentrum der Gruppe in energischer Attacke auf Trump, der aufsässig, missmutig und mit verschränkten

124 Vgl. Susan B. Glasser, How Trump Made War on Angela Merkel and Europe. The German Chancellor and other European leader have run out of patience with the President, 17.12.2018, in: The New Yorker, 24. & 31.12.2018, S. 3, <https://www.newyorker.com/magazine/2018/12/24/how-trump-made-war-on-angela-merkel-and-europe>. (26.5.2021); vgl. Bierling, America First, S. 151–165.

125 Vgl. das Titelbild dieses Bandes.

Armen sitzen bleibt. Am Ende des Treffens soll Trump zwei rote Bonbons auf den Tisch geworfen haben: »Here, Angela. Don't say I never gave you anything.«<sup>126</sup>

Während seiner Amtszeit gehörten die NATO in ihrer bestehenden Form, Europa und besonders Deutschland, wie dargelegt, zum Zentrum seines Feindbildes. Mit seiner Kritik betwitterte er unablässig das amerikanische Volk; die NATO-Verbündeten hielt er in der Furcht des Herrn mit der Drohung, Artikel 5 des NATO-Vertrags zu kündigen und die Axt an die Sicherheit Europas zu legen. Die Kritik seines Verteidigungsministers in der denkwürdigen Sitzung im Pentagon, dass die NATO auch die Sicherheit der USA garantiere, scheint er zumindest phasenweise verdrängt zu haben.

Die Drohungen Trumps gefährdeten die transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft im Kern, in deren Namen sowohl Barack Obama als auch Angela Merkel Politik betrieben hatten. Verzweifelte rhetorische Ausfallschritte der Kanzlerin und Teile der deutschen Öffentlichkeit, da müsse man sich eben mehr auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) einlassen, blieben und bleiben Träume ohne den Hauch einer Realisierungschance. Diese Alternative wurde schon 1954 beerdigt, als die französische Nationalversammlung eine EVG ablehnte und stattdessen die NATO zum Kern der westeuropäischen Verteidigung gemacht wurde.<sup>127</sup>

Man kann nicht zweimal in den gleichen Fluss steigen. Ein gerade beschlossenes, neues europäisches Kampfflugzeug schafft zwar Arbeitsplätze in Europa, es soll aber frühestens 2040 einsatzfähig sein. Bis dahin könnte die nächste globale Finanzkrise das Projekt gestoppt haben oder es könnte nicht starten, weil die Klimakatastrophe das Starten und Landen von Flugzeugen unmöglich macht, selbst für Kampfflugzeuge.

Zugleich konnte Trump die amerikanische Sendungsidee der Freiheit und damit den ideellen Kern der NATO als Wertegemeinschaft nicht einmal denken. Sowohl Merkels Rede vor beiden Häusern des Kongresses und ihre von Obama verliehene Freiheitsmedaille als auch Obamas Reden in Berlin wären unter Trump nicht möglich gewesen. Im Weltbild des »Handelskriegers« Donald Trump kamen Werte als transatlantische Klammer des Westens nicht vor. Er hatte in der Tat an die gesamte US-Weltpolitik ein »Preisschild« geheftet.

Trump zerstörte auch den innenpolitischen Handlungsspielraum künftiger amerikanischer Präsidenten, weil er die Spaltung des weltpolitisch ermüdeten Landes in eine potenzielle Bürgerkriegssituation überführte.<sup>128</sup> Man kann für diesen Vorgang auch andere Bilder benutzen und die USA zum Land der »Stammeskrieger« und eines »Tribalismus« erklären; unzweifelhaft ist, dass der außenpolitische Handlungsspielraum des neuen, 78 Jahre alten Präsidenten Joe Biden aus innenpolitischen Gründen sehr begrenzt ist. Es ist eine offene Frage, ob er den transatlantischen Westen revitalisieren kann.<sup>129</sup>

126 Glasser, How Trump Made War on Angela Merkel and Europe, S. 3.

127 Vgl. Kapitel 10 in diesem Band.

128 Vgl. dieses Kapitel, S. 40–51.

129 Klaus-Dieter Frankenberger, Land der Stammeskriege, in: F.A.Z., 31.5.2021, S. 8, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gespaltenes-amerika-land-der-stammeskriege-17365619.html> (3.6.2021).

Damit ist die Bundesrepublik Deutschland nach 150 Jahren deutsch-amerikanischer Beziehungen in einer existenziellen Paradoxie gefangen. Es gibt für Europa und Deutschland keine Sicherheit, keinen Wohlstand und keine Freiheit außerhalb des transatlantischen Bündnisses. Zugleich ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die USA weiter ihre Rolle als Führungsmacht des Westens ausfüllen können und die Deutschen an der Westbindung festhalten werden. Das amerikanisch-deutsche Verhältnis nähert sich damit der Grundbeschaffenheit des Menschen, wie sie Kant beschrieben hat: Angesichts der ungeselligen Geselligkeit des Menschen könnten diese einander nicht leiden, aber auch nicht voneinander lassen.<sup>130</sup>

---

130 Immanuel Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, 4. Satz, Berlin 1784.

## VERZEICHNIS DER ERSTVERÖFFENTLICHUNGEN

1. Europa und die USA in historischer Perspektive (18. Jahrhundert bis zur Gegenwart), in: Stefan Krimm / Martin Sachse (Hg.): Die alte und die neue Welt. Wege des Kulturtransfers. Acta Ising 2008. München 2009, S. 195–221.
2. Die manichäische Falle: Das Deutsche Reich im Urteil der USA, in: Klaus Hildebrand (Hg.): Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn. Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 33. Oldenburg Verlag München 1995, S. 141–158.
3. Die USA und die Weimarer Republik, in: Heidelberger Jahrbücher 35 (1991), S. 27–34.
4. Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986. Festschrift in sechs Bänden. Im Auftrag des Rector magnificus Prof. Dr. Gisbert Freiherr zu Putlitz, bearbeitet von Wilhelm Doerr. Band III. Das Zwanzigste Jahrhundert, 1918–1985. Herausgegeben von Wilhelm Doerr in Zusammenarbeit mit Otto Haxel, Karlheinz Misera, Hans Querner, Heinrich Schipperges, Gottfried Seebaß, Eike Wolgast. Springer Verlag. Berlin / Heidelberg / New York / Tokyo 1986, S. 328–359.
5. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das politische System der USA, in: Wolfgang Reinhard / Peter Waldman (Hg.): Nord und Süd in Amerika. Rombach Verlag. Freiburg 1992, S. 792–808.
6. Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Piper. München / Zürich 1989, S. 57–73.
7. Die Kontinuität der Ambivalenz: Deutsche Bilder von Amerika, 1933–1945, in: Michael Wala (Hg.): Gesellschaft und Diplomatie im transatlantischen Kontext. Festschrift für Reinhard R. Doerries zum 65. Geburtstag. Franz Steiner Verlag Stuttgart 1999, S.165–180.
8. Roosevelt und Hitler: Kampf um die Weltmacht 1940–1941, in: Unispiegel Heidelberg 5/89, S. 5–6.
9. Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen im Kalten Krieg, in: Detlef Junker (Hg.), in Verbindung mit

Philipp Gassert, Wilfried Mausbach, und David B. Morris: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch. Band I. 1945–1968. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart / München (2. Auflage) 2001, S. 17–56.

10. Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges?, in: Hans-Hermann Hertle / Konrad H. Jarausch / Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen. Christoph Links Verlag Potsdam 2002, S. 19–31.
11. Das Ende der doppelten Eindämmung. Die Revolution der deutschen Außenpolitik in historischer Perspektive, in: Rhein-Neckar Zeitung. 8. November 1990, S. 17 (Aus dem Zeitgeschehen).
12. Deutschland in der internationalen Politik seit 1990, in: Martin Sarbrow (Hg.): 1990 – eine Epochenäsur? Akademische Verlagsanstalt Leipzig 2006, S. 27–43.
13. Die Amerikanisierung des Holocaust, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 9. September 2000, S. 11 (Die Gegenwart).
14. Auf dem Weg zur imperialen Hypermacht? Die manichäische Falle ist besetzt. US-Außenpolitik nach dem 11. September 2001, in: Detlef Junker: Power and Mission. Was Amerika antreibt. Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2003, S. 151–174.
15. Sind die USA eine imperiale Macht?, in: Hans-Heinrich Nolte (Hg.): Zeitschrift für Weltgeschichte 11/2. Interdisziplinäre Perspektiven. München 2010, S. 33–51.



# Sachregister

- Abrüstung 137 f.  
Achse des Bösen 215  
Achsenmächte 32 f., 95–97  
Afghanistan 12, 14, 198, 213, 216 f., 241  
Agrarprotektionismus 22  
Agricultural Adjustment Act (AAA) 86  
Aktien 84 f.  
Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) 136, 152  
Al-Qaida 213, 217  
Alte Welt 6, 9, 239  
Altersversorgung *siehe* Sozialversicherung  
Amerikabild 105, 111 f., 134  
Amerika-Häuser 162  
Amerikanisierung 172, 203–211  
des Holocausts 208–211, 133–137  
Deutschlands 158–164  
Europas 5–9  
Amerikaperzeption 108, 113, 117  
Anglisierung der deutschen Sprache 164  
Antiamerikanismus 6, 109, 134 f., 159  
Anti-Europäismus 2 f., 6  
Antikommunismus 135, 155, 183, 207, 238  
Antisemitismus 19, 69, 109, 111–120, 134 f., 206–210  
Antitotalitarismus 154, 162  
Apartheid 209, 229, 162  
Arbeiterschaft 85–87  
Arbeitslosigkeit 32, 68 f., 76 f., 85–90, 97, 108, 192  
Atlantik-Charta 101 f., 125, 225  
Atomwaffen, 136–141, 153–158, 175–179 f., 219, 236  
Aufklärung 13, 113, 226, 240  
und Christentum 3, 24, 240  
Austauschprogramm 162  
Außenhandelspolitik 94–97, 138–143, 152 f.  
  
Berliner Mauer 130–136, 157 f., 165  
Berlinkrise 140, 174  
Besatzungspolitik 99–104, 135–137  
Breschnew-Doktrin 178  
Bretton Woods 7, 142 f., 150–152, 175–178  
Brownlow Committee 81 f.  
  
Bundesreservebanken (Federal Reserve System) 84  
  
Chancengleichheit 175 f.  
Charta der Grundrechte der Europäischen Union 192  
Charta der Vereinten Nationen 102  
Chauvinismus 58, 188  
Checks and Balances, *siehe* Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung  
China 50, 139, 178, 219  
Christentum 3, 13, 23 f., 131 f., 240 f.  
Central Intelligence Agency (CIA) 162, 216–218  
Coalition of the Willing 214  
Dawes-Plan 28 f., 40 f., 57 f., 92, 111  
Deflation 84  
Demokratie  
deutsche 28 f., 51, 145 f.  
U.S.-amerikanische 111, 205, 233  
-verständnis 98, 103, 121 f., 134–138, 223 f.  
Demokratisierung 8, 11, 24, 51, 82 f., 224 f., 238–241  
Denomination *siehe* Religion  
Devisen 104, 115, 143, 197, 232  
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 139, 164 f., 172–177, 185 f.  
Deutsches Reich  
Gründung 18  
Imagewechsel 21, 23  
Deutschland  
wiedervereinigtes 17–19, 137–140, 156–158, 269, 302–309  
Direktive 1067 99, 103  
Doktrin  
Breschnew- 178  
Bush- 216  
Monroe- 5, 20–23, 214, 238  
Stimson- 33, 98  
Truman- 172, 177  
Domino-Theorie 130, 177 f., 198  
Dreimächtepakt 123 f.  
  
Eindämmung, doppelte 17, 18  
Eindämmungspolitik 27, 129–134, 148–158  
Élysée-Vertrag 150 f., 156 f., 175  
Entfremdung, transatlantische 9–15

- Entkolonialisierung 176, 192  
 Entmilitarisierung  
   Deutschlands 9, 12, 137  
   Europas 12  
 Entnazifizierung 99, 137, 139, 144–146.,  
   207  
 Entspannungspolitik 136f., 153–158  
 Erweckungsbewegung 194, 227f.  
 Europäische Gemeinschaft (EG) 151f.,  
   187  
   für Kohle und Stahl 143, 184  
 Europäische Union (EU) 9, 189–201,  
   238–239  
   Charta der Grundrechte der 192  
 Europäische Verteidigungsgemeinschaft  
 (EVG) 184–187  
 Europäisierung der USA 2–5  
 Expansionismus  
   europäischer 4, 9, 19  
   sowjetischer 135f., 173–176,  
     184, 258f.  
   U.S.-amerikanischer 232  
  
 Faschismus, italienischer 238f.  
 Finanzwirtschaft 262–268, 290, 300f.,  
   309–312  
 Finanzkrise 2008 und Folgen 248,  
   262–264, 275, 300f., 306, 310  
 Firesight Chats (Kaminplaudereien) 81,  
   100  
 Flexible Response 141, 151  
 Föderalismus 18f., 36, 77, 182  
 Freiheit 8–13, 98–101, 150, 170–175,  
   186f., 194f., 214, 220–241  
   Deutschlands 10, 17–19, 313, 315f.  
   individuelle 48, 76f.  
   Sendungsidee der 3f., 35f., 131f.,  
     221–230, 244–249, 253, 256, 268–275,  
     294, 302, 313–319  
 Frieden 25f., 99–103, 122f.  
   Erster Weltkrieg 25–27, 52  
   -svertrag 27, 104, 140  
   Separat- 52, 56  
   Welt- 8, 15, 32, 39, 52, 72, 93, 192  
   Zweiter Weltkrieg 98–104, 130–135  
  
 Gallup Poll 30, 95  
 Geldmengenpolitik 84  
 Genfer Abrüstungskonferenz 93  
 Genfer Außenministerkonferenz 136  
 Gerechtigkeit 217f., 224, 232  
 Gewaltenteilung und -verschränkung  
 (Checks and Balances) 83, 222  
  
 Glaube 45, 224, 240f.  
 Gleichberechtigung 23f., 32f., 39f.,  
   52–54, 138f., 226, 232  
   Deutschlands 29, 62f., 190–192, 303  
   Frankreichs 149f., 175  
   UdSSR 155  
 Gleichgewicht der Mächte 26f., 32f.,  
   38f., 52–54, 98, 171, 185, 238  
 Globalisierung 195–200, 237f.  
 Globalismus 169f.  
   U.S.-amerikanischer 32–33, 169–175,  
     214, 237–239  
   ideeller 33, 98  
   militärischer 33, 98  
   wirtschaftlicher 33, 98  
   sowjetischer 171–175  
 Globalität *siehe* Globalismus  
 Golfkrieg 153, 217, 223  
 Große Depression 41, 68, 76–78, 83–88,  
   92f., 142, 206  
 Großmachtposition  
   deutsche 57, 118, 186  
   U.S.-amerikanische 4–7, 95, 125f.,  
     133, 142  
 Grundgesetz 146, 190, 192, 314  
  
 Handelsmacht  
   deutsche 143  
   U.S.-amerikanische 54, 29, 38  
 Handelsvertragssystem,  
   U.S.-amerikanisches 39, 54  
 Hegemonialmacht  
   Deutsches Reich 36, 91, 121, 134  
   Deutschland 130, 190  
   Frankreich 150  
   USA 10, 14, 91, 112, 121, 136, 149, 160,  
     172, 220  
 Hegemonie 28, 130–136, 149–153,  
   172f., 220, 230, 236–239  
 Hermeneutik, philosophische 168  
 Holocaust 133, 147, 154, 167, 203–211  
 Hunnen-Rede 23, 52, 103  
 Hypermacht 213–227  
  
 Idealismus 47, 57  
 Imperiale Präsidentschaft 83  
 Imperialismus 22–24, 195, 233f.  
   deutscher 130  
   japanischer 80, 91, 121, 238  
   russischer 15  
   U.S.-amerikanischer 5, 10, 22, 35, 176,  
     178, 220, 230–241  
 Indianer 21, 152, 205, 209f., 232, 241

- Individualismus 3, 78, 87, 107, 162  
 wettbewerbsorientierter 12, 230
- Industrie 76 f., 86 f.  
 -protektionismus 22
- Industrielle Revolution 28, 41, 68, 75,  
 86, 92, 206, 232
- Inflation 76, 84
- Internationalismus 32, 58–62, 95–97,  
 101, 124–126, 170, 220
- Intervention 40, 49, 55, 78 f., 83–90,  
 91 f., 127, 129 f., 219, 233  
 -sstaat 79, 83–90  
 -spolitik 31, 93, 84  
 militärische 130, 155, 224, 241  
 wirtschaftliche 28 f., 38–41, 54–57,  
 92 f., 133–136, 152
- Isolationismus 38, 53, 94–96, 101,  
 106–108, 112, 125 f., 170
- Israel 133, 151, 176 f., 195, 200, 208,  
 223–225
- Judentum 110–119, 127, 133 f., 145–147,  
 204–211
- Kalter Krieg *siehe* Krieg
- Kapitalismus 3, 48, 163, 213,  
 kapitalistisch 3, 35, 40, 121  
 kapitalistisches Weltwirtschafts-  
 system 136, 143, 232  
 liberalkapitalistisch 28, 39, 54, 74, 91,  
 103, 162, 171, 182, 236, 238  
 marktwirtschaftlicher 11, 195
- Kapitulation 125  
 Deutschlands 27, 99, 101, 104, 130,  
 144, 189,  
 Japans 100
- Kellog-Briand-Kriegsächtungspakt 30,  
 53, 58, 63, 65
- Konferenz  
 Genfer (1933) 93  
 Genfer (1955) 136  
 Potsdamer 100, 104  
 von Bretton Woods 7, 142  
 von Jalta 99, 104  
 von Prag 213  
 von Quebec 103  
 von Versailles 9, 27
- Konferenz für Sicherheit und Zusam-  
 menarbeit in Europa (KSZE) 187
- Konsum 7, 135, 162, 172  
 -gemeinschaft 132, 164  
 -güter 114  
 Massen- 113, 165, 161
- Koreakrieg 174, 176
- Krieg  
 Bürger- 133, 232, 238  
 Kalter 130, 132, 135 f., 141, S 178 f.  
 Korea- 138 f., 146, 174, 176  
 -sschulden 41, 55, 86, 92, 104, 197  
 Spanisch-Amerikanischer 50, 236  
 U-Boot 26, 51, 122, 134  
 Vietnam- 130, 151, 155, 157, 168, 177 f.,  
 208, 132  
 Welt-, Erster 28, 29, 35–41, 51–60,  
 66 f., 71–74, 131, 134  
 Welt-, Zweiter 30–34, 71–74, 87–90,  
 94–103, 110–120, 122–128, 133
- Kubakrise 130, 174–176
- Kultur  
 U.S.-amerikanische 6 f., 29, 113–120,  
 164–172., 203–211, 239 f.  
 deutsche 23, 44 f., 158–161, 186,  
 199, 219  
 -revolution 178, 208, 210  
 -kritik 113, 164
- Liberalismus 19, 35 f., 48, 58, 78,  
 144, 148
- Konsens- 162 f.
- Machtfrieden 9, 102
- Magna Charta 35, 225
- Manichäismus 33, 131 170 f., 218, 237  
 manichäische Falle 24, 26, 33, 210
- Marktwirtschaft 18, 35, 85, 182, 235 f.  
 soziale 18, 36, 141–146
- Marshall-Plan 8, 55, 137, 143, 182
- Massenvernichtungswaffen 137, 141,  
 154, 198 f., 215, 219
- Medien 83, 106, 162, 165  
 Massen- 81, 133, 204, 228
- Memorandum  
 Hossbach 106  
 N68 170, 237
- Militär 22, 122, 171, 219
- Militarismus  
 preußischer 25 f., 103, 139, 149  
 U.S.-amerikanischer 214, 233
- Monroe-Doktrin *siehe* Doktrin
- Montanunion 184
- Morgenthau-Plan 99, 102–104
- Multilateralität 199, 217–219
- Münchener Abkommen 72, 93, 106
- National Industrial Recovery Act  
 (NIRA) 86

- National Intelligence Council 170, 237  
 National Recovery Administration (NRA) 86  
 Nationalismus 22  
   chinesischer 50  
   deutscher 8, 40, 51, 58, 62  
   englischer 187  
   französischer 150, 187  
 Nationalsozialismus 30–41, 69–74, 91–166  
   Machtergreifung 30, 109, 115  
 NATO 130, 136 f., 140 f., 156, 183 f., 213  
   -Doppelbeschluss 156, 164  
 Neokonservativ 193 f., 221, 233, 253  
 Neutralität  
   deutsche 185  
   -sgesetze 31, 94, 101, 108, 110, 112, 124  
   U.S-amerikanische 121, 21, 25  
 New Deal 49, 75, 94, 97, 105 f., 226  
 Nichtverbreitungsvertrag 141, 154, 177, 297  
 Notverordnung 69  
 NSDAP 31, 69, 93, 107  
 Nuklearwaffen *siehe* Atomwaffen  
 Nye Committee 118
- Oder-Neiße-Grenze 185 f.  
 OECD 152  
 Öffentliche Meinung 6, 52, 81, 94, 145  
 Office of Management and Budget (OMB) 82  
 Ölpreis 151  
 Opferkultur 209 f.  
 Ostverträge 140, 155–158, 178
- Pakt von Rio 171  
 Paneuropäische Bewegung 112  
 Parusieverzögerung, deutsche 136  
 Parteilichkeit, Prinzip der 168 f.  
 Pax Americana 11, 170, 194 f., 200, 219, 230–240  
 Pazifizierung 132, 198  
 Pearl Harbor 81, 91, 100, 124, 130, 221  
 Pleven-Plan 184  
 Politik  
   der offenen Tür 5, 22, 39, 50, 54, 81, 232  
   des Postponement 101  
 Politische Kultur 144, 158, 186  
 Politisches System 5, 11, 167, 173  
   USA 75–83, 217, 234  
 Populärkultur 6 f., 161–165, 172, 219 f.
- Präsidenschaft  
   imperiale 83, 220  
   institutionalisierte 83  
   moderne 79 f.  
   -swahlen 13 f., 49–52, 78 f., 103, 220  
 Präsidentenamt 78–83  
 Proamerikanismus 159, 171, 194 f., 219, 233, 238  
 Propaganda  
   Kriegs- 24–26  
   nationalsozialistische 69, 105–107, 115–117, 120, 134  
 Protektionismus 7, 22, 41, 92, 142, 152
- Rassismus 109, 134, 205–210, 229  
 Reichsgründung 1871 *siehe* Deutsches Reich  
 Relativismus, erkenntnistheoretischer 168  
 Religion  
   Christliche Ethik 46  
   Christliche Rechte 10, 13, 194, 227  
   Christlicher Republikanismus 24, 131, 226, 240  
   Christliche Zionisten 13  
   Evangelikale Bewegungen 13, 226 f., 288  
   Fundamentalisten 13  
   -sgemeinschaft 13  
   Protestantismus 48 f., 163, 226, 288  
   asketischer 48  
   Zivil- 131, 170, 210 f., 237, 240  
 Reparationszahlungen  
   Nach dem Ersten Weltkrieg 20, 39–4, 55 f., 92  
   Nach dem Zweiten Weltkrieg 99, 104, 143  
 Republikanische Partei 47–50, 194, 227 f., 248, 265 f., 281–283, 287–292, 299 f.  
 Revisionismus 71, 168, 185 f., 232, 257  
 Ruhreinmarsch 38, 52–55  
 Rüstung  
   Ab- 92 f., 106, 137 f., 154 f., 257  
   Auf- 114 f., 125, 153 f., 222 f.  
   -skontrolle 96, 137–144, 153–158
- Säkularisierung 13, 24, 192, 210, 222, 229  
 Schlussakte von Helsinki 155  
 Sechs-Tage-Krieg 151, 177, 208  
 Separatfrieden 54, 56

- September 11 2001 194, 213–218, 227 f.,  
 302, 304  
 Sicherheits- und Wertegemein-  
 schaft 137, 187, 192–194, 315–319  
 Sicherheitspolitik 154–157  
   deutsche 197  
   europäische 14 f., 193, 200  
   französische 183  
   U.S.-amerikanische 137 f., 238,  
   254–256, 294–305  
 Sicherheitsvertrag von Locarno 28, 40,  
 53, 55  
 Sklaverei 2, 205, 209, 225 f., 229  
 Southeast Asia Treaty Organization  
 (SEATO) 171  
 Souveränität  
   U.S.-amerikanische 194, 219, 233  
   deutsche 137–140, 183  
   französische 150  
   ukrainische 259  
 Sowjetunion, *siehe* UdSSR  
 Sozialismus 12, 49, 229, 244  
 Sozialpolitik  
   deutsche 12, 69  
   U.S.-amerikanische 79, 88–90,  
   227, 265  
 Staatsinterventionismus 49, 78, 84, 248,  
 280  
 Stalinismus 173–176, 183–185  
 Strategic Arms Reduction Treaty  
 (START) 257  
 Strategic Defense Initiative (SDI) 156 f.  
 Supreme Court 281 f.  
  
 Taliban 217, 238, 256  
 Tea-Party  
   Boston 271  
   -Bewegung 265–269  
 Terrorismus 190, 200, 214–218  
  
 UdSSR 150–156, 165–179, 181–188  
   als Feindbild 183  
   Eindämmung der 130, 148 f.  
   Nuklearwaffen 254  
   und USA 100–104, 138, 154–156  
   und Hitler 123  
   Zerfall der 173, 257 f.  
 Unilateralismus  
   deutscher 199  
   U.S.-amerikanischer 11, 15, 152 f., 195,  
   214, 222, 233  
 Universität Heidelberg 43–74, 316 f.
- Verfassung  
   deutsche *siehe* Grundgesetz  
   europäische 192 f.  
   U.S.-amerikanische 13, 48, 243, 281,  
   283, 288  
   Weimarer 28, 62  
 Versailler Vertrag 27–30, 38 f., 52–57,  
 62–71, 103  
 Viermächtekonferenz 17  
 Vietnamkrieg 130–133, 151 f., 177–179,  
 274  
 Völkerbund 8, 27 f., 37–40, 52–55,  
 101–102  
 Völkermord *siehe* Holocaust  
  
 Währungs  
   -fond 142–147, 261 f.  
   -reform 182, 143–146  
   -system 41, 54 f., 69, 92, 142 f.,  
   150–153, 175  
 Warschauer Pakt 152–156, 185, 187  
 Weimarer Republik 54–56, 112 f., 28 f.,  
 35–41  
 Weltbank 7, 142, 261  
 Weltvorherrschaft (primacy) 11, 195,  
 219–128, 230, 253, 302  
 Westintegration Deutschlands 138, 146,  
 173, 182–185  
 Westeuropäische Union (WEU) 140,  
 184  
 Wiedervereinigung Deutschlands *siehe*  
 Deutschland, wiedervereinigtes  
 Wiederbewaffnung Deutschlands 139,  
 182–184  
 Wilhelminismus 21–23, 130 f.  
   Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 59  
 Wilsons 14-Punkte-Programm 27, 9, 52  
 Wirtschaft 32, 40, 57, 77, 97  
 Wirtschaftspolitik 152 f.  
   deutsche 182,  
   nationalsozialistische 107  
   U.S.-amerikanische 38, 54, 84, 142 f.  
 Wirtschaftssystem 7, 29, 39, 54, 142  
 Wirtschaftskrise 68, 78–81, 88, 92 f.,  
 106 f., 142  
 Wirtschaftswachstum 22, 160 f.  
 Wirtschaftswunder, deutsches 143 f., 161  
  
 Zivilreligion, U.S.-amerikanische 131,  
 170, 210 f., 240 f., 268  
 Zölle  
   deutsche 136, 144

- U.S.-amerikanische 22, 232, 261,  
300, 310
- und Gegenzölle 312
- Zwei-Plus-Vier-Vertrag 17f., 134,  
189, 302

# Personenregister

- Acheson, Dean 177, 183  
Adelson, Sheldon 281  
Adenauer, Konrad 139–141, 156 f.,  
183–185, 213  
al-Assad, Baschar Hafiz 260, 296 f.  
Albright, Madeleine 211  
al-Gaddafi, Muammar 271, 297  
Alexander, Keith 308  
Andreas, Willy 62  
Annan, Kofi 10, 194  
Armitage, Richard 220  
Ashcroft, John D. 217  
Astaire, Fred 116
- Baden, Max von 27,  
Baker, George F. 59  
Baker, James 17  
Balz, Dan 215  
Bannon, Steve 295  
Barrett, Amy Coney 281  
Beatty, Warren 280  
Below, Nikolaus von 108  
Berg, Manfred 36  
Bernstein, Carl 276 f.  
Bevin, Ernest 175  
Biden, Joseph „Joe“ Robinette 243,  
256, 319  
Blasio, Bill de 285  
Bolten, John 220  
Brandt, Willy 157, 163, 175  
Brauer, Max 163  
Breker, Arno 72 f.  
Breschnew, Leonid 176, 178, 259  
Brüning, Heinrich 68  
Bullitt, William C. 96  
Burke, Edmund 247  
Bush, George H. W. 153, 314  
Bush, George W. 131, 190–199,  
213–235, 243 f., 253, 265, 269, 280,  
302–304
- Card, Andrew H. 217  
Carnegie, Andrew 290  
Carové, Friedrich Wilhelm 316  
Carter, James Earl „Jimmy“ 74,  
155–158, 174, 205  
Castlereagh, Viscount of 273  
Castro, Fidel 176  
Ceausescu, Nicolae 175
- Cheney, Richard „Dick“ 217, 220  
Chesterton, Gilbert Keith 227  
Chirac, Jacques 304 f.  
Chruschtschow, Nikita 171–176,  
238, 255  
Churchill, Winston 91, 100, 125, 257  
Clarke, Jonathan 233  
Clemenceau, Georges 9, 38, 52 f., 103  
Clifford, Clark 177  
Clinton, Hillary Rodham 268, 270,  
276–279, 317 f.  
Clinton, William „Bill“ 206, 209,  
214, 264 f.  
Cochran, Johnny 206  
Cohen, Elliot A. 221  
Cohn, Gary 295  
Cohn, Roy 284 f.  
Cole, Tim 204  
Comey, James 278  
Crawford, Joan 116  
Cuno, Wilhelm 56
- Dalai-Lama 274  
Dallek, Robert 101  
Dawes, Charles G. 39 f.  
Dibelius, Martin 43, 60–68  
Dietrich, Marlene 116  
Dodd, William E. 106  
Douglas, Stephan A. 280  
Draghi, Mario 300  
Dubcek, Alexander 175  
Dunk, Herman von der 251  
Dürer, Albrecht 45  
Durkheim, Emil 247
- Ebert, Friedrich 56  
Edelmann, Eric 220  
Einstein, Albert 59  
Eisenhower, Dwight D. 84, 144, 183  
Enlai, Zhou 274  
Erdoğan, Recep Tayyip 296  
Erhard, Ludwig 156  
Estaing, Valéry Giscard, d' 152
- Fehrenbach, Constantin 56  
Ferguson, Niall 234 f.  
Fichte, Johann Gottlieb 46  
Finkelstein, Norman 204  
Fischer, Joschka 199, 303

- Fischer, Kuno 45  
 Flanzbaum, Hilene 204  
 Ford, Henry 84, 114  
 Fortner, Wolfgang 70  
 Foucault, Michel 247  
 Frankenberger, Klaus Dieter 319  
 Friedrich der Große 21, 23  
 Fugger, Jakob 290  
 Fukuyama, Francis 11, 221
- Gable, Clark 116  
 Gaddis, John Lewis 168, 169  
 Garbo, Greta 116  
 Gates, Melinda 290  
 Gates, William „Bill“ Henry III 290, 307 f.  
 Gaulle, Charles de 175 f., 149  
 Geithner, Timothy 310  
 Genscher, Hans Dietrich 185  
 Gerson, Michael 218  
 Gilbert, Seymour Parker 55, 57  
 Gingrich, Newt 280  
 Goebbels, Joseph 108, 114, 117–120  
 Goethe, Johann Wolfgang von 46, 52, 58, 63, 70, 168, 199  
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 17, 35, 135, 153, 158, 181, 185  
 Gore, Al 280  
 Gorsuch, Neil 281  
 Grant, Ulysses 18, 21  
 Grimme, Adolf 163  
 Gruber, Karl 61, 67 f., 70, 73  
 Guevara, Che 176  
 Gurion, Ben 176  
 Guttenberg, Theodor zu 306
- Habermas, Jürgen 247  
 Halper, Stefan 233  
 Hanfstaengel, Ernst „Putzi“ 108  
 Hanrieder, Wolfram F. 148  
 Hanson, Victor Davis 221  
 Harding, Warren G. 39, 50, 52–56  
 Harriman, Averell 117  
 Havel, Václav S. 257  
 Hayek, Friedrich 247  
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 221, 261, 291  
 Heinsheimer, Karl August 60, 66  
 Hepbrun, Katherine 116  
 Hindenburg, Paul von 27, 29 f., 58, 69  
 Hintze, Paul von 27  
 Hitler, Adolf 31 f., 71–73, 94–98, 105–119, 121–128, 134–136, 147, 149, 173, 238
- Ho, Chi Minh 176  
 Hobbes, Thomas 247  
 Honecker, Erich 175 f.  
 Honold, Franz Xaver 66  
 Hoops, Johannes 59, 61, 66, 70, 73  
 Hopkins, Harry 85  
 Hoppe, Marianne 116  
 House, Edward Mandell 25  
 Howe, Louis 85  
 Hu, Jintao 274  
 Hughes, Charles E. 49 f., 55  
 Hull, Cordell 32, 94, 104, 142  
 Humboldt, Alexander von 21  
 Hussein, Saddam 153, 213, 223, 238  
 Hyde, Henri J. 206
- Ickes, Harold L. 85
- Jackson, Andrew 279  
 Janssen, Henry 70  
 Jaraus, Konrad 172  
 Jefferson, Thomas 32, 77, 240  
 Jinping, Xi 272, 296  
 Joffe, Josef 235  
 Johnson, Chalmers 232 f.  
 Johnson, Lyndon B. 84, 89, 151 f., 156, 177 f.  
 Juncker, Jean-Claude 312
- Kagan, Robert 12, 221  
 Kaiser Franz I. 273  
 Kaiser Wilhelm I. 20 f., 59  
 Kaiser Wilhelm II. 27  
 Kant, Immanuel 46 f., 52, 120, 286, 315, 320  
 Kaplan, Lawrence F. 121  
 Kavanaugh, Brett 281, 288  
 Kellogg, Frank B. 30, 50 f., 57 f., 63–65  
 Kennedy, John F. 156 f., 176, 315  
 Kerry, John 244, 260, 280  
 Kim Il Sung 176  
 Kim Jong-Un 275, 295–297  
 King, Martin Luther Jr. 246 f., 251  
 Kissinger, Henry 14, 171, 177, 193  
 Kogon, Eugen 163  
 Kohl, Helmut 17, 147, 156, 185  
 König Abdullah ibn Abd al-Aziz 256  
 König Georg V. von England 103  
 Kornelius, Stefan 303  
 Kraus, Karl 307  
 Kristol, William 221  
 Kushner, Jared 298 f.



- Lautenschläger, Manfred 290, 317  
 Leers, Gerd 43, 66 f.  
 Leffler, Melvin P. 169  
 Leigh, Vivien 116  
 Lenin, Wladimir Iljitsch 8, 35, 170  
 Lenz, Siegfried 163  
 Lewis, Bernhard 221  
 Libby, Louis 220  
 Löbe, Paul 66  
 Lochner, Louis P. 106  
 Loewenthal, Richard 163  
 Long, Huey P. 89  
 Löwe, Heinz-Dietrich 173  
 Ludendorff, Erich 27  
 Luther, Hans 58, 149  
 Luther, Martin 48
- Macron, Emmanuel Jean-Michel  
   Frédéric 297, 308  
 Mahan, Alfred Thayer 22, 32  
 Maizière, Thomas de 306  
 Mann, Golo 163  
 Mao, Zedong 168, 173, 176–178,  
   252, 274  
 Marx, Karl 247  
 Mastny, Vojtech 172  
 Mattis, James 294–298  
 McCain, John 262, 280  
 McCloy, John J. 146, 207  
 McFaul, Michael 258  
 McKinley, William 49 f.  
 Medwedew, Dmitri Anatoljewitsch 252,  
   257 f.  
 Meister, Richard 69 f.  
 Merkel, Angela vor allem 259 f.,  
   302–315, 318 f.  
 Metternich, Klemens Wenzel  
   Lothar von 273  
 Mitscherlich, Alexander 163  
 Mitterrand, François 17  
 Mommsen, Theodor 46, 167  
 Monroe, James 20  
 Morgenthau, Henry Junior 137  
 Mubarak, Muhammad Husni 271  
 Münkler, Herfried 195, 231, 241  
 Munro, George 46  
 Murdoch, Robert 278
- Naimark, Norman 172  
 Nasser, Gamal Abdel 176  
 Neinhaus, Carl 70  
 Niebuhr, Reinhold 247, 251  
 Niederländer, Hubert 73
- Nietzsche, Friedrich 203, 208, 210  
 Nitze, Paul 177  
 Nixon, Richard Milhous 84, 152, 154,  
   171, 177 f., 272–274  
 Novick, Peter 204, 208 f.  
 Nye, Gerald P. 96
- Obama, Barack 235 f., 241, 243–275  
 Obama, Michelle 245, 246  
 Oberländer, Gustav 70  
 Ōshima, Hiroshi 124, 128
- Page, Walter Hines 25  
 Papst Johannes Paul II. 252  
 Parks, Rosa 271  
 Pence, Mike 279, 288, 296  
 Pennington, James W. C. 316 f.  
 Perle, Richard 220  
 Pleshakov, Constantine 172  
 Powell, Colin L. 11, 194, 216 f., 221  
 Power, Samantha 270  
 Putin, Vladimir 258–260, 284, 296,  
   299, 312
- Radzinsky, Edvard 172  
 Raeder, Erich 122  
 Rauschning, Hermann 108  
 Reagan, Ronald 78, 89, 147, 153–158  
 Reich-Ranicki, Marcel 163  
 Reuter, Ernst 163  
 Rice, Condoleezza 217, 220 f., 305  
 Rice, Susan 270  
 Richelieu, Armand-Jean du Plessis 273  
 Robertson, Lord 213  
 Rockefeller, John D. Jr. 59  
 Rockefeller, Nelson D. 89  
 Rogers, Ginger 116  
 Roosevelt, Eleanor 277  
 Roosevelt, Franklin Delano 31–33,  
   75–108, 117–128, 170, 206, 237  
 Roosevelt, Theodore 49,  
 Rose, Gerhard 67  
 Rumsfeld, Donald H. 217, 220, 223, 303
- Sage, Henry W. 46  
 Salerno, Anthony 284  
 Sarkozy, Nicolas 313 f.  
 Sauer, Joachim 315  
 Schacht, Horace Greeley Hjalmar 58  
 Schiller, Friedrich 46  
 Schiller, Karl 163  
 Schindler, Oskar 206  
 Schlesinger, Arthur M. Jr. 32

- Schlözer, August Ludwig von 20  
 Schmid, Carlo 163  
 Schmidt, Helmut 152, 156  
 Schmidt, Manfred G. 11f.  
 Schmitt, Carl 283  
 Schmitt, Josef 66  
 Schmitthenner, Paul 72  
 Schröder, Gerhard 198f., 313  
 Schubert, Andreas von 60  
 Schurman, Jacob Gould 30, 43–73  
 Shandler, Jeffrey Alan 204  
 Shapiro, Robert 206  
 Sheehan, James J. 12  
 Shirer, William 149  
 Shultz, George P. 147  
 Sigrist, Hannes 172  
 Simons, Walter 56  
 Simpson, O. J. 206  
 Smith, Adam 247  
 Snowden, Edward 308  
 Sommer, Theo 163  
 Spielberg, Steven 206  
 Stalin, Josef 91, 100–102, 104, 168,  
 173–176, 183–185, 238  
 Stark, Karl Bernhard 45  
 Stead, William T. 5  
 Stein, Volker 72  
 Steinbrück, Peer 308  
 Steinmeier, Frank-Walter 259, 308  
 Sternberger, Dolf 163  
 Stettinius, Edward Jr. 104  
 Stiglitz, Joseph E. 266  
 Stoessel, Walter J. 73  
 Stresemann, Gustav 29f., 36f., 40f., 43,  
 56–58, 62–65  
 Suhr, Otto 163
- Taft, William Howard 50  
 Taylor, Robert 116  
 Teltschik, Horst 17  
 Temple, Shirley 116
- Tenet, George 216–218  
 Thatcher, Margaret 17  
 Thun, Ferdinand 70  
 Tillerson, Rex 295  
 Tito, Josip Broz 176  
 Tocqueville, Alexis de 226, 247  
 Townsend, John 89  
 Trump, Donald John 285, 287–303,  
 308f.  
 Trump, Fred 318  
 Trump, Ivanka 218  
 Trump, Melania 291  
 Tschiang-Kai-Shek 238  
 Turner, Frederick Jackson 3  
 Ulbricht, Walter 175
- Voll, Christoph 44
- Wałęsa, Lech 257  
 Walz, Ernst 43, 66f.  
 Washington, George 20, 96  
 Weber, Max 48, 247, 290, 309  
 Wessely, Paula 116  
 White, Andrew D. 46  
 Wiesel, Elie 208, 313f.  
 Williams, William Appleman 231f.  
 Wilson, Woodrow 8f., 24–28, 38, 50–53,  
 92, 131, 225, 241  
 Wirth, Joseph 56, 70  
 Wittemann, Franz Josef 70  
 Wolfowitz, Paul 217, 220  
 Woodward, Bob 215f., 225, 276, 297
- Young, Owen D. 39, 55, 204
- Zeller, Eduard 46  
 Zimmermann, Arthur 26  
 Zitelmann, Rainer 111  
 Zubok, Vladislav 172  
 Zundel, Reinhold 73

„Deutschland und die USA 1871–2021“ ist die erste Gesamtdarstellung zu 150 Jahren transatlantischer Beziehungen zwischen dem 1871 gegründeten deutschen Nationalstaat und den USA. Das Buch ist eine Sammlung von Aufsätzen, Artikeln und Vorträgen, die der Autor zum 19. Jahrhundert, zum Ersten Weltkrieg und zum Zweiten Weltkrieg sowie zum Kalten Weltkrieg veröffentlicht hat, ergänzt um einen neuen Essay, der bis an die unmittelbare Gegenwart und das Ende der Präsidentschaft Donald Trumps führt.

### Der Autor

*Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef Junker*, Senior Professor Distinctus der Universität Heidelberg, Gründungsdirektor Emeritus Heidelberg Center for American Studies (HCA).

Der Autor lehrte Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg von 1975 bis 1994 und war von 1999 bis 2004 Inhaber der Curt-Engelhorn-Proessur für Amerikanische Geschichte. Von 1994 bis 1999 leitete er als Direktor das Deutsche Historische Institut (DHI) in Washington, D.C. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der US-Außenpolitik und der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und Theorie der Geschichtswissenschaft. Vor dem Studium durchlief er eine journalistische Ausbildung zum Redakteur. Er studierte Geschichte, Politische Wissenschaft, Philosophie und Germanistik in Kiel und Innsbruck. 1970–71 war er Postdoc an der Yale University.



UNIVERSITÄT  
HEIDELBERG  
ZUKUNFT  
SEIT 1386

ISBN 978-3-948083-29-8



9 783948 083298